1870 – Rache für Sadowa

Französisch-Deutscher Krieg

Juni - Juli 1870

Kriegs Vorlauf

Ein kleiner Einblick in die Denkweise Frankreichs gestern ---
und heute, mit denen es
1870, 1914 und 1939
gegen Deutschland vorgegangen und dreimal
daran gehindert wurde,
das linke Rheinufer als
„natürliche französische Grenze“
zu annektieren,
neben Luxemburg und Belgien

erweiterte Ausgabe 5/2026

Vorwort

Die „Emser Depesche“ – Der Krieg 1870/71

Noch heute viel diskutiert, die „Emser-Depesche“, die ein Zeitungsartikel war, und:
Auf einer französische Aggression beruht, die eine lange Geschichte hat.

Ludwig XIV. machte sich das Elsaß, Saarbrücken und Teile der linksrheinischen Pfalz zu eigen und hinterließ sein Andenken im Rahmen des Pfälzischen Erbfolgekrieges nicht nur am Heidelberger Schloß. Napoleon I. war etwas anspruchsvoller und gab sich nicht mit den eroberten deutschen Staaten zufrieden und wurde schließlich nach mißlungenem Rußlandfeldzug aus Preußen gejagt und von Blücher 1814 über den Rhein bei Kaub nach „Hause“, nach Paris getrieben.

Die „Sehnsucht“ der Franzosen nach dem linken Rheinufer als natürliche Grenze zu ihrem „aggressiven“ Nachbarn Deutschland, war ihr Traum, den sie in den Jahren nach 1815 in ihrer Politik immer wieder zum Leitmotiv machten und dadurch in Deutschland eine Welle national-patriotischer Dichtungen auslösten, dessen bekannteste Dichtung das „Deutschlandlied“, „Die Wacht am Rhein“ und viele andere sind. Frankreich war (ist?) von diesem Traum, das linke Rheinufer zu besitzen, besessen, anders ist es nicht auszudrücken.

In der anstehenden Frage der Thronfolge in Spanien, ergab sich ein Lichtblick für die Erfüllung von Frankreichs „feuchten“ Träumen. Die Nachbarn in Spanien entledigten sich 1868 ihrer Königin Isabella II. von Spanien (1830-1904) durch einen Militärputsch und man suchte einen Nachfolger. Die Entscheidung, wie auch immer getroffen, die Spekulationen sehen Bismarck im Spiel, fiel 1870 auf eine Seitenlinie der Hohenzollern, den Fürsten Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen. Die Meldung der spanischen Regierung über die Wahl des Hohenzollern als spanischer Thronfolger, lautete im Juli 1870:

> **„Der am 6. dieses Monats unter dem Vorsitze des Regenten La Granja abgehaltene Ministerrath hat einstimmig beschlossen, den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen als Throncandidaten vorzuschlagen. Die Cortes werden am 20. d.M. zusammentreten, um zur Wahl zu schreiten. Die öffentliche Meinung und alle Fraktionen der großen liberalen Partei haben diese Candidatur günstig aufgenommen und die Regierung hofft, daß sich eine große Mehrheit für dieselbe aussprechen werde. Diese Candidatur hat keine anderen Endziele als die Erfüllung der souveränen Wünsche des Landes, und die Regierung zweifelt nicht, daß auch alle befreundeten Nationen diese Entscheidung freundlich begrüßen und mit Vergnügen den Augenblick wieder eintreten sehen, wo Spanien sich mit einer monarchischen Regierung und einem der Krone Spaniens in jeder Hinsicht würdigenden Fürsten wieder fest constituiren wird.“**
>
> Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.160 – Mittwoch, den 13. Juli 1870 – S.3

Frankreich war entsetzt über diese Wahl, da es mit einem Hohenzollern auf dem spanischen Thron, von Deutschen eingeschlossen wäre. Die Erregung in Frankreich über diese Nachricht, einen weiteren Hohenzollern als Nachbarn zu haben, ließ die französische Presse sich förmlich in Kriegsdrohungen überschlagen. Die Regierung Frankreichs schloß sich diesen Drohungen an, repräsentiert von ihrem Regierungschef Emile Ollivier (1825-1913) und dem Außenminister Agenor de Gramont (Antoine Alfred Agenor de Gramont, Herzog von Guiche, Herzog von Gramont; 1819 – 1880). Diese Meldung goß Öl auf die Revanchegedanken Frankreichs, die es seit der Niederlage Napoleons I. und die Vertreibung durch Blücher über den Rhein bei Kaub, aus „ihren“ Gebieten, besonders durch den erwarteten und nicht erfolgten Ausgleich Preußens für die französische Neutralität während des deutsch-deutschen Bruderkrieges 1866 gegen Österreich – und die Erfüllung ihrer Träume schien nahe.

Es war bekannt, daß Napoleon III. sich in Bezug auf einen französisch-deutschen Krieg so äußerte, daß man einen solchen nicht alleine führen könne, sondern nur in einem Bündnis.

Die Kriegsstimmung der Franzosen gegen Preußen nahm ungeahnte Maße an. So berichtet die „Provinzial Correspondenz“ aus Berlin am 13. Juli 1870:

> *„Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die Behandlung, welche die Kandidatur des Prinzen Hohenzollern für den spanischen Thron in Frankreich erfahren hat, auf eine schwere Probe gestellt worden; aber so groß die Geduld war, so tief ist auch die gerechte Entrüstung über den beleidigenden, selbst drohenden Ton, der jenseits des Rheins bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist. Wenn man der Tagespresse in Zeiten der Erregung eine schroffe und verletzende Sprache allenfalls zu Gute hält, so dürfte man doch von einem Mann, wie dem Herzog von Gramont, welcher als auswärtiger Minister eines großen Landes die Gewohnheit oder die Fähigkeit haben sollte, schwierige politische Fragen mit Schonung zu behandeln, erwarten, daß er auch im gegenwärtigen Falle die Sache mit größerer internationaler Vorsicht und Rücksichtnahme angefaßt hätte.“*
>
> Provinzial Correspondenz – Nr. 28 – 13. Juli 1870 (Berlin)

Weiter heißt es:

„Man hat in Deutschland bis zum letzten Augenblicke an eine ernste Kriegsgefahr nicht glauben mögen, weil in der That die Frage dazu nicht angethan schien. Man durfte bei uns zunächst der Meinung sein, daß der Prinz von Hohenzollern, der ein naher Verwandter des französischen Kaiserhauses ist, während er mit dem preußischen Königshause nur eine Namenverwandtschaft hat, daß namentlich sein Vater, welcher mit dem Kaiser der Franzosen von alter Zeit her in engen persönlichen Beziehungen stand, wohl wissen mußte, wie Frankreich sich zu der Kandidatur stellen würde, - daß ferner die spanische Regierung, welche die Sache vor Allem anging, sich der Auffassung Frankreichs versichert haben würde."

Provinzial Correspondenz – Nr. 28 – 13. Juli 1870 (Berlin)

Doch die Meinung in Deutschland sieht die französische Aufregung nicht an der spanischen Thronfolgefrage, sondern an der Möglichkeit, das Frankreich die spanische Frage zum Anfang des „Weges an den Rhein" machen will. In der „Wiener Abendpost" vom 13. Juli 1870 heißt es in Bezug auf einen Artikel der „Kreuzzeitung":

„Die drohenden Aeußerungen Gramonts sind Zeichen eines überlegten Planes, bei dem Spanien nur den Vorwand bietet und dessen Spitze gegen Preußen und Deutschland gekehrt ist. Ist es nicht maßlose Arroganz, von Deutschland zu verlangen, daß es zu Gunsten der französischen Politik Gendarmendienst thue für den Prinzen von Asturien gegen den majorennen deutschen Fürsten? Wenn Frankreich das Recht beansprucht, seine Nachbarvölker zu bevormunden, so ist von einem gesicherten Frieden nicht mehr die Rede, so ist die Haltbarkeit des Friedens nur mehr eine Frage der Zeit, die jeder Tag verneinen kann. Wer mit uns Händel vom Zaune bricht, wird uns zur Abwehr bereit finden." Wiener Abendpost – Nr.157 – Mittwoch, den 13. Juli 1870

Frankreich griff durch sein Verhalten in die Souveränität Spaniens ein. Bismarck bemerkte später:

„Ein völkerrechtlicher Vorwand für Frankreich, in die Freiheit der spanischen Königswahl einzugreifen, war schwer zu finden; er wurde, seitdem man es in Paris auf den Krieg mit Preußen abgesehen hatte, künstlich gesucht in dem Namen Hohenzollern, welcher an sich für Frankreich an sich nichts Bedrohlicheres hatte als jeder andere deutsche Name. Im Gegenteil konnte man sowohl in Spanien als in Deutschland annehmen, daß der Prinz Leopold wegen seiner persönlichen und Familienbeziehungen in Paris eher persona grata sein werde als mancher andere deutsche Prinz."

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.428

Der französische Minister Gramont wirft Bismarck vor, mit in diese spanische Thronfolge involviert zu sein. Bismarck: „Wenn der Herzog von Gramont sich bemüht, den Beweis zu führen, daß ich der spanischen Anregung gegenüber mich nicht ablehnend verhalten hätte, so finde ich keinen Grund, dem zu widersprechen."

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.431

Warum sollte Bismarck auch gegen eine Thronbesteigung eines deutschen Fürsten in Spanien sein? Er sieht, „daß der Moment gekommen war, wo Frankreich Händel mit uns suchte und bereit war, dafür jeden Vorwand zu ergreifen, der brauchbar schien."

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.431

Über die Haltung Wilhelm I. sagt Bismarck, daß „die Frage der Annahme der Wahl durch den Prinzen Leopold von Sr. Majestät lediglich als Familiensache behandelt worden war, die weder Preußen noch den Norddeutschen Bund etwas anging, bei der es sich nur um die persönliche Beziehung des Kriegsherrn zu einem deutschen Offizier und des Hauptes nicht der Kgl. Preußische, sondern der Hohenzollernschen Gesamtfamilie zu den Trägern des Namens der Hohenzollern handelte."

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.432

Bismarck stellte klar, daß die Bewerbung des Fürsten Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen eine private und keine Handlung Preußens oder des Deutschen Bundes war, und fährt fort:

„In Frankreich aber suchte man nach einem Kriegsfalle gegen Preußen, der möglichst frei von national deutscher Färbung wäre, und glaubte einen solchen auf dynastischem Gebiete in dem Auftreten eines spanischen Thronprätendenten des Namens Hohenzollern gefunden zu haben. Dabei war die Ueberschätzung der militärischen Ueberlegenheit Frankreichs und die Unterschätzung des nationalen Sinnes in Deutschland wohl die Hauptursache, daß man die Haltbarkeit dieses Kriegsvorwandes nicht mit Ehrlichkeit und nicht mit Sachkunde geprüft hatte. Der deutsch-nationale Aufschwung, welcher der französischen Kriegserklärung folgte, vergleichbar einem Strome, der die Schleusen bricht, war für die französischen Politiker eine Ueberraschung; sie lebten, rechneten und handelten in Rheinbundserinnerungen".

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.432

Frankreichs Aktion gegen Preußen hatte den positiven Effekt, daß alle deutschen Lande sich durch die Provokation Frankreichs angesprochen fühlten und somit ein großer Schritt auf die spätere Gründung des zweiten Deutschen Reiches durch Frankreichs Hilfe getan werden konnte. Bismarck sieht darin die Möglichkeit,

„daß die Kluft, die die Verschiedenheit des dynastischen und Stammesgefühls und der Lebensgewohnheiten zwischen dem Süden und dem Norden des Vaterlandes im Laufe der Geschichte geschaffen hatten, nicht wirksamer überbrückt werden könne, als durch einen gemeinsamen Krieg gegen den seit Jahrhunderten aggressiven Nachbar." Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.438

So konnte die Rede Gramonts in Paris mit der Kriegsdrohung gegen Deutschland, die nationale Empörung der Deutschen nur steigern. Bismarck zitiert:

„Die Aeußerung Gramonts in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 6. Juli:
‚Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze ….. Dieser Fall wird nicht eintreten, dessen sind wir ganz gewiß ….. Sollte es anders kommen, so würden wir ….. unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen.' Schon diese Aeußerung war eine amtliche internationale Bedrohung mit der Hand am Degengriff "
Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.433

In England sieht man die französisch-deutsche Auseinandersetzung nicht als einen Grund, daß England sich einmischen sollte. Ein Angebot Englands, in der Sache als Friedensrichter zu agieren, wurde von Frankreich abgelehnt. (s.u.)

Der englische „Observer", zitiert in der „Königlich privilegirte Zeitung" vom 14.Juli 1870:

„Das Eigenthümliche der Lage besteht darin, daß die unmittelbare Streitfrage mit dem wirklichen Ausgange wenig zu schaffen hat. Der Streit liegt in Wirklichkeit nicht zwischen Frankreich und Spanien, sondern zwischen Frankreich und Preußen, da die Wahl eines hohenzollernschen Prinzen von jenem unglücklicherweise als eine absichtliche Beleidigung Frankreichs aufgefaßt wird und die französischen Minister die Empfindlichkeit ihrer Landsleute aufstachelten, statt daß sie selbe hätten beschwichtigen sollen. Da sich kaum annehmen läßt, daß sie ohne Ermächtigung ihres kaiserlichen Herren ihre Kammerreden gehalten, ist die Stellung, welche dieser einzunehmen für gut fand, sehr klar definirt: Aufgeben der hohenzollernschen Candidatur - oder Krieg"
Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.162 – Donnerstag, den 14. Juli 1870 – S.10

Und ein Artikel der „Times" ergänzt:

„Für England wäre ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen in politischer und militairischer Beziehung allerdings von geringer Bedeutung, selbst wenn er über das Schicksal des Rheines entscheiden sollte, der ohne Zweifel des Kampfes Ziel und Ende sein würde."
Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.162 – Donnerstag, den 14. Juli 1870 – S.10

England bringt es auf den Punkt: Frankreich will an den Rhein.

Und Österreich äußert sich in der Presse zur französischen Haltung:

„Absolute Neutralität, vollständige Enthaltung muß das Schiboleth der österreichischen Politik sein. Der Streit zwischen Preußen und Frankreich ist der ungerechteste, den je die Sonne beschienen. In einem ungerechten Kampfe hat Oesterreich nichts zu thun; jede Einmischung wäre die Theilnahme am Unrechte."
Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.162 – Donnerstag, den 14. Juli 1870 – S.4

Nicht alle europäischen Staaten reagieren wie Österreich; Dänemark zum Beispiel nimmt Stellung für Frankreich, da die Niederlage im deutsch-dänischen Krieg von 1864 noch in guter Erinnerung ist.

Diese ganze Aufregung um den spanischen Thron hatte zur Folge, daß Fürst Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen seine Bewerbung um den Thron Spaniens zurückzog (durch seinen Vater Anton), um nicht Grund für eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland zu sein. Somit glaubte man allgemein, sei der Kriegsgrund für Frankreich beseitigt und alle Welt atmete auf.

Doch für Frankreich war die Sache nicht zu Ende. Außenminister Gramont erklärte dem preußischen Botschafter v. Werther in Paris, *„die Kandidatur des Prinzen (um welche allein der Streit angefangen worden war) sei Nebensache, denn Frankreich hätte die Thronbesteigung desselben doch niemals zugelassen; - es handele sich um das Verhalten Preußens in der Sache, und um den üblen Eindruck desselben in Frankreich zu verwischen, möchte der König von Preußen einen Brief an den Kaiser Napoleon richten, in welchem etwa gesagt werden könnte, daß der König, als er dem Prinzen Leopold die Ermächtigung zur Annahme der Krone Spaniens gegeben habe, nicht habe glauben können, den Interessen oder der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten; der König schließe sich der Entsagung an, mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen den beiden Regierungen damit beseitig sein werde. Von den verwandtschaftlichen Beziehungen des Erbprinzen zum Napoleonischen Hause möge aber in dem Brief nicht die Rede sein, denn das sei eine unangenehme berührende Wendung."* Provinzial Correspondenz – Nr. 29 – 20. Juli 1870 (Berlin)

Frankreich überspannt den Bogen mit seiner politischen Haltung, die eine Steigerung im Verhalten des französischen Botschafters Benedetti erfährt: denn Frankreich erteilte seinem Botschafter „am preußischen Hofe, Graf Benedetti, den Auftrag, vom Könige eine Erklärung zu verlangen, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Einwilligung zu geben, daß der Prinz von Hohenzollern etwa auf die Thronkandidatur in Spanien zurückkomme. Der französische Botschafter ging den König auf der Brunnenpromenade in Ems an, um ihm jene Zumuthung zu stellen, – der König wies dieselbe entschieden zurück."

Provinzial Correspondenz – Nr. 29 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.2

Dieses Verhalten des französischen Botschafters, der zugleich Gast des preußischen Königs in Ems war, widersprach den diplomatischen Gepflogenheiten. Diese Begegnung, die der preußische König energisch zu Ende brachte, hatte das folgende Telegramm an Bismarck zur Folge, in dem Wilhelm ihm die Angelegenheit in Ems schildert. **Die Emser-Depesche König Wilhelm I. aus Ems an Bismarck am 13. Juli 1870**:

> „Die am 13. Juli 1870 3h 50m Nachm. in Ems aufgegebene, 6h 9m in Berlin eingetroffene Depesche lautete in der Entzifferung:
>
> „Se. Majestät schreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisiren, sofort zu telegraphiren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man a tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte (die Rücknahme der Kandidatur Prinz Leopolds) und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.' Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumuthung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Seine Majestät stellt Eurer Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich unseren Gesandten als in der Presse mitgetheilt werden sollte."
>
> Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, Fußnote S.437

Im Beisein von Kriegsminister Roon und Feldmarschall Moltke, schreibt Bismarck direkt nach Erhalt der königlichen Depesche eine Zusammenfassung als Information für die Presse und die Gesandten, wie vom König vorgeschlagen – die„berühmt-berüchtigte" **Emser Depesche**:

> **„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich, französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe."**
>
> Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, Fußnote S.439-440

Frankreich gibt sich nicht zufrieden und erklärt Preußen in einer Sitzung der Gesetzgebenden Versammlung am 16. Juli in Paris, den Krieg.

Mit der „Emser Depesche" im Hintergrund, ist der Bick aus London zwischen dem 12. und 25. Juli 1870 eine erhellende Ergänzung. England stand diesem kontinentalen Konflikt ziemlich neutral gegenüber (so wie die USA im Ersten Weltkrieg mit Waffenlieferungen an die Entente) und bot seine Vermittlung zur Vermeidung eines Waffenganges an, welche, wie bereits genannt, aber von Frankreich abgelehnt und von Preußen angenommen wurde. (s.u.)

„The Times" nimmt kein Blatt vor den Mund und betrachtet die eigentliche Ursache der Auseinandersetzung, die mehr eine Anklage Frankreichs ist, von zwei Seiten. Die Seite der Franzosen in ihrer „gekränkten" Ehre, aber unverhohlen das Ziel des linken Rheinufers betonend, die Seite Preußens, wenn sie das linke Rheinufer an die französischen Hitzköpfe verlieren würden, es für immer mit der Rheingrenze verloren wäre. Nicht verborgen bleibt auch bei den Preußen der Ehrgeiz, sich für die Unverschämtheiten der Franzosen der letzten Jahrhunderte ein wenig zu revanchieren, mit der Rückholung Elsaß-Lothringens nach Deutschland.

Es ist Frankreichs krampfhafter Versuch, einen Grund für einen Krieg mit Preußen zu finden um sich für die nicht erhaltene Entschädigung seines neutralen Verhaltens im deutschen Bruderkrieg zu rächen.

Bemerkungen:

Der vorliegende Text soll den Weg der Franzosen zum französisch-deutschen Krieg von 1870 ab Juni 1870 anhand von Pressemitteilungen aufzeigen. Daß die Gründe für diesen Krieg im Jahre 1866 zu suchen sind, in Form des Traumes und Traumas der Franzosen nach „der natürlichen Grenze des Rheines“ für Frankreich, liegt auf der Hand.

Die Bevormundung und Behinderung Preußens in seinem Wunsche, ein vereinigtes Deutschland zu schaffen, durch Österreich seit Metternich und seinen Nachfolgern, durch allerlei Ränkespiele daran gehindert wurde, bis Bismarck den Österreichern Deutschlands Grenzen zeigte, und den deutschen Wunsch nach Einheit zielstrebig anging.

Doch hier kann man das vierjährige Streben Frankreichs nachvollziehen, einen Grund für einen Krieg gegen Preußen zu finden, einen vereinten deutschen Staat - statt der Kleinstaaterei - zu verhindern, was sich in den preußischen Plänen für den Gotthardtunnel schon bemerkbar machte und als möglicher Kriegsgrund in Erwägung gezogen wurde. Auf der anderen Seite das charakteristische „haben-wollen“ der Franzosen auf Nizza, Savoyen und wenn nicht die Rheinlinie, dann wenigstens das Saargebiet, Belgien, Luxemburg und Landau. All das spielt in der Vorgeschichte eine Rolle, die zum blinden Streben Napoleon III. und seiner Regierung Ollivier und Gramont führten, die selbst das französische Parlament über das konkrete Handeln ihres Botschafters Benedetti in Ems und die „Emser Depesche“ König Wilhelm I. und Bismarcks „Depesche“ im Unklaren lassen, geschweige denn die „Emser Depesche“ vorlegten.

Es gibt Stimmen, die den Krieg der Franzosen als einen von Preußen begonnenen sehen wollen. Die folgenden Texte und das französische Gebahren Frankreichs nach Napoleon I. und dem Kriege 70/71 – die französische Geschichte prinzipiell – eine andere Sprache sprechen.

Dieses Streben Frankreichs nach dem linken Rheinufer wird von den Engländern, die eine Vermittlung zur Vermeidung des Krieges anboten, was Frankreich ablehnte, mit Artikeln des französischen „Temps“ und „Union“, sowie der englischen „Times“ unterstrichen.

Ein Gedicht von Ernst Moritz Arndt, „In Frankreich hinein“, von 1841, schließt den Vorlauf zum französisch-deutschen Krieg ab.

Die vorliegenden Texte sind in der damals üblichen Rechtschreibung der Presse übernommen worden.
Hervorhebungen in den Texten wurden ergänzt

Hastiger Ungeduld widerstehend, beseelt von jener stillen Beharrlichkeit, in welcher die wahre Kraft liegt, hat der Kaiser zu warten gewußt; aber seit vier Jahren hat er die Ausrüstung unserer Soldaten zur höchsten Vollkommenheit gebracht und die Organisation unserer Militärkraft zu ihrer ganzen Macht erhoben. Französischer Senat vor Kaiser Napoleon III. am 17.Juli 1870

Daß Frankreich nur einen Grund gesucht, um mit Preußen anzubinden, bezweifelt Niemand. Die spanische Thronangelegenheit nur ein Vorwand Seitens Frankreichs war, um seinen schon lange gegen Preußen gehegten Groll zu kühlen. Teltower Kreisblatt Nr.29 vom 20.Juli 1870

Aber wir erklären, daß, wenn jemals ein Krieg nothwendig war, so ist es der Krieg, zu welchem Preußen uns zwingt. Französischer Außenminister Gramont in der Französischen Kammer
Wiener Abendpost – 161 – 18. Juli 1870

Die Note, - die Emser Depesche - deren Text Ollivier gestern im gesetzgebenden Körper herauszugeben verweigerte, existirt als Note nicht. Wiener Zeitung – 161 – 17. Juli 1870

Obercommandant der kaiserlichen Garde ..... Deligny ....., um das Commando einer Armee im Rhein-Feldzug übernehmen zu können. Wiener Zeitung – 164 – 21. Juli 1870

Im Allgemeinen begegnet man der Voraussetzung, daß der erste Hauptschlag der französischen Armee in der Richtung auf Mainz, der alten Heerstraße der napoleonischen Feldzüge, geführt werden würde. Wiener Abendpost – 164 – 21. Juli 1870

Das Pariser Telegramm der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, [das] die Sommation (Aufforderung) Frankreichs an die Süddeutschen Staaten enthält und für den Fall der Neutralität die vollste Berücksichtigung verspricht, andernfalls aber die rücksichtsloseste Behandlung androhte, und zugleich die bevorstehende Proklamation an die deutsche Nation ankündigt, in welcher ausgesprochen sei,

daß Frankreich keinen Zoll breit deutscher Erde nehmen wolle.

Dem gegenüber erklärt die „Darmstädter Zeitung“:

Nur ein Gimpel kann dieser letzten Versicherung Glauben schenken.

Volks-Zeitung – 168 – 21. Juli 1870

WIR STEHEN ALLE FÜR EINEN UND EINER FÜR ALLE

Volks-Zeitung – Nr. 168 – 21. Juli 1870

Verwendete Zeitungen und Zeitungsabkürzungen

BN	**Berlinische Nachrichten**
BRSZ	**Breslauer Zeitung**
KBZ	**Königlich privilegirte Berlinische Zeitung (spätere Vossische Zeitung)**
NWZ	**Die neuen Wogen der Zeit**
NZ	**National Zeitung**
PC	**Provincial Correpondenz**
SBZ	**Staatsbürger Zeitung**
SOC	**Social Demokrat (Vorgänger des „VORWÄRTS“)**
SZ	**Staatsbürger Zeitung**
TEL	**Teltower Kreisblatt**
Temps	**Temps – Frankreich**
TIMES	**The Times - England**
Union	**Union – Frankreich**
VZ	**Volks-Zeitung**
WAP	**Wiener Abendpost**
WZ	**Wiener Zeitung**
Bd.14-1870 Bay. Staatsbibliothek	**Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes Bd. 14, 1870, Berlin 1870**

Inhalt – 1870 – Rache für Sadowa

	Vorwort	Die „Emser Depesche“ – Der Krieg 1870/ 71	1
		Die Emser Depesche	4
		Die Londoner „The Times“ nimmt Stellung	
	Bemerkungen		5
	Zeitungsabkürzungen		7
	Inhalt		8
	01. Juni. Mittwoch		
PC-22-4	**Die Gotthardbahn. – Erklärung des Bundeskanzlers Grafen von Bismarck in der Sitzung des Reichstags am 25. Mai**	Die Bundesregierungen hatten die Bewilligung einer Summe von 10 Millionen Francs (etwa 2 ¼ Millionen Thaler), einschließlich der Beiträge einzelner Eisenbahngesellschaften u.s.w., beantragt. Der Abg. Lasker beantragte seinerseits, dies Bewilligung noch an weitere spezielle Bedingungen zu knüpfen	36
KBZ-125-6 [VOS]	**Spanien. – Thronfolge**	...daß Prim die spanische Krone Espartero nur deshalb angetragen hätte, weil er im Voraus einer Ablehnung gewiß war - **endlich Alles, was in diesem Augenblicke geschieht, nur auf Täuschung berechnet ist.**	
KBZ-125-1 [VOS]/ PC-22-4	**Der König und Zar – Treffen in Ems/ Unser König – Reise nach Ems**	reist Abends 10 ¼ Uhr auf der Potsdamer Bahn mit dem Courierzuge zum Besuche des Kaisers Alexander von Rußland nach Ems ab – Bismarck ist mit dabei	
	02. Juni. Donnerstag		
NWZ-507-6	**Spanien – Aufhebung der Sklaverei.**	Spanien hebt die Sklaverei auf und kauft Kinder, geboren nach dem 18.9.1868 frei.	37
	Spanien – Thronfolge.	Prim ladet die Deputirten zu einer Cortessitzung am 6. Juni ein; für die Tagesordnung derselben sind wichtige Gegenstände zur Verhandlung angesagt	
	04. Juni. Samstag		
BN-128-4	**Neueste Nachrichten – Treffen König und Zar in Ems.**	König, Zar und Bismarck speisen gemeinsam beim Zaren in Ems	38
BRSZ-255-1/ 4	**Die Reise des Königs und des Grafen Bismarck nach Ems.**	Frankreich und Österreich sehen durch das Treffen von König und Zar Gefahren für die Ruhe des Kontinents	
	Graf Bismarck in Ems – Die Gotthardbahn.	Bei der Windstille, welche seit einiger Zeit in der hohen Politik andauert, bietet der Ausflug des Königs nach Ems unter Begleitung des Grafen Bismarck ein fruchtbares Thema, welches der phantastischen Ausbeutung nicht entgehen kann. Vielleicht hätte die Begegnung der beiden Monarchen von Preußen und Rußland in Ems vorübergehen können, ohne eine Fluth politischer Gerüchte nach sich zu ziehen	
	05. Juni. Sonntag		
SD-65-1	**Rundschau – König Wilhelm und Zar Alexander in Ems**	Graf Bismarck ist mit dem Könige von Preußen in das Bad Ems gereist. – Den Kaiser von Rußland hüten dort die deutschen und russischen Polizeiagenten wie ihren Augapfel.	39
	07. Juni 1870. Dienstag		
NZ-258-1	**Frankreich – Sitzung des gesetzgebenden Körpers**	Das Ministerium Ollivier steht auf wackligen Füßen	39
	09. Juni. Donnerstag		
BN-131-1	**König Wilhelm zur Cur nach Ems**	König Wilhelm geht zwischen dem 18. und 20. Juni für fünf Wochen nach Ems in Kur.	40
BN-131-1	**Spanien – Die Thronfrage.**	die Wahl setzt nicht mehr ein Viertel plus eine Stimme, sondern die absolute Mehrheit zur Königswahl voraus	
BN-131/132 09./10. Juni 1870	**Die St. Gotthard-Bahn.**	Der durchschlagende Gesichtspunkt im norddeutschen Reichstag, welcher der technischen Prüfung und dem commerciellen Werth des Unternehmens nicht weiter näher trat, war der politische. Die Gotthard-Bahn ist unter den Projecten das einzige, welches Deutschland einen kürzesten und dabei völlig selbständigen Weg zur Verbindung mit Italien gewährt. Der Tunnel des Mont Cenis ist in französischen Händen, die Brenner Bahn geht durch das österreichische Tyrol. Auch die Splügenbahn und ihre Verbindung mit dem Bodensee wäre in strategischer Abhängigkeit von Oesterreich (Vorarlberg); die einzige	

		Linie, die den Norddeutschen Bund durch das eng befreundete Baden und die neutrale Schweiz mit Italien unmittelbar und ohne daß wir des guten Willens einer der großen Mächte bedürfen, verknüpft, ist die Gotthardbahn und bei dem lebhaften Interesse, das alle diese Staaten commerciell und politisch daran nehmen, wird ja das großartige und kostspielige Werk, ... auch wohl zu Stande kommen.	
	11. Juni. Samstag		
KBZ-133-5	**Frankreich – Regierungskrise**	Französische Regierungskrise mit Ollivier	43
	12. Juni. Sonntag		
SOC-67-1	**Rundschau – Dr. Straußberg in Ems – Rothschild Agent**	Dr. Straußberg auch in Ems während des Aufenthalts des Königs von Preußen und des Kaisers von Rußland anwesend - folglich giebt es jetzt Krieg.	43
	13. Juni. Montag		
NZ-268-1	**Frankreich – Regierungskrise**	Der Zersetzungsprozeß dauert ebenso in der ministeriellen Presse wie in der Kammer fort. - das Alles legt Zeugnis ab, daß die politische Befähigung Ollivier's doch sehr überschätzt worden ist. Sogar Pinard, der Unglücklichste unter seinen Vorgängern, hat nicht in solchem Maße Fehler auf Fehler gehäuft.	44
	14. Juni. Dienstag		
BN-135-3	**Frankreich – Der Chauvinismus und die Gotthardbahn.**	Die Preußen in der Schweiz!	45
	15. Juni. Mittwoch		
BN-136-3	**Frankreich – Die Frage der Gotthardbahn.**	Die Interpellation über die Gotthardbahn ist ein Degenstoß ins Wasser, da es auf der Hand liegt, unabhängige Staaten vollkommen berechtig sind, Eisenbahnen auf ihren Territorien zu bauen	46
	21. Juni. Dienstag		
KBZ-141-6 [VOS]	**Spanien – Cortessitzung vom 11. Juni – Der vierte Throncandidat Prinz Leopold von Hohenzollern?**	**Leopold von Hohenzollern wird als der vierte Throncandidat von zweien genannt, dem Erzherzog Ludwig Victor von Oesterreich**	47
KBZ-141-8	**Frankreich - Gotthardbahn**	Interpellation in Frankreich wegen der Gotthardbahn, ob diese auch Truppen transportieren dürfe. – Frankreich sorge für die Neutralität der Schweiz, sollte sie durch das Bahnprojekt bedroht sein	
	22. Juni. Mittwoch		
PC-25-2	**In Betreff der Gotthardeisenbahn.**	In Betreff der Gotthardeisenbahn ist, nachdem das bezügliche Bundesgesetz amtlich verkündet ist, am 20. d.M. eine Uebereinkunft zwischen dem Norddeutschen Bunde, Italien und der Schweiz unterzeichnet worden, durch welche der Bund dem zwischen Italien und der Schweiz abgeschlossenen Vertrag wegen Herstellung der Gotthardbahn beitritt.	48
PC-25-2	**Der König reist nach Ems.**	vorher besucht er die Industrieausstellung in Kassel und wird sowohl in Kassel als auch in Ems von der Bevölkerung „allseitig freudig" begrüßt.	
	24. Juni. Freitag		
SOC-72-1	**Rundschau – Die Gotthardbahn**	Spannung zwischen Frankreich und Norddeutschland in Bezug auf die Gotthardbahn	49
KBV-144-6	**Frankreich - Gotthardbahn**	Interpellation: Seine ganze Rede lief darauf hinaus, den Minister des Auswärtigen zu fragen, ob die Neutralität der Schweiz durch den Vertrag der St. Gotthard-Bahn verletzt werde, oder nicht. - Er meinte, die St. Gotthardbahn werde den französischen Bahnen schaden und die Durchstechung des Simplons für Frankreich sehr nützlich sein	
	06. Juli. Mittwoch		
WAP-151-16	**Thronbesteigung eines Hohenzollern in Spanien.**	Paris: Nach unseren eingeholten Erkundigungen würde die Regierung die Thronbesteigung eines Hohenzollern in Madrid als einen drohenden Schachzug gegen die französische Politik betrachten. Die Regierung soll entschlossen sein, sich den Projekten Prims energisch zu widersetzen.	51
	08. Juli. Freitag		
SBZ-189A-3	**Thronbesetzung in Spanien. – Zeitung**	Gramont: erklärte der Herr Minister, daß die französische	52

	der Meinungen. – Presse.	Regierung nicht dulden werde, „daß eine fremde Macht einen Prinzen auf den spanischen Thron setze und die Ehre und Würde Frankreichs in Gefahr bringe.“ - Ebensowenig verstehen wir das Wort „Krieg“, welches später Hr. Ollivier in die Discussion hineinwarf. - Krieg mit Deutschland? Wir verstehn dies noch weniger, denn oft genug und deutlich genug haben die Thatsachen, aus denen sich die Geschichte der letzten vier Jahre zusammensetzt, ergeben, daß die Neugestaltungen in Deutschland nur nationale Motive haben, nur nationlae Zwecke verfolgen,	
SBZ-189A-5	**Zeitung der Thatsachen.**	**Kaiser Napoleon werde die Annahme des spanischen Thrones seitens des Prinzen von Hohenzollern als Kriegsfall betrachten, herrscht hier große Beunruhigung.**	
BRSZ-311-1	**Frankreich – Thronbesetzung in Spanien**	**Man hat in Madrid nicht ohne Zweifel nicht unbeachtet gelassen, daß, wenn der Prinz von Hohenzollern der königlichen Familie Preußens angehört, er zugleich ein Enkel einer Murat und einer Beauharnais, also zweimal mit dem Kaiser der Franzosen verwandt ist. Seine Mutter nämlich, die Prinzessin Josephine von Baden, ist die Tochter der Prinzessin Stephanie von Beauharnais, Adoptivtochter Napoleons I., und sein Vater, Fürst Carl Anton, ist der Sohn der Prinzessin Antoinette Murat.**	
BN-156-2	**Die hohenzollernsche Angelegenheit.**	Darstellung, daß chiffrierte Telegramme in Frankreich aus Madrid und Deutschland abgefangen und entschlüsselt, so die Thronkandidatur Leopold von Hohenzollern bekannt wurde – kurzer Überblick über die Verwandtschaftsverhältnisse Leopolds zu Napoleon III. – Darstellung der französischen Intrigen bei der spanischen Thronbesetzung und Unterstellung, Bismarck sei in die Geschichte involviert – Darstellung der Chancen Leopolds, von der Cortes gewählt zu werden	
SOC-78-1 [VOW]	**Besetzung des spanischen Thrones.**	Die Haltung der Franzosen in Gestalt des Herzogs von Gramont, der betont: Die Regierung werde in der neutralen Haltung, die sie bis jetzt beobachtet, beharren, aber sie werde nicht dulden, daß eine fremde Macht einen Prinzen auf den spanischen Thron setze und die Ehre und Würde Frankreichs in Gefahr bringe. Die Regierung vertraue auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Sollte sie sich aber in Ihrer Hoffnung täuschen, so werde sie ohne Zögern und ohne Schwäche ihre Pflicht thun. **Eine direkte Kriegsdrohung**	
SBZ-189-1	**Weltlage – Frankreich**	die französische Regierung hält sich mit Informationen an die Abgeordneten zurück und blockt ab. - Man versichert:: **Es handle sich hier nicht um ein verstecktes Ziel.**- **Er könne auf Ehrenwort versichern, daß die Regierung keine Hintergedanken habe**, wenn sie erkläre, daß sie den Frieden wünsche, und wenn sie die Ueberzeugung ausspreche, daß der Frieden erhalten bleibe, wenn nur alle Parteiunterschiede verschwinden	
	Madrid	Spanien eruiert die Chancen Leopolds, die Königswahl für sich zu entscheiden - Spanien bereitet sich auf die Wahl des Königs vor	
	Österreich	Österreich verhalte sich passiv	
	England	in England sprechen sich „Times“ und Standard“ gegen die Kandidatur Leopolds von Hohenzollern aus	
BN-156-1	**Situation in Frankreich**	Der auswärtige Minister kennt nicht die stattgehabten Verhandlungen, er sagt es selbst; er giebt also nur der Stimmung nach, wenn er äußert, die Regierung werde nicht dulden, daß eine fremde Macht einen Prinzen auf den spanischen Thron setze und die Ehre und Würde Frankreichs in Gefahr bringe.	
09. Juli. Samstag			
BN-157-1	**Aus dem gesetzgebenden Körper Frankreichs.**	Also selbst Herr Thiers hat das Provociren gegen Deutschland aufgegeben. Die starke Armee soll nur dem Frieden dienen, „den Frieden, welchen wir Alle wünschen, erhalten wir gerade am besten aufrecht, wenn wir stark sind“. .. Wenn man die wesentlich technische Rede des Kriegsministers Marschalls Le Boeuf durchgesehen, dann muß man es wenig angemessen finden, wenn bei uns Parteien an der factischen Länge der Dienstzeit mäkeln, während dieser Minister, um seinen Truppen den rechten	60

		militärischen Geist einzuflößen, 4-4½ Jahr Dienstzeit für nöthig erachtet. Sobald die Franzosen sehen würden, daß wir es mit der Vorbereitung der Armee leichtfertig nehmen, dann könnten wir uns sicher auf Provocationen von ihrer Seite gefaßt machen. Wir sehen an den jüngsten Pariser Vorgängen, wie rasch sie aufbrausen, wie schnell die Leidenschaft jede vernünftige Betrachtung niederwirft, und wüsten sie nicht, daß wir stark und gut vorbereitet sind, der Drohung würde sicher die That folgen. So aber werden sie sich wieder mäßigen.	
WZ-154-4	**Telegraphische Depeschen.**	Stellung der Deutschen zum spanischen Problem ist, die spanische Thronfrage ist eine reine spanische Angelegenheit	
WAP-154-13	**Die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern. – Tagesbericht**	Englischer Standpunkt: sie nennen es unglücklich; falls Bürgerkrieg dadurch in Spanien entstehen würde, werde man schon für Ruhe sorgen	
WAP-154-16	**Die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern. – Telegraphische Depeschen**	Frankreich: Bismarck ist schuldig Italien: allein Spaniens Sache	
	10. Juli. Sonntag		
BN-158-	**Die Arbeiterbewegung**	Neben der Lassalleanischen, in mehreren Secten zerfallenen, und der fortschrittlichen Arbeiterpartei besteht in Deutschland noch die demokratische. Sie nennt sich die **„Partei der Ehrlichen“ und lebt in bitterer Feindschaft mit den Lassalleanern. Ihre Führer sind Bebel und Liebknecht**. - Was nun die Gefahr dieser Verbindungen betrifft, so halten wir sie vom politischen Standpunkt aus für nicht gar groß. **Es ist ein wüstes Geschrei unreifer, meist noch jugendlicher Köpfe**	63
BN-158-2	**Aus Ems**	deutscher Botschafter in Frankreich konferiert mit dem preußischen König n Ems; der französische Botschafter in Preußen, Benedetti , konferiert mit Wilhelm	
BN-158-2	**Frankreich und Spanien**	Frankreichs Intrigen gegen Spanien, und die Kaiserin intrigiert für den Sohn der abgedankten spanischen Königin, Alfonso	
BRSZ-315-2	**Spaniens Thronfolge**	Leopold von Hohenzollern sei bereit, die spanische Krone anzunehmen	
	Deutschland – Die spanische Thronfolge	Baron von Werther vor der Abreise nach Ems eine Zusammenkunft mit Gramont und Ollivier hatte, in welcher Letzterer glattweg erklärte, daß die Thronbesteigung des Prinzen Leopold das Signal zu einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen gäbe.	
BRSZ-315-6	**Frankreich – Zur Throncandidatur des Prinzen von Hohenzollern**	„Aus unseren Informationen ergiebt sich, daß die Regierung die Einsetzung eines Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron als eine Schlappe und eine Drohung für die französische Politik betrachten würde, die Regierung wäre daher entschlossen, sich den Projecten des General Prim entschieden zu widersetzen.	
	Frankreich – Kriegsdrohung Frankreichs	Der Prinz von Hohenzollern hat die ihm von dem General Prim angetragene Krone von Spanien angenommen. Preußen legt die Hand auf Spanien. Der Kaiser hat dem preußischen Botschafter in Paris, Herr v. Werther, erklärt, daß Frankreich das nicht dulden werde.	
	Frankreichs Kriegsdrohung	Gramont: Wir haben nicht aufgehört, der spanischen Nation unsere Sympathien zu bezeigen und Alles zu vermeiden, was den Schein hätte haben können, als wollten wir uns irgendwie in die inneren Angelegenheiten einer edlen und großen Nation einmischen, die in voller Ausübung ihrer Souveränität ist. In Bezug auf die verschiedenen Kronprätendenten sind wir nicht aus der strengsten Neutralität hinausgegangen und haben für keinen derselben jemals weder Vorliebe noch Abneigung bezeigt. **Wir werden diese Haltung auch ferner beobachten, aber wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einem ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vortheil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas derangiren** und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird; wir rechnen	

		dabei auf die Weisheit des deutschen und die Freundschaft des spanischen Volkes (Granier de Cassagnac: und auf unsere Entschlossenheit). Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung, meine Herren, und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben.“	
KBZ-158-7 [VOS]	**Frankreichs Kriegsdrohung [Fortsetzung v.o.]**	- Glais-Bizoin: Es ist eine Kriegserklärung abgegeben worden. - Cremieux: Ich frage, wie die Kammer das Budget im Augenblicke berathen kann, wo wir erfahren, daß die Lage unseres Landes eine absolut neue geworden ist. Heute darf man nicht das Budget prüfen, heute muß die wirkliche Lage Frankreichs einer Untersuchung unterworfen werden, Was wollen jene Worte sagen, welche wir vor drei Tagen gehört haben, die Worte: „Das Kaiserreich ist der Friede!“ ? Sollen sie wiederum sagen, daß wir von einem Kriege bedroht sind? Müssen wir noch einen weiteren Krieg führen? Wenn dem so ist, was soll dann eine Diskussion über das Budget nützen? ...	
KBZ-158-15 [VOS]	**Englische Presse zur preußischen Thronkandidatur**	Was der Minister Gramont erklärt, läuft in anderen Worten darauf hinaus, daß die Wahl eines preußischen Prinzen von der französischen Regierung und dem französischen Volke mit Entschiedenheit bekämpft werden wird - **Der Lärm über die St. Gotthard-Bahn hätte eine Warnung für Prim sein und ihn daran mahnen sollen, daß es Wahnsinn wäre, gegen sich und sein Vaterland die preußenfeindlichen Vorurtheile Frankreichs aufzustacheln.**	
KBZ-158-8 [VOS]	**Wiener Erklärung – keine Mobilisation**	Wien: die Nachricht von der angeblichen Versetzung des Feldbatterien und Munitionscolonnen auf den Kriegsstand als jeder Begründung entbehrend	
SBZ-191-1	**Französische Presse zur preußischen Thronkandidatur** **[hätte Preußen Frankreich Luxemburg überlassen]**	**Obgleich Frankreich von dem Bedürfnis des Friedens durchdrungen sei, so befinde es sich doch seit einem Jahre unter einem peinlichen Druck. Es wäre Preußen ein leichtes gewesen, die französische Nation, deren edelmütige Ideen sich der freien Ausdehnung des gerechten Ehrgeizes seiner Nachbarn nicht widersetzten, entweder durch eine wenig wichtige Grenzberichtigung oder durch die Ueberlassung Luxemburgs zu befriedigen.** **- Frankreich könne daher niemals für diesen ernsten Conflict verantwortlichgemacht werden**.	
NZ-315-3	**Zur preußischen Thronkandidatur - Frankreich**	Man spricht von: Frankreichs Ehre – Bismarck – Krone Karls V. – Sadowa – europäisches Gleichgewicht – Thron am Manzanares – nochmals Sadowa – auf nach Hohenzollern – Himmelschockschwerenoth! Ist denn das kaiserliche Frankreich zum Gespött der Welt geworden, daß es sich selbst von Prim am Narrenseile führen ließe – von Prim, der was er ist, durch Frankreich ist? Schnöder Undank! Und wird denn Bismarck rein vom Teufel geritten? - **Bei der Unterredung, welche Baron von Werther vor seiner Abreise nach Ems mit dem Herzog von Gramont und Ollivier gehabt, sprach der norddeutsche Gesandte ausdrücklich seine Ueberzeugung aus, die preußische Regierung sei dem Projekte fremd** und diese Ansicht wird hier in den maßgebenden Kreisen getheilt. **Ist es unter diesen Umständen angemessen, daß man den Gesandten mit einer unverblümten Kriegsdrohung entläßt? Heißt das nicht dem Berliner Kabinett das Nachgeben erschweren?** **- War Ollivier es doch, der in das erwähnte Gespräch zwischen Werther und Gramont die Aeußerung hineinwarf: „Oui, ilya menace de Guerre.“** ***[Ja, es besteht die Gefahr eines Krieges]***	
11. Juli. Montag			
WZ-155-2	**Gramonts Entschluß bei nicht befriedigender Antwort aus Ems.**	Paris: hat die Regierung Benedetti beauftragt, nach Ems zu gehen, um vom Könige eine Antwort zu verlangen. Die Antwort wird am 10. Abends oder am 11. Juli Morgens erwartet. **Wenn sie nicht befriedigend ist, würden unverzüglich militärische Maß nahmen ergriffen. Vorsichtsmaßnahmen sind schon jetzt getroffen.**	71
NZ-316-1	**Deutschland - Zur preußischen Thronkandidatur**	Das Auftreten der französischen Diplomatie widerspricht allen herkömmlichen Formen und scheint fast gradezu darauf berechnet, sich der Handhabe, die sich wider Erwarten gefunden, unter allen Umständen zu bedienen.	

		Herr Ollivier erweist sich als ein zerfahrener Dilettant, der den phantastischen Plänen Napoleons III. sich weit bereitwilliger anschmiegt, als selbst Rouher - Was der „Constitutionel“ aus Ems berichtet, ..., sieht fast nach einem demnächst zu erwartenden Ultimatum aus. Daß das Verlangen des Grafen Benedetti, den Prinzen von Hohenzollern zu interniren, um ihm den Weg nach Spanien zu sperren, abgelehnt worden ist, ist selbstverständlich. -So gleichgültig uns an sich die spanische Thronfrage sein mag, muß man sich darauf gefaßt machen, wenn der böse Nachbar denn durchaus in unser Haus brechen will, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben und trotz der unsäglichen Prahlereien, die uns aus dem Pariser Narrenhause zuschallen, glauben wir dafür vollkommen in der Lage zu sein	
	Frankreich - Zur preußischen Thronkandidatur	„Das kaudinische Joch ist bereit für die Preußen, sie werden sich darunter beugen und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausfall nicht zweifelhaft ist. Unser Kriegsgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben. Die Echos des deutschen Rheins sind noch stumm. Hätte uns Preußen die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, so wären wir schon lange unterwegs.“ - In der „Liberte“: Er lieferte einen Sensationsartikel in der alten Manier „Ein Kongreß oder der Krieg“. - die Regierungsblätter ungefähr in das gleiche Horn stoßen und sogar bereits erklären, daß selbst ein Nachgeben Preußens in der spanischen Thronfrage jetzt nicht mehr genügen würde, sondern alle andern Beschwerden, die man gegen dasselbe zu haben glaubt, zugleich erledigt werden müßten. So sagt der Herrn Ollivier speziell nahe stehende „Moniteur“: ... Nachdem die preußische Regierung vier Jahre lang mit unserer Geduld und der Geduld ganz Europas Mißbrauch getrieben, hat sie nun alle Grenzen überschritten. Der Marschall Prim hat eine wahre Intrigue angesponnen, die für Frankreich die ernstesten Folgen haben sollte. Was uns betrifft, so haben wir unser Wohlwollen für Preußen zum Aeußersten getrieben - Diese durch ihre ersten Erfolge in Selbsttäuschung versetzte Macht scheint sich das Uebergewicht und die Herrschaft in Europa anmaßen zu wollen. Es ist Zeit, solchem Anspruch ein Ziel zu setzen. Die Frage muß erweitert werden, und heute ist die Entsagung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr ausreichend, denn dies würde Seitens des Grafen Bismarck nur ein geschicktes Verfahren sein uns zu entwaffnen, mit dem Vorbehalt, später eine bessere diplomatische Stellung einzunehmen und uns, nachdem er seine militärischen Streitkräfte und die öffentliche Meinung in Deutschland vorbereitet, in neue und ernstere Verlegenheit zu verwickeln. Man würde immer von vorn anfangen müssen. Das Wenigste, was wir verlangen müssen und was uns heute befriedigen kann, wäre die formelle Bekräftigung und die absolute Ausführung des Prager Friedens seinem Wortlaute und Geiste nach, d.h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehört, das Aufgeben eines jeden militärischen Einflusses jenseits des Mains und die Regulierung des Artikels V. mit Dänemark. Dies sind die einzigen Garantien, welche uns befriedigen können, und wenn man sie uns nicht gewährt, so können unsere Forderungen nur größer werden.“ - in der vorherigen Regierung: auf der Rednerbühne des gesetzgebenden Körpers **die Theorie von der „dreifachen Zerstückelung“ (des trois toncons) Deutschlands aufgestellt wurde** - Zugleich würden alle Anstalten so getroffen (die Eisenbahn-Verwaltungen hätten bereits die nöthigen Weisungen), **daß man auf den ersten Befehl 150.000 Mann an den Rhein werfen könne** u.s.w.	
NZ-316-3	**Frankreich - Zur preußischen Thronkandidatur**	11.Juli, Paris: daß durch Benedetti vom König von Preußen in Ems bestimmt verlangt sei, daß er den Prinzen von	

		Hohenzollern veranlasse, sie spanische Krone abzulehnen -Madrid 9.Juli: der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Sagasta, dem französischen gegenüber dem frz. Gesandten Mercier : **Der Minister spricht sein Bedauern darüber aus, daß die französische Regierung sämtliche bisher aufgestellte Kandidaturen bekämpft habe, um diejenige des Prinzen Alphons zu begünstigen**	
BRSZ-316-1	**Deutschland - Zur preußischen Thronkandidatur – Aus Sigmaringen**	mehrere vornehme Spanier vor einiger Zeit in Sigmaringen	
12. Juli. Dienstag			
TIMES 26800	**Der spanische Thron**	Allgemeine Einschätzung der Situation zwischen Frankreich und Preußen	**74**
BRSZ-317-1	**Deutschland – Die spanische Frage**	Mehrzahl der Pariser Blätter, theils durch den unverständigen Argwohn, den selbst recht gescheite Franzosen seit 1866 gegen Preußen hegen - Theils endlich liegt der Grund darin, daß viele jener Blätter der spanischen Politik des Pariser Hofes als Sprachrohr dienen, einer Politik, die seit langer Zeit von der Kaiserin geleitet wird und zu deren Durchführung der Herzog von Gramont ganz eigentlich berufen scheint. - Man hätte daher Grund das Vorgehen Gramonts nicht nur anmaßend, sondern auch mit Rücksicht auf den zu erwartenden Mißerfolg in Spanien ungeschickt zu nennen, wenn man nicht wüßte, daß wo Spanien genannt, Deutschland gemeint ist, und daß all der Lärm in erster Linie uns gilt. Den Aerger über das Vorgehen Spaniens sollen wir büßen; was Spanien thut, soll Deutschland vertreten und der Herzog von Gramont scheint von Napoleon ausgesucht zu sein, mit uns Händel anzufangen. - **Seit 1866 hat man gegen das neue Deutschland viel intriguirt, man hat versucht, Oesterreich, Italien und Spanien zu einem Complotte heranzuziehen**. In dieses Netz riß die September-Revolution eben noch rechtzeitig eine Lücke, wodurch die Gefahr für uns beseitigt wurde. -Die Forderung Frankreichs, daß wir uns im Interesse der französischen conspiratorischen Politik als Büttel gebrauchen lassen sollen gegen einen Landsmann, der Neigung zeigt, von seinem Rechte zu wandern, und auf Einladung der Spanier, ihre Heimathsrechte zu theilen, Gebrauch zu machen, diese Zumuthung ist eine so unbegreiflich dreiste, daß wir der französischen Kriegsdrohung für den anderen Fall mit gelassener Würde entgegensehen können	
BRSZ-317-2	**Oesterreich – Die spanische Frage – Zur Situation**	Von Paris her wie von hier aus wird mit bestätigt, daß die Tuilerien Regierung bei der österreichischen in der That bereits angefragt hat, welches Verhalten sie zu beobachten gedenke, falls es zum Aeußersten komme - jeder europäische Krieg, der Oesterreich auch nur zu einer bewaffneten Neutralität zwänge, leicht der Vorbote unseres Unterganges sein könnte - da unsere Regierung nur zu genau weiß, daß – während sie von preußischen Intriguen von einem Schlage ins Gesicht Frankreichs spricht, gerade das Umgekehrte der Phrase, die Gramont vorgebracht, die Wahrheit ist. **Nicht Preußen will Spanien einen Souverän aufdrängen, sondern die spanische Römlings-Clique am Tuilerienhof will das Land zwingen, seinen Alfons XII. zurückzurufen, indem sie jede andere Lösung – Republik, Montpensier, Union, Hohenzollern – als antifranzösisch erklärt, oder auf Umwegen hintertreibt.** - Soll von „Verschwörungen“ die Rede sein, so giebt es deren nur Eine, dieselben Pfaffen- und Weibercreaturen in Paris, die auch den mexicanischen Schwindel eingerührt - Zu bemerken ist, daß übrigens diesmal auch Graf Andrassy um seiner Pariser Liaison aus der Emigrantenzeit willen, die antipreußische Partei ergreift, was er früher niemals gethan, solange es sich für Preußen und Oesterreich auch einfach und direct um Revanche für Sadowa handelte -Napoleon brauche den Frieden, deshalb möge Graf Beust dahin wirken, daß der Streit im Sinne Frankreichs	

		ausgeglichen werde: denn das sei doch klar und einleuchtend, „daß Frankreich ein Dominiren Preußens in Spanien (!!!) nicht dulden könne“	
BRSZ-318-1	**Deutschland – Der König in Ems**	Der französische Botschafter Graf Benedetti ist am Freitag Abend 11 Uhr hier angekommen und hatte gestern Vormittag zunächst eine Zusammenkunft mit unserem Botschafter Baron Werther. Um 3 Uhr wurden Beide vom Könige empfangen und darauf zur Tafel geladen - Der französische Botschafter Graf Benedetti wurde heute Vormittag in längerer Audienz von Sr. Maj. dem Könige empfangen	
WZ-156-1	**Deutschland – Der König in Ems**	Deutschlands Betonung, sich in die spanischen Angelegenheiten der Thronfrage nicht einzumischen.- Prinz Leopold in Ems bei König Wilhelm	
13. Juli. Mittwoch			
TIMES 26801	**Prinz Leopold von Hohenzollern**	Frankreichs Forderungen	79
	Frankreich	Thronverzicht Leopolds von Sigmaringen	
	Preußen	Leopolds Sicht der Situation	
	Frankreich	Ministerratssitzung in Paris mit Kaiser Napoleon III	
L'Union-194-1 deutsch-französisch	**Frankreichs Verhalten in der Spanischen Frage.**	Heute erwarteten wir eine Regierungserklärung, die die Frage von Frieden oder Krieg entschieden hätte	
Le TEMPS-3423-1 deutsch-französisch	**Tägliches Bulletin.**	Wird es Krieg oder Frieden sein? Alles was wir sagen können ist, daß die Eindrücke aus dem Ausland noch düsterer sind als gestern. - In Wien wuchsen die Alarmmeldungen und man schien überzeugt, daß es nicht zu hoffen sei, daß König Wilhelm sich zu ausreichenden Zugeständnissen an die Forderungen Frankreichs durchringen würde.	
Le TEMPS-3423-2 deutsch-französisch	**Brief aus Deutschland. - Wir fassen unsere Korrespondenz aus Berlin vom 9. Juli wie folgt zusammen**	Ihr seid bereits dabei, die Armeekorps aufzuzählen, die gegen Deutschland marschieren werden; ihr zählt Generäle und Regimenter auf; ihr erzählt uns von Maschinengewehr-Experimenten, wie zur Zeit der Luxemburg-Krise; ihr zeigt uns die Pferde des Kaisers bei X Feuerübungen: Was will man in Paris! Was bereitet man vor? Was wird für Frankreich und Deutschland bereitgehalten? Wenn die kaiserliche Regierung den Krieg um jeden Preis will, nur zu! - Unter der Asche so vieler friedlicher Proteste brennt eine so wilde Leidenschaft, Krieg gegen Preußen zu führen und sich für Sadowa zu rächen! - Hass und Leidenschaften sind nur noch in euren amtlichen offiziellen Zeitungen zu finden, und in den verhängnisvollen Worten, die einigen eurer Minister nachgesagt werden.	
PC-28-1	**Frankreichs Verhalten in der Spanischen Frage.**	Wenn inzwischen von Madrid oder Paris die Nachricht eingetroffen ist, daß der Fürst von Hohenzollern, der Vater des Erbprinzen Leopold, der spanischen Regierung die Mittheilung von der Verzichtleistung desselben auf die Thronbewerbung gemacht habe, so hat der Prinz bei dieser Ablehnung ebenso innerhalb seiner selbständig persönlichen Berechtigung gehandelt, wie bei der vorherigen Annahme.	
PC-28-2	**Graf Bismarck soll nach Ems.**	Der Bundeskanzler Graf Bismarck war Angesichts der Dringlichkeit der politischen Verhältnisse von Sr. Majestät dem Könige nach Ems beschieden worden, um über die wünschenswerte Einberufung des Reichstags Vortrag zu halten – Nachdem jedoch am Abend ein Telegramm der Botschaft in Paris hier eingegangen war, nach welchem der dortige spanische Gesandt dem Herzog von Gramont amtlich den Verzicht auf die hohenzollernsche Kandidatur angezeigt hat, gab Graf Bismarck unter den veränderten Umständen die weitere Reise nach Ems auf	
KBZ-169-3 [VOS]	**Spaniens Bekanntmachung der Thronfolge**	Spanien veröffentlicht seine Entscheidung für Spaniens Thron: Leopold von Hohenzollern	
WZ-157-4/ WAP-157-15	**Deutschland – Leopold von**	Prinz Leopold von Hohenzollern entsagt der Throncandidatur in Spanien	

	Hohenzollern verzichtet auf den Thron Spaniens		
14. Juli. Donnerstag			
TIMES 26802	**London**	Erleichterung in London über die Rücknahme der Thronkandidatur Leopolds -Es sollte nur ein Frankreich auf der Welt geben, keine andere Macht vor ihr. Frankreich würde keinen Gleichgestellten an seinen Grenzen dulden. Nicht, daß Preußen eine solche Gleichstellung beansprucht hätte oder Europa sie ihr zugeschrieben hätte. Aber Preußen war zweifellos gewachsen, und Frankreich sah im Aufstieg seines Nachbarn ein Symptom seines eigenen Niedergangs.	88
	Preußen	Benedettis Forderung an König Wilhelm in Ems	
	Die halboffizielle Provinzkorrespondenz besagt	Bismarck eingeschaltet Beleidigende Haltung Frankreichs	
	Bayern	Bayern will sich nicht in seiner Haltung abspalten	
	Frankreich	Wahrung des Friedens	
	Spanien	Bekanntgabe der Thronkandidatur – Frankreich sieht das europäische Gleichgewicht gestört	
	Öffentliche Stimmung in Frankreich	französische Pressekommentare	
Le TEMPS-3424-1 deutsch-französisch	**Bulletin du Jour – Paris, 13. Juli**	Wir möchten schnell darauf hinweisen, daß sich die friedlichen Gerüchte von gestern vollständig bestätigt haben. Die deutsch-französische Krise ist vorbei und glücklicherweise ist jegliche Angst vor einem Krieg verschwunden. - Der Tag könnte trotz des guten Eindrucks, den die Gewissheit des Friedens hinterlassen hat, für das Ministerium schwierig werden, wenn – was durchaus wahrscheinlich ist – die hochmütige, ungewöhnliche und undiplomatische Art und Weise, in der die Angelegenheit angestoßen wurde, umgekehrt wird.	
BRSZ-322-2	Telegraphische Depeschen**. –** Die Emser Depesche	Nachdem die Nachricht von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung von der spanischen amtlich mitgetheilt, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß der König von Preußen sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder die Zustimmung zu geben, wenn die Fürsten von Hohenzollern auf die Candidatur zurückkommen sollten. Der König lehnte hierauf ab, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen, daß der König dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe	
WZ-158-3	**Großbritannien – Haltung zur spanischen Thronfrage.**	Es giebt sicherlich keine Nation, die den europäischen Frieden aufrichtiger als England wünscht. Man würde sich jedoch auf dem Continent sehr täuschen, wenn man glaubte, daß Englands Interesse einem Kriege gegenüber bloß zuwartender Natur sein würde. Seine Beziehungen zum Continent sind eben von so hoher Wichtigkeit und ein Bruch des europäischen Friedens könnte solche Complicationen herbeiführen, daß ein actives Einschreiten unvermeidlich werden dürfte	
WZ-158-4	**Sigmaringen – Absage Leopolds von Hohenzollern**	Prinz Leopold der Throncandidatur Spaniens entsagte, indem er den Gefühlen folgte, welche es ihm als preußisch-deutschem Officier unmöglich machen, seiner Person willen Deutschland in einen Krieg zu stürzen und gleichzeitig Spanien einen blutigen Kampf als Mitgift zu bringen	
WAP-158-15	**Frankreich fragt nach Bayerns Haltung in einem Krieg.**	die französische Regierung am 10. d. Abends durch eine Mittelperson die bezügliche Anfrage an die bairische Regierung; die Antwort soll dem Sinne nach folgendermaßen gelautet haben: Die bairische Regierung macht ihre definitive Entschließung von dem ferneren Verlaufe der Angelegenheit abhängig und werde zur Zeit ihre zurückhaltende Stellung beibehalten; die Regierung könne jedoch schon jetzt versichern, das bairische Volk und sein König werden sich von dem übrigen Deutschland nicht trennen.	
WAP-158-15	**Sigmaringen – Absage Leopolds von Hohenzollern**	Sollte auch in Paris die bisherige Aufwallung einer ruhigeren Auffassung Platz machen, in Deutschland wird	

		lange Zeit der Eindruck nicht verwischbar sein, welchen die plötzlich drohende und beleidigende Haltung unserer Nachbarn hinterlassen hat; es wird schwer sein, das Vertrauen wieder herzustellen, nachdem die Versicherungen, welche die französische Regierung am 30. Juni abgegeben, daß der Friede niemals gesicherter gewesen sei als jetzt, nach kaum acht Tagen in so auffälliger, befremdlicher Weise verläugnet sind. Es kann nicht fehlen, daß alle beunruhigenden Gerüchte, welche den Eintritt Gramonts in das Ministerium begleiteten, mit starkem Anspruch aus Glaubwürdigkeit wieder aufleben	
WAP-158-15	**Frankreich noch nicht zufrieden mit der Absage Leopolds**	Es wäre berechtigt, es als einen Sieg für sich zu betrachten, den Zwischenfall zu beendigen, ohne eine einzige Sicherheit zu geben, die uns gegen eine neue Ueberraschung seines Ehrgeizes sicherstellen könnte. Die Herausforderung des Berliner Cabinets hätte uns berechtigen können, von demselben eine Genugthuung für die früheren Kühnheiten und Eingriffe zu verlangen. Wir würden mit Vergnügen gesehen haben, wenn das Terrain der Erörterung erweitert worden wäre. Wir haben freiwillig den Streit begrenzt, denn wir hätten den Vorwurf erhalten können, weniger eine Genugthuung als einen Streit wegen der Vergrößerung Preußens zu wollen. Begnügen wir uns demnach für den Augenblick, Spanien für Preußen geschlossen zu haben.	
KPZ-161-10	**Großbritannien – Kommentar zur Situation Frankreich-Preußen**	**„Observer“:** Vor der Hand ist die Anschuldigung Frankreichs, daß Bismarck die Hand zu einem Intriguenspiel geboten, noch durchaus nicht erwiesen wogegen es feststeht, daß die deutsche Nation sich um die Art der spanischen Thronbesetzung nicht im geringsten kümmert. Vom logischen Standpunkte betrachtet ist die Stellung Preußens unangreifbar, und es muß sich erst zeigen, ob dieses aus seiner passiven Haltung heraustreten werde, um keine Unterbrechung seiner Beziehungen zu Frankreich eintreten zu lassen **-„Times“:** Für England wäre ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen in politischer und militärischer Beziehung allerdings von geringer Bedeutung, selbst wenn er über das Schicksal des Rheins entscheiden sollte, der ohne Zweifel des Kampfes Ziel und Ende sein würde.	
15. Juli. Freitag			
TEMPS-3425-1 deutsch-französisch	**Bulletin du Jour – Paris, 14. Juillet**	Die Kriegsbefürworter, die seit dem Vortag sehr niedergeschlagen waren, haben wieder etwas Mut gefasst, das ist verständlich. So kamen gestern Abend und heute Morgen erneut Kriegsgerüchte auf; in Zeitungen, die um jeden Preis eine Kollision mit Preußen wollen, begann man wieder über Rüstung zu sprechen. - Was auch immer die Gegner einer Versöhnung sagen und welchen Lärm sie auch machen, wir können nicht glauben, daß der Frieden, der gestern als sicher galt, heute unsicher ist; wir wollen nicht annehmen, daß diese Weigerung zum Krieg führen könnte, obwohl König Wilhelm, wie uns in einer Depesche aus Berlin bekannt wurde, seine Würde darin sieht, keinen weiteren Schritt in Richtung Zugeständnisse zu unternehmen	95
Union-196-1 deutsch-französisch	**Aktuelle Nachrichten – Paris, 14. Juillet**	Gestern war es der Frieden, heute ist es der Krieg. - die Weigerung des Königs von Preußen, eine Verzichtserklärung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron zu unterzeichnen, und, was nicht weniger ernst ist, die Weigerung, unseren Botschafter zu empfangen.	
WZ-159-3	**Telegraphische Depeschen.**	nationalen Haltung des württembergischen Ministers Varnbühler - Paris, Graf Daru habe, als er auf das gegen den diplomatischen Gebrauch verstoßende Vorgehen gegen Preußen hinwies, vom Kaiser die Antwort erhalten, es handle sich Preußen gegenüber nicht um eine einzelnstehende Frage, man habe seit dem Jahre 1866 die Regierung des Kaisers getadelt, daß sie das nationale Prestige dem Auslande gegenüber compromittire. Eine solche Lage könne nicht fortdauern. - Ems, Benedetti habe die Regeln des diplomatischen Verkehrs so weit verletzt, daß er den König auf der	

		Promenade noch über die Angelegenheit interpellirte und ihm Erklärungen abdrängen wollte. - Frankreich – Kriegsschiffe werden ausgerüstet , - König begiebt sich morgen früh mittelst Extrazuges nach Berlin. Die Minister Camphausen und Eulenburg sind abgereist. Benedetti reist Nachmittags ab.	
WAP-159-13	**Tagesbericht - Paris**	Der Prinz von Hohenzollern wird nicht in Spanien regieren. Wir haben nicht mehr verlangt und mit Stolz nehmen wir von dieser friedlichen Lösung Kenntniß. Ein großer Sieg, welcher nicht eine Thräne, nicht einen Tropfen Blut kostet!	
WAP-159	**Telegraphische Depeschen – Österreichs Neutralität – Verhältnis zu Frankreich**	Die „Reform“ will zwar auch den Frieden und für den Fall des Krieges vollständige Neutralität von Seite Oesterreich-Ungarns; sie wünscht aber, daß der Eroberungslust Preußens endlich ein Ziel gesetzt werde. Wenn Frankreich jetzt unterliegt, sagt die „Reform“, werden wir unstreitig in kurzem unter weit ungünstigeren Umständen Preußen gegenüberstehen; darum ist jeder Sieg Frankreichs unser Sieg und jede seiner Niederlagen auch für uns eine Niederlage.	
WAP-159-16	**Telegraphische Depeschen – Frankreichs Kriegsstimmung.**	**Paris: „Es lebe der Kaiser! Nieder mit Preußen! Es lebe der Krieg! Auf nach Berlin! Nieder mit Bismarck!“**	
NZ-323-1	**Deutschland – Frankreichs Verhalten**	**Die Art, in welcher die Minister Gramont und Ollivier die spanische Thronfrage vor der Gesetzgebungskörper behandeln, entsprach durchweg der Art und Weise, wie vor 11 Jahren der italienische Krieg eingeleitet wurde.** **-** während sie der Welt eine zwischen ihr und der preußischen Regierung bestehende und eine Kriegsgefahr in sich tragende Spannung denunzirte, **kein Schriftstück existirt, welches eine Klage formulirt, eine Beschwerde geltend gemacht hätte.** Sehr begreiflich! **Denn wenn man keinen Grund zum Kriege hat, sondern nur einen Vorwand sucht, diskutirt man nicht – man provozirt nur**. - Kaiser Napoleon: **Man müsse sich des Mangels an allem guten Willen Preußens gegen Frankreich seit 1866 erinnern** (Abtretung von Landau, Luxemburg, etc.). Seitdem hat man nicht aufgehört, seine Regierung zu tadeln, daß sie die Interessen Frankreichs und das nationale Prestige gegenüber dem Ausland kompromittire u.s.w. Eine solche Lage könne nicht fortdauern, besser wäre es, ihr so bald als möglich ein Ende zu machen. - **daß es bei dem ganzen spanischen Streit von Anfang an auf Deutschland, auf einen Rache- und Eroberungskrieg gegen Deutschland abgesehen war, der Cassagnacs Wort: „**Wir müssen den Rhein haben**“ verwirklichen soll**. **Daß dieser das Objekt des Friedensschlusses sein würde, falls Deutschland besiegt würde, leidet keinen Zweifel; daß Belgien dann nur Enclave wäre, die auf die Dauer nicht zu halten, ist ebenso wenig zu bezweifeln.** **- Mainz: die Luft von Kriegsgerüchten schwirrt, und schon von Mainz als einem Objekt französischer Prätensionen die Rede ist**	
16. Juli. Samstag			
TIMES 26804	**Kriegserklärung von Frankreich gegen Preußen**	Grund der französischen Regierung : Die Emser Depesche Die Weiterleitung der „Emser Depesche“ an die Abgeordneten wird abgelehnt	100
	Spanien	Verzicht Leopolds legt Spannungen zwischen Frankreich und Preußen nicht bei	
	Italien	Haltung der neutralen Staaten	
	Holland und Schweiz	Erklärung der Neutralität	
	Frankreich	„Vive la Guerre!“	
	Die Kriegserklärung	Das größte nationale Verbrechen	
Union-197-1 deutsch-französisch	**Frankreich. – Der Krieg. – Der Senat.**	**Gramont:** er legt in klaren und prägnanten Worten die Bemühungen dar, die unsere Diplomatie unternommen hat, um nicht nur den Rückzug von Prinz Leopold zu erreichen, sondern auch eine ausdrückliche Erklärung des Königs von Preußen, dass er in Zukunft niemals damit einverstanden sein werde, dass dieser Prinz die spanische Krone annimmt. Der König von Preußen weigerte sich, diese Verpflichtung einzugehen, und von da an mussten die Verhandlungen trotz der friedlichen Wünsche der	

		Regierung zwangsläufig abgebrochen werden, da zum Schutz der Interessen Frankreichs ein Krieg notwendig ist.	
TEMPS-3426-1 deutsch-französisch	**Legislative - Stellungnahme des Herrn E. OLIVIER**	**Ollivier:** Unser Wunsch nach Frieden war so groß, daß wir die Verhandlungen nicht abgebrochen haben. - Wir haben nichts unversucht gelassen, um einen Krieg zu verhindern, und wir werden uns auf den Krieg vorbereiten, der uns angeboten wird. **- Thiers: Ich bitte mein Land, uns die Depeschen bekannt zu geben,** in deren Folge diese Kriegserklärung erfolgte. - Aber meiner Meinung nach treffen Sie eine schlechte Wahl sich zu rächen. Und wenn ich sehe, daß Sie nicht denken wollen, sage ich Ihnen, daß Sie die auferlegten Pflichten als Vertreter des Landes nicht in vollem Umfang erfüllen. Ich bitte erneut um Übermittlung der Depeschen: Das Haus wird tun, was es wünscht. **Ollivier: Wir behaupten jedoch, daß, wenn es je einen notwendigen Krieg gab, es der Krieg ist, zu dem Preußen uns zwingt**. Nein, keiner von uns hat nach einer Gelegenheit gesucht, in den Krieg zu ziehen. Wir haben nicht darüber nachgedacht, ob wir eine günstige Gelegenheit hätten, Deutschland anzugreifen. - Es ist Ehre, und in Frankreich ist Ehre das höchste Gut. **- Wir haben in unsere Präsentation alles eingefügt, was kommuniziert werden konnte, und wir werden nichts anderes kommunizieren**	
WZ-160-3	**Telegraphische Depeschen - Deutschland**	König Wilhelm in Kassel; Der König setzte die Reise unter tausendstimmigen Hochs fort. - München, 15. Juli. Sicherem Vernehmen nach hat der König den Vorschlag des Ministeriums, **den casus foederis** für gegeben zu erachten, und die gestern angeordnete Mobilisirungsordre genehmigt. - Bremen, 15. Juli. Das Bundeskanzleramt benachrichtigte den Senat amtlich, daß die norddeutschen Handelsschiffe auf allen Meeren vor der Kriegsgefahr gewarnt seien und den Rath erhalten, nach binnen zu gehen.	
WZ-160-3	**Telegraphische Depeschen – Frankreichs Kriegserklärung.**	**Paris: Heute um 1 Uhr erfolgt im Senate und im gesetzgebenden Körper gleichzeitig eine Regierungsmittheilung, welche die Sachlage auseinandersetzt und mit der Ankündigung der Kriegserklärung an Preußen schließt. Diese Kriegserklärung wurde durch ein Rundschreiben des Königs von Preußen an die preußischen Agenten im Auslande beschleunigt, welches erstlich die dem Botschafter Benedetti zugefügte schwere Beleidigung bestätigt, zweitens die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern verweigert, drittens demselben seine Freiheit zurückgiebt, die spanische Krone anzunehmen.**	
WZ-160-3	**Telegraphische Depeschen – Frankreichs Weg zum Krieg gegen Preußen.**	Paris: Ungeachtet dessen brachen wir wegen des Verlangens nach Frieden die Unterhandlungen nicht ab. Daher war die Ueberraschung eine große, als wir gestern erfuhren, daß der König von Preußen verweigert hat, den Botschafter Benedetti zu empfangen und daß das Berliner Cabinet diese Thatsache den fremden Cabinetten officiell mitgetheilt hat. Wir erfuhren gleichzeitig, daß der preußische Botschafter Baron Werther den Befehl erhielt, einen Urlaub anzutreten. Wir erfuhren auch von Rüstungen Preußens. Unter diesen Verhältnissen hieße es die Würde vergessen und eine Unvorsichtigkeit begehen, keine Vorbereitungen zu treffen. Wir haben uns vorbereitet den Krieg zu führen, den man uns anbietet, indem wir jedem seinen Verantwortlichkeitstheil überlassen. (Lang anhaltender enthusiastischer Beifall.) Seit gestern haben wir die Reserven einberufen und wir werden Maßregeln ergreifen, um die Interessen, die Sicherheit und die Ehre Frankreichs zu wahren. Pariser Kammersitzung: **verlangt Favre, die Regierung solle die auf die Unterhandlung bezüglichen Actenstücke mittheilen, namentlich die den fremden Regierungen mitgetheilte preußische Depesche, welche die Weigerung constatirt, Benedetti zu empfangen.** **Buffet unterstützt das Verlangen nach Mittheilung der**	

		Depesche. Der Antrag Favres aber wird mit 164 gegen 83 Stimmung verworfen. **- Thiers spricht gegen den Krieg**, aber die Kammer hört ihn nur mit Ungeduld an. **Ollivier sagt, wenn ein Krieg nothwendig ist, so ist es dieser, zu welchen Preußen uns zwingt. Eine größere Duldsamkeit würde uns auf die unterste Stufe herabbringen. Ollivier hebt die beleidigende Haltung Preußens hervor**.	
		London, 15. Juli. (Sitzung des Unterhauses.): Horsman fragt, ob England Frankreich moralisch unterstütze, wie dies Gramont behauptete. Gladstone verweigert weitere Auskünfte	
BN-163-2	**Deutschland. – Der König wieder in Berlin.**	Der König ist gestern Abend um 8 Uhr 50 Minuten von Ems auf dem Berlin-Potsdamer Bahnhofe eingetroffen. Graf Bismarck war ihm mittels Extrazugs bis Brandenburg entgegengefahren. Die Herzlichkeit, mit welcher viele Tausende den König auf dem Bahnhofe, auf den Straßen, durch welche Se. Majestät nach seinem Palais fuhr, begrüßten, war unbeschreiblich - Ein brausendes, donnerähnliches Hurrah empfing den König, Hüte, Mützen, Arme streckten sich unter Jauchzen und Jubelrufen dem König entgegen. - Die Begeisterung hatte sich auch den anwesenden Offizieren mitgetheilt; gleich nach der Abfahrt des Königs verkündete einer derselben mit erhobener Stimme, daß die Kriegserklärung erfolgt sei, und wie Se. Maj. der König die Mobilmachung der ganzen Armee befohlen. -. Ein zehntausendstimmiges Hurrah ertönte, als der König gegen 9 ¼ Uhr vor seinem Palais anlangte; er trat ins Vestibül, kehrte aber sofort auf die Rampe zurück, verneigte sich tiefbewegt; die Worte, die er sprechen zu wollen schien, wurden von mächtigen Hurrahs übertönt. „Heil Dir im Siegerkranz“ wurde angestimmt und ertönte in tausendstimmigem Chor über den Platz	
	Deutschland. – Die Presse zu Frankreichs Haltung.	Eine Staatsaction irgendwelcher Art ist in diesem ganzen Geschäft nicht vorgekommen. - Die Anmuthung, welche der französische Botschafter gestellt, enthält eine persönliche Beleidigung König Wilhelms, sie enthüllt unzweideutig das nichtswürdige Verlangen Frankreichs, Deutschland in eine Stellung zu drängen, in der nur Erniedrigung oder derbe Abwehr übrig bleibt, **daß auch dem blödesten Auge klar wird, Frankreich will den Krieg, will den Krieg um jeden Preis** -wo Napoleon III. **Va banque** sagen muß, **erfährt er, daß sein vier Jahre lang im deutschen Süden gespieltes Intriguenspiel hoffnungslos verloren ist und daß die nationale Fahne auf den Thürmen von Stuttgart, Karlsruhe und – wie sich mit Sicherheit annehmen läßt – auch von München weht** **- Unter günstigeren Conjuncturen, als den gegenwärtigen, hat der Krieg, mit dem Deutschland seit dem Jahre 1866 bedroht ist, kaum ausbrechen können** **-hat Frankreich schon vor vier Wochen in Schweden anfragen lassen, wie es sich zu einem französisch-deutschen Kriege stellen, ob es sich Frankreich anschließen werde. Die Antwort soll in letzter Beziehung verneinend gelautet haben [siehe 12.Juni – SOC – Dr.Straußberg in Ems –Rothschild Agent]**	
	Deutschland. – Kriegsvorbereitung.	auf allen Meere befindliche Schiffe Norddeutschlands den Rath erhalten, vor der drohenden Kriegsgefahr binnen zu gehen - die Ordre zur Armirung der rheinischen Festungen abgegangen. Endlich ist den sämtlichen Eisenbahn-Directionen die Weisung zugegangen, für ausgedehnte Truppensendungen alle Vorbereitungen zu treffen	
17. Juli. Sonntag			
TEMPS-3427-1 deutsch-französisch	**Kommentar zur Sitzung der Legislative vom 16.07.1870 in Paris**	Nach Thiers bestanden Herr Jules Favre und Herr Gambetta nacheinander auf der Notwendigkeit der Herausgabe der Dokumente, erreichten jedoch nichts.	113
WZ-161-3	**Telegraphische Depeschen -**	Die Mobilisirung der gesamten Armee ist angeordnet - **Gramont hat am 12. Juli dem norddeutschen Botschafter**	

	Deutschland	**erklärt, die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern sei Nebensache, da Frankreich dessen Thronbesteigung nie geduldet haben würde. Die Hauptsache sei, daß der König in einem eigenhändigen Briefe dem Kaiser Napoleon wegen des Vorgefallenen Abbitte leiste. In diesem zur Veröffentlichung bestimmten Briefe dürfte der verwandtschaftlichen Beziehungen des Erbprinzen zum Kaiserhause nicht Erwähnung finden.** **- Die Note, - die Emser Depesche - deren Text Ollivier gestern im gesetzgebenden Körper herauszugeben verweigerte, existirt als Note nicht**	
	Telegraphische Depeschen - Frankreich	Der Senat wird heute die von dem gesetzgebenden Körper gestern Abend angenommenen Maßregeln votiren, wonach die Kriegserklärung abgeschickt werden wird. Alle Regierungen bemühen sich, um den Krieg zwischen Frankreich und Preußen zu localisiren, da Deutschland bei der gegenwärtigen Frage nicht betheiligt ist.	
BN-164-1	**Frankreichs versuchte Kriegsrechtfertigung.**	Untersuchung der von Frankreich abgegebenen Erklärung, warum der Krieg gegen Preußen zu rechtfertigen sei.	
18. Juli. Montag			
UNION-199-1 deutsch-französisch	**Frankreich - Kommentar zur Lage.**	Dies ist insbesondere die Behauptung unserer Freunde. Sie akzeptieren den Krieg, da die Fehler der Regierung und die Ambitionen Preußens dies erfordern. Sie sagen jedoch nicht mit dem Siegelbewahrer: „Wir akzeptieren den Krieg mit leichtem Herzen." - Der Krieg erscheint ihnen, auch wenn er gerecht ist, als eine große Tortur, deren Wendungen sich jeder Berechnung entziehen und die vielleicht eine schreckliche Unbekannte in sich birgt.	117
UNION-199-1 deutsch-französisch	**Frankreich - Politische Chronik.**	Ein Botschaftssekretär ist gestern Abend mit der Kriegserklärung nach Berlin aufgebrochen. - Die Kriegserklärung an Preußen soll heute allen Mächten mitgeteilt werden.	
WAP-161-1	**Tagesbericht – Deutschland: die Begegnung des Grafen Benedetti mit König Wilhelm in Ems**	die ausführliche Wiedergabe des Zusammentreffens des französischen Botschafters mit König Wilhelm in Ems - Dieser Zudringlichkeit gegenüber mußte Se. Majestät wohl jeden weiteren Empfang ablehnen und dem Versuch des Grafen Benedetti, den König bei der Abreise auf dem Bahnhofsperron anzugehen, wich Se. Majestät mit einer höflichen Abschiedsbegrüßung aus.	
WAP-161-2	**Tagesbericht – Aus den Kammern - Frankreich: die Erklärung des Herzogs von Gramont.**	französische Darstellung der Situation in Ems - Gleichzeitig erfuhren wir, daß Baron Werther den Befehl erhalten habe, in Urlaub zu gehen, und daß in Preußen Rüstungen vorgenommen würden. Unter diesen Umständen wäre es ein Vergessen der eigenen Würde und eine Unklugheit gewesen, noch weitere Versöhnungsversuche zu machen. Wir haben nichts vernachlässigt, um einen Krieg zu vermeiden. Wir werden uns vorbereiten, um den Krieg, den man uns anbietet, zu bestehen, indem wir jedem die ihm zufallende Verantwortlichkeit überlassen. Seit gestern haben wir unsere Reserven einberufen und wir werden unmittelbar die nothwendigen Maßregeln ergreifen, um die Interessen, die Sicherheit und die Ehre Frankreichs zu wahren. - Thiers sprach gegen den Krieg und verlangte wiederholt Mittheilung der bezüglichen Depeschen **- Aber wir erklären, daß, wenn jemals ein Krieg nothwendig war, so ist es der Krieg, zu welchem Preußen uns zwingt** - in Frankreich ist die Ehre das erste aller Güter. Depeschen haben wir weiter nicht vorzulegen; in unserem Expose ist alles gesagt	
WAP-161-3	**Telegraphische Depeschen. – Deutschlands Stellungnahme zu Frankreichs Behauptungen.**	Benedetti habe am 9. Juli vom Könige verlangt, er solle dem Erbprinzen von Hohenzollern befehlen, die Zusage der Annahme der Krone von Spanien zurücknehmen. Der König erklärte, er habe keinen Befehl zur Annahme gegeben, er könne den selben daher nicht zurücknehmen. In einer zweiten Audienz am 11. Juli versuchte Benedetti eine Pression auf den König, damit er in den Prinzen dringe, der Krone zu entsagen. Der König erwiederte, daß der Prinz in seinen Entschlüssen frei und gegenwärtig verreist sei. Auf	

		der Brunnenpromenade am 13. Juli übergab der König Benedetti das Extrablatt der „Kölnischen Zeitung" mit dem Privattelegramme bezüglich der Abdankung des Prinzen von Hohenzollern und bemerkte, daß er selbst kein Schreiben aus Sigmaringen habe.	
WAP-161-3	**Telegraphische Depeschen. – Bayern mobilisiert. – Frankreichs Anfrage an die süddeutschen Staaten.**	Mobilisirung der bairischen Armee ist vom Könige heute – 16. - erlassen worden. - München: der König den **casus foederis** für gegeben erachtet und daß demnach Baiern mit Preußen gegen Frankreich in den Krieg zieht	
WAP-161-3	**Telegraphische Depeschen. – Frankreichs Senat bei Kaiser Napoleon.**	**Senat: Der Kaiser wußte zu warten, aber seit vier Jahren hat er die Bewaffnung und die Militärorganisation vervollkommt**	
TEMPS-3428-1 deutsch-französisch	**Frankreich – Der Senat bei Kaiser Napoleon.**	Senat: War es nicht offensichtlich, daß eine fremde Macht zum Vorteil ihres Einflusses und ihrer Vorherrschaft und zum Schaden unserer Ehre und unserer Interessen das Gleichgewicht Europas erneut stören wollte? - Der Kaiser weigerte sich, der hastigen Ungeduld nachzugeben, und war von jener ruhigen Beharrlichkeit beseelt, die wahre Stärke ist. Er verstand es, zu warten. Aber er hat in den letzten vier Jahren die Bewaffnung unserer Soldaten auf den höchsten Stand gebracht und die Organisation unserer Streitkräfte auf das Höchstmaß gesteigert - Bald wird die dankbare Heimat ihre Kinder mit den Ehren des Triumphs umgeben; bald ist Deutschland von der Herrschaft befreit, die es bedrückt, und der Frieden ist durch den Ruhm unserer Waffen in Europa wiederhergestellt.	
WAP-161-3	**Telegraphische Depeschen. – Frankreichs Kriegserklärung und Erklärung an die süddeutschen Staaten.**	die Frage direct gestellt, ob die süddeutschen Staaten die Neutralität beachten oder sich gegen Frankreich erklären wollen. Im ersteren Falle ist die vollste Berücksichtigung versprochen, im letzteren Falle dagegen rücksichtslose Behandlung angedroht. - **Das Erscheinen einer Proklamation an die deutsche Nation steht unmittelbar bevor; es wird darin ausgesprochen, daß sich die kriegerische Action auf Preußen beschränke und Frankreich keinen Zoll breit deutscher Erde nehmen will**	
BN-Extrablatt-1	**Deutschland einig.**	Bayern, Württemberg mobilisiren, um sich der gemeinsamen Sache anzuschließen. Die Hamburger Bürger proclamiren, daß es sich um einen heiligen Krieg, um einen Kreuzzug handle. In Italien zeigen sich die Symptome einer Bewegung, die mehr und mehr das ganze Volk ergreifen wird; denn seit einem Jahrzehnt hat kein Volk unter dem Druck des Napoleonismus schwerer gelitten als dieses, und sollten nicht auch die Spanier jetzt mehr und mehr erkennen, daß eine Regeneration dieses parteizerwühlten, durch französische Intriguen corrumpirten Volkes nur in einer gemeinsamen Auflehnung gegen französische Herrschaft und Einmischung zu erlangen ist	
BN-Extrablatt-2	**Artikel der „Kölnischen Zeitung“ zum bevorstehenden Krieg.**	Sie sollen ihn nicht haben, den freien, deutschen Rhein! -lasset uns Alle den Rütli-Schwur thun für das theure deutsche Vaterland: **Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, In keiner Noth uns trennen und Gefahr! - Aufruf an alle deutschen Stämme, sich dem Erbfeind entgegenzustellen.**	
	Amtliche telegraphische Depesche	im Fall des Ausbruchs des Krieges mit Frankreich französischen Kauffahrteischiffen, welche sich bei Beginn des Krieges in deutschen Häfen befinden, oder welche später, bevor sie von dem Ausbruche des Krieges unterrichtet waren, in solche Häfen einlaufen, gestattet werden soll, bis zum Ablaufe von sechs Wochen vom Tage des Ausbruchs des Krieges an gerechnet, in dem Hafen, in welchem sie sich befinden, zu verbleiben und ihre Ladungen einzunehmen, beziehungsweise zu löschen	
	Professor Biedermann übe den Krieg	**Daß bei diesem [Frieden] nicht wieder „die Federn verderben, was die Schwerter gut gemacht“, wie leider 1815, dafür bürgten die Persönlichkeiten derer, die diesen Frieden abschließen würden, sowie der Umstand, daß diesmal Deutschland als Eine Macht und Ein Wille in die**	

		Verhandlungen eintrete. Deutschland stehe jetzt wieder nahezu wie 1813. **Wieder gelte es einen Befreiungskrieg, zwar nicht von schon vollzogenen, aber von drohender Unterdrückung und Erniedrigung durch Frankreich, einen Krieg, der zugleich dem ganzen Europa Ruhe schaffen solle vor dem nie ruhenden Uebermuthe Frankreichs.**	
19. Juli. Dienstag			
TIMES 26806	**Frankreich und Deutschland**	**Seit 1840, als M. Thiers die Rheingrenze forderte, wurden sie von allen nachfolgenden französischen Regierungen als ein Volk behandelt, dessen politische Bedeutungslosigkeit um jeden Preis aufrechterhalten werden mußte, wenn Frankreich glücklich sein sollte. Sie haben die Schmähungen und das ihnen von ihren Nachbarn zugefügte Unrecht lange geduldig ertragen**	127
	Österreichs Haltung	Solange sich sonst niemand einmischt in den Konflikt - Neutralität	
	Was ist die Ursache des Krieges?	**Der Krieg dreht sich um den Rhein, der seit Jahrhunderten das erklärte Ziel französischer Ambitionen ist.**	
	Herr Thiers über den Krieg mit Preußen	Der Verfechter eines Krieges gegen Deutschland - der schon 1840 den Rhein als französische Grenze propagierte - sieht in der Emser Depesche keinen vertretbaren Grund für den notwendigen Krieg gegen Preußen -Frankreich, so Thiers, nehme seine wahre Rolle nur dann ein, wenn es der Schiedsrichter des Westens sei, umgeben von kleineren Mächten, die unter dem Schutz einer Größe lebten, die sie nicht in Frage stellen dürften.	
UNION-200-1 deutsch-französisch	**Frankreich. – Bulletin.**	Sobald Europa aus der Zurückhaltung herausgetreten sein würde, die es sich angesichts des französisch-preußischen Kampfes aufgezwungen zu haben scheint, würde Russland nicht länger zögern, Preußen eine Hand zu reichen, während es mit der anderen den Osten aufrütteln und sein Projekt in die Tat umsetzen würde, das es so lange hegte: die Ausweitung der Moskauer Herrschaft bis an die Ufer des Bosporus. Dies ist der Plan, der schon vor langer Zeit ausgearbeitet und vor kurzem auf den Ems-Konferenzen diskutiert wurde. Dort hätten sich, wenn man den in Pest verbreiteten Gerüchten Glauben schenken darf, der russische Kaiser und der König von Preußen auf eine mögliche Besetzung Rumäniens durch russische Truppen geeinigt, unter dem Vorwand, die Ordnung aufrechtzuerhalten und eine Revolution zu verhindern, die Prinz Karl jederzeit bedrohen könnte. Als sehr bedeutsam wird auch die Anwesenheit des Fürsten Gortschakoff in Berlin angesehen, in dem Moment, als sich die jüngsten Ereignisse entschieden, nämlich genau an dem Tag, als Herr von Bismarck aus Varzin eintraf. - beabsichtigt England, sich nicht in den Kampf einzumischen, aber es möchte aufmerksam bleiben und nicht zögern, die Wahrung der Rechte neutraler Staaten einzufordern, falls diese von der einen oder anderen der kriegführenden Mächte bedroht werden. - Aus München erfahren wir, daß es in der Stadt Demonstrationen für den Krieg gegeben hat. Die Menge versammelte sich vor der königlichen Residenz, um dem Prinzen zu gratulieren, und vor den Büros von „Vaterland“, dem Organ der katholischen Partei, um dessen Redakteuren zu drohen. Erinnern wir uns mit dem „Constituionnel“ daran, daß bei den letzten Wahlen in Bayern die patriotische und katholische Partei, deren Vertreterin das „Vaterland“ ist, die Mehrheit hatte. Es ist also nicht die Mehrheit der bayerischen Nation, die den Krieg gegen die Franzosen bejubelt, sondern die Minderheit, die laute und tyrannische Minderheit, die bei den Wahlen geschlagen wurde und die versucht, die Kontrolle über die Macht zu behalten, indem sie der preußischen Herrschaft entgegentritt. - Möchte die französische Regierung also der Kandidatur des legitimen Vertreters des Rechts in Spanien das selbe Veto auferlegen, das sie der aus **den spanisch-preußischen Intrigen** hervorgegangenen Kandidatur auferlegte?	
TEMPS-3429-2	**Frankreich. – Von Creutznach zurück**	**Gestern Morgen erfuhren wir in Creuznach von der Kriegserklärung und die ganze französische Kolonie**	

deutsch-französisch	**nach Frankreich**	**machte sich sofort auf den Weg zurück nach Frankreich**. Am Bahnhof herrschte ein fürchterliches Gedränge, alle Fahrgäste wollten sofort los. Nach langem Warten konnten wir endlich, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, einsteigen. Auf einer eingleisigen Strecke zwangen uns entgegenkommende Züge häufig anzuhalten und an fast jedem Bahnhof zu halten, um sie passieren zu lassen. - Bis nach Saarbrücken, also bis zur französischen Grenze, bot sich überall das gleiche Schauspiel; das Bild eines Landes in Waffen, eines Massenaufstands der Bevölkerung - Wir sind ungefähr um sieben Uhr abends in Saarbrücken. Unmöglich weiterzukommen. Die Preußen haben die Gleise an der Grenze aufgerissen. Wir berühren Frankreich, wir konnten es fast sehen, und wir können nicht dorthin gelangen! - Mit der Dämmerung heute morgen aufgestanden, haben wir endlich ein Auto gefunden, und nun sind wir in Frankreich, in Forbach. Der Unterschied ist erschütternd. In der Stadt herrscht völlige Ruhe. Es fühlt sich an, als wären es tausend Meilen von Saarbrücken entfernt, wo in diesem Moment zweitausend Landwehrmänner ihre Reise antreten. Es ist Sonntag. Junge Leute laufen herum, Frauen lachen und nähen wie immer an den Türen.	
WAP-162-15	**Telegraphische Depeschen – Frankreich.**	Paris: Gestern Abends fand hier eine Kundgebung von 500 Hannoveranern statt, welche eine französische Fahne trugen. Paris: Nachts. Der **„Constitutionnel“** bestätigt, daß der französische Botschaftssecretär Wimpffen gestern mit der Kriegserklärung nach Berlin abgereist ist.	
WZ-162-3	**Verordnung zur Einberufung des Reichstages. – Absage der Feier zum 3. August.**	Verordnung zur Einberufung des Reichstags und Absage der Feier des 3. August- Einweihung des Reiterstandbildes Frd. Wilhelm III	
Bd.14-1870 Bay. Staatsbibliothek S.15ff	**Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes – Dienstag, 19. Juli 1870** **Thronrede des Königs**	Thronrede des Königs: Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heut, **wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen**, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet; **heut, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat.**	
	1. Sitzung am Dienstag den 19. Juli 1870.	Allgemeine Fragen der Organisation und Ankündigung einer Adresse an den König im Namen des Reichstages beschließen die erste Sitzung um 2 Uhr 45 Minuten.	
20. Juli. Mittwoch			
Bd.14-1870 Bay. Staatsbibliothek S.15ff	**2. Sitzung am Mittwoch, den 20. Juli 1870.** **Erlaß einer Adresse an Se. Majestät den König von Preußen**	„Für die heutige Sitzung ist krankheitshalber... entschuldigt .... Der Abgeordnete Freiherr von Rothschild hat angezeigt, daß sein Bruder und einziger Handlungsgesellschafter aus Gesundheitsrücksichten noch in der Schweiz weile, er allein die Unterschrift der Firma seiner sämtlichen Bankhäuser führe und darum in keiner Weise abkömmlich sei.“ - Berathung und Beschlußnahme über den Antrag in Nr.9 der Drucksachen auf Erlaß einer Adresse an Se. Majestät den König von Preußen. .....Nr.9 Antrag. Der Reichstag wolle beschließen: den umstehenden Entwurf einer Adresse an Se. Majestät den König von Preußen anzunehmen. Berlin, den 19. Juli 1870. Miguel. *[die Namen Bebel und Liebknecht fehlen u.a. auf der Unterstützungsliste]* Befreundete Nationen sehen in unserem Siege die Befreiung von dem auch auf ihnen lastenden Drucke bonapartischer Herrschsucht	138
		Bismarck: Wir haben nämlich von der kaiserlich französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mittheilung erhalten: es ist Dies die gestrige Kriegserklärung. Es ist dies die erste und einzige amtliche Eröffnung, welche seit der Anfrage des französischen Geschäftsträgers — ich glaube am 5. oder 4. — was wir von der Sache wüßten und	

		unsrer Antwort, daß wir nichts davon wüßten, überhaupt unseres Wissens von Seiten der französischen Regierung ausgegangen, jedenfalls an uns mitgetheilt ist. Alle Besprechungen, die der Graf Benedetti, mag er seine Eigenschaft als französischer Botschafter dabei geltend gemacht haben oder nicht, die er an einem Badeorte unter vier Augen mit Sr. Majestät, meinem Allergnädigsten Herrn gehabt hat, sind, wie jedem Kenner internationaler Verhandlungen ohne Versicherung geläufig sein wird, Gespräche persönlicher und privater Natur, die für internationale Verhältnisse keine amtliche Bedeutung haben. - Es enthalten diese Mittheilungen das bekannte Zeitungs-Telegramm, welches dem französischen Ministerium als schließlich einzige Ursache des Krieges übrig geblieben ist und auch nur dadurch zu dem Zwecke benutzt werden konnte, daß man es als eine Note bezeichnet hat, die von Seiten der königlichen Regierung an andere Regierungen erlassen ist. Ich will mich auf die Definition von Noten nicht einlassen, aber die Mittheilung eines Zeitungstelegramms, die dazu bestimmt war, unsere Vertreter bei den deutschen und den anderen Regierungen, die wir uns befreundet hielten, darüber zu orientiren, wie die Entwickelung der Sache augenblicklich liegt und wie unsere Stimmung eine festere sei, als auf anderer Seite vielleicht geglaubt wurde, nachdem wir an den Grenzen, die uns die nationale Ehre zieht, angekommen zu sein glaubten — eine solche Zeitungsmittheilung hat das französische Ministerium öffentlich als Note qualificirt. Die Herren haben sich wohl gehütet, dem Drängen der wenigen besonnenen Oppositionsmitglieder in Paris nachzugeben und dieses Aktenstück vorzulegen - Schreiben Bismarcks an England, mit der Bitte um Vermittlung in der deutsch-französischen Angelegenheit – wird von Frankreich abgelehnt	
Bd.14-1870 Bay. Staatsbibliothek S.15ff	**4. Sitzung am Donnerstag, den 21. Juli 1870.**	Brief der deutschstämmigen aus St.Louis mit einer Spende von 1 Million Dollars	141
		Bebel zur Geschäftsordnung: Meine Herren! Da, wie ich vernommen habe, es der allgemeine Wunsch des Hauses ist, daß über den vorliegenden Punkt der Tagesordnung keine allgemeine Debatte eröffnet wird, so erkläre ich im Namen des Abgeordneten Liebknecht und meiner Person, daß auch wir unsererseits, obgleich wir über diese Vorlage keineswegs gleicher Meinung sind, eine Debatte nicht provociren wollen, und erkläre ferner, daß wir uns in der vorliegenden Frage der Abstimmung enthalten und die Motive, die uns hierzu bestimmen, in den Akten des Hauses niederlegen werden. **Präsident: Ich kann die beiden Herren an der Abfassung und Einrichtung eines solchen Schriftstückes nicht verhindern.**	
	Schluß der Sitzung des Norddeutschen Bundes	Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ec., thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir den Kanzler des Norddeutschen Bundes, Grafen von Bismarck-Schönhausen, ermächtigt haben, gemäß Artikel 12 der Verfassungsurkunde des Norddeutschen Bundes die gegenwärtige Session des Reichstages des Norddeutschen Bundes in Unserem und der verbündeten Regierungen Namen am 21. dieses Monats zu schließen. Gegeben Berlin, den 21. Juli 1870.	
ANLAGEN	**Zehn Aktenstücke in Betreff des deutsch-französischen Streites.**		143
I	**Protokoll des Bundesrats zur politischen Lage vom 16.Juli 1870**	Am Tage seiner Abreise brachte Herr Cochery im Corps legislativ eine Interpellation über die Spanische Frage ein. Schon am folgenden Tage, bevor es möglich war, daß der Herr Botschafter irgend eine Nachricht aus Ems hätte nach Paris gelangen lassen können, beantwortete der Herr Duc de Gramont diese Interpellation. Seine Antwort, obgleich sie davon ausging, daß die Einzelheiten der Verhandlung noch nicht bekannt seien, gipfelte in dem Satze, daß die Französische Regierung nicht glaube, durch die Achtung vor	

		den Rechten eines Nachbarvolkes verpflichtet zu sein, zu dulden, daß „eine fremde Macht“, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze, zum Nachtheile Frankreichs das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte in Europa stören und das Interesse und die Ehre Frankreichs gefährden dürfe - Der Inhalt der vom Herrn Duc de Gramont im Corps legislativ gehaltenen Rede schnitt dagegen jede Möglichkeit solcher vertraulichen Erörterung ab. Die Aufnahme, welche diese Rede in der genannten Versammlung fand, die von der Französischen Regierung seitdem eingenommene Haltung, die von ihr gestellten unannehmbaren Zumuthungen konnten dem Bundes-Präsidium keinen Zweifel mehr darüber lassen, daß die Französische Regierung es von vornherein darauf abgesehen hatte, entweder seine Demüthigung oder den Krieg herbeizuführen. Der ersteren Alternative sich zu fügen, war unmöglich. Die Leiden, welche mit dem Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich im Centrum der Europäischen Civilisation unausbleiblich verbunden sind, machen den gegen Deutschland geübten Zwang zum Kriege zu einer schweren Versündigung an den Interessen der Menschheit. Die öffentliche Meinung Deutschlands hat dies empfunden. Die Erregung des Deutschen National-Gefühls giebt davon Zeugniß. Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg oder die der Französischen Regierung obliegende Bürgschaft gegen Wiederkehr ähnlicher Bedrohungen des Friedens und der Wohlfahrt Europas. - **Frankreich will den Krieg. Möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden.**	
II.	**Bericht über die Begegnung König Wilhelms mit dem französischen Botschafter Graf v. Benedetti**	Der König wies aus diesem Grunde eine neue Audienz zurück, da er keine andere Antwort als die gegebene habe; übrigens auch von nun an alle Verhandlungen durch die Ministerien zu gehen hätten. Den Wunsch des Grafen Benedetti, sich beim Könige bei seiner Abreise zu verabschieden, gewährte derselbe, indem er ihn bei einer Fahrt nach Koblenz auf dem Bahnhofe am 14ten im Vorübergehen begrüßte. Hiernach hat also der Botschafter 3 Audienzen beim Könige gehabt, die stets den Charakter von Privatgesprächen trugen, da Graf Benedetti niemals als Beauftragter oder Unterhändler sich gerirte.	
III.	**Aussage des Flügeladjutanten A. Radziwill über die Begegnungen mit dem Grafen Benedetti**	Graf Benedetti, nachdem ich ihm diesen Auftrag ausgerichtet, äußerte, er hätte seit seiner Unterredung mit dem Könige eine neue Depesche des Herrn von Gramont erhalten, in der er beauftragt würde, sich eine Audienz von Seiner Majestät zu erbitten, und nochmals Seiner Majestät den Wunsch des Französischen Gouvernements nahe zu legen: 1) die Verzichtleistung des Prinzen zu Hohenzollern zu approbiren, und 2) die Versicherung zu ertheilen, daß auch in Zukunft diese Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden würde. - Hierauf ließ Seine Majestät dem Grafen Benedetti durch mich zum dritten Male nach Tisch, etwa um ½ 6 Uhr erwiedern. Seine Majestät müsse es entschieden ablehnen, in Betreff dieses letzten Punktes (bindende Versicherungen für die Zukunft), sich in weitere Diskussionen einzulassen. Was er heute Morgen gesagt, wäre Allerhöchst sein letztes Wort in dieser Sache, und er könne sich lediglich darauf berufen.	
IV.	**Aussage des deutschen Botschafters in Paris, Graf Werther – vom 12.07.1870**	Bericht über sein Gespräch mit Gramont und Ollivier: Gramont: stelle meiner Erwägung anheim, ob dazu nicht ein Brief des Königs an den Kaiser der richtige Ausweg wäre. Er appellire dabei an das ritterliche Herz Euerer Königlichen Majestät, welches dabei gewiß die richtige Eingebung verleihen würde. Es könnte darin nur gesagt werden, daß Euere Königliche Majestät, indem Allerhöchst Sie dem Prinzen Leopold von Hohenzollern zur Annahme der Krone	

		Spaniens ermächtigt hätten, nicht hätten glauben können, weder den Interessen noch der Würde der Französischen Nation zu nahe zu treten; der König schlösse sich der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern an, und zwar mit dem Wunsch und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespaltes zwischen unseren beiden Regierungen nunmehr verschwunden sein würde. Solche und ähnliche Worte, die im Allgemeinen durch Publicität zur Beschwichtigung der allgemeinen Volksstimmung beitragen könnten, dürfte dieser Brief enthalten; doch möchte er bevorworten, daß von den verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kaiser nicht die Rede sei. Dieses Argument verletzte hier eigenthümlicher Weise. - In unserem Gespräch ließ der Herzog von Gramont die Bemerkung fallen wie er glaube, daß der Prinz von Hohenzollern auf Eurer Königlichen Majestät Veranlassung entsagt habe; doch bestritt ich das und bezeichnete die Renunciation als nur gewiß auf eigener Initiative des Hohenzollernschen Prinzen beruhend.	
V.	**Telegramm**	Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der Französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den Französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe.	
VI.	**Bismarcks Zusammenfassung des Verhaltens Frankreichs**	Da aber Niemand in Zweifel darüber war und sein konnte, daß wir aufrichtig den Frieden wollten und wenig Tage zuvor keinen Krieg möglich hielten; da jeder Vorwand zum Kriege fehlte, und auch der letzte, künstlich und gewaltsam geschaffene Vorwand, wie er ohne unser Zuthun erfunden, so auch von selbst wieder verschwunden war; da es somit gar keinen Grund zum Kriege gab, blieb den Französischen Ministern, um sich vor dem eigenen, in der Mehrheit friedlich gesinnten und der Ruhe bedürftigen Volke scheinbar zu rechtfertigen, nur übrig, durch Entstellung und Erfindung von Thatsachen, deren Unwahrheit ihnen aktenmäßig bekannt war, den beiden repräsentativen Körperschaften, und durch sie dem Volke einzureden, es sei von Preußen beleidigt worden, um dadurch die Leidenschaften zu einem Ausbruch aufzustacheln, von dem sie sich selbst als fort gerissen darstellen konnten. Es ist ein trauriges Geschäft, die Reihe dieser Unwahrheiten aufzudecken; glücklicherweise haben die Französischen Minister diese Aufgabe abgekürzt, indem sie durch die Weigerung, die von einem Theil der Versammlung geforderte Vorlage der Note oder Depesche zu gewähren, die Welt darauf vorbereitet haben, zu erfahren, daß dieselbe gar nicht existire. Dies ist in der That der Fall. Es existirt keine Note oder Depesche, durch welche die preußische Regierung den Kabinetten Europas eine Weigerung, den Französischen Botschafter zu empfangen, angezeigt hätte. Es existirt nichts als das aller Welt bekannte Zeitungs-Telegramm, welches den Deutschen Regierungen und einigen unserer Vertreter bei außerdeutschen Regierungen, nach dem Wortlaute der Zeitungen, mitgetheilt worden ist, um sie über die Natur der Französischen Forderungen und die Unmöglichkeit ihrer Annahme zu informiren, und welches überdies nichts Verletzendes für Frankreich enthält.	
VII. b.	**Übersetzung des Briefes der englischen Regierung an Bismarck, mit einem Verhandlungsangebot**	Die Regierung Ihrer Majestät würde dieses große Unglück für zwei befreundete Mächte sowohl wie für ganz Europa tief bedauern. Im Interesse derselben und in dem der Menschlichkeit, bin ich von Ihrer Majestät Gouvernement beauftragt, an die Regierung Seiner Majestät einen	

		dringenden Anruf zu richten, begründet auf dem 23. Protokoll des Pariser Vertrages von 1856, wodurch die Europäischen Mächte übereingekommen sind, irgend zwischen ihnen entstehende Differenzen den guten Diensten einer befreundeten Macht vorzulegen, ehe sie zu den Waffen schritten. In Uebereinstimmung mit dieser weisen und humanen Verabredung, bin ich von dem Gouvernement Ihrer Majestät beauftragt, der Regierung des Königs von Preußen den Gedanken vorzutragen, — wie es in gleicher Weise der Regierung des Kaisers der Franzosen geschehen ist, — daß, ehe sie zum Aeußersten schreiten, sie die guten Dienste einer oder mehrerer befreundeter Mächte anrufen möchten, zu dem Zweck, wo möglich das Unheil des Krieges noch abzuwenden.	
VIII.	**Bismarcks Antwort an die englische Regierung**	Se. Majestät hat mir befohlen, Ew. ec. zu erklären, wie dankbar Er das freundschaftliche und humane Bestreben anerkenne, von zwei Nationen die Kalamität eines für die Wohlfahrt von ganz Europa verderblichen Krieges abzuwenden, und wie Seine, Niemandem besser als dem Gouvernement Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien bekannte aufrichtige Friedensliebe, Ihn immer geneigt mache, Sich keiner Verhandlung zu entziehen, welche auf einer für die Ehre und das National-Bewußtsein Deutschlands annehmbare Basis den Frieden zu sichern den Zweck hätte.	
IX.	**Französische Kriegserklärung an Deutschland**	französischer Text/ Übersetzung ins Deutsche: Da die Regierung Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen das Vorhaben, einen preußischen Prinzen auf den spanischen Thron zu erheben, nicht anders als ein gegen die territoriale Sicherheit Frankreichs gerichtetes Unterfangen betrachten kann, sah sie sich gezwungen, Seine Majestät dem König von Preußen die Versicherung abzuverlangen, dass eine solche Verbindung ohne seine Zustimmung nicht verwirklicht werden könne. Da Seine Majestät der König von Preußen sich weigerte, diese Zusicherung zu geben, und im Gegenteil gegenüber dem Botschafter Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen bezeugte, dass er sich für diesen wie für jeden anderen Fall die Befugnis vorbehalten wolle, die Umstände zu prüfen, musste die kaiserliche Regierung in der Erklärung des Königs einen für Frankreich wie auch für das allgemeine Kräfteverhältnis in Europa bedrohlichen Hintergedanken gesehen haben. Erschwerend kam hinzu, dass den Kabinetten mitgeteilt wurde, man wolle den Botschafter des Kaisers nicht empfangen und keine neuen Erklärungen mit ihm abgeben. Die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät ist daher der Auffassung, dass sie verpflichtet ist, unverzüglich für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer kompromittierten Interessen zu sorgen. Sie ist entschlossen, zu diesem Zweck alle Maßnahmen zu ergreifen, die die Lage, in der sie sich befindet, erfordert, und betrachtet sich von nun an als im Kriegszustand mit Preußen befindlich.	
X.	**Bismarcks Kommentar zur französischen Kriegserklärung an die Botschafter**	Seine Majestät der König, in voller Achtung vor der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Spanischen Nation und vor der Freiheit der Entschlüsse der Prinzen des Fürstlich Hohenzollernschen Hauses, hat niemals daran gedacht, den Erbprinzen auf den Spanischen Thron erheben zu wollen. Die an Seine Majestät gestellten Forderungen von Zusagen für die Zukunft waren unberechtigt und anmaßend. Ihm einen Hintergedanken oder eine feindliche Absicht gegen Frankreich dabei zuzuschreiben, ist eine willkürliche Erfindung. Die angebliche Notifikation an die Kabinette hat niemals stattgefunden, eben so wenig wie eine Weigerung, mit dem Botschafter des Kaisers der Franzosen zu verhandeln. Im Gegentheil hat der Botschafter amtliche Verhandlungen mit der Königlichen Regierung niemals versucht, sondern nur mit Seiner Majestät dem König persönlich und privatim im Bade Ems die Fragen besprochen.	

		Die Deutsche Nation, innerhalb und außerhalb des Norddeutschen Bundes, hat erkannt, daß die Forderungen der Französischen Regierung auf eine Demüthigung gerichtet waren, welche die Nation nicht erträgt, und daß der Krieg, welcher niemals in den Absichten Preußens liegen konnte, uns von Frankreich aufgezwungen wird.	
20. Juli. Mittwoch			
PC-29-1	**Frankreich und das geeinigte Deutschland.**	König Wilhelm ruft zum ersten Male als Oberfeldherr des geeinigten Deutschlands die gesamte Wehrkraft des Volkes auf - Die Keime deutscher Größe und Kraft waren hoffnungsvoll gelegt, und es bedurfte nur einer ruhigen stetigen Entwicklung, um das neue Deutschland in der freien Einigung seiner Fürsten und Stämme immer mehr zu einem mächtigen nationalen Gemeinwesen erwachsen zu lassen. Diese Entwicklung aber rief vom ersten Augenblicke die Eifersucht Frankreichs hervor, welches seit Jahrhunderten in der Schwäche und Zersplitterung Deutschlands eine der hauptsächlichen Stützen seiner Macht und seines politischen Uebergewichts gesucht und leider gefunden hatte - Der Fürst aus dem Hause Bonaparte, dessen Wahl durch das französische Volk die Mächte respektiert hatten, obwohl jenes Haus früher durch feierlichen Beschluß Europas vom Throne ausgeschlossen war, – ein Napoleonide wagte es , der freien spanischen Nation Vorschriften über die Wahl ihres Königs machen zu wollen.	153
PC-29-3	**Der König rief und Alle, Alle kamen.**	Dieses herrliche Gedenkwort aus der Zeit der Befreiungskriege findet eine neue wahrhaft erhebende Bestätigung in den Erfahrungen der letzten Tage. - Die Einmüthigkeit der Begeisterung, wie sie jetzt von Memel bis zum Bodensee, von Schleswig-Holstein bis nach Schwaben hin zu wahrhaft überwältigender Geltung gelangt, ist in Deutschland noch niemals vorhanden gewesen und übertrifft bei Weitem alle Hoffnungen und Erwartungen, welche auch die Zuversichtlichsten auf die neuen Zustände in Deutschland zu gründen gewagt hatten. Alle Berechnungen, die man in Frankreich auf das Mißvergnügen in einzelnen unserer neuen Provinzen, auf die Spaltung und Zersplitterung in Deutschland begründet hatte, sind vom ersten Augenblicke schmählich zu Schanden geworden.	
PC-29-4	**Der 19. Juli.**	Einberufung der Volksvertretung des Norddeutschen Bundes; 60 jähriger Todestag der Königin Luise von Preußen, Wilhelms Mutter	
PC-29-4	**Die Rüstungen.**	Die Rüstungen in Frankreich, welche von langer Zeit her vorbereitet waren, scheinen freilich im Augenblicke weiter vorgeschritten zu sein, als die unsrigen; aber dieser Vorsprung wird, Dank der trefflichen Organisation unseres Heerwesens, hoffentlich in kürzester Zeit ausgeglichen sein.	
TEL-29-2	**Oeffentliches – Der Ernst der Lage.**	**Daß Frankreich nur einen Grund gesucht, um mit Preußen anzubinden, bezweifelt Niemand - die spanische Thronangelegenheit nur ein Vorwand Seitens Frankreichs war, um seinen schon lange gegen Preußen gehegten Groll zu kühlen**	
UNION-201-1 deutsch-französisch	**Konflikt Franco-Prussien - Dänemark**	Es heißt, der Erlass zur Mobilisierung der dänischen Armee sei fertig und werde bald veröffentlicht. - England: die Regierung Ihrer Majestät es für angebracht hielt, die Kriegsparteien an die Verpflichtungen aus dem Vertrag von 1856 zu erinnern und ihre Vermittlung anzubieten. Frankreich soll diese Vermittlung abgelehnt haben. - Belgien: Es steht fest, daß die englische Regierung Frankreich und Preußen vor einigen Tagen einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet hat, der sich auf die Bestimmungen des Vertrags von 1856 stützte. Frankreich akzeptierte diesen Vermittlungsvorschlag nicht, da er nicht in die in den Bestimmungen von 1856 vorgesehenen Fälle fiel. - Berichten zufolge hat die französische Regierung den	

		Regierungen Süddeutschlands eine formelle Aufforderung gesandt, innerhalb von 24 Stunden zu erklären, ob sie neutral bleiben wollen.	
UNION-201-1 deutsch-französisch	**Kommentar zur „Public“**	Könnte sich hinter der Begeisterung des Senats, der kriegerischen Haltung der Rechten und all diesem Lärm, der als Patriotismus ausgegeben werden soll, in Wirklichkeit nicht bloß eine erbärmliche Intrige der Minister verbergen? Während unsere Soldaten zur Grenze marschieren und Frankreich sich auf heroische Anstrengungen und blutige Triumphe vorbereitet, um die Fehler der imperialen Politik zu bereinigen, bereiten sich die ehemaligen Komplizen Preußens, die Männer, die Sadowa zujubelten, auf Rache vor? Die Sprache der **„Public“** möchte uns das glauben machen.	
TEMPS-3430-1 deutsch-französisch	**TÄGLICHES BULLETIN**	England kündigt Neutralität an, sowie Dänemark und Schweden/ Norwegen	
21. Juli. Donnerstag			
WZ-164-1	**Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland übergeben.**	Die Zeit der Ueberreichung der Kriegserklärung Frankreichs an Preußen fixirt die **„Neue preuß. Ztg.“** auf den 19. Mittags, das **„Dresdner Journal“** auf den 19. Mittags 2 Uhr.	159
WZ-164-1	**Baden, 16. Juli.**	Die in deutschen Bädern weilenden russischen Generale sind schon seit dem 14. d. M. heimberufen worden. Die badischen Staatscassen sind meistens nach Ulm gebracht worden. Die Straßburg-Kehler Eisenbahnbrücke ist seit dem 16. d. M. auf beiden Ufern abgedreht	
	Frankreich – Paris, 17. Juli. – Der Senat bei Napoleon III. **siehe auch: 18.07.1870, TEMPS-3428-1 deutsch-französisch**	**Eine monarchische Combination, welche dem Glanze und der Sicherheit Frankreichs schädlich ist, war vom Könige von Preußen insgeheim begünstigt worden.** **- Spanien, diese Nation, die uns kennt und das Freundschaftsgefühl, das wir für sie hegen, erwiedert, hat auf die für uns beleidigende Thronbewerbung Verzicht geleistet.** **- Lag es nicht am Tage, daß eine fremde Macht zu Gunsten ihres Einflusses und ihrer Herrschaft, zum Schaden unserer Ehre und unserer Interessen wieder einmal das Gleichgewicht Europas hatte stören wollen?** **- Hastiger Ungeduld widerstehend, beseelt von jener stillen Beharrlichkeit, in welcher die wahre Kraft liegt, hat der Kaiser zu warten gewußt; aber seit vier Jahren hat er die Ausrüstung unserer Soldaten zur höchsten Vollkommenheit gebracht und die Organisation unserer Militärkraft zu ihrer ganzen Macht erhoben.** **- bald, wenn Deutschland befreit ist von der Herrschaft, die es unterdrückt, wenn der Friede Europa zurückgegeben ist durch den Ruhm unserer Waffen** - Obercommandant der kaiserlichen Garde durch den General Deligny ersetzt werden, um das Commando einer Armee im Rhein-Feldzug übernehmen zu können	
WAP-164-9	**Tagesbericht. – Militärische Bewegungen in Frankreich und Deutschland.**	**Im Allgemeinen begegnet man der Voraussetzung, daß der erste Hauptschlag der französischen Armee in der Richtung auf Mainz, der alten Heerstraße der napoleonischen Feldzüge, geführt werden würde.**	
WAP-164-9	**Behandlung französischer Handelsschiffe in deutschen Häfen.**	Französische Handelsschiffe sollen der Aufbringung und Wegnahme durch die Fahrzeuge der Bundeskriegsmarine nicht unterliegen. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf diejenigen Schiffe, welche der Aufbringung und Wegnahme auch dann unterliegen würden, wenn sie neutrale Schiffe wären.	
WAP-164-12	**Telegraphische Depesche – Wider preußische Blätter.**	widerlegt die preußischen Blätter, welche Ollivier anklagen, die Kammern bezüglich der Geschehnisse getäuscht zu haben, die zum Kriege führten. Es schließt, indem es sagt: **Das sind die Argumente, mit welchen man Deutschland, für welches wir nur Sympathie haben**, in den preußischen Streit hineinzuziehen und für uns die Meinung Europa's ungünstig zu gestalten rechnet. Wir hoffen, Deutschland werde sich nicht hinreißen lassen und Europa werde erkennen, daß wir nicht aufgehört haben, gemäßigt zu sein, und **daß wir den Krieg nur aus unausweichlicher Nothwendigkeit der Sicherheit und Ehre wegen unternehmen**."	

VZ-168-2	**König von Hannover in Paris.**	Man spricht von der demnächstigen Ankunft des Königs von Hannover in Paris, welcher sich hier an die Spitze einer hannoverschen Legion stellen will, um mit seinen hiesigen Anhängern die preußische Provinz Hannover wieder zu erobern.	
VZ-168-2	**Abreise des französischen Botschafters.**		
VZ-168-3	**Aufforderung Frankreichs an die süddeutschen Staaten.**	die Sommation (Aufforderung) Frankreichs an die Süddeutschen Staaten enthält und für den Fall der Neutralität die vollste Berücksichtigung verspricht, andernfalls aber die rücksichtsloseste Behandlung androhte, und zugleich die bevorstehende Proklamation an die deutsche Nation ankündigt, in welcher ausgesprochen sei, **daß Frankreich keinen Zoll breit deutscher Erde nehmen wolle**. Dem gegenüber erklärt die „Darmstädter Zeitung“: **Nur ein Gimpel kann dieser letzten Versicherung Glauben schenken**. Die Androhung rücksichtslosester Behandlung kann Süddeutschland nicht schrecken. Wir stehen alle für Einen und Einer für Alle. Droht Frankreich den Prinzipien des Völkerrechts ins Gesicht zu schlagen, so kann das uns nur aufs Neue in der Ueberzeugung bestärken, wie nothwendig es ist, den Welchen niederzuwerfen	
	25. Juli. Montag		
TIMES 26811	**Vorgeschlagener Vertrag zwischen Frankreich und Preußen**	Der von Benedetti vor 1866 vorgeschlagene Vertrag mit Preußen, wurde von Bismarck nach England geschickt	164
	Die Proklamation des Kaisers an das französische Volk - Kommentar	Das lange angestaute Verlangen Frankreichs gegen Preußen zu gehen - Frankreich bestand darauf, die süddeutschen Staaten von Preußen zu trennen oder, als letzten Ausweg, das deutsche Volk von seinen Regierungen zu entmachten.	
BN-Extra Blatt N.3	**Ein Gramont’sches Machwerk – an die Vertreter Frankreichs im Auslande** [Ein Teil der heutigen propagandistischen Sicht auf den Ursprung des französisch-deutschen Krieges 1870/71]	Hauptaussage: Es ist klar, daß der Berliner Hof vor der Geschichte die Verantwortlichkeit für den Krieg trägt, welchen er die Mittel in der Hand hatte zu vermeiden und welchen er gewollt hat. Und unter welchen Umständen hat er den Kampf gesucht? Nachdem Frankreich seit 4 Jahren ihm die Beweise einer unveränderten Mäßigung gegeben hat, indem es sich mit einer vielleicht übertriebenen Aengstlichkeit enthalten hat, die unter der Vermittelung des Kaisers abgeschlossenen Verträge anzurufen, deren absichtliches Außerachtlassen aus allen Acten einer Regierung hervorgeht, welche schon in dem Augenblicke darauf gesonnen hat, sich von denselben zu befreien, wo sie dieselben unterzeichnete.	
	26. Juli. Dienstag		
PC-Nr.30	**Ueber die französische Armee**	Gegenüberstellung der dutschen und französischen Armee: Deutsche: 1.134.000 Mann Franzosen: 693.000 Mann	170
KBZ-172	**Ueber die französische Armee**	Die Turcos, meist aus Kabylen recrutirt schlagen sich gut und mit zäher Ausdauer, sind aber schlechte Schützen und deshalb besteht auch ihre Force im Bajonnettangriff. Sie und die Zuaven tragen eine im Schnitt ganz gleiche, nur in den Farben verschiedene orientalische Uniform, die bei den Zuaven aus rothen Beutelhosen und dunkelblaue Jacke, mit rothem Fez und blauer Hängequaste und grünem Turban, bei den Turcos aus ganz hellblauem Kostüm mit gelber Passepoilirung, rothem Fez mit gelber Hängequaste und weißem Turban besteht; beide Corps führen geschweifte Haubajonnets in eiserner Scheide, gleich den Fußjägern (chasseurs de Vincennes) die dunkelgrüne Röcke mit gelbem Verstoß und Blaugrane Pantalons tragen und sich im Schießen nicht im entferntesten mit unsern Jägern messen können.	
KBZ-172	**Ueber die Stimmung der Polen in Westpreußen**	Besonders gilt das von der Masse der polnischen Landbevölkerung in Westpreußen und der Provinz Posen, die der preußischen Regierung treu ergeben ist und mit derselben patriotischen Opferwilligkeit, wie der Bauernstand in allen übrigen preußischen Provinzen, die schweren Lasten trägt, die der für die Unabhängigkeit und Sicherheit des Vaterlandes geführte Krieg ihr auferlegt.	

27. Juli. Mittwoch			
BRSZ-343	**Am hellen Rhein, am deutschen Rhein**	Und fahler Neid und frecher Groll Sie senden gift'gen Hauch; Frisch auf denn nun, das Maß ist voll, Nun gilt es deutschen Brauch! Wir schleudern in den Drachensitz Den sieggewohnten deutschen Blitz!	173
BRSZ-343	**Frankreich. - Begrüßung des Kaisers durch die Deputirten.**	Sire! Der gesetzgebende Körper hat seine Arbeit beendet. Er hat einstimmig alle Subsidien bewilligt und alle Gesetze genehmigt, welche die Vertheidigung des Landes forderte, und hat so einen glänzenden Beweis seines Patriotismus gegeben. Wenn es wahr ist, daß der eigentliche Urheber des Krieges nicht der ist, der ihn erklärt, sondern derjenige, der ihn nothwendig gemacht hat, so wird es nur Eine Stimme unter den Völkern beider Welten sein, welche die Verantwortlichkeit dafür auf Preußen fallen läßt, das, durch ungehoffte Erfolge berauscht und kühn gemacht durch unsere Geduld und unseren Wunsch, Europa die Wohlthaten des Friedens zu erhalten, gegen unsere Sicherheit conspiriren und unserer Ehre einen Stoß versehen zu können geglaubt hat. In diesem Falle weiß Frankreich seine Pflicht zu erfüllen.	
KBZ-173	**Ein Franzose, der Deutschland gut kennt**	Angenommen, preußische Armeen drängen in Frankreich ein, würdet Ihr Euch nicht wie ein Mann erheben? Gut, das Gleiche, was Frankreich thun würde, das thut Deutschland im Fall einer französischen Invasion. Es giebt dann keine Badener, keine Bayern, keine Sachsen mehr, wie es in Frankreich keine Bretagner, keine Auvergnaten, keine Lothringer gäbe. Aber von dem Allem wollen Eure Zeitungen nichts wissen, ungeachtet alles dessen, was seit 1866 schon über Deutschland gesagt und geschrieben worden ist. Sie stellen sich, als ob sie nicht verständen, daß, wenn es auch im Süden und Norden preußenfeindliche Parteien giebt, diese doch durch ein Band verbunden sind und sich auf demselben Boden bewegen, daß, wenn sie sich streiten, sie dies nur innerhalb der vier Wände ihres gemeinschaftlichen Hauses thun; wenn aber dieses gemeinsame Haus von außen angegriffen wird, werden sich Alle an die Fenster stürzen und auf die Ruhestörer feuern. Gott gebe, daß dieser Tag nicht komme und die schrecklichen Folgen eines so mörderischen Kriegs beiden Völkern erspart bleiben!“	
KBZ-173	**Wenn sonst ein Krieg entbrannte**	**Bismarck erklärt im norddeutschen Reichstage: „Wir haben von der Kaiserlich französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mittheilung erhalten und das ist die Kriegserklärung.“**	
VZ-174	**Das Kaiserreich spielt in jeder Beziehung ein Vabanque.**	Nach Außen entfesselt und stachelt man alle Elemente des Hasses, alle Leidenschaften der Gloire und des nationalen Ehrgefühles, **man benützt alle Schlagworte der Demokratie und der Revolution, die Marseillaise und die nagenden Erinnerungen der Invasion von 1814 und 1815, um Hunderttausende in einen erbarmungslosen Eroberungs- und Verheerungskrieg gegen Deutschland zu hetzen.**	
BRSZ-343	**Englische Presse**	Mit der Kriegserklärung hat Frankreich der deutschen Idee den Krieg erklärt, und Deutschland steht auf wie ein Mann, um das deutsche Vaterland zu vertheidigen. Sehr wahrscheinlich hegt man kaum noch die Hoffnung in Paris, Deutschland zu theilen und stückweise zu schlagen.	
28. Juli. Donnerstag			
KBZ-174 BRSZ-345/ 346	**Der Allianzvertrags-Entwurf Frankreichs mit Preußen,**	Die französische Regierung hat im Laufe der letzten Jahre der preußischen wiederholt die Offensiv- und Defensiv-Allianz Frankreichs zu dem Zwecke angetragen, die Eroberung Belgiens durch Frankreich einerseits und die Einverleibung der Staaten Süddeutschlands in den Nordbund andererseits zu sichern. - Schon vor dem Kriege von 1866 hatte Frankreich Preußen sein Bündniß mit dem Versprechen angeboten, daß seine Kriegserklärung gegen Oesterreich in einem festbestimmten Zeitraume derjenigen Preußens folgen und daß eine französische Armee von 300,000 Mann	178

		Oesterreich angreifen solle, wenn Preußen einwilligen wolle in gewisse, Frankreich auf dem linken Rheinufer zu machende Abtretungen.	
BRSZ-347	**Der Text des …. veröffentlichten Allianz-Vertrages lautet wie folgt:**	**Art. II.** Se. Majestät der König von Preußen verspricht, Frankreich die Erwerbung Luxemburgs zu erleichtern; **Art. III.** Se. Majestät der Kaiser der Franzosen wird sich einer föderalen Vereinigung des Nordbundes mit den Staaten Süddeutschlands, Oesterreich ausgenommen, nicht widersetzen **Art. IV.** Seinerseits wird Se. Majestät der König von Preußen in dem Falle, daß Se. Majestät der Kaiser der Franzosen durch die Umstände bewogen werden sollte, seine Truppen in Belgien einrücken zu lassen oder es zu erobern, Frankreich die Beihilfe seiner Waffen gewähren	
NWZ-88	**Zum Kriege mit Frankreich**	**Die dänische Regierung hat zwar die Zusage ertheilt, daß sie neutral bleiben wolle, es dürfte unserer Meinung nach aber nicht viel darauf zu geben sein.** Thatsache ist, daß der dänische Janhagel neuerdings wieder viel Lust bezeugt, sich aufs Neue deutsche Prügel zu holen. Man wüthet und insultirt in Kopenhagen gegen Deutsche, speziell gegen Preußen in der gröblichsten Weise, und wenn die Regierung auch vielleicht einsichtiger ist, als die dänischen Pöbel-Politiker, so fragt sich doch noch, ob sie auch die Energie besitzt, auf der einen Seite den Verlockungen Frankreichs zu widerstehen und auf der anderen Seite die kopflose Strömung im eigenen Lande zu bemeistern.	
KBZ-174	**Frankreich - Pressestimme**	Nun wohl, viele Patrioten denken, der Krieg müsse, da er einmal eine nicht mehr zu ändernde Thatsache geworden, wenn er nicht eine fruchtlose Thorheit (une stérile folie) sein solle, Frankreich wieder zu der Sicherheit seiner Ostgrenzen verhelfen, die es seit 1815 nicht mehr besitze. Wir haben uns nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu mischen, aber es ist unsere Pflicht, uns gegen die uns bedrohende Gefahr zu sichern, wenn vor einem centralisirten und militarisierten deutschen Kaiserreiche die Thore unseres Landes offen bleiben. Die Zurückgabe von Landau und Saar-Louis, dieser alten französischen Städte, nebst den angrenzenden Cantonen und füglich die Ausfüllung der Lücke im Elsaß und der Lücke in Lothringen ist das Mindeste, was wir, da das Schwert einmal gezogen ist, zu fordern verpflichtet sind, ehe wir es wieder in die Scheide stecken. Diese dem Flächen Inhalt nach wenig beträchtlichen, aber für unsere Sicherheit wesentlichen Distrikte waren uns 1814 belassen worden, und hat man uns – das wolle man wohl beachten! – erst nach Waterloo geraubt. - Was den Rest der deutschen Provinzen am linken Rheinufer anbetrifft, so wollen die intelligenten Patrioten in Frankreich die Annexion derselben keineswegs. Es wäre das ein Frankreich angehängtes anderes Venetien. **Allein das National-Interesse erfordert zum Mindesten ihre Neutralisirung, die, gleich der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, unter die Garantie der europäischen Mächte zu stellen**. Deutschland würde dadurch an Sicherheit Nichts einbüßen, da der Rhein seine Barriere bildet, und wir würden dabei jene Reciprocität in der Defensive gewinnen, die wir wohl zu fordern berechtigt sind – **(So?)** – und die wir ohne Krieg anno 1866 erhalten hätten **(!!)**, wenn unsere Regierenden ihrer Aufgabe gewachsen gewesen wären.	
VZ-175	**Die Oberherrschaft des französischen Kaiserreichs in Europa begründen**	Aller Welt ist dadurch klar gelegt, daß der Kaiser der Franzosen es wieder ist, der wie ehemals der Gründer der Dynastie Bonaparte das angeblich von Preußen bedrohte europäische Gleichgewicht verändern wollte, um die Oberherrschaft des französischen Kaiserreichs in Europa zu begründen.	
	29. Juli. Freitag		
BRSZ-347	**Großbritannien – Ueber den gegenwärtigen Wendepunkt in den Geschicken Deutschlands**	Das Geheimniß der neuen Stärke Deutschlands liegt in dem Bewußtsein des Werthes und der Kraft, welches die Deutschen ergriffen hat.- **Frankreich steht auf dem Punkt, wenn es kann, die Deutschen zu erdrücken oder zu vernichten, und unter der Drohung Frankreichs werden sie ganz und gar einig. Sogar in den Provinzen, die bis vor Kurzem Preußen als einen übermüthigen Eroberer haßten,**	182

		herrscht jetzt nur ein Gefühl: das Verlangen, Frankreich zu zeigen, daß Deutschland entschlossen ist zu sein. - Daß eine Woche nach der Kriegserklärung die Könige von Baiern und Würtemberg den Dank ihrer Unterthanen empfangen würden, dafür, daß sie gegen die Franzosen kämpfen dürfen, muß ihm so unwahrscheinlich als irgend möglich vorgekommen sein.	
BRSZ-347	**Die Rede des Kaisers und das neueste Circular Gramonts**	Die **„Times“** spottet über die Logik des kaiserlichen Arguments: „Ein Krieg ist Recht, sobald er mit Zustimmung des Landes und seiner Vertreter geführt wird“ - Die **„Daily News“** bemerkt ebenfalls, daß man, wie Gramonts Circular ergebe, französischerseits den mit so vieler Heftigkeit als Kriegsgrund betonten Vorwand, daß der französische Gesandte vom König von Preußen insultirt sei, fallen gelassen habe. Das Zurückkommen auf die Hohenzollern-Candidatur und namentlich auf so frühe Stadien als 1869 sei überflüssig, denn Europa habe längst aufgehört, irgend eine Verbindung zwischen dem Krieg und jener Candidatur zu entdecken.	
Z-176	**Zur neuesten Enthüllung**	Ich werde Ew. ec. noch den Text eines anderen vom Frühjahr 1866 schicken, ebenfalls das Anerbieten einer Offensiv- und Defensiv-Allianz enthaltend, vermöge welcher Frankreich 300,000 Mann gegen Oesterreich und sechs bis acht Millionen Vergrößerung für Preußen versprach, gegen Abtretung eines Landstriches zwischen Rhein und Mosel. - **Die schließliche Ueberzeugung, daß mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen sei, wird den Entschluß gereift haben, eine solche gegen uns zu erkämpfen**	
	30. Juli. Samstag		
NWZ-89	**Zum Kriege mit Frankreich**	Graf Bismark hat wieder einen jener kühnen diplomatischen Schachzüge gethan, in denen er bekanntlich Meister ist. Die rechtzeitige Veröffentlichung der französischen Allianz-Verhandlungen, d. h. die Diebes-Anerbietungen an Preußen, ist sein eigenstes Werk. Er hat diese Schriftstücke Jahre lang vor den Augen der Welt sorgsam gehütet, um im entscheidenden Moment damit dem großen Intriganten in Paris die Maske vom Gesicht zu reißen und seine Diebes-Gelüste der Welt klar und unwiderleglich zu beweisen. Daß damit auch zugleich dem raschen Anschluß der Südstaaten an Preußen ein kräftiger Sporn versetzt ist, braucht wohl nicht erst angeführt zu werden. **- Die preußische Regierung habe auch noch andere Actenstücke zur Verfügung, so z.B. über Verhandlungen, welche der Prinz Napoleon bei seinem Besuche in Berlin angeknüpft habe und deren Gegenstand hauptsächlich die französische Schweiz und gewisse Gebietstheile Ober-Italiens bildeten.**	185
VZ-177	**Vom Kriegsschauplatz**	Paris: „Ich stelle mich an Eure Spitze, um die Ehre des vaterländischen Bodens zu vertheidigen. Ihr werdet nunmehr gegen eine der besten Armeen Europas kämpfen, allein auch andere Armeen, welche eben so tüchtig waren, als sie, konnten Eurer Tapferkeit nicht widerstehen	
	31. Juli. Sonntag		
VZ-178	**Das von der Hand des Grafen Benendetti herrührende Vertrags-Dokument**	Graf Bismarck – so will die französische Regierung, daß man glaube – hat den Vertrag diktirt und der Botschafter Sr. Majestät von Frankreich hat dem Bundeskanzler gegenüber die Rolle eines Schreibers gespielt. **Die ungeheure Lächerlichkeit dieser Aufstellung spricht für sich selbst und seit 1865 fordert der preußische Minister Frankreich dazu auf, Vergrößerungen in den französisch sprechenden Ländern, der Schweiz und Belgien zu suchen?** Die Rollen haben sich also völlig vertauscht. Nicht die französische Regierung, nein, ein preußischer Minister fordert zu einer Verstärkung Frankreichs auf? Die Welt steht in der Vorstellung der französischen Staatsmänner, wie es scheint, bereits auf dem Kopfe. Und nun noch Eins: Der famose Vertragsentwurf stipulirt für Frankreich die denkbar stärksten Vergrößerungen. - London: Ober-Haus. Malmesbury erbittet weitere	187

		Aufschlüsse über den Belgien betreffenden Traktatsentwurf. **Granville verliest das gestrige Telegramm des Grafen Bismarck, welches die französischen Anschläge gegen Belgien, Luxemburg und die Schweiz enthüllt**. Dasselbe sei bereits in Berlin veröffentlicht.	
Ernst Moritz Arndt	**„In Frankreich hinein!“ - 1841**	**Ein Lied für heute, von E. M. Arndt gedichtet, „als Thiers die Wälschen aufgerührt hatte, Herbstmond 1841.“**	188
Anhang	**1870 Die französische Sicht zum Krieg Frankreich-Deutschland**	**Deutsch/ Französich**	187

Provincial – Correspondenz – Nr. 22 – Mittwoch, 01. Juni 1870 – S.4

Die Gotthardbahn. –

Erklärung des Bundeskanzlers Grafen von Bismarck in der Sitzung des Reichstags am 25. Mai

Die Bewilligung eines Beitrags zur Ausführung der Gotthardbahn hat den Reichstag noch in seiner letzten Sitzung beschäftigt.

Die Bundesregierungen hatten die Bewilligung einer Summe von 10 Millionen Francs (etwa 2 ¼ Millionen Thaler), einschließlich der Beiträge einzelner Eisenbahngesellschaften u.s.w., beantragt. Der Abg. Lasker beantragte seinerseits, diese Bewilligung noch an weitere spezielle Bedingungen zu knüpfen.

Der Bundeskanzler, Graf Bismarck, äußerte sich hierüber in Folgendem:

„Meine Herren! Es müssen gewiß die verbündeten Regierungen tief von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß die politischen Interessen es empfehlen, zwischen Deutschland und Italien eine Verbindung zu schaffen, welche lediglich von dem neutralen Zwischenlande, der Schweiz, abhängig ist und nicht im Besitze einer der großen europäischen Mächte sich befindet.

Die Rücksichten müssen von besonderer Wichtigkeit gewesen sein, welche sie zu dem außergewöhnlichen, ich glaube beinahe nie vorgekommenen Vorgehen einer Regierung führen, Ihnen eine erhebliche Geldausgabe für eine außerhalb Deutschlands, nicht nur außerhalb des Norddeutschen Bundes, liegende Eisenbahn zuzumuten.

Die Rücksichten, welche die Regierungen zu diesem ungewöhnlichen Verfahren bestimmen, sind aber, wie ich glaube, so auf der Hand liegend, so oft erwogen und **zum Theil auch so delikater Natur**, daß ich Sie bitte, mich davon zu entbinden, sie hier nochmals darzulegen. Wenn Sie uns zur Verwirklichung dieses internationalen Bedürfnisses nicht Ihre Hand reichen, wenn der Reichstag seine Mitwirkung dazu versagt, so können wir dieses Bedürfnis nicht befriedigen; wir müssen dann den übrigen betheiligten Regierungen erklären: der Norddeutsche Reichstag hat uns seine unentbehrliche Mitwirkung versagt oder hat sie doch an Bedingungen geknüpft, welche so gut sind wie eine Versagung, welche unbedingt die Wirkung einer Versagung haben. Daß dies die Wirkung der Annahme des Amendements des Herrn Abg. Lasker sein würde, hat schon der Herr Präsident des Bundeskanzler-Amts hervorgehoben; schon allein aus der formalen Rücksicht, daß bei dem nahe bevorstehenden Schluß der Versammlung es nicht möglich sein würde, bei der Annahme dieses Amendements ihm die formale Vollendung noch zu geben. Der Herr Abg. Lasker sagt, der folgende Reichstag kann ja dann sehr leicht die Bewilligung verlängern, wenn er die Sache für angemessen findet. Der folgende Reichstag hat aber keinen Einfluß auf die Entschließungen der andern Regierungen, auf die Wirksamkeit der mannigfachen Einflüsse, welche gegen die Sache überhaupt thätig sind.

Eine Untersuchung der Vorzüge, welche etwa der Gotthard vor dem Splügen oder umgekehrt haben könnte, liegt meines Erachtens ganz außerhalb des Interesses, welches Deutschland und namentlich Norddeutschland an der Sache hat. Für uns ist das Hauptinteresse eine fast direkte Verbindung mit dem befreundeten und, wie wir glauben, auf die Dauer befreundeten Lande Italien zu haben. Dieser Vortheil lief Gefahr, uns vollständig versagt zu bleiben, weil eine Entscheidung zwischen den beiden Bahnen nicht rechtzeitig zu treffen war, und die Unschlüssigkeit darüber, welche von beiden gebaut werden sollte, war der gewichtigste und stärkste Hebel für diejenigen Bemühungen, welche den Bau einer jeden neuen Bahn dort verhindern wollten.

Deshalb haben wir uns vor allen Dingen angelegen sein lassen, durch unsere sehr bestimmte Erklärung zu Gunsten einer dieser Bahnen das Hindernis zu beseitigen, welches in der Zwiespältigkeit, in der Gefahr, zwischen zwei Stühle sich zu setzen, lag. Wir glauben damit den Schweizer Interessen einen wesentlichen Dienst geleistet zu haben, daß wir durch unsere sehr bestimmte Erklärung der Ungewißheit, ob Gotthard oder Splügen, ein Ende gemacht haben. Indem wir aber erklärt haben und noch heute die Erklärung wiederholen, daß wir uns auf den Splügen unter keinen Umständen einlassen würden, halten wir an dem Gotthard fest, nicht weil wir den Interessen des Splügen nicht auch noch das Ihrige gönnen, sondern weil wir voraussehen, daß, sobald wir auch nur die Möglichkeit der Erwägung des Splügen wieder zulassen, gar keine Eisenbahn dort hergestellt wird, während die Hoffnung nicht ausgeschlossen ist, daß, wenn jetzt die Gotthardbahn gebaut wird, die Splügenbahn ihr dereinst folgt.“

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr. 125 – Mittwoch, 01. Juni 1870 – S.6

Spanien. –Thronfolge

Die Pariser **„Histoire“** will aus ganz sicherer Quelle in Erfahrung gebracht haben, daß Prim die spanische Krone Espartero nur deshalb angetragen hätte, weil er im Voraus einer Ablehnung gewiß war, daß Prim und Serrano ganz und gar für die Sache des Herzogs von Montpensier gewonnen wären, daß zwischen Prim und dem Herzog eine geheime Correspondenz besteht, und ein vollkommenes Einvernehmen hergestellt, und daß **endlich Alles, was in diesem Augenblicke geschieht, nur auf Täuschung berechnet ist.**

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr. 125 – Mittwoch, 01. Juni 1870 – S.1

Der König und Zar. – Treffen in Ems.

Berlin, 1.Juni. Heute kommt Se. Majestät der König von Potsdam nach Berlin, nimmt Vorträge und Meldungen entgegen und reist Abends 10 ¼ Uhr auf der Potsdamer Bahn mit dem Courierzuge zum Besuche des Kaisers Alexander von Rußland nach Ems ab. Im Laufe des Sonnabend wird Se. Maj. der König aus dem Kurorte Ems wieder zurückerwartet. – Zur Begleitung sind befohlen der General-Adjutant v. Tresckow, die Flügel-Adjutanten Oberstlieutenants v. Lucadon und Prinz Anton Radziwill, der Leibarzt Dr. v. Lauer, der Geh. Hofrath Borck etc.

Provincial – Correspondenz – Nr. 22 – Mittwoch, 01. Juni 1870 – S.4

Unser König. – Reise nach Ems.

Unser König begiebt sich am 1. Juni nach Ems, um dort dem Kaiser von Rußland einen Besuch zu machen. Der König reist vom Potsdamer Bahnhofe Abends nach 10 Uhr mit dem Courierzuge nach Cassel und von da mit Extrazug weiter nach Ems, woselbst er Donnerstag Vormittag um 10 Uhr einzutreffen gedenkt. Die Rückreise von dort wird voraussichtlich am 3. Abends oder am 4. früh angetreten und auf demselben Wege stattfinden, so daß Se. Majestät im Laufe des nächsten Sonnabend (4.) in Berlin wieder eintrifft.

Der Bundeskanzler Graf von Bismarck wird Se. Majestät den König auf der Reise nach Ems begleiten.

Donnerstag, 02. Juni 1870

Die neuen Wogen der Zeit – Nr. 507 – Donnerstag, 02. Juni 1870 – S.6

Spanien – Aufhebung der Sklaverei.

Madrid, 30. Mai. In der Cortes-Sitzung am 28. Mai legte der Minister der Colonien einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung der Sklaverei, vor. Der Entwurf erklärt alle nach der Verkündigung des Gesetzes geborenen Sklavenkinder für frei. Die Regierung wird für eine Summe von 50 Thalern jedes Sklavenkind, welches nach dem 18. September 1868, dem Tage der Revolution, geboren ist, kaufen und für frei erklären.

Spanien – Thronfolge.

Madrid, 31. Mai. Ein Schreiben von Prim ladet die Deputirten zu einer Cortessitzung am 6. Juni ein; für die Tagesordnung derselben sind wichtige Gegenstände zur Verhandlung angesagt, und wird das Ministerium auch Rechenschaft über seine Bemühungen zur Herstellung der Regierung ablegen.

Samstag, 04. Juni 1870

Berlinische Nachrichten – Nr. 128 – Samstag, 04. Juni 1870 – S.4

Neueste Nachrichten. – Treffen König und Zar in Ems.

Ems. 3. Juni, Nachmittags. Se. Majestät der König war gestern und heute mit dem Grafen Bismarck und Gefolge beim Kaiser von Rußland zur Tafel. Beide Monarchen erschienen zusammen mehrfach auf der überaus lebhaften Promenade.

Breslauer Zeitung – Nr. 255 – Samstag, 04. Juni 1870 – S.1

Die Reise des Königs und des Grafen Bismarck nach Ems.

Breslau. 3. Juni. Die Reise des Königs und des Grafen Bismarck nach Ems giebt natürlich zu vielen politischen Conjecturen Veranlassung, und insbesondere **sind es die österreichischen Blätter, welche alle möglichen Gefahren für die Ruhe des Continents darin erblicken wollen**. Trutz und Schutzbündnis zwischen Preußen und Rußland ist noch das Wenigste, was dieser einfache Act verwandtschaftlicher Höflichkeit – denn weiter ist er nichts – zu bedeuten hat; Oesterreich und Frankreich, oder auch beide zusammen, sind es, gegen welche die Action sich richtet u.s.w.

Graf Bismarck in Ems. – Die Gotthardbahn.

Berlin, 2. Juni. Bei der Windstille, welche seit einiger Zeit in der hohen Politik andauert, bietet der Ausflug des Königs nach Ems unter Begleitung des Grafen Bismarck ein fruchtbares Thema, welches der phantastischen Ausbeutung nicht entgehen kann. Vielleicht hätte die Begegnung der beiden Monarchen von Preußen und Rußland in Ems vorübergehen können, ohne eine Fluth politischer Gerüchte nach sich zu ziehen; aber der Vorgang scheint über die Bedeutung eines bloßen Courtoisie-Actes hinauszugehen, weil der Bundeskanzler trotz der ihm noch immer gebotenen Gesundheits-Rücksichten sich der Begleitung des Königs angeschlossen hat.

Es ist natürlich genug, daß an jeden Schritt eines Staatsmannes von dem Charakter und dem Einfluß des Grafen Bismarck sich weitgehende Combinationen anknüpfen; aber es ist gerathen, nicht nach fernliegenden Vermuthungen zu haschen, wenn einfache Erklärungen sehr nahe liegen. Freilich, wenn Graf Bismarck dem Kaiser Alexander seine Aufwartung macht, muß irgendetwas von Politik im Spiele sein. Man braucht aber nur daran zu denken, wie die Abwesenheit des Bundeskanzlers von Berlin während des kaiserlichen Besuches gedeutet ward, um zu begreifen, daß der preußische Staatsmann Werth darauf legen muß, derartigen Gerüchten durch ein thatsächliches Dementi entgegen zu treten. An Gründen fehlt es gewiß nicht, um deren Willen Bismarck es ungelegen erachtet, als ein Gegner Rußlands zu gelten oder eine Entfremdung zwischen Preußen und dem östlichen Nachbar aufkommen zu lassen. Wenn früher die preußische Regierung geneigt war, auf die Freundschaft Rußlands einen zu hohen Werth zu legen, so hat man vielleicht in neuerer Zeit nicht unbefangen genug erkannt, daß die guten Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, die den deutschen Interessen entsprechende Entwicklung der jüngsten Vergangenheit zu fördern.

Der Proceß Deutschlands gegen Dänemark würde trotz aller kriegerischen Erfolge keinen so schnellen und befriedigenden Abschluß erlangt haben, wenn die russische Politik sich nicht zur strengsten Enthaltsamkeit bequemt und dadurch den übrigen Freunden Dänemarks die gleiche Rolle aufgenöthigt hätte. Ebenso wenig würde die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Oesterreich in so glatter und gründlicher Weise gelungen sein, wenn Kaiser Alexander auf die oft in Wien ausgemachten Anerbietungen zu einem gemeinsamen Spiel gegen Preußen hätte eingehen wollen.

Durch die Entwickelung der letzten Jahre ist Deutschland glücklicherweise stark genug geworden, um mit Zuversicht der Erreichung seiner nationalen Ziele zuzustreben, ohne eines Bündnisses mit Rußland zu bedürfen; aber es trägt unstreitig zur Entmuthigung preußenfeindlicher Projecte bei, wenn kein Zweifel darüber besteht, daß derartige Pläne auf die Gegnerschaft Rußlands zu rechnen haben.

Die Gotthardbahn.

Eine halboffizielle Notiz in der **„Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“** hat sich gegen die Gerüchte gewendet, die wegen der Nichterwähnung der Gotthard-Angelegenheit in der jüngsten Thronrede aufgekommen waren. Vor Allem ist der Auffassung zu wehren, als ob die Nichtberührung jenes Gegenstandes auf eine plötzlich abgekühlte Stimmung für die Gotthardbahn oder gar für Italien selbst schließen lasse. Der Bundeskanzler hat im Laufe der Reichstagsverhandlungen mit den wärmsten Ausdrücken für die Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen Deutschland und Italien gesprochen und man darf annehmen, daß er sich zu einer solchen Kundgebung nicht entschlossen hätte, wenn er nicht einer gleichen Gesinnung von Seiten Italiens gewiß wäre.

Sonntag, 05. Juni 1870

Social-Demokrat– Nr. 65 – Sonntag, 05. Juni 1870 – S.1

Rundschau – König Wilhelm und Zar Alexander in Ems

Berlin, 4. Juni. In der Politik ist eine große Ruhe eingetreten. Graf Bismarck ist mit dem Könige von Preußen in das Bad Ems gereist. – Den Kaiser von Rußland hüten dort die deutschen und russischen Polizeiagenten wie ihren Augapfel.

Dienstag, 07. Juni 1870

National-Zeitung – Nr. 258 – Dienstag, 07. Juni 1870 – S.1

Frankreich – Sitzung des gesetzgebenden Körpers

Paris, 5. Juni. Die beiden letzten Sitzungen des gesetzgebenden Körpers deckten vollständig den schwankenden Boden auf, auf welchem das Ministerium Ollivier zwischen der Linken und der äußersten Rechten steht. Man ist mehr als überzeugt, daß es in der bisherigen Weise nicht lange mehr fortgehen kann, und daß Ollivier entweder, was er vor einigen Monaten mit weit mehr Erfolg hätte thun können, die Kammer auflösen oder auf die Fortführung der von ihm übernommenen Aufgaben verzichten muß.

Donnerstag, 09. Juni 1870

Berlinische Nachrichten – Nr. 131 – Donnerstag, 09. Juni 1870 – S.1

König Wilhelm zur Cur nach Ems

Se. Maj. der König wird sich, wie die **„Provincial Correspondenz“** meldet, in den Tagen zwischen dem 18. und 20. Juni nach Bad Ems zu einer fünfwöchigen Cur begeben, Ende Juli aber nach Berlin zurückkehren, um am 3. August, dem hundertjährigen Geburtstage Friedrich Wilhelms III. die Enthüllung des demselben im Lustgarten vor dem k. Schlosse zu errichtenden Denkmals zu vollziehen.

Berlinische Nachrichten – Nr. 131 – Donnerstag, 09. Juni 1870 – S.3

Spanien – Die Thronfrage.

Madrid, 5. Juni. Die Cortes haben die Discussion des Gesetzesvorschlages über die Wahl eines Königs begonnen. Nach dem Wortlaut des Gesetzesvorschlages genügt es, wenn der vierte Theil der Deputirten und einer sich für die Wahl eines Candidaten zum Könige aussprechen, um dessen Wahl gültig zu machen. Nun brachte aber Roja-Arca ein Amendement ein, nach welchem die Wahl nur gültig wird, wenn die absolute Majorität aller Mitglieder der Cortes dafür gestimmt hat. Das Amendement wurde angenommen. Der Unterschied ist groß. Nach dem Gesetzesvorschlag genügten 89 Stimmen und jetzt sind deren 170 nöthig, was die Königswahl sehr erschweren wird, vielleicht sie ganz unmöglich machen wird. Die republikanische Partei wird Alles aufbieten, um keine solche Majorität zu Stande kommen zu lassen, um vielleicht in dieser Art indirect ihr Ziel – die Herstellung der Republik – zu erreichen.

Berlinische Nachrichten – Nr. 131/132 – Donnerstag/ Freitag, 09/ 10. Juni 1870 – S.1

Die St. Gotthard-Bahn.

I. Eine der letzten Verhandlungen im Reichstag betraf die Subvention, welche der Norddeutsche Bund dem Unternehmen der St. Gotthard-Bahn zu bewilligen bereit ist. Der Reichstag hat, ohne daß es ihm möglich war, wiederholt in die technische Prüfung des großartigen Unternehmens einzugehen, indem er vielmehr die Thatsachen zur Voraussetzung nahm, welche die sachverständigen Prüfungen italienischer, schweizer, deutscher Auctoritäten ermittelt hatten, der Bewilligung einer Subvention bis zu 10 Millionen Francs zur Gotthardbahn seine Zustimmung gegeben. Es dürfte unsern Lesern nicht unwillkommen sein, wenn wir es versuchen, diesen fast einstimmigen Beschluß, welchem ausführliche Berathungen des Reichstags nicht vorangegangen sind, näher zu erläutern. Das Material, welches seit Jahr und Tag in Beziehung auf diese Frage angehäuft worden, indem sich verschiedene Projecte bekämpften, ist sehr weitläufig; wir können nur die für uns praktisch erheblichen Punkte berühren.

Nachdem Italien, von Frankreich unterstützt, energisch sich des Planes angenommen hatte, im Westen der Schweiz den Mont Cenis zu durchbrechen und durch einen Mont-Cenis-Tunnel eine Verbindung zwischen den französischen und italienischen Eisenbahnen herzustellen,– ein Werk, an welchem unaufhörlich fortgearbeitet wird –, nachdem auch Oesterreich durch eine Ueberschienung des Brenner-Passes in den Tyroler Alpen eine Eisenbahn-Verbindung zwischen dem südöstlichen Deutschland und Italien hergestellt hatte, schien es, zumal bei den technischen Fortschritten, die beim Durchbruch des Mont Cenis gemacht wurden, nicht mehr unmöglich, auch die quer durch die Schweiz sich hinziehenden Central-Alpen zu durchbrechen.

Es konnte sich bei der internationalen Bedeutung dieser Straße, also bei der Herstellung einer directen Eisenbahn-Verbindung zwischen Deutschland und Italien durch die Schweiz nur um ein Unternehmen handeln, das eine regelmäßig zu befahrende, von klimatischen Verhältnissen nicht abhängige Linie schafft. Das konnte nur durch den wirklichen Durchbruch, durch eine Tunnelbahn in mäßiger Erhebung, ohne gefährliche Steigungen erreicht werden. Die provisorische Bahn über den Mont Cenis, bei welcher allerdings die Möglichkeit constatirt ist, Steigungen von mehr als 8 pCt. und Curven von 40 Meter Radius mit Fell'schen Locomotiven zu befahren und in der bessern Jahreszeit einen ziemlich regelmäßigen Betrieb zu unterhalten, hat doch auch die Erfahrung machen lassen, daß eine solche Eisenbahn erstens nur schwacher Leistungen fähig ist und zweitens unverhältnißmäßige Betriebskosten verursacht. Der einzige, durch diese Bahn erzielte

Fortschritt ist eine etwas größere Geschwindigkeit im Vergleich zum früheren Posttransport; und um die Betriebskosten zu decken, haben die Fahrtaxen so hoch gestellt werden müssen, daß sie den früheren Posttaxen fast gleich sind, sie sind mehr als dreimal so hoch, als gewöhnliche Bahn-Tarife. Der Verkehr ist so unbedeutend, daß in der Regel bloß ein und nur ausnahmsweise zwei Züge in jeder Richtung täglich über den Mont Cenis gehen. Nach diesen Erfahrungen ist man von den bloßen Uebergangs-Linien mehr und mehr abgekommen.

Wenn es sich nun darum handelte, an welcher Stelle man behufs einer internationalen Verbindung die Central-Alpen durchbrechen sollte, so bekämpften sich verschiedene Projecte sowohl in Italien, als in der Schweiz, wie auch in Deutschland. Es kamen der Gotthard, der Simplon, der Splügen, der Bernhardin, der Septimer, der Lukmanier in Betracht. Die ausführlichste technische und commercielle Prüfung der Frage ging schon vor drei Jahren von den Italienern aus; eine große Prüfungs-Commission, niedergesetzt von dem Ministerium der öffentlichen Bauten, bestehend aus zwei Senatoren, fünf Deputirten, sieben Präsidenten der Handelskammern der größten Städte, ferner den Directoren der oberitalienischen und der Meridional-Bahn, endlich drei Beamten des Ministeriums, entschied sich einstimmig zu Gunsten eines Durchbruchs, d. h. eines längeren Tunnels, und während elf Mitglieder für den Gotthard stimmten, waren nur drei für den Splügen; für den Lukmanier fand sich gar keine Stimme, während diese Linie nachher noch in der Schweiz mehrfache Vertretung gefunden hat.

Während sich Italien also schon vor drei Jahren für den Gotthard entschieden hatte, dauerten in der Schweiz die Kämpfe zwischen den verschiedenen Projecten fort, indem die Sache hier in den Händen der einzelnen Cantone lag und diese je nach ihrer Lage ihr besonderes Interesse geltend machten. Entscheidend mußte es daher für die Frage sein, welche Stellung die deutschen Staaten nehmen würden. Mehrere Linien gleichzeitig auszuführen, war bei der Kostspieligkeit des Unternehmens unmöglich. Die östlichen Theile des norddeutschen Bundesgebiets und Bayern waren auf einen östlichen, die westlichen Theile des Bundesgebiets und Baden auf einen mehr centralen Alpendurchbruch angewiesen. Baden hatte sich alsbald für den Gotthard entschieden. Da nun die mittlerweile erfolgte Eröffnung der Brennerbahn der östlichen Hälfte Deutschlands einen genügenden Uebergang über die Alpen darbot, so nahm man Seitens des Norddeutschen Bundes keinen Anstand weiter, für die Durchbrechung der Central-Alpen die Gotthardlinie zu empfehlen.

Diese Entscheidung brachte die gewünschte Wirkung auch in der Schweiz hervor. Es haben sich dort ziemlich alle Cantone für den Gotthard ausgesprochen, und nur einige Ost-Cantone reden noch dem Project der Splügenbahn das Wort, welches neuerdings von dem Pariser Haus Rothschild wieder auf die Bahn gebracht worden ist, weil dies Haus im Besitz der ostschweizerischen Bahnen (Chur, St. Gallen, Winterthur), diese Bahnen, deren Cours heut sehr niedrig steht, durch ihre Verbindung mit dem Weltverkehr durch das Splügen-Project höchst rentabel machen möchte. Das geldmächtige Haus hat daher sowohl die jenseits Mailand gelegenen oberitalienischen Städte, wie auch die ostschweizerischen Cantone für das neu aufgenommene Splügen-Project zu interessiren gesucht und machte durch Broschüren, denen dann die Gotthard-Interessenten wieder entgegen traten, auch einen Versuch im norddeutschen Reichstag, der aber bekanntlich total gescheitert ist.

In den Conferenzen, welche vom 13. September bis 13. October v. J. in Bern stattgefunden haben und an denen die Schweiz, Italien, Norddeutschland, Baden, Württemberg Theil nahmen, wurde das Gotthard-Project in Beziehung auf die einzelnen Linien, die Kosten u. s. w. festgestellt. ...

Die St. Gotthard - Bahn. - Berlinische Nachrichten – Nr.132 – S.1

II. Die Conferenz der Schweizer Bundes-Regierung mit den Regierungen des Norddeutschen Bundes, Italiens, Badens und Württembergs fand in den Tagen vom 13. September bis 13. October 1869 in Bern statt. Das vom Gotthard-Comité aufgestellte Project, wurde durch diese Conferenz mehrfachen Modificationen unterworfen.

Die Gotthardbahn wird sich im Norden der Alpen einerseits in Luzern und andererseits in Zug den bestehenden Eisenbahnen anschließen; im Süden der Alpen wird sie sich von Bellinzona einerseits über Camerlata nach Mailand, Bologna, Brindisi u.s.w., andererseits über Novara nach Genua, Turin u. s. w. abzweigen.

Der Gotthard-Tunnel ist in einer geraden Linie zwischen Göschenen und Airolo zu erbauen; seine nördliche Mündung in Göschenen liegt 1100 Meter über dem Meeresspiegel, seine südliche in Airolo 1130 Meter; er hat eine Länge von 14,900 Meter. Der Tunnel soll 2 Geleise erhalten. Die Bauzeit ist auf 8 ½ - 9 Jahre berechnet.

Zu dem großartigen Bau gehören aber die nördlichen und südlichen Zufahrts-Linien; im Norden von Zug und von Luzern her: Zug-St.Andrian-Goldau (einspurig), Luzern-Küßnacht-Immensee (einspurig), Immensee-Goldau (einspurig), Goldau-Flüelen (zweispurig), Flüelen-Göschenen zweispurig). Im Süden: Airolo Biasca (zweispurig), Biasca-Bellinzona (zweispurig), Bellinzona-Lugano - Chiasso und Bellinzona - Magadino - italienische Grenze, mit Abzweigung auf Locarno (einspurig), ausgenommen bei Tunnelbauten.

Man verständigte sich, das Maximum der Steigung für die Alpenbahn auf 25 pro Mille festzusetzen und die zulässig geringste Länge der Radien für die Curven wurde auf 3000 Meter angenommen.

Die Kosten des ganzen Unternehmens, eines Bahnnetzes von 263 Kilometer Länge, wurden auf etwa 187 Millionen Francs veranschlagt.

Unter Annahme einer jährlichen Reisebewegung von 200,000 Personen und einer Güter-Bewegung von 400,000 Tonnen (à 20 Ctr.), unter Feststellung eines Passagiergeldes von 4, 3 und 2 Sgr., je nach den Wagenklassen auf die schweizer Meile (= 4800 Meter) nebst einer Auftaxe von 50 pCt. für die 92 Kilometer mit Steigungen, desgleichen unter Festsetzung eines Gütertarifs von ca. 2 Pfennigen pro Centner und Meile für Rohproducte, 5 Pfennige für sonstige Frachtgüter, nebst mäßiger Auftaxe bei Steigungen, glaubte die Conferenz die jährlichen Einnahmen der Gotthard-Bahn auf 6,312,000 Francs veranschlagen zu können, und diese Einnahme würde, zu 6,2 pCt. capitalisirt, einem Capital von ca. 102 Millionen Francs entsprechen. Dies Capital steht den veranschlagten Kosten von 187 Millionen Francs gegenüber.

Die Conferenz einigte sich dahin, 85 Millionen Francs als die Summe anzunehmen, welche durch Subsidien der Staaten, der schweizer Cantone und Gesellschaften, die sonst ein Interesse an dem Gelingen des Unternehmens haben, zu decken wären. Von einer Verzinsung dieser Subsidien soll nicht eher die Rede sein, als wenn die auf die Actien zu ertheilende Dividende 7 pCt. überschreitet.

Ein Drittel der Subsidien wird in 9 gleichen Annuitäten bezahlt. Die andern zwei Drittheile erfolgen jährlich und nach Einsicht der Subventionsstaaten in das Fortschreiten der im großen Gotthard-Tunnel auszuführenden Arbeiten. Die Schweiz hat die Verpflichtung übernommen, im Sommer mindestens 3, im Winter mindestens 2 Züge in jeder Richtung einzurichten, die ohne Unterbrechung fahren und von denen der eine ein Expreß-Zug sein wird.

Italien hat auf der Conferenz bereits 45 Millionen Francs Subsidien, vorbehaltlich der Zustimmung der Kammern, zugesagt, außerdem den Bau der nöthigen Anschluß-Linien; die italienischen Kammern sind bis jetzt noch nicht darüber gehört worden. Die Schweiz erklärte sich bereit, 20 Millionen herzugeben. Baden hat die Höhe seiner Subsidien auf 3 Millionen Francs fixirt. Der Norddeutsche Bund ist durch das jüngste Reichstags-Votum in den Stand gesetzt, 10 Millionen Francs zuzusagen, wovon mehrere rheinische Privat-Eisenbahngesellschaften 2 Millionen übernommen haben, die preußische Regierung Namens ihrer Kohlengruben an der Saar eventuell unter Zustimmung des Landtages 1½ Millionen Francs übernehmen würde. Die Subvention der Schweiz ist nach Zustimmung der meisten Cantone (nur Thurgau, Schaffhausen und Baselland sind noch zurück) fast völlig gesichert. Es stehen somit von den Subventionen noch 7 Millionen Francs zu decken und von den interessirten Staaten haben noch Württemberg, Belgien und Holland keine Aussicht gemacht.

Die commercielle Bedeutung der Gotthard-Bahn ist für die östlichen Gebiete des norddeutschen Bundes ziemlich gering. Selbst für Berlin und Leipzig ist die Brenner-Linie bedeutend näher nach Verona, Brescia, Bergamo, Bologna (Brindisi u. s. f.). Nur nach Mailand und Genua giebt den Berlinern und Leipzigern der Gotthard eine kürzere Linie als der Brenner. Aehnlich verhält es sich auch für Magdeburg. Für Hamburg und Bremen ist die Gotthard-Linie bereits werthvoller als für uns, da sie den Weg nach Bergamo, Mailand, Genua bedeutend abkürzt. Ansehnliche Abkürzungen der Distanzen treten aber für Kassel und Frankfurt durch die Gotthardbahn ein, und Cöln, Amsterdam, so wie die belgischen Handelsplätze erhalten mit der Gotthardlinie einen Weg, der die Brenner-Bahn und die für diese westlichen Gegenden concurrirende Mont-Cenis-Linie fast nach allen Punkten Italiens um 200-300 Kilometer abkürzt. Es ist daher ganz in der Natur der Sache begründet, daß die westlichen Gegenden Deutschlands, die rheinischen Eisenbahnen und Bergwerke ein lebhaftes Interesse am Zustandekommen des großartigen Unternehmens zeigen, während es bei uns im Osten commerciell sehr gering ist. Belgien und Holland haben alle Ursache, an den Subsidien-Zahlungen sich zu betheiligen.

Der durchschlagende Gesichtspunkt im norddeutschen Reichstag, welcher der technischen Prüfung und dem commerciellen Werth des Unternehmens nicht weiter näher trat, war der politische. Die Gotthard-Bahn ist unter den Projecten das einzige, welches Deutschland einen kürzesten und dabei völlig selbständigen Weg zur Verbindung mit Italien gewährt. Der Tunnel des Mont Cenis ist in französischen Händen, die Brenner Bahn geht durch das österreichische Tyrol. Auch die Splügenbahn und ihre Verbindung mit dem Bodensee wäre in strategischer Abhängigkeit von Oesterreich (Vorarlberg); die einzige Linie, die den Norddeutschen Bund

durch das eng befreundete Baden und die neutrale Schweiz mit Italien unmittelbar und ohne daß wir des guten Willens einer der großen Mächte bedürfen, verknüpft, ist die Gotthardbahn und bei dem lebhaften Interesse, das alle diese Staaten commerciell und politisch daran nehmen, wird ja das großartige und kostspielige Werk, nachdem man so weit mit den Verhandlungen gediehn, auch wohl zu Stande kommen.

Samstag, 11. Juni 1870

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr. 133 – Samstag, 11. Juni 1870 – S.5

Frankreich – Regierungskrise

Paris, 8. Juni. Emil Ollivier hat in der Zeit vom 2. Januar bis heute von der Kammer zehn Vertrauensvota verlangt und erhalten. Soviel Vota und doch kein Vertrauen, wohl aber viel Feindschaft und Angriffe von der Rechten wie von der Linken. Vor Pfingsten rechneten seine Gegner von der äußersten Rechten auf seinen Sturz so sicher, daß sie bereits unter sich die Rollen vertheilten, die sie im zukünftigen Ministerium einnehmen wollten. ..... Die speciellen Ministerien waren nicht verändert worden. Was das Ministerium des Innern betrifft, so war es einer Uebergangspersönlichkeit vorbehalten worden, welche binnen zwei oder drei Monaten ihre Entlassung gegeben hätte, um Rouher Platz zu machen. Diesmal war die Combination verfrüht, aber wie lange wird's dauern?

Sonntag, 12. Juni 1870

Social-Demokrat – Nr. 67 – Sonntag, 12. Juni 1870 – S.1

Dr. Straußberg in Ems – Rothschild Agent

Berlin, 11. Juni. Daß Dr. Straußberg auch in Ems während des Aufenthalts des Königs von Preußen und des Kaisers von Rußland anwesend war, giebt der **„Zukunft"** zu einer Auslassung Veranlassung, die von sehr ängstlichem Gemühte zeigt. Sie meint, „bei der bedenklichen Fürstenversammlung der heiligen Allianz sei auch immer ein Agent Rothschilds in der Nähe gewesen" – folglich giebt es jetzt Krieg.

National – Zeitung – Nr. 268 – Montag, 13. Juni 1870 – S.1

Frankreich – Regierungskrise

Paris, 11. Juni. Der Zersetzungsprozeß dauert ebenso in der ministeriellen Presse wie in der Kammer fort. Das linke Centrum, welches nach seiner Stellung in der Mitte der Gruppen, aus denen eine neue ministerielle Partei gebildet werden soll, in erster Reihe berufen schien, den Krystallisationspunkt abzugeben, hat in der Plebiszitperiode zu viel politische Unfähigkeit bewiesen, als daß es in der gegenwärtigen Krise eine so wichtige Initiative in die Hand nehmen könnte. die Mitglieder müssen auf eigene Hand agiren, wodurch mindesten viel Zeit verloren geht, vielleicht das Gelingen überhaupt in Frage gestellt wird. In Beziehung auf seine Organe in der Presse hat das Ministerium übrigens der Verschiebung seines Schwerpunktes nach links Rechnung getragen; es sind wieder die Blätter von der Schattirung des linken Centrums, denen es sein Vertrauen und seine Inspirationen zu Theil werden läßt: der „Moniteur“, das „Journal de Paris“, der „Francais“. Der Rest der offiziösen Presse, die Organe, welche zur Senatspartei oder der Rechten in der Kammer neigen, fielen vor wenigen Tagen brudermörderisch über den „Constitutionnel“ her, dessen Chefredakteur Mitchell verlangt hatte, daß Ollivier sich auf die neue konstitutionelle Linke stützen solle.

Heute ist der Friede insoweit hergestellt, daß der „Constitutionnel“ in ihren Reihen gegen die Indiskretionen des „Moniteur“ zu Felde zieht, der allerdings, seit dem bekannten Briefe Olliviers an seinen Chefredakteur Dalloz, seinen Herrn und Meister an Ungeschicklichkeit womöglich noch überbietet. Daß die Aktion der inneren Politik sich größtentheils in diesem kleinlichen Hinundherziehen der Parteien und in den ermüdenden Nörgeleien ihrer Blätter verzehrt, daß Ollivier die Wichtigkeit dieser Zeitungskämpfe in dem Grade übertreiben kann, daß er aus dem Rücktritte des Herrn Clement Duvernois drei Viertel seiner Mitarbeiter gleichsam als Märtyrer ihrer Ueberzeugungen das subventionirte Blatt im Triumph und mit fliegenden Fahnen verlassen, das Alles legt Zeugnis ab, daß die politische Befähigung Ollivier’s doch sehr überschätzt worden ist. Sogar Pinard, der Unglücklichste unter seinen Vorgängern, hat nicht in solchem Maße Fehler auf Fehler gehäuft.

Berlinische Nachrichten – Nr. 135 – Dienstag, 14. Juni 1870 – S.3

Frankreich – Der Chauvinismus und die Gotthardbahn.

Paris, 11. Juni. Der **Moniteur** enthält heute einen mit „Die Preußen in der Schweiz“ überschriebenen Artikel, **worin derselbe die Angelegenheit Betreffs der Gotthardbahn ausbeutet und darzuthun sucht, daß Frankreich das Recht habe, sich in diese Sache zu mischen.** Das Blatt sagt:

> Wir wissen nicht, ob die Cabinette von Paris und Wien Schritte gethan haben, um den preußischen Versuch zum Scheitern zu bringen; **augenscheinlich ist es aber, daß man gegen Oesterreich und Frankreich conspirirt, gegen ihren industriellen und finanziellen Wohlstand**, wenn man, wie Hr. v. Sybel gesagt hat, den größten Theil des Handels mit der Levante und Indien an sich ziehen will, und gegen ihre Sicherheit, wenn man dafür Sorge trägt wie Hr. v. Bismarck gesagt, sich in directe Verbindung mit Italien zu setzen, auf dessen ewige Allianz man rechnet, und wenn man mit Millionen (!) um sich wirft, mit denen man gewöhnlich so karg ist**, um in einigen Stunden von Berlin nach Florenz zu kommen, Munition und Soldaten transportiren zu können.**
>
> Der Bundeskanzler weiß, daß die Neutralität der Schweiz im gegebenen Falle nur eine schwache Schranke für ihn ist und daß die Protestationen der Schweiz machtlos bleiben würden, wenn erst einmal Italien und der Nordbund Eigenthümer dieser großen Eisenbahn sein werden, von der sie die Spitze besitzen.
>
> Man wird sich erinnern, **wie sehr man in Preußen in Aufregung kam, als es sich darum handelte, eine französische Compagnie in den Besitz einer belgischen Eisenbahn zu setzen**, **wie damals Preußen, ohne direct zu interveniren, das Mißtrauen der Belgier erregte und sie überzeugte, daß es um ihre Neutralität geschehen sei.** Warum folgen wir nicht seinem Beispiele und machen die Schweiz auf die Gefahren aufmerksam, die ihrer Neutralität drohen, wenn preußische Agenten eine Bahn in Händen haben, die durch ihr Territorium geht? Hr. v. Bismarck wollte voriges Jahr keine Franzosen in Belgien. Warum sollen wir ihm heute nicht – mit aller Höflichkeit, welche uns unsere Friedensliebe einflößen kann – zu verstehen geben, daß wir keine Preußen in der Schweiz haben wollen?

So der ***Moniteur***, der im Voraus einiges Licht auf die Erklärungen werfen zu wollen scheint, welche der Minister des Aeußern in der Sitzung vom 20. zu geben denkt. Derselbe verschob die Discussion der Frage bis zu dem genannten Tage, weil er erst von Hr. Benedetti einige diplomatische Actenstücke haben will. **Hier glaubt Niemand ernstlich daran, Frankreichs Sicherheit werde bedroht, falls die Gotthardbahn zu Stande käme**. Die Hauptsache ist, daß mehrere Deputirte bei der Discussion am 20. versuchen werden, **die französische Regierung zur Unterstützung des Baues der Simplonbahn mit aller Macht zu treiben**. Dabei darf man nicht übersehen, daß es Gramont wohl ganz recht sein mag, wenn eine äußere Diversion ihm zu Hilfe kommt. In dem heutigen Ministerrathe, der unter dem Vorsitze des Kaisers in den Tuilerien stattfand und welcher über 4 Stunden dauerte, soll die Gotthardangelegenheit ebenfalls zur Sprache gekommen sein. Auch Blätter wie der ***Temps*** eifern sich jetzt gegen die Gotthardbahn.

Berlinische Nachrichten – Nr. 136 – Mittwoch, 15. Juni 1870 – S.3

Frankreich – Die Frage der Gotthardbahn.

Paris, 12. Juni. Die Interpellation über die Gotthardbahn ist ein Degenstoß ins Wasser, da es auf der Hand liegt, unabhängige Staaten vollkommen berechtig sind, Eisenbahnen auf ihren Territorien zu bauen, und man begreift daher nicht, daß der Minister den Interpellanten nicht sofort mit der Frage „beruhigt“ hat, ob er etwa ein Mittel wisse, Deutschland, die Schweiz und Italien an der Ausführung der in Rede stehenden Bahn zu verhindern. Herr v. Gramont zog es vor, seine Erklärungen bis zum 20. d. M. zu vertagen, ganz so, als ob er nöthig habe, über seine Antwort nachzudenken oder der Tagespresse Zeit zu lassen, sich auszusprechen. .....

Die „**Patrie“**, welche dabei ohne Zweifel im auswärtigen Amte unterrichtet worden ist, legt den Ton auf die in dem Vertrage von Bern enthaltene Bestimmung: „daß die Schweiz sich vorbehalte, alle erforderlichen Maßregeln für die Aufrechterhaltung und Wahrung der Neutralität des Landes zu treffen.“

Diese Bemerkung scheint an die Addresse des Interpellanten und seiner Genossen zu gehen, welche sich stellen, als zitterten sie für die Neutralität der Schweiz. Das ministerielle Blatt hebt gleichzeitig hervor, daß die preußischen und italienischen Eisenbahngesellschaften eingeladen würden, und mehrere sich schon bereit erklärt haben, sich an der Subventionirung zu betheiligen; es ist dies von Wichtigkeit, bemerkt die Patrie, weil es darthue, daß die Unternehmung vor allen Dingen einen ökonomischen Charakter habe.

Wir müßten uns sehr irren, oder man kann aus diesen Andeutungen der „**Patrie“** auf die Auseinandersetzungen des Ministers schließen, der es sicher vermeiden wird, die Debatten zum Ausgangspunkte für internationale Schwierigkeiten zu machen, aber doch die Empfindlichkeit unserer Chauvinisten schonen möchte.....

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr. 141 – Dienstag, 21. Juni 1870 – S.6

Spanien – Cortessitzung vom 11. Juni –

Der vierte Throncandidat Prinz Leopold von Hohenzollern?

Madrid. Das Geständniß, das Marschall Prim in der Cortessitzung vom 11. Juni ablegte: daß er vier Prinzen die Krone Spaniens angetragen, aber überall einen Korb bekommen habe – diese merkwürdige Erklärung wird in der spanischen und französischen Presse fortwährend commentirt

Von dreien der in Rede stehenden Throncandidaten hatte Prim die Namen genannt. Es sind: Dom Fernando von Portugal, der Herzog von Aosta und der Herzog von Genua. Wer aber ist **der Vierte**? Die einen sagen: **Prinz Leopold von Hohenzollern**, die Anderen: Erzherzog Ludwig Victor von Oesterreich.

Aus der ganzen Erzählung Prims geht indeß hervor, daß derselbe wohl einen jüngeren Prinzen als der genannte österreichische gemeint hat. Interessant sind die Details dieser vierten Königssucherei. Die Familie des betreffenden Throncandidaten hatte einen Vertrauensmann nach Madrid geschickt das Terrain zu studiren. Dieser schien schon geneigt, die Annahme der Krone zu empfehlen, da kam er gerade in die Cortessitzung, in der Prim, mit der liberalen Union brechend, die Worte fallen ließ: „Wenn Sie den Krieg haben wollen, gut, so werden Sie ihn haben."

Ein zweiter Vertrauensmann, der ihm nachgesendet wurde, machte noch bösere Erfahrungen: er passirte gerade Barcelona, als dieses in Aufruhr begriffen war, sah die Soldaten Barricaden stürmen und konnte daraufhin nichts Besseres thun, als der Fürstenfamilie, die ihn zur Recognoscirung ausgeschickt, den Rath zu ertheilen, in einem Lande, dessen Städte republikanisch gesinnt, ja nicht einen ihrer Sprößlinge den Thron besteigen zu lassen.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr. 141 – Dienstag, 21. Juni 1870 – S.8

Frankreich - Gotthardbahn

Paris, 20. Juni. Nachmitt. Gesetzgebender Körper. Interpellation Mony über die Frage der Gotthardbahn. Der Interpellant frägt, ob das Eigenthumsrecht der Staaten, welche die Berner Convention über die Gotthardbahn unterzeichneten, auch das Recht in sich schließe, Truppen auf derselben zu befördern. –

Im weiteren Verlauf seiner Rede spricht Mony die Ansicht aus, daß es im Falle eines Krieges leicht sei, den Verkehr über diese Bahn zu unterbrechen. Der Minister des Aeußern, Herzog Gramont, erklärte, er werde die Frage vom politischen und commerciellen Gesichtspunkte aus beleuchten, nicht aber ein Beispiel nachahmen, welches ihm anderswo gegeben worden sei. Er werde keinen Aufruf an die patriotischen Gefühle machen, welche bei uns (den Franzosen) nicht nöthig hätten, in Wachsamkeit erhalten zu werden. Die Frage selbst, fährt der Minister fort, darf uns nicht in Erregung versetzen, sie ist die natürliche Entwicklung der Beziehungen zwischen den Völkern und zeigt die Neutralität der Schweiz als wohlverbürgt. Der Minister geht sodann auf die von der Schweiz getroffenen Vorsichtsmaßregeln und die darüber von derselben gegebenen Erklärungen ein.

Wäre übrigens, erklärt derselbe, die Neutralität der Schweiz bedroht, so sind wir da, um dieselbe zu vertheidigen. (Beifall.) Die Schweiz sei sehr geschickt darin gewesen, daß sie auf ihr Gebiet ohne Gefahr für ihre Unabhängigkeit die Kapitalien ihrer Nachbarn gezogen habe. Die französische Regierung, schließt der Minister, ist über die politischen Fragen der Gotthardbahn vollständig ruhig; sie hat weder das Recht noch die Pflicht, sich dem Unternehmen entgegenzustellen. Vom commerciellen Gesichtspunkt aus ist keine Gefahr im Verzuge. Die Gotthardbahn wird nicht vor 15 Jahren vollendet sein. Man wird die Vortheile derselben prüfen und vielleicht die Simplon-Linie ändern müssen; damit aber tritt die Frage in die Competenz der Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten.

Mittwoch, 22. Juni 1870

Provinzial Correspondenz – Nr. 25 – Mittwoch, 22. Juni 1870 – S.2

In Betreff der Gotthardeisenbahn.

In Betreff der Gotthardeisenbahn ist, nachdem das bezügliche Bundesgesetz amtlich verkündet ist, am 20. d.M. eine Uebereinkunft zwischen dem Norddeutschen Bunde, Italien und der Schweiz unterzeichnet worden, durch welche der Bund dem zwischen Italien und der Schweiz abgeschlossenen Vertrag wegen Herstellung der Gotthardbahn beitritt.

Provinzial Correspondenz – Nr. 25 – Mittwoch, 22. Juni 1870 – S.2

Der König reist nach Ems.

Unser König hat die Reise nach Bad Ems am Sonntag (19.) Abend angetreten. Se. Majestät wollte diese Reise auch benutzen, um die Industrie-Ausstellung in Kassel, welche besonders als Zeichen des lebhaften gewerblichen Aufschwunges der dortigen Provinz große Beachtung findet, in Augenschein zu nehmen, und nahm zu diesem Zwecke einen mehrstündigen Aufenthalt in Kassel. **Bei der Fahrt durch die Stadt und bei der Ankunft im Ausstellungsgebäude wurde der König allseitig freudig begrüßt**. Derselbe verweilte etwa zwei Stunden in der Ausstellung. Er äußerte sich sehr anerkennend sowohl über die Einrichtung selbst, wie auch über die große Zahl der ausgestellten Gegenstände, und gab mit der Genugthuung über die Entwicklung der dortigen Industrie zugleich den Willen zu erkennen, diesen Aufschwung auf jede Weise zu fördern.

Nach 11Uhr setzte der König die Reise nach Ems fort und **kam daselbst Nachmittags um 4 Uhr unter dem lebhaften Zurufe der Bevölkerung an. Die ganze Stadt war festlich geschmückt und wurde am Abend glänzend erleuchtet.**

Freitag, 24. Juni 1870

Social-Demokrat – Nr. 72 – Freitag, 24. Juni 1870 – S.1

Rundschau – Die Gotthardbahn

Berlin, 23. Juni. Die **„National Zeitung“** läßt sich über die **Spannung zwischen Frankreich und Norddeutschland in Bezug auf die Gotthardbahn** aus Paris folgendes schreiben:

In einem seltsamen Gegensatz zu der Ruhe, mit welcher die Frage der Gotthardbahn in Deutschland erörtert worden ist, steht die Empfindlichkeit, mit welcher dieses Thema plötzlich hier aufgegriffen wurde, um der Nebenbuhlerschaft gegenüber dem östlichen Nachbar aufs Neue Ausdruck zu geben. Diese Empfindlichkeit ist um so thörichter, als jedermann von vornherein begreift, daß sie eine völlig ohnmächtige ist, da jede Handhabe fehlt, um in die Verhandlungen zwischen Deutschland, der Schweiz und Italien in einer sie allein berührenden Verkehrsfrage einzugreifen. **Dabei wird nach alter Gewohnheit Preußen als der „herausfordernde“ Theil dargestellt, indem Graf Bismarck in seiner Reichstagsrede auf die „strategische“ Wichtigkeit der Bahn aufmerksam gemacht haben soll, obwohl in Wahrheit nicht wenig übler Wille dazu gehört, um aus seinen Aeußerungen die militärische Verbindung Norddeutschlands und Italiens herauszulesen.**

Die **„France“** trägt das Alles aufs Neue vor, aber, nachdem sie die „Unklugheit“ des Bundeskanzlers konstatirt, kann sie doch nicht umhin, zu erwägen, daß die Gotthardbahn für den deutschen Handel eine Lebens- oder vielmehr eine bare Gewinnfrage sei, da Marseille und Triest dadurch benachtheiligt, dagegen Genua wieder in seine alten Vortheile eintreten werde. Eher möchte Oesterreich Grund haben, gegen die Gotthardbahn Protest zu erheben, meint die **„France“**. Sie weist ferner auf allerlei Gegenmittel hin und fragt: „Wie wäre es, wenn wir eine direkte Bahn von Marseille durch unsere Alpen-Departements der Schweiz entlang bauten, die sich an die deutschen Bahnen anschlösse? Die Gotthardbahn würde dann einen Gabel mit zwei Zinken.“

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr. 144 – Freitag, 24. Juni 1870 – S.6

Frankreich – Gotthardbahn

Paris, 21. Juni. aus Paris, den 21. Juni schreibt man uns: Die mit so großem Geräusch angekündigte St. Gotthard-Interpellation des Herrn Mony ist wie eine Seifenblase zerplatzt; nicht einmal zur kleinsten motivirten oder unmotivirten Tagesordnung hat sie Veranlassung gegeben, sondern sie ist durch einfachen Schlußantrag beseitigt worden. Und welche Gewitter sahen nicht die politischen Wetterpropheten heraufsteigen, als Herr Mony sich durch Einreichung seines Interpellationsverlangens vor acht Tagen zu einer historischen Person machte! Und doch war von Seiten der Simploncompagnie nichts gespart worden, aus dieser so rechtzeitig kommenden Reclame möglichst viel Kapital zu schlagen – steht doch die gedachte Gesellschaft am Vorabend ihrer Falliterklärung *[zahlungsunfähig]*, da die Art ihrer Geschäftsführung schon den alten Aktionären kein Vertrauen mehr einflößt, vielweniger geeignet ist neue anzulocken. .....

Die Blätter beschäftigen sich heute sämtlich mit der Monyschen Interpellation betreffs der St. Gotthardbahn, die – wie wir bereits bemerkt haben – keineswegs den Erfolg hatte, welchen man erwartete oder befürchtete. Ueber die Motive, welche Herrn Mony zu der Interpellation veranlaßten, erfährt man, daß diese keine andere waren, als die schlechte finanzielle Lage der Simplonbahn-Gesellschaft, für welche man neues Interesse erregen und vielleicht einige Millionen Zeichnungen herausschlagen wollte.

Der **„Constitutionnel“** bemerkt über die Interpellation: Mony hatte versprochen, vorsichtig und zurückhaltend sein zu wollen; er ist es gewesen. Er stellte die Dinge mit Klarheit dar, ohne daß er nur im Mindesten gesucht hätte, der Diskussion einen leidenschaftlichen Ausdruck zu geben. **Seine ganze Rede lief darauf hinaus, den Minister des Auswärtigen zu fragen, ob die Neutralität der Schweiz durch den Vertrag der St. Gotthard-Bahn verletzt werde, oder nicht.** Was die industrielle und die handelsgeschäftliche Frage anbetrifft, so behandelte sie Herr Mony als Sachverständiger; allein seine Schlußfolgerungen kamen etwas unerwartet. **Er meinte, die St. Gotthardbahn werde den französischen Bahnen schaden und die Durchstechung des Simplons für Frankreich sehr nützlich sein**; er rieth jedoch nicht, das preußisch-italienische Project zu bekämpfen, weil wir nicht das Recht dazu haben, noch die Simplon-Gesellschaft zu begünstigen, weil es um die Sache vom finanziellen Standpunkt aus jetzt schlecht steht.

Mit der größten Beharrlichkeit verlangte er aber die Verbesserung der Bauten, welche Marseille durch Wasserwege, (Flüsse und Kanäle) mit dem Norden und dem Osten in Verbindung setzen sollen. Nur dadurch wird man unserer großen Hafenstadt am Mittelländischen Meere zurückgeben können, was ihr nothwendiger Weise die in Italien, der Schweiz und Deutschland ausgeführten, oder in Angriff genommenen Bahnbauten rauben müssen.

Wiener Abendpost – Nr. 151 – Mittwoch, 06. Juli 1870 – S.15

Thronbesteigung eines Hohenzollern in Spanien.

Paris, 5. Juli. Der**„Coustitutionnel“** schreibt: Nach unseren eingeholten Erkundigungen würde die Regierung die Thronbesteigung eines Hohenzollern in Madrid als einen drohenden Schachzug gegen die französische Politik betrachten. Die Regierung soll entschlossen sein, sich den Projekten Prims energisch zu widersetzen.

Freitag, 8. Juli 1870

Staatsbürger – Zeitung – Nr. 189 A – Freitag, 08. Juli 1870 – S.3

Thronbesetzung in Spanien. – Zeitung der Meinungen. – Presse.

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Die am 7. d.M. abends erschienene officiöse **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"** enthält über die Angelegenheit der spanischen Throncandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern folgende Auslassung:

Die Interpellation Cochery über die spanische Thronfrage hat gestern im französischen Gesetzgebenden Körper stattgefunden, und das Resultat der ministeriellen Antwort war das Sinken der Rente um 2 Francs.

Uns ist die Antwort des Hrn. Ministers ebenso unverständlich, wie das Resultat dieser Antwort.

Während wir zum ersten Male aus der Rede des Herzogs v. Gramont definitiv erfahren, daß der Prinz von Hohenzollern das Anerbieten Prims angenommen habe, erfahren wir aus derselben Quelle, daß man in Frankreich die betreffenden Unterhandlungen nicht kennt, daß eine weitere Discussion zwecklos sei und doch, bei aller dieser Unsicherheit seiner Information, **erklärte der Herr Minister, daß die französische Regierung nicht dulden werde, „daß eine fremde Macht einen Prinzen auf den spanischen Thron setze und die Ehre und Würde Frankreichs in Gefahr bringe."**

Ebensowenig verstehen wir das Wort **„Krieg"**, welches später Hr. Ollivier in die Discussion hineinwarf. Krieg mit wem? Mit dem spanischen Volke, weil sich dasselbe, der Unsicherheit müde, einen König geben will? Wir würden einen solchen Krieg nicht verstehen, denn er würde ja gerade das Resultat haben, welches Hr. v. Gramont vermeiden will: eine fremde Macht würde über den spanischen Thron entscheiden.

Krieg mit Deutschland? Wir verstehn dies noch weniger, denn oft genug und deutlich genug haben die Thatsachen, aus denen sich die Geschichte der letzten vier Jahre zusammensetzt, ergeben, daß die Neugestaltungen in Deutschland nur nationale Motive haben, nur nationlae Zwecke verfolgen, während Preußen, als Sonderstaat, grade durch die Schöpfung des Norddeutschen Bundes und die Verpflichtungen, die es sich dadurch zugunsten seiner Bundesgenossen aufgelegt hat, ebenfalls den Bweis ergeben hat, daß es seine möglichen Particularinteressen der nationalen Bewegung unterordnet.

Wir glauben daher der friedlichen Entwicklung der Dinge mit der gleichen Zuversicht entgegensehen zu können, wie dies Hr. Ollivier am Schlusse seiner Rede aussprach, und meinen, man müsse die Worte der französischen Minister nur nach dem Umstande beurtheilen, daß sie vor einer parlamentarischen Versammlung gesprochen wurden, deren Majorität nicht gerade die zuverlässigste ist.

Staatsbürger – Zeitung – Nr. 189 A – Freitag, 08. Juli 1870 – S.5

Zeitung der Thatsachen.

Wien, 6. Juli. Infolge der aus Paris eingetroffenen Meldung, Kaiser Napoleon werde die Annahme des spanischen Thrones seitens des Prinzen von Hohenzollern als Kriegsfall betrachten, herrscht hier große Beunruhigung. (Tel. Dep. der **„Schles. Ztg.")**

Breslauer Zeitung – Nr. 311 – Freitag, 08. Juli 1870 – S.1

Frankreich – Thronbesetzung in Spanien

Breslau, 7. Juli. In Frankreich aber scheint das durch die Debatten des gesetzgebenden Körpers für die Zurückberufung der Prinzen von Orleans allerdings äußerst lebhaft gewordene Interesse wenigstens für den Augenblick wieder völlig zurückgetreten zu sein unter dem mächtigen Eindrucke, welchen die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron auf die Politiker aller Schattirungen gemacht hat.

Was zunächst die Person des Throncandidaten angeht, so ist kein Zweifel mehr daran, daß die spanische Krone dem ältesten Sohn des Fürsten von Hohenzollern, dem Erbprinzen Leopold, angetragen worden ist. Derselbe ist präsumtiver Erbe der Apanagen und mediatisirten Besitzungen der Familie; er ist am 22. September 1835 geboren, Oberst a la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß und seit dem 12. September

1861 mit der Prinzessin Antonie von Portugal, Schwester des regierenden Königs, vermählt. Er hat drei Söhne: Wilhelm, geboren 7. März 1864, Ferdinand und Karl Anton.

Man hat in Madrid nicht ohne Zweifel nicht unbeachtet gelassen, daß, wenn der Prinz von Hohenzollern der königlichen Familie Preußens angehört, **er zugleich ein Enkel einer Murat und einer Beauharnais, also zweimal mit dem Kaiser der Franzosen verwandt ist. Seine Mutter nämlich, die Prinzessin Josephine von Baden, ist die Tochter der Prinzessin Stephanie von Beauharnais, Adoptivtochter Napoleons I., und sein Vater, Fürst Carl Anton, ist der Sohn der Prinzessin Antoinette Murat**.

Schon einmal wurden diese verwandtschaftlichen Bande geltend gemacht, um Napoleon III. die Candidatur des Prinzen Carl von Hohenzollern auf den rumänischen Thron annehmbar zu machen. Man hat in Madrid wohl geglaubt, daß dieselben Gründe in Paris auch einem hohenzollernschen Prinzen bei der spanischen Candidatur zu statten kommen würden. Die Pariser Blätter freilich beweisen, daß diese Annahme denn doch keine völlig gerechtfertigte war. Nicht allein der **„Constitutionnel“** ist es nämlich, der sich [....] ziemlich ungeberdig bezeigt; auch alle anderen Blätter stoßen vielmehr so ziemlich in das gleiche Horn, die Organe der Regierung aus wirklichem Aerger, die der Opposition, um die Regierung anzuklagen, daß sie Frankreich ein neues **„Sadowa“** bereite. Selbst der sonst ziemlich besonnene **„Temps“** versteigt sich zu der Behauptung, daß mit der Erhebung eines preußischen Prinzen auf den spanischen Thron die Universal-Monarchie Carls V. zu Gunsten der Hohenzollern wiederhergestellt wäre; „denn, sagt er, was war denn das Reich Carls V. Anderes als Deutschland, Italien und Spanien, welche Frankreich einzwängten und isolirten? Der erschwerende Unterschied wäre diesmal nur, daß der Schwerpunkt der nebenbuhlerischen Macht im Norden läge, an unserer am meisten ausgesetzten Grenze, statt damals im Süden.“ ...

Berlinische Nachrichten – Nr. 156 – Freitag, 08. Juli 1870 – S.2

Die hohenzollernsche Angelegenheit.

Paris, 5.Juli. Die hohenzollernsche Angelegenheit beschäftigt die hiesigen politischen und finanziellen Kreise im höchsten Grade. Bis zum letzten Freitag wußte man hier nicht das Geringste von den Schritten, die man bei dem Prinzen Leopold gethan.

Da es jedoch aufgefallen war, daß viele chiffrirte Telegramme zwischen Madrid und Deutschland gewechselt wurden, so suchte man dieselben zu lesen, was auch – man hat hier äußerst geschickte Leute – ziemlich schnell gelang. Auf diese Weise erfuhr man, was im Werke war. (?) Der Herzog v. Gramont, der sofort eine Conferenz mit dem Kaiser hatte, suchte nach derselben (am Sonntag) sofort den spanischen Botschafter Olozaga auf. Obgleich er zwei Mal bei ihm war, traf er ihn doch nicht, da derselbe sich nach Versailles begeben hatte.

Gestern Morgen hatte der Herzog von Gramont eine neue Conferenz mit dem Kaiser. Wie gereizt man in den hiesigen Amtskreisen übrigens ist, beweist ein weiterer Artikel des Constitutionnel, der vom Minister des Aeußern herrührt (was kaum zu glauben), von den albernsten Insinuationen strotzt und seinem Hauptinhalte nach wie folgt lautet:

> „Wir können die wichtige Thatsache Betreffs des Candidatur des Prinzen Leopold noch keiner Beurteilung unterwerfen, bei den Ereignissen dieser Art muß man aber auf die Ursachen zurückgehen, welche eine solche Lage herbeigeführt haben. Man wird sich erinnern, daß mehrere Monate vor der spanischen September-Revolution auswärtige Blätter über die Haltung des Herrn v. Bismarck Gerüchte verbreiteten, welche in den französischen Blättern Eingang fanden und in der französischen Presse zu sehr scharfen Commentaren Anlaß gaben. Man behauptete, daß die, welche später die Leiter der insurrectionellen Bewegung waren, in Gemeinschaft mit dem preußischen Minister handelten, um die Königin Isabella zu stürzen und den Herzog von Montpensier auf den spanischen Thron zu setzen. Man fügte hinzu, daß Agenten der spanischen Chefs sich nach Berlin begeben und dort materielle und moralische Aufmunterung erhalten hatten. Diese Gerüchte wurden sofort von den Berliner Blättern in Abrede gestellt. Sie behaupteten, Hr. v. Bismarck habe sich nicht allein nicht in die inneren Angelegenheiten Spaniens gemischt, sondern es sei auch kein Spanier, mit Ausnahme des spanischen Ministers am preußischen Hofe, des Herrn Rances, nach Berlin gekommen. Sie sagten sogar, daß dieser Minister sich mit Politik weniger beschäftigt habe, als seine Stellung erheischte.
>
> Einige Monate später brach die spanische Insurrection aus. Mehrere Zeitungen brachten wieder die nämlichen Gerüchte und fügten hinzu, daß in Cadiz Schiffe, welche Geldunterstützungen zuführten und preußischen Ursprunges gewesen seien, angekommen wären. Sonderbarer Weise wurde auch Herr Rances, der seine politischen Pflichten unter der Regierung der Königin Isabella verletzt haben sollte, zum Gouverneur von Cadiz ernannt. Zur nämlichen Zeit legten zahlreiche, in den Zeitungen aller Art veröffentlichte Correspondenzen Herrn v. Bismarck folgende Worte in den Mund, die er bei Eingang der Nachricht von der Insurrection gesagt

haben soll: „Dies ist mein Rettungs-Anker.“

Freunde und Feinde des preußischen Ministers legten dieses Wort auf die nämliche Weise aus: er habe sagen wollen, daß die spanischen Wirren eine Verlegenheit für Frankreich sein würden. Was ist Wahres an diesen Gerüchten? Bildet das heutige Ereigniß einen Ring in dieser Kette von Thatsachen, welche vor zwei Jahren in ganz Europa umliefen? Hatte der ausgezeichnete Staatsmann, welcher die Geschicke Preußens leitet, die Candidatur des Herzogs von Montpensier, dessen Unpopularität er kannte, vorgeschoben, um im gelegenen Augenblick ihr die eines preußischen Prinzen zu unterstellen?

Wir können im Augenblick auf diese Frage nicht antworten, doch das ist gewiß, daß diese Candidatur, deren geringste Unbequemlichkeit die ist, Europa zu beunruhigen, die große Gefahr darbietet, Stoff zu einem neuen Bürgerkriege in Spanien liefern.“ (Alles das ist grenzenlos abgeschmackt. Red.) -

In demokratischen Kreisen denkt man vorzugsweise an den ungünstigen Einfluß, welchen die Erhebung eines Prinzen von Hohenzollern zum Könige von Spanien auf die Sache der Revolution hervorbringen muß; in den Sphären der Regierung faßt man naturgemäß die Folgen ins Auge, welche eine neue diplomatische Niederlage für das kaiserliche Regime mit sich führen würde. Das ist das, was man aus den Unterhaltungen im Saale der Pasperdus heut entnehmen konnte, der bekanntlich während der Session für die Pariser eine Art Forum ist.

Das Gehen und Kommen des Herzogs von Gramont, der unablässig zwischen St.Cloud und Paris schwebt, wurde vielfach gedeutet. Der Minister des Aeußern war heut Morgen von Neuem am kaiserlichen Hoflager, ohne Zweifel, um für eine Unterredung Bericht zu erstatten, welche er im Laufe des gestrigen Nachmittags mit Olozaga und Werther gehabt hat. Man will wissen, daß der Erstere sich zu dem Project vollständig fremd stellte. Der Vertreter Preußens soll ganz die gleiche Haltung beobachten. Als ganz feststehend darf man betrachten, daß die an den Namen des Hohenzollernprinzen geknüpfte monarchische Combination von der französischen Regierung nicht günstig aufgenommen werden wird; man geht sogar so weit, ihr die Absicht zu imputiren, die ganze Sache einem europäischen Congresse zu überweisen.

Die französische Regierung hat übrigens die Sache, gegen die sie sich so empfindlich zeigt, verschuldet. Indem sie öffentlich jede Einmischun Infolge der aus Paris eingetroffenen Meldung **in die spanische Angelegenheit leugnete, hat sie, unter der Hand, keine Mittel gescheut, der Einsetzung der Republik und der Wahl des Herzogs von Montpensier Schwierigkeiten zu bereiten. Ihre Sympathien für die entsetzte Dynastie und ihre Vorliebe für eine Wiedereinsetzung Alphons XII. sind Niemandem verborgen geblieben**. Isabella hat ihre Abdankung allen europäischen Höfen angezeigt, bis jetzt aber nur von Napoleon eine Antwort erhalten. Die spanischen Staatsmänner mußten bei Frankreichs Widerstand ihr Augenmerk anderwärts richten. –

Die Secretäre der Botschaften aus Berlin und Madrid sind heut früh hier angekommen, um etwas verspätete Meldungen zu machen. Olozaga, welcher gestern noch nichts zu wissen vorgab, hat heut ein Schreiben Prims an den Kaiser nach St.Cloud gebracht. Die Reise des preußischen Botschafters nach Ems ist schon gemeldet. –

Ein neuerer Artikel des Constitutionnel sagt, daß **die französische Regierung die Thronbesteigung eines hohenzollernschen Prinzen in Spanien als eine Niederlagen und Bedrohung der französischen Politik ansehe** und sich demgemäß den Plänen des Marschalls Prim kräftig widersetzen werde.

Social-Demokrat– Nr. 78 – Freitag, 08. Juli 1870 – S.1

Besetzung des spanischen Thrones.

Der **Telegraph** bringt über Besetzung des spanischen Thrones durch einen hohenzollernschen Prinzen zwei Telegramme aus Paris, welche zeigen, welche Erregtheit dort über den Prim'schen Vorschlag einer solchen Candidatur herrscht:

Paris, 6. Juli. Die Morgenblätter, ohne Unterschied der Partei, behandeln die Besetzung des spanischen Throns mit einem hohenzollernschen Prinzen als eine sehr ernste und bedenkliche Frage. Herr v. Werther ist mit dem zweiten Sekretär der preußischen Botschaft nach Ems abgereist, nachdem ihm sofort nach Beendigung des Ministerraths zu St . Cloud eine Note zugestellt worden. Der Empfang bei Ollivier war gestern Abend sehr zahlreich und die Debatte erregt .

Paris, 6. Juli. Nachmittags. Gesetzgebender Körper. Der Herzog v. Gramont constatirt In Beantwortung einer Interpellation Cocherys, daß Prim dem Prinzen von Hohenzollern die spanische Krone angeboten und daß der Prinz dieselbe angenommen habe. Das spanische Volk habe sich indessen noch nicht ausgesprochen. Die

französische Regierung kenne nicht die betreffenden Unterhandlungen; er bitte demgemäß die Discussion, die augenblicklich zwecklos sein würde, zu vertagen. Die Regierung werde in der neutralen Haltung, die sie bis jetzt beobachtet, beharren, aber sie werde nicht dulden, daß eine fremde Macht einen Prinzen auf den spanischen Thron setze und die Ehre und Würde Frankreichs in Gefahr bringe. (Beifall .) Die Regierung vertraue auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Sollte sie sich aber in Ihrer Hoffnung täuschen, so werde sie ohne Zögern und ohne Schwäche ihre Pflicht thun. (Wiederholter lebhafter Beifall .)

Die **„Staatsbürger Zeitung“** schreibt: „Die so plötzlich aufgetauchte Kandidatur eines Hohenzollernschen Prinzen für den spanischen Thron hat in der politischen Welt große Sensation erregt und in der französischen Presse bereits einen wahren Sturm der Entrüstung heraufbeschworen. Die „Presse“ und die „Liberte“ greifen das französische Kabinett mit großer Heftigkeit an, weil es dulde, daß Graf v. Bismark einen Hohenzollernschen Prinzen auf den spanischen Thron bringe, während die französische Regierung arglos mit Prim wegen eines Jurisdictionsvertrags verhandele. Das Blatt will inzwischen wissen, daß nach einer Audienz, welche der Herzog v. Gramont am 4. d. beim Kaiser gehabt, ein Courier mit Depeschen an Benedetti nach Berlin gegangen sei .“

Staatsbürger Zeitung – Nr. 189. A. – Freitag, 08. Juli 1870 – S.1

Weltlage. – Frankreich.

Frankreich – wenigstens seine Repräsentation in Presse und Kammer – befindet sich in einem wahren Delirium über die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern zum spanischen Throne. Unter diesen Umständen hätte man erwarten sollen, daß die Regierung sich bestreben würde, klaren Blick zu behalten [...] Der Minister des Aeußern, Herzog v. Gramont, erklärte auf die Interpellation Cochery’s über die hohenzollernsche Candidatur, die französische Regierung werde in der neutralen Haltung, die sie bis jetzt beobachtet, beharren, aber sie werde nicht dulden, daß eine fremde Macht einen Prinzen auf den spanischen Thron setze, und die Ehre und Würde Frankreichs in Gefahr bringe. Die Regierung vertraue auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. **Sollte sie sich aber in ihrer Hoffnung täuschen, so werde sie ohne Zögern und ohne Schwäche ihre Pflicht tun**.

Die Auslassung des Herzogs v. Gramont trägt ebenso das Gepräge der chauvinistischen Phrase, wie jene inbetreff der Interpellation der Gotthardbahnfrage; denn daß es keiner fremden Macht einfallen wird, einen Prinzen auf den spanischen Thron zu „setzen“, liegt zu sehr auf der Hand, als daß es der Herzog glauben sollte, und was dessen Appellation an das deutsche und spanische Volk betrifft, so wird sich weder das eine noch das andere in der Ausübung seines Rechtes um die „getäuschten Hoffnungen“ des französischen Ministers des Aeußeren kümmern.

Doch nicht allein der Herzog v. Gramont, von dem man sich solcher Expectorationen wohl versehen konnte, führt eine solche Sprache, – auch Ollivier scheint von der chauvinistischen Luft, die augenblicklich in Paris weht, angesteckt zu sein, wie aus folgender telegraphischer Mittheilung hervorgeht: **Bei der Fortsetzung der Debatte über die Interpellation Cocherys verlangte Picard von der Regierung die Mitteilung aller Actenstücke, die geeignet seien, das Urtheil der Kammer über die Sachlage festzustellen. Man dürfe das Land nicht in eine neue Verwicklung bringen ohne Zustimmung der Kammer, der Vertreterin des Landes. Der Minister des Innern, Chevandier, erinnert, daß der Augenblick der Discussion der Angelegenheit noch nicht gekommen sei. Die Regierung könne zur Zeit keine andere Erklärung abgeben.**

Der Abgeordnete Cremieux besteht auf das Verlangen Picards und fügt hinzu, daß eine Wiederaufnahme der Budgetberatung vor der Verhandlung über die auf der Tagesordnung stehende Interpellation, deren Vertagung die Regierung eben wiederholt verlangt habe, nicht opportun sein würde, worauf Ollivier das Wort ergriff, um sich gleichfalls gegen die Forderung Picards und Cremieux auszusprechen. Die vom Herzog v. Gramont abgegebene Erklärung enthalte keinerlei Unbestimmtheit über die Frage, ob die Regierung den Frieden wünsche, oder ob sie den Krieg herbeirufe. Die Regierung wolle auf das entschiedenste den Frieden, aber mit **Ehren.**

Sie sei überzeugt, daß die Gramontsche Erklärung eine friedliche Lösung herbeiführen werde, denn alle Mal, wenn Europa die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Frankreich fest entschlossen sei in der Erfüllung seiner legitimen Pflichten, so widersetzte es sich nicht den Wünschen Frankreichs. **Es handle sich hier nicht um ein verstecktes Ziel.** Auch wenn der Krieg nothwendig werden sollte, so würde ihn die Regierung nicht unternehmen, ohne die Zustimmung des gesetzgebenden Körpers, denn Frankreich lebe unter dem parlamentarischen Regime.

Er könne auf Ehrenwort versichern, daß die Regierung keine Hintergedanken habe, wenn sie erkläre, daß sie den Frieden wünsche, und wenn sie die Ueberzeugung ausspreche, daß der Frieden erhalten bleibe, wenn nur alle Parteiunterschiede verschwinden.

Barthelmy wünscht zu wissen, in welcher Eigenschaft Prim dem Prinzen v. Hohenzollern die Krone angeboten habe. Ollivier erwidert, daß der Regierung die bezüglichen Verhandlungen nicht bekannt seien. Arago kommt auf die Frage Barthelmys zurück. Die Kammer entzieht ihm jedoch das Wort. Es folgt sodann Fortsetzung der Budgetdebatte. Magnin verzichtet auf das Wort mit Rücksicht auf die vom Herzog v. Gramont abgegebene Erklärung.

Man muß gestehen, daß in den Worten Olliviers eine solche dünkelhafte Unverschämtheit liegt, daß man fast wünschen sollte, es böt sich die Gelegenheit, diesen großmäuligen Franzosen den Kitzel der „grande nation“ einmal gründlich zu vertreiben.

Aus **Madrid** meldet der Telegraph zu der inredestehenden Frage, daß dem **„Imparcial“** zufolge in dem am 5. d. M. stattgehabten Ministerrathe der Regent die von Prim in der Throncandidatur-Angelegenheit gethanen Schritte gebilligt habe. Das Ministerium habe einstimmig beschlossen, diplomatische Verhandlungen anzuknüpfen, um den Cortes einen den Wünschen der Majorität der Deputirten entsprechenden Candidaten vorschlagen zu können. Die Cortes werden am 22. d. M. zusammentreten und die Königswahl alsdann am 1. August stattfinden. Die ministerielle Partei hofft, daß der Throncandidat 200 Stimmen erhalten werde. Der erwählte König wird am 1. November das Land betreten. ....

Oesterreich: In Bezug auf die Haltung der verschiedenen andern Cabinete hinsichtlich der spanischen Throncandidatur vonseiten des Prinzen Leopold wird aus Wien berichtet, daß die letztere bereits zu einem Meinungsaustausche geführt habe; man will ferner wissen, die Cabinete von London, Florenz und Wien seien geneigt, ihre diplomatische Action mit derjenigen Frankreichs zu vereinigen, um Schwierigkeiten zu beseitigen. Dem **Wiener „Telegraphischen Correspondenz-Bureau“** wird inzwischen versichert, das österreichisch-ungarische Cabinet habe in der Frage der spanischen Throncandidatur bisher eine völlig passive Haltung beobachtet, und sich nach einer Richtung hin über diese Angelegenheit ausgesprochen,– jedenfalls das correcteste Verfahren!

England: Uebrigens sprechen sich zwei der Hauptblätter Englands, die **„Times“ und der „Standard“,** gegen die Candidatur des Prinzen v. Hohenzollern aus. England, sagen sie, könne vom Standpunkt seiner Friedensliebe aus die Wahl nicht billigen. Die Blätter hoffen, daß die durch Aufstellung der Candidatur geschaffene augenblickliche Spannung sich lösen werde. Mit der Anschauung Prims sei der Beschluß der Cortes noch nicht gegeben.

Bezüglich dieser letzteren Frage stellt die **„Kölnische Zeitung“** heute einige Reflexionen an. Sie führt den früheren Ausspruch Prims an, daß er nur dann mit einem Candidaten vor die Cortes treten werde, wenn er sich einer genügenden Stimmenmehrheit für seinen Vorschlag versichert halten könne. Da lehre denn nun eine Wahrscheinlichkeitsrechnung, daß die absolute Mehrheit der jeweiligen Cortesmitglieder – jetzt 179 bejahende Stimmen – sich wohl auf den Prinzen von Hohenzollern vereinigen dürfte. Nach Abzug der entschiedenen Widersacher der Candidatur Leopolds und der 70 bis 80 dem Herzoge v. Montpensier verschriebenen Köpfen würde ein Rückstand von 184 bis 194 Mitgliedern bleiben, welche die Regierungspartei im engeren Sinne bilden, von denen aber 60 sich zu der Wahl des greisen Feldmarschalls Espartero hinneigten. Die Führer der Esparteristen, Madoz und Salmeron, hätten jedoch zum General Prim seinerzeit versichert, daß sie, falls ihr Wunsch unerreichbar sei, die Regierung bei annehmbaren Plänen unterstützen würde. Dazu komme, daß eines der tonangebenden Mitglieder der Union, der General Isquierdo, zum öftern erklärt habe, daß die Vollendung des monarchischen Gebäudes ihm höher stehe, als die Wahl Montpensiers, und daß er bereit sei, dem letzteren Lieblingsplane zu entsagen, wenn der erstere Zweck nicht anders, als durch solchen Verzicht zu erreichen sei. Selbst Rios Rosas spreche sich in gleichem Sinne aus. Es sei daher vorauszusehen, daß ein Theil der Union für den neuen Plan zu gewinnen sein werde. Das eine stehe fest: Prim habe für diese neueste Candidatur einen festeren Anhalt, als für irgend eine unter den früher aufgestellten.

Noch muß hier die neueste, eben vom Telegraphen gemeldete Auflassung des **„Constitutionnel“** über die Debatte im Gesetzgebenden Körper erwähnt werden. Das in dieser Frage augenscheinlich vom Herzoge v. Gramont inspirirte Blatt findet in der Erklärung desselben die richtige Antwort gegenüber dem „feindseligen Acte“, der in der Candidatur des Prinzen v. Hohenzollern liege. Der gegen Preußen wie Spanien gleichmäßig scharfe Artikel glaubt den Frieden abhängig von den Entschließungen Preußens und Spaniens. Das Blatt fügt hinzu, die gestern eingetroffenen Nachrichten ließen eine günstige Wendung in der Situation hoffen. Die hervorragendsten Mitglieder der liberalen Partei in Spanien desavouirten (?) Prims Vorgehen in der Angelegenheit. „Wenn das spanische Volk einen ihm aufzwingenden König von selbst zurückweist, so haben

wir von Preußen nichts weiter zu fordern; die Ordnung wird dann zurückkehren, ohne daß eine der drei Mächte irgendwelche Concessionen zu geben oder zu verlangen hat. Es ist die von uns gewünschte Lösung."

Wie man sieht, ist der **„Constitutionnel",** resp. der Herzog v. Gramont, der festen Ueberzeugung, daß die Hohenzollernsche Candidatur ein von Preußen oder vielmehr vom Grafen v. Bismarck längst vorbereiteter Coup sei. Dafür spricht am entschiedensten ein neuerer Artikel dieses Blattes, in welchem der Versuch gemacht wird, die Entwicklungsgeschichte dieses neuesten Schachzuges des preußischen Staatsmannes darzulegen. Zuerst wird daran erinnert, daß seinerzeit behauptet worden, daß die, welche später die Leiter der insurrectionellen Bewegung in Spanien gewesen, in Gemeinschaft mit dem preußischen Minister gehandelt hätten, um die Königin Isabella zu stürzen und den Herzog v. Montpensier auf den spanischen Thron zu setzen. Man habe hinzugefügt, daß Agenten der spanischen Chefs sich nach Berlin begeben und dort materielle und moralisch Aufmunterung erhalten hätten. Diese Gerüchte seien sofort von den Berliner Blättern dementirt worden.

Einige Monte später sei die spanische Insurrection ausgebrochen und zu derselben Zeit hätten zahlreiche in den Journalen aller Art veröffentlichte Correspondenzen Hrn. v. Bismarck folgende Worte in den Mund, die er bei Erhaltung der Nachricht von der Insurrection gesagt haben sollte, gelegt: „Voila ma planche de salut." („Das ist mein Rettungsbalken.") Freunde und Feinde des preußischen Ministers hätten dieses Wort auf die nämliche Weise ausgelegt, nämlich, daß er habe sagen wollen, die spanischen Wirren würden eine Verlegenheit für Frankreich sein. „Was ist wahres an diesen Gerüchten?" fragt der **„Constitutionnel".** Bildet das heutige Ereignis einen Ring in dieser Kette von Thatsachen, welche vor zwei Jahren ganz Europa umliefen? Hatte der ausgezeichnete Staatsmann, welcher die Geschicke Preußens leitet, die Candidatur des Herzogs v. Montpensier, dessen Unpopularität er kannte, vorgeschoben, um im gelegenen Augenblick ihr die eines preußischen Prinzen zu unterstellen? Wir können für den Augenblick auf diese Frage nicht antworten, doch das ist gewiß, daß diese Candidatur, deren geringste Unbequemlichkeit die ist, Europa zu beunruhigen, die große Gefahr darbietet, Stoff zu einem neuen Bürgerkrieg in Spanien zu liefern."

Im übrigen wird die Haltung der dem französischen Cabinet nahestehenden Organe – und somit auch jene der französischen Regierung – einmütig getadelt; sagt doch selbst die „R.FR.Pr." *[französisches Presseorgan]*, die Art, wie von diesen Organen die spanische Throncandidatur behandelt werde, müsse im höchsten Grade ungeschickt und tactlos erscheinen. Wenn die Repräsentanten des spanischen Volkes einen König ausriefen, möge er welchen Namen immer tragen, so sei dies ein Act der Volkssouveränität, vor dem sich keine Regierung mehr als die von Plebisciten lebende Napoleonische zu verneigen habe. –

Um so mehr muß es erbärmlich erscheinen, wenn auf der anderen Seite sich ein deutsches Blatt, wie die **„Frankfurter Zeitung"**, aus engherzigstem Particularismus nicht entblödet, auszusprechen, „unter keinen Umständen wird Frankreich an zwei Grenzen Hohenzollernstaaten ertragen – das ist ein Satz, welcher die Stellung der französischen Regierung zu jeder Bewerbung von Nachkommen der weiland Burggrafen von Nürnberg um irgend einen europäischen Thron mit Notwendigkeit bestimmen muß." Das Blatt versteigt sich außerdem noch zu dem Blödsinn, die Hohenzollernsche Candidatur könnte möglicherweise ein „preußisches Wahlmanöver" sein! –

Vor der spanischen Throncandidaturfrage treten heute alle anderen internationalen Angelegenheiten zurück, weshalb wir hier nur noch mitzutheilen haben, daß der Vicekönig von Egypten am 6.d.M., nachmittags in Constantinopel eingetroffen ist, und sich sofort in den Palast Dolma-Bagdsche begeben hat, wo derselbe vom Sultan empfangen wurde und über eine Stunde verweilte.

Berlinische Nachrichten – Nr. 156 – Freitag, 08. Juli 1870 – S.1

Situation in Frankreich.

Berlin, 8.Juli. Die französischen Minister, sowohl der Herzog von Gramont als Hr. Ollivier haben sich offenbar von der etwas chauvinistischen Stimmung anstecken lassen, die in Paris und im gesetzgebenden Körper in dem Augenblick herrscht, wo etwas unerwartet herankommt, was die Franzosen nicht selbst gemacht haben, oder was nun gar gegen ihre Neigung läuft. **Der auswärtige Minister kennt nicht die stattgehabten Verhandlungen, er sagt es selbst; er giebt also nur der Stimmung nach, wenn er äußert, die Regierung werde nicht dulden, daß eine fremde Macht einen Prinzen auf den spanischen Thron setze und die Ehre und Würde Frankreichs in Gefahr bringe.** Darin hätte der Minister ja ganz Recht, aber wo ist denn eine solche Macht? Das könne doch ein Minister dem Allerunverständigsten im französischen Volke überlassen, zu muthmaßen, daß Preußen oder Deutschland die Absicht hätte, den Erbprinzen Leopold den Spaniern zu octroyiren!!

Zunächst ist es doch nur und ganz allein die spanische Regierung, die den Prinzen zum Oberhaupt verlangt und wenn die spanische Regierung die Cortes zu dieser Wahl bereit finden sollte, dann sind es die gesetzlichen Vertreter Spaniens, die den Prinzen zum Oberhaupt verlangen. Und wenn das gesetzliche Organ des spanischen Volkes gesprochen hätte, dann müßte doch wohl Napoleon III., der auch, was er ist, nur durch den Willen des Volkes ist, den Ausspruch der spanischen Nation respectiren. Wenn man aber in so hohem Tone zu Spanien und zu Deutschland spricht, wie es die Herren Minister in Paris gethan haben, **wenn man wie der etwas leidenschaftliche Ollivier von Krieg redet, man weiß nicht gegen wen? dann nützt man vielleicht Hrn. Prim am meisten und macht den Erbprinzen in Spanien populär**; **denn die Spanier thun immer gern, was die Franzosen nicht wollen. Uns Deutsche machen die französischen Minister noch nicht warm; sie werden wohl ihre Sprache wieder mäßigen**.

Einen sehr verständigen Artikel enthält die „**Independance“**, den wir hier mittheilen:

Preußen und Alles, was es interssirt, werden entschieden für das kaiserliche Frankreich ein wahrer Alp. Mag Hr. v. Bismarck sich nach Varzin entfernen, mag er in Berlin eine ganz harmlose Rede halten, mag er König Wilhelm sich zu Ems mit dem Kaiser Alexander treffen, sogleich gerathen die Schlauköpfe in Paris in Aufregung und weissagen beunruhigende Ereignisse. Es hat also nichts Verwunderliches, daß die wahrscheinliche Proclamation eines Prinzen von Hohenzollern zum König von Spanien in Paris am Hofe, wie in der parlamentarischen und finanziellen Welt die Wirkung eines Schlages in einen Ameisenhaufen gehabt hat.

Ein Hohenzoller, ein Prinz des königlichen Hauses von Preußen den Thron Karls des Fünften besteigen, Spanien ein Anhängsel des Nordbundes werden, Graf Bismarck Frankreich am Rhein und an den Pyrenäen ersticken, ist das zulässig, erträglich, verträglich mit der Ehre Frankreichs und dem Gleichgewicht Europas? Die Gemäßigtsten, die, welche nicht alle Nächte von der Eroberung Preußens und der Wiedererrichtung des Rheinbundes träumen, verlangen darüber einen Urtheilsspruch der Großmächte, um eine so flagrante Verletzung der Interessen Frankreichs zu verhindern.

Man begreift durchaus nicht, worin die Interessen Frankreichs oder sein Ansehn durch die Candidatur eines preußischen Prinzen für die Nachfolge der Königin Isabella verletzt werden können, noch wie, wenn dies der Fall wäre, Frankreich sich dem Rechte des spanischen Volkes, über seine Geschicke zu Gunsten dessen, der ihm gut scheint, zu verfügen, entgegenstellen könnte. Aber immer hat die Ausübung dieses Rechts in dem vorbereitenden Stadium, wo es praktisch wurde, die französische Regierung stark aufgeregt. Zur Stunde hat sie die Gesandten von Spanien und Deutschland interpellirt, die, indem sie von den Verhandlungen nicht unterrichtet waren, ihr keine Aufklärung geben konnten. Zur Stunde hat sie ferner ihr Mißvergnügen in dem Constitutionnel-Artikel ausgeathmet, welchen heute alle offiziösen Blätter abdrucken. Trotz des Ungeschicks, mit welchem der Artikel an die Herrschaft Murats in Spanien erinnerte, schreibt man die Urheberschaft desselben wo nicht Hrn. v. Gramont selbst, doch einem der höheren Beamten seines Ministeriums zu und macht ihn dafür verantwortlich.

Es ist unmöglich, daß dieses Aufschäumen sich nicht nach wenigen Tagen setzen, und daß man nicht selbst in Paris, wie großen Verdruß man auch in den Tuilerien darüber empfinden mag, einsehen wird, wie Frankreich nicht das kleinste Recht hat, sich in die Angelegenheiten Spaniens zu mischen, wie sein eigenes Verhalten unter diesen Umständen sich auf eine stricte und gewissenhafte Neutralität beschränken muß, selbst wenn man den unmöglichen Fall annimmt, daß ein Hohenzoller, der in Madrid durch die freie Wahl der Cortes König wird, seine Würde, seine Interessen, die Interessen seines Volkes so weit vergessen könnte, um der gehorsamste Vasall Preußens zu werden. Napoleon konnte solche Forderungen an seine Brüder und Schwäger stellen, denen er die Souveränität über die Spanier, die Italiener, die Holländer und die Deutschen übertrug, er konnte sie absetzen, wenn sie seinen Befehlen nicht gehorchten. Aber Hr. v. Bismarck übt diese Macht und erhebt diese Ansprüche noch nicht, hätte er selbst, wie man in Paris anklagt, die Schätze Preußens im Hinblick auf die Candidatur, die sich jetzt zeigt, den Verschworenen von Cadiz zur Verfügung gestellt.

Unter der Zahl von Beschwerden, welche die officiöse Presse von Paris gegen den Prinzen von Hohenzollern geltend macht, figurirt auch die, daß er die Krone unmittelbar aus den Händen des Marschalls Prim, ohne durch die Wahl der Cortes zu gehen, angenommen habe. Er würde als König das Erzeugniß eines Staatsstreichs sein. Dieses Gewissensbedenken ist ergötzlich zu lesen in den Spalten von Journalen, die für den Ursprung des Kaiserreichs nur Lobsprüche haben.

Aber obwohl die Nachricht unter dieser Gestalt – durch Vermittlung einer französischen Agentur – von Madrid gekommen ist, beharren wir bei dem Glauben, daß weder der Marschall Prim noch der Prinz von Hohenzollern sich haben entschließen können, sich über die Mitwirkung der Cortes hinweg zu setzen. Das hieße sich von freien Stücken sehr unnütze Verlegenheiten bereiten. Man begriffe zur Noth einen Staatsstreich nach einer Weigerung der Cortes, jetzt aber begreift man ihn nicht, zumal der Marschall Prim Verpflichtungen gegen sie übernommen hat, welche ihm kein endgültiges Handeln erlauben, und als er bis jetzt, seit seiner Erhebung zur Macht, trotz aller gegen ihn gerichteten Anklagen, durchaus keinen Act vollzogen hat, welcher an der Loyalität seiner Absichten und der Aufrichtigkeit seiner Erklärungen zu zweifeln gestattete.

Nach den Mittheilungen, die uns einer der Correspondenten in Paris macht, scheint es, daß die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern durch einen Austausch chiffrirter Telegramme zwischen Madrid und Berlin, der lebhafter als gewöhnlich war, wachgerufen worden ist. War dies der Fall, so wäre es möglich, daß die Verhandlungen vor der Stunde enthüllt worden waren,

wo der Marschall den französischen Hof davon in Kenntnis zu setzen und die Einwilligung desselben zu seinen Combinationen einzuholen gedachte. In der That konnte er zu deren Gunsten geltend machen, daß, wenn der Prinz von Hohenzollern ein Agnat der königlichen Familie in Preußen ist, er zu gleicher Zeit der Enkel einer Murat und einer Beauharnais, also doppelt verwandt mit dem Kaiser der Franzosen ist.

Seine Mutter nämlich, eine Prinzessin von Baden, ist die Tochter der Prinzessin Stephanie von Beauharnais, der Adoptivtochter Napoleons des Ersten, und sein Großvater väterlicherseits war vermält mit der Prinzessin Antoinette Murat. Schon waren diese Verwandtschaftsbande angerufen worden, als es sich darum handelte, Frankreich der Bewerbung des Prinzen Karl von Hohenzollern um die Krone von Rumänien geneigt zu machen, man hat in Madrid glauben können, daß sie auch wichtig genug sind, um ebenso die Nationalität des endgiltigen Bewerbers um die Krone Spaniens aufzuwiegen.

Nach einer Madrider Depesche werden die Cortes schon am 22. Juli zusammentreten; die Königswahl soll dann am 1. August erfolgen. In Betreff des Ergebnisses stellt die **„Kölnische Zeitung“** folgende Wahrscheinlichkeitsrechnung auf. Die absolute Mehrheit der Cortesmitglieder, also 179 bejahende Stimmen, sind nach dem neuen Gesetz über die Königswahl zu dem Siege eines Bewerbers erforderlich. Wenn man eine Zu Anfang Juni vorgenommene Aufzählung des tarragonischen Abg. Federico Gomis zu Grunde legt, so waren unter den 356 Mitgliedern 70 Republikaner, 15 Carlisten und sonstige ultramontane Gegner der freien Verfassung, 7 Alfonsisten – also 92 entschiedene Widersacher der Candidatur Leopolds von Hohenzollern.

Prim muß daher annehmen, daß er unter den übrigen 264 die nothwendige Unterstützung für seinen Vorschlag finden wird. Als scharf abgegrenzte Gruppe tritt hier zuerst die liberale Union hervor, deren siebzig bis achtzig Stimmen bisher dem Herzoge von Montpensier gesichert waren. Zieht man auch diese ab, so bleibt als Rückstand der aus Progressisten und Demokraten zusammengesetzte Körper von 184 bis 194 Mitgliedern, welche die Regierungspartei im engeren Sinne bilden, von denen aber sechzig sich zu der Wahl des greisen Feldmarschalls Espartero hinneigen. Wollte man diese auch abrechnen, so würde allerdings die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern unterliegen. Die Esparteristen, Madoz und Salmeron, haben jedoch dem General Prim seiner Zeit versichert, falls ihr Wunsch unerreichbar sei, die Regierung bei den anderen annehmbaren Plänen unterstützen würden. Dieses Zugeständniß war mit besonderem Hinblicke auf die damals viel erörterte Aufstellung des Herzogs von Genua gemacht; doch ist kein Grund ersichtlich, weshalb sie nicht ebenso gut auf den gegenwärtigen Vorschlag übertragen werden sollte.

Die große Mehrzahl der Esparteristen wird daher wohl Prim unterstützen; nur ein kleiner Theil wird sich vielleicht zu der republikanischen Partei hinüberneigen. Sollte aber auch nicht die geringste Spaltung in der großen progressistisch-demokratischen Partei einreißen, so werden doch nach früheren Erfahrungen viele Mitglieder krankheitshalber oder sonst verhindert sein, an der Abstimmung Theil zu nehmen, so daß Prim unter allen Umständen auf Zuzug aus dem Lager der Unionisten angewiesen ist. Auf diesen kann er allerdings mit einiger Wahrscheinlichkeit rechnen. Eines der tonangebenden Mitglieder der Union, der General Izquierdo, hat des Oefteren erklärt, daß die Vollendung des monarchischen Gebäudes ihm höher stehe als die Wahl Montpensiers, und daß er bereit sei, dem letzteren Lieblingsplane zu entsagen, wenn der erstere Zweck nicht anders als durch solchen Verzicht zu erreichen sei.

Es ist daher anzunehmen, daß ein Theil der liberalen Union für den neuen Plan zu gewinnen sein wird. An dem Herzoge von Genua hatte sie hauptsächlich die Unmündigkeit auszusetzen, und Espartero galt ihr schon wegen seines Alters nicht als ernsthaft gemeinter Thronkandidat.

Berlinische Nachrichten – Nr. 157 – Samstag, 09.Juli 1870 – S.1

Aus dem gesetzgebenden Körper Frankreichs.

Wir wollten, ehe das jüngste Echauffement der Franzosen über die Candidatur des Erbprinzen von Hohenzollern kam, den Ministern und dem gesetzgebenden Körper Frankreichs unsern Beifall ausdrücken über die ruhigere Gemüthsverfassung, die jetzt in ihrer Besprechung der auswärtigen Fragen herrscht. So unmotivirt, so wenig entsprechend der thatsächlichen Lage die Erklärung des Herzogs von Gramont ist, ... so geben wir uns gern der Hoffnung hin, der Spiegel werde sich wieder glätten, die Aufregung sich legen, wenn man genauer erwägt, was denn eigentlich vorgegangen, und wie gänzlich unbetheiligt Deutschland ist an dem, was die Spanier für begehrenswerth halten mögen. In der That, Frankreich hatte sich eine Weile Erholung gegönnt von der Unruhe und den Strapazen der auswärtigen Politik. Es wurden keine Noten geschrieben, außer vielleicht an den Gesandten in Rom. Es wurden keine europäischen Conferenzen betrieben. Im gesetzgebenden Körper war von deutschen, orientalischen und ähnlichen Fragen sehr wenig die Rede. Ein gelbes Buch mit allerlei diplomatischen Actenstücken ist nicht ausgegeben worden. Selbst Graf Beust konnte sich ein Exempel daran nehmen. Es war in der That eine merkwürdige Veränderung eingetreten. Worauf beruhte sie?

Allerdings zunächst darauf, daß sich Frankreich seit den Wahlen von 1869 vorzugsweise mit seinen innern Angelegenheiten beschäftigt, daß es die Möglichkeit einer freien Entwickelung wieder gewonnen hat, daß seit dem zweiten Januar kein Rouher, dessen Auge allein an den Mienen des Kaisers fragend hängt, sondern ein Ollivier, der auch auf die Stimme der Nation hört, die Geschäfte der Regierung besorgt. Aber die Ursachen liegen doch noch weiter zurück. Mit der Stärkung und Befestigung der deutschen Zustände, mit der Aufrichtung eines deutschen Gegengewichts, war die auswärtige Politik Frankreichs aus den Bahnen schrankenlosen und willkürlichen Beliebens in die Grenzen vernünftiger, nothwendiger, nationaler Politik getreten.

Vor der Umgestaltung der deutschen Verhältnisse, wie sie die letzten Jahre gebracht haben, gab es für einen ehrgeizigen und kriegerischen Mann an der Spitze Frankreich, gab es für eine abenteuerliche und kriegslustige Nation keine politische Combination, kein Project, das geradezu für unmöglich hätte gelten können; das zerrissene, seine Kräfte gegenseitig aufhebende Deutschland war kein Damm gegen französische Unternehmungen. Die Schwäche des Nachbarn war eine Verlockung für Frankreich, bei jeder Gelegenheit glänzenden Plänen nachzuhängen, wie sein Ruhm zu vermehren, sein Einfluß zu erweitern sei. Und wenn man solchen Plänen nachhängen, die Zukunft sich glänzend ausmalen kann, wenn es viele Leute giebt, die daran glauben, daß die Armee nach Beschäftigung dürste oder daß dem Kaiserthum selbst eine Diversion nach außen nothwendig sei, dann stehen natürlich die auswärtigen Angelegenheiten für die Parteien und für die Staatskörperschaften fortwährend auf der Tagesordnung.

So war es in Frankreich bis in das Frühjahr 1869. Aber mit der fortschreitenden Befestigung der deutschen Zustände kam für Frankreich ganz von selbst und ohne daß Jemand directen Einfluß darauf zu nehmen brauchte, eine neue Situation. Die Hoffnung, diese Befestigung hindern zu können, schwand immer mehr. Die unruhige Beschäftigung mit auswärtigen Fragen mußte sich allmälig legen, weil eine ganz ebenbürtige Macht neben Frankreich stand, weil Frankreichs Politik jetzt keine willkürliche, keine beliebige mehr sein, sondern sich nur in begrenzten Bahnen bewegen konnte. Das war der stille mächtige Einfluß der Begebenheiten seit 1866. Von auswärtiger Unternehmungslust warfen sich die Franzosen auf die innern Fragen, und nun erst war ein Ministerium Ollivier möglich.

Die sonst so ausführlichen Debatten über die auswärtigen Verhältnisse haben diesmal nur einen schwachen Nachhall bei dem Gesetz-Entwurf über das Heeres-Contingent für 1870 gefunden. **Selbst Hr. Thiers drückte sich diesmal etwas anders aus. Zwar sagt er noch immer – und wir glauben ihm es am meisten – Sadowa sei ihm ein patriotischer Schmerz, ein Unglück, das nicht wieder gut zu machen ist, ein ungeheures Ereigniß, das größte, das sich seit mehreren Jahrhunderten vollzogen hat (es hat ja gerade die ehrgeizigen und schrankenlosen Calcüls dieses und verwandter Staatsmänner zerstört), aber auch er glaubt jetzt, daß „der sehr bedeutende Mann, der an der Spitze Preußens steht", für den Frieden ist, und er weiß sogar, warum Graf Bismarck friedlich ist. Nämlich, weil dem Vorsichtigsten Süddeutschland gehören wird.** „Darum müssen auch wir vorsichtig sein, um nicht den Süden in die Arme Preußens zu drängen."

Also selbst Herr Thiers hat das Provociren gegen Deutschland aufgegeben. Die starke Armee soll nur dem Frieden dienen, „den Frieden, welchen wir Alle wünschen, erhalten wir gerade am besten aufrecht, wenn wir stark sind". Das ist übrigens ein Satz, der für Deutschland wie für Frankreich gilt. Wenn man die wesentlich

technische Rede des Kriegsministers Marschalls Le Boeuf durchgesehen, dann muß man es wenig angemessen finden, wenn bei uns Parteien an der factischen Länge der Dienstzeit mäkeln, während dieser Minister, um seinen Truppen den rechten militärischen Geist einzuflößen, 4-4½ Jahr Dienstzeit für nöthig erachtet. **Sobald die Franzosen sehen würden, daß wir es mit der Vorbereitung der Armee leichtfertig nehmen, dann könnten wir uns sicher auf Provocationen von ihrer Seite gefaßt machen. Wir sehen an den jüngsten Pariser Vorgängen, wie rasch sie aufbrausen, wie schnell die Leidenschaft jede vernünftige Betrachtung niederwirft, und wüsten sie nicht, daß wir stark und gut vorbereitet sind, der Drohung würde sicher die That folgen.** So aber werden sie sich wieder mäßigen.

Wir haben aus dem gesetzgebenden Körper noch die interessante Debatte über das Gesuch von vier orleanistischen Prinzen zu erwähnen. ..... Die Vertheidiger des Gesuchs hatten eine sehr günstige Stellung. Auf den Prinzen des Hauses Orleans, die sich um die Rückkehr nach Frankreich bewerben, haftet nicht der kleinste Makel. Sie sind nie auf Rache und Verschwörung gegen ihr Vaterland, aus dem sie verbannt wurden, bedacht gewesen, sie haben sich in jeder Hinsicht ehrenvoll und loyal geführt. Dennoch war nicht zu erwarten, daß die kaiserliche Regierung den Wünschen der Prinzen willfahren werde. Ungefährlich, so lange Napoleon lebt, konnten sie gefährlich werden in dem Augenblick, wo eine Regentschaft für den noch unmündigen Thronfolger Napoleons zu führen war. Es ist richtig, was Ollivier sagte: wenn man einer der Familien angehört, die Frankreich regiert haben, so hat man nicht die Möglichkeit, selbst wenn man es wollte, wieder einfacher Bürger zu werden. Ollivier leugnete zwar, daß eine Gefahr vorhanden sei, wenn die Orleans zurückkämen auf ein so hohes Piedestal dürfte er die Concurrenten der jetzigen Dynastie nicht stellen aber er sah Störungen, Unordnungen, Aufregung aus ihrer Rückkehr hervorgehen, und er konnte darauf hinweisen, daß sie ja das bestehende Regime nicht anerkannt hätten. .....

Wiener Zeitung – Nr. 154 – Samstag, 09. Juli 1870 – S.4

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 8.Juli. Die **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“** sagt: Die französische Presse hat sich mit der Frage der spanischen Candidatur stark übereilt. Die Frage hängt von der Entscheidung der Cortes ab und nicht von den Wünschen und Befürchtungen des Auslandes. Die deutschen Regierungen betrachten Spanien als selbständig, sie haben in der schwebenden inneren Frage Spaniens nicht zu rathen, noch weniger sich einzumischen. Keinerlei Ursachen geben ihnen dazu Beruf. Daßelbe gilt vom deutschen Volke. Deutschland wolle Spanien keinen König aufzwingen, es ist kein Grund vorhanden, an die Weisheit Deutschlands zu appelliren. Die Weisheit des spanischen Volkes repräsentirt durch die Cortes, hat hier allein zu reden, Deutschland hat sich neutral zu verhalten und werde sich neutral verhalten; wolle man anderswo eine andere Stellung einnehmen, bestimmend, rathend, drohend, zwingend auf die Entscheidung der Frage, so möge man es versuchen. Wir lassen die Hände davon.

Wiener Abendpost – Nr. 154 – Samstag, 09. Juli 1870 – S.13

Die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern. – Tagesbericht

Die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron wird selbstverständlich von der Londoner Presse eifrig erörtert. Die **„Times“** will den deutschen Prinzen überhaupt und so auch dem Prinzen von Hohenzollern ein ganz anständiges Ausmaß guter Eigenschaften zuerkennen, nennt aber trotzdem die Wahl eine unglückliche, die leicht zu künftigen Verlegenheiten führen könne. Seit der Revolution, heißt es im Weiteren, hat die französische Regierung den Gang der Dinge in Spanien ruhig, aber aufmerksam verfolgt. Ihr Verfahren ist, so viel uns bekannt, streng gerecht und ehrenhaft geblieben. Aber es ist unmöglich zu denken, daß Kaiser Napoleon nicht mit Spannung die Ereignisse in einem Lande beobachten sollte, welches mit dem seinigen so enge verbunden ist. Der Kaiser würde sich ohne Zweifel thätiger Einmischung enthalten, allein er würde sicher doch eine Republik südlich der Pyrenäen sehr ungern sehen, wie denn auch eine Erhebung des Herzogs von Montpensier nur französischen Vorstellungen zum Trotze unternommen werden könnte. Kurz, man muß annehmen, daß jeder neue Kandidat in den Tuilerien reiflichst erörtert und jede Frankreich nicht genehme Wahl bekämpft werden wird. Unter solchen Umständen muß man sich auf einen lebhaften Streit gefaßt halten.

Schließlich meint die **„Times“,** daß es nicht zum Heile Spaniens gereichen würde, aus der Candidatenliste einen auszuwählen, der keine besseren Empfehlungen habe als die übrigen und dabei die

Eifersucht Frankreichs in hohem Grade wachrufen müßte; wenigstens sollte man sich mit dieser Wahl nicht übereilen.

„Daily News“ macht gegen die Wahl des Prinzen von Hohenzollern nur Einwendungen in Betreff der Aufnahme, die eine so eigenmächtige Besetzung des Thrones bei den Spaniern finden würde Im Uebrigen meint das liberale Blatt, daß, selbst wenn es in Spanien über die Sache zum Bürgerkriege kommen sollte, man schon sorgen werde, daß die Ruhe Europas nicht gestört werde.

Wiener Abendpost – Nr. 154 – Samstag, 09. Juli 1870 – S.16

Die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern. – Telegraphische Depeschen

Paris, 8.Juli. In Erwiderung auf die Mittheilung der französischen Regierung haben England, Italien und Oesterreich sehr günstig geantwortet und werden dieselben die Anschauungsweise Frankreichs in Berlin und Madrid energisch unterstützen. Bis jetzt führt Rußland eine zurückhaltende Sprache. Ueber die Haltung Preußens fehlt bis jetzt noch jede Andeutung.

Das Gerücht über die Zurückberufung Benedettis wird dementirt.

Paris, 8.Juli. Die **„France“** widerlegt die Behauptung der preußischen Blätter, daß das Berliner Cabinet der Affaire Hohenzollern fremd sei. Sie sagt, es sei eine wahrhafte diplomatische Verschwörung, die von Prim und Bismarck geführt werde. Sie erinnert an die früheren Eingriffe Preußens und schließt, indem sie sagt:

> Beseitigen wir demnach jede Ausflucht. Wenn das mit seinen Plänen gescheiterte Preußen sie desavouirt und sich hinter die Behauptung der Unwissenheit flüchtet, ist es gut, daß alle Welt wisse, daß es einfach vor der Consequenz seines Ehrgeizes an dem Tage zurückgewichen ist, wo Frankreich, müde, sich vor ihm aufgerichtet hat.

Der **„Moniteur“** zeigt, daß Prim und Bismarck sich geeinigt haben, um den Frieden Europas zu stören. Frankreich hat nichts als die Rolle des Vertheidigers der gewöhnlichen Rechte und der internationalen Gerechtigkeit zu erfüllen. Der „Moniteur“ räth der Regierung, auch nicht einen Schatten des Zögerns auf sich fallen zu lassen. Das Land ist mit ihr und Europa giebt uns recht.

Die Abreise Olozagas nach Madrid wird dementirt.

Florenz, 8.Juli. Die Journale hoffen allgemein auf die Erhaltung des Friedens. Die **„Indipendenza italiana“** sagt, die Angaben des „Opinione“ über die Verweigerung der Zustimmung des Königs von Preußen scheinen sich nicht zu bestätigen. Es ist wahrscheinlich, daß der König von Preußen und seine Regierung ein System annehme, welches darin besteht, sich bei der betreffenden Angelegenheit, die nach den in Berlin herrschenden Anschauungen Spanien allein angehe, vollständig uninteressirt darzustellen.

Berlinische Nachrichten – Nr. 158 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S.1

Die Arbeiterbewegung

In Paris und in Wien schweben jetzt Prozesse gegen Mitglieder der internationalen Assoziation. Dieselbe ist im September 1864 in London gegründet. Sie ging von einer Zusammenkunft aus, welche eine politische Agitation zum Zwecke hatte, und bei dieser Gelegenheit waren auch die Arbeiter-Verhältnisse zur Sprache gekommen. Politischen Radicalismus und Arbeiter-Socialismus trifft man in unserer Zeit immer auf das Genaueste verknüpft. Die radicalen Gegner der bestehenden Staatsordnung bedürfen eines Heeres, das womöglich in allen Ländern verzweigt sei, und dazu sind die Arbeiter gut, andererseits reden sich die für solche Theorien zugänglichen Arbeiter ein, daß sie die „Emancipation von der Herrschaft des Capitals“ nur in dem sogenannten freien Volksstaat, d. h. etwa in der demokratischen Republik erlangen können. Die politischen wie die gesellschaftlichen Vorstellungen sind gleich wüst, und es ist charakteristisch für die Bildung der von diesen Bewegungen ergriffenen Arbeiterkreise, daß alle gemäßigtere und mittleren Schattirungen mehr und mehr verschlungen werden durch die am meisten fanatischen und abenteuerlichen Richtungen.

Die internationale Arbeiter-Association hat allmälig Ausbreitung gefunden in Frankreich, Italien, in der Schweiz und Oesterreich, theilweise ist sie von Süden her auch in Deutschland eingedrungen, auch in Hamburg hat sie wohl eine Station, wenigstens gehen von dort Reiseprediger der Verbindung aus, und sie hält die Arbeiter in der Hansestadt fortwährend in Athem und veranlaßt Strikes mit blutigen Tumulten.

So viel bekannt, ist sie sonst in Deutschland nicht verbreitet. Die Arbeiter-Bewegungen haben bei uns ihren eigenen Ursprung und sind älter als jene internationale Verbindung. Ursprünglich waren sie auf Bildungsvereine, Sparvereine u. dgl. gerichtet. Die Politik lag ihnen ziemlich fern; Schulze-Delitzsch hielt sie ab, sich direct mit politischen Fragen zu befassen. Seit 1863 gab aber Lassalle den entgegengesetzten Rath. Die Consum- und Sparvereine erklärte er für bloße Palliativ-Mittel. Seine politisch-sociale Agitation versprach mehr, als das mühsame Emporarbeiten der Selbsthilfe. Die Arbeiter sollten ihr angebliches numerisches Uebergewicht im Staate geltend machen, mittelst des allgemeinen und directen Wahlrechts die Herrschaft in den Vertretungen an sich reißen, und dann für die staatliche Ausstattung der Arbeiter-Unternehmungen Sorge tragen. Es waren wesentlich die Vorstellungen, die 1848 zu den Pariser Arbeits-Werkstätten geführt hatten, indeß Lassalle, als ein gelehrter und geistreicher Mann, flößte seiner Partei mit dem Streben nach umfassender Organisation auch die Neigung für gelehrte Discussion ein, und so seltsam sich in dem Munde seiner Anhänger Citate aus allen möglichen englischen, französischen und deutschen National-Oekonomen ausnahmen, so wurde doch damals der Streit mit gegnerischen Richtungen ohne einen gewissen Anflug von Bildung und selbständigem Denken geführt.

Das hat sich in den letzten Jahren gänzlich verloren. Immer stärker tritt die brutale communistische Idee, die zügellose Begehrlichkeit nach dem Alleingenuß der Güter der Erde, nach Alleinberechtigung des Arbeiterstandes im Staate hervor. Die Sectentheilung ist sowohl persönlichen als territorialen Ursprungs, aber jede Secte hat womöglich ein eigenes Organ in der Oeffentlichkeit. Die Reibungen unter den Secten werden bisweilen mit den Fäusten erledigt. Die Tendenzen sind übrigens bei allen gleich. Als der **„Allgemeine deutsche Arbeiterverein“** vor wenigen Jahren den Versuch machte, sich als einen Verband von sämtlichen deutschen Gewerkschaften zu constituiren, ein Versuch, der wohl im Wesentlichen mißlungen ist, wurde ihm ein ähnlicher Versuch der fortschrittlichen Arbeiterpartei unter Duncker und Hirsch entgegengestellt, auf anderen Grundlagen. Aber auch dieser fortschrittliche Versuch brachte es nur zu sehr unvollkommenen Organisationen der Gewerkschaften, und als er seine Macht an den Strikes in Waldenburg und später in Forst erproben wollte, scheiterte er kläglich.

Neben der Lassalleanischen, in mehreren Secten zerfallenen, und der fortschrittlichen Arbeiterpartei **besteht in Deutschland noch die demokratische. Sie nennt sich die „Partei der Ehrlichen“ und lebt in bitterer Feindschaft mit den Lassalleanern. Ihre Führer sind Bebel *und Liebknecht*.** Die süddeutsche Volkspartei hat bisher, um einigen Volks-Anhang zu haben, mit ihr Zusammenhang unterhalten, aber da die socialen Forderungen der Arbeiterpartei denn doch über allen Spaß gehen, so fragt sich, ob die Freundschaft noch lange dauern wird. **Diese demokratische Arbeiterpartei ist es, die sich mit der internationalen Association unter allen deutschen Arbeiterparteien am nächsten berührt und wohl mit ihr zusammenfließt.**

Um nun auf die internationale Association zurückzukommen, die überall vornämlich auf Eroberung politischer Macht ausgeht und darum die Arbeiter aller Länder vereinigen will, so hat sie im Sommer 1866 auf dem Congreß in Genf sich einen präciseren Ausdruck gegeben und nachher noch mehrere Arbeitertage

abgehalten. Auf den Arbeiterversammlungen in Neuenburg, Nürnberg, Eisenach usw. in den letzten Jahren machten sich ihre Wirkungen überall bemerkbar. Die Arbeiterbewegungen in Oesterreich, die Demonstration vom 13. Dezember v.J., welche zu dem gegenwärtigen Prozeß wider Heinrich Oberwinder und Genossen Veranlassung geworden, stehen sowohl mit der internationalen Association, wie mit der obengenannten demokratischen Arbeiterpartei in Verbindung und werden von der österreichischen Regierung als solche angesehen, welche politische und mittelst derselben sociale Zwecke verfolgen.

In Frankreich behauptet die internationale Association, einen sehr zahlreichen Anhang zu haben; **freilich mit großen Zahlen sind die Vertreter der Arbeitervereine immer bei der Hand**, so glaubte Oberwinder in Eisenach nicht weniger als 90.000 Oesterreicher zu vertreten.

Was nun die Gefahr dieser Verbindungen betrifft, so halten wir sie vom politischen Standpunkt aus für nicht gar groß. **Es ist ein wüstes Geschrei unreifer, meist noch jugendlicher Köpfe**. Der große österreichische Agitator Oberwinder, der Sohn armer Bürgersleute in Weilburg, hat nur kurze Zeit das Gymnasium besucht, dann hat er in einer Advokaten-Kanzlei gearbeitet und dann eine Stellung beim städtischen Frankfurter Wechsel-Notariat gehabt. Mit solch dürftiger Bildung ist er aber Mitarbeiter des „Rheinischen Couriers“ gewesen und sieht verächtlich auf seinen Kameraden Hartung herab, der allerdings zärtliche Briefe ganz unorthographisch schreibt.

Noch glänzendere Fortschritte hat Einer seiner Mitangeklagten gemacht; er ist 26 Jahre alt und vom Müllerburschen zum Journalisten avancirt. Wir finden da auf der Anklagebank in Wien Buchbindergehilfen, Schriftsetzer, Korbflechtergehilfen, Eisenhobler, Tischlergesellen, Schneidergesellen, Eisendreher, Bandmacher, Sattler. Von der Staatsgefährlichkeit dieser Individuen haben wir noch weniger hohe Begriffe, als von der Staatsgefährlichkeit unserer ehemaligen Demagogen. Sie glauben ihr verschrobenes sociales Ideal nur in einem „Volksstaate“ zu erreichen, von dem sie sich freilich die kühnste Vorstellung machen. Sie sind jung und ungebildet genug, um zu glauben, daß dies mit etwas Agitation zu erreichen sei. Indeß sie sind zufrieden, wenn sie Einen ihrer Hauptredner ins Parlament gebracht haben, der da eine sehr kleine Rolle spielt. Ob die österreichischen Arbeiter Ernsteres betrieben, wird die schwebende Untersuchung zeigen.

Unbequemer und gefährlicher ist die soziale Seite, denn diese Verbindungen nisten sich in jeden Streit ein, der zwischen Prinzipalen und Gehilfen eintritt oder rufen ihn geradezu hervor. Die Streiks in Magdeburg und Hamburg haben durch diese Einmischung einen sehr bedenklichen und gehässigen Anstrich gewonnen. Wachsamkeit und Energie der städtischen und Staatlichen Behörden, strenge Gerichts-Urtheile, wie sie in den letzten Tagen z.B. in Magdeburg ergangen, sind die richtigen und wirksamen Mittel und die Behörden können sicher sein, daß sie bei deren Anwendung den Beifall der Bürger, wie der fleißigen Arbeiter stets auf ihrer Seite haben, wenn sie gegen die müßiggängerischen Aufwiegler einschreiten.

*August Bebel *22.02.1840- +13.08.1913; *Wilhelm Liebknecht *29.03.1826- +07.08.1900

Berlinische Nachrichten – Nr. 158 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S.2

Aus Ems

Berlin, 10. Juli. Aus Ems wird der **„National-Zeitung“** vom 8. Juli geschrieben: Seit Anwesenheit des Botschafters Baron v. Werther finden im Curhause täglich Conferenzen statt, an denen der Vertreter des auswärtigen Amtes, Geh. Rath Abeken, Theil nimmt. Dabei sieht man den Botschafter immer auch noch Morgens und Abends während der Brunnenpromenade im lebhaften Gespräch an der Seite des Königs. Der Militärbevollmächtigte in Paris, Major Graf Waldersee, kehrt heut Abend auf seinen Posten zurück, der Botschafter Baron v. Werther folgt erst in einigen Tagen.

Heut Mittag, nach den Vorträgen des Geh. Hofraths Borck und des Geh. Cabinetsraths v. Wilmowski, empfing der König den früheren Gesandten in Madrid, Grafen Galen, und arbeitete darauf mit dem Militärcabinet. Der Bischof von Limburg, Dr. Blum, welcher heut Mittag Audienz haben sollte, ist in Folge Unpäßlichkeit zurückgehalten worden. Der Oberpräsident v. Möller ist hier eingetroffen und morgen wird der Minister des Innern Graf Eulenburg erwartet.

Durch **„Wolffs Telegr. Bureau“** wird den Provinzial-Zeitungen mitgetheilt: „Bis jetzt ist nichts davon bekannt geworden, daß der König als Oberhaupt der Hohenzollernschen Fürstenfamilie die Aufnahme des spanischen Thrones Seitens des Prinzen Leopold von Hohenzollern genehmigt habe.“

Neueste Nachrichten - Ems – der französische Botschafter Benedetti beim König S.3

Ems, 9. Juli, Nachmittags. I.M. die Königin ist soeben zu einem kurzen Besuche Sr. Maj. des Königs hier eingetroffen. Der diesseitige französische Botschafter Benedetti ist gestern Abend von Wildbad hier angekommen und heut Nachmittag von Sr. Maj. dem Könige empfangen worden. Derselbe wurde ebenso wie der preußische Botschafter am französischen Hofe Baron v. Werther zur Tafel geladen.

Paris, 8. Juli, Abends. Die Abendzeitungen, besonders die **„France"** und der **„Moniteur",** besprechen die spanische Angelegenheit mit unveränderter leidenschaftlicher Heftigkeit, und halten einstimmig die Situation fortgesetzte für ernst.

Paris, 9. Juli, Morgens. Das aus Marseille Seitens der Agentur Havas publicirte Telegramm, wonach in Toulon Ordre ertheilt ist, sechs Transportschiffe in Stand zu setzen, trägt an sich keinen Besorgniß erregenden Charakter. Sechs Transportschiffe würden etwa sechs Bataillone einschiffen können.

Madrid, 9. Juli. Die **„Epoca",** ein dem französischen Gouvernement geneigtes Blatt, regt an, daß bei der Aufregung, die durch die Königsfrage in Europa hervorgerufen worden, diese Frage aus einer inneren zu einer internationalen gemacht werden möge.

Berlinische Nachrichten – Nr. 158 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S.2

Frankreich und Spanien

Die große Nation hat, so sagt ein hiesiges Blatt, auch ihre großen Schwächen, namentlich eine an die Natur des Weibes erinnernde Reizbarkeit, welche sie zur leichten Beute der Leidenschaft macht. .....

Der Versuch, sich in Folge der Belleitäten einer Frau ***[die Frau des Kaisers]*** in die spanische Thronbesetzungsfrage einzumischen, diese Weiberrockspolitik, die an das Frankreich unmittelbar vor und im siebenjährigen Krieg erinnert, vergeht sich aber in der groben Weise, in der er angestellt wurde, nicht bloß gegen das gute Recht der Spanier und gegen die Grundsätze der modernen Politik, sondern auch gegen die Regeln der Klugheit.

Glauben die Franzosen, daß die Spanier sich durch Säbelrasseln einschüchtern lassen werden? Haben sie die Absicht, den Säbel zu ziehen? Genügen ihnen die Erfahrungen nicht, die sie mit ähnlichen Interventionsgelüsten, ähnlichem Zwang in Spanien gemacht haben? Sollten sie nicht genug haben an dem zuletzt nur scheinbar glücklichen Ausgang des Kampfes, welchen der Ehrgeiz Ludwigs des Vierzehnten dort begann, nicht genug mit der schweren Enttäuschung, die Napoleon I. dort erlebte, oder mit der Expedition des Herzogs von Angouleme in der Restaurationszeit, einer nichts weniger als glorreichen französischen Waffenthat, der es zwar gelang, den in Spanien angebrochenen Tag wieder in Nacht zu verwandeln, den bösesten und treulosesten aller Könige der neueren Geschichte wieder allmächtig zu machen, die Inquisition wieder einzuführen und hunderte von Patrioten an den Galgen zu bringen, oder in die Verbannung zu treiben, die aber andererseits in Spanien mit allem dem eine Saat heißesten, unvergänglichsten Hasses gegen die Helfershelfer der heimischen Tyrannei ausstreute? Haben endlich die Franzosen etwa besonders werthvolle Früchte von der Intrigue gepflückt, die 1846 die spanischen Heirathen zu Stande brachte?

Will man in Paris trotz aller dieser nichts weniger als für Frankreich ruhmvollen und vortheilhaften Erfahrungen das alte Spiel noch einmal wiederholen, indem man den Spaniern, dieser stolzesten und auf ihre Selbständigkeit eifersüchtigsten Nation, in dem Prinzen von Asturien dem Candidaten Eugeniens ***[Eugenia Ignacia Agustina de Palafox Portocarrero de Guzman y Kirkpatrick, *5.05.1826 in Granada - + 11.07.1920 in Madrid; Ehefrau Napoleon III.]*** dem Träger der Politik der Exkönigin, dem Repräsentanten der politischen und kirchlichen Unfreiheit, **des bigotten, intoleranten Denkens der Bourbonen,** einen König aufnöthigt, den nur eine kleine Partei mag? Will man die Erinnerung der Spanier an alle ähnliche von Frankreich erlittene Unbill aufwecken und zu dem wohlberechtigten alten Haß noch neuen gewinnen?

In der That, hätte die Candidatur des Prinzen Alfons bisher in Spanien noch einige Aussicht gehabt, so würde sie durch die kaum verhüllte Parteinahme Frankreichs für dieselbe durch die an Tollhäuslerwitz erinnernde Sprache der offiziösen Presse und durch die Rodomontaden Gramonts und Olliviers im gesetzgebenden Körper, welche diese Candidatur wenn auch nicht direct, doch deutlich genug zu einer amtlichen Candidatur der französischen Regierung stempelten, ganz erheblich aussichtsloser geworden sein. Man konnte dem Enkel des Restaurationskönig Ferdinand wirklich nicht wohl einen schlechteren Dienst leisten,

als dadurch, daß man in so plump gebieterischer Manier versuchte, ihm den Weg in das Madrider Königsschloß und auf den Thron zu bahnen.

Die Moral von dieser Sache ist nicht günstig für die Beurtheilung des im Plebiscit wieder aufgestellten persönlichen Regiments. Die Franzosen der Aera von 1851 an sind am Ende doch nicht so unermeßlich klug und weise, wie man vielfach gemeint hat. Frankreich hat mit Hilfe von dreimalhunderttausend Soldaten bis auf die mexikanische Tragikomödie verschiedene große Dinge, die auf seinem Programm standen, durchgesetzt, und so entstand die Ansicht, es müsse von einem sehr scharfsinnig rechnenden Politiker geleitet sein. Ob sich diese Ansicht gegenüber dem polternden, mit der Thür ins Haus fallenden, bramarbasirenden Treiben der officiellen Welt zu Paris in der hier besprochenen Frage wohl halten läßt?

Breslauer Zeitung – Nr. 315 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S.2

Spaniens Thronfolge

In Spanien selbst wurde die erste Nachricht darüber, daß die Regierung einen Candidaten gefunden, der bereit sei, die spanische Krone anzunehmen, wie unter dem 4. d.M. aus Madrid gemeldet wird, von der alphonistischen **„Epoca“** gebracht. „Seit gestern“, sagt die betreffende Correspondenz, „ist kein Zweifel daran mehr gestattet. Marschall Prim und die anderen von Madrid anwesenden Minister sind schleunig hierher zurückgekehrt; vorgestern und gestern wurden Sitzungen des Ministerraths abgehalten und heute Abend begeben sich die Minister nach S. Ildefonso de la Granja, um den Regenten, Marschall Serrano, von ihrem Beschlusse in Kenntnis zu setzen und alle Maßregeln zu ergreifen, welche den Erfolg dieser neuen Candidatur zu sichern geeignet sind. (Ueber diese Maßregeln liegt bereits eine lange Reihe telegraphischer Depeschen vor. A.d.R.)

Das Ministerium hat das Geheimnis vortrefflich bewahrt; das große Publikum wußte heute noch nicht mit Bestimmtheit, wer der betreffende fremde Prinz sei; nur in eingeweihten Kreisen ist bekannt, daß der Erbprinz Leopold von Hohenzollern das ihm gestellte Anerbieten angenommen hat. Wie die Bevölkerung diese Candidatur aufnehmen wird, läßt sich bis jetzt nicht sagen. Die Mittheilungen, welche man darüber in den Verschiedenen Blättern und Correspondenzen lesen wird, sind alle mit Vorsicht aufzunehmen, da jede Partei die Sache in ihrer Weise darstellen wird.“

* * *

Ueber die Expectorationen der französischen Blätter hinsichtlich der spanischen Frage enthalten wir uns jeder weiteren Bemerkung, registriren jedoch noch, daß der **„Peuple Francais“** in seiner Gespensterfurcht auf ein „unbeachtet vorübergegangenes Factum“ aufmerksam macht, nämlich „daß die Flotte des Norddeutschen Bundes nach den Gewässern des Mittelmeeres abgegangen ist.“

Daß mit dieser Gespensterfurcht das auf telegraphischem Wege ... bereits widerlegte Gerücht von einer nach Toulon gegangenen kriegerischen Ordre zusammengehangen hat, ist leicht ersichtlich.

Breslauer Zeitung – Nr. 315 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S.2

Deutschland – Die spanische Thronfolge

Berlin, 8. Juli. Von gouvermentaler Seite wird behauptet, das Engagement mit Spanien sei einerseits so weit gediehen und andererseits die Provocation der französischen Minister so eclatant gewesen, daß ein Rückzug unmöglich sei, ohne die Ehre Preußens und das verpfändete Wort seines Königs zu compromittiren. Man hoffe hier vielmehr, daß sich Frankreich besinnen werde, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Die Tuilerien seien mehr untergeordneter Angelegenheiten wegen erbittert. ..... Weiter sei es eine Thatsache, fügen jene bei, welche eine weniger günstige Auffassung der Situation haben, daß die spanische Regierung das Abkommen mit dem Prinzen lediglich unter der Bedingung geschlossen, daß sich die absolute Majorität der Cortes für seine Wahl entscheidet. An dieser Majorität dürfe nicht gezweifelt werden, wie man dies in St. Cloud wisse. Somit wird Napoleon III. den officiellen Drohungen seiner Minister durch eine militärische Demonstration Nachdruck geben müssen, und wohin dergleichen führen kann, ließe sich leicht ermessen.

Man dürfe nicht vergessen, sagt man hier ferner, **daß Baron von Werther vor der Abreise nach Ems eine Zusammenkunft mit Gramont und Ollivier hatte, in welcher Letzterer glattweg erklärte, daß die Thronbesteigung des Prinzen Leopold das Signal zu einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen gäbe**. Diese drohende Stellung ist seitdem auch nicht geändert worden, daß die Officiösen an der Seine berichten,

der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Madrid werde erfolgen, wenn die hohenzollernsche Candidatur festgehalten wird. Daß dies geschehen dürfte, daran zweifelt man hier nicht.

Die provisorische spanische Regierung hat die Abmachungen mit dem Prinzen Leopold in dem Moment geschlossen, wo der Franzosenkaiser durch die Abdication Isabellens die Candidatur ihres Sohnes, somit die Wiederkehr der Bourbonen als fait accompli hingestellt. .....

Breslauer Zeitung – Nr. 315 - Sonntag, 10. Juli 1870 - S. 6

Frankreich – Zur Throncandidatur des Prinzen von Hohenzollern

Paris, 6. Juli. Der **„Constitutionnel“** veröffentlicht folgende Note, die ihm, wie man allgemein annimmt, vom Herzog von Gramont zugegangen ist:

„Aus unseren Informationen ergiebt sich, daß die Regierung die Einsetzung eines Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron als eine Schlappe und eine Drohung für die französische Politik betrachten würde, die Regierung wäre daher entschlossen, sich den Projecten des General Prim entschieden zu widersetzen.“ ....

Breslauer Zeitung – Nr. 315 - Sonntag, 10. Juli 1870 - S. 6

Frankreich – Kriegsdrohung Frankreichs

Das **„Pays“** beginnt seinen **„Der Krieg“** überschriebenen Leitartikel, wie folgt:

„Die Ereignisse sind ernst; Folgendes ist ganz genau: Was nur ein Gerücht war, ist zur Wirklichkeit geworden. Der Prinz von Hohenzollern hat die ihm von dem General Prim angetragene Krone von Spanien angenommen. Preußen legt die Hand auf Spanien. Der Kaiser hat dem preußischen Botschafter in Paris, Herr v. Werther, erklärt, daß Frankreich das nicht dulden werde. Herr v. Werther ist gestern Abend abgereist, um seiner Regierung über die Entschließung Frankreichs Bericht zu erstatten. Wir haben also ein ungeheures Ereignis zu gewärtigen: zu dieser Stunde tauschen die beiden Nationen vielleicht ihren Cartel aus.

Heute Abend, morgen kann der Krieg vielleicht erklärt sein. Es braucht nur ein Schwindel sich unserer Nachbarn zu bemächtigen und die Würfel wären geworfen. Denn – das wissen wir aus sicherster Quelle – Frankreich wird nicht zurückweichen. Entweder Preußen zieht seine Ansprüche zurück oder es muß sich schlagen. ein Drittes, ein Ausgleich, ein juste milieu giebt es nicht. Entweder es giebt nach, oder die Kanone wird die Discussion fortsetzen.“

Breslauer Zeitung – Nr. 315 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S.6

Frankreichs Kriegsdrohung

Paris, 7. Juli. Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde um 3½ Uhr unter großer Aufregung eröffnet; während der Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten war es 3¾ Uhr geworden, ohne daß Ollivier noch der Herzog von Gramont auf der Ministerbank erschienen waren. **Der Präsident Schneider** erklärte, er sei benachrichtigt worden, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten heute der Kammer eine Mitteilung zu machen beabsichtige; er glaube nun nicht, daß man vor der Ankunft des Ministers noch erst mit der Budgetberathung fortfahren wolle und werde deshalb die Sitzung unterbrechen. Nach etwa fünf Minuten erschien der Herzog von Gramont, Ollivier und General Leboeuf folgten ihm. Alsbald stellte sich im Saale das gespannteste Schweigen ein. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten bestieg die Tribüne und verlas mit fester Stimme eine Erklärung, die etwa folgendermaßen lautete:

„Meine Herren, ich bin gekommen, um auf die gestern von Herrn Cochery an mich gerichtete Interpellation zu antworten. Es ist durchaus richtig, daß Marschall Prim dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone Spaniens angeboten und Letztere sie angenommen hat. Aber das spanische Volk hat sich noch nicht ausgesprochen, und wir kennen auch noch nicht die Einzelheiten der Unterhandlung, die vor uns geheim gehalten worden ist. (Unruhe) Eine Discussion würde jetzt kein praktisches Resultat haben. wir bitten Sie, dieselbe zu vertagen. **Wir haben nicht aufgehört, der spanischen Nation unsere Sympathien zu bezeigen und Alles zu vermeiden, was den Schein hätte haben können, als wollten wir uns irgendwie in die inneren**

Angelegenheiten einer edlen und großen Nation einmischen, die in voller Ausübung ihrer Souveränität ist. **In Bezug auf die verschiedenen Kronprätendenten sind wir nicht aus der strengsten Neutralität hinausgegangen und haben für keinen derselben jemals weder Vorliebe noch Abneigung bezeigt. Wir werden diese Haltung auch ferner beobachten, aber wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einem ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vortheil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas derangiren (stürmischer Beifall) und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte (neuer Beifallssturm). Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird; wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen und die Freundschaft des spanischen Volkes (Granier de Cassagnac: und auf unsere Entschlossenheit). Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung, meine Herren, und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben."**

Diesen Worten folgte eine dreifache Salve von Beifallsbezeigungen, die sich von den Bänken der äußersten Rechten bis zu denen der Fraction Picard erstreckte; namentlich Guyot-Montparour und Steenackers zeichneten sich durch die Lebhaftigkeit ihrer Bravos aus. .....

weiter in:

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr. 158 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S.7

Frankreichs Kriegsdrohung

[in der sich anschließenden Diskussion in der gesetzgebenden Kammer fielen verschiedene Aussagen:]

- Glais-Bizoin: Es ist eine Kriegserklärung abgegeben worden.
- Cremieux: Ich frage, wie die Kammer das Budget im Augenblicke berathen kann, wo wir erfahren, daß die Lage unseres Landes eine absolut neue geworden ist. Heute darf man nicht das Budget prüfen, heute muß die wirkliche Lage Frankreichs einer Untersuchung unterworfen werden, Was wollen jene Worte sagen, welche wir vor drei Tagen gehört haben, die Worte: „Das Kaiserreich ist der Friede!" ? Sollen sie wiederum sagen, daß wir von einem Kriege bedroht sind? Müssen wir noch einen weiteren Krieg führen? Wenn dem so ist, was soll dann eine Diskussion über das Budget nützen? ...

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr. 158 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S.15

Englische Presse zur preußischen Thronkandidatur

London, 7. Juli. Die Interpellation in der französischen Kammer bezüglich der Hohenzollernschen Candidatur in Spanien liefert heute unseren **[englischen]** Blättern wieder ausreichenden Stoff zur Erörterung, und die verschiedenen Aeußerungen derselben laufen in dem Punkte zusammen, daß den Spaniern von der Sache im Interesse des lieben Friedens abgerathen wird:

„Selten" . sagt die **„Times"** – „wird in diesen Tagen der diplomtischen Zurückhaltung eine so starke Sprache geführt, als die, welche der Herzog von Gramont bei dieser Gelegenheit gebraucht hat. **Was der Minister erklärt, läuft in anderen Worten darauf hinaus, daß die Wahl eines preußischen Prinzen von der französischen Regierung und dem französischen Volke mit Entschiedenheit bekämpft werden wird.** Wir sind durchaus nicht überrascht von diesem heftigen Ausbruch französischer Eifersucht, allein wir sind erstaunt, daß ein spanischer Marschall die Blindheit oder Tollheit besitzen sollte, zu einem derartigen Ausbruch Veranlassung zu geben.

Der Lärm über die St. Gotthard-Bahn hätte eine Warnung für Prim sein und ihn daran mahnen sollen, daß es Wahnsinn wäre, gegen sich und sein Vaterland die preußenfeindlichen Vorurtheile Frankreichs aufzustacheln. Es gab schlechterdings nur einen Ausweg, um die französische Regierung sowohl wie das französische Volk gegen einen spanischen König zu vereinigen, und gerade diesen hat Prim gewählt. Die Franzosen geben sich als Nation viel mit Ideen ab, und das Schauspiel einer Art preußischen Cordons nördlich und südlich um ihr Gebiet konnte nur in höchstem Grade ihren Unwillen rege machen.

Wir hoffen, daß die Cortes, ungeachtet des Einflusses, welchen Prim zur Geltung bringt, klar und entschieden einen Candidaten verwerfen werden, der ihnen nur das größte Unheil ins Land bringen würde. Man sollt denken, daß die Spanier nachgerade genug Erbfolgekriege gehabt hätten....

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr. 158 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S.8

Wiener Erklärung – keine Mobilisation

Wien, 8. Juli. Die **„Wiener Abendpost“** erklärt die Nachricht von der angeblichen Versetzung des Feldbatterien und Munitionscolonnen auf den Kriegsstand als jeder Begründung entbehrend.

Staatsbürger – Zeitung – Nr. 191 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S.1

Französische Presse zur preußischen Thronkandidatur

Die neuesten Abendzeitungen besprechen unterdessen die spanische Angelegenheit mit unveränderter leidenschaftlicher Heftigkeit und halten einstimmig die Situation fortgesetzt für ernst; namentlich zeichnen sich in dieser Beziehung **„France“** und **„Moniteur“** aus.

Das letztere Blatt, welches neuerdings als das specielle Organ Olliviers bezeichnet wird, brachte tags vorher einen Artikel, der geeignet ist, einem Deutschen die Galle vollends ins Blut zu treiben. Die Erklärung des Ministers des Auswärtigen, sagt das erwähnte Blatt, sei in allen Schichten der Gesellschaft mit großer Erregung und mit einem patriotischen Gefühl aufgenommen worden, welches leicht zu begreifen sei.

Obgleich Frankreich von dem Bedürfnis des Friedens durchdrungen sei, so befinde es sich doch seit einem Jahre unter einem peinlichen Druck. Es wäre Preußen ein leichtes gewesen, die französische Nation, deren edelmütige Ideen sich der freien Ausdehnung des gerechten Ehrgeizes seiner Nachbarn nicht widersetzten, entweder durch eine wenig wichtige Grenzberichtigung oder durch die Ueberlassung Luxemburgs zu befriedigen.

Frankreich wäre geduldig gewesen. Aber der Becher sei zum Ueberlaufen voll, und heute dürfe man sich keiner Selbsttäuschung mehr hingeben.

Der französische Patriotismus werfe einen Blick auf die Vergangenheit von 1815 bis 1870 und sei aufs tiefste empört. Das Land sei in diesem Augenblicke glücklich, in den Worten des Ministers den Widerhall seiner eigenen Gefühle zu finden, und es jubele über die feste Haltung der Regierung. Einige seien erstaunt über den schnellen Entschluß und die kraftvolle Erklärung der Regierung. Diesen könne man antworten, daß nicht allein die Frage selbst eine kräftige Haltung erfordere, sondern auch daß das Verfahren bei dieser Unterhandlung Frankreich nicht gestatte, anders aufzutreten. **Frankreich könne daher niemals für diesen ernsten Conflict verantwortlich gemacht werden**. Der **„Moniteur“** ist überzeugt, daß die öffentliche Meinung in dem Schritte der französischen Regierung, welchem die Begeisterung der Kammer zustimme, nichts außerordentliches finde.

Und bei solcher Sprache dieses hochmüthigen Volkes werden in der deutschen Presse noch Stimmen laut, welche der preußischen Regierung den Rath ertheilen, dem Prinzen Leopold abzurathen, die Krone Spaniens zu acceptiren.

National – Zeitung – Nr. 315 – Sonntag, 10. Juli 1870 – S. 3

Zur preußischen Thronkandidatur - Frankreich

Paris, 7. Juli. Das ist seit Montag ein Lärmen und ein Säbelrasseln! Jean Chauvin hat sich sein Lebtage nicht so wohl befunden. Bombenelement!

Frankreichs Ehre – Bismarck – Krone Karls V. – Sadowa – europäisches Gleichgewicht – Thron am Manzanares – nochmals Sadowa – auf nach Hohenzollern – Himmelschockschwerenoth! Ist denn das kaiserliche Frankreich zum Gespött der Welt geworden, daß es sich selbst von Prim am Narrenseile führen ließe – von Prim, der was er ist, durch Frankreich ist? Schnöder Undank! Und wird denn Bismarck rein vom Teufel geritten? Aber das ist ihnen schon recht, den Schlafmützen des parlamentarischen Kabinetts. Erst vor drei Tagen verkündete der Großsiegelbewahrer salbungsvoll auf der Kammertribüne, daß der europäische Friede niemals weniger bedroht gewesen ist, und natürlich nickt die Majorität mit dem dicken Kopfe Beifall, daß sie sich den Hals ausrencke! Und unterdessen drehen sie in Madrid und Berlin den Strick, der Frankreich erwürgen soll. Und Benedetti und Mercier! Haben sie Baumwolle in den Ohren? Seht doch diesen feinen Benedetti. Er allein hat Sadowa gemacht, und an ihm liegt nicht, wenn nicht das Reich Karls V. wieder aufgebaut wird. Speist in Koblenz mit der Königin zu Mittag, derweil Prinz Leopold ruhig ein Billet erster Klasse nach Madrid löst. O

Frankreich, du hast keine Diplomaten mehr, hast du auch keine Soldaten mehr? Hie Chassepot, hie Dreyse – auf nach Hohenzollern-Sigmaringen!

Gemach, ihre Herren Chauvinisten und laßt euch nicht von dieser Hundstagshitze um Sinn und Verstand bringen. Erlaubt, daß wir Anderen die Sache mit ruhigem Blute ansehen. In der That, der Brei wird auch diesmal nicht so heiß gegessen werden, als er gekocht ist.

Wir machen keine Schwierigkeit anzuerkennen, daß die Erhebung eines Hohenzollern Prinzen auf den spanischen Königsthron den Franzosen unangenehm, sehr unangenehm sein muß. Die Nachricht von dieser Kandidatur also konnte den Tuilerienhof billig erschrecken, um so mehr als sie ihm in der Gestalt einer vollendeten Thatsache urplötzlich gemeldet wurde. Sie schlug denn auch wie ein Blitz in das Ministerium des Aeußern ein und raubte den französischen Staatsmännern alle Haltung. Dieselben hätten sonst einsehen müssen, daß es unklug sei, diese Angelegenheit an die große Glocke zu hängen und daß hier mehr Veranlassung für eine diplomatische als für eine öffentliche Aktion vorlag.

Zunächst stand fest, daß die Kandidatur des Prinzen Leopold um so weniger Aussicht auf Erfolg hatte, je mehr man die Spanier sich selbst, ihren eigenen Sympathien und Antipathien überließ. Es war zehn gegen eins zu wetten, daß die Cortes dieselbe verwerfen würden. Man berührt aber die spanische Nation an ihrer verwundbarsten Stelle, wenn man ihr verbietet, nach eigenem Gutdünken den Monarchen zu wählen, welchem sie die Geschicke des Landes anvertrauen will. Offiziell die Kandidatur für unmöglich erklären, heißt also, dieselbe in Spanien begünstigen.

Es heißt nicht minder, sie in Deutschland begünstigen und wahrhaftig, das Kabinett Ollivier rechnet da stark auf die Besonnenheit der deutschen Nachbarn. Der Lärm, welchen die französische Regierung erhebt, ist um so weniger gerechtfertigt, als man hier keineswegs die Ueberzeugung hat, daß die Kandidatur Leopolds von dem Berliner Kabinett begünstig worden sei. Im Gegentheil. **Bei der Unterredung, welche Baron von Werther vor seiner Abreise nach Ems mit dem Herzog von Gramont und Ollivier gehabt, sprach der norddeutsche Gesandte ausdrücklich seine Ueberzeugung aus, die preußische Regierung sei dem Projekte fremd** und diese Ansicht wird hier in den maßgebenden Kreisen getheilt.

Ist es unter diesen Umständen angemessen, daß man den Gesandten mit einer unverblümten Kriegsdrohung entläßt? Heißt das nicht dem Berliner Kabinett das Nachgeben erschweren? Wie denn! man hat ja die Ueberzeugung, daß gar nicht vom Nachgeben die Rede ist und daß die preußische Regierung nichts zurückzunehmen hat, weil sie nichts gegeben hat – und doch jene Drohung; und doch die kategorische Erklärung des Herzogs von Gramont vor den Kammern? Ist das etwas anderes als Renommisterei?

Vielleicht! und unser Raisonnement ist nur dann richtig, wenn es dem Tuilerienkabinett noch um die Erhaltung des Friedens gilt. Aber diese Frage bleibt neuerdings offen, trotz der friedlichen Betheuerungen, welche Ollivier auf die Erklärung seiner Kollegen folgen ließ. Eines Gefühlspolitikers wie Ollivier kann man sich Alles versehen. Sein knabenhafter Ehrgeiz mag sich da ein neues Ziel gesteckt haben. Dem Republikaner von ehedem, welcher seinen Gesinnungen so weit untreu wurde, daß er in einer der letzten Kammersitzungen die Worte sprach: „Der Mann, welchem zu dienen ich die Ehre habe“ – diesem Republikaner ist zuzutrauen, daß er sich aus einem Anhänger des Friedens in einen Chauvinisten vom reinsten Wasser verwandele. **War er es doch, der in das erwähnte Gespräch zwischen Werther und Gramont die Aeußerung hineinwarf: „Oui, ilya menace de Guerre.“** ***[Ja, es besteht die Gefahr eines Krieges]***

Seine Gesinnungsänderung würde dadurch begünstigt werden, daß bei der gegenwärtigen Veranlassung die öffentliche Meinung, soweit diese durch die Presse vertreten wird, dem Anstoße der Regierung folgt. Die unabhängigen Blätter wagen es, für den Augenblick wenigstens, nicht dem Frieden offen das Wort zu reden. Es ist denkbar genug, daß die Minister in der Botschaft, die sie dem Baron von Werther mitgaben, nur jenem renommistischen Triebe folgten, daß es ihnen darum zu thun war, sich um billigen Preis ein wenig Prestige zu erwerben, dessen das Kaiserreich nach seinen letzten auswärtigen Niederlagen wohl gebrauchen könnte – daß sie aber seitdem, durch die Zustimmung der Kammer und der Presse ermuthigt, sich wirklich mit Kriegsgedanken trügen. Armer Liberalismus dann, armes parlamentarisches Regiment!

Aber ehe wir uns Konjekturen über die Möglichkeit und die Chancen eines Krieges einlassen, warten wir ab, was die Berliner Regierung auf die Prahlereien des kaiserlichen Frankreich zu antworten hat.

Montag, 11. Juli 1870

Wiener Zeitung – Nr. 155 – Montag, 11. Juli 1870 – S. 2

Gramonts Entschluß bei nicht befriedigender Antwort aus Ems.

Paris, 9. Juli. (Verspätet eingelangt) Die **„France“** sagt: Da keinerlei Mittheilung Preußens nach Paris gelangt ist, hat **die Regierung Benedetti beauftragt, nach Ems zu gehen, um vom Könige eine Antwort zu verlangen. Die Antwort wird am 10. Abends oder am 11. Juli Morgens erwartet. Wenn sie nicht befriedigend ist, würden unverzüglich militärische Maßnahmen ergriffen. Vorsichtsmaßnahmen sind schon jetzt getroffen.** Sobald die diplomatische Lösung bekannt ist, wird die Regierung der Kammer die Sachlage und ihre Beschlüsse mittheilen und Geldmittel verlangen. Man versichert, die spanische Notificirung der Annahme der Candidatur von Seite des Prinzen von Hohenzollern ist überall, nur Belgien ausgenommen, kalt aufgenommen worden. Man versichert, Preußen werde heute eine Entscheidung treffen.

Paris, 9. Juli. Man versichert, der Herzog von Gramont und Ollivier haben sich heute nach St. Cloud begeben, woselbst Abends eine Depesche Benedetti's erwartet wurde.

Paris, 10. Juli Nachts. Die **„France“** versichert, der englische Botschafter Lord Lyons habe die Hoffnung auf eine friedliche Entwirrung der französisch-preußischen Frage ausgesprochen. Der preußische Geschäftsträger Graf Solms führte gestern in einem Salon eine versöhnliche Sprache.

Der**„Constitutionnel“** schreibt: Die Regierung erhielt heute Morgens die erste Depesche von Preußen. Das Berliner Cabinet soll sich darin als absolut unbetheiligt in der Angelegenheit des Prinzen Hohenzollern erklären. Der **„Constitutionnel“** sagt, die französische Regierung soll geneigt sein, sich mit dieser Aufklärung zufrieden zu geben. Es scheint aber bewiesen zu sein, daß der König von Preußen den Prinzen von Hohenzollern zur Annahme der Krone ermächtigt hat. Das preußische Cabinet kann den Conflict vermeiden, wenn es vom Könige von Preußen verlangt, daß er die ertheilte Ermächtigung zurück ziehe. Der Vertreter Frankreichs ist angewiesen in diesem Sinne zu sprechen.

Paris, 10. Juli Nachmittags. Die Unterhandlungen zwischen Paris und Ems dauern fort. Die Lösung der Frage kann bis jetzt noch nicht voraus gesehen werden.

Paris, 11. Juli. Man versichert hier, daß der Minister des Aeußern in Wien die spanische Mittheilung bezüglich des Prinzen von Hohenzollern mit Vorbehalt aufgenommen habe, indem er nicht verhehlte, daß diese Ueberraschung eine ungünstige Wirkung auf den europäischen Frieden hervorbringen könne.

Paris, 11. Juli. Der**„Constitutionnel“** sagt: Benedetti hat dem Könige von Preußen den Protest der französischen Regierung mitgetheilt. Der König hat eine Frist verlangt. Die französische Regierung ließ Benedetti wissen, daß diese Frist eine sehr kurze sein müsse. Heute ist es absolut sicher, daß der König von Preußen den Prinzen von Hohenzollern zur Kronannahme ermächtigt hat. Der**„Constitutionnel“** widerlegt die Behauptungen der spanischen Blätter und beweist, daß die französische Regierung irgendwelche spanische Throncandidatur weder begünstigt, noch bekämpft habe.

National – Zeitung – Nr. 316 – Montag, 11. Juli 1870 – S. 1

Deutschland - Zur preußischen Thronkandidatur

Berlin, 11 Juli. Die durch die spanische Thronfrage hervorgerufene Verwickelung nimmt einen immer ernsteren Charakter an. **Das Auftreten der französischen Diplomatie widerspricht allen herkömmlichen Formen und scheint fast gradezu darauf berechnet, sich der Handhabe, die sich wider Erwarten gefunden, unter allen Umständen zu bedienen. Herr Ollivier erweist sich als ein zerfahrener Dilettant, der den phantastischen Plänen Napoleons III. sich weit bereitwilliger anschmiegt, als selbst Rouher**; er, der angebliche Friedensminister, scheint sich vollständig der in den Tuilerien schon lange so mächtigen Kriegspartei in die Arme geworfen zu haben, nachdem er im Innern statt des verheißenen konstitutionellen Regiments nur das Plebiszit geschaffen.

Was der „Constitutionnel“ aus Ems berichtet, ..., sieht fast nach einem demnächst zu erwartenden Ultimatum aus. Daß das Verlangen des Grafen Benedetti, den Prinzen von Hohenzollern zu interniren, um ihm den Weg nach Spanien zu sperren, abgelehnt worden ist, ist selbstverständlich. Nach den von uns mitgetheilten Ausführungen ist den hausgesetzlichen Bestimmungen gemäß der Fürst von Hohenzollern nach wie vor Chef seiner Familie und der König von Preußen hatte dem Prinzen Leopold weder eine Erlaubniß zu

ertheilen noch zu versagen. Am Wenigsten läßt eine solche Prätension sich erfüllen, wenn sie mit der Pistole in der Hand gestellt wird; das wird man sich wohl in Paris auch vorher klar gemacht haben. **So gleichgültig uns an sich die spanische Thronfrage sein mag, muß man sich darauf gefaßt machen, wenn der böse Nachbar denn durchaus in unser Haus brechen will, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben und trotz der unsäglichen Prahlereien, die uns aus dem Pariser Narrenhause zuschallen, glauben wir dafür vollkommen in der Lage zu sein.** ....

National – Zeitung – Nr. 316 – Montag, 11. Juli 1870 – S. 1

Frankreich - Zur preußischen Thronkandidatur

Paris, 9. Juli. Die unverschämten Prahlereien, mit denen alle chauvinistischen Blätter gefüllt sind, können wir mit einer kurzen Erwähnung abthun. Das **„Pays“** ruft aus:

„Das kaudinische Joch ist bereit für die Preußen, sie werden sich darunter beugen und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausfall nicht zweifelhaft ist. Unser Kriegsgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben. Die Echos des deutschen Rheins sind noch stumm. Hätte uns Preußen die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, so wären wir schon lange unterwegs.“

In der **„Liberte“** hält Herr v. Girardin bereits wieder seinen Einzug, bei der ungeheuren Baisse der letzten Tage juckte es dem alten Faiseur offenbar allzusehr in den Fingern. **Er lieferte einen Sensationsartikel in der alten Manier „Ein Kongreß oder der Krieg“.** Es ist eine Wiederholung aller aberwitzigen Ausfälle und Fanfanonaden gegen Preußen, in denen Herr v. Girardin stets eine besondere Stärke bewies. ...

Dagegen ist sehr bemerkenswerth, daß **die Regierungsblätter ungefähr in das gleiche Horn stoßen und sogar bereits erklären, daß selbst ein Nachgeben Preußens in der spanischen Thronfrage jetzt nicht mehr genügen würde, sondern alle andern Beschwerden, die man gegen daßelbe zu haben glaubt, zugleich erledigt werden müßten. So sagt der Herrn Ollivier speziell nahe stehende „Moniteur“:**

„Die Lage, wie sie sich durch die Annahme des Prim’schen Antrages Seitens des Prinzen von Hohenzollern gestellt hat, ist durchaus klar. Die betheiligten Parteien sind Preußen, Spanien und Frankreich, und es ist unmöglich, in ihren resp. Stellungen eine Zweideutigkeit zu finden**. Nachdem die preußische Regierung vier Jahre lang mit unserer Geduld und der Geduld ganz Europas Mißbrauch getrieben, hat sie nun alle Grenzen überschritten. Der Marschall Prim hat eine wahre Intrigue angesponnen, die für Frankreich die ernstesten Folgen haben sollte. Was uns betrifft, so haben wir unser Wohlwollen für Preußen zum Aeußersten getrieben.** Spanien und die spanische Regierung können sich nur belobend über uns aussprechen und wir sind überzeugt, daß die Regierung des Kaisers auch in Zukunft Beweise ihres Wohlwollens geben wird.

Wenn unsere Politik Spanien gegenüber eine gemäßigte sein muß, so stehen wir Preußen gegenüber ganz anders. **Diese durch ihre ersten Erfolge in Selbsttäuschung versetzte Macht scheint sich das Uebergewicht und die Herrschaft in Europa anmaßen zu wollen. Es ist Zeit, solchem Anspruch ein Ziel zu setzen. Die Frage muß erweitert werden, und heute ist die Entsagung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr ausreichend, denn dies würde Seitens des Grafen Bismarck nur ein geschicktes Verfahren sein uns zu entwaffnen, mit dem Vorbehalt, später eine bessere diplomatische Stellung einzunehmen und uns, nachdem er seine militärischen Streitkräfte und die öffentliche Meinung in Deutschland vorbereitet, in neue und ernstere Verlegenheit zu verwickeln. Man würde immer von vorn anfangen müssen**.

Das Wenigste, was wir verlangen müssen und was uns heute befriedigen kann, wäre die formelle Bekräftigung und die absolute Ausführung des Prager Friedens seinem Wortlaute und Geiste nach, d.h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehört, das Aufgeben eines jeden militärischen Einflusses jenseits des Mains und die Regulierung des Artikels V. mit Dänemark. Dies sind die einzigen Garantien, welche uns befriedigen können, und wenn man sie uns nicht gewährt, so können unsere Forderungen nur größer werden.“ – In ähnlichem Stile äußerte sich auch die offiziöse **„Patrie“.**

Im **„Public“** suchte Herr Ernest Dreolle festzustellen, schuld an den gegenwärtigen Verwicklungen sei lediglich das Ministerium vom 9. Januar. Das bringt den **„Constitutionnel“** in Harnisch. Es wäre ihm ein Leichtes, meint das halbamtliche Blatt, Punkt für Punkt die Artikel des Hrn. Dreolle zu widerlegen, aber es wolle ihn bloß fragen, ob der Herzog von Gramont im Jahre 1866 Herrn Benedetti zum Botschafter in Berlin ernannt habe, ob Herr v. Gramont das Cirkular vom 16. September 1866, darin Herrn v. Bismarck zu seinen Erfolgen Glück gewünscht wurde, geschrieben, ob endlich Herr von Gramont **auf der Rednerbühne des gesetzgebenden**

Körpers die Theorie von der „dreifachen Zerstückelung“ (des trois toncons) Deutschlands **aufgestellt** habe? Sobald Herr Dreolle auf die drei Fragen geantwortet habe, werde der Leser im Stande sein, den für die gegenwärtigen Ereignisse verantwortlich machen zu können, der es von Rechtswegen sei. – Herr Ollivier ist also bereits besonders stolz darauf, Herrn Rouher an Kriegslust bei Weitem zu überflügeln.

Über die **militärischen Rüstungen** schwirren zahlreiche Gerüchte umher, von denen zunächst nicht zu ermitteln ist, wieviel daran wahr ist. Freilich scheint man es ja sehr eilig zu haben, da die **„France“ bereits von einem Ultimatum auf kurze Frist redet, das nach Berlin abgehen soll, im Falle, daß ein zu langes Zögern der erwarteten Antwort zu der Vermuthung Anlaß geben würde, daß die preußische Regierung versuche, die Frage auf ein anderes Terrain zu bringen.** Vor allem wartet man jetzt auf das Ergebnis der Verhandlungen, welche Graf Benedetti direkt mit dem König von Preußen in Ems führt. Sicher ist, daß man in Toulon die Schiffe „Semaphore“, „Intrepide“, „Charlemagne“, „Magellan“, „Panama“ und „Mayence“ ausrüstet, um Truppen von Algerien nach Frankreich zu überführen. Angeblich revidirt man auch die Listen der mobilen Nationalgarde, welche sofort einberufen werden soll. Eine Circular-Depesche des Kriegsministers fordert, so heißte es, alle Militärbehörden in der Provinz auf, binnen drei Tagen einen genauen Bericht über die Vorräthe, welche sie in ihren Magazinen haben, einzusenden. **Zugleich würden alle Anstalten so getroffen (die Eisenbahn-Verwaltungen hätten bereits die nöthigen Weisungen),** daß man auf den ersten Befehl 150.000 Mann an den Rhein werfen könne **u.s.w.**

National – Zeitung – Nr. 316 – Montag, 11. Juli 1870 – S. 3

Frankreich - Zur preußischen Thronkandidatur

Paris, Sonntag 10. Juli. Nach dem **„Constitutionnel“** hätte die Regierung heute Morgen die erste Meinungsäußerung des preußischen Kabinetts erhalten, welches absolut jedes Interesse in Betreff der spanischen Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern ablehne. Der **„Constitutionnel“** hält dafür, daß diese Erklärung Frankreich nicht genügen könne, und daß der König von Preußen dem Prinzen von Hohenzollern seinerseits jede Autorisation zur Annahme der Krone verweigern müsse.

Paris, Montag 11. Juli. Morgens. Der **„Constitutionnel“** sagt anschließend an seine letzte Meldung, **daß durch Benedetti vom König von Preußen in Ems bestimmt verlangt sei, daß er den Prinzen von Hohenzollern veranlasse, die spanische Krone abzulehnen**. Benedetti sei angewiesen, auf Beschleunigung der Antwort zu dringen, da man für dieselbe nur eine kurze Frist gewähren könne.

Madrid, Sonnabend 9. Juli. Morgens. Der **„Imparcial“** veröffentlicht die Erklärung, welche **der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Sagasta, dem französischen Gesandten Mercier gegenüber abgegeben hat. Der Minister spricht sein Bedauern darüber aus, daß die französische Regierung sämtliche bisher aufgestellte Kandidaturen bekämpft habe, um diejenige des Prinzen Alphons zu begünstigen.** Es wird ferner mit Entschiedenheit in Abrede gestellt, daß Spanien eine von Preußen inspirirte Politik verfolge. Der Minister spricht alsdann sein Bedauern über die von Frankreich kundgegebene Empfindlichkeit aus und erklärt, daß Spanien Alles aufbieten werde, um die Pläne, deren Verwirklichung es für angemessen halte, zu einem guten Ende zu führen, ohne daß deshalb durch das Verlangen, den Frieden zu erhalten, die Würde Spaniens und das Recht des Landes, sich in voller Unabhängigkeit zu konstituiren, außer Augen gesetzt würde.

Breslauer – Zeitung – Nr. 316 – Montag, 11. Juli 1870 – S. 1

Deutschland - Zur preußischen Thronkandidatur – Aus Sigmaringen

vom 6. Juli wird dem **„Schwäbischen Merkur“** geschrieben: „Vor kurzem wurde von hier gemeldet, daß der Erbprinz Leopold von Hohenzollern, nachdem er mit seiner Familie von hier nach Reichenhall abgereist war, bald darauf mit seinem fürstlichen Vater hierher zurückkehrte. Diese auffallende Rückkehr wurde in Verbindung gebracht mit der gleichzeitigen Anwesenheit mehrerer vornehmer Spanier, die angeblich zur Besichtigung der schönen Gegend hierher gekommen waren. Es wird zugestanden, daß diese Herren mit dem Erbprinzen über die Annahme der spanischen Krone verhandelt. Ueber das Resultat ist indeß nichts weiter bekannt, als was die Zeitungen bringen.“

Dienstag, 12. Juli 1870

The Times – Nr. 26800 – Dienstag, 12-Juli 1870 – S. 5

DER SPANISCHE THRON

PARIS, SAMSTAGABEND - Wir sind immer noch Opfer eines höchst enttäuschenden und peinlichen Schweigens. Preußen wird voraussichtlich frühestens vor Montag die Antwort senden, die über Frieden oder Krieg entscheiden soll, und die französische Regierung sagt nichts, möglicherweise weil sie nichts zu sagen hat. Man hatte erwartet, daß die Regierung heute Nachmittag eine Art Erklärung zur Hohenzollernfrage abgeben würde, und infolgedessen gab es einen solchen Ansturm auf die Besuchertribünen des Corps Législatif, daß, als ich sehr früh dort ankam, kaum noch ein Platz frei war; aber nach einer sehr trockenen Debatte, die durch die offensichtliche Tatsache, daß die meisten über ein alles beherrschendes Thema nachdachten, während nur wenige überhaupt über ein anderes sprachen, unbeschreiblich langweilig wurde, gingen wir alle so schlauer, wie wir gekommen waren. Um diese öffentliche und offizielle Zurückhaltung der Regierung auszugleichen und jene Lücke in der Nachrichtenwelt zu füllen, die die französische Natur stets besonders verabscheut und die gerade jetzt geradezu schmerzt, verbreiten die Zeitungen allerlei private Äußerungen, mehr oder weniger plausibel, in Ministerialberichten.

Diese Äußerungen haben, wie die meisten Mythen, so abwegig sie auch sein mögen, vielleicht einen gewissen Wert, da sie nicht das tatsächlich Gesagte eines Ministers wiedergeben, sondern das, was eine bestimmte Partei von ihm hören oder ihm zutrauen würde. **Dem Außenminister wird kühn die sensationelle Ankündigung zugeschrieben, daß die französische Armee bis nächsten Donnerstag den Rhein überquert haben werde, falls Preußen bis dahin keine zufriedenstellende Antwort gegeben habe.**

Doch so abwegig diese Aussage auch sein mag, sie spiegelt durchaus die Ansicht einer großen Partei hier wieder, daß selbst eine Verzögerung seitens Preußens einen Kriegsgrund darstelle. Verzögerung gilt gemeinhin als friedensfördernd. Moralisten vertreten im Allgemeinen die Ansicht, daß Streitparteien, wenn sie vor einem Kampf nur ein oder zwei Tage in Ruhe über ihre Differenzen nachdenken und schlafen würden, niemals kämpfen würden; doch hier in Paris scheint die unerwartete Verzögerung bei der Beilegung der Hohenzollern-Frage die Lage nur verschlimmert zu haben. Es scheint, daß der Franzose in der Diplomatie wie im Krieg nicht stillstehen kann. Er muss vorrücken oder sich zurückziehen, und in diesem Fall ist ein Rückzug natürlich ausgeschlossen. Worte wie jene, die der Duc de Gramont am Mittwoch im Parlament äußerte, sind viel zu gewagt, um sie einfach hinzunehmen.

Eine Zeitung, die die französische Stimmung recht treffend wiedergibt, erklärte neulich, daß, hätte sich Frankreich erneut von Bismarck beleidigen und überlisten lassen, „keine Frau von Charakter sich an der Seite eines Franzosen hätte zeigen wollen". Ein solcher Autor würde wohl meinen, daß Frankreich, sollte es nun auch nur einen Millimeter von seiner entschlossenen Haltung abweichen, die es Preußen plötzlich entgegenbrachte, von jeder Dame – Charakter hin oder her – abgewiesen würde, da es in eine noch unergründlichere Tiefe der Erniedrigung abgerutscht sei. **Es liegt daher auf der Hand, daß diese verfassungsrechtliche Unfähigkeit der Nation, stillzustehen, der Partei einen großen Vorteil verschafft, die unter allen Umständen und ungeachtet ihrer Haltung alles daransetzen will, Preußen zu vernichten.**

Sollte es nicht zum Krieg kommen, wird die Niederlage sicherlich nicht diesen kriegslüsternen Bürgern angelastet werden, die, getreu dem Motto vom Bau einer goldenen Brücke für einen fliehenden Feind, alles daransetzen, den Nationalstolz zu schüren und Preußen unter allen Umständen zwingt, es als Ehrensache anzusehen, den von Frankreich soeben hingeworfenen Handschuh wieder aufzunehmen. **Monsieur Emile Girardin, der sich gerade formell aus der „Liberté" zurückgezogen hat, angeblich als Vorbereitung auf seinen Wechsel in die Walhalla des Senats, ist wohl der erbittertste Verfechter der Kriegspartei und will nicht zulassen, daß Preußen entkommt. Er vergleicht sie mit einem Adler, der, trunken von wiederholten Erfolgen, leichtsinnig ein Lamm angegriffen hat, ohne zu wissen, daß das Gewehr des Hirten auf ihn gerichtet ist.**

Sollte er nicht lieber schießen, weil der Adler erschrocken seine Beute fallen ließ, obwohl er sicher eines Tages zurückkehren und dann vielleicht nicht ein Lamm, sondern ein Hammelfleisch erbeuten würde? **Früher oder später müssen Frankreich und Preußen Krieg führen, daher ist es am besten, die Sache sofort zu erledigen.**

„Finissons-en" lautet die prägnante Überschrift eines weiteren Artikels im selben „Krieg um jeden Preis"-Stil, „Delenda est Carthago" die eines dritten. **Diese Autoren reißen natürlich die alte Wunde wieder auf, die Korrektur der Rheingrenze** – eine bewundernswerte Methode, dem Feind in die Hände zu spielen, indem man den Streit deutsch statt preußisch macht –, aber sie sind zu aufgebracht und wütend, um

diplomatisch zu sein. **Eine Zeitschrift hat die Offenheit, klar zu sagen, daß nach der Kriegserklärung jegliche Diskussion über die Hohenzollernfrage beendet sein sollte.** Sich darüber zu streiten, ob ein deutscher Prinz auf einem spanischen Thron sitzen sollte oder nicht, wäre „guerre impie“ **[unheiliger Krieg]**, wohingegen es anscheinend einen Kampf um den Rhein oder um die schlagende Hüfte und den Schenkel des preußischen Amalek im Lichte des Kreuzzugs der Pioniere in Betracht zieht. Mit gleicher Offenheit fragt der „**Figaro“**, der vielleicht den französischen Charakter in seinen Stärken und Schwächen ebenso widerspiegelt wie jede andere Zeitung:

> ***„Ist es, weil ein unbedeutender deutscher Prinz von der spanischen Krone geträumt hat oder weil ein spanischer General, der sein Leben mit dem Bau von Luftschlössern verbracht hat, das Land unter dem Namen Hohenzollern regieren möchte, was Frankreich stört? …. Ihre Emotion - ihre schreckliche Emotion – steigerte sich, da sie Preußens Einfluß in dieser Angelegenheit erkennt. Preußen kann nichts tun, nichts säen, nichts vorbereiten, nichts ausführen, ohne daß Frankreich die Folgen zu spüren bekommt. Wir sind dazu verdammt, jedes Mal den Kürzeren zu ziehen, wenn es Preußen gut geht oder besser gehen wird.“***

Ich hielt es für das Beste, Ihnen die genauen Worte wiederzugeben (die Kursivschrift stammt von mir), denn sie sind so eindringlich und so wahr. Hätte das doch irgendein Feind gesagt! Aber der „**Figaro“** ist durch und durch französisch, und wenn er auch nicht unbedingt die angesehenste Zeitung ist, so ist er doch, wie man mir sagt, die meistgelesene der Zeitungen.

Die Franzosen scheinen durch den ruhigen Ton der deutschen Presse umso mehr provoziert zu werden. Nichts ist natürlich so irritierend, wenn man plötzlich in glühender Leidenschaft ist, wie ein Gegner, der nicht die Beherrschung verliert, und keltisches Feuer lodert auf germanischer Gemütsruhe. Der Kontrast ist sehr charakteristisch für die beiden Rassen. Die Preußen sind bereit, abzuwarten und die Angelegenheit zu überdenken, bis die spanischen Cortes zusammentreten oder, falls nötig, bis zum „Sankt Nimmerleinstag“ zu warten.. Die Franzosen, voller Tatendrang, sehen in dieser Verzögerung nur Bismarcks tiefen Plan, Zeit zu gewinnen und seine Stärke zu messen. Sie glauben, daß er energisch die Drähte zieht, um den Puls Europas im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen zu fühlen, und daß er, wenn er den Streit deutsch machen kann - mit Hilfe seiner Feinde in der Pariser Presse -, nicht aus der Hand geben wird.

Es ist zu befürchten, daß der preußische Stolz, berauscht von seinen jüngsten Siegen, jeden Schritt, der angesichts der französischen Bedrohung auch nur im Entferntesten rückwärtsgewandt erscheinen mag, nicht gutheißen wird. Und wenn man der regierungstreuen Presse beider Seiten als Ausdruck der offiziellen Meinung trauen kann, befinden sich die beiden Parteien in einer ziemlich mißlichen Lage. Die deutsche Rolle der unbewußten Unschuld muß, so nehme ich an, mangels Dokumenten oder anderer Beweise, die sie widerlegen, als wahr akzeptiert werden, und das bringt die französische Regierung in eine ziemlich peinliche Situation. **Wenn Preußen tatsächlich nichts mit dieser kleinlichen Intrige Prims zu tun hatte – wenn sie, wie ihre Zeitungen behaupten, im Gegenteil lieber keinen eigenen Prinzen auf dem spanischen Thron hätten –, ist es gewiß hart für sie, in drohendem Tonfall aufgefordert zu werden, sofort aktiv einzugreifen, um die Intrige zu unterdrücken oder sich auf einen Krieg vorzubereiten.**

Wäre sie darum gebeten worden, wäre es eine andere Sache gewesen, doch nun, unglücklicherweise, wurde es ihr befohlen. Jeder ist verpflichtet, beim Essen den Senf zu reichen, doch dies rechtfertigte den Amerikaner nicht, seine Forderung mit gezogenem Revolver durchzusetzen. Die Konfrontation ist in der Tat schwerwiegend, wenn sich zwei stolze und mächtige Nationen so gegenüberstehen, in einer Lage, aus der keine von ihnen ohne Prestigeverlust herauszukommen glaubt, und es lässt sich nicht vorhersagen, welches Ergebnis daraus entstehen mag, obwohl hier die allgemeine Überzeugung zu sein scheint, daß Preußen nachgeben wird.

Es ist bemerkenswert, daß hier in Frankreich die mit Abstand einfachste, fairste und ehrenhafteste Lösung des Problems fast völlig übersehen wird. Wenn General Prim nur seinen Kandidaten zurückziehen würde, ist es nicht leicht zu verstehen, wie Frankreich sich noch länger mit Preußens Dementi jeglicher Verbindung zur Hohenzollern-Intrige zufriedengeben könnte. Und Prim ist, wohlgemerkt, der einzige der von den drei Parteien betroffen ist, die ohne den geringsten Makel an nationaler oder persönlicher Würde nachgeben können. Er und sein Land wurden weder bedroht noch beschimpft. Obwohl er der Hauptverantwortliche, fast der alleinige Urheber all des Unheils ist, blieb er unbemerkt, **da Frankreich so sehr damit beschäftigt ist, ihren ganzen Zorn über Preußen auszuschütten, daß ihr nichts mehr für ihn übrig bleibt – oder vielmehr, da sie ihm im Moment dankbar ist für die lang ersehnte Gelegenheit, die er ihr geschaffen hat,** während Preußen seine Wahl eines preußischen Prinzen nur als Kompliment auffassen kann.

Er befindet sich daher in der einzigartigen Lage, einen Streit zwischen zwei Nationen angezettelt zu haben, ohne sich die Feindschaft einer der beiden zuzuziehen. Es ist daher für ihn ebenso einfach wie richtig, von dieser falschen und gefährlichen Position abzurücken. Sein Kandidat ist keine Beute, für die es sich lohnt,

einen europäischen Krieg zu riskieren. Prinz Leopolds zahlreiche Gründe, die ihn für den Thron disqualifizierten, konnten nur dadurch aufgewogen werden, daß er Spanien das Wohlwollen fremder Dynastien und Völker sicherte. Doch er bringt nicht Wohlwollen, sondern den Fluch all jener, die vor dem Anblick eines blutgetränkten Europas zurückschrecken. Auch kann man nicht annehmen, daß Spanien selbst auf lange Sicht ungeschoren davonkommt. Ihr Anteil an der drohenden Tragödie wird derzeit übersehen, doch früher oder später wird er zumindest jenen in Erinnerung bleiben, denen sie Demütigung und Leid zugefügt hat. General Prim verrät die Interessen seines Landes und den Frieden Europas, wenn er an einer Politik festhält, die in den Augen kluger Politiker nie viel zu bieten hatte und die heute nahezu einhellig verurteilt wird.

Breslauer – Zeitung – Nr. 317 – Dienstag, 12. Juli 1870 – S. 1

Deutschland – Die spanische Frage

Berlin, 10 Juli. Wenn man auch gewohnt ist, daß die französische Presse aus jedem geringen Umstande, durch den sie sich in ihrer Eitelkeit verletzt wähnt, Capital schlägt und namentlich sofort gegen Deutschland den Krieg predigt, so müßte doch das betäubende Säbelgerassel, das die spanische Thronfrage ganz unerwartet und wie über Nacht in den Spalten der meisten französischen Organe, mit Ausnahme der „Debats“ und einiger anderer Blätter hervorgerufen, befremdlich erscheinen, wüßte man nicht gut, worin der Grund liegt. Das unbändige Gebahren der französischen Presse erklärt sich theils durch die chauvinistischen Velleitäten ***[kraft- und willenloses Wollen]*** der überwiegenden Mehrzahl der Pariser Blätter, theils durch den unverständigen Argwohn, den selbst recht gescheite Franzosen **seit 1866 gegen Preußen** hegen und durch die falsche Beurteilung der Berliner Politik, der nichts ferner liegt als die Errichtung einer Weltmonarchie nach dem Muster Karls V., die vielmehr auf Beseitigung der letzten Reste derselben in Deutschland durch Verwirklichung des nationalen Gedankens ausgeht. **Theils endlich liegt der Grund darin, daß viele jener Blätter der spanischen Politik des Pariser Hofes als Sprachrohr dienen, einer Politik, die seit langer Zeit von der Kaiserin geleitet wird und zu deren Durchführung der Herzog von Gramont ganz eigentlich berufen scheint**.

Der Candidat Eugeniens ist der Prinz Alphons von Bourbon, der Sohn der Exkönigin und der Enkel jenes Ferdinand, des perfidesten Königs, den Spanien je gesehen, und der – was die Spanier Frankreich nicht vergessen haben – im Jahre 1823 durch das Heer des konstitutionellen Frankreichs, an dessen Spitze Angouleme stand, die spanische Constitution stürzten und sich selber wieder zum Unsegen Spaniens in absolutistischer Machtfülle restauriren ließ.

Die Zumutungen, welche Gramont an Spanien stellt, sind der Gipfel der Anmaßung und werden schwerlich von der Nation, welche dadurch bevormundet werden soll, erfüllt werden. **Man hätte daher Grund das Vorgehen Gramonts nicht nur anmaßend, sondern auch mit Rücksicht auf den zu erwartenden Mißerfolg in Spanien ungeschickt zu nennen, wenn man nicht wüßte, daß wo Spanien genannt, Deutschland gemeint ist, und daß all der Lärm in erster Linie uns gilt. Den Aerger über das Vorgehen Spaniens sollen wir büßen; was Spanien thut, soll Deutschland vertreten und der Herzog von Gramont scheint von Napoleon ausgesucht zu sein, mit uns Händel anzufangen.**

Anders wenigstens läßt sich die ebenso plumpe wie übermüthige Sprache nicht erklären, welche der gegenwärtige Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs gegen uns geführt hat. Diese Feindseligkeit gegen Deutschland hat uns so sehr überrascht, daß wir anfänglich dem elektrischen Funken nicht glauben wollten und daß unsere Presse mit großer Zurückhaltung und Mäßigung die Thatsachen constatirend, abwartete, bis bestimmtere Nachrichten aus Paris eingetroffen seien. Diese Mäßigung dürfte jetzt zu Ende sein. Wenn die deutsche Presse dem Scandal der französischen nur schüchtern begegnet, so würden die Franzosen dadurch nur zu größerer Unverschämtheit, zu dreisteren Forderungen veranlaßt werden und zwar auch in anderen Fragen, welche Deutsche näher angehen.

Wir sind also genöthigt, zu der gegenwärtigen von den Franzosen vom Zaune gebrochenen Streitfragen eine bestimmte Stellung zu nehmen. Aber welche? Wir haben die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern nicht befürwortet, sie ist eine Angelegenheit, die lediglich zwischen diesem Prinzen und der jetzigen spanischen Regierung schwebt und zu ihrer Entscheidung des Votums der Cortes bedarf. Daß ein für die gedachte Candidatur günstiger Ausfall dieses Votums für Deutschland nützlich sein würde, wollen wir nicht in Abrede stellen.

Seit 1866 hat man gegen das neue Deutschland viel intriguirt, man hat versucht, Oesterreich, Italien und Spanien zu einem Complotte heranzuziehen. In dieses Netz riß die September-Revolution eben noch rechtzeitig eine Lücke, wodurch die Gefahr für uns beseitigt wurde. Aber der Wunsch, das Netz wieder herzustellen, blieb und enthüllt sich jetzt deutlich in hochfahrender Weise. Was also ist jetzt unsere Aufgabe

dieser französischen Anmaßung gegenüber und für den Fall, daß der Beschluß der Cortes zu Gunsten der Hohenzollernschen Candidatur ausfallen sollte? Selbstverständlich kann es nicht in unserem Interesse liegen, uns einer Entscheidung Spaniens entgegenzusetzen, die dem Lande im Innern und nach Außen den Frieden sichert, und Deutschland, dem ebenfalls friedlichen, ein freundschaftliches Verhältniß darbietet.

Die Forderung Frankreichs, daß wir uns im Interesse der französischen conspiratorischen Politik als Büttel gebrauchen lassen sollen gegen einen Landsmann, der Neigung zeigt, von seinem Rechte zu wandern, und auf Einladung der Spanier, ihre Heimathsrechte zu theilen, Gebrauch zu machen, diese Zumuthung ist eine so unbegreiflich dreiste, daß wir der französischen Kriegsdrohung für den anderen Fall mit gelassener Würde entgegensehen können. Würden sich die Nachbarvölker Frankreichs eine solche Bevormundung gefallen lassen, so hätten sie es sich selber zuzuschreiben, wenn die Haltbarkeit des Friedens nur noch ein Zeitfrage wäre. Uns ist es zwar nicht gleichgültig, wer in Spanien regiert, aber deshalb einen Krieg zu führen, dafür ist doch unser Interesse zu wenig durch die spanische Thronfrage in Anspruch genommen. Wir werden daher die Wahl des Prinzen von Hohenzollern weder befürworten noch bekämpfen, aber die Forderung Frankreichs, uns der Wahl zu widersetzen, bekundet einen Grad von Ueberhebung, der nicht zu dulden ist. Wir wünschen den Frieden, wir wünschen ihn – was wir mit größerem Recht als Ollivier sagen können – leidenschaftlich und bringen selbst zu seiner Erhaltung gern billige Opfer, wir suchen durchaus keine Händel, aber wer sie durch Forderungen, welche unsere Ehre verletzen, mit uns sucht, der wird uns bereit finden, sie aufzunehmen und durchzuführen. Das ist die einzige Entscheidung, welche unser durchaus nicht überreiztes Nationalgefühl über die Frage gestattet, wie wir uns der französischen Herausforderung gegenüber zu verhalten haben.

Breslauer – Zeitung – Nr. 317 – Dienstag, 12. Juli 1870 – S. 2

Oesterreich – Die spanische Frage – Zur Situation

Wien, 10 Juli. Aus einer Reihe von Symptomen läßt sich mit Bestimmtheit entnehmen, daß man in unseren maßgebenden Kreisen die Situation seit 36 Stunden sehr ernst auffaßt. Am Freitag Abend wurde in dem Hotel des Grafen Beust noch ganz ruhig weiter fortgepackt, da der Reichskanzler sich am Vorabende seiner Abreise nach Gastein befand, als die ersten Anzeichen einer Verdüsterung des politischen Horizontes auftauchten. Heute dagegen hat nicht nur Se. Exc. die Fahrt nach dem Curorte aufgegeben; auch die bereits für gestern angesagte Uebersiedlung des Kaisers nach Ischl ist mittlerweile auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Von Paris her wie von hier aus wird mit bestätigt, daß die Tuilerien Regierung bei der österreichischen in der That bereits angefragt hat, welches Verhalten sie zu beobachten gedenke, falls es zum Aeußersten komme. Eine Antwort darauf ist noch nicht erfolgt. Die Eilfertigkeit indessen, mit der gerade unsere **[*österreichischen*]** officiösen Blätter eine Sommation Frankreichs an Preußen bereits als unmittelbar bevorstehend ankündigen, offenbart leider nichts von jener heilsamen Selbsterkenntnis, der es nicht verborgen bleiben sollte, daß **jeder europäische Krieg, der Oesterreich auch nur zu einer bewaffneten Neutralität zwänge, leicht der Vorbote unseres Unterganges sein könnte**.

Daß Preußen sich von Oesterreich in einer solchen Constellation nicht allzuviel Liebes und Gutes zu versprechen hätte, wußte man in Berlin natürlich von vorne herein und wird es dem Grafen Beust auch kaum besonders übel genommen haben. Wo er jetzt hinaus will, zeigen die Herzensergießungen der Officiösen deutlich genug. Oesterreich, meinen sie, müsse sich vollkommen freie Hand behalten, um im gegebenen Momente mit alleiniger Berücksichtigung seiner eigenen Interessen seine Stimme entscheidend in die Wagschaale legen zu können. Das klingt wohl pathetischer als nöthig ist, da es mit der „entscheidenden“ Stimme Oesterreichs einstweilen noch seine guten Wege hat.

Aber es verdient außerdem noch bewußt zu werden, daß die Officiösen heute constatiren, wie es Preußen sei, das durch sein Vorgehen die schwere Verantwortlichkeit auf sich geladen, den Frieden Europas zu stören! Es ist das um so unverantwortlicher, aber freilich auch um so begreiflicher, **da unsere Regierung nur zu genau weiß, daß – während sie von preußischen Intriguen von einem Schlage ins Gesicht Frankreichs spricht, gerade das Umgekehrte der Phrase, die Gramont vorgebracht, die Wahrheit ist. Nicht Preußen will Spanien einen Souverän aufdrängen, sondern die spanische Römlings-Clique am Tuilerienhof will das Land zwingen, seinen Alfons XII. zurückzurufen, indem sie jede andere Lösung – Republik, Montpensier, Union, Hohenzollern – als antifranzösisch erklärt, oder auf Umwegen hintertreibt.**

Soll von „Verschwörungen“ die Rede sein, so giebt es deren nur Eine, dieselben Pfaffen- und Weibercreaturen in Paris, die auch den mexicanischen Schwindel eingerührt: wo aber Rom seine Hand im

Spiele hat, auf der Seite muß natürlich auch Oesterreich stehen. **Zu bemerken ist, daß übrigens diesmal auch Graf Andrassy um seiner Pariser Liaison aus der Emigrantenzeit willen, die antipreußische Partei ergreift, was er früher niemals gethan, solange es sich für Preußen und Oesterreich auch einfach und direct um Revanche für Sadowa handelte.** Soweit Napoleon dagegen, so weit ist es auch der ungarische Graf; denn ein eigenstes Blatt, die „Reform" in Pest (übrigens ein Journal in magyarischer Sprache) sagt gerade heraus: **Napoleon brauche den Frieden, deshalb möge Graf Beust dahin wirken, daß der Streit im Sinne Frankreichs ausgeglichen werde: denn das sei doch klar und einleuchtend, „daß Frankreich ein Dominiren Preußens in Spanien (!!!) nicht dulden könne".**

Breslauer – Zeitung – Nr. 318 – Dienstag, 12. Juli 1870 – S. 1

Deutschland – Der König in Ems

Ems, 10 Juli. Der französische Botschafter Graf Benedetti ist am Freitag Abend 11 Uhr hier angekommen und hatte gestern Vormittag zunächst eine Zusammenkunft mit unserem Botschafter Baron Werther. Um 3 Uhr wurden Beide vom Könige empfangen und darauf zur Tafel geladen. Nach dem Diner hatte der König eine lange Conferenz mit Baron Werther und dem Geheimrath Abeken und am Abend war der Botschafter meist sein Begleiter auf der Promenade. Wie lange sich die beiden Botschafter hier aufhalten werden, ist noch nicht bekannt. Baron von Werther wollte nur noch einige Tage hier bleiben und dann auf seinen Posten zurückkehren.

Ems, 11 Juli. Der französische Botschafter Graf Benedetti wurde heute Vormittag in längerer Audienz von Sr. Maj. dem Könige empfangen. Mittags empfing Se. Maj. der König den Polizeipräsidenten v. Wurmb; derselbe wurde ebenso wie Baron v. Werther zur Tafel geladen. Gestern waren der französische Botschafter und Baron von Werther bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht zur Tafel.

Wiener Zeitung – Nr. 156 – Dienstag, 12. Juli 1870 – S. 1

Deutschland – Der König in Ems

Berlin, 11. Juli. Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet: Das auswärtige Amt hat den Vertretern des Bundes in Deutschland mitgetheilt, daß die verbündeten Regierungen, insbesondere die preußische, sich jeder Einwirkung auf die spanische Königswahl und auf deren eventuelle Annahme oder Ablehnung durch einen der zu wählenden bisher enthalten haben und auch ferner enthalten werden, indem sie diese Angelegenheit als eine ausschließlich Spanien und den demnächst gewählten Throncandidaten persönlich angehende jederzeit betrachtet und behandelt haben, wie dies die Achtung vor der Unabhängigkeit Spaniens von selbst bedinge. Vorstehendes sei der französischen Regierung bekannt, **wenn auch eingehende und vertrauliche Erörterungen durch den Ton verhindert worden seien, in welchem diese Angelegenheit vom Haus aus durch den französischen Minister öffentlich besprochen worden ist.**

Paris, 11. Juli. Prinz Leopold von Hohenzollern soll heute in Ems eintreffen, um mit dem Könige von Preußen zu conferiren.

Die preußische Antwort wird hier im Laufe des heutigen Abends oder bis morgen früh erwartet. Der Kammer sollen noch immer morgen Mittheilungen gemacht werden.

Paris, 11. Juli. 1 Uhr 40 Min. Nachmittags. Die Situation läßt sich dahin zusammenfassen: Der König von Preußen hat Sonnabend dem Botschafter Benedetti mitgetheilt, daß er den Prinzen von Hohenzollern ermächtigt habe, die Krone anzunehmen; der König hat aber heute mit wichtigen Personen conferirt, wonach er eine definitive Antwort ertheilen wird, die im Lauf des Abend oder morgen früh eintreffen wird. Nicht ermächtig noch zu glauben, der König werde die gegebene Ermächtigung nicht widerrufen. Wenn bis morgen eine günstige Antwort nicht eingetroffen sein sollte, so werden den französischen Kammern wichtige Mittheilungen gemacht werden.

Mittwoch, 13. Juli 1870

The Times – Nr.26.801 - Mittwoch, 13.Juli 1870 – S.9

Prinz Leopold von Hohenzollern

Wer menschliche Ereignisse als von himmlischen Phänomenen beeinflusst betrachtet, mag über den Zusammenhang zwischen der gestrigen Mondfinsternis und den uns erreichenden Nachrichten über die Ergebnisse der Emser Konferenz spekulieren. Trotz der Ungeduld der französischen Abgeordneten, die sich auf der Bühne ihres Hauses drängten, erschien letzten Abend der Duc de Gramont nicht, um die sehnsüchtig erwartete Nachricht zu überbringen. Man wußte lediglich, daß der preußische Botschafter, Herr de Werther, in Paris eingetroffen war und daß der französische Minister, Herr Benedetti, Depeschen durch einen seiner Untergebenen gesandt hatte. Die Nachricht wurde alles andere als zufriedenstellend bewertet.

Prinz Leopold von Hohenzollern verzichtete offenbar problemlos auf alle Ansprüche, die ihm durch General Prim's Vorschlag zugesprochen worden waren. Spanien würde seine volle Handlungsfreiheit zurückerlangen, und alles würde von der spontanen Abstimmung der Cortes abhängen. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Es scheint jedoch nicht, daß diese Zugeständnisse den Forderungen Frankreichs vollends genügten, obwohl man annehmen könnte, daß Spanien, nachdem es von seiner Verpflichtung befreit worden war, nicht aus bloßer Pedanterie und Eitelkeit auf einer Wahl bestehen würde, die den Unmut seines mächtigen Nachbarn auf sich zog. Es scheint jedoch nicht so, daß solche Zugeständnisse den Erwartungen entsprochen hätten.

All dies klärt jedoch noch nicht die Frage für die Zukunft. Sollte Spanien an seinem Angebot festhalten und bereit sein, die Konsequenzen seiner eigenen Unbesonnenheit zu tragen, bliebe der Boden für künftige Verhandlungen möglicherweise offen. **Frankreich hingegen fordert einen absoluten und unwiderruflichen Verzicht.**

Es ist auch etwas bemerkenswert, daß Prinz LEOPOLD selbst bisher kein Zeichen gesetzt hat. Nur sein Vater, Prinz ANTON, das Oberhaupt des SIGMARINGENER Zweigs der Familie HOHENZOLLERN, scheint sich aktiv in dieser Angelegenheit engagiert zu haben.

Prinz Leopold, der 35 Jahre alt ist, hätte sicherlich selbst sprechen können; und es bleibt abzuwarten, inwieweit er sich im Notfall an die Erklärungen seines Vaters gebunden fühlen würde. **Auch der König von Preußen zeigte sich den Vorschlägen der französischen Unterhändler offenbar weniger entgegenkommend, als diese es sich gewünscht hätten.**

Entweder lehnte er es gänzlich ab, die Annahme des spanischen Angebots durch seinen Verwandten zu verhindern, oder er erklärte sich lediglich als Oberhaupt der Familie Hohenzollern, nicht aber als König von Preußen oder als oberster Vertreter ihrer Regierung dazu bereit. **Auch hier kollidieren preußische Beschlüsse mit französischen Forderungen; und andererseits gab der Herzog von Gramont, als Herr Emanuel Arago ihn neulich fragte, ob die Ernennung des Prinzen Hohenzollern das einzige Thema sei, über das der französische Gesandte, Herr Benedetti, in Ems zu verhandeln habe, keine Antwort.**

Es erscheint keineswegs wahrscheinlich, daß Frankreich andere Angelegenheiten mit einer so wichtigen Frage vermischen würde – etwa die Klauseln des Prager Friedensvertrags wieder aufgreifen oder andere Gründe ansprechen würde, aus denen Deutschland so oft kategorisch eine Auseinandersetzung verweigert hat –, es sei denn, sie ist fest entschlossen, den gegenwärtigen Konflikt in einen offenen Streit zu treiben. Wie hoch Frankreich auch immer seine Vormachtstellung auf dem Kontinent einschätzen mag, wie entschlossen es auch sein mag, alles mit überlegener Hand durchzusetzen, es ist kaum anzunehmen, daß es in der jetzigen Lage Ansprüche erheben würde, die ihm die Sympathien der ganzen Welt kosten würden.

Die Lage ist unbestreitbar beunruhigend. Die Konfliktparteien sind vielleicht weiter denn je von einer Einigung entfernt. Dennoch ist es noch nicht zu einem offenen Kriegsausbruch gekommen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streitgegenstand einer diplomatischen Vermittlung zugeführt wird, bevor er dem tödlichen Urteil des Schwertes überlassen wird. Bislang haben Frankreich und Preußen ohne die Intervention anderer Mächte gehandelt.

Wir müssen noch das Ergebnis der freundlichen Vermittlungsbemühungen abwarten, die England laut Lord Granville gemeinsam mit Italien, Österreich und möglicherweise Rußland unternommen hat. **Der eigentliche Streitpunkt würde nach Ansicht unparteiischer Richter niemals einen Kriegsgrund darstellen**. **Es gäbe nichts Willkürlicheres, nichts Verwerflicheres und Tragischeres als einen Kriegsausbruch aus solchen Gründen.** Wir vertrauen weiterhin darauf, daß die Ems-Verhandlungen erst in einer ersten Phase sind und

unter günstigeren Voraussetzungen wieder aufgenommen werden.

Unsere Informationen sind bis jetzt zu lückenhaft, um uns eine endgültige Schlußfolgerung zu erlauben; doch dies ist gewiß einer jener Fälle, in denen wir berechtigt sind, wider alle Hoffnung zu hoffen.

Diese Hoffnung werden wir bis zum letzten Augenblick nicht aufgeben; **doch wie auch immer die Emser Konferenzen ausgehen mögen, wir müssen bedenken, daß der Krieg selbst, so sehr wir ihn auch verabscheuen und beklagen sollten, nur geringfügig schlimmer ist als der bewaffnete Frieden, der so lange der Fluch Europas war und dessen Lasten dieser neue Konflikt, wie sehr er auch beigelegt werden mag, nur allzu wahrscheinlich noch verschärfen wird. Was auch immer geschehen mag, seit Sadowa scheint es, als könne nichts die Welt jemals vollständig beruhigen.** Was hat es uns genützt, die Luxemburger Krise zu überstehen, den Nordschleswig-Konflikt zu vertuschen und so viele andere Missverständnisse auszuräumen? Was haben wir an moralischer oder materieller Sicherheit gewonnen?

Der schlimme Tag ist zwar hinausgezögert worden, doch wir mußten wie wilde Tiere leben, unsere Zähne und Klauen schärfen, Hinterlader verbessern, Mitrailleusen testen und uns mit Reserven und Milizen, mit Landwehren und Landstürmen beschäftigen, bis jedes Volk eine Armee, jedes Land ein Lager ist. **Man hat mit bitterer Enttäuschung festgestellt, daß die kriegerische Ankündigung des Herzogs von Gramont vergangene Woche in der Nationalversammlung auf eine bereits andauernde Beratung über die Notwendigkeit der Reduzierung des jährlichen Kontingents stieß. Eine ähnliche Frage lag im selben Augenblick dem Reichstag des Deutschen Bundes vor.** Doch gerade als die Dinge den ersten Schritt in Richtung Abrüstung erreicht hatten, bricht diese neue spanische Krise aus, die, wenn sie nicht noch größeren Schaden anrichtet, ein ohnehin schon fast unerträgliches Übel nur verlängern und verschärfen dürfte.

Es wäre gut, wenn die Führer großer Nationen bedächten, wie sehr ihre Maßnahmen den Wünschen ihrer Untertanen widersprechen. Wir hören endlose Lobeshymnen auf die „ausgefeilte Empfindsamkeit“ des französischen Volkes, auf seine Bereitschaft zu jedem Opfer, wenn es um Ehre geht, und wir glauben bereitwillig, daß jeder Franzose, ungeachtet seiner Stellung im Leben, die Ehre seines Landes wirklich am Herzen liegt. Doch wir bezweifeln, ob die breite Masse, ob auf dem Land oder in den Industriegebieten, so vom „Ruhm“ berauscht ist, wie manche Autoren uns glauben machen wollen.

Man sollte sich davor hüten, daß das Zweite Kaiserreich in die Illusionen des Ersten verfällt und dem Kamel die „Feder“ aufbürdet, die es letztendlich zerbricht. Der Monarch, der sich des Titels „Kaiser der Bauern“ rühmt, sollte sich, bevor er am Rhein einmarschiert, vergewissern, daß die acht Millionen seiner Anhänger ebenso begierig auf Rache für Sadowa sind wie die paar hundert lauten Politiker der Boulevards. Wenn er die Instinkte der französischen Massen wirklich kennen würde, könnte er ihnen vielleicht nicht nur die Schrecken eines Krieges ersparen, sondern auch die erdrückende Last eines bewaffneten Friedens.

The Times – Nr.26.801 – Mittwoch, 13.Juli 1870 - S.5

FRANKREICH.

PARIS, 12. JULI, ABEND. In der heutigen Sitzung des Parlaments bat Herr Picard die Regierung, dem Parlament bestimmte Depeschen zu übermitteln, deren Kopien im Konferenzsaal des Parlaments ausgestellt worden waren. Er fügte hinzu, daß diese Depeschen den Thronverzicht von Prinz Leopold von Hohenzollern verkündeten. Der Innenminister erwiderte, daß die Abwesenheit des Herzogs von Gramont bedeute, daß die Regierung derzeit nicht in der Lage sei, eine solche Mitteilung zu machen.

Trotz des Thronverzichts von Prinz Leopold von Hohenzollern gehen mehrere Zeitungen des heutigen Abends davon aus, daß der Streit noch nicht beigelegt ist.

PREUßEN

BERLIN, 12. JULI. Herr Benedetti hatte den König von Preußen in Ems ersucht, Prinz Leopold von Hohenzollern die weitere Kandidatur für den spanischen Thron zu untersagen. Der König lehnte dies ab, unter anderem mit der Begründung, die Angelegenheit sei bereits den Cortes zur Entscheidung vorgelegt worden. Graf Bismarck reist heute Abend nach Ems. (REUTERS TELEGRAMM)

BERLIN, 12. JULI. Graf Bismarck wird um 18 Uhr in Begleitung von Herrn Kendell hier eintreffen. Der Börsencourier verkündet aus zuverlässiger Quelle aus Düsseldorf, **daß Prinz Leopold unter den gegenwärtigen Umständen die spanische Krone nur unter der Bedingung annehmen darf, daß Spanien seinerseits Frankreich unverzüglich den Krieg erklärt und die Kampfhandlungen gegen Frankreich aufnimmt, sollte Deutschland infolge seiner Annahme der Krone von Frankreich angegriffen werden.**

AUGSBURG, 12. JULI, ABEND. Die „**Augsburger Zeitung“**, die heute Abend erscheint, verkündet aus Sigmaringen, daß der Erbprinz von Hohenzollern, um der spanischen Regierung ihre Initiativefreiheit zurückzugeben, die Nominierung für den spanischen Thron ablehnt und fest entschlossen ist, nicht zuzulassen, daß eine nebensächliche Familienfrage zu einem Kriegsvorwand wird.

FRANKREICH.

PARIS, 12. JULI. Der Kaiser traf heute Morgen in den Tuilerien ein und leitete eine Ministerratssitzung. Es werden wichtige Beschlüsse erwartet, die voraussichtlich heute der französischen Kammer übermittelt werden. Der preußische Botschafter traf heute Morgen in Paris ein, ebenso Baron Bourqueney mit Depeschen von Herrn Benedetti. Baron Bourgoing ist mit Depeschen des französischen Botschafters in Wien eingetroffen.

L‘UNION – Nr. 194 – Mittwoch, 13. Juli 1870 – S. 1

Frankreichs Verhalten in der Spanischen Frage.

Paris, 11. Juli. Dreieinhalb Uhr. Heute erwarteten wir eine Regierungserklärung, die die Frage von Frieden oder Krieg entschieden hätte; im Parlament wurde keine Erklärung abgegeben; es ist noch nichts endgültig geklärt. **Rouiller**

Französisch

FRANCE - PARIS, 11 JUILLET

Trois heures et demie. On s'attendait aujourd'hui à une déclaration du gouvernement qui aurait tranché la question de paix ou de guerre; aucune déclaration n'a été faite à la Chambre; rien de définitif n'est encore résolu.

Rouiller

Le TEMPS – Nr. 3423 – Mittwoch, 13. Juli 1870 – S. 1

Tägliches Bulletin.

Paris, 12. Juli. Es wird berichtet, daß heute endlich wichtige Depeschen eingetroffen sind, und es ist zu erwarten, daß der Tag nicht vergeht, ohne daß die Kammer entscheidende Mitteilungen von der Regierung erhalten hat. Welcher Art werden diese sein? Wird es Krieg oder Frieden sein? Alles was wir sagen können ist, daß die Eindrücke aus dem Ausland noch düsterer sind als gestern.

In den Depeschen findet sich insbesondere die Zusammenfassung eines Rundschreibens des preußischen Außenministers an die Vertreter des Norddeutschen Bundes in Deutschland, aus dem sich nur schwerlich der geringste Gedanke an ein Entgegenkommen herauslesen lässt.

Die preußische Regierung blieb hartnäckig auf dem Boden, auf dem sie sich seit Beginn des Streits befand und auf dem die französische Regierung sich weigerte, ihr zu folgen, nämlich auf dem der absoluten Uneigennützigkeit.

Das Dokument endet mit einer an die französische Regierung gerichteten Klage, die der preußische Minister beschuldigt, von Anfang an jede detaillierte und vertrauliche Diskussion durch den Tonfall der berühmten, öffentlich vor der Kammer verlesenen Erklärung verhindert zu haben. Die These, daß Preußen sich nicht in die Frage der Kandidatur einmischt, wird auch weiterhin von dem autoritativsten der offiziellen preußischen Blätter, dem Norddeutschen Anzeiger *[Norddeutsche Allgemeine Zeitung]*, nachdrücklich unterstützt, deren Sprache, ..., von Tag zu Tag verbitterter wird.

In Wien wuchsen die Alarmmeldungen und man schien überzeugt, daß es nicht zu hoffen sei, daß König Wilhelm sich zu ausreichenden Zugeständnissen an die Forderungen Frankreichs durchringen würde.

Französisch

PARIS, 12 JUILLET - BULLETIN DU JOUR

On assure que d'importantes dépêches sont enfin arrivées aujourd'hui, et qu'il faut s'attendre à ce que la journée ne se passe pas sans que la Chambre ait reçu du gouvernement des communications décisives. De quelle nature seront-elles? Sera-ce la guerre ou la paix? Tout ce que nous pouvons dire, c'est que les impressions qui nous viennent de l'étranger sont encore plus sombres qu'hier.

On trouvera notamment aux dépêches, le résumé d'une circulaire adressée par le ministre des affaires étrangères de Prusse aux représentants de la Confédération du Nord en Allemagne, d'où il est difficile de dégager la moindre idée de concession.

Le gouvernement prussien s'y maintient, en eflet, obstinément sur le terrain où il s'était placé dés l'origine du différand, et où le gouvernement français refuse de le suivre, celui du désintéressement absolu.

Ce document se termine par un blame adressé au gouvernement français, que le ministre prussien accuse d'avoir, dès le début, empêché toute discussion détaillée et confidentielle par le ton de la fameuse déclaration publiquement lue devant la Chambre. La thèse de la non-ingérence de la Prusse dans cette question de candidature, continue à être aussi vivement soutenue par la plus autorisée des feuilles officieuses prussiennes, la Gazette de l'Allemagne du Nord, dont le langage, ..., s'empreint d'une aigreur de jour en jour croissante.

A Vienne, les alarmes vont en augmentant, et l'on y semble convaincu qu'il n'est pas à espérer que le roi Guillaume se résigne à faire de suffisantes concessions aux exigences de la France.

Le TEMPS – Nr. 3423 – Mittwoch, 13. Juli 1870 – S. 2

Brief aus Deutschland. –

Wir fassen unsere Korrespondenz aus Berlin vom 9. Juli wie folgt zusammen:

Sagt uns doch um Himmels Willen! Worauf wollt ihr in Frankreich hinaus oder vielmehr: Wo will eure Regierung hin?

Alles, was es in Frankreich an inoffiziellen oder akzeptablen Zeitungen gibt, spricht eine Sprache, die denjenigen, die, weit weg von eurer Sphäre, die Dinge und die Situation mit einem ruhigen Geist betrachten, das einzige Anliegen, richtig sehen und gesund urteilen.

Ihr seid bereits dabei, die Armeekorps aufzuzählen, die gegen Deutschland marschieren werden; ihr zählt Generäle und Regimenter auf; ihr erzählt uns von Maschinengewehr-Experimenten, wie zur Zeit der Luxemburg-Krise; ihr zeigt uns die Pferde des Kaisers bei X Feuerübungen: Was will man in Paris! Was bereitet man vor? Was wird für Frankreich und Deutschland bereitgehalten?

Wenn die kaiserliche Regierung den Krieg um jeden Preis will, nur zu!

Man versteht diese Sprache, aber ihr werdet mir zustimmen, daß es in diesem Fall nicht angemessen war, auf diesen kleinen spanischen Vorwand zu warten. Wenn, im Gegenteil, die Regierung hingegen keine vorgefaßte Meinung hat, und nur das fordert, was sie sagt, wenn es in diesem Falle keine Zwischentöne gibt, was ist dann der Grund für den ganzen Lärm? Was bedeutet dieses Klicken? Euer Außenminister hat, wie es scheint, auf der Tribüne des gesetzgebenden Körpers eine ziemlich exzentrische Sprache gesprochen: was ist noch nötig, bei all dem Säbelrasseln und was wäre, wenn der Krieg schon erklärt wurde!

All der Lärm, glaubt mir, hat auf die Gemüter des deutschen Volkes die bedauerlichste Folge.

Wir werden der preußischen Einheit aus dieser Krise wesentlich näher kommen (wenn sie friedlich enden sollte, wie alle hoffen). **Frankreich hat wieder einmal die Geschäfte des Herrn von Bismarck gemacht**: Wie! sagten sich die Deutschen, sind wir schon so weit?

Unter der Asche so vieler friedlicher Proteste brennt eine so wilde Leidenschaft, Krieg gegen Preußen zu führen und sich für Sadowa zu rächen! Wenn dem so ist, werden wir also doppelt auf der Hut sein müssen und da unser guter Nachbar auf der anderen Seite des Rheins ähnliche Gedanken hegt, werden wir wissen, was wir zu tun haben. Und was sie machen werden, ist, sich noch enger um die preußische Fahne winden und dem Kriegsminister König Wilhelms weder einen Mann noch einen Kreuzer verweigern.

Das ist es, was die sinnlosen Prahlereien eurer Beamten bewirkt haben.

Sucht nach alldem die antipreußische Opposition im Süden, und wenn ihr in Kürze keine Spur mehr von ihr findet, dann gebt nur eurer Regierung selbst die Schuld.

Jupiter treibt diejenigen in den Wahnsinn, die er zerstören will. (Quos vult perdere, Jupiter dementat)

Dieses Aufbäumen ist umso unüberlegter und verrückter, erlaubt mir zu sagen, daß die deutsche Haltung in dieser Angelegenheit und die Sprache der deutschen Zeitungen moderater und weiser ist. Macht euch keine Illusionen, ihr habt in Frankreich nichts aus euren Erfahrungen gelernt, wie man es in Deutschland aus denen der letzten Jahre gemacht hat.

Während der Luxemburg-Krise habe ich die Deutschen gesehen und gehört, ihre und unsere Zeitungen gelesen: es gab dann auf beiden Seiten einen Ausbruch virulenter Leidenschaft, wie das Überlaufen der alten nationalen Hassgefühle aus früheren Zeiten. Lest heute deutsche Zeitungen und hört den Deutschen beim Reden zu, von seltenen Ausnahmen abgesehen, werdet ihr keine Spuren dieses Hasses und dieser Leidenschaften mehr finden: **Hass und Leidenschaften sind nur noch in euren amtlichen offiziellen Zeitungen zu finden, und in den verhängnisvollen Worten, die einigen eurer Minister nachgesagt werden.**

Noch einmal Nein, man irrt sich gewaltig in Frankreich, wenn man glaubt, daß in dieser Situation so viel Wut bei unseren Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins herrsche: Ihr findet hier keinen Widerhall; sie

sind unglaublich verwundert, aber sonst nichts.

Nur, seid vorsichtig! Die Wut könnte kommen, und ihr habt mit euren eigenen Händen in Deutschland den Samen einer Feindschaft gesät, der früher oder später Unglück für alle zur Folge haben wird. Und schaut, wie wenig diese Haltung der französischen Regierung und ihrer Zeitungen den Erfordernissen der Situation entspricht! Deutschland antwortete, kurz gesagt, nur auf eine ganz einfache Sache und kaum provokativ gegenüber französischen Mahnungen, sie sagten: Ich habe nichts damit zu tun, die Sache geht mich nichts an, arrangiert euch mit den Spaniern.

Nun, was hättet ihr gesagt, wenn Deutschland euch dies geantwortet hätte:

„Die Spanier haben einen Hohenzollern gewählt: sie haben das Recht dazu, und ihr, die französische Regierung, ihr habt kein Recht, es schlecht zu finden, da euer Prinzip das Plebiszit ist und ihr nur in nationalen Wahlen Legitimität findet. Was uns betrifft, Deutsche oder Preußen, es gefällt uns, daß dieser Hohenzollern die Krone annimmt; so wie ihr den Einfluss der lateinischen Rassen in der Neuen Welt etablieren wolltet, so ist es auch in unserem Interesse, den vorherrschenden Einfluss der germanischen Rasse auf dem alten Kontinent zu etablieren. Wir machen in Spanien, was ihr in Mexico gemacht habt, und wir werden eine französische Intervention genauso wenig tolerieren, wie ihr eine Intervention der Vereinigten Staaten tolerieren wollt."

Was hättet ihr gesagt, wenn Deutschland so gesprochen hätte? Es wäre angebracht gewesen, bei dem Tonfall eurer Minister.

Nun, anstatt so zu reden, was zweifellos zum Krieg geführt hätte, hielt sich Deutschland zurück; es ließ weder seine Leidenschaften noch seinen Ehrenkodex sprechen, denn schließlich, o gebt es zu ihr Franzosen, daß ihr nicht die einzigen seid, die einen Ehrenkodex haben! Deutschland war gutmütig und begnügte sich damit, eure Regierung ein wenig zu exzentrisch zu finden. Der Krieg, mit dem man überall rechnet, wird aus diesem Vorfall nicht hervorgehen: Der Prinz von Hohenzollern selbst, der, wie mir gesagt wurde, ein herzensguter Mensch ist, würde niemals die Verantwortung für einen solchen Massenmord übernehmen wollen. Wenn die französische Regierung nicht von vornherein darauf bedacht ist, einen Krieg zu provozieren, wird er zufrieden sein; der spanische Thron wird nicht von einem Hohenzollern besetzt werden. Nur ist man in Deutschland in dieser Hinsicht nicht sehr beruhigt.

Eure Zeitungen folgten in dieser Angelegenheit dem Gang, den sie bereits bei eurem Plebiszit eingeschlagen hatten. Nun fragte die Regierung die Nation, ob sie die neue Verfassung ratifizieren wolle oder nicht, und vom zweiten Tag an war klar, daß es für diese Presse und für die Regierung überhaupt nicht um eine Verfassung ging, sondern um eine Entscheidung, zwischen der Republik und dem Kaiserreich. Es war eine doppeldeutige Sache, über die wir abgestimmt haben. **Wir befürchten, daß es derzeit noch eine doppeldeutige Sache gibt: Wir sagen, der Prinz von Hohenzollern könnte für die französische Regierung durchaus nur ein Vorwand sein, um eine Situation herbeizuführen, von der aus sie hofft, Rache für Sadowa nehmen zu können**.

Das ist es, was man fürchtet. Ich wiederhole euch, was ich gehört habe, und glaubt mir, ich wäre froh, wenn die Deutschen einen Fehler begehen würden. Nutzt diese Informationen in Frankreich. Leider leben wir am linken Rheinufer in ständiger Ignoranz darüber, was am rechten Rheinufer getan und gedacht wird.

Im Allgemeinen ist man nicht in der Lage, ein fundiertes Urteil über das deutsche Volk zu fällen: wenn man über Deutschland nachdenkt, argumentiert man hypothetisch, ohne Grundlage, auf falschen Theorien. Ich glaube, eure eifrigen Journalisten und Minister wären im Moment nicht überrascht, wenn sie dieses Volk sehen und hören könnten. Und vielleicht würden sie ihre Spitzen und ihre Haltung ihm gegenüber deutlich ändern.

Auf jeden Fall, und ich komme mit Absicht darauf zurück, stellt ihr mit eurer Ignoranz für Frankreich die größte Gefahr dar: daß nämlich mit jeder neuen Krise die deutsche Einheit fester und vollständiger wird und daß nichts die Verwirklichung der Pläne von Herrn Bismarck so sehr beschleunigt wie die Erklärungen, die eure Exzellenzen in der Abgeordnetenkammer abgegeben haben. **Auf jeden Fall, und ich komme mit Absicht darauf zurück, stellt ihr mit eurer Ignoranz für Frankreich die größte Gefahr dar: daß nämlich mit jeder neuen Krise die deutsche Einheit fester und vollständiger wird und daß nichts die Verwirklichung der Pläne von Herrn Bismarck so sehr beschleunigt, wie die Erklärungen, die eure Exzellenzen in der Abgeordnetenkammer abgegeben haben. Pour extrait: JACQUES HEBRARD.**

LETTRES D'ALLEMAGNE

Nous résumons comme suit notre correspondance de Berlin, en date du 9 juillet :

Mais dites-nous donc, au nom du Ciel! où voulez-vous en venir en France ou plutôt, où votre gouvernement en veut-il tenir!

Tout ce que la France compte de journaux officieux ou agréables, tient un langage qui parait insensé à ceux qui, loin de votre atmosphere considèrent les choses et la situation d'un esprit tranquille, et avec la seule preoccupation de voir juste et de juger sainement.

Vous en éles déjà à énu-mérer les corps d'armée qui se mettront en marche contre l'Allemagne: vous faites le dénombrement de vos généraux et de ves régiments; vous nous racontez des expériences de mitrailleuses, comme à l'époque de la crise du Luxembourg; vous nous montrez les chevaux de l'empereur assistant a x exercices à feu: que veut-on Paris! que prepare-t-on? que réserve-t-on à la France et à l'Allemagne.

Si le gouvernement impérial veut la guerre à tout prix, fort bien!

On comprend ce langage: mais vous avonerez que, dans ce cas, il elait inmile d'attendre ce petit prétexte espagnol. Si, au contraire, le gouvernement n'a pas de parti préconçu, s'il ne demante que ce qu'il dit, s'il n'y a pas de sons-entendu dans cette affaire, à quoi rime tout ce bruit?
que signifle ce cliquetis! Votre ministre des affaires étrangères a déjà, se semble, parle un langage assez excentrique à la tribune du Corps legislatif: qu'est-il besoin d'y ajouter encore tous ces articles de sabreurs et que diriez-vous de plus si la guerre était déjà déclarée!

Tout ce bruit, croyez-le bien, produit sur l'esprit des peuples d'Allemagne l'effet le pius déplorable.

Nous serfirons de cette crise (si elle doit se dénouer pacifiquement, comme tout le monde l'espère), infiniment plus près de l'unité prussienne que nous ne l'etions avant. La France a encore une fois fait les affaires de M. de Bismarck: Comment! se disent les Allemands, nous en sommes encore la?

Sous les cendres de taut de protestations pacifiques, brûle une passion si féroce de faire la guerre à la Prusse et de se venger de Sadowa! S'il en est ainsi, nous nous tiendrons donc doublement sur nos gardes, et puisque notre excellent voisin d'outre-Rhin nourrit de pareilles pensées, nous saurons ce que nous avons à faire. – Et ce qu'ils ont à faire, c'est de se serrer plus étroitement autour du drapeau prussien, et de ne refuser ni un homine, ni un écu, au ministre de la guerre du roi Guillaume.

Voilà à quoi auront servi les fanfaronnades insensées de vos officieux.

Cherchez après cela l'opposition antiprussienne dans le Sud, et si vous n'en trouvez plus trace d'ici peu de temps, ne vous en prenez qu'à votre gouvernement lui-même.

Quos vult perdere, Jupiter dementat.

Cette levée de bouliers est d'autant plus inconsidérée et plus folle, permettez-moi de le dire, que l'attitude de l'allemagne, dans cette affaire, et le langage de ses journaux sont plus moderés et plus sages. Ne vous faites pas illusion, vous n'avez pas profilé en France, comme on a profilé en Allemagne, des expériences des derniéres années.

Lors de la crise du Luxembourg, j'ai vu et j'ai entendu les Allemands; j'ai lu leurs journaux, et j'ai lu les nôtres: il y avait alors des deux côtés une explo-sion de passion virulente, et comme le débordement d'une de ses vieilles haines nationales du temps d'autrefois. Aujourd'hui lisez les journaux allemands, écoutez causer les Allemands, sauf des exceptions assez rares, vous ne trouverez plus trace de ces haines et de ces passions: haines et passions ne sont plus que dans vos journaux officieux et dans les mots funestes que l'on prête à certains de vos ministres.

Non, encore une fois, on se méprend singulièrement en France, si lon croit que tant de fureurs paraissent être en situation á nos voisins d'outre-Rhin: elles ne trouvent point d'écho ici; elles provoquent une surprise incomparable, mais pas autre chose.

Seulement, prenez garde! la colère peut venir, et vous aurez de vos propres mains seme en Allemagne les germes d'une inimitié qui, tôt ou tard, deviendra féconde en malheurs pour tout le monde. Et voyez combien cette attitude du gouvernement français et de ses journaux est peu conforme aux nécessités de la situation! L'Allemagne, en somme, n'a répondu qu'une chose très simple et très peu provocatrice aux mises en demeure françaises, elle a dit: „Je n'y suis pour rien: l'affaire ne me regarde pas, arrangez-vous avec les Espagnols."

Or, qu'auriez-vous dit, si l'Allemagne Vous avait répondu ceci:

„Les Espagnols ont choisi un Hohenzollern: ils ent ont le droit, et vous, gouvernement français, vous n'avez pas le droit de le trouver mauvais, puisque votre principe est le plebiscite, et que vous ne frouvez de légitimité que dans l'élection nationale. Quant à nous. Allemands ou Prussiens, il nous plait que ce Hohenzollern accepte cette couronne; notre intérêt le veut ainsi, et, de même que vous avez voulu implanter au Nouveau-Monde l'in-fluence des races latines, nous voulons implanter sur l'ancien continent l'influence prépondérante, des races germaniques. Nous faisons en Espague ce que vous avez fait au Mexique, et nous ne tolérerons pas plus une intervention française, que vous ne vouliez tolérer une intervention des Etats-Unis."

Je suppose que l'Allemagne eut parlé ce langage, qu'auriez-vous dit? Elle le pouvait assurément; le ton des déclarations de vos ministres l'y autorisait.

Eh bien! au lieu de tenir ce langage, qui sans doute ent amené la guerre, l'Allemagne s'est contenue; elle n'a pas laissé parler ses passions, ni son point d'honneur, car entin, admettez donc, o Français, que vous n'ètes pas seuls à avoir un point d'honneur! Elle a été bon enfant, et s'est contentée de trouver votre gouvernement un peu fortement excentrique.

La guerre, on y compte partout, ne sortira pas de cet incident: le prince de Hohenzollern lui-même, qui est un homme de cœur, me dit-on, ne voudrait jamais encourir la responsabilité d'une pareille tuerie. Si le gouvernement français n'a pas un parti pris d'avance de provoquer la guerre, il sera satisfait; le trone d'Espagne ne sera pás occupé par un Hohenzollern. Seulement, on n'est pas très rassure a cet égard en Allemagne.

Vos journaux officieux ont suivi dans cette affaire la marche qu'ils avaient deja suivie, lors de votre plebiscite. Le gouvernement posait alors à la nation la question de savoir si elle voulait oui ou non, ratifier la Constitution nouvelle, et, dès le second jour, on a vu que pour cette presse et pour le gouvernement il ne s'agissait point du tout de Constitution, mais d'un choix à faire entre la Republique et l'Empire; il y avait un dessous de cartes, et c'est sur le dessous de cartes qu'on a vote. Eh bien, on a peur qu'en ce moment, il n'y ait encore un dessous de cartes: le prince de Hohenzollern, se dit-on, pourrait bien n'ètre pour le gouvernement français qu'un prétexte pour amener

une situation, d'ou il espère faire sortir sa revanche de Sadowa.

Voilà ce que l'on craint; je vous répète ce que j'entends dire, et ne demande pas mieux, croyez-le, que de voir les Allemands se tromper. Faites votre profit en France de ces informations. On vit, malheureusement, sur la rive gauche du Rhin, dans une perpétuelle ignorance de ce qui se fait et se pense sur la rive droite.

On est incapable, en général, de porter un jugement sain sur le peuple allemand: on raisonne théoriquement, pour ainsi dire, et d'après des theories fausses, quand on raisonne sur l'Allemagne En ce moment, je crois que vos journalistes officieux et vos ministres ne se sentiraient pas de surprise, s'ils pouvaient voir et entendre ce peuple; et peut-être modifieraient-ils singulièrement leur langage et leur attitude à son égard. En tout cas, – et c'est avec intention que j'y reviens. – ce qu'ils ignorent le plus complétement, et ce qui constitue le plus grand danger pour eux et pour la France, c'est cette vérité: à savoir, qu'à chaque crise nouvelle, l'unité se fait plus solide et plus complete, et que rien ne hate autant l'accomplissement des plans de M. de Bismarck que des déclarations dans le genre de celles qu'ont faites vos Excellences à la Chambre des deputés. **Pour extrait: JACQUES HEBRARD.**

Provincial-Correspondenz – Nr. 28 – Mittwoch, 13. Juli 1870 – S. 1

Frankreichs Verhalten in der Spanischen Frage.

Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die Behandlung, welche die Kandidatur des Prinzen Hohenzollern für den spanischen Thron in Frankreich erfahren hat, auf eine schwere Probe gestellt worden; aber so groß die Geduld war, so tief ist auch die gerechte Entrüstung über den beleidigenden, selbst drohenden Ton, der jenseits des Rheins bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist. Wenn man der Tagespresse in Zeiten der Erregung eine schroffe und verletzende Sprache allenfalls zu Gute hält, so dürfte man doch von einem Mann, wie dem Herzog von Gramont, welcher als auswärtiger Minister eines großen Landes die Gewohnheit oder die Fähigkeit haben sollte, schwierige politische Fragen mit Schonung zu behandeln, erwarten, daß er auch im gegenwärtigen Falle die Sache mit größerer internationaler Vorsicht und Rücksichtnahme angefaßt hätte.

Wäre wirklich ein überwiegendes französisches Interesse durch die Kandidatur des hohenzollernschen Prinzen verletzt worden, so wäre bis zum 6. Juli für Frankreich nichts leichter gewesen, als die guten Dienste irgend einer befreundeten Macht, vielleicht gerade Preußens in vertraulicher Weise in Anspruch zu nehmen, um den Versuch zu machen, die thatsächlichen Verhältnisse mit den Interessen Frankreichs womöglich in Einklang zu bringen. Der Weg dagegen, welchen der Herzog von Gramont eingeschlagen hat, die im diplomatischen Verkehr und im Munde eines auswärtigen Ministers unerhörte Färbung der von ihm beliebten Sprache müssen in den Gefühlen des deutschen Volkes eine tiefe und ernste Verstimmung begründen.

Man hat in Deutschland bis zum letzten Augenblicke an eine ernste Kriegsgefahr nicht glauben mögen, weil in der That die Frage dazu nicht angethan schien. Man durfte bei uns zunächst der Meinung sein, daß der Prinz von Hohenzollern, der ein naher Verwandter des französischen Kaiserhauses ist, während er mit dem preußischen Königshause nur eine Namenverwandtschaft hat, daß namentlich sein Vater, welcher mit dem Kaiser der Franzosen von alter Zeit her in engen persönlichen Beziehungen stand, wohl wissen mußte, wie Frankreich sich zu der Kandidatur stellen würde, – daß ferner die spanische Regierung, welche die Sache vor Allem anging, sich der Auffassung Frankreichs versichert haben würde.

Die preußische Regierung als solche ist, wie auch den Vertretern in Deutschland mitgetheilt worden, der ganzen Angelegenheit vollständig fremd geblieben; selbst Se. Majestät der König ist nach den Hausgesetzen nicht in der Lage, den Mitgliedern des Fürstlich hohenzollernschen Hauses zur Annahme einer fremden Krone die Erlaubnis zu ertheilen oder zu versagen. Der preußische Staat und der König haben daher mit der Sache selbst Nichts zu schaffen gehabt: alle Entscheidung und Verantwortung ruhte von vorn herein ausschließlich bei der spanischen Regierung und bei dem Prinzen von Hohenzollern selbst.

Es war daher eine völlig ungereimte Zumuthung von französischer Seite, daß Se. Majestät der König oder vollends die preußische Regierung dem Prinzen von Hohenzollern die Annahme der spanischen Krone untersagen sollte. Beide hatten dazu kein Recht, da Prinz Leopold, 35 Jahre zählt, großjährig ist, und sich aller der Rechte persönlicher Selbständigkeit erfreut, welche die Verfassung ihm so gut, wie jedem anderen Staatsangehörigen gewährleistet. Der König konnte mithin gar nicht in die Versuchung kommen, dem von französischer Seite an ihn erhobenen Anspruch zu genügen.

Wenn inzwischen von Madrid oder Paris die Nachricht eingetroffen ist, daß der Fürst von Hohenzollern, der Vater des Erbprinzen Leopold, der spanischen Regierung die Mittheilung von der Verzichtleistung desselben auf die Thronbewerbung gemacht habe, so hat der Prinz bei dieser Ablehnung ebenso innerhalb seiner selbständig persönlichen Berechtigung gehandelt, wie bei der vorherigen Annahme. Welche Erwägungen ihn dabei geleitet haben, das entzieht sich für jetzt der näheren Kenntnis und Betrachtung.

Ob die französische Erregung gegen Preußen durch diese Entschließung des Prinzen, welcher, so hochgestellt er ist, doch eben nur ein Privatmann ist, beschwichtigt sein wird, das muß der weitere Erfolg lehren. Deutschland ist glücklicher Weise in der Lage, diesen Erfolg ruhig abwartend und den Entschließungen jedes seiner Nachbarn, wer es auch sei, ohne sonderliche Besorgnis entgegensehen zu können.

Sollte aber auch in Paris die bisherige Aufwallung einer ruhigeren Auffassung Platz machen, so wird in Deutschland auf lange Zeit der Eindruck nicht zu verwischen sein, den diese plötzliche drohende und beleidigende Haltung unserer Nachbarn hinterlassen hat. Es wird schwer sein, das Vertrauen auf gut nachbarliche Verhältnisse und den Glauben an den guten Willen der jetzigen französischen Regierung auf Erhaltung des Friedens wiederherzustellen, nachdem die Versicherungen, welche dieselbe Regierung am 30. Juni dieses Jahres gegeben, daß der Friede niemals gesicherter gewesen, als gerade jetzt, nach kaum 8 Tagen in so auffälliger und befremdlicher Weise verleugnet worden sind. Es kann nicht fehlen, daß alle die beunruhigenden Gerüchte, welche den Eintritt des Herzogs von Gramont ins Ministerium begleiteten, mit einem starken Anspruch auf Glaubwürdigkeit wieder aufleben; der Schaden aber, welchen die Wohlfahrt friedlicher Bevölkerungen durch solche Anwandlungen, wie die der letzten Woche erleidet, kann leider so schnell nicht verwachsen, wie er bereitet wird.

Provincial-Correspondenz – Nr. 28 – Mittwoch, 13. Juli 1870 – S. 2

Graf Bismarck soll nach Ems.

Der Bundeskanzler Graf Bismarck war Angesichts der Dringlichkeit der politischen Verhältnisse von Sr. Majestät dem Könige nach Ems beschieden worden, um über die wünschenswerte Einberufung des Reichstags Vortrag zu halten. Graf Bismarck folgte, indem er die begonnene Karlsbader Kur unterbrach, unverweilt dem Rufe des Königs und traf am Dienstag Abend von Varzin in Berlin ein, wo er sofort eine Besprechung mit dem Kriegsminister und dem Minister des Innern hatte, und am Mittwoch früh die Reise nach Ems fortzusetzen beabsichtigte. Nachdem jedoch am Abend ein Telegramm der Botschaft in Paris hier eingegangen war, nach welchem der dortige spanische Gesandte dem Herzog von Gramont amtlich den Verzicht auf die hohenzollernsche Kandidatur angezeigt hat, gab Graf Bismarck unter den veränderten Umständen die weitere Reise nach Ems auf und gedachte heute nach Varzin zurückzukehren.

* * * *

Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg hat sich zu Sr. Majestät dem Könige nach Ems begeben.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.160 – Mittwoch, 13. Juli 1870 – S.3

Spaniens Bekanntmachung der Thronfolge

Wie aus Bern gemeldet wir, lautete die Depesche der spanischen Regierung, welche dem schweizerischen Bundespräsidenten durch den spanischen Minister-Residenten zur Kenntniß gebracht wurde, wörtlich wie folgt:

> **„Der am 6. dieses Monats unter dem Vorsitze des Regenten La Granja abgehaltene Ministerrath hat einstimmig beschlossen, den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen als Throncandidaten vorzuschlagen. Die Cortes werden am 20. d.M. zusammentreten, um zur Wahl zu schreiten. Die öffentliche Meinung und alle Fraktionen der großen liberalen Partei haben diese Candidatur günstig aufgenommen und die Regierung hofft, daß sich eine große Mehrheit für dieselbe aussprechen werde. Diese Candidatur hat keine anderen Endziele als die Erfüllung der souveränen Wünsche des Landes, und die Regierung zweifelt nicht, daß auch alle befreundeten Nationen diese Entscheidung freundlich begrüßen und mit Vergnügen den Augenblick wieder eintreten sehen, wo Spanien sich mit einer monarchischen Regierung und einem der Krone Spaniens in jeder Hinsicht würdigenden Fürsten wieder fest constituiren wird.“**

Eine gleiche Notifikation ist allen übrigen europäische Regierungen zugegangen. Die Madrider amtliche Zeitung enthält bereits das Dekret, welches die Cortes zum 20. beruft. In Paris scheint man jedoch das Ergebniß bereit für so gesichert zu halten, daß man diesen Termin für weitere Schritte gar nicht einmal abwarten will. Man hat allerdings dafür gesorgt, daß der Prinz von Hohenzollern nicht erst darauf angewiesen ist, in Madrid durch seine persönliche Eigenschaft Boden zu gewinnen, er vertritt nach Allem von vornherein eine Prinzip: das Selbstbestimmungsrecht Spaniens und seine Unabhängigkeit vom französischen Einfluß.

Wiener Zeitung/ Wiener Abendpost – Nr. 157 – Mittwoch, 13. Juli 1870 – S. 4/ S.15

Deutschland – Leopold von Hohenzollern verzichtet auf den Thron Spaniens

Augsburg, 12. Juli. Die **„Augsburger Allgemeine Zeitung“** meldet aus Sigmaringen: Der Erbprinz von Hohenzollern entsagt der Throncandidatur, um der spanischen Regierung die Freiheit der Initiative zurückzugeben, und ist fest entschlossen, eine untergeordnete Familienfrage nicht zum Kriegsvorwande heranreifen zu lassen.

Deutschland – Leopold von Hohenzollern verzichtet auf den Thron Spaniens

Berlin, 12. Juli. (Aufgegeben am 12. Juli, 4 Uhr 40 Min. Nachmittags, angekommen am 13. Juli, 10 Uhr 30 Min Vormittags.) Die **„Kreuzzeitung“** schreibt: Die drohenden Aeußerungen Gramonts sind Zeichen eines überlegten Planes, bei dem Spanien nur den Vorwand bietet und dessen Spitze gegen Preußen und Deutschland gekehrt ist. Ist es nicht maßlose Arroganz, von Deutschland zu verlangen, daß es zu Gunsten der französischen Politik Gendarmendienst thue für den Prinzen von Asturien gegen den majorennen deutschen Fürsten? Wenn Frankreich das Recht beansprucht, seine Nachbarvölker zu bevormunden, so ist von einem gesicherten Frieden nicht mehr die Rede, so ist die Haltbarkeit des Friedens nur mehr eine Frage der Zeit, die jeder Tag verneinen kann. Wer mit uns Händel vom Zaune bricht, wird uns zur Abwehr bereit finden.

Paris, 12. Juli. 3 Uhr 36 Min. Nachmittags. Der spanische Botschafter hat eine vom Fürsten Anton von Hohenzollern unterzeichnete Depesche erhalten, welche ihn benachrichtigt, daß er an Prim telegraphirt habe, daß er in Anbetracht der Verwicklungen, welchen die Candidatur seines Sohnes für den Thron Spaniens zu begegnen scheint, dieselbe in seinem Namen zurückgezogen habe.

Donnerstag, 14. Juli 1870

The Times – Nr.26.802 - Donnerstag, 14.Juli 1870 - S.9

LONDON. DONNERSTAG, 14. JULI 1870.

Die Nachricht, die wir heute Morgen verkünden müssen, wird von unseren Lesern mit großer Erleichterung aufgenommen werden. Wir haben allen Grund, uns zu unserer gestrigen Zurückhaltung zu gratulieren, die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der spanischen Krise nicht aufzugeben. Die Angelegenheit ist zwar noch nicht endgültig geklärt, aber sie steuert nun auf eine zufriedenstellende Einigung zu. Der erste Schritt, der mit dem Verzicht von Prinz Leopold von Hohenzollern erreicht wurde, ist entscheidend.

Über die Einzelheiten der Verhandlung herrscht zwar noch erhebliche Unsicherheit; doch die Worte des Herzogs von Gramont an die Legislative scheinen hinreichend eindeutig zu sein. **„Prinz Leopold hat sich zurückgezogen, und die Verhandlungen Frankreichs mit Preußen hatten kein anderes Ziel. Beruhigt hinsichtlich ihres Alarm" – der Aussicht auf einen preußischen Prinzen auf dem Thron Madrids – einem Punkt, in dem sie keinerlei Kompromisse akzeptiert hätte, kann Frankreich es sich nun leisten, mit Preußen in versöhnlicher Stimmung zu verhandeln. Europa blieb somit das Schauspiel eines großen öffentlichen Verbrechens erspart.**

Unter fadenscheinigsten Vorwänden schien ein Krieg kurz vor dem Ausbruch zu stehen, dessen Kosten man wohlwollend auf eine halbe Million Menschenleben hätte schätzen können und der den Fortschritt der Zivilisation um ein halbes Jahrhundert verzögert hätte. Wie sehr man Erfolg auch verehren mag, es hätte vieler entscheidender Siege bedurft, um die Welt dazu zu bewegen, jenen zu vergeben, durch die die Dinge so plötzlich und doch scheinbar grundlos in diese Lage geraten waren. Da wir nun wieder aufatmen dürfen, lohnt es sich kaum noch, zu fragen, wessen Schuld die drohende Katastrophe war, wie viel von dem gefürchteten Übel auf reinen Zufall zurückzuführen war und wie sehr war es das vorsätzliche Handeln jener, die über das Schicksal der Welt wachen!

Was dem Anschein nach General Prims Tat war, wurde von Frankreich als preußische Intrige betrachtet und in einer Sprache verurteilt, die einer bewussten Drohung gleichkam. Diese Erklärung, die bereits von der „Tribune" und der „Presse" veröffentlicht worden war, wurde dem König von Preußen, der zu diesem Zeitpunkt ohne seine Berater war, in Form einer diplomatischen Note übermittelt. Ihm wurde die Notwendigkeit einer sofortigen Antwort auf eine Weise eindringlich vermittelt, die vielleicht nicht die angemessenste war. Das erste Wort war ein Ultimatum: Preußen hatte die Wahl zwischen Unterwerfung und Krieg. Im Wesentlichen gab Preußen nach. Der Kandidat Hohenzollerns wurde zurückgezogen. Frankreich jedoch, so hieß es, hielt das Zugeständnis für illusorisch und forderte einen formellen, endgültigen und unwiderruflichen Verzicht, und zwar nicht nur vom preußischen Monarchen, aber auch von seiner Regierung und seinem Volk.

So schien der Stand der Dinge vor vierundzwanzig Stunden zu sein. **Erst gestern erschien Frankreich der Welt in diesem trügerischen Licht. Ihre Gefühle, sagte man, seien die einer professionellen Duellantin. Sie hatte die letzten vier Jahre unter der Furcht vor Preußens überlegener Fechtkunst gestanden; und sie hatte einen Konter hinausgezögert, bei dem der Vorteil nicht allzu klar auf ihrer Seite war.** Aber jetzt bildete sie sich ein, sie hätte ihrem Gegner einen Streich gespielt, das Blatt sei völlig gewendet und die Chancen stünden zu ihren Gunsten. Ihr wahrer Grund für den Kriegseintritt war scheinbar einfach, daß sie bereit dafür war, daß ihr Chassepot eine mörderischere Waffe war als das preußische Nadelgewehr; daß ihre Mitrailleuse ihr einen zusätzlichen Vorteil verschaffte. **Sie täuschte sich selbst, daß der Kriegserklärung ein vernichtender Schlag folgen würde, der über den Ausgang des gesamten Feldzugs entscheiden würde; daß Sadowa durch ein neues Jena gerächt werden würde und der Rhein und möglicherweise Belgien zum Preis dafür werden würden.**

Nicht nur Fremde kamen zu solch unbarmherzigen und, wie wir hoffen, unbegründeten Schlussfolgerungen hinsichtlich der Absichten Frankreichs. **Die populärsten Organe der öffentlichen Meinung in Paris riefen, daß „Frankreich die dauerhafte Demütigung, die ihm in den letzten vier Jahren zugefügt wurde, rächen müsse; es müsse das durch den Feldzug der Sieben Tage gestörte territoriale Gleichgewicht wiederherstellen**.

Sie konnte nicht davon träumen, an einem Wettbewerb um einen der wertlosesten Throne des Kontinents teilzunehmen. Ein Krieg zu einem so erbärmlichen Zweck wäre gotteslästerlich. Er würde den Hass der Welt verdienen. Wenn Frankreich seine Schicksale erneut dem Zufall von Kämpfen anvertrauen sollte, dann sollte dies wenigstens um seiner selbst willen, seiner Würde und Ehre und zur Verteidigung jener hohen

Stellung geschehen, die der heutigen Generation von ihren Vorfahren vermacht wurde und die es eine Schande wäre, die ihren Nachkommen nicht unvermindert vermacht werden sollte."

Solche Lobeshymnen ließen nur eine Erklärung zu: **Es sollte nur ein Frankreich auf der Welt geben, keine andere Macht vor ihr. Frankreich würde keinen Gleichgestellten an seinen Grenzen dulden. Nicht, daß Preußen eine solche Gleichstellung beansprucht hätte oder Europa sie ihr zugeschrieben hätte. Aber Preußen war zweifellos gewachsen, und Frankreich sah im Aufstieg seines Nachbarn ein Symptom seines eigenen Niedergangs.**

„Ende gut, alles gut", jedoch. „Der Fürst von Hohenzollern wird nicht in Spanien regieren, und Frankreich wird nichts weiter fordern."

Wenn dieser Satz aus dem „**Constitutionnel"** die ganze Wahrheit sagt, können wir den streitenden Mächten und uns selbst zu der glücklichen Wendung gratulieren, die die Angelegenheit genommen hat. Hoffen wir nun, daß die beiden rivalisierenden Adler lernen, ihre zerzausten Federn zu glätten und auf schrille Trotzlaute zu verzichten. Ständige Vergleiche ihrer jeweiligen Streitkräfte bringen nichts. Jeder von ihnen ist stark genug, ja mehr als stark genug, um eine Kräfteprobe nicht zu fürchten, aber gleichzeitig auch nicht den Drang zu verspüren, sie zu provozieren.

Beide können sich rühmen, aus der Auseinandersetzung mit Bravour hervorgegangen zu sein. Indem Frankreich die – mehr oder weniger unbeabsichtigte – vermeintliche Beleidigung nur allzu bereitwillig und heftig zurückwies, hat es zur Zufriedenheit der ganzen Welt und seines eigenen Volkes bewiesen, daß man mit ihm nicht spaßen sollte; Preußen hingegen hat, indem es sich nicht von seiner unerschütterlichen Ruhe abbringen ließ, jeden Verdacht ausgeräumt, seine Zugeständnisse könnten von unlauteren Motiven getrieben sein.

Frankreich und Preußen beenden die Auseinandersetzung im gegenseitigen Einvernehmen. Es wäre wünschenswert, wenn die nun drohende Eskalation ihrer lang gehegten Feindschaft der Förderung des guten Einvernehmens zwischen ihnen dienen könnte. Es wäre gut, wenn die beiden Großmächte im Rückblick auf die Ursache der Auseinandersetzung, die beinahe zu katastrophalen Folgen geführt hätte, gemeinsam mit anderen Staaten auf freundschaftlichem Wege eine zufriedenstellende Lösung der spanischen Dynastiefrage anstreben, die General Prim und seine Kollegen sowie die Cortes scheinbar so ratlos vor sich haben.

Es gab eine Zeit, da belächelte man die bloße Vorstellung, die Thronfolge in Spanien könnte erneut zu einer gesamteuropäischen Verwicklung führen. Die Erfahrung hat uns in dieser Hinsicht klüger gemacht. Auch wenn Spanien wenig Gutes bewirken mag, besitzt es doch die Macht, viel Unheil anzurichten. Man kann sich kaum sicher sein, daß sie gänzlich außer Gefahr sind, solange sie nicht wirksam gegen ein Wiederauftreten vorgesorgt haben.

The Times – 14.Juli 1870 – Nr.26.802 - S.6

LONDON. DONNERSTAG, 14. JULI 1870. (REUTERS TELEGRAMM.)

PREUßEN.

EMS, 14. JULI. Nachdem die französische Regierung die offizielle Mitteilung erhalten hatte, daß Prinz Leopold von Hohenzollern seine Ansprüche zurückgezogen hatte, richtete der französische Botschafter eine Forderung an den König von Preußen, ihn zu ermächtigen, Paris telegrafisch mitzuteilen, daß er (der König) sich verpflichte, seine Zustimmung künftig zu verweigern, sollte der Prinz von Hohenzollern erneut nominiert werden. Der König weigerte sich, den Botschafter erneut zu empfangen, und ließ ihm durch seinen Adjutanten ausrichten, daß Seine Majestät keine weitere Mitteilung an ihn zu richten habe.

Die halboffizielle Provinzkorrespondenz besagt:

BERLIN, 13. JULI, ABEND. „Aufgrund der hohen politischen Bedeutung der Angelegenheit wurde Graf Bismarck nach Ems beordert, um mit dem König über die Notwendigkeit der Einberufung des Norddeutschen Parlaments zu beraten. Graf Bismarck traf gestern hier ein und nahm sofort Kontakt mit dem Kriegsminister und dem Innenminister auf, um seine Reise nach Ems heute fortzusetzen. Da jedoch gestern Abend ein Telegramm von der preußischen Botschaft in Paris einging, in dem mitgeteilt wurde, daß Herr Olozaga dem Herzog von Gramont offiziell den Verzicht von Prinz Leopold auf seine Ansprüche mitgeteilt hatte, gab Graf Bismarck unter den geänderten Umständen seine Absicht auf, nach Ems zu reisen, und beabsichtigt, noch heute nach Varzin zurückzukehren."

Die halboffizielle „**Provinzkorrespondenz“** dieses Abends erklärt, wie völlig ungerechtfertigt die Forderung Frankreichs war, daß der König von Preußen Prinz Leopold die Annahme der spanischen Krone verbieten solle, und fügt hinzu, daß es dem König folglich unmöglich sei, den Forderungen Frankreichs nachzukommen. Inzwischen wurde die Verzichtserklärung des Prinzen von Madrid nach Paris übermittelt, und dabei handelte der Prinz ebenso innerhalb der Grenzen seiner persönlichen Rechte wie bei der Annahme der Ernennung. Ob die Aufregung der Franzosen gegen Preußen durch die oben genannte Verzichtserklärung des Prinzen besänftigt wird, muss aus weiteren Ergebnissen hervorgehen Deutschland kann diese Ergebnisse glücklicherweise gelassen abwarten und den Entscheidungen seiner Nachbarn ohne große Sorge entgegensehen.

Der Artikel schließt mit den Worten: **„Selbst wenn die bisherige Aufregung in Paris auf absehbare Zeit einer ruhigeren Stimmung weichen sollte, dürfte der Eindruck, den die drohende und beleidigende Haltung unseres Nachbarn hinterlassen hat, in Deutschland nicht verschwinden. Es wird schwierig sein, das Vertrauen wiederherzustellen, da die Zusicherung der französischen Regierung vom 30. des Vormonats, der Frieden sei noch nie so sicher gewesen, nach kaum acht Tagen auf außergewöhnliche und überraschende Weise widerlegt wurde.“**

Es wäre kaum anders möglich, als daß gewisse beunruhigende Gerüchte, die auf den Eintritt des Herzogs von Gramont in das Ministerium folgten, mit starkem Anspruch auf Glaubwürdigkeit wieder aufleben würden. Es kursiert das Gerücht, daß die französische Regierung mit dem Verzicht von Prinz Leopold nicht zufrieden ist. Daher wird erwartet, daß der Norddeutsche Landtag für nächste Woche einberufen wird.

BAYERN.

AUGSBURG, 13. JULI. Die **„Augsburger Abendzeitung“** verkündet, daß Preußen sich in Bezug auf einen Staatenstreit nicht an die bayerische Regierung gewandt hat. Andererseits wurde die Frage hier am 10. d. M. von der französischen Regierung durch einen Dritten aufgeworfen. Die Antwort soll im Allgemeinen gelautet haben, daß die endgültige Entscheidung der bayerischen Regierung vom weiteren Verlauf der Ereignisse abhängen würde und daß sie vorerst eine zurückhaltende Haltung einnehmen würde; dennoch würde die Regierung so weit erklären, daß sich das bayerische Volk und sein König nicht vom Rest Deutschlands abspalten würden.

FRANKREICH.

PARIS, 13. JULI, ABEND. Es wird aus zuverlässiger Quelle berichtet, daß die Gerüchte über Differenzen zwischen Herrn Ollivier und dem Herzog von Gramont unbegründet sind. Es ist auch falsch, daß mehrere Minister einen Austritt aus dem Kabinett erwägen.

14. JULI. Der Verfassungsminister von heute Morgen sagt: „Das Ministerium steht mit der Kammer und dem Land für die Wahrung des Friedens in Europa einig, ohne die Ehre und die Interessen Frankreichs zu opfern.“

THE TIMES-OFFICE, Donnerstag, 13:15 Uhr.

SPANIEN. (VON UNSEREM KORRESPONDENTEN.) (PER TELEGRAPH.)

MADRID, 13. JULI, 13:00 UHR. Der Besuch von Herrn Mercier beim Außenminister hier, über den gestern per Telegramm berichtet wurde, diente dazu, die Antwort seiner Regierung auf das Rundschreiben von Herrn Sagasta zu überreichen, in dem die Wahl des Prinzen von Hohenzollern als Kandidaten für den spanischen Thron bekannt gegeben wurde.

Der Herzog von Gramont erkennt das Recht Spaniens an, sich selbst zu konstituieren, aber da die Rechte einiger durch die Rechte anderer eingeschränkt sind, **ist Frankreich der Ansicht, daß das europäische Gleichgewicht gestört würde, wenn ein deutscher Prinz auf dem spanischen Thron säße. Nach der Wiederholung seiner Freundschaftsbekundungen schließt die Note mit der Feststellung, daß Frankreich Prinz Leopold nicht anerkennen könnte, sollte er gewählt werden.** Die Bolsa ist angesichts der verbesserten Friedensaussichten um 3 oder 4 Prozent gestiegen.

ÖFFENTLICHE STIMMUNG IN FRANKREICH.

Die Gerüchte über ernsthafte Differenzen im Kabinett kursieren weiterhin; aber es ist noch nichts Bestätigendes geschehen, und die heutige Ausgabe der **„Patrie“** dementiert sie. **Die heutige Erklärung des Herzogs von Gramont in den Kammern wurde mit Unzufriedenheit und Überraschung aufgenommen. Sie**

wird als vage und unvollständig angesehen, und die öffentliche Stimmung ist erneut beunruhigt.

Die **„Patrie“** ist der Ansicht, daß nichts, was bisher geschehen ist, als zufriedenstellende Lösung für Frankreich angesehen werden kann, und fügt hinzu: „Die strittige Angelegenheit ist eine internationale, keine familiäre Angelegenheit; und Frankreich kann daher nur mit der preußischen Regierung verhandeln. Frankreich fordert von Preußen ein Protokoll, in dem sich die preußische Dynastie formell verpflichtet, niemals die Krone Spaniens für ihre Familie oder die ihrer Verbündeten anzunehmen.“

Die **„France“** vertritt die Ansicht, daß die Beilegung der Hohenzollern-Kandidatur bedeutungslos sei und daß die Frage auf Preußen ausgeweitet werden müsse.

Die „Presse“ betrachtet die gegenwärtige Einigung als Demütigung und Gefahr für Frankreich und verurteilt es zur Untätigkeit, bis Preußen seine Aggressionen wieder aufnimmt.

Die „Liberté“ fordert einen Europäischen Kongress oder Krieg.

Das **„Journal des Debats“** begrüßt die gegenwärtige Lösung des Konflikts und vertraut darauf, daß die Regierung sich nicht durch den Lärm extremistischer Parteien in die Position des Aggressors drängen läßt, in welchem Fall „das Reich im Krieg wäre“.

Das **„Debats“** sagt, es scheine sicher, daß die Antwort des Königs von Preußen geeignet sei, alle Empfindlichkeiten zu besänftigen und die Forderungen des Kabinetts zu erfüllen.

Das „Siècle“ gratuliert dem Land zur Abwendung des Krieges, bedauert aber die Tatsache, daß durch die unauslöschlichen Spuren der gegenwärtigen Schwierigkeit die nationale Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland vollständig wiederbelebt und die Aufrechterhaltung des Friedens äußerst gefährdet ist

Le Temps – Nr. 3424 – Donnerstag, 14. Juli 1870 – S. 1

Bulletin du Jour – Paris, 13. Juli

Paris. 13. Juli. Wir möchten schnell darauf hinweisen, daß sich die friedlichen Gerüchte von gestern vollständig bestätigt haben. Die deutsch-französische Krise ist vorbei und glücklicherweise ist jegliche Angst vor einem Krieg verschwunden. Weitere Informationen zum Ausgang dieses Konflikts finden Sie im **„Constitutionnel“** und im **„Journal des Débats“.** Zudem liegt eine Depesche aus Madrid vor, die die Gründe für den Rückzug der Kandidatur des Fürsten von Hohenzollern angibt.

Wir sind davon überzeugt, daß dieses Gefühl von dem Land geteilt wird, das sich ganz der Friedensarbeit verschrieben hat und das aufgrund des Ausmaßes der Schäden, die die grausamen Unsicherheiten der letzten Tage bereits angerichtet haben, das Ausmaß der Unruhen abschätzen konnte, die ein Krieg verursacht hätte. Allerdings können wir nicht mit einstimmiger Unterstützung rechnen. Wie wir gesehen haben, gab es in Paris eine Kriegspartei, deren Enttäuschung mit Sicherheit sehr groß war. Dies lässt sich bereits aus der Sprache einiger seiner Tageszeitungen ableiten.

Nachdem die Frage mit Preußen geklärt ist, bleibt der Regierung nun noch, sich gegenüber der Kammer und der Öffentlichkeit zu erklären. Gestern warteten wir während der gesamten Sitzung vergeblich und nicht ohne Ärger auf offizielle Mitteilungen zur Bestätigung der Nachricht, daß uns ein Kabinettsmitglied auf den Fluren informiert. Wir erwarten heute eine umfassende Aufklärung. **Der Tag könnte trotz des guten Eindrucks, den die Gewissheit des Friedens hinterlassen hat, für das Ministerium schwierig werden, wenn – was durchaus wahrscheinlich ist – die hochmütige, ungewöhnliche und undiplomatische Art und Weise, in der die Angelegenheit angestoßen wurde, umgekehrt wird.** Es kursieren viele Gerüchte über die Art und den Umfang der Untersuchungen, die verschiedene Mitglieder durchführen wollen. Wir kennen den Antrag, den Herr C. Duvernois gestern eingereicht hat. Es ist sogar von einer möglichen Ministerkrise die Rede.

Alternativ könnte man sich fragen, welche Auswirkungen das Verschwinden der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern in Madrid haben wird. In den spanischen Nachrichten konnten wir in diesen Tagen sehen, daß das Kabinett Prim entschlossen ist, voranzukommen und den Widerstand der französischen Regierung um jeden Preis zu ignorieren. Es besteht kein Zweifel, daß der Ausgang der Affäre den Grafen von Reus und seine Kollegen in eine schiefe Lage bringen und sie in ernsthafte Verlegenheit geraten wird.

Französisch

Le Temps – Nr. 3424 – Jeudi, 14. Juillet 1870 – P. 1

Bulletin du Jour – Paris, 13. Juillet

Paris, 13. Juillet. Hâtons-nous de constater que les bruits pacifiques d'hier sont pleinement confirmés; la crise franco-prussienne est terminée, toute crainte de guerre a heureusement disparu. On trouvera plus loin les informations que donnent sur le dénouement de ce conflit le Constitutionnel et le Journal des Débats. On y trouvera aussi une dépêche de Madrid, qui indique comment est motivé le retrait de la candidature du prince de Hohenzollern.

Nous n'avons pas besoin de dire que c'est avec une profonde satisfaction que nous avons appris la bonne nouvelle de la conclusion de ce différend, devenu un instant si périlleux et si gros de tempêtes.

Nous sommes convaincu que ce sentiment sera partagé par le pays, voué tout entier aux travaux de la paix, et qui a pu juger par l'étendue des dommages que lui ont déjà causés les cruelles incertitudes de ces jours passés, de l'immensité des perturbations qu'aurait entrainées la guerre. Il ne faut cependant pas compter sur l'unanimité des adhésions. Il y avait, ainsi qu'on l'a vu, à Paris, un parti de la guerre, dont le désappointement ne peut manquer d'être très vif; on peut déjà en juger par le langage de quelques-uns de ses journaux.

La question réglée avec la Prusse, il reste maintenant au gouvernement à s'en expliquer avec la Chambre et l'opinion. Hier, pendant toute la séance, on a vainement attendu, non sans agacement, que des communications officielles vinssent confirmer les nouvelles qu'un des membres du cabinet colportait dans les couloirs. On compte pour aujourd'hui sur des éclaircissements complets. La journée pourra, malgré la bonne impression produite par la certitude de la paix, être rude pour le ministère, si, comme cela est assez probable, on revient sur la façon hautaine, insolite, antidiplomatique, dont l'affaire avait été engagée. Beaucoup de rumeurs sont en circulation sur le caractère et la portée des interpellations que divers membres se proposent de faire; on connaît celle qu'a déposée hier M. C. Duvernois. On va jusqu'à parler de la possibilité d'une crise ministérielle.

Subsidiairement,on peut se demander quel va être à Madrid le contre-coupde la disparition de la candidature du prince de Hohenzollern. On a vu tous ces jours-ci, par les informations espagnoles, que le cabinet Prim était décidé à aller de l'avant et à passer outre, coûte que coûte, à l'opposition du gouvernement français. Il n'est pas douteux que l'issue de l'affaire ne mette le comte de Reus et, ses collègues dans une fausse position, et ne soit de nature à leur créer de sérieux embarras.

Breslauer Zeitung – Nr. 322 – Donnerstag, 14. Juli 1870 – S. 2

Telegraphische Depeschen. – [Die Emser Depesche.]

(Aus Wolff's telegr. Bureau)

Ems. 13. Juli. Nachts. Nachdem die Nachricht von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung von der spanischen amtlich mitgetheilt, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß der König von Preußen sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder die Zustimmung zu geben, wenn die Fürsten von Hohenzollern auf die Candidatur zurückkommen sollten. Der König lehnte hierauf ab, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen, daß der König dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe.

Wiener Zeitung – Nr. 158 – Donnerstag, 14. Juli 1870 – S. 3

Großbritannien – Haltung zur spanischen Thronfrage.

London, 10. Juli. Ein Correspondent der **„Independace belge"** bemerkt Folgende über die Haltung, welche die englische Regierung für den Fall eines Krieges auf dem Continente einzunehmen gedenkt:

„Es giebt sicherlich keine Nation, die den europäischen Frieden aufrichtiger als England wünscht. Man würde sich jedoch auf dem Continent sehr täuschen, wenn man glaubte, daß Englands Interesse einem Kriege gegenüber bloß zuwartender Natur sein würde. Seine Beziehungen zum Continent sind eben von so hoher Wichtigkeit und ein Bruch des europäischen Friedens könnte solche Complicationen herbeiführen, daß ein actives Einschreiten unvermeidlich werden dürfte. Der officiöse „Observer" spricht sich in gleicher Weise aus.

Daher schickt England Truppen auf die Kanalinseln und hält Kriegsschiffe in Portsmouth in Bereitschaft um jederzeit einsatzbereit zu sein, in das Kriegsgeschehen auf dem Kontinent wie auch immer eingreifen zu können. – Times – 19.07.1870

Wiener Zeitung – Nr. 158 – Donnerstag, 14. Juli 1870 – S. 4

Sigmaringen – Absage Leopolds von Hohenzollern

Berlin, 12. Juli. (Aufgegeben um 9 Uhr Abends, angekommen am 13. Juli 2 Uhr Nachmittags.) Aus Sigmaringen wird bestimmt gemeldet, daß Prinz Leopold der Throncandidatur Spaniens entsagte, indem er den Gefühlen folgte, welche es ihm als preußisch-deutschem Officier unmöglich machen, seiner Person willen Deutschland in einen Krieg zu stürzen und gleichzeitig Spanien einen blutigen Kampf als Mitgift zu bringen.

Wiener Abendpost – Nr. 158 – Donnerstag, 14. Juli 1870 – S. 15

Frankreich fragt nach Bayerns Haltung in einem Krieg.

Augsburg, 13. Juli. Das Abendblatt der **„Augsburger Abendzeitung"** meldet: Preußen stellte bisher keine Anfrage wegen des casus foederis; da gegen richtete die französische Regierung am 10. d. Abends durch eine Mittelperson die bezügliche Anfrage an die bairische Regierung; die Antwort soll dem Sinne nach folgendermaßen gelautet haben: Die bairische Regierung macht ihre definitive Entschließung von dem ferneren Verlaufe der Angelegenheit abhängig und werde zur Zeit ihre zurückhaltende Stellung beibehalten; die Regierung könne jedoch schon jetzt versichern, das bairische Volk und sein König werden sich von dem übrigen Deutschland nicht trennen.

Wiener Abendpost – Nr. 158 – Donnerstag, 14. Juli 1870 – S. 15

Sigmaringen – Absage Leopolds von Hohenzollern

Berlin, 13. Juli. (Aufgegeben um 3 Uhr 50 Minuten Nachmittags.) Die **„Provinzial-Correspondenz"** legt dar, wie völlig ungerechtfertigt die Zumuthung Frankreichs sei, der König von Preußen solle die Annahme der spanischen Krone dem Prinzen Leopold untersagen; es war daher dem Könige unmöglich, dem französischen Anspruch zu genügen. Inzwischen sei von Madrid über Paris die Verzichtleistung gemeldet worden. Hiebei handelte der Prinz ebenso innerhalb seiner selbstständigen persönlichen Berechtigung wie bei der vorherigen Annahme. Ob die Erregung in Frankreich gegen Preußen durch den Verzicht des Prinzen beschwichtigt sei, müsse der weitere Erfolg lehren. Deutschland sei glücklicher Weise in der Lage den Erfolg ruhig abzuwarten und den Entschließungen jedes seiner Nachbarn, wer es auch sei, ohne sonderliche Besorgnisse entgegenzusehen. Sollte auch in Paris die bisherige Aufwallung einer ruhigeren Auffassung Platz machen, in Deutschland wird lange Zeit der Eindruck nicht verwischbar sein, welchen die plötzlich drohende und beleidigende Haltung unserer Nachbarn hinterlassen hat; es wird schwer sein, das Vertrauen wieder herzustellen, nachdem die Versicherungen, welche die französische Regierung am 30. Juni abgegeben, daß der Friede niemals gesicherter gewesen sei als jetzt, nach kaum acht Tagen in so auffälliger, befremdlicher Weise verläugnet sind. Es kann nicht fehlen, daß alle beunruhigenden Gerüchte, welche den Eintritt Gramonts in das Ministerium begleiteten, mit starkem Anspruch aus Glaubwürdigkeit wieder aufleben.

Wiener Abendpost – Nr. 158 – Donnerstag, 14. Juli 1870 – S. 15

Frankreich noch nicht zufrieden mit der Absage Leopolds

Paris, 13. Juli. Die **„France"** schreibt: Nichts könnte bis jetzt eine wirklich befriedigende Lösung für Frankreich begründen. Es handelt sich, eine internationale Angelegenheit und nicht eine Familienangelegenheit zu regeln. Mit Preußen allein kann Frankreich sie erörtern. Es bedarf eines authentischen Protokolls, welches die feierliche und unwiderrufliche Verpflichtung der preußischen Dynastie begründet, für keines seiner Mitglieder und seiner Alliirten die Krone Spaniens anzunehmen. Jede andere Lösung ist lächerlich und illusorisch. Preußen weiß dies wohl, wenn nicht besser wie wir. Es wäre berechtigt, es als einen Sieg für sich zu betrachten, den Zwischenfall zu beendigen, ohne eine einzige Sicherheit zu geben, die uns gegen eine neue Ueberraschung seines Ehrgeizes sicherstellen könnte. Die Herausforderung des Berliner Cabinets hätte uns berechtigen können, von demselben eine Genugthuung für die früheren Kühnheiten und Eingriffe zu verlangen. Wir würden mit Vergnügen gesehen haben, wenn das Terrain der Erörterung erweitert worden wäre. **Wir**

haben freiwillig den Streit begrenzt, denn wir hätten den Vorwurf erhalten können, weniger eine Genugthuung als einen Streit wegen der Vergrößerung Preußens zu wollen. Begnügen wir uns demnach für den Augenblick, Spanien für Preußen geschlossen zu haben.

Königlich privilegirte Zeitung – Nr. 161 – Donnerstag, 14. Juli 1870 – S. 10

Großbritannien – Kommentar zur Situation Frankreich-Preußen

London, 11. Juli. Der **„Observer“** schreibt:

„Das Eigenthümliche der Lage besteht darin, daß die unmittelbare Streitfrage mit dem wirklichen Ausgange wenig zu schaffen hat. Der Streit liegt in Wirklichkeit nicht zwischen Frankreich und Spanien, sondern zwischen Frankreich und Preußen, da die Wahl eines hohenzollernschen Prinzen von jenem unglücklicherweise als eine absichtliche Beleidigung Frankreichs aufgefaßt wird und die französischen Minister die Empfindlichkeit ihrer Landsleute aufstachelten, statt daß sie selbe hätten beschwichtigen sollen. Da sich kaum annehmen läßt, daß sie ohne Ermächtigung ihres kaiserlichen Herren ihre Kammerreden gehalten, ist die Stellung, welche dieser einzunehmen für gut fand, sehr klar definirt: Aufgeben der hohenzollernschen Candidatur - oder Krieg – das ist die Meinung, so lautet die unmittelbare Drohung gegen Spanien, die mittelbare gegen Preußen. Wofern die Spanier nun dem ersten Eindrucke folgen sollten, würden sie in Folge jener Drohung sich um so entschiedener um den Erwählten Prims schaaren, andererseits aber werden sie sich die daraus entstehenden Gefahren nicht verhehlen können. ...

Vor der Hand ist die Anschuldigung Frankreichs, daß Bismarck die Hand zu einem Intriguenspiel geboten, noch durchaus nicht erwiesen, wogegen es feststeht, daß die deutsche Nation sich um die Art der spanischen Thronbesetzung nicht im geringsten kümmert. Vom logischen Standpunkte betrachtet ist die Stellung Preußens unangreifbar, und es muß sich erst zeigen, ob dieses aus seiner passiven Haltung heraustreten werde, um keine Unterbrechung seiner Beziehungen zu Frankreich eintreten zu lassen. Beharrt König Wilhelm auf seiner Passivität, und beharren die Cortes auf der Wahl des hohenzollernschen Prinzen, dann allerdings läßt sich nicht gut einsehen, wie, ohne Demüthigung Frankreichs oder Deutschlands, der Krieg abgewendet werden könne. Die Lage ist bedenklich, aber noch immer nicht hoffnungslos.“

London, 11. Juli. Die **„Times“** äußert sich im Wesentlichen heute folgenderweise:

Der englischen Nation ist ihr Pflicht klar vorgezeichnet. Unsere Minister müssen das Mögliche thun, um den Frieden aufrecht zu halten, sie werden dabei unser Aller beste Wünsche auf ihrer Seite haben, auch derer, die da meinen, daß ein Waffengang zwischen Frankreich und Preußen eine unausweichliche historische Nothwendigkeit sei. Solche Meinung darf uns nimmermehr das Urtheil verwirren und die Hand zur Vermittlung lähmen. Gab es doch eine Zeit, in der Frankreichs Erbitterung gegen uns nicht minder gewaltig war als seine jetzige gegen Preußen, und es ist nicht einzusehen, weshalb sie sich mit der Zeit nicht ebenfalls legen sollte. **Für England wäre ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen in politischer und militärischer Beziehung allerdings von geringer Bedeutung, selbst wenn er über das Schicksal des Rheins entscheiden sollte, der ohne Zweifel des Kampfes Ziel und Ende sein würde.**

Freitag, 15. Juli 1870

Le Temps – Nr. 3425 – Freitag, 15. Juli 1870 – S. 1

Bulletin du Jour – Paris, 14. Juillet

Paris, 14. Juli. Die Ängste der Bevölkerung haben sich noch nicht vollständig gelegt, und in der politischen Welt herrscht noch immer große Aufregung; man kann sich davon ein Bild machen, wenn man die stürmischen Veränderungen betrachtet, die in der gesetzgebenden Körperschaft aufeinander folgen, und wenn man die Anzeichen von Ungeduld erkennt, die sogar im Senat sichtbar werden. Nach den friedlichen Kommentaren von Herrn E. Ollivier zum Rückzug des Prinzen von Hohenzollern, nach der halboffiziellen Note des „Constitutionnel“, die die Zufriedenheit der Regierung bezeugte, konnten die gestern von Herrn de Gramont in beiden Kammern abgegebenen identischen Erklärungen, die Mitteilung des Ministers, daß die Verhandlungen mit Preußen noch nicht abgeschlossen seien, und seine Bitte um die Vertagung der Interpellationen auf morgen, in der Tat nur neue Unruhe und Verwirrung in die Köpfe der Menschen bringen.

Diese Aussagen haben zu völlig widersprüchlichen Interpretationen geführt und man kann eigentlich alle möglichen Schlüsse daraus ziehen. **Die Kriegsbefürworter, die seit dem Vortag sehr niedergeschlagen waren, haben wieder etwas Mut gefasst, das ist verständlich. So kamen gestern Abend und heute Morgen erneut Kriegsgerüchte auf; in Zeitungen, die um jeden Preis eine Kollision mit Preußen wollen, begann man wieder über Rüstung zu sprechen.**

Stimmt es, wie verschiedene Zeitungen versichern, daß die französische Regierung beim König von Preußen darauf besteht, von ihm eine deutlichere Ablehnung der Kandidatur der Hohenzollern und die Garantie zu erhalten, daß diese nie wieder aufleben kann, und daß die Notwendigkeit, auf die Antwort des preußischen Monarchen zu warten, dazu geführt hat, daß die endgültigen Erklärungen auf morgen verschoben wurden?

Was auch immer die Gegner einer Versöhnung sagen und welchen Lärm sie auch machen, wir können nicht glauben, daß der Frieden, der gestern als sicher galt, heute unsicher ist; wir wollen nicht annehmen, daß diese Weigerung zum Krieg führen könnte, obwohl König Wilhelm, wie uns in einer Depesche aus Berlin bekannt wurde, seine Würde darin sieht, keinen weiteren Schritt in Richtung Zugeständnisse zu unternehmen.

Was jedoch nicht geleugnet werden kann, ist, daß die Indiskretionen, das Zögern, die Unsicherheiten und die oft geleugneten internen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ministerium ein unbeschreibliches Chaos bedeuten.

In Preußen, wo man immer vorgab, hinsichtlich des Ausgangs der Krise sehr zuversichtlich zu sein, scheint man nun zu glauben, daß eigentlich alles vorbei sei. Herr Bismarck, der sich erst spät entschlossen hatte, seinen Rückzugsort in Pommern zu verlassen, der jedoch gerade in Berlin angekommen war und sich auf die Abreise nach Ems vorbereitete, hat sich, wie man sagt, gestern auf den Weg nach Varzin gemacht, als er von der Abreise des Prinzen von Hohenzollern erfuhr. Auf diese Weise gab er zu verstehen, daß er der Angelegenheit keine weitere Bedeutung beimesse und daß sie es wirklich nicht wert war, ihn wegen so einer Kleinigkeit zu stören. Aus dem Artikel in der „Provinzial Correspondenz“, ..., können wir jedoch schließen, daß sich in offiziellen Kreisen Berlins eine lebhafte Irritation abzuzeichnen begann.

Darüber hinaus liegen uns noch weitere, noch bedeutsamere Artikel vor, die in verschiedenen deutschen Zeitungen und insbesondere in der „Kreuz-Zeitung“, dem Organ der preußischen Feudalpartei, veröffentlicht wurden.

Wie angekündigt fand gestern in Rom in der Generalkongregation die Abstimmung zur Unfehlbarkeit statt: 430 Stimmen sprachen sich für das neue Dogma aus, 88 lehnten es ab, 62 gaben eine bedingte Stimme ab. Wie wir sehen, handelt es sich nicht um moralische Einstimmigkeit, die allen früheren Konzilen als Regel gedient hatte; aber in ein paar Tagen werden wir trotzdem einen unfehlbaren Papst haben.

Ulysse Ladet

Französisch

Le Temps – Nr. 3425 – Freitag, 15. Juli 1870 – S. 1

Bulletin du Jour – Paris, 14. Juillet

Paris, 14. Juli. Les anxiétés du public ne sont pas encore complétement dissipées, et il règne toujours une grande agitation dans le monde politique on peut s'en faire une idée par les mouvements tumultueux qui se succèdent au Corps législatif et par les symptômes d'impatience qui se font jour même au Sénat.

Venant après les commentaires pacifiques de M. E. Ollivier sur le désistement du prince de Hohenzollern, après la note semi-officielle du Constitutionnel qui témoignait de la satisfaction du gouvernement, les déclarations identiques faites hier par M. de Gramont dans les deux Chambres, la nouvelle donnée par ce ministre que les négociations avec la Prusse n'étaient pas encore terminées et sa demande d'ajournement des interpellations à demain ne pouvaient, en effet, que jeter de nouveaux éléments de trouble et de confusion dans les esprits.

Ces déclarations out donné lieu à des interprétations tout à fait contradictoires, et de fait on peut en tirer toutes les conclusions qu'on voudra. Les partisans de la guerre, fort abattus depuis la veille, en ontrepris un peu courage, cela se conçoit. Aussi les rumeurs guerrières ont-el-les recommencé à circuler hier soir et ce matin; les journaux qui veulent à tout prix, une collision avec la Prusse, se sont remis à parler d'armements.

Est-il vrai, comme l'assurent diverses feuilles, que le gouvernement français insiste auprès du roi de Prusse pour obtenir de lui un désaveu plus explicite de la candidature Hohenzollern et la garantie qu'elle ne pourra jamais renaître, et que ce soit la nécessité d'attendre la réponse du monarque prussien qui ait fait ajourner à demain les explications définitives?

Quant à nous, quoi que l'on dise et quelque bruit que fassent les adversaires de la conciliation, nous ne voulons pas croire que la paix, regardée hier comme certaine, se trouve aujourd'hui moins assurée; nous ne voulons pas supposer qu'alors même que, comme l'annonce une dépêche de Berlin qui nous arrive à l'instant, le roi Guillaume croirait sa dignité engagée à ne pas faire un pas de plus dans la voie des concessions, la guerre puisse sortir de ce refus. Mais ce qu'on ne peut nier, c'est que les indiscrétions, les hésitations, les incertitudes, les dissensions intestines souvent démenties, du ministère, ne dénotent dans son sein un inénarrable gâchis.

En Prusse, où l'on a toujours affecté de se montrer fort rassuré sur l'issue de la crise, on paraît croire que tout est bien réellement fini. M. de Bismarck, qui ne s'était décidé que tard à quitter sa retraite en Poméranie, qui cependant venait d'arriver à Berlin et qui se préparait a aller à Ems, a dú, dit-on, rejoindre hier la route de Varzin, en apprenant le désistement du prince de Hohenzollern; c'est une manière de donner à entendre qu'il n'attachait pas d'autre importance à l'affaire et que ce n'était vraiment pas la peinece de le déranger pour si peu. On peut pendant juger par l'article de la Correspondance provinciale, que l'on trouvera plus loin, qu'une vive irritation commençait à se manifester dans les sphères officielles de Berlin.

Nous avons également sous les yeux d'autres articles encore plus significatifs publiés par diverses feuilles allemandes, et notamment par la Gazette de la Croix, organe du parti féodal prussien.

Ainsi qu'on l'avait annoncé, hier a eu lieu à Rome, en congrégation générale, le vote sur l'infaillibilité: 430 voix se sont prononcées en faveur du nou-veau dogme, 88 l'ont repoussé, 62 ont émis un vote conditionnel. Ce n'est pas, comme on voit, l'unanimité morale, qui avait servi de règle à tous les conciles antérieurs; mais dans quelques jours, nous n'en aurons pas moins un pape infaillible.

Ulysse Ladet

L'Union – Nr. 196 – Freitag, 15. Juli 1870 – S. 1

Aktuelle Nachrichten – Paris, 14. Juli

Paris, 14. Juli. 2 ½ Uhr. Die Nachrichten, die wir aus dem Parlament erhalten, stehen in krassem Gegensatz zu denen von gestern. **Gestern war es der Frieden, heute ist es der Krieg.**

Seit Mittag stehen große Gruppen in der Nähe des Palais Bourbon. Drinnen ist die Aufregung groß, viel größer als in den vergangenen Tagen. In allen Gruppen wird die ernste Nachricht kommentiert, die wir am Anfang unseres Bulletins verzeichnen: **die Weigerung des Königs von Preußen, eine Verzichtserklärung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron zu unterzeichnen, und, was nicht weniger ernst ist, die Weigerung, unseren Botschafter zu empfangen.**

Auch die Vorbereitungen der Regierung auf kommende Eventualitäten werden thematisiert.

Der Kaiser ist heute Morgen um zehn Uhr in den Tuilerien angekommen. Es wurde ein Ministerrat abgehalten, der noch andauerte, als die Sitzung begann.

Französisch

L'Union – Nr. 3425 – Freitag, 15. Juli 1870 – S. 1

Nouvelles de la dernière heure– Paris, 14. Juillet

Paris, 14. Juli. 2 heures et demie. Les nouvelles que nous recevons de la Chambre offrent un singulier contraste avec celles d'hier. Hier, c'était la paix; aujourd'hui, c'est la guerre.

Des groupes nombreux stationnent depuis midi aux abords du Palais-Bourbon. A l'intérieur, l'agitation est grande, beaucoup plus grande que ces jours passés. Dans tous les groupes, on y commente les graves nouvelles que nous consignons en tête de notre bulletin concernant le refus du roi de Prusse de signer un acte de renonciation du prince Léopold au trone d'Espagne, et, ce qui n'est pas moins grave, le refus de recevoir notre ambassadeur.

On s'entretient aussi de l'activité des préparatifs du gouvernement en vue des éventualités qui se préparent.

L'empereur est arrivé ce matin à dix heures aux Tuileries. Un conseil des ministres a été tenu; il se prolongeait encore au moment de l'ouverture de la séance.

Wiener Zeitung – Nr. 159 – Freitag, 15. Juli 1870 – S. 3

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 13. Juli. Die **„Norddeutsche allgemeine Zeitung“** bestätigt die Depesche betreffs der loyalen, nationalen Haltung des württembergischen Ministers Varnbühler.

Die **„Norddeutsche allgemeine Zeitung“** meldet aus **Paris**, Graf Daru habe, als er auf das gegen den diplomatischen Gebrauch verstoßende Vorgehen gegen Preußen hinwies, vom Kaiser die Antwort erhalten, es handle sich Preußen gegenüber nicht um eine einzelnstehende Frage, man habe seit dem Jahre 1866 die Regierung des Kaisers getadelt, daß sie das nationale Prestige dem Auslande gegenüber compromittire. Eine solche Lage könne nicht fortdauern.

Die **„Norddeutsche allgemeine Zeitung“** berichtet aus Ems, Benedetti habe die Regeln des diplomatischen Verkehrs so weit verletzt, daß er den König auf der Promenade noch über die Angelegenheit interpellirte und ihm Erklärungen abdrängen wollte.

Daßelbe Blatt sagt weiter: In den Häfen Cherbourg, Brest und L'Orient sind 14 schwere Panzerschiffe in der Ausrüstung begriffen; es darf daher nicht verwundern, wenn man darauf Bedacht nimmt, die norddeutschen Häfen gegen eine Bedrohung durch diese Fahrzeuge zu sichern. Moltke ist hier eingetroffen.

Ems, 14. Juli. Der König begiebt sich morgen früh mittelst Extrazuges nach Berlin. Die Minister Camphausen und Eulenburg sind abgereist. Benedetti reist Nachmittags ab.

Wiener Zeitung – Nr. 159 – Freitag, 15. Juli 1870 – S. 13

Tagesbericht - Paris

Der bereits telegraphisch signalisirte Artikel des **„Constitutionnel“** vom 13. d. M. lautet vollständig: Die Regierung hat Wort gehalten. Die Candidatur eines deutschen Prinzen auf den spanischen Thron ist beseitigt und der Friede Europas wird nicht gestört werden. Die kaiserlichen Minister haben laut und fest gesprochen, wie es sich ziemt, wenn man die Ehre hat ein großes Land zu regieren. Sie sind gehört worden; man hat ihrer gerechten Forderung Genüge gethan. Wir sind zufriedengestellt. Der Prinz Leopold von Hohenzollern hatte die spanische Krone angenommen. Frankreich erklärte, daß es sich einer politischen Combination oder einem Familienübereinkommen widersetzen würde, in denen es eine Bedrohung seiner Interessen erblickte, und die Candidatur wird zurückgezogen. Der Prinz von Hohenzollern wird nicht in Spanien regieren. Wir haben nicht mehr verlangt und mit Stolz nehmen wir von dieser friedlichen Lösung Kenntniß. Ein großer Sieg, welcher nicht eine Thräne, nicht einen Tropfen Blut kostet!“

Wiener Abendpost – Nr. 159 – Freitag, 15. Juli 1870 – S. 13

Telegraphische Depeschen – Österreichs Neutralität – Verhältnis zu Frankreich.

Pest, I5. Juli. „Pesti-Naplo“ ist mit der gestrigen Antwort des Grafen Andrassy vollkommen zufrieden und weist ferner darauf hin, daß in Oesterreich selbst jetzt, im Momente der gemeinsamen Gefahr, die klerical-feudale Partei nicht aufhört, gegen die Regierung zu kämpfen. Wer zu solcher Zeit den Patriotismus dem Parteigeiste hintansetzt, der hat es selbst erklärt, daß er im Staatsleben nie mehr eine Rolle spielen kann.

Die **„Reform“ will zwar auch den Frieden und für den Fall des Krieges vollständige Neutralität von Seite Oesterreich-Ungarns; sie wünscht aber, daß der Eroberungslust Preußens endlich ein Ziel gesetzt werde. Wenn Frankreich jetzt unterliegt, sagt die „Reform“, werden wir unstreitig in kurzem unter weit ungünstigeren Umständen Preußen gegenüberstehen; darum ist jeder Sieg Frankreichs unser Sieg und jede seiner Niederlagen auch für uns eine Niederlage**.

Wiener Abendpost – Nr. 159 – Freitag, 15. Juli 1870 – S. 16

Telegraphische Depeschen – Frankreichs Kriegsstimmung.

Paris, 15. Juli Morgens. Gestern Abends herrschte auf den Boulevards eine außerordentliche Bewegung. Eine unabsehbare Menge stimmte die Marseillaise an und sang den „Chant du depart". Man schrie:

„Es lebe der Kaiser! Nieder mit Preußen! Es lebe der Krieg! Auf nach Berlin! Nieder mit Bismarck!"

Gleiche Demonstrationen fanden im Quartier Latin statt.

Der **„Constitutionnel"** constatirt, daß Prim eine sehr thätige Rolle für eine friedliche Lösung gespielt habe. Das spanische Cabinet und Olozaga haben gleichfalls alle Anstrengungen für Erhaltung des Friedens gemacht.

Der **„Constitutionnel"** endigt seinen Artikel, indem er sagt, daß, was Spanien anbelangt, alle Schwierigkeiten beglichen sind.

London, 15. Juli. **„Globe"** und **„Pall-mallGazette"** finden die Abweisung der neuesten Forderungen des französischen Botschafters durch den König von Preußen vollständig gerechtfertigt

National-Zeitung – Nr. 323 – Freitag, 15. Juli 1870 – S. 1

Deutschland – Frankreichs Verhalten

Berlin, 14. Juli. Seine Majestät der König wird, wie aus Ems telegraphisch gemeldet wird, morgen früh acht Uhr die Rückreise von dort nach Berlin antreten.

Die **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"** fügt zu der bekannten Depesche über die Forderungen des Grafen Benedetti noch Folgendes hinzu: „Der französische Botschafter hat die Regeln des diplomatischen Verkehrs dabei soweit außer Augen gesetzte, daß er sich nicht enthielt, den König in der Badekur zu stören, ihn auf der Promenade ihn über die Angelegenheiten zu interpelliren und ihm Erklärungen abdringen zu wollen." –

Der **„Berliner Börsen-Zeitung"** sind darüber folgende Details berichtet worden: „Graf Benedetti sprach den König auf der Promenade an, um an ihn die Forderung zu stellen, Garantien gegen die Wiederkehr ähnlicher Komplikationen, wie es die gegenwärtigen sind, zu bieten, und speziell an ihn das Ansinnen zu stellen, an den Kaiser Napoleon einen entschuldigenden Brief zu schreiben. Der König begnügte sich, den Botschafter darauf aufmerksam zu machen, daß dies nicht der Ort sei, wo man über derartige Dinge spreche. Se. Majestät kehrte aber sofort in seine Wohnung zurück, wohin ihm der Botschafter unmittelbar folgte. Als derselbe sich hatte anmelden lassen, entsendete der König seinen Flügeladjutanten, Grafen Lehndorff, um dem Grafen Benedetti sagen zu lassen, daß er mit ihm über den Gegenstand überhaupt nicht mehr zu sprechen habe und ihn deshalb nicht empfangen wolle."

Graf Benedetti war bekanntlich von Paris aus instruirt worden, in kürzester Frist eine Antwort auf die unerhörte Prätensionen, die er zu vertreten hatte, zu beschaffen und er hat sich nun dieser Aufgabe mit der unanständigsten Zudringlichkeit unterzogen.

Die **„Kreuzzeitung"** sagt über die Taktik des Bonapartismus:

Die Art, in welcher die Minister Gramont und Ollivier die spanische Thronfrage vor der Gesetzgebungskörper behandeln, entsprach durchweg der Art und Weise, wie vor 11 Jahren der italienische Krieg eingeleitet wurde. Nichts charakterisiert wohl mehr die Abneigung der französischen Regierung gegen jede Verständigung, als der Umstand, daß während sie der Welt eine zwischen ihr und der preußischen Regierung bestehende und eine Kriegsgefahr in sich tragende Spannung denunzirte, **kein Schriftstück existirt, welches eine Klage formulirt, eine Beschwerde geltend gemacht hätte.** Sehr begreiflich! **Denn wenn man keinen Grund zum Kriege hat, sondern nur einen Vorwand sucht, diskutirt man nicht – man provozirt nur**.

Vor Allem bezeichnend ist auch die Verlogenheit, mit welcher aus den Regierungskreisen gleichzeitig die widersprechendsten Nachrichten ausgestreut werden. Vom 13. Juli wird aus dem **„Constitutionnel"**, dem hochoffiziösen Organ telegraphirt: Der **„Constitutionnel"** erinnert an die vom Herzog von Gramont am 6. d.M. abgegebene Erklärung, sowie an die von Ollivier an demselben Tage gesprochenen Worte und sagt: „Die Regierung hat Wort gehalten. Die Bewerbung des deutschen Prinzen um den spanischen Thron ist beseitigt und der Friede Europas wird nicht gestört werden. Wir sind befriedigt. Der Prinz von Hohenzollern wird nicht in Spanien regieren. Mehr verlangen wir nicht, und mit Stolz nehmen wir diese friedliche Lösung an." .....

Die **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“** enthält folgende anscheinend officiöse Notizen:

Aus Paris erfährt man, daß neulich Graf Daru, der in einer Unterredung mit dem Kaiser auf das gegen allen diplomatischen Brauch verstoßende Vorgehen Frankreichs gegen Preußen hinwies, die Antwort empfing: es handle sich hier nicht um einen persönlichen Fall und man könne die Frage nicht als einzelnstehende auffassen. **Man müsse sich des Mangels an allem guten Willen Preußens gegen Frankreich seit 1866 erinnern (Abtretung von Landau, Luxemburg, etc.).** Seitdem hat man nicht aufgehört, seine Regierung zu tadeln, daß sie die Interessen Frankreichs und das nationale Prestige gegenüber dem Ausland kompromittire u.s.w. Eine solche Lage könne nicht fortdauern, besser wäre es, ihr so bald als möglich ein Ende zu machen.

Immer mehr tritt also die Tatsache hervor, **daß es bei dem ganzen spanischen Streit von Anfang an auf Deutschland, auf einen Rache- und Eroberungskrieg gegen Deutschland abgesehen war, der Cassagnacs Wort: „Wir müssen den Rhein haben“ verwirklichen soll**.

Daß dieser das Objekt des Friedensschlusses sein würde, falls Deutschland besiegt würde, leidet keinen Zweifel; daß Belgien dann nur Enclave wäre, die auf die Dauer nicht zu halten, ist ebenso wenig zu bezweifeln. .....

Allem Anschein nach wird unsere Regierung die weitere diplomatische Aktion Frankreichs nach der Abfertigung des Grafen Benedetti ruhig abwarten. Was die militärische Vorsichtsmaßregeln betrifft, so werden diese natürlich mit den französischen Rüstungen gleichen Schritt halten müssen. Bekanntlich sind unsere Einrichtungen in solcher Art geregelt, daß der anscheinende Plan Frankreichs, uns plötzlich mit einem großen Stoße zu überrumpeln, sicherlich scheitern wird. Man scheint unserem „**System der Volkswehr**“ selbst im französischen Kriegsministerium ziemlich unvollkommene Vorstellungen zu haben. Wenn nötig, ist soviel präsent, als wir Frankreich gegenüber bedürfen, und es steht uns dann noch ein unerschöpflicher Rückhalt zu Gebote, der in Frankreich gar bald zu Ende geht.

Mainz, 12. Juli. Während **die Luft von Kriegsgerüchten schwirrt, und schon von Mainz als einem Objekt französischer Prätensionen die Rede ist**, hat gestern Abends in aller Stille die Unterzeichnung des Vertrags, die Stadterweiterung betreffend, zwischen der Stadt und dem Festungsgouvernement stattgefunden. Es wird nun sofort die Einberufung der hessischen Stände erfolgen, und Herr von Dalwigk hat seine Badereise hinausgeschoben, um diese Angelegenheit vorerst zur Erledigung zu bringen (vielleicht auch noch aus anderen Gründen.)....

Samstag, 16. Juli 1870

The Times – Samstag, 16.Juli 1870 – Nr.26 804 - S.5

KRIEGSERKLÄRUNG VON FRANKREICH GEGEN PREUßEN.

FRANKREICH. PARIS, 15. JULI. Die französische Nationalversammlung trat heute Nachmittag um 13:00 Uhr zusammen. Die Regierung übermittelte dem Senat und dem Corps Legislatif gleichzeitig eine Mitteilung, in der sie die Lage darlegte und mit einer Kriegserklärung gegen Preußen schloß. Die Regierung erklärte, diese Erklärung sei durch das Rundschreiben des Königs an die preußischen Agenten im Ausland veranlasst worden *[Emser Depesche]* ,welches erstens die Beleidigung von Herrn Benedetti bestätigt, zweitens die Garantie für den Thronverzicht von Prinz Leopold von Hohenzollern verweigert und drittens ihm die Freiheit zurückgibt, die spanische Krone anzunehmen.

Die „**Constitutionnel“** veröffentlicht heute Nachmittag eine Sonderausgabe mit einem von Herrn Mitchell unterzeichneten Artikel, der die Kriegserklärung verkündet. **Der Artikel besagt, daß der König von Preußen die schlummernden Erinnerungen an 1814 brutal angegriffen hat, und schließt mit den Worten: „Preußen beleidigt uns; lasst uns den Rhein überqueren. Die Soldaten von Jena sind bereit.“**

Es folgt der Text der gestern im Ministerrat verfaßten und heute Nachmittag im Corps Legislatif von Herrn Ollivier verlesenen Erklärung:

> „Meine Herren, die Art und Weise, wie Sie die Erklärung vom 6. d. M. aufgenommen haben, gab uns die Gewißheit, daß Sie unsere Politik billigten und wir auf Ihre Unterstützung zählen konnten. Wir begannen daraufhin Verhandlungen mit den ausländischen Mächten, um deren gute Dienste bei Preußen zu erbitten, damit die Berechtigung unserer Beschwerden anerkannt würde. Wir baten Spanien um nichts, da wir dessen Empfindlichkeiten nicht verletzen wollten. Wir unternahmen keine Schritte gegen den Prinzen von Hohenzollern, da wir ihn als vom König von Preußen geschützt ansahen, und wir weigerten uns, in dieser Angelegenheit irgendwelche Vorwürfe in Bezug auf andere Dinge zu erheben.
>
> Die Mehrheit der Mächte erkannte die Berechtigung unserer Forderungen mehr oder weniger enthusiastisch an**. Der preußische Außenminister weigerte sich, unseren Forderungen nachzukommen, und gab vor, von der Angelegenheit nichts zu wissen und daß das Berliner Kabinett völlig unbeteiligt geblieben sei.** Daraufhin wandten wir uns an den König selbst, und dieser beteuerte zwar, den Prinzen von Hohenzollern zur Annahme der Nominierung für die spanische Krone ermächtigt zu haben, behauptete aber gleichzeitig, ebenfalls nicht an den Verhandlungen beteiligt gewesen zu sein und lediglich als Familienoberhaupt, nicht aber als Monarch, zwischen dem Prinzen von Hohenzollern und Spanien vermittelt zu haben. Er räumte jedoch ein, Graf Bismarck über die Angelegenheit informiert zu haben.
>
> Wir konnten diese feine Unterscheidung zwischen dem Familienoberhaupt und dem Monarchen nicht hinnehmen. Inzwischen erhielten wir vom spanischen Botschafter die Nachricht, daß der Prinz von Hohenzollern auf die Krone verzichtet hatte. Wir baten den König, sich diesem Verzicht anzuschließen und sich zu verpflichten, dem Prinzen von Hohenzollern die Krone nicht erneut anzubieten. Unsere gemäßigten Forderungen, in ebenso gemäßigter Sprache formuliert und an Herrn Benedetti gerichtet, machten deutlich, daß wir keine Hintergedanken hatten und in der Hohenzollern-Affäre keinen Vorwand suchten. Der König lehnte diese Verpflichtung ab und beendete das Gespräch mit Herrn Benedetti mit der Bemerkung, er behalte sich in dieser wie in allen anderen Angelegenheiten das Recht vor, die Umstände zu prüfen. Trotzdem brachen wir die Verhandlungen aufgrund unseres Friedenswillens nicht ab.
>
> Unsere Überraschung war groß, als wir erfuhren, daß der König Herrn Benedetti die Erlaubnis verweigert und dies dem Kabinett offiziell mitgeteilt hatte. Wir erfuhren, daß Baron Werther den Befehl zum Abschied erhalten hatte und daß Preußen aufrüstete. Unter diesen Umständen hätten wir unsere Würde und auch unsere Vorsicht vergessen, hätten wir keine Vorkehrungen getroffen. Wir haben uns darauf vorbereitet, den uns angebotenen Krieg zu führen und jedem den Teil der Verantwortung zu übertragen, der ihm obliegt. (Begeisterter und anhaltender Applaus.) Seit gestern haben wir die Reserve mobilisiert und werden die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Interessen, die Sicherheit und die Ehre Frankreichs zu wahren.“

Es folgte eine lebhafte Diskussion, an der sich Herr Thiers, der Herzog von Gramont, Herr Jules Favre und Herr de Keratry beteiligten. **Herr Jules Favre forderte die Regierung auf, die während der Verhandlungen verabschiedeten Dokumente, insbesondere die preußische Depesche an die ausländischen Regierungen, in der die Weigerung des Königs von Preußen, Herrn Benedetti zu empfangen, bestätigt wurde, weiterzuleiten. Herr Buffet widersetzte sich der Forderung nach den Dokumenten, und Herr Jules Favres Antrag wurde mit 164 zu 83 Stimmen abgelehnt.**

Marschall Lebœuf legte einen Gesetzentwurf zur Einberufung der gesamten **Garde Nationale Mobile** sowie einen Gesetzentwurf zur Genehmigung freiwilliger Einberufungen für die Dauer des Krieges vor. Die Dringlichkeit der Beratung dieser Maßnahmen wurde einstimmig beschlossen.

Gestern um Mitternacht kam es vor der Residenz des preußischen Botschafters Baron Werther zu feindseligen Kundgebungen und kriegerischen Rufen. Gestern Abend teilte Baron Werther dem Herzog von Gramont mit, daß er sich noch heute aus Paris zurückziehen werde.

Die Zeitung „**Constitutionnel“** berichtet, daß Marschall Prim sich sehr aktiv an den Verhandlungen zur friedlichen Lösung der Frage der Ernennung von Prinz Leopold beteiligte und daß auch das spanische Kabinett und Herr Olozaga alles unternahmen, um den Frieden zu wahren.

Die „**Constitutionnel“** fügt hinzu: „Was Spanien betrifft, sind alle Schwierigkeiten beseitigt.“

Die Mehrheit der Teilnehmer des gestrigen Umzugs auf den Boulevards waren Studenten aus dem Quartier Latin. Sie riefen: „Nieder mit Preußen! Nieder mit Bismarck!“, „Es lebe der Krieg!“ und „Nach Berlin!“

The Times – Samstag, 16.Juli 1870 – Nr.26 804 - S.5

SPANIEN.

MADRID, 14. JULI. Die spanischen Zeitungen berichten über den Thronverzicht des Vaters von Prinz Leopold. Mehrere Zeitungen schreiben, daß der Verzicht die Spannungen zwischen Preußen und Frankreich nicht beilegen wird, da Preußen von Frankreich eine Erklärung für dessen aggressive Haltung fordern wird. Herr Sagasta hatte gestern kein Gespräch mit Herrn Mercier, wie der „**Imparcial“** behauptet. Am 18. d. M. findet eine Sitzung der Unionistenpartei statt, um über das weitere Vorgehen zu beraten.

ITALIEN.

FLORENZ, 14. JULI, ABEND. Die **„Independence Italienne“** berichtet, daß England, Österreich, Rußland und Italien Frankreich ihr Vertrauen ausgesprochen haben, daß der Frieden nach dem Rückzug der Thronbesteigung des Prinzen von Hohenzollern nicht gestört wird.

HOLLAND UND SCHWEIZ.

DEN HAAG, 15. JULI. Die niederländische Regierung hat die Kabinette von Paris und Berlin darüber informiert, daß sie im Kriegsfall strikte Neutralität wahren wird. Zu diesem Zweck wurden Maßnahmen ergriffen. Gerüchte über die Ausgabe von Staatsanleihen sowie über eine Umstrukturierung oder den Rücktritt des Kabinetts kursierten hier, sind aber völlig unbegründet.

ABEND. Es wird offiziell bekannt gegeben, daß die Regierung die verschiedenen europäischen Kabinette über ihre Absicht, strikte Neutralität zu wahren, informiert hat. Weitere Mitteilungen werden morgen in der Ersten Kammer erwartet.

FRANKREICH.

PARIS, 14. JULI, 22:55 UHR. Große Begeisterung herrscht auf den Boulevards vom Grand Hotel bis zur Porte Saint-Martin. Ein Zug von 600 bis 700 Personen marschiert singend mit der Marseillaise und ruft „Vive la Guerre!“ mitten auf der Straße.

Der Boulevard Bourse ist bis weit in die Fahrbahn hinein überfüllt und die Stimmung ist äußerst angespannt. Der Krieg gilt allgemein als unvermeidlich. Truppenbewegungen an der Ostbahn begannen heute Morgen.

(Diese Nachricht wurde verzögert übermittelt.)

PARIS, 15. JULI. Der Kaiser reiste gestern Abend um 18:00 Uhr nach Saint-Cloud ab und wurde auf der Place de la Concorde bejubelt. Rufe wie „Nieder mit Preußen!“ waren zu hören.

The Times – Samstag, 16.Juli 1870 – Nr.26 804 - S.8

Die Kriegserklärung

Das größte nationale Verbrechen, über das wir seit den Tagen des Ersten Französischen Kaiserreichs in diesen Spalten schmerzlich berichten mussten, ist vollbracht: Der Krieg ist erklärt – ein ungerechter, aber vorsätzlicher Krieg. Dieses schreckliche Unglück, das Europa in Bestürzung versetzt, ist, wie nun allzu deutlich wird, das Werk Frankreichs – eines einzelnen Mannes in Frankreich. Es ist die ultimative Folge von Alleinherrschaft. Weitsichtige Menschen hatten allen Grund zu der Annahme, daß sie die Absichten Kaiser Napoleons gegen Preußen in der Ernennung des Herzogs von Gramont zum Außenminister erkennen konnten

Herr de Gramont war für seine absolute Neutralität in der Innenpolitik bekannt. Er war ein gewissenhafter und hingebungsvoller Staatsdiener und hatte die letzten neunzehn Jahre, einschließlich der verheerenden Krise von Sadowa, das Amt des französischen Botschafters in Wien innegehabt. Nachdem er aus Wien zurückberufen und mit der Leitung des Außenministeriums betraut worden war, hatte Herr de Gramont sein Amt erst wenige Tage angetreten, als er die Welt mit einigen wenigen Worten, die er im Parlament verlas, verblüffte – Worte, die im Wesentlichen eine Wiederholung der berühmten Neujahrsgrüße des Kaisers an den österreichischen Botschafter aus dem Jahr 1859 darstellten.

Die Worte von Herrn de Gramont im Saal wurden, wie bereits erwähnt, nicht gesprochen, sondern verlesen. Sie waren sorgfältig abgewogen und geprüft worden, und ob sie nun mit Wissen und Zustimmung von Herrn de Gramonts Kollegen verfasst worden waren oder nicht, sie waren mit Sicherheit seinem Herrn vorgelegt, wenn nicht gar von ihm inspiriert worden.

Ebenso ist anzunehmen, daß Herr Benedetti – ein Diplomat mit über zwanzig Jahren Erfahrung, dem man daher keine Unkenntnis der guten Sitten vorwerfen kann – mit Zustimmung des Kaisers, wenn nicht gar auf dessen Anregung hin, eine beleidigende Botschaft durch die ungeheuerliche Unhöflichkeit, mit der er sie überbrachte, noch verschärfte. Es ist nur allzu leicht nachzuvollziehen, mit welchem Geist und mit welchem Ziel eine Verhandlung begonnen und geführt wurde, die mit einer grundlosen Drohung begann und in einer Beleidigung endete.

Es war ein Schlag ins Gesicht mit der linken Hand, während die rechte bereits am Schwertgriff ruhte. Es war die Tat eines Duellanten, der seinen Gegner an der Kehle packte und rief: „Eure Ehre oder euer Leben!“ Nun ist es nur allzu offensichtlich, daß Preußen nur eine Demütigung, der sich keine mächtige Nation hätte unterwerfen können, eine Chance zur Flucht geboten hätte. Die Gelegenheit, die Vorzüge des *Chassepots* und der *Mitrailleuse* zu demonstrieren, war unwiderstehlich. **Frankreich wähnte sich auf dem sicheren Weg zum Sieg. Sie ließ der Diplomatie keine Zeit, ihren Angriff zu stoppen oder sie von ihrer Beute abzulenken.**

Die Abhängigkeit des Kaisers von einem einzigen Minister war so offensichtlich, daß selbst derjenige, dessen erstaunliche Nachgiebigkeit und Selbstgefälligkeit während seiner Amtszeit am auffälligsten gewesen waren – der Verwalter der Wunden, Ollivier –, verwirrt und in die Irre geführt wurde. Er wurde hinsichtlich der wahren Absicht des Herrschers in dieser wichtigen Angelegenheit so völlig im Dunkeln gelassen, daß er in den Foyers der Legislative Frieden verkündete, während sein Kollege im Außenministerium von der Tribune aus vage Andeutungen über die Notwendigkeit „weiterer Verhandlungen“ mit Preußen machte.

Wir wollen uns nicht zu den Umständen äußern, mit denen Herr Ollivier den Kriegsausbruch im Parlament verkündete. **Frankreichs Ziel in diesem bedauerlichen Krieg ist wohlbekannt: Es beansprucht das linke Rheinufer. Preußen hingegen hat wiederholt beteuert, es werde, sollte es jemals gezwungen sein, gegen Frankreich ins Feld zu ziehen, nicht eher das Schwert niederlegen, bis die alten deutschen Provinzen Elsaß und Lothringen dem Vaterland zurückgegeben würden.**

Wir kennen somit die Hauptursache und das wahre Ziel des Krieges. Es gibt nur zwei Kriegsparteien, und der Preis liegt im jeweiligen Gebiet des Gegners. Könnten ihre Differenzen durch ein Schiedsgericht beigelegt oder der Krieg in einer einzigen großen Schlacht entschieden werden, wäre kein anderes Land in Europa von der Veränderung betroffen. Dies bedeutet, daß kein Staat in Europa in den Krieg eingreifen müßte, oder anders ausgedrückt, daß der Krieg lokal begrenzt werden könnte. Doch wie wahrscheinlich ist es, daß die Gesetze der Neutralität langfristig eingehalten werden?

Belgien und die Niederlande, die Länder, die den Angriffen der Kriegsparteien am unmittelbarsten ausgesetzt sind, haben unverzüglich erklärt, daß sie auf ihren Unabhängigkeitsrechten und der Unverletzlichkeit ihres Territoriums beharren werden. **Es gibt jedoch kaum einen Präzedenzfall für einen Krieg am Rhein ohne die sofortige Besetzung dieser fruchtbaren Ebenen.**

Der prinzipienlose Versuch, den König der Belgier in den Hohenzollernstreit hineinzuziehen, eröffnet

jenen, die auf die Unantastbarkeit internationaler Verträge als Schutz für Flandern oder Luxemburg vertrauen, keine erfreulichen Aussichten. **Österreich hingegen, unter dem Einfluss von von Beust, beeilt sich zu erklären, sich aus dem Konflikt herauszuhalten, solange nur zwei Kriegsparteien im Feld stehen, „nicht aber, wenn eine dritte Macht am Kampf teilnimmt" – eine Andeutung, die vor allem an Dänemark oder Italien gerichtet zu sein scheint, sollten diese Staaten die Konzentration französischer und deutscher Truppen am Rhein als günstige Gelegenheit für einen Einfall in Schleswig oder einen Angriff auf „Peter's Patrimony"** [die Ländereien des Vatikan] **betrachten.**

Solange am Rhein keine entscheidende Entscheidung gefallen ist, ist Frieden an Donau, Tiber und Elbe wahrscheinlich. Erst wenn auf beiden Seiten Erschöpfung einsetzt, werden Groll, Eifersucht und Ambitionen der Unbeteiligten zum Tragen kommen. **Sofern Österreich nicht von Russland eingeschüchtert ist, dürfte es in einem Konflikt, dessen Hauptziel die „Rache für Sadowa" ist, kaum lange neutral bleiben.** Ebenso wenig ist es sicher, daß die anderen Leidtragenden dieses Sieges – Hannover, Hessen, Frankfurt, Sachsen, Bayern, Württemberg – nicht sofort gegen Preußen aufbegehren, sobald dieses im Kampf gegen seinen Hauptgegner auch nur die geringste Schwäche zeigt.

Frankreich hat zweifellos mit all diesen unvorhergesehenen Ereignissen gerechnet und wird alles daransetzen, sich einen ersten Vorteil zu sichern. Viele werden jedoch geneigt sein, auf die deutsche Standhaftigkeit gegenüber der französischen Ungestümtheit zu setzen und ohne Zögern ein weiteres Jena als natürlichen Vorläufer eines weiteren Leipziger Sieges betrachten.

Nur wenige werden so naiv sein zu glauben, daß das Bewußtsein einer gerechten Sache gegen die Übermacht großer Bataillone viel ausrichten kann. Dennoch besteht kein Zweifel daran, wem die Weltgemeinschaft die Sympathien schenken wird, und ungeachtet der früheren Vergehen Preußens wird es in diesem Fall all jene moralische Unterstützung genießen, die jenen selten verwehrt wird, die zur Selbstverteidigung zu den Waffen greifen. Anders verhält es sich mit Frankreich, das nur durch eine lange, siegreiche Karriere in der europäischen Öffentlichkeit rehabilitiert werden kann. **Es ist noch immer schwer zu begreifen, welche Verblendung Kaiser Napoleon zu einem ebenso unklugen wie verbrecherischen Vorgehen veranlasst haben mag.**

Wir können nicht anerkennen, daß der Krieg im Ausland durch die Notwendigkeit, Unruhen im Inneren zu verhindern, ausgelöst wurde. Die Volksabstimmung hatte die kaiserliche Allmacht in Frankreich wiederhergestellt. In Émilie Olivier fand Napoleon III. ein ebenso passives wie nützliches Instrument wie in dem brillanteren und geselligeren Rouher. Die Opposition erwies sich als völlig unfähig zur Organisation, und die Ultrademokratie starb an ihrem eigenen Zorn. Welches bessere Fundament für seinen Thron hätte sich der Kaiser wünschen können als die Stimmen seiner acht Millionen Bauern? Oder wie hätte Frankreich ihm hilfloser ausgeliefert sein können? Es schien vorherbestimmt, daß die Ideen des Ersten Kaiserreichs von Anfang bis Ende der Fluch des Zweiten sein sollten. Der Kaiser selbst hatte jedoch die richtige Trennlinie gezogen, die die beiden Epochen voneinander trennen sollte. Das Kaiserreich des 2. Dezember sollte der Frieden sein, und Napoleon III. hatte guten Grund, selbst an der Popularität seiner erfolgreichen und nicht gänzlich ungerechten Kriege zu zweifeln.

Doch der nun beginnende preußische Krieg wird, sobald die erste Begeisterung nachlässt, selbst dem egoistischsten und eitelsten Patriotismus als unhaltbar erscheinen. Es ist wichtig, daß der Kaiser seinem Lieblingsmotto folgt: „Schlagt schnell und hart zu!" Sollten sich die Ausgaben und Strapazen des Feldzugs in die Länge ziehen, werden das französische Volk und die französische Armee selbst feststellen, daß selbst der Rhein zu teuer erkauft werden kann. Wehe dem Kaiser, wenn die Begeisterung seiner Truppen nachlässt – wenn das Unternehmen auch nur ins Stocken gerät – geschweige denn eine Niederlage erleidet. Ihm bleibt nur die Rückkehr als Sieger, und zwar als Sieger in dem Ausmaß, wie Austerlitz und Wagram die Untertanen seines Onkels gewohnt waren.

Es ist jedoch sehr fraglich, ob ein Solferino Preußen so leicht besiegen kann wie Österreich; und selbst wenn Preußen gänzlich besiegt würde, könnten sich hinter ihr Truppen in zweiter Linie formiert haben.

L'Union – Nr. 197 – Samstag, 16. Juli 1870 – S. 1

Frankreich. – Der Krieg. – Der Senat.

Paris, 15. Um ein Uhr treffen die Herren Senatoren in großer Zahl ein; lebhafte Gruppen bilden sich im Saal. Um 1.20 Uhr sind alle Senatoren an ihren Plätzen. Auf allen Seiten finden besondere Gespräche statt. Sie zeugen von der starken Emotion des Augenblicks.

Die Sitzung beginnt.

Das Protokoll wurde verlesen und angenommen. Nach ein paar Bemerkungen von Herrn Baron Haussmann und Herrn Rouher herrscht Stille. Der Präsident gibt eine Mitteilung des Außenministers bekannt. Herr de Gramont geht mit langsamen und feierlichen Schritten auf die Tribüne zu, er erklärt, daß die Regierung durch die Zustimmung des Prinzen von Hohenzollern, den spanischen Thron zu besteigen, legitim bewegt sei, und er legt in klaren und prägnanten Worten die Bemühungen dar, die unsere Diplomatie unternommen hat, um nicht nur den Rückzug von Prinz Leopold zu erreichen, sondern auch eine ausdrückliche Erklärung des Königs von Preußen, daß er in Zukunft niemals damit einverstanden sein werde, daß dieser Prinz die spanische Krone annimmt.

Der König von Preußen weigerte sich, diese Verpflichtung einzugehen, und von da an mußten die Verhandlungen trotz der friedlichen Wünsche der Regierung zwangsläufig abgebrochen werden, da zum Schutz der Interessen Frankreichs ein Krieg notwendig ist.

Mit schmerzlichem Erstaunen wurde die Erklärung des Außenministers über die anhaltende Weigerung des Königs von Preußen aufgenommen; und als er sagte, daß jede weitere Verhandlung von nun an der Würde des Landes und der Klugheit zuwiderlaufe und der Rückgriff auf die Waffen eine patriotische Notwendigkeit sei, brach eine dreifache Bravosalve los.

Nach einigen Worten des Senatspräsidenten wurde die Sitzung unterbrochen. Der Senat löste sich mit dem Rufen: „Lang lebe der Kaiser!“ auf.

Französisch

L'Union – Nr. 197 – Samstag, 16. Juli 1870 – S. 1

France. – La Guerre. – Le Senat.

Paris, 15. A une heure, MM. les sénateurs arrivent en grand nombre; des groupes animés se forment dans l'hémicycle. A une heure vingt minutes, tous les sénateurs sont à leur place. Des conversations particulières s'engagent de tous les côtés. Elles trahissent la vive émotion du moment.

La séance commence.

Le procès-verbal est lu et adopté. Après quelques observations de M. le baron Haussmann et de M. Rouher, le silence se fait. M.le président annonce une communication de M. le ministre des affaires étrangères. M. de Gramont se dirige vers la tribune d'un pas lent et solennel, il déclare que le gouvernement s'est légitimement ému du consentement donné par le prince de Hohenzollern à occuper le trône d'Espagne, et il expose, en termes clairs et succincts, les efforts qui ont été faits par notre diplomatie pour obtenir non-seulement le désistement du prince Léopold, mais une déclaration expresse de la part du roi de Prusse qu'il ne consentirait jamais, dans l'avenir, à l'acceptation de la couronne d'Espagne par ce prince.

Le roi de Prusse a refusé de prendre cet engagement, et dès lors les négociations ont été, malgré les désirs pacifiques du gouvernement, forcément rompues, et la guerre est nécessaire pour protéger les intérêts de la France.

Des marques de douloureux étonnements ont accueilli la déclaration du ministre des affaires étrangères relative au refus persévérant du roi de Prusse; et quand il a dit que toute négociation ultérieure étant désormais contraire à la dignité du pays et à la prudence, le recours aux armes était une patriotique nécessité, une triple salve de bravos a éclaté.

Après quelques paroles de M. le président du Sénat, la séance est levée. Le Sénat se sépare aux cris de: Vive l'empereur!

Le Temps – Nr. 3426 – Samstag, 16. Juli 1870 – S. 1

Legislative - Stellungnahme des Herrn. EM. OLIVIER

Vorsitzender Herr Schneider.

Das Wort wird dem Siegelbewahrer erteilt.

Herr Emile Ollivier: Meine Herren, da mein Freund, Herr de Gramont, im Senat festgehalten wird, werde ich die Ehre haben, ihn vor Ihnen zu vertreten.

Die Art und Weise, wie Sie unsere Erklärung aufgenommen haben, gab uns die Gewissheit, daß wir auf Ihre Unterstützung zählen können, und so begannen wir sofort mit den Verhandlungen.

Von Spanien, dessen Unabhängigkeit wir nicht verletzen wollten, haben wir nichts verlangt. Wir betrachteten den Prinzen von Hohenzollern als vom König von Preußen gedeckt.

Wir haben keine Beschwerden vorgebracht.

Die meisten Mächte haben unsere Beschwerden mit mehr oder weniger Wärme anerkannt.

Herr v. Bismarck hat sich geweigert, dies zu akzeptieren.

Der König von Preußen behauptete, er sei als Souverän Preußens bei den Verhandlungen unbeteiligt gewesen.

Wir konnten diese Antwort nicht als zufriedenstellend betrachten. Wir bestanden darauf, daß der König Prinz Leopold zum Rückzug zwingt.

Während wir verhandelten, kam der Rückzug von der Seite, von der wir ihn nicht erwartet hatten.

Wir baten den König daraufhin um die Erklärung, daß er diese Vereinbarungen garantiere; wir suchten nicht nach einem Vorwand für einen Krieg.

Der König stimmte dem Rückzug der Kandidatur zu, weigerte sich jedoch, irgendwelche Garantien für die Zukunft zu geben.

Herr Benedetti hat vergeblich darauf bestanden, die Bestimmungen des Königs zu ändern, der sich offenbar das Recht vorbehalten möchte, die Umstände zu prüfen.

Unser Wunsch nach Frieden war so groß, daß wir die Verhandlungen nicht abgebrochen haben.

Zu unserer großen Überraschung haben wir gestern erfahren, daß uns der König von Preußen mitgeteilt hat, daß er unseren Botschafter nicht mehr empfangen werde. Wir erfuhren auch, daß in Preußen Aufrüstungen durchgeführt wurden.

Wir haben nichts unversucht gelassen, um einen Krieg zu verhindern, und wir werden uns auf den Krieg vorbereiten, der uns angeboten wird.

Wir haben unsere Reserven einberufen und werden mit Ihrer Hilfe alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Ehre Frankreichs zu schützen. Wir fordern 500 Millionen und eine Klasse.

Das Parlament hat für den Notstand gestimmt. Die Linke stimmte dagegen,

Herr Thiers: Ich danke dem Präsidenten für die Erinnerung an die Schwere der Umstände.

Ich möchte für meinen Teil erklären, warum ich mich nicht mit der Mehrheit des Hauses solidarisiert habe: Ich glaube, ich liebe mein Land. Wenn es jemals eine Zeit gab, in der wir sagen konnten, daß die Geschichte uns beobachtet, dann ist es heute.

Wenn der Krieg erklärt wird, werde ich meine Unterstützung geben. Aber wir gehen nicht gegen den Patriotismus! Worum geht es? Um eine Kriegserklärung des Ministeriums. Sollten wir das Wort haben?

Ich habe Ihnen gesagt, daß uns die Geschichte beobachtet. Der Ernst der Lage kann nicht genug betont werden. Seien Sie sich bewusst, daß das Schicksal des Landes und der Tod von Millionen von Menschen von Ihrer Entscheidung abhängen.

Erinnern Sie sich an den 6. Mai 1866, damals verweigerten Sie mir das Rederecht.

An einem Tag haben Sie mir zugehört, am nächsten Tag haben Sie sich geweigert, mir zuzuhören. Allein diese Erinnerung sollte Ihnen im Gedächtnis bleiben. (Lärm.) Ich bin entschlossen, Ihrem Gemurre zu trotzen, aber ich sage Ihnen: Sie sind heute das, was Sie 1866 waren.

Meine Herren, der Hauptwunsch wurde erfüllt. (Nach rechts, laute Gerüchte.) Sie werden mich nicht ermüden; Ich bin mir bewusst, daß ich eine schwierige Pflicht zu erfüllen habe: Ich muss unüberlegten Leidenschaften widerstehen. Niemand kann mich erschüttern... (Aufruhr rechts.)

Meiner Ansicht nach sollte man im Zweifelsfall nur einem von Ihnen zuhören, wenn er einen Zweifel hat. ICH bin nicht allein.

Viele Stimmen. (Nein! Nein!)

Herr J. Favre: Wenn die Wahlen frei gewesen wären, gäbe es mehr von uns.

Herr Thiers: Wenn ich allein hier wäre, müssten Sie mir angesichts der Ernsthaftigkeit des Themas zuhören.

Stimmt es, daß Ihrem Antrag im Wesentlichen stattgegeben wurde? Stimmt es, daß Sie sich wegen einer Frage der Sensibilität von Verhandlungen abwenden und daß Sie wegen dieser Formfrage Ströme von Blut vergießen werden?

Jeder von uns muss die Verantwortung für seine Haltung übernehmen. Ich persönlich bin um mein Gedächtnis besorgt und übernehme für eine solche Lösung keine Verantwortung.

Ich bitte mein Land, uns die Depeschen bekannt zu geben, in deren Folge diese Kriegserklärung erfolgte.

Wenn ich in die Lage versetzt worden wäre, über das Schicksal des Landes entscheiden zu müssen, hätte ich ihm einige Augenblicke der Besinnung gegeben.

Ich halte diesen Krieg für sehr rücksichtslos; Ich war von den Ereignissen des Jahres 1866 stärker betroffen als jeder andere, aber ich sage: **Die Gelegenheit, sie wiedergutzumachen, wurde auf die abscheulichste Weise gewählt.**

Ihnen wurde gerade eine Entschädigung zugesprochen. Preußen war im Unrecht und Europa wollte, daß Sie Recht haben. (Lärm.)

Lassen Sie mich sprechen, Sie haben die Mehrheit, Sie werden entscheiden, aber lassen Sie mich meine Pflicht erfüllen.

Ich bin sicher, es wird Tage geben, an denen Sie Ihre Eile bereuen werden. (Tumult.)

Ich werde alles ertragen, beleidigen Sie mich nur. **Aber meiner Meinung nach treffen Sie eine schlechte Wahl sich zu rächen. Und wenn ich sehe, daß Sie nicht denken wollen, sage ich Ihnen, daß Sie die auferlegten Pflichten als Vertreter des Landes nicht in vollem Umfang erfüllen.**

Ich bitte erneut um Übermittlung der Depeschen: Das Haus wird tun, was es wünscht.

Herr Ollivier: Je heftiger eine Meinungsäußerung ist, desto mehr Mut braucht es, sich ihr entgegenzustellen. Ich hätte Herrn Thiers daher respektvoll zugehört, wenn ich nicht gegen einige seiner Worte hätte protestieren müssen.

Wir wissen, daß unsere Verantwortung groß ist. Wir haben ständig darüber nachgedacht, wie erbittert ein Krieg wäre. Wir erklären auch diejenigen für schuldig, die das Land in Abenteuer verwickeln. **Wir behaupten jedoch, daß, wenn es je einen notwendigen Krieg gab, es der Krieg ist, zu dem Preußen uns zwingt.**

Nein, keiner von uns hat nach einer Gelegenheit gesucht, in den Krieg zu ziehen. Wir haben nicht darüber nachgedacht, ob wir eine günstige Gelegenheit hätten, Deutschland anzugreifen.

Wir waren nur deshalb zu Verhandlungen entschlossen, weil keine Minute zu verlieren war. Wenn uns Befriedigung zuteil geworden wäre, wären wir tief im Inneren zufrieden gewesen.

Der König von Preußen weigerte sich konsequent, sich festzulegen. Sind wir es, die sich haben hinreißen lassen? NEIN. Man nannte uns das Ministerium für Feigheit und Scham und wir verhandelten weiter. Und während dieser Zeit erfuhr Europa, daß unser Botschafter … entlassen worden war.

Herr Thiers nannte dieses Gefühl Anfälligkeit: **Es ist Ehre, und in Frankreich ist Ehre das höchste Gut.**

Wir werden um Depeschen gebeten. Die Verhandlungen sind erfolgt. Wir haben sie in unsere Präsentation aufgenommen.

Herr J. Favre: Es ist wie Mexiko.

Herr Ollivier: **Wir haben in unsere Präsentation alles eingefügt, was kommuniziert werden konnte, und wir werden nichts anderes kommunizieren.** (Lärm auf der linken Seite.)

Französisch

Le Temps – Nr. 3426 – Samstag, 16. Juli 1870 – S. 1

Corps Législatif – Déclaration de M. EM. OLIVIER

Président de M. Schneider.

La parole est à M. le garde des sceaux.

M. Emile Ollivier. – Messieurs, mon ami M. de Gramont étant retenu au Sénat, je vais avoir l'honneur de le remplacer devant vous.

La manière dont vous avez accueilli notre déclaration, nous ayant donné la certitude que nous pouvions compter sur votre appui, nous avons immédiatement commencé les négociations.

Nous n'avons rien demandé à l'Espagne, dont nous ne voulions pas froisser l'indépendance; nous avons considéré le prince de Hohenzollern comme couvert par le roi de Prusse.

Nous n'avons élevé aucune récriminaion.

La plupart des puissances, avec plus ou moins de chaleur, ont admis nos griefs.

M. de Bismarck nous a opposé une fin de non-recevoir.

Le roi de Prusse a soutenu qu'il avait été étranger aux négociations comme souverain de la Prusse.

Nous ne pouvions considérer cette réponse comme satisfaisante. Nous avons insisté pour que le roi imposât un désistement au prince Léopold.

Pendant que nous discutions, le désis-tement vint du côté où on ne l'attendait pas.

Nous avons alors demandé au roi de déclarer qu'il garantissait cette négo-ciation, nous ne cherchions pas un prétexte de guerre.

Le roi approuva le retrait de la candi-dature, mais refusa de rien garantir pour l'avenir.

M. Benedetti a inutilement insisté pour modifier les dispositions du roi, qui paraît vouloir dès lors se réserver la faculté de consulter les circonstances.

Notre désir de la paix était tel que nous ne rompions pas les négociations.

Notre surprise a été profonde quand nous avons appris hier que le roi de Prusse avait notifié qu'il ne recevrait plus notre ambassadeur. Nous apprenions également que des armements s'opéraient en Prusse.

Nous n'avons rien négligé pour éviter une guerre, nous allons nous préparer à soutenir celle qu'on nous offre.

Nous avons appelé nos réserves et, avec votre concours, nous allons prendre toutes les mesures nécessaires pour sauvegarder l'honneur de la France. Nous demandons 500 millions et une classe.

Le Corps législatif a voté l'urgence. La gauche a voté contre,

M. Thiers. – Je remercie M. le prési-dent d'avoir rappelé à la Chambre la gravité des circonstances.

Quant à moi, je veux dire pourquoi je ne me suis pas levé avec la majorité de la Chambre, je crois aimer mon pays. S'il y a eu un jour où l'on puisse dire que l'histoire nous regarde, c'est aujour-d'hui.

Quand la guerre sera déclarée, je donnerai mon concours. Mais nous ne faisons pas assaut de patriotisme! De quoi s'agit-il? d'une déclaration de guerre faite par le ministère. Devons-nous avoir la parole?

Je vous ai dit que l'histoire nous regardait. On ne peut pas exagérer la gravité des circonstances. Sachez que de votre décision dépendra le sort du pays et la mort de millions d'hommes.

Souvenez-vous du 6 mai 1866, vous m'avez refusé la parole alors.

Vous m'avez écouté un jour, le lendemain vous avez refusé de m'entendre. Ce souvenir seul devrait vous retenir. (Bruit.) Je suis décidé à braver vos murmures, mais je vous le dis, vous êtes aujourd'hui ce que vous étiez en 1866.

Messieurs, la demande principale a reçu satisfaction. (A droite, rumeurs bruyantes.) Vous ne me lasserez pas; j'ai la conscience de remplir un de-voir difficile, celui de résister à des pas-sions imprudentes. Personne ne pourra m'ébranler... (Tumulte à droite.)

Il me semble qu'un seul d'entre vous devrait être écouté s'il avait un doute. Je ne suis pas seul.

Voix nombreuses. (Non! non!)

M. J. Favre. – Si les élections avaient été libres, nous serions plus nombreux.

M. Thiers. – Je serais seul ici que, pour la gravité du sujet, vous devriez m'entendre.

Eh bien, est-il vrai que le fond de votre demande était accordée? Est-il vrai que vous rompiez pour une question desusceptibilité, et que vous allez pour cette question de forme verser des torrents de sang?

Chacun de nous doit prendre la responsabilité de son vote. Quant à moi, soucieux de ma mémoire, je ne prendrai pas la responsabilité d'une telle résolution.

Je demande devant mon pays qu'on nous fasse connaître les dépêches, à la suite desquelles on a fait cette déclaration de guerre.

Pour moi, si j'avais été placé dans cette situation de décider du şort du pays, je lui aurais donné quelques instants de réflexion.

Je regarde cette guerre comme très imprudente; j'ai été plus que personne affecté des événements de 1866, mais je le dis: l'occasion de les réparer est choisie de la façon la plus détestable.

On vient de vous accorder une réparation. La Prusse s'était mise dans son tort, et l'Europe a voulu qu'on vous fit droit. (Bruit.)

Laissez-moi parler, vous avez la majorité, vous allez décider, mais laissez-moi remplir mon devoir.

Je suis certain qu'il y aura des jours où vous regretterez votre précipitation. (Tumulte.)

Je souffrirai tout, insultez-moi. Mais, dans ma conviction, vous choisissez mal l'occasion de la réparation. Et quand je vois que vous ne voulez pas réfléchir, je dis que vous ne remplissez pas, dans toute leur étendue, les devoirs imposés aux représentants du pays.

Je demande encore communication des dépêches: la Chambre fera ce qu'elle voudra.

M. Ollivier. – Plus un courant d'opinion est violent, plus il y a de courage à se mettre en face de lui. Aussi aurais-je écouté respectueusement M. Thiers si je ne devais protester contre quelques-unes de ses paroles.

Nous savons que notre responsabilité sera grande. Nous avons constamment pensé à ce qu'une guerre aurait d'amer. Nous aussi, nous déclarons coupables ceux qui engagent le pays dans des aventures. **Mais nous affirmons que s'il fût jamais une guerre nécessaire, c'est la guerre à laquelle la Prusse nous oblige.**

Non, aucun de nous n'a cherché l'occasion de faire la guerre. Nous n'avons pas délibéré pour savoir si nous avions une occasion favorable d'assaillir l'Allemagne.

Nous n'avons été décidés dans la négociation que parce qu'il n'y avait pas une minute à perdre. Si on nous avait accordé une satisfaction, au fond, nous aurions été satisfaits.

Le roi de Prusse a refusé constamment de s'engager. Est-ce nous qui nous sommes emportés? Non. On nous a appelé le ministère de la lâcheté et de la honte, et nous avons continué à négocier, et c'est pendant ce temps que l'on apprenait à l'Europe que notre

ambassadeur avait été renvoyé.

M. Thiers a appelé ce sentiment de la susceptibilité: c'est de l'honneur, **et en France, l'honneur est le premier des biens.**

On nous demande des dépêches. Les communications sont faites. Nous les avons mises dans notre exposé.

M. J. Favre. – C'est comme pour le Mexique.

M. Ollivier. – Nous avons mis dans notre exposé tout ce qui pouvait être communiqué, et nous ne communiquerons rien autre chose. (Bruit à gauche.)

Wiener Zeitung – Nr. 160 – Samstag, 16. Juli 1870 – S. 3

Telegraphische Depeschen - Deutschland

Berlin, 15. Juli. Auf morgen, den 16. Juli, ist der Bundesrath des norddeutschen Bundes einberufen.

Berlin, 15. Juli. Die Eröffnung des Reichstages ist auf den 21. Juli festgesetzt. Das frühere Eintreffen aller Mitglieder, welche dies können, zur Vorberatung der Vorlagen in den Fractionen wird als wünschenswerth bezeichnet.

Berlin, 15. Juli. Das **Wolffsche Bureau** meldet aus Kassel, 15. Juli. **Der König von Preußen ist um 12 ½ Uhr hier eingetroffen und wurde von den Behörden und der Bevölkerung begeistert empfangen**. Der Bürgermeister überreichte eine Ergebenheitsadresse. Der König sprach seine Freude darüber aus, daß die neue Provincialhauptstadt so patriotische Gesinnungen entgegenbrächte. **Der König setzte die Reise unter tausendstimmigen Hochs fort.**

München, 15. Juli. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Die allgemeine Discussion über das Militärbudget wurde geschlossen und auf Vorschlag des ersten Präsidenten die Berathung abgebrochen. Die Specialdebatte wurde auf Montag vertagt.

München, 15. Juli. Sicherem Vernehmen nach **hat der König den Vorschlag des Ministeriums, den casus foederis für gegeben zu erachten, und die gestern angeordnete Mobilisirungsordre genehmigt**.

Dresden, 15. Juli. Der König von Sachsen hat seine Rundreise in Folge der neuesten politischen Nachrichten abgebrochen und ist heute Mittags nach Pillnitz zurückgekehrt.

Bremen, 15. Juli. Das Bundeskanzleramt benachrichtigte den Senat amtlich, daß die norddeutschen Handelsschiffe auf allen Meeren vor der Kriegsgefahr gewarnt seien und den Rath erhalten, nach binnen zu gehen.

Wiener Zeitung – Nr. 160 – Samstag, 16. Juli 1870 – S. 3

Telegraphische Depeschen – Frankreichs Kriegserklärung.

Paris, 15. Juli. Die **„Agence Havas“** meldet um 12 Uhr 30 Minuten Mittags:

Heute um 1 Uhr erfolgt im Senate und im gesetzgebenden Körper gleichzeitig eine Regierungsmittheilung, welche die Sachlage auseinandersetzt und mit der Ankündigung der Kriegserklärung an Preußen schließt. Diese Kriegserklärung wurde durch ein Rundschreiben des Königs von Preußen an die preußischen Agenten im Auslande beschleunigt, welches erstlich die dem Botschafter Benedetti zugefügte schwere Beleidigung bestätigt, zweitens die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern verweigert, drittens demselben seine Freiheit zurückgiebt, die spanische Krone anzunehmen.

Wiener Zeitung – Nr. 160 – Samstag, 16. Juli 1870 – S. 3

Telegraphische Depeschen – Frankreichs Weg zum Krieg gegen Preußen.

Paris, 15. Juli, 10 ¼ Uhr Vormittags. Gestern Abends versammelte sich der Ministerrath in St. Cloud; Gramont sollte demselben den Inhalt der Depesche Benedettis mittheilen. Gestern Abends setzte Baron Werther den Herzog von Gramont in Kenntniß, daß er Paris am 15. Morgens verlassen werde, um einen Urlaub anzutreten.

Gegen Mitternacht fand eine feindselige Demonstration vor dem preußischen Botschaftshotel statt. Es wurden kriegerische Rufe ausgestoßen.

Paris, 15, Juli. (Sitzung des gesetzgeben den Körpers.) Minister Ollivier liest ein gestern im Ministerrathe beschlossenes Expose folgenden Inhaltes:

> Meine Herren! Die Art und Weise mit welcher Sie die Erklärung vom 6. Juli aufgenommen haben, gab uns die Gewißheit, daß Sie unsere Politik billigten und wir auf Ihren Beistand rechnen konnten. Wir begannen also Unterhandlungen mit den fremden Mächten um ihre guten Dienste bei Preußen zu verlangen, damit dieses die Berechtigung unserer Beschwerden anerkenne. Wir haben nichts von Spanien verlangt dessen Empfindlichkeiten wir nicht verletzen wollten; wir haben bei dem Prinzen von Hohenzollern nichts gethan, weil wir ihm durch den König von Preußen gedeckt betrachteten. Wir haben es verweigert in diese Angelegenheit irgendeine Anschuldigung wegen anderer Gegenstände zu mengen. Die Mehrzahl der Mächte gaben mit mehr oder weniger Wärme die Gerechtigkeit unserer Reclamationen zu.
>
> Das preußische Ministerium des Aeußern setzte uns seine Weigerung entgegen, indem es behauptete, daß es von der Angelegenheit nichts wisse und daß das Berliner Cabinet derselben vollständig fremd sei. Als dann wandten wir uns an den König selbst. Der König, indem er bekannte, daß er den Prinzen von Hohenzollern zur Annahme der Candidatur ermächtigt hat, behauptete, daß er den Unterhandlungen zwischen dem Prinzen von Hohenzollern und Spanien fremd geblieben und daß er als Chef der Familie und nicht als Souverain intervenirt habe. Er gab indessen zu, daß er die Angelegenheit dem Grafen Bismarck mitgetheilt habe. Wir konnten diese Antwort nicht als befriedigend ansehen, wir konnten diese seine Unterscheidung zwischen Familienoberhaupt und Souverain nicht zugeben. Inzwischen erhielten wir von dem Botschafter Spaniens die Nachricht von der Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern. Während wir mit Preußen den Rücktritt des Prinzen Leopold erörterten, erhielten wir am 12. Juli von einer Seite, von welcher wir es nicht erwarteten, vom spanischen Botschafter, die betreffende Mittheilung.
>
> Wir verlangten vom Könige, daß er sich dieser Verzichtleistung anschließe, wir verlangten von ihm die Verbindlichkeit, daß er, wenn die Krone neuerdings dem Prinzen von Hohenzollern angeboten würde, die Ermächtigung zur Annahme verweigern möge. Unser Verlangen war ein gemäßigtes und deßgleichen in gemäßigten Ausdrücken formulirt. Wir schrieben an Benedetti, hervortreten zu lassen, daß wir keinerlei Hintergedanken haben, daß wir keinerlei Vorwand suchen. Der König verweigerte die verlangte Verbindlichkeit einzugehen. Der König erklärte Benedetti, daß er dieserhalb wie auch für alles Andere sich das Recht wahren wolle, die Verhältnisse zu Rathe zu ziehen.
>
> Ungeachtet dessen brachen wir wegen des Verlangens nach Frieden die Unterhandlungen nicht ab. Daher war die Ueberraschung eine große, als wir gestern erfuhren, daß der König von Preußen verweigert hat, den Botschafter Benedetti zu empfangen und daß das Berliner Cabinet diese Thatsache den fremden Cabinetten officiell mitgetheilt hat. Wir erfuhren gleichzeitig, daß der preußische Botschafter Baron Werther den Befehl erhielt, einen Urlaub anzutreten. Wir erfuhren auch von Rüstungen Preußens. Unter diesen Verhältnissen hieße es die Würde vergessen und eine Unvorsichtigkeit begehen, keine Vorbereitungen zu treffen. Wir haben uns vorbereitet den Krieg zu führen, den man uns anbietet, indem wir jedem seinen Verantwortlichkeitstheil überlassen. (Lang anhaltender enthusiastischer Beifall.)
>
> Seit gestern haben wir die Reserven einberufen und wir werden Maßregeln ergreifen, um die Interessen, die Sicherheit und die Ehre Frankreichs zu wahren. (Lang andauernder Beifall.)

Paris, 15. Juli. Im Verlaufe der sich entspinnenden lebhaften Debatte, an welcher Thiers, Gramont, Favre und Keratry sich betheiligen, **verlangt Favre, die Regierung solle die auf die Unterhandlung bezüglichen Actenstücke mittheilen, namentlich die den fremden Regierungen mitgetheilte preußische Depesche, welche die Weigerung constatirt, Benedetti zu empfangen. Buffet unterstützt das Verlangen nach Mittheilung der Depesche. Der Antrag Favres aber wird mit 164 gegen 83 Stimmung verworfen**.

Paris, 15. Juli. Fortsetzung der Kammersitzung. Ollivier verlangt einen Credit von 50 Millionen für das Kriegsministerium und die Aushebung einer Altersclasse. Zwanzig Kammermitglieder, darunter Thiers, stimmen gegen die Dringlichkeit. **Thiers spricht gegen den Krieg**, aber die Kammer hört ihn nur mit Ungeduld an. **Ollivier sagt, wenn ein Krieg nothwendig ist, so ist es dieser, zu welchen Preußen uns zwingt. Eine größere Duldsamkeit würde uns auf die unterste Stufe herabbringen. Ollivier hebt die beleidigende Haltung Preußens hervor**. Marschall Leboeuf bringt ein Decret ein, welches die gesammte Mobilgarde einberuft. Die Dringlichkeit dieser Vorlage wird einstimmig erklärt. Segris verlangt einen Credit von 16 Millionen für das Marineministerium.

London, 15. Juli. (Sitzung des Unterhauses.) Disraeli erbittet Mittheilungen. Gladstone sagt, die französisch-preußischen Verhandlungen seien nicht beendet; England biete das Möglichste auf, um den Frieden zu erhalten. **Horsman fragt, ob England Frankreich moralisch unterstütze, wie dies Gramont behauptete. Gladstone verweigert weitere Auskünfte** und bemerkt, Lord Granville habe wegen dieser Behauptung eine Depesche an Gramont gesendet.

Berlinische Nachrichten – Nr. 163 – Samstag, 16. Juli 1870 – S. 2

Deutschland. – Der König wieder in Berlin.

Der König ist gestern Abend um 8 Uhr 50 Minuten von Ems auf dem Berlin-Potsdamer Bahnhofe eingetroffen. Graf Bismarck war ihm mittels Extrazugs bis Brandenburg entgegengefahren. Die Herzlichkeit, mit welcher viele Tausende den König auf dem Bahnhofe, auf den Straßen, durch welche Se. Majestät nach seinem Palais fuhr, begrüßten, war unbeschreiblich. Es war der Ausdruck herzlichster und ehrerbietigster Zustimmung zu der Würde, mit der er die Rechte und die Ehre einer großen Nation gegenüber dem frivolen Thun eines übermüthigen Nachbarvolkes vertreten, und begeisterten Entschlusses, unter seiner Führung dem nationalen Banner in einem schweren, aber hoffentlich ruhmvollen Kriege zu folgen. .....

Es hatte sich blitzschnell die von den Linden colportirte Nachricht der Kriegserklärung von französischer Seite aus auch hier verbreitet, und so befand sich das Publikum in einer unbeschreiblich aufgeregten kriegerischen Stimmung, die sich namentlich beim Erscheinen des Feldmarschalls Wrangel, der zu Wagen zum Empfange Sr. Majestät erschien, Luft machte. Auch Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg wurde bei seinem Erscheinen mit Jubel begrüßt. Um 9 Uhr bestieg Se. Majestät den bereitstehenden Wagen, zu Seiner Linken Se. k.H. den Kronprinzen.

Ein brausendes, donnerähnliches Hurrah empfing den König, Hüte, Mützen, Arme streckten sich unter Jauchzen und Jubelrufen dem König entgegen. Der König nahm mit seinem Sohne die herzlichen Zurufe seines Volkes mit bewegtem Herzen und ernstem Angesichte entgegen. Laute Begeisterung empfing den Ministerpräsidenten, der unmittelbar nach dem König abfuhr. ....

Ein ähnlicher Empfang ist wohl kaum einem Herrscher am Vorabende eines Krieges zu Theil geworden. **Die Begeisterung hatte sich auch den anwesenden Offizieren mitgetheilt; gleich nach der Abfahrt des Königs verkündete einer derselben mit erhobener Stimme, daß die Kriegserklärung erfolgt sei, und wie Se. Maj. der König die Mobilmachung der ganzen Armee befohlen.** Seiner Rede, die er von Zeit zu Zeit wiederholen mußte, folgte lauttönender Beifall. Auf dem ganzen Wege vom Bahnhof durch die Linksstraße, über den Platz vor dem Potsdamer Thor, nach dem Brandenburger Thor und die Linden hinunter wurde der König von einer dichtgedrängten Menge mit Hurrah und Hüteschwenken begrüßt; vor dem Palais aber stand bis zum Opernhause und auf der anderen Seite bis zur Universität eine unübersehbare Menge, Civil und Militär, aus allen Schichten der Bevölkerung**. Ein zehntausendstimmiges Hurrah ertönte, als der König gegen 9¼ Uhr vor seinem Palais anlangte; er trat ins Vestibül, kehrte aber sofort auf die Rampe zurück, verneigte sich tiefbewegt; die Worte, die er sprechen zu wollen schien, wurden von mächtigen Hurrahs übertönt. „Heil Dir im Siegerkranz“ wurde angestimmt und ertönte in tausendstimmigem Chor über den Platz**, der noch lange dichtgefüllt blieb. In allen Straßen, welche der König passirte, war geflaggt, viele Häuser sind, wie auch sonst in der Stadt illuminirt.

Berlinische Nachrichten – Nr. 163 – Samstag, 16. Juli 1870 – S. 2

Deutschland. – Die Presse zu Frankreichs Haltung.

Die Rohheit des Verfahrens der französischen Regierung gegen die Person unseres Königs ist zwar von der ganzen Welt empfunden worden, was aber dabei – abgesehen von allen gesellschaftlichen und rein menschlichen Erwägungen – politisch noch mit in Betracht kommt, spricht ein kurzer Artikel der **„Neuen Preußischen Zeitung“** aus, die unter der Ueberschrift: „Zur Lage“ Folgendes schreibt:

Einigermaßen auffallen muß, wie bisher in der spanischen Frage der Unterschied zwischen persönlichen oder Privathandlungen des Königs und amtlichen Functionen Sr. Majestät von der Presse nicht gehörig erkannt worden ist. Aus der Mazarredoschen Denkschrift weiß man, daß der Erbprinz Leopold die von ihm erfolgte Annahme des spanischen Anerbietens dem Könige in Ems angezeigt hat und zwar wird dieselbe wahrscheinlich Ende Juni Sr. Majestät zugegangen sein. Se. Majestät aber befand sich in Ems zum Gebrauch einer Badecur und gewiß nicht in der Absicht, Staatsgeschäfte zu betreiben, was schon daraus ersichtlich, daß keiner der Minister nach Ems befohlen war, und in der That ist die Erwiderung des König auf die Mittheilung des Erbprinzen in der Form eines eigenhändigen Briefes erfolgt, über dessen Inhalt äußerlich nur soviel verlautet hat, daß Se. Majestät von dem Vorfall nicht angenehm berührt worden ist, sich zu einem Einspruche jedoch nicht berufen gefunden hat.

Eine Staatsaction irgendwelcher Art ist in diesem ganzen Geschäft nicht vorgekommen. Diese rechtliche Lage der Sache nun ist es, die bei öffentlicher Beurtheilung der letzteren nicht gewürdigt worden.

Man hat ohne weitere Erwägung den König in seiner Privat-Correspondenz und den König an der Spitze der Staatsregierung zusammengeworfen, ohne zu überlegen, daß Handlungen des Letzteren (im Sinne der Verfassung „Regierungsacte“) nur dann vorliegen, wenn eine ministerielle Mitwirkung hinzutritt. Nur das französische Cabinet scheint sich jenen Unterschied vollständig klar gemacht zu haben, indem es die ganze Wirkung seiner Diplomatie gegen die im Bade lediglich ihrer Gesundheit lebende Person gerichtet hat, indem sie versuchte, dort, wo das Privatleben des Königs nicht mit dem Schutze der sonst üblichen Formen umgeben war, ihm vermöge staatlichen Druckes Privathandlungen abzudringen, die dann ihre Tragweite auch weiterhin erstreckt haben würden.

Die aus Wien zuerst gemeldete, von Florenz bestätigte Nachricht, daß die vier bei dem französisch-preußischen Streit unbeteiligten Mächte in Paris die Erwartung (oder das Vertrauen) ausgesprochen hätten, daß mit der Rücknahme der Candidatur des Prinzen Hohenzollern die schwebenden Differenzen beendigt seien, ist ein erster Schritt der Parteinahme, der zu weiteren Consquenzen führen kann. **In Paris war offenbar die Verlegenheit außerordentlich, sonst hätte man nicht beinahe achtundvierzig Stunden gewartet, ehe man sich auf eine Antwort auf die von Herrn Benedetti ertheilte Zurechtweisung besinnen konnte.** Die **„Börsenzeitung“** glaubt zu wissen, daß Rußland versprochen habe, den Handel der Ostsee gegen alle Beeinträchtigungen zu schützen und daß Amerika seine sehr freundliche Stellung zu Preußen einnehme. Beide Nachrichten haben allerdings einige Wahrscheinlichkeit für sich.

Das Urtheil der deutschen Blätter über die Vorgänge in Ems am 13. ist einstimmig. Am kräftigsten wird es von der **„Weser-Zeitung“** formulirt, welche der Mittheilung der bekannten Depesche hinzugefügt:

> Was diese vollkommen authentische Depesche bedeutet, wird sich jedermann selbst sagen. Die maßlose Insolenz, eine Insolenz, wie sie sich Kaiser Napoleon I. in den Zeiten seines größten Uebermuths kaum erlaubt hat, hat die gebührende, die einzig mögliche Antwort gefunden. Dem die eigenste Person des Kaisers Napoleon vertretenden französischen Botschafter ist die Thüre gewiesen worden.
>
> Ganz Deutschland, jeder Mann von Ehre außerhalb Frankreichs, der nicht unsere Demüthigung will, wird die einfache, natürliche und doch so stolze Handlungsweise des Königs billigen müssen. **Die Anmuthung, welche der französische Botschafter gestellt, enthält eine persönliche Beleidigung König Wilhelms, sie enthüllt unzweideutig das nichtswürdige Verlangen Frankreichs, Deutschland in eine Stellung zu drängen, in der nur Erniedrigung oder derbe Abwehr übrig bleibt, daß auch dem blödesten Auge klar wird, Frankreich will den Krieg, will den Krieg um jeden Preis,** und wir müssen gestehen, daß auch nur ein Wunder ihn noch abwenden kann. König Wilhelm I. kann vor Gott und Menschen mit gutem Gewissen sich das Zeugnis geben, daß er keine Schuld an den schweren Folgen trägt, welche die letzte Abweisung französischer Anmaßung nach sich ziehen wird.
>
> Die Verzichtleistung des Erbprinzen von Hohenzollern haben wir alle nicht ohne ein Gefühl der Demütigung hingenommen, nur die wärmste Friedensliebe, die ernsteste Erwägung der furchtbaren Calamitäten, die ein Krieg zwischen den kriegstüchtigsten Nationen des Continents heraufbeschwört, hat uns vermocht, den Entschluß zu billigen. Mit der Verzichtleistung waren die Besorgnisse, welche Frankreich ehrlicher Weise hegen konnte, vollkommen beseitigt, der rauflustige **„Constitutionnel“**, der Minister Ollivier selbst erklärten sich für befriedigt. Ueberall außerhalb der eingeweihten Kreise, hat man mit dem Opfer, das Erbprinz Leopold gebracht, wenigstens den unmittelbaren Ausbruch des Conflictes für beseitigt gehalten, wenn auch ein tiefes Mißtrauen gegen Frankreich noch nachbleiben mußte. Die Entrüstung über die gewissenlose Provocation, mit welcher Frankreich gestern wieder den Frieden Europas gebrochen hat, wird die einstimmige Verdammung der civilisirten Welt über das aus Meineid hervorgegangene, in ewiger Lüge fortwuchernde zweite Kaiserreich aussprechen.

In ihrem Leitartikel sagt die **„Neue Freie Presse“:**

> Nachdem Prinz Leopold auf die spanische Candidatur verzichtet, kann Napoleon III. weder dem französischen noch dem deutschen Volke gegenüber behaupten, er beginne den Krieg, um den Ehrgeiz der Hohenzollern zu beugen. Wir sind überzeugt, daß man in Paris den Krieg will, aber man wird jetzt einen anderen Vorwand dafür suchen müssen. Da fragt es sich denn, welchen? Die französischen Heißsporne, welche schon vor drei, vier Tagen rund heraus erklärten, die Candidatur des Prinzen Leopold sei ihnen höchst gleichgiltige Nebensache, haben ungescheut von Mainz, ja vom ganzen linken Rheinufer gesprochen. Mainz und der Rhein – das sind keine dynastischen, sondern – deutsche Lebensfragen. Mit einem Eroberungsplane wird und kann Napoleon III. nicht hervortreten, ohne das ganze deutsche Volk gegen sich unter Waffen zu rufen. Kann er keinen neuen Vorwand zum Kriege finden, der den Kampf in Deutschland unpopulär macht, so wird er vielleicht vor dem Licht zurückschrecken, in welchem er sich dann zeigte. Denn dann wüßte ganz Europa, wer der Störenfried und Friedensbrecher ist und gegen wen sich sein Groll zu wenden hätte. Sollte der Friede erhalten bleiben, dann verdanken wir ihn der Erwägung dieses Umstandes in den Tuilerien. **Ein Krieg, in dem Preußen die Erinnerungen von 1813 wachrufen kann, ist ein ander Ding, als ein Kampf um das Avancement eines Hohenzollern auf den spanischen Thron.**

Der **„H.C.“** schreibt:

> „Kaum in einer andern Phase unserer neuesten Geschichte hat die Ueberlegenheit des norddeutschen Bundeskanzlers über seine diplomatischen Zeitgenossen sich so glänzend bewährt, wie gegenüber der

Verwickelung der letzten Tage. **Die Franzosen haben sich im eigentlichen Sinne des Wortes an das Messer der öffentlichen Meinung von Europa geliefert, ohne daß Preußen auch nur den Schatten eines Vorwurfs trifft.** Nicht nur, daß Frankreich durch den rechtzeitigen Verzicht des hohenzollernschen Prinzen decontenancirt und gezwungen worden ist, seine Thorheit vom 6. Juli durch eine Herausforderung an das europäische Rechtsgefühl zu krönen – in dem Augenblick, wo Napoleon III. **va banque** sagen muß, **erfährt er, daß sein vier Jahre lang im deutschen Süden gespieltes Intriguenspiel hoffnungslos verloren ist und daß die nationale Fahne auf den Thürmen von Stuttgart, Karlsruhe und – wie sich mit Sicherheit annehmen läßt – auch von München weht**.

Die kaiserliche Staatskunst hat jenseits des Main im eigentlichen Sinne des Wortes **„pour le roi de Prusse“** gearbeitet und die erwartete Antwort auf jene famosen 41 Fragen, die der Marquis de Chateaurenard in Württemberg colportirte, wäre nicht an ihn, sondern direct an die Adresse seiner Pariser Auftraggeber gegeben worden. Und nicht an diese allein. Die plötzliche Entscheidung der süddeutschen Staaten hat alle Aussicht, in Wien noch größeren Eindruck zu machen, als in Paris – unisono können die Herren v. Beust und v. Gramont ihren kaiserlichen Gebietern das Geständniß ablegen: „Herr, wir haben schlecht bestanden.“

Unter günstigeren Conjuncturen, als den gegenwärtigen, hat der Krieg, mit dem Deutschland seit dem Jahre 1866 bedroht ist, kaum ausbrechen können, – im Westen und Süden Europas steht die öffentliche Meinung zu uns und zu unserem guten Recht, der Osten ist durch Rücksichten auf den Orient gefesselt, Frankreich aber steht in einer Isolirung da, die von absoluter Mißernte begleitet ist. In Paris genügt die Nachricht von einer einzigen verlorenen Schlacht zur Aufpflanzung der rothen Fahne, – für uns bedeutet sie nicht mehr, als die Vertagung des Sieges.

.....

Der Hamburger **„Börsenhalle“** wird telegraphisch von hier gemeldet:

„Die Forderungen des Grafen Benedetti sollen, wie man hört, noch weiter gegangen sein, als bisher bekannt wurde; er soll gewünscht haben, daß der König eigenhändig an den Kaiser, und zwar in mehr als versöhnlichem Tone schreibe. Deshalb wurde er kurz entlassen.“

Aus Ems meldet man der **„Berliner Börsen-Zeitung“,** daß der französische Botschafter Graf Benedetti vorgestern Nachmittag, als der König nach Coblenz abfuhr, noch auf dem Bahnhof erschien und sich in einer so ostensiblen Weise in die vorderste Reihe drängte, als erwarte er irgendwie vom König angesprochen zu werden. Der König ließ denselben aber völlig unbeachtet stehen, trotzdem er mit verschiedenen unmittelbar neben demselben stehenden Personen noch bis zum Moment der Abfahrt unbefangen sprach.

.....

Wie die **„Neue Preußische Zeitung**“ aus guter Quelle vernimmt, **hat Frankreich schon vor vier Wochen in Schweden anfragen lassen, wie es sich zu einem französisch-deutschen Kriege stellen, ob es sich Frankreich anschließen werde. Die Antwort soll in letzter Beziehung verneinend gelautet haben**.

Berlinische Nachrichten – Nr. 163 – Samstag, 16. Juli 1870 – S. 2

Deutschland. – Kriegsvorbereitung.

Das Bundeskanzler-Amt hat, wie die **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“** berichtet, nach den verschiedenen deutschen Hafenstädten die Anzeige ergehen lassen, daß **auf allen Meere befindliche Schiffe Norddeutschlands den Rath erhalten, vor der drohenden Kriegsgefahr binnen zu gehen**.

Es ist gestern den Offizieren der hiesigen Artillerie- und Ingenieur-Schule die Ordre zugegangen, sich für die Rückkehr zu ihren Regimentern bereit zu halten. Von Mannschaften sind gestern bereits die Königs-Urlauber einberufen. Ebenso ist, wie die **„Berliner Börsen-Zeitung“** mittheilt, **die Ordre zur Armirung der rheinischen Festungen abgegangen. Endlich ist den sämtlichen Eisenbahn-Directionen die Weisung zugegangen, für ausgedehnte Truppensendungen alle Vorbereitungen zu treffen**. Seit gestern Vormittag finden in Folge davon insofern Restrictionen in der Annahme von Stückgütern statt, als für die Innehaltung von Lieferfristen keinerlei Garantie mehr übernommen wird.

Die Festungs-Artillerie von Saarlouis, welche gegenwärtig mit der übrigen Artillerie auf der Wahner Haide zu größeren Uebungen sich befand, ist, wie die **„Rhein-Zeitung“** aus Köln berichtet, in der Nacht zum 14. von dort abberufen und Morgens 5 Uhr per Eisenbahn nach ihrer Garnison zurückgehkehrt. Einem Gerüchte zufolge soll auch die übrige Festungs-Artillerie Ordre zur Rückkehr haben.

Sonntag, 17. Juli 1870

Le Temps – Nr. 3427 – Sonntag, 17. Juli 1870 – S. 1

Kommentar zur Sitzung der Legislative vom 16.07.1870 in Paris

Wir werden die beiden gestrigen Sitzungen nicht ausführlich kommentieren. Die Frage ist beantwortet. Wie schon 1866, und mit noch größerer Ungeduld und Intoleranz als 1866, schloss sich die Kammer der Politik der Regierung an, ohne sich auch nur zu besinnen..

Alles, was nötig war, um das Land in den größten Krieg des 19. Jahrhunderts zu verwickeln, war ein Telegramm, dessen authentischer Text ihm nicht einmal mitgeteilt worden war. Jede Bewegung, wir sagen nicht oppositionelle, sondern gemäßigte und schlichte Überlegung, wurde als Hochverrat behandelt.

Wir glauben nicht, daß jemals eine politische Versammlung ein derartiges Spektakel geboten hat. Herr Thiers hatte gestern seinen besten Tag als Mensch und als Franzose, und leider auch den Überflüssigsten. Er zeigte unbezwingbare Standhaftigkeit und wahrhaft heldenhaften Patriotismus, aber er verschwendete seine Zeit. **Nach ihm bestanden Herr Jules Favre und Herr Gambetta nacheinander auf der Notwendigkeit der Herausgabe der Dokumente, erreichten jedoch nichts.** Ihre Behauptung war jedoch noch begründeter, als sie zu glauben schienen.

Tatsächlich erhielt die Regierung nicht nur Telegramme. Sie erhielt auch echte diplomatische Dokumente, insbesondere eine Depesche von Lord Granville, Außenminister von England, an den Herzog von Gramont. Es war Mr. Gladstone, der dem Unterhaus die Existenz dieser Sache offenbarte, und er wäre sicherlich daran interessiert gewesen, seinen Inhalt zu kennen. Herr Thiers hat eindeutig dargelegt, daß die Haltung ausländischer Kabinette und die Haltung der europäischen öffentlichen Meinung wichtige Elemente in dieser Situation sind. Wir würden verstehen, daß diese Dinge vor uns verborgen wurden, wenn man sie gleichzeitig vor Preußen verbergen könnte, aber darauf können wir uns nicht einbilden. Englischsprachige Zeitungen werden in Berlin durchaus gelesen, und derzeit gibt es keinen Grund zur Klage. Wir hatten es vorausgesehen und müssen es anerkennen, weil wir nicht glauben, daß es unter irgendwelchen Umständen sinnvoll ist, die Öffentlichkeit zu täuschen.

A. NEFFTZER.

Französisch

Le Temps – Nr. 3427 – Sonntag, 17. Juli 1870 – S. 1

Commentaire sur la session du corps Legislatif du 16.07.1870 a Paris

Nous ne ferons pas de longs commen-taires sur les deux séances d'hier. La question est vidée. Comme en 1866, et avec plus d'impatience et d'intolérance qu'en 1866, la Chambre s'est associée à la politique du gouvernement, sans vouloir même être édifiée.

Il lui a suffi, pour engager le pays dans la plus grande guerre que le dixneuvième siècle aura vue, d'un télégramme dont le texte authentique ne lui a pas même été communiqué. Tout mouvement, nous ne disons pas d'opposition, mais de modération et de simple réflexion, a été traité de haute trahison.

Nous ne croyons pas que jamais assemblée politique ait donné spectacle semblable. M. Thiers a eu hier sa plus belle journée d'homme et de Français, et aussi, hélas! la plus inutile. Il s'est montré d'une fermeté indomptable et d'un patriotisme vraiment héroïque, mais il a perdu sa peine. **Après lui, M. Jules Favre et M. Gambetta ont successivement insisté sur la nécessité de la communication des pièces, mais ils n'ont rien obtenu.** Leur réclamation pourtant était plus motivée encore qu'ils nel'ont semblé croire.

Le gouvernement, en effet, n'a pas reçu que des télégrammes. Il a reçu aussi de vraies pièces diplo-matiques, et notamment une dépêche de lord Granville, ministre des affaires étrangères d'Angleterre, à M. le duc de Gramont. C'est M. Gladstone qui a révélé l'existence de cette pièce à la Chambre des communes, et il eût été intéressant d'en connaître le contenu. Comme M. Thiers l'a si bien établi, les dispositions des cabinets étrangers, et celles, de l'opinion publique européenne, sont des éléments importants de la situation. Nous comprendrions qu'on nous les dissimulât, si on pouvait en même temps les cacher à la Prusse, mais c'est ce dont on ne saurait se flatter. On lit certainement à Berlin les journaux anglais, et en ce moment, on n'a pas lieu de s'en plaindre. Nous l'avions prévu, et nous devons le constater, parce que nous ne croyons utile en aucune circonstance de tromper le public. A. NEFFTZER.

Wiener Zeitung – Nr. 161 – Sonntag, 17. Juli 1870 – S. 3

Telegraphische Depeschen - Deutschland

Berlin, 16. Juli. Die Mobilisirung der gesamten Armee ist angeordnet.

Berlin, 16. Juli. Alle beurlaubten Regierungspräsidenten und Landräthe wurden vom Minister des Innern beauftragt, sich sofort auf ihre Posten zurückzubegeben.

Das Wolffsche Bureau meldet: **Gramont hat am 12. Juli dem norddeutschen Botschafter erklärt, die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern sei Nebensache, da Frankreich dessen Thronbesteigung nie geduldet haben würde. Die Hauptsache sei, daß der König in einem eigenhändigen Briefe dem Kaiser Napoleon wegen des Vorgefallenen Abbitte leiste. In diesem zur Veröffentlichung bestimmten Briefe dürfte der verwandtschaftlichen Beziehungen des Erbprinzen zum Kaiserhause nicht Erwähnung finden.**

Berlin, 16. Juli. Fortwährend laufen Zustimmungsadressen an den König ein.

Das Wolffsche Bureau meldet: **Die Note, deren Text Ollivier gestern im gesetzgebenden Körper herauszugeben verweigerte, existirt als Note nicht**. Das bekannte Zeitungstelegramm, also lautend:

> Nach amtlicher Mittheilung der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern seitens der spanischen Regierung an die französische Regierung hat Benedetti in Ems von dem König von Preußen noch die Autorisation verlangt, nach Paris zu telegraphiren, daß der König für die Zukunft die Verpflichtung übernehme, niemals eine Candidatur Hohenzollerns zuzulassen. Der König lehnte den nochmaligen Empfang des französischen Botschafters ab und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen, der König habe dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen,

ist als Nachricht über die Natur der französischen Forderung und über den festen Entschluß des Königs, auf dieselbe nicht einzugehen, genau mit den Worten, wie sie in den Zeitungen gestanden, den deutschen Regierungen und norddeutschen Vertretern bei einigen außerdeutschen Höfen zur Information mitgetheilt worden.

Dresden, 16. Juli. Das **„Dresdner Journal“** veröffentlicht die Mobilmachung und den Befehl des Kronprinzen, wodurch das sächsische Armeecorps auf den Kriegsfuß gesetzt wird. Heute ist der erste Mobilmachungstag.

Wiener Zeitung – Nr. 161 – Sonntag, 17. Juli 1870 – S. 3

Telegraphische Depeschen - Frankreich

Paris, 16. Juli, 1 ¼ Uhr Nachm. Die **„Agence Havas“** meldet: **Der Senat wird heute die von dem gesetzgebenden Körper gestern Abend angenommenen Maßregeln votiren, wonach die Kriegserklärung abgeschickt werden wird. Alle Regierungen bemühen sich, um den Krieg zwischen Frankreich und Preußen zu localisiren, da Deutschland bei der gegenwärtigen Frage nicht betheiligt ist.**

Heute findet ein Ministerrath in St. Cloud statt. Ueberall werden militärische Vorbereitungen getroffen, in der Armee und der Bevölkerung herrscht großer Enthusiasmus. Viele Regimenter sind schon an die Grenze abgerückt. Man versichert, der Kaiser werde unverweilt zur Armee abreisen.

Berlinische Nachrichten – Nr. 164 – Sonntag, 17. Juli 1870 – S. 1

Frankreichs versuchte Kriegsrechtfertigung.

Konnte man schon staunen über den Gramontschen, von den französischen Ministern aufgesetzten Vortrag, womit er am 6. Juli die Kriegsdrohung einleitete, so erregt die Staatsschrift vollends unsre „Bewunderung“ (um uns der charakteristischen Sprache des Actenstücks selbst zu bedienen), welche am 14. Juli der französische Ministerrath verfaßt hat, und zu deren Vortrag im gesetzgebenden Körper sich Hr. Ollivier gebrauchen ließ.

Zunächst die unwürdige Captivirung dieser Körperschaft, welche die Einsicht Frankreichs darstellen will!

„Die Art und Weise, in welcher Sie die Erklärungen vom 6. Juli aufgenommen haben, gab uns die

Gewißheit, daß Sie unsre Politik billigten."

Billigen kann man doch nur, was man versteht. Aber die werthe Versammlung verstand noch gar nichts von der Sache, die Minister selbst wußten keinen Bescheid von der spanischen Throncandidatur, wer sie bertrieben, wer an ihr Interesse nahm. Daß eine fremde Macht den Erbprinzen Leopold einsetzen wollte, war eine ganz unrichtige Voraussetzung und in diesem Moment eine absichtlich vorgebrachte Lüge, welche die Kammer und die öffentliche Meinung kürzlich in Flammen setzen sollte.

„Wir begannen hierauf Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten, um ihre Vermittlung in Anspruch zu nehmen, damit Preußen die Rechtmäßigkeit unserer Beschwerden anerkenne."

Wir wissen aus der Mittheilung des Grafen Granville, auswärtigen Ministers in England, in welcher Weise Frankreich diese sogenannten Verhandlungen eröffnet hat. Sie bestanden in den aufgeregtesten, grundlosesten Anklagen Preußens, worauf Granville vor Allem bedauerte, daß die französische Regierung sofort solche starken Aeußerungen gebrauchte. Die „Verhandlungen" waren in der That nichts als Invectiven gegen Preußen, eigentlich nur Anzeigen, daß man mit Preußen anbinden wolle. Es handelte sich nicht um ein Anrufen zur Vermittlung, sondern um einen Aufruf zur Parteinahme gegen Preußen. Die Hohenzollernche Candidatur sollte ja das Gleichgewicht bedrohen.

„Wir haben nichts von Spanien verlangt, dessen Empfindlichkeit wir nicht reizen wollten."

Und doch ging die ganze Sache nur Spanien an, wie sich aus allen seitdem veröffentlichten Actenstücken ergeben hat. Spaniens Empfindlichkeit also wollte man nicht reizen, aber Preußens, das konnte nichts schaden, oder vielmehr das wollte man eben. Ungeschickter können die Minister ihre Absicht gar nicht eingestehen.

„Der größte Theil der auswärtigen Mächte bewundert mit mehr oder weniger Wärme (ei! wie schlau!) die Gerechtigkeit unserer Beschwerden."

Wir bewundern die Dreistigkeit der Lüge, und daß die werthe Versammlung sich das aufbinden läßt.

„Wir verhandelten nicht mit dem Fürsten von Hohenzollern."

Und warum nicht? Sehr einfach, weil die französischen Minister an Preußen heran wollten.

„Aber der preußische Minister entgegnete, daß er die Angelegenheit nicht kenne, und daß das Cabinet von Berlin derselben vollständig fremd bleibe." (Und das war ganz in der Ordnung).

Also der Staat Preußen wollte mit der Sache nichts zu thun haben, es lag keine Regierungshandlung vor.

„Wir wendeten uns hierauf an den König selbst."

Was gab den Franzosen, die gesagt hatten, eine fremde Macht wolle einen Prinzen in Spanien einsetzen, nachdem diese fremde Macht erklärt hatte, sie denke gar nicht daran, sie habe keinen Antheil an der Sache, für ein Recht, dem König von Preußen, der sich privatisirend im Bade aufhielt, persönlich zuzusetzen? Es ist gegen Sitte, Staats- und Völkerrecht. Aber wenn sie es einmal thaten, es sei aus welchem Grunde es wolle, dann mußte sie auch den Unterschied „zwischen Familien-Oberhaupt und Souverän" gelten lassen, den sie ja selbst gemacht hatten durch die Thatsache des Herantretens an die Person des Königs Wilhelm in Ems.

„Aber diesen subtilen Unterschied konnten wir nicht gelten lassen" heißt es nachher ganz sans facon.

Der König, nicht in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt (denn es war gar kein Minister in Ems), hätte den zudringlichen Frager einfach abweisen können; indeß leutselig, wie er ist, und jedenfalls bemüht, die unrichtigen Voraussetzungen Frankreichs zu beseitigen, erklärt er auch, daß er den Verhandlungen zwischen Spanien und den Hohenzollern ganz fremd geblieben, daß er auf die Anfrage des Prinzen (die, wie wir wissen, von diesem nur aus Courtoisie für nöthig gehalten wurde) diesen an der Annahme nicht verhindert habe. Der Ausdruck des französischen Actenstücks: er habe ihn zur Annahme ermächtigt, ist vermuthlich unrichtig, aber von den französischen Ministern absichtlich gewählt.

„Der König gestand jedoch zu, daß er die Angelegenheit dem Grafen Bismarck mitgetheilt habe."

Warum sollte er auch nicht? Wenn es auch ganz und gar keine Staatshandlung war, so durfte doch der Minister von dieser Familiensache erfahren, da sie für Spanien wichtig genug war. Aber mit vollem Recht konnte auch der Minister sagen, dem Cabinet sei sie ganz fremd.

„Wir konnten diese Antwort nicht als befriedigend annehmen, die Unterscheidung zwischen Familien-Oberhaupt und Souverän nicht gelten lassen."

Warum denn nicht? Zumal seitdem mehrere officielle spanische Actenstücke veröffentlicht waren, welche ganz klar bewiesen, daß nicht nur der Staat Preußen, auch der König Wilhelm ganz **ex nexu** waren.

Besser also, die französischen Minister sagen: wir wollten es nicht, um den erfundenen Kriegsvorwand nicht ganz aus den Händen zu verlieren.

Inzwischen kommt von der Seite, woher sie allein kommen konnte, von dem Prinzen und durch den spanischen Botschafter, die ja allein damit zu thun gehabt, der Verzicht des Prinzen. Es ist höchst naiv, daß die französischen Minister sagen: ***während wir die Angelegenheit mit Preußen (richtiger mit der Person des Königs) verhandelten, kam uns die Verzichtleistung von einer Seite, wo wir sie nicht erwarteten.***

Woher konnten sie sie sonst erwarten, wenn sie nicht einfach wieder sagen wollten: wir suchten Händel, wir wollten den König beleidigen.

Diese dreiste Absicht tritt nun alsbald hervor.

„Wir verlangten, daß der König sich dieser Verzichtleistung anschließe, wir verlangten, daß er sich verpflichte, wenn die Krone neuerlich von Hohenzollern angeboten würde, die Genehmigung zur Annahme derselben zu versagen. Unsere Forderung war eine gemäßigte."

Wie maßlos vielmehr die Forderung war, daß sie geradezu eine Forderung auf Abbitten war, sagt noch sehr unverblümt der „Staatsanzeiger" (…) Zu dieser Forderung, nehmen wir sie selbst im allergemäßigten Sinne, – und wie sie zudringlich an den König gebracht wurde, wissen wir aus deutschen Quellen – lag nun weder Recht noch Veranlassung vor. Der Prinz hatte abdicirt, ganz aus eigener Bewegung, wie er vorher aus eigner Bewegung angenommen hatte. Und wenn er übermorgen wieder annimmt, was geht denn das den Staat Preußen an, oder konnte der König für den Staat Preußen eine Verpflichtung übernehmen in einer Sache, die gar nicht in seiner Gewalt lag, wenn die Cortes den Prinzen wählten und er ginge durchaus nach Spanien?

War das ganze Vorgehen seit dem 6. Juli eine Beleidigung Preußens, so war diese Forderung und die Art, wie auf Erfüllung gedrungen wurde, der Gipfel der Beleidigung. Und aus Allem (trotz der heuchlerischen Ausrede der französischen Regierung, sie hege keine Hintergedanken und suche keinen Vorwand) in Verbindung mit den aus allen Theilen Frankreichs eingehenden Rüstungs-Nachrichten nur das Eine zu erkennen: die Franzosen wollten Streit, wollten aus einer für unsern Staat ganz unerheblichen Frage mit aller Gewalt eine Streitfrage machen, sie spotteten der Geduld des Königs, ja, wie jetzt die Sache klar vorliegt, sie verlangten Unmögliches und Unehrenhaftes, bloß daß Hr. Ollivier und Gramont Minister bleiben konnten! Derselbe erwehrte sich schließlich des zudringlichen Fragers, den er nur aus Freundlichkeit und Friedensliebe überhaupt angenommen hatte.

„Wir erfuhren auch, daß Preußen rüste."

Und dabei war am 14. Juli noch nicht einmal der König-Urlauber bei uns einberufen worden, geschweige denn ein Mann von der Reserve.

„Wir haben uns bereitet, den Krieg den man uns anbietet, anzunehmen."

Ist auf solche Lüge noch ein Wort nöthig zu erwidern?

Genug, dieses Schriftstück, womit das französische Ministerium das Signal zu einem menschenmörderischen Krieg giebt, enthält in jedem Satze eine Ungereimtheit oder eine Lüge. Es ist ganz der Gesellschaft würdig, von der es ausgeht. Und hat man je gewußt, was eine Versammlung werth ist, der man so etwas vorlesen kann, so hat man es jetzt erfahren.

Montag, 18. Juli 1870

L'Union – Nr. 199 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 1

Frankreich - Kommentar zur Lage.

Die Kriegserklärung wurde in den Departements mit Patriotismus und zugleich Besorgnis aufgenommen. Überall akzeptiert die Presse – mit Ausnahme der inoffiziellen, die völlig von kriegerischen Emotionen erfüllt ist – ohne Furcht, aber auch ohne Begeisterung die Notwendigkeit des Kampfes.

Sie unterstützt von ganzem Herzen die abziehenden Truppen und wünscht unseren Waffen inbrünstig Erfolg; aber sie erinnert daran, daß die imperiale Politik, die mal abenteuerlich, mal schwach war, die Voraussetzungen für den gewaltigen Syllogismus schuf, dessen Schlussfolgerung die Kriegserklärung ist; sie bittet darum, daß Frankreich am Ende des Feldzugs, der hoffentlich ruhmreich und fruchtbar sein wird, endgültig die Kontrolle über sich selbst und sein Schicksal zurückgewinnen wird.

Dies ist insbesondere die Behauptung unserer Freunde. **Sie akzeptieren den Krieg, da die Fehler der Regierung und die Ambitionen Preußens dies erfordern.** Sie sagen jedoch nicht mit dem Siegelbewahrer: „Wir akzeptieren den Krieg mit leichtem Herzen."

Und sie schließen sich auch nicht dem Land an mit: „Wie schön ist der Krieg!"

Der Krieg erscheint ihnen, auch wenn er gerecht ist, als eine große Tortur, deren Wendungen sich jeder Berechnung entziehen und die vielleicht eine schreckliche Unbekannte in sich birgt. Wir dürfen, sagen sie wie wir, weder zum Krieg aufrufen noch uns dem Krieg stellen. Bevor das Vaterland seine Kinder auf das Schlachtfeld schickt, hat es das Recht, seine Führer zu warnen, daß sie eine sehr schwere Verantwortung übernehmen und daß sie, bevor sie das Blut unserer tapferen Männer vergießen, zehnmal Recht haben müssen.

Georges Gandy.

Französisch

L'Union – Nr. 199 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 1

Frankreich - Kommentar zur Lage.

La déclaration de guerre a été accueillie dans les départements avec un sentiment patriotique mêlé d'anxiété. Partout la presse, à l'exception des officieux entièrement livrés à l'émotion belliqueuse, accepte sans peur mais sans enthousiasme la nécessité de la lutte.

Elle se rallie de tout cœur au drapeau qui part, elle fait des vœux ardents pour le succès de nos armes; mais elle rappelle que la politique impériale, tour a tour aventureuse et faible, a posé les prémisses du syllogisme redoutable dont la déclaration de guerre est la conclusion; elle demande qu'à la fin de la campagne qu'elle espère glorieuse et féconde, la France reprenne définitivement possession d'elle-même et de ses destinées.

Telle est surtout l'affirmation de nos amis. La guerre, ils l'acceptent, puisque les fautes du gouvernement et l'ambition de la Prusse l'imposent. Toutefois, ils ne disent pas avec M. le garde des sceaux: «Nous acceqtons la guerre d'un cœur léger. »

Ils ne disent pas non plus avec le Pays: «Que c'est beau la guerre!»

La guerre leur semble, alors même qu'elle est juste, une grande épreuve dont les péripéties échappent aux calculs, et qui enferme peut-être un terrible inconnu. Il ne faut, disent-ils comme nous, ni appeler ni affronter la guerre. Avant de jeter ses enfants sur les champs de bataille, la patrie a le droit d'avertir ses chefs qu'ils as-sument des responsabilités bien pesantes, et qu'avant de faire couler le sang de nos braves, ils doivent avoir dix fois raison. **Georges Gandy.**

L'Union – Nr. 199 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 1

Frankreich - Politische Chronik.

Der Kaiser ist heute Morgen in Paris angekommen.

* *

Ein Botschaftssekretär ist gestern Abend mit der Kriegserklärung nach Berlin aufgebrochen.

* *

Die unmittelbar bevorstehende Abreise des Kaisers, in Begleitung des kaiserlichen Prinzen, zur Armee wird angekündigt, sagt „La Patrie"

* *

Die Kriegserklärung an Preußen soll heute allen Mächten mitgeteilt werden.

Französisch

L'Union – Nr. 199 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 1

France - Chronique Politique.

L'empereur est arrivé ce matin à Paris.

* *

Un secrétaire d'ambassade est parti hier soir pour Berlin, porteur de la déclaration de guerre.

* *

On annonce, dit la Patrie, le très pro-chain départ de l'empereur, accompagnó du prince impérjal, pour l'armée.

* *

La déclaration de guerre à la Prusse a dû être notifiée aujourd'hui à toutes les puissances.

Wiener Abendpost – Nr. 161 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 1

Tagesbericht –

Deutschland: die Begegnung des Grafen Benedetti mit König Wilhelm in Ems

Bei der strengen Objectivität, die wir uns bei der Darstellung der einzelnen Phasen des Streites zwischen Preußen und Frankreich zur Pflicht gemacht haben, müssen wir darauf verzichten einen großen Theil der heute vorliegenden Zeitungsstimmen zu registriren. Die gegenseitige Aufregung und Erbitterung findet namentlich in der ministeriellen Presse beider Staaten unverhüllten und fast bis ins Maßlose gesteigerten Ausdruck. Dennoch glauben wir von einem officiellen Artikel des preußischen Staatsanzeigers in sofern Act nehmen zu sollen, als derselbe thatsächliches Material zur Beurtheilung des Streites – freilich von preußischem Standpunkte – enthält. Das amtliche Organ meldet:

„Nachdem die Regierung des Kaisers Napoleon öffentlich und amtlich sich für den Krieg erklärt hat, liegt in dem Wunsche, etwa noch mögliche Verhandlungen über den Frieden nicht zu erschweren, kein Motiv mehr, über den vollen Umfang der von gedachter Regierung an uns gestellten Forderungen zu schweigen. Der nachfolgende wortgetreu wiedergegebene Abschnitt eines Berichtes des norddeutschen Botschafters in Paris wird geeignet sein, dies zur Anschauung zu bringen. Der Botschafter sagt über eine Unterredung mit dem Herzog von Gramont, nachdem er zunächst bereits Bekanntes gemeldet, Folgendes:

„Der Herzog von Gramont fügte hinzu, er sehe die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron als Nebensache an; denn die französische Regierung hätte doch niemals seine Thronbesteigung zugelassen, aber er fürchte, daß aus unserem Verfahren eine bleibende Verstimmung zwischen unseren beiden Ländern fortdauern würde. Der Keim dazu müsse vertilgt werden und er ginge dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß wir in unserem Verfahren gegen Frankreich kein freundliches Procede beobachtet, wie dies auch seines Wissens von allen Großmächten anerkannt würde. Er möchte, aufrichtig gesagt, keinen Krieg, sondern freundliche und gute Beziehungen mit Preußen, und von mir wisse er, daß ich nach demselben Ziele trachte; wir müßten daher zusammen überlegen, ob es ein Mittel gebe, hierin eine befriedigende Einwirkung auszuüben, und er stelle meiner Erwägung anheim, ob dazu nicht ein Brief des Königs an den Kaiser der richtige Ausweg wäre. Er appellire dabei an das ritterliche Herz Eu. königl. Majestät, welches dabei gewiß die richtige Eingebung verleihen würde. Es könnte darin nur gesagt werden, daß Eu. königl. Majestät, indem Allerhöchst sie den Prinzen Leopold von Hohenzollern zur Annahme der Krone Spaniens ermächtigt hätten, nicht hätten glauben können, weder den Interessen, noch der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten; der König schlösse sich der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern an, und zwar mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen unseren beiden Regierungen nunmehr verschwunden sein würde. Solche und ähnliche Worte, die im Allgemeinen durch Publicität zur Beschwichtigung der allgemeinen Volksstimmung beitragen könnten, dürfte dieser Brief enthalten; doch möchte er bevorworten, daß von den verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kaiser nicht die Rede sei. Dieses Argument verletze hier eigenthümlicher Weise.

Ich habe dem Herzog von Gramont bemerkt, daß ein solcher Schritt ungemein durch seine am 6. d. M. in der Deputirtenkammer gegebene Erklärung erschwert würde; es kämen da Andeutungen vor, die Eu. königliche Majestät hätten tief beleidigen müssen. Er wollte das bestreiten, hob hervor, daß Preußen gar nicht genannt und seine Rede zur Beruhigung der aufgeregten Kammer damals dringend nothwendig gewesen wäre. Unter dessen kam der Justizminister Herr Ollivier zu unserer Unterredung, über die ihn der Herzog von Gramont in Kenntniß setzte. Herr Ollivier hob dringend die heilsame und im Interesse des Friedens nothwendige Wirkung hervor und bat mich inständigst, den Gedanken eines solchen Briefes Eu. königlichen Majestät gegenüber auszusprechen. Beide sagten, wenn ich es nicht glaubte übernehmen zu können, so würden sie sich genöthigt sehen, mit der Anregung dieser Frage den Grafen Benedetti zu beauftragen. Indem die beiden Minister hervorhoben, daß sie einen solchen Ausgleich zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther für ihre ministerielle Stellung bedürften, fügten sie hinzu, daß ein solcher Brief sie berechtigen würde, bei nicht ausbleibenden Angriffen gegen Eu. königliche Majestät als Vertheidiger aufzutreten. Beide bemerkten mir schließlich, sie könnten mir nicht verhehlen, daß unser Verfahren in der hohenzollern-spanischen Angelegenheit viel mehr die französische Nation aufgeregt als den Kaiser beschäftigt habe. In unserem Gespräch ließ der Herzog von Gramont die Bemerkung

fallen, wie er glaube, daß der Prinz von Hohenzollern auf Eu. königlichen Majestät Veranlassung entsagt habe; doch bestritt ich das und bezeichnete die Renunciation als gewiß nur auf eigener Initiative des hohenzollernschen Prinzen beruhend."

Außerdem geht den preußischen Blättern noch eine amtliche Relation über die Vorgänge in Ems zu. Es ist dies der Bericht, welchen der Flügeladjutant des Königs von Preußen über die Ausführung der von Sr. Majestät an Graf Benedetti erhaltenen Aufträge erstattet hat. Er lautet:

„Se. Majestät der König, in Folge einer Unterredung mit dem Grafen Benedetti am 13. Juli früh auf der Brunnenpromenade, hatte die Gnade, mich gegen 2 Uhr Nachmittags mit folgendem Auftrag zu dem Grafen zu schicken:

Se. Majestät hätte vor einer Stunde, durch schriftliche Mittheilung des Fürsten zu Hohenzollern aus Sigmaringen, die vollkommene Bestätigung dessen erhalten, was ihm der Graf des Morgens in Betreff der Verzichtleistung des Prinzen Leopold auf die spanische Throncandidatur, als direct aus Paris erfahren, mitgetheilt hätte. Se. Majestät sähe hiemit die Angelegenheit als abgemacht an.

Graf Benedetti, nachdem ich ihm diesen Auftrag ausgerichtet, äußerte, er hätte seit seiner Unterredung mit dem Könige eine neue Depesche des Herrn v. Gramont erhalten, in der er beauftragt würde, sich eine Audienz von Sr. Majestät zu erbitten und nochmals Sr. Majestät den Wunsch des französischen Gouvernements nahezulegen:

1. die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern zu approbiren und

2. die Versicherung zu ertheilen, daß auch in Zukunft diese Candidatur nicht wieder aufgenommen werden würde.

Hierauf ließ Se. Majestät dem Grafen durch mich erwiedern, daß Se. Majestät die Verzichtleistung des Prinzen Leopold in demselben Sinne und in demselben Umfange approbirten, in dem Se. Majestät dies vorher mit der Annahme dieser Candidatur gethan hätten. Die schriftliche Mittheilung der Verzichtleistung hätte Se. Majestät von dem Fürsten Anton zu Hohenzollern erhalten, höchstwelcher hiezu vom Prinzen Leopold autorisirt worden sei. In Betreff des zweiten Punktes, der Versicherung für die Zukunft, könne sich Se. Majestät nur auf das berufen, was Allerhöchst derselbe dem Grafen des Morgens selbst erwiedert hätten.

Graf Benedetti nahm diese Rückäußerung Sr. Majestät dankbar entgegen und äußerte, er würde dieselbe, wie er hiezu autorisirt sei, seinem Gouvernement zurückmelden.

In Betreff des zweiten Punktes müsse er aber, weil er durch die letzte Depesche des Herrn v. Gramont die ausdrückliche Anweisung hiezu hätte, seine Bitte um eine nochmalige Unterredung mit Sr. Majestät aufrecht erhalten und wäre es auch nur, um dieselben Worte Sr. Majestät wieder zu vernehmen, um so mehr, als sich in dieser letzten Depesche neue Argumente vorfänden, die er Sr. Majestät unterbreiten möchte.

Hierauf ließ Se. Majestät dem Grafen Benedetti durch mich zum dritten Male nach Tisch, etwa um 5½ Uhr, erwiedern, Se. Majestät müsse es entschieden ablehnen, in Betreff dieses letzten Punktes (bindende Versicherungen für die Zukunft) sich in weitere Discussionen einzulassen. Was er heute Morgens gesagt, wäre Allerhöchst sein letztes Wort in dieser Sache und er könne sich lediglich darauf berufen. Auf die Versicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächsten Tag bestimmt nicht zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti sich seinerseits bei dieser Erklärung Sr. Majestät des Königs beruhigen zu wollen."

Die **„Nordd. allg. Ztg."** will übrigens nichts von einer Beruhigung des französischen Botschafters wissen. Sie stellt die Sache folgendermaßen dar: Nachdem Se. Majestät wiederholt, aber erfolglos, den berechtigten Wunsch ausgedrückt hatte, Graf Benedetti möge die weiteren Verhandlungen mit dem auswärtigen Amte in Berlin fortsetzen, bestand der Botschafter dennoch wiederholt und peremtorisch gegen den Flügeladjutanten vom Dienst auf der Forderung einer sofortigen neuen Privataudienz in Ems, wäre es auch nur wie er gegen den Adjutanten Fürsten Radziwill äußerte um die bereits gehörten Worte von Sr. Majestät nochmals zu vernehmen".

Dieser Zudringlichkeit gegenüber mußte Se. Majestät wohl jeden weiteren Empfang ablehnen und dem Versuch des Grafen Benedetti, den König bei der Abreise auf dem Bahnhofsperron anzugehen, wich Se. Majestät mit einer höflichen Abschiedsbegrüßung aus."

Wiener Abendpost – Nr. 161 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 1

Tagesbericht – Aus den Kammern - Frankreich: die Erklärung des Herzogs von Gramont.

Die vom **Herzog von Gramont im Senate am 15. d. M**. verlesene, theilweise telegraphisch mitgetheilte Erklärung der Regierung lautet wörtlich:

Da die Art und Weise, wie Sie unsere Erklärung vom 6. Juli aufgenommen haben, uns die Gewißheit gab, daß Sie unsere Politik billigten und daß wir auf Ihre Unterstützung zählen könnten, so haben wir sofort

Unterhandlungen mit den fremden Mächten zur Erlangung ihrer guten Dienste bei Preußen angeknüpft, damit es die Rechtmäßigkeit unserer Beschwerden, anerkenne.

In diesen Unterhandlungen haben wir von Spanien nichts verlangt, dessen Empfindlichkeit wir weder wecken, noch dessen Unabhängigkeit wir verletzen wollten. Wir haben auch bei dem Prinzen von Hohenzollern keine Schritte gethan, den wir als durch den König gedeckt ansahen; wir haben ebenso vermieden, irgendwelche Anschuldigung in die Discussion einfließen oder diese Discussion von dem Gegenstande abweichen zu lassen, auf den wir sie von vornherein beschränkt hatten.

Die Mehrzahl der fremden Mächte beeilte sich, uns zu antworten, und sie haben mit mehr oder weniger Wärme (chaleur) die Gerechtigkeit unserer Forderung zugegeben. Der preußische Minister des Auswärtigen hat uns eine Ablehnung (fin de nonrecevoir) entgegengesetzt unter dem Vorgeben, ihm sei die Sache unbekannt und das Berliner Cabinet sei derselben fremd geblieben.

Wir mußten uns also an den König selber wenden und wir haben unserem Botschafter die Weisung ertheilt, sich nach Ems zu Sr. Majestät zu begeben. Indem er anerkannte, er habe den Prinzen von Hohenzollern zur Annahme der Candidatur ermächtigt, die demselben angetragen worden war, behauptete der König von Preußen, er sei den zwischen der spanischen Regierung und dem Prinzen von Hohenzollern geführten Unterhandlungen fremd geblieben; er habe nur als Chef der Familie und keineswegs als Souverain intervenirt und habe seinen Ministerrath deßhalb weder versammelt, noch um dessen Ansicht befragt. Se. Majestät erkannte jedoch an, daß er dem Grafen Bismarck von diesen verschiedenen Zwischenfällen Kenntniß gegeben habe.

Wir konnten diese Antworten nicht als befriedigend ansehen. Wir konnten diese feine (subtile) Unterscheidung zwischen Souverain und Chef der Familie nicht zugeben und wir bestanden darauf, daß der König dem Prinzen Leopold eine Verzichtleistung auf dessen Candidatur anempfehle und nöthigenfalls auferlege.

Während wir mit Preußen discutirten, kam uns die Verzichtleistung des Prinzen Leopold von einer Seite zu, woher wir sie nicht erwarteten; sie ward uns am 12. Juli von dem spanischen Botschafter übergeben.

Da nun, meine Herren, der König der Sache fremd bleiben wollte, so verlangten wir von ihm (nous lui demandames), der Verzichtleistung beizutreten und zu erklären, daß, wenn durch irgendeinen Rückfall, wie er in einem aus der Revolution eben hervorgegangenen Lande immer möglich ist, die Krone dem Prinzen Leopold abermals angetragen werden sollte, er, der König, ihn nicht mehr zur Annahme derselben ermächtigen werde, damit die Debatte nunmehr als definitiv abgeschlossen angesehen werden könne.

Unser Verlangen war ein gemäßigtes, nicht minder gemäßigt waren die Ausdrücke, deren wir uns bedient hatten. „Sagen Sie nur dem Könige“, schrieben wir unterm 12. Juli dem Grafen Benedetti, daß wir keinen Hintergedanken hegen, keinen Vorwand zum Kriege suchen und weiter nichts als die ehrenvolle Lösung einer Schwierigkeit suchen, die wir selber nicht geschaffen haben“

Der König willigte ein, die Verzichtleistung des Prinzen Leopold zu genehmigen, allein er weigerte sich, zu erklären, daß er in Zukunft die Erneuerung dieser Candidatur nicht mehr ermächtigen werde.

„Ich habe“, schreibt uns Herr Benedetti unterm 13. Juli um Mitternacht, „den König gefragt, ob er mir gestatten wolle, in seinem Namen anzukündigen, daß, wenn der Prinz von Hohenzollern auf sein Vorhaben zurückkäme, Se. Majestät mit ihrer Autorität dazwischentreten und solches verhindern werde. Der König weigerte sich unbedingt, mich zur Uebermachung einer ähnlichen Erklärung zu ermächtigen. Ich bestand lebhaft darauf, allein ohne daß es mir geglückt wäre, die Anschauungen Sr. Majestät umzustimmen. Der König schloß unsere Unterredung, indem er mir sagte, er könne und wolle eine solche Verpflichtung nicht übernehmen und er müsse für diese wie für jede andere Eventualität sich freie Hand, wie die Umstände zu Rathe zu ziehen seien, vorbehalten.“

Wiewohl diese Weigerung uns nicht wohl gerechtfertigt werden zu können schien, war doch unser Wunsch, Europa die Wohlthaten des Friedens zu erhalten, so groß, daß wir die Unterhandlungen nicht abbrachen und trotz unserer gerechten Ungeduld und in der Befürchtung, eine Discussion möge hemmend auf dieselben einwirken, von Ihnen eine Vertagung der von uns abzugebenden Erklärungen verlangten. Darum waren wir auch tief überrascht, als wir vernahmen, daß der König von Preußen durch einen Adjutanten unserem Botschafter habe bedeuten lassen, er werde ihn nicht mehr empfangen, und daß, um dieser Weigerung einen unzweideutigen Charakter zu verleihen, seine Regierung dieselbe den Cabinetten Europas officiell mitgetheilt habe. Gleichzeitig erfuhren wir, daß Baron Werther den Befehl erhalten habe, in Urlaub zu gehen, und daß in Preußen Rüstungen vorgenommen würden. **Unter diesen Umständen wäre es ein Vergessen der eigenen Würde und eine Unklugheit gewesen, noch weitere Versöhnungsversuche zu machen. Wir haben nichts vernachlässigt, um einen Krieg zu vermeiden. Wir werden uns vorbereiten, um den Krieg, den man uns anbietet, zu bestehen, indem wir jedem die ihm zufallende Verantwortlichkeit überlassen. Seit gestern haben wir unsere Reserven einberufen und wir werden unmittelbar die nothwendigen Maßregeln ergreifen, um die Interessen, die Sicherheit und die Ehre Frankreichs zu wahren**.

Präsident Rouher: Meine Herren Senatoren, da niemand das Wort verlangt, so constatirt der Präsident, daß der Senat, der nur der Vorläufer des begeisterten Beifallsrufes des Landes ist, das von der Regierung des Kaisers beobachtete Verhalten in Allem gutheißt. Wir können jetzt nur mehr noch von Gott und unserem Muth den Triumph unserer Sache erwarten." (Anhaltender Zuruf: Es lebe der Kaiser!)

Dieselbe Erklärung wurde bekanntlich ebenfalls am 15. auch im gesetzgebenden Körper verlesen. **Thiers**

sprach gegen den Krieg und verlangte wiederholt Mittheilung der bezüglichen Depeschen. Minister Ollivier ließ dem Muhte Thiers', gegen den Strom schwimmen zu wollen, Anerkennung widerfahren, protestirte aber gegen einige seiner Worte.

„Wir wissen, daß unsere Verantwortung groß sein wird. Wir haben stets die Leiden, welche ein Krieg mit sich bringt, vor Augen gehabt und auch wir halten diejenigen für strafbar, welche das Land in Abenteuer stürzen. **Aber wir erklären, daß, wenn jemals ein Krieg nothwendig war, so ist es der Krieg, zu welchem Preußen uns zwingt.** Niemand von uns suchte eine Gelegenheit zum Kriege oder fragte sich, ob der Augenblick glücklich gewählt sei, Preußen anzugreifen. Aber wir hatten keine Minute zu verlieren. Wenn man uns in der Sache eine Genugthuung zugestanden hätte, so wären wir zufrieden gewesen; aber der König von Preußen weigerte sich beharrlich, ein Versprechen einzugehen. Haben wir uns etwa von der Leidenschaft hinreißen lassen? Keineswegs. Wir unterhandelten noch, als man uns in der Presse ein Ministerium der Feigheit und Schande nannte, und indessen meldet man Europa, daß man unserem Botschafter die Thür gewiesen hätte. Herr Thiers nennt das Empfindlichkeit; ich nenne es Ehrgefühl **und in Frankreich ist die Ehre das erste aller Güter. Depeschen haben wir weiter nicht vorzulegen; in unserem Expose ist alles gesagt.“**

Wiener Abendpost – Nr. 161 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 3

Telegraphische Depeschen. – Deutschlands Stellungnahme zu Frankreichs Behauptungen.

Berlin, 17. Juli. Der **„Staatsanzeiger“** veröffentlicht zur Würdigung der von den französischen Ministern in der 157. Sitzung des gesetzgebenden Körpers vorgebrachten Behauptungen unter Vorbehalt weiterer Mittheilungen zwei Actenstücke. Das erste, unter unmittelbarer Approbation des Königs redigirt, berichtet, **Benedetti habe am 9. Juli vom Könige verlangt, er solle dem Erbprinzen von Hohenzollern befehlen, die Zusage der Annahme der Krone von Spanien zurücknehmen. Der König erklärte, er habe keinen Befehl zur Annahme gegeben, er könne den selben daher nicht zurücknehmen. In einer zweiten Audienz am 11. Juli versuchte Benedetti eine Pression auf den König, damit er in den Prinzen dringe, der Krone zu entsagen. Der König erwiederte, daß der Prinz in seinen Entschlüssen frei** und gegenwärtig verreist sei.

Auf der Brunnenpromenade am 13. Juli übergab der König Benedetti das Extrablatt der „Kölnischen Zeitung“ mit dem Privattelegramme bezüglich der Abdankung des Prinzen von Hohenzollern und bemerkte, daß er selbst kein Schreiben aus Sigmaringen habe. Benedetti erklärte, die Verzichtleistung zu kennen, und verlangte, der König solle bestimmt versichern, niemals wieder die Einwilligung zu dieser Candidatur zu geben. Der König wies diese Zumuthung zurück. Dem ungeachtet verlangte Benedetti eine dritte Audienz, um diesen Gegenstand zu wiederholen. Der König wies die Audienz ab, da er keine andere Antwort zu geben habe, übrigens alle Verhandlungen durch das Ministerium zu gehen hätten. Den Wunsch Benedettis, sich zu verabschieden, gewährte der König, indem er Benedetti bei der Fahrt nach Coblenz im Vorübergehen aus dem Bahnhofe begrüßte.

Das zweite Actenstück ist der Bericht des Flügeladjutanten vom Dienst, Radziwill, über die Ausführung des bekannten Auftrages an Benedetti, wo durch das Begehren desselben nach einer neuerlichen Audienz abgelehnt wird. Der **„Staatsanzeiger“** bemerkt ferner, daß es der französischen Regierung vollkommen bekannt war, daß Werther nicht abberufen worden sei, sondern aus persönlichen Gründen Urlaub erhalten und die Geschäfte wie schon früher öfter an den Prinzen Solms abgetreten und dies dem Gouvernement angezeigt habe. Sämmtliche Audienzen trugen den Charakter von Privatgesprächen, da Benedetti sich niemals als Beauftragter oder Unterhändler gerirte.

Wiener Abendpost – Nr. 161 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 3

Telegraphische Depeschen. – Bayern mobilisiert. – Frankreichs Anfrage an die süddeutschen Staaten.

München, 16. Juli. Der Befehl zur Mobilisirung der bairischen Armee ist vom Könige heute erlassen worden.

München, 17. Juli. Die **„Correspondenz Hoffmann“** meldet, daß der König den **casus foederis** für gegeben erachtet und daß demnach Baiern mit Preußen gegen Frankreich in den Krieg zieht. Die Cooperationen der bairischen Armee mit der preußischen werden sofort beginnen.

Frankfurt, 17. Juli. Die französische Regierung hat eine Aufforderung an die Regierungen der

süddeutschen Staaten gerichtet, sich in 24 Stunden darüber zu erklären, ob sie neutral bleiben wollen.

Die **„Patrie“** meldet, Frankreich werde morgen an die süddeutschen Staaten ein Manifest richten, welches feststellt, daß der Kampf auf Preußen und Frankreich beschränkt sei und daß Frankreich die Rechte und Unabhängigkeit der deutschen Nation respectiren werde.

Wiener Abendpost – Nr. 161 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 3

Telegraphische Depeschen. – Frankreichs Senat bei Kaiser Napoleon.

Paris, 17. Juli. Das **„Journal officiel“** berichtet über den gestrigen Empfang des Senates beim Kaiser. Rouher hielt eine Ansprache, in welcher er sagte:

> Die von Preußen verlangten Garantien wurden verweigert; die Würde Frankreichs ist mißachtet; Eu. Majestät zieht das Schwert, das Vaterland ist mit Ihnen. Die aufwallende Entrüstung über die Ausschweifungen, eines durch einen Tag großen Glückes überreizten Ehrgeizes mußte früher oder später hervortreten. **Der Kaiser wußte zu warten, aber seit vier Jahren hat er die Bewaffnung und die Militärorganisation vervollkommt**.“ Schließlich fordert Rouher den Kaiser auf, das Commando der Armee zu übernehmen.

Der Kaiser antwortete:

> „Meine Herren Senatoren! Ich bin glücklich gewesen zu vernehmen, mit welchem stolzen Enthusiasmus der Senat die Erklärung aufnahm, die der Minister des Aeußern ihm zu machen beauftragt war. In allen Verhältnissen, wo es sich um die großen Interessen und die Ehre Frankreichs handelt, bin ich sicher, in dem Senate eine energische Unterstützung zu finden. Wir beginnen einen ernsten Kampf! Frankreich hat die Mitwirkung aller seiner Kinder nothwendig. Ich bin glücklich, daß der erste patriotische Ruf aus dem Senate gekommen ist. Er wird im Lande einen großen Wiederhall finden.“

Ein kaiserliches Decret vom 16. verfügt, daß die mobile Nationalgarde der drei ersten Armeecorps unverzüglich in der Hauptstadt jedes Departements mit dem Contingente sich vereinige, zu welchem sie gehören. Das **„Journal officiel“** dementirt das Gerücht über das Einrücken der Preußen bei Thionville.

Paris, 17. Juli. Der **„Constitutionnel“** dementirt den gerüchtweise gemeldeten preußischen Einfall bei Sierck. Es wurden bloß 6 oder 7 preußische Reiter an der Grenze wahrgenommen. Es wird hinzugefügt, daß die Preußen in dieser Gegend keine Truppen anhäufen. Aus mehreren Städten Frankreichs, namentlich aus Perpignan, Nimes, Tarbes, Nancy, Lille, Amiens, Dijon und Havre werden patriotische Kundgebungen gemeldet. Mehrere Pariser Journale eröffnen Subscriptionen für die französischen Soldaten. Gestern Abends fanden in Paris neue kriegerische Kundgebungen statt. Den abgehenden Regimentern wurden Ovationen dargebracht. Es wurde die Marseillaise angestimmt und die Rufe: „Es lebe Frankreich“, „es lebe der Kaiser“ ertönten aus den Massen.

Le Temps – Nr. 3428 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 1

Frankreich – Der Senat bei Kaiser Napoleon.

Im Amtsblatt heißt es:

Palast von Saint-Cloud, 16. Juli 1870.

Nach der heutigen Sitzung eilte der Senat nach Saint-Cloud, wo er vom Kaiserpaar und dem kaiserlichen Prinzen empfangen wurde.

Der Präsident des Senats richtete die folgende Rede an Ihre Majestäten:

> „Sire, Der Senat dankt dem Kaiser, daß er ihm die Erlaubnis zu kommen erteilt hat um am Fuße des Throns den Ausdruck der patriotischen Gefühle darzureichen, mit denen er die Mitteilungen, die ihm in der gestrigen Sitzung übermittelt wurden, aufgenommen hat
>
> Eine monarchische Kombination, die dem Ansehen und der Sicherheit Frankreichs schadete, wurde auf mysteriöse Weise vom König von Preußen bevorzugt.
>
> Zweifellos zog Prinz Leopold nach unserem Protest seine Annahme zurück; Spanien, diese Nation, die unsere freundschaftlichen Gefühle kennt und erwidert, hat auf eine Kandidatur verzichtet, die uns verletzt hat.
>
> Zwar wurde die unmittelbare Gefahr abgewendet, aber blieb unser berechtigter Anspruch nicht in vollem Umfang bestehen? **War es nicht offensichtlich, daß eine fremde Macht zum Vorteil ihres Einflusses und ihrer Vorherrschaft und zum Schaden unserer Ehre und unserer Interessen das Gleichgewicht Europas erneut stören wollte?**

Hatten wir nicht das Recht, von dieser Macht Garantien gegen mögliche erneute Versuche solcher Art zu verlangen?

Diese Garantien wurden abgelehnt; die Würde Frankreichs wird ignoriert. Eure Majestät zieht das Schwert; das Vaterland ist mit Ihnen und zittert vor Empörung und Stolz.

Früher oder später mussten Abweichungen von einem durch einen Tag mit großem Glück überreizten Ehrgeiz eintreten.

Der Kaiser weigerte sich, der hastigen Ungeduld nachzugeben, und war von jener ruhigen Beharrlichkeit beseelt, die wahre Stärke ist. Er verstand es, zu warten. Aber er hat in den letzten vier Jahren die Bewaffnung unserer Soldaten auf den höchsten Stand gebracht und die Organisation unserer Streitkräfte auf das Höchstmaß gesteigert.

Dank Ihrer Fürsorge ist Frankreich bereit, Sire, und durch seine Begeisterung beweist es, daß es ebenso wie Sie entschlossen war, kein rücksichtsloses Unternehmen zu tolerieren.

Möge unser erhabener Herrscher erneut zum Träger der imperialen Macht werden; Die großen Körperschaften des Staates werden ihn mit ihrer respektvollen Zuneigung und ihrer absoluten Hingabe umgeben. Die Nation kennt die Erhabenheit ihres Herzens und die Festigkeit ihrer Seele; Sie vertraut auf seine Weisheit und seine Energie.

Möge der Kaiser mit gerechtem Stolz und edlem Selbstvertrauen das Kommando über seine mit Magenta und Solferino bewaffneten Legionen wieder übernehmen; daß er die Elite dieser großen Nation auf die Schlachtfelder führen kann.

Wenn die Stunde der Gefahr gekommen ist, ist die Stunde des Sieges nahe.

Bald wird die dankbare Heimat ihre Kinder mit den Ehren des Triumphs umgeben; bald ist Deutschland von der Herrschaft befreit, die es bedrückt, und der Frieden ist durch den Ruhm unserer Waffen in Europa wiederhergestellt. Eure Majestät, die vor zwei Monaten für sich und Ihre Dynastie eine neue Kraft des nationalen Willens erhalten haben, Eure Majestät werden sich erneut diesem großen Werk der Verbesserungen und Reformen widmen, dessen Verwirklichung – Frankreich weiß es, und der Genius des Kaisers garantiert es – keine weitere Verzögerung erleiden wird als die Zeit, die Sie für den Sieg benötigen.

Der Kaiser antwortete:

„Meine Herren Senatoren, ich habe mit Freude erfahren, mit welch großer Begeisterung der Senat die Erklärung aufgenommen hat, die der Außenminister ihm gegenüber abgeben sollte. In allen Situationen, in denen die großen Interessen und die Ehre Frankreichs auf dem Spiel stehen, bin ich sicher, im Senat tatkräftige Unterstützung zu finden. Wir beginnen einen ernsten Kampf. Frankreich braucht die Unterstützung all seiner Kinder. Ich bin sehr froh, daß der erste patriotische Ruf aus dem Senat gekommen ist; es wird große Auswirkungen auf das Land haben."

Französisch

Le Temps – Nr. 3428 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 1

On lit dans le Journal officiel:

Palais de Saint-Cloud, le 16 juillet 1870.

Après la séance de ce jour, le Sénat s'est rendu spontanément à Saint-Cloud, où il a été reçu par l'empereur et l'impératrice, auprés desquels était le prince impérial.

Le president du Sénat a adressé à Leurs Majestés le discours suivant:

«Sire, Le Sénat remercie l'empereur de lui avoir permis de venir porter aux pieds du trône l'expression des sentiments patriotiques avec lesquels il a accueilli les communications qui lui ont été faites à la séance d'hier.

Une combinaison monarchique, nuisible au prestige et à la sécurité de la France, avait été mystérieusement favorisée par le roi de Prusse.

Sans doute, sur notre protestation, le prince Léopold a retiré son acceptation; l'Espagne, cette nation qui connaît et nous rend les sentiments d'amitié que nous avons pour elle, a renoncé à une candidature qui nous blessait.

Sans doute, le péril immédiat était écarté, mais notre légitime réclamation ne subsistait-elle pas tout entière? N'était-il pas evident qu'une puissance étrangère, au profit de son influence et de sa domination, au préjudice de notre honneur et de nos intérêts, avait voulu troubler une fois de plus l'équilibre de l'Europe?

N'avions-nous pas le droit de demander à cette puissance des garanties contre le retour possible de pareilles tentatives?

Ces garanties sont refusées la dignité de la France est méconnue. Votre Majesté tire l'epee; la patrie est avec vous, frémissante d'indignation et de fierté.

Les ecarts d'une ambition surexcitée par un jour de grande fortune devaient tôt ou tard se produire. Se refusant à des impatiences hâtives, animé de cette calme persévérance qui est la vraie force, l'empereur a su attendre; mais, depuis quatre années, il a porté á sa plus haute perfection l'armement de nos soldats, élevé à toute sa puissance l'orga-nisation de nos forces militaires.

Grâce à vos soins, la France est prête, sire, et par son enthousiasme, elle prouve que, comme vous, elle était résolué à ne tolérer aucune entreprise téméraire.

Que notre auguste souveraine redevienne dépositaire du pouvoir impérial; les grands corps de l'Etat l'entoureront de leur respectueuse affection, de leur absolu dévouement. La nation connaît l'élévation de son cœur et la fermeté de son ame; elle a foi dans sa sagesse et dans son énergie.

Que l'empereur reprenne avec un juste orgueil et une noble confiance le commandement de ses légions, agi andies de Magenta

et de Solferino; qu'il conduise sur les champs de bataille l'élite de cette grande nation.

Si l'heure des périls est venue, l'heure de la victoire est proche. Bientôt, la patrie reconnaissante décernera à ses enfants les honneurs du triomphe; bientôt, l'Allemagne affranchie de la domination qui l'opprie, la paix rendue à l'Europe par la gloire de nos armes, Votre Majesté qui, il y a deux mois, recevait pour elle et pour sa dynastie une nouvelle force de la volonté nationale, Votre Majesté se dévouéra de nouveau à ce grand œuvre d'améliorations et de réformes dont la réalisation, la France le sait, et le génie de l'empereur le lui garantit, ne subira d'autre retard que le temps que vous emploieriez à vaincre.»

L'empereur a répondu :

»Messieurs les sénateurs, j'ai été heureux d'apprendre avec quel vif enthousiasme le Sénat a reçu la déclaration que le ministre des affaires étrangères a été chargé de lui faire. Dans toutes les circonstances où il s'agit des grands intérêts et de l'honneur de la France, je suis sûr de trouver dans le Sénat un appui énergique. Nous commençons une Intte sérieuse. La France a besoin du concours de tous ses enfants. Je suis bien aise que le premier cri patriotique soit parti du Sénat; il aura dans le pays un grand retentisse ment.«

Wiener Abendpost – Nr. 161 – Montag, 18. Juli 1870 – S. 3

Telegraphische Depeschen. – Frankreichs Kriegserklärung und Erklärung an die süddeutschen Staaten.

Paris, 17. Juli. Abends. Heute Abends ist ein französischer General mit der officiellen Kriegserklärung nach Berlin abgereist. In der an die süddeutschen Staaten gerichteten Sommation ist die Frage direct gestellt, ob die süddeutschen Staaten die Neutralität beachten oder sich gegen Frankreich erklären wollen. Im ersteren Falle ist die vollste Berücksichtigung versprochen, im letzteren Falle dagegen rücksichtslose Behandlung angedroht.

Paris, 18. Juli. Das Erscheinen einer Proklamation an die deutsche Nation steht unmittelbar bevor; es wird darin ausgesprochen, daß sich die kriegerische Action auf Preußen beschränke und Frankreich keinen Zoll breit deutscher Erde nehmen will. [Witz komm raus, du bist umzingelt!!!]

Berlinische Nachrichten – Extrablatt – Montag, 18. Juli 1870 – S. 1

Deutschland einig.

Berlin, 18. Juli. ..... Wichtig ist die Rede Thiers; man erkennt, daß man diesen berühmten Redner, dem sonst der gesetzgebende Körper mit lautloser Stille folgt, diesmal nicht hören wollte; man wußte, daß er gegen die ausgegebene Parole stimmen würde.

In Deutschland begreift man allgemein, warum es sich handelt; ein gewaltiger nationaler Zug, wie er sich noch niemals in solcher Macht in unserm Volk gezeigt, hat alle Gemüther ergriffen; Bayern, Württemberg mobilisiren, um sich der gemeinsamen Sache anzuschließen. Die Hamburger Bürger proclamiren, daß es sich um einen heiligen Krieg, um einen Kreuzzug handle. In Italien zeigen sich die Symptome einer Bewegung, die mehr und mehr das ganze Volk ergreifen wird; denn seit einemJahrzehnt hat kein Volk unter dem Druck des Napoleonismus schwerer gelitten als dieses, und sollten nicht auch die Spanier jetzt mehr und mehr erkennen, daß eine Regeneration dieses parteizerwühlten, durch französische Intriguen corrumpirten Volkes nur in einer gemeinsamen Auflehnung gegen französische Herrschaft und Einmischung zu erlangen ist? Es fängt an zu sieden in Spanien, und wir zweifeln nicht, der deutsche Volkskrieg wird einen Widerhall in Spanien wie in Italien finden.

Berlinische Nachrichten – Extrablatt – Montag, 18. Juli 1870 – S. 2

Artikel der „Kölnischen Zeitung“ zum bevorstehenden Krieg.

In dem telegraphisch signalisirten Artikel der **„Kölnischen Zeitung“** heißt es:

Sie sollen ihn nicht haben, den freien, deutschen Rhein!

Auf ihr Bewohner der fernen Bernsteinküste, ihr wackeren Ostpreußen, die ihr 1813 den Freiheitsreigen eröffnet!

Auf ihr tapferen Schwaben, die ihr ehedem des Reiches Sturmfahne führtet und den Vorderstreit hattet!

Auf ihr Schlesier, die ihr die Katzbach mit Franzosenblut röthetet!

Auf ihr Hannoveraner, die ihr ruhmbedeckt auf der iberischen Halbinsel gegen den alten Despoten kämpftet und jetzt dem neuen zeiget, wie toll und abscheulich er sich verrechnete, wenn er glaubte, es könnte auch nur Ein Mann von euch fahnenflüchtig werden, wenn es gegen den Erbfeind geht!

Brecht auf aus euren Bergen, ihr altkriegerischen Bayern,

aus euren Wäldern, ihr Thüringer und Hessen, seid der Väter werth,

ihr treuen Sachsen, die auf eigene Faust die schmähliche Knechtschaft Frankreichs abwarfen und jubelnd übergingen zu den deutschen Fahnen!

Auf! Alles, was Deutsch heißt, zum Rhein, zum Rhein, zum heiligen Rhein, wenn es sein könnte mit Sturmesflügeln! wir thun hier, was wir können. Reich und Arm, Alt und Jung strömt zu den Fahnen, die oberen Klassen der Gymnasien müssen aufgelöst werden, weil selbst die Knaben, von Zorn entbrannt, die Ehre ihres Königs und des deutschen Namens einlösen wollen.

O, Ernst Moritz Arndt, hätten Deine Augen das gesehen! Es ist ein Kreuzzug, es ist ein heiliger Krieg! können wir auch jetzt rufen. Wenn je ein Krieg ruchlos mit allen Listen und Lügen heraufbeschworen worden, so ist es dieser.

Der Neffe Napoleons will seinen wankenden Thron mit Blut kitten. Er hat gesehen, daß die anständigen Franzosen seiner despotischen Mißregierung müde sind; da hat er ihnen die ihm so verhaßte Freiheit versprochen, die im Frieden nur gedeihen kann. Er will sie in einem Krieg ersticken, der im Grunde gegen den besseren Theil des französischen Volkes gerichtet ist. Auf alle Prahlereien der französischen Kriegsschreier wollen wir nicht antworten, obgleich die Deutschen schon seit den Kaiserzeiten den Weg, der nach Paris führt, zu finden wissen.

An Zahl der Wehrmänner sind wir den Franzosen überlegen und werden nicht so entartet sein, um ihnen an Tapferkeit und Entschlossenheit nachzustehen. Und sie kämpfen für den Glanz eines Despoten, wir für Haus und Hof in der gerechtfertigten Sache, die von allen Mächten Europas gebilligt wird, obgleich die französischen Minister sich so wenig achteten, die ungeheuerliche Lüge vorzutragen, daß alle Mächte der Gerechtigkeit der französischen Forderungen bewunderten.

Demüthiget Euch vor Gott, der dem Hoffährtigen widersteht, aber dem Demüthigen Gnade giebt, und hoffet auf Den, dessen allmächtige Faust schon einmal das Gebäude der Lüge gestürzt hat. Ja, theure Landsleute, erhebet Eure Hände und Herzen und lasset uns Alle den Rütli-Schwur thun für das theure deutsche Vaterland:

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Noth uns trennen und Gefahr!

Berlinische Nachrichten – Extrablatt – Montag, 18. Juli 1870 – S. 1

Amtliche telegraphische Depesche.

Der Handels-Minister an die Ober-Präsidenten zu Königsberg, Stettin, Hannover, Kiel.

Der Bundesrath hat beschlossen, daß im Fall des Ausbruchs des Krieges mit Frankreich französischen Kauffahrteischiffen, welche sich bei Beginn des Krieges in deutschen Häfen befinden, oder welche später, bevor sie von dem Ausbruche des Krieges unterrichtet waren, in solche Häfen einlaufen, gestattet werden soll, bis zum Ablaufe von sechs Wochen vom Tage des Ausbruchs des Krieges an gerechnet, in dem Hafen, in welchem sie sich befinden, zu verbleiben und ihre Ladungen einzunehmen, beziehungsweise zu löschen. Die zuständigen Behörden der Provinz sind hiernach unverzüglich mit Anweisung zu versehen.

Berlin, den 17, Juli 18170 Graf v. Itzenplitz

Berlinische Nachrichten – Extrablatt – Montag, 18. Juli 1870 – S. 2

Professor Biedermann über den Krieg.

Leipzig, 16. Juli. Zu der heutigen Frühvorlesung des Professors Biedermann (über neueste Geschichte von 1815-48) hatten sich in Erwartung, daß derselbe über die augenblickliche Lage Deutschlands sprechen werde, so viele Zuhörer eingefunden, daß das gewöhnliche, schon ziemlich große Auditorium mit einem andern (Nr. 4 über dem Convict) vertauscht werden mußte und auch in diesem nicht Alle Raum hatten, so daß vor

beiden Thüren der Gang gefüllt war. Professor Biedermann sagte etwa Folgendes:

Seine Zuhörer werden mit Recht erwartet haben, daß er in einer Vorlesung über neueste Geschichte vornehmlich Deutschlands auch der großen und ernsten Gegenwart gedenke. Ein künftiger Geschichtslehrer werde von diesem Kriege gegen Frankreich sagen müssen, daß nie eine gerechtere Sache von einem Volke vertheidigt worden sei. Ganz gewiß werde er auch hinzuzufügen haben: nie habe ein Volk tapferer gekämpft. Der Erfolg allerdings stehe in Gottes Hand .....

Daß bei diesem [Frieden] nicht wieder „die Federn verderben, was die Schwerter gut gemacht", wie leider 1815, dafür bürgten die Persönlichkeiten derer, die diesen Frieden abschließen würden, sowie der Umstand, daß diesmal Deutschland als Eine Macht und Ein Wille in die Verhandlungen eintrete. Deutschland stehe jetzt wieder nahezu wie 1813. **Wieder gelte es einen Befreiungskrieg, zwar nicht von schon vollzogenen, aber von drohender Unterdrückung und Erniedrigung durch Frankreich, einen Krieg, der zugleich dem ganzen Europa Ruhe schaffen solle vor dem nie ruhenden Uebermuthe Frankreichs.** Unsere Lage sei günstiger als 1813, die es in Deutschland fast allein stehenden, erschöpften, verkleinerten, auf eine Armee von 40.000 Mann zwangsweise recrutirten Preußens. .....

Bei einem günstigen Erfolge des Krieges müßten reelle Garantien geschaffen werden, daß Frankreich nicht länger die Ruhe Europas störe. Dann erst könne an eine Verminderung der Kriegsheere gedacht werden...

Zugleich mahnte er die Commilitonen aus Süddeutschland, die hier herrschende Gesinnung auch dorthin zu tragen, damit jener „Geist der deutschen Universitäten", den schon Napoleon I. gefürchtet, auch jetzt wieder einmüthig gegen den Erbfeind sich erhebe. Und so möchten denn die Krieger aus den studentischen Kreisen hinausziehen und kämpfen mit Gott unter dem königlichen Oberfeldherrn des Bundes, der sich als so tüchtiger Kriegsherr bereits bewährt, für das engere und das große deutsche Vaterland, welche beide untrennbar Eins seien. Das walte Gott! ...

Dienstag, 19. Juli 1870

The Times – Dienstag, 19.Juli 1870 – Nr.26.806 - S.5

Frankreich und Deutschland

BERLIN, 16. JULI. Frankreich hat Preußen den Krieg erklärt. Es kam völlig unerwartet. Selbst mit dem nötigen Vertrauen in die Moral der menschlichen Seele hätte man es nicht vorhersehen können. So negativ man ihren Charakter auch schon seit längerem eingeschätzt haben mag, niemand traute sich, dem französischen Kaiser und Kabinett so etwas zuzutrauen.

Doch es ist nur allzu wahr. **Ein Volk, dessen Eitelkeit stets größer war als der Respekt vor der Unabhängigkeit seiner Nachbarn;** ein Volk, dessen Ruhmsucht leider lange durch die inneren Spaltungen Deutschlands genährt wurde; ein Volk, das in letzter Zeit besonders geneigt war, den Bestrebungen dieses friedliebenden und leidgeprüften Volkes, sich durch die Wiedervereinigung von fremder Herrschaft zu befreien, Groll zu hegen – ein solches Volk ist in die Hände einiger skrupelloser Personen gefallen, die rücksichtslos genug waren, seine Schwächen und Vorurteile für die Vollendung eines großen internationalen Verbrechens auszunutzen.

Zweifellos lehnen die landwirtschaftlichen und industriellen Klassen Frankreichs den Krieg ab. Doch die Millionen sind ihnen gleichgültig. Sie folgen den Anweisungen ihrer Vorgesetzten, und diese – oder zumindest fast alle, die sich überhaupt für Politik interessieren – haben jahrelang mit ihren Gedanken und Worten die Freiheit der Nachbarländer verletzt und aktiv zu dem schrecklichen Ergebnis beigetragen, das wir nun vor uns haben. Sie mögen entsetzt sein über das, was ihre ungestümen und arroganten Wünsche bewirkt haben. Sie mögen bereuen, daß sie in ihrer Unfähigkeit, eine andere als eine Militärregierung aufrechtzuerhalten, den Oberbefehlshaber ihrer Armee dazu verleitet haben, sich durch den Kriegseinsatz die militärische Unterwerfung zu sichern, auf der seine Größe beruht.

Die Deutschen werden ihnen mit einer dem Ernst der Lage angemessenen Entschlossenheit begegnen. Dank der ständigen Provokationen der französischen Regierung sind sie für ihr bevorstehendes Werk vollends begeistert.

Seit 1840, als M. Thiers die Rheingrenze forderte, wurden sie von allen nachfolgenden französischen Regierungen als ein Volk behandelt, dessen politische Bedeutungslosigkeit um jeden Preis aufrechterhalten werden mußte, wenn Frankreich glücklich sein sollte. Sie haben die Schmähungen und das ihnen von ihren Nachbarn zugefügte Unrecht lange geduldig ertragen.

Wie üblich beklagten sie sich kaum, da sie keine Wiedergutmachung erlangen konnten. Zuletzt hatten sie gehofft, in ihrem stetigen Streben nach Einheit bereits zu stark geworden zu sein, um willkürlich angegriffen zu werden. **Sie vertrauten auch zu sehr auf den zivilisierten Geist der Zeit, um anzunehmen, eine Nation wie die Franzosen würde zu Blutvergießen greifen, um ihre Nachbarn an der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten zu hindern. Da sie nun erkannten, daß sie sich in beiden Annahmen geirrt hatten, spüren sie, daß der Tag der Abrechnung gekommen ist, und werden ihre Pflicht mit Entschlossenheit erfüllen. Als stolze und patriotische Männer sind sie entschlossen, die Vergangenheit zu rächen und die Zukunft zu sichern; als friedliebende, fleißige und gebildete Bürger können sie nicht anders, als die Legionen, die sich an ihren Grenzen versammeln, als Barbaren zu betrachten, die sich zu einem *Überfall* rüsten.**

In ganz Deutschland herrscht die Entschlossenheit, diese eklatante Sünde abzuwehren und zu bestrafen. Im Norden ist es der unbedingte Wille zum Handeln; im aufgeheizten Süden ist die Stimmung noch hitziger, und wenn sie auch nicht allgegenwärtig ist, so erfaßt sie doch eine so große Mehrheit der Bevölkerung, daß sie den Ultramontanen, den Republikanern und anderen Fraktionen der Antiunionspartei nahezu absolutes Schweigen aufzwingt. Jegliche Erinnerungen an 1866 mögen noch in den Köpfen der Menschen präsent gewesen sein, sie sind nun in einem gemeinsamen Haß auf den beleidigenden Fremden verschwunden.

Von dieser Stimmung mitgerissen, haben die Regierungen Bayerns, Württembergs und Badens bereits formell ihren Entschluß verkündet, an der Seite Preußens zu stehen und sich – in guten wie in schlechten Zeiten – dem Nordbund anzuschließen.

Napoleon glaubte offenbar, die Hohenzollern-Affäre würde von den Deutschen als bloßer dynastischer Streit betrachtet werden und die Öffentlichkeit würde einem Konflikt, der eher die Königsfamilie als die Nation betraf, gleichgültig gegenüberstehen. Doch diese Vorstellung zeugt von einem eklatanten Unverständnis für die Motive seiner Gegner. Als ob nach all den Beleidigungen, die er diesem Land seit 1866 zugefügt hatte, ein Streit zwischen Napoleon und dem König von Preußen nicht gleichermaßen die gesamte Nation betreffen könnte!

Sein skrupelloses Vorgehen, mitten im Frieden in den Krieg zu stürzen, bedurfte nicht, um den Deutschen zu beweisen, daß er, obwohl er ihren König herausforderte, in Wirklichkeit sie selbst, ihr Land, ihren Besitz und ihre Unabhängigkeit im Visier hatte. Falls noch etwas fehlte, um diese Überzeugung zu verankern, so dürften die Beleidigungen gegen den König selbst den Blindesten die Augen geöffnet haben. Die skandalöse Szene bei Ems wird in den Annalen der Weltgeschichte lange in Erinnerung bleiben. Als Benedetti Seine Majestät auf der öffentlichen Promenade anhielt, beging er ein Vergehen, von dem er wußte, daß es unverzeihlich war und von dem er voraussah, daß es die Angelegenheit zu einem Höhepunkt bringen würde.

Der Krieg war sein Ziel, und er griff zu den ebenso leichtfertigen wie sicheren Mitteln, ihn herbeizuführen. Er begehrte den sofortigen Konflikt, hatte sich zuvor heimlich bewaffnet und beging eine Gräueltat, die dem König mit Sicherheit sofort übelnehmen würde, ungeachtet dessen, ob sein Volk zum Kampf bereit war. Doch selbst das genügte ihm nicht. Um die Gewissheit zu verdoppeln und eine Einigung gänzlich unmöglich zu machen, ersann die französische Regierung eine weitere, ebenso unverschämte Tat.

Am 12., dem Tag vor Benedettis Angriff, teilte der Herzog von Gramont Baron Werther, dem deutschen Botschafter in Paris, mit, daß Frankreich erst zufrieden sein werde, wenn der König von Preußen einen eigenhändigen Brief an Napoleon schreibe und ihn um Verzeihung für das Geschehene bitte. Dieser Brief, so hieß es weiter, werde unverzüglich veröffentlicht und dürfe keinerlei Anspielung auf die enge Blutsverwandtschaft zwischen den Hohenzollern-Sigmaringen und den Bonapartes enthalten, da jede solche Anspielung in der gegenwärtigen Lage in Paris großen Anstoß erregen würde. Baron Werther lehnte es natürlich ab, die Botschaft zu überbringen. Ich überlasse es Ihnen, sich vorzustellen, welchen Eindruck diese Unternehmungen französischer Diplomatie hier hinterließen.

Als der König gestern Abend von seiner ereignisreichen Reise nach Ems zurückkehrte, wurde er mit einem so herzlichen Applaus empfangen, wie man ihn in diesen beschaulichen Breiten nur selten erlebt. Eine aristokratische Menge drängte sich an allen Zugängen zum Bahnhof. Vom Potsdamer Tor bis zum Schloß waren die Straßen von einer aufgeregten Menge gefüllt. Fahnen und Lichterketten verstärkten die festliche Stimmung.

Ein Regen aus Kränzen und Girlanden empfing den König, ein unaufhörlicher Jubel begleitete ihn zu seinem Palast. Die gesamte Berliner Gesellschaft hatte sich auf dem Bürgersteig versammelt, mischte sich bei diesem bewegenden Anlaß unter die Menge und überbot sie mit patriotischen Rufen und anderen loyalen Bekundungen. Als Seine Majestät aus der Kutsche stieg, in der er mit dem Kronprinzen gesessen hatte, war der Jubel ohrenbetäubend.

Er erschien später wiederholt auf dem Balkon und hätte, so schien es, einmal sogar zur Menge sprechen wollen, wenn nur etwas Ruhe eingekehrt wäre. Doch da in den anderen Teilen des Platzes die Nationalhymne erklang, sobald die königliche Kutsche erblickt wurde, und immer wieder von Neuem begann, sobald sie endete, war es unmöglich, ihn zu hören. Der König wirkte wie immer majestätisch, doch ein melancholischer Schatten lag über seinen Zügen. Kaum war er angekommen, wurden unter den Linden Tische aufgestellt und Treuebekundungen im Freien unterzeichnet, in denen versprochen wurde, Leben und Besitz für das Land zu geben. Als Beispiel für den Geist, der die Massen ergriffen hat, füge ich die Übersetzung eines dieser spontanen Ausbrüche bei:

> „Eure Majestät, es sei euch wohlgefällig, – die französische Unverschämtheit hat unsere Ehre beleidigt und ohne jeden Vorwand den Frieden zwischen Preußen und Deutschland bedroht. In dieser Stunde der Gefahr bitten wir Eure Majestät um Erlaubnis, uns an sie zu wenden und unsere loyale und enthusiastische Unterstützung im Angesicht des drohenden Krieges zum Ausdruck zu bringen. Wie unsere Väter von 1813 bis 1815 an der Seite Eurer Königlichen Majestät standen, so werden auch wir unser Leben und unseren Besitz dem Erhalt und der Sicherheit Eures Thrones widmen. Im Gegenzug haben wir nur eine Bitte: Wir flehen Eure Majestät an, das Schwert nicht eher einzustecken, bis die französische Frechheit endgültig gezüchtigt und niedergerungen ist und Deutschland zu seiner alten Größe zurückgefunden hat.
>
> **Unser Ruf lautet: ‚Mit Gott für König und Vaterland! Hurra!'" „Auf sie!"**
>
> **„Wir unterzeichnen treu, respektvoll und voller Zuversicht für die Zukunft" usw.**

Die obige Adresse erhielt viele tausend Unterschriften. Ähnliche Kundgebungen gab es in Koblenz, Kassel, Göttingen und anderen Städten, die der König auf seiner Heimreise durchquerte. Daß auch von den Stadt- und Handelskammern von Stettin, Breslau, Hamburg und Bremen begeisterte Botschaften eingegangen sind, dürfte per Telegramm mitgeteilt worden sein. Die Sprache der Zeitungen in den heutigen Provinzen und sogar in Süddeutschland ist genauso nachdrücklich wie in der alten Heimat.

Leitartikel, selbst in den fortschrittlichsten Organen der Oppositionspresse, preisen den König, der die nationale Ehre wiederhergestellt habe und bis zum letzten Blutstropfen unterstützt werden müsse.

Deutschland gleicht in diesem Moment einer amerikanischen Siedlung im Wilden Westen, wo Politiker aller Couleur plötzlich die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, sobald die Indianer vorrücken. Welch eine Schande für Europa, daß ein solcher Überfall auf christlichem Boden stattfinden kann! Welch eine Schmach für das 19. Jahrhundert und seine vielgerühmte Zivilisation!

„Die gesamte Armee wird mobilisiert. Sie umfasst 315.000 Linieninfanteristen, 300.000 Reservisten und 330.000 Landwehr, zu denen – nach niedrigster Schätzung – noch 80.000 Südstaatler hinzukommen müssen. Alle diese Zahlen, die eine Gesamtstärke von 1.025.000 Mann ergeben, stellen ausgebildete und einsatzbereite Soldaten dar. Die offiziellen Schätzungen sind weitaus höher. Die Kriegserklärung hat Deutschland völlig überrascht."

Es besteht kein Zweifel, daß die Franzosen, die schon seit längerem einen Krieg erwägen, ihre Rüstung heimlich vorangetrieben haben. Sie werden daher früher einsatzbereit sein als die Deutschen, und es ist zu erwarten, daß sie in mehreren Kolonnen in dieses Land einmarschieren, bevor eine ausreichende Verteidigung aufgebaut werden kann. Dank der hervorragenden Organisation der deutschen Armee wird dieser Vorteil jedoch nicht lange anhalten. Ich kann nicht ins Detail gehen. Selbst wenn es nicht gesetzlich verboten wäre, würde mich der gebotene Respekt vor der Sicherheit des Landes davon abhalten, zum jetzigen Zeitpunkt militärische Informationen preiszugeben.

Der Bundestag ist für den 21. des Monats einberufen worden. Die Regierung wird die Genehmigung zur Aufnahme eines Kredits beantragen. Die Höhe des Kredits wird hier festgelegt.

Österreichs Haltung (VON UNSEREM UNGARISCHEN KORRESPONDENTEN)

PESTH, 14. JULI. Sollte noch jemand daran zweifeln, daß alle Gefühle der Rache und Feindseligkeit gegenüber Preußen in Österreich vollständig verschwunden sind, so braucht er nur die seit dem Ausbruch der Differenzen zwischen Frankreich und Preußen gezeigten Äußerungen zu verfolgen. Während sich das Auswärtige Amt, wie es zu gegebener Zeit beweisen kann, aufrichtig den Bemühungen der neutralen Mächte zur Abwendung des Kriegsunglücks anschließt und die strikte Neutralität Österreichs verkündet, solange keine andere Großmacht interveniert, erklären die Organe der öffentlichen Meinung, parteipolitisch neutral, diese Neutralität und die Nichteinmischung als die einzig im Interesse Österreich-Ungarns liegende Politik. Auf dieser wie auch auf der anderen Seite der Leytha war in diesem Aufruf zu Frieden und Nichteinmischung keine abweichende Stimme zu hören.

So selbstverständlich diese Politik strikter Neutralität seitens Österreich-Ungarns auch sein mag, ihr Wert sollte in diesem Moment nicht unterschätzt werden. Obwohl es zahlreiche Belege dafür gibt, daß die Monarchie seit dem Prager Frieden jeglichen Einfluss auf die Entscheidungen der süddeutschen Kabinette und jegliche Einmischung in deutsche Angelegenheiten vermieden hat, wird die Haltung Österreichs sicherlich einen gewissen Einfluss auf die süddeutschen Mächte ausüben. Sollte ein Krieg daher unvermeidbar werden, kann Österreich sich einen Teil des Verdienstes für dessen Lokalisierung zuschreiben

The Times – Dienstag, 19.Juli 1870 – Nr.26.806 - S.9

Was ist die Ursache des Krieges?

Wir haben erfahren, daß die Regierung Ihrer Majestät angesichts einer so großen Katastrophe wie eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland die Kriegsparteien an die Verpflichtungen aus dem Vertrag von 1856 erinnert und ihre Vermittlung angeboten hat. Frankreich lehnt die Vermittlung ab. Damit ist die Angelegenheit erledigt. **Das Schwert ist gezogen, und das Schwert muss entscheiden. In einer Woche wird ein großes französisches Heer um Nancy, Metz und Straßburg versammelt sein, bereit, die rheinischen Provinzen Deutschlands anzugreifen.** Die Deutschen werden nicht so schnell reagieren und wahrscheinlich in der Defensive bleiben, bis ihre Streitkräfte auf dem Schlachtfeld konzentriert sind.

Doch wenn dies geschehen ist, werden zwei Mächte einander gegenüberstehen, wie sie selten zuvor in Waffengefechten aufeinandergetroffen sind. Es gab Kriege, selbst in unserer Zeit, in denen die Kriegsparteien ähnlich groß und ihre Bevölkerungen ähnlich zahlreich waren; doch hier treffen die beiden größten, zivilisiertesten und mächtigsten Nationen des Kontinents aufeinander, verbunden mit einer gegenseitigen Erzürnung, wie sie nur wenige Kriege zu Beginn hervorgerufen haben, und im Bewusstsein beider Seiten, daß ein Zurückweichen verhängnisvoll wäre. Der Kaiser setzt für seine Dynastie auf Erfolg. Niemand weiß besser als er, daß in einem solchen Unternehmen, das trotz der europäischen Meinung und gegen die Einwände seines engsten Verbündeten begonnen wurde, die einzige Sicherheit in einer Reihe glänzender Siege liegt, gefolgt von

einem triumphalen Frieden.

Einen solchen Frieden von einem erstklassigen Staat zu erzwingen, mag die höchsten Qualitäten eines Generals und seiner Armee auf die Probe stellen; doch wenn er nur durch rücksichtsloses Unterfangen mit Gewalt gegen eine Nation von vierzig Millionen Menschen errungen werden kann, ist das Unternehmen in der Tat gefährlich. **Die Deutschen ihrerseits wissen genau, daß ein Nachgeben den politischen Ruin bedeuten würde. Was sie verlieren, können sie nie wiedererlangen; aus der Lage, die sie nach einem solchen Krieg einnehmen, können sie sich nie wieder befreien. Der Krieg dreht sich um den Rhein, der seit Jahrhunderten das erklärte Ziel französischer Ambitionen ist.**

Wenn es den Franzosen gelingt, das Gebiet zu erobern und durch einen Friedensvertrag zu sichern, besteht nicht die geringste Hoffnung, daß Deutschland es jemals zurückgewinnen könnte. Das linke Ufer würde ebenso untrennbar mit Frankreich verbunden werden wie das Elsass, und das Gebiet des besiegten und erneut geteilten Vaterlandes wäre dauerhaft verkleinert. Kann man annehmen, daß eine Nation, die die Möglichkeit eines so vernichtenden Verlustes vor Augen hat, nicht alle Kräfte mobilisieren wird, um ihre Sicherheit, ja, fast ihr Überleben, zu verteidigen? Jeder Deutsche hat sein Leben lang über diesen Kampf nachgedacht, der nun endlich gekommen ist. Endlich! Nachdem er von Frankreich bedroht wurde, solange sich jeder erinnern kann, in Reden und Aufsätzen, in Theaterstücken und Gedichten, in Gesprächen von Hoch und Niedrig.

Die Deutschen ihrerseits besingen seit jeher den Rhein mit einem Patriotismus, der jeden Teil des Volkes lächerlich und verachtenswert erscheinen ließe, der sich aus dem gegenwärtigen Konflikt heraushielte – in den Augen der Landsleute und der eigenen. Was geschieht, ist nichts anderes als zu erwarten. Die süddeutschen Staaten stehen zur Nationalflagge, die von Preußen hochgehalten wird, **und die Stimmung in Wien und in den deutschen Provinzen Franz Josephs ist bereits so, daß ein Hof mit französischen Sympathien diese sorgsam verbergen, wenn nicht gar gänzlich aufgeben muss.**

Wir haben keinen Zweifel daran, daß Kaiser Napoleon und seine Berater die Tragweite ihrer Entscheidung vollkommen verstehen. Wenn dem so ist, müssen sie bereit sein, den ausländischen Mächten stichhaltige Gründe für einen Krieg darzulegen, dessen Beginn von ungeheurer Dimension ist und dessen Ende sich niemand ausmalen kann. Was also ist der Grund für diesen Krieg? Welches Unrecht ist es, das Frankreich so sehr verletzt, daß es nicht einmal ein paar Tage auf Erklärungen warten konnte, seine erst 1856 verabschiedeten Prinzipien nicht umsetzen konnte und sich gezwungen sah, die angebotene Vermittlung Englands abzulehnen?

Es handelt sich nicht um die Thronbesteigung von Prinz Leopold von Hohenzollern in Spanien, denn der Prinz hatte seine Ansprüche zurückgezogen, und die spanische Regierung beeilte sich, Frankreich und die Welt durch die Verkündung dieser Tatsache zu beruhigen und damit das Ende der Angelegenheit zu signalisieren. **Darüber hinaus erklärte Herr Ollivier inoffiziell, Frankreich sei zufrieden. Wir hatten Grund zu der Annahme, daß dies in irgendeiner Weise mit dem inoffiziellen Treffen zwischen dem König von Preußen und Herrn Benedetti im Emser Stadtgarten zusammenhing; die Umstände dieses Treffens werden von den Franzosen jedoch nicht näher erläutert, und es wird offiziell verkündet, daß die angebliche Beleidigung des Botschafters nicht der Kriegsgrund sei.**

Ist es also das Verhalten des Königs? Offenbar wurde Seine Majestät nicht nur gebeten, den Prinzen an der Annahme der Krone zu hindern, sondern auch zu garantieren, daß er nie wieder kandidieren würde. Der Prinz verzichtete auf jegliche Ansprüche, die ihm die Verpflichtung der spanischen Regierung möglicherweise eingeräumt hatte, und der König meinte, damit sei alles getan. **Ist es also die Ursache des Krieges, daß der König von Preußen, ein 73-jähriger Mann, der Souverän eines mächtigen Staates und der Repräsentant einer noch mächtigeren Nation, dem Kaiser keine demütige Entschuldigung schrieb, in der er den wichtigsten Aspekt der Angelegenheit nicht erwähnte? Oder ist der Grund für den Krieg letztendlich das, was Herr Rocher in seiner Rede an den Kaiser darlegte – daß Frankreich, nachdem es vier Jahre gewartet und seine Rüstung vollständig fertiggestellt hat, nun bereit ist, zu beginnen?**

Unter diesen Gründen sind wir gespannt zu erfahren, welcher als ausschlaggebend gelten wird. Lord Russell forderte gestern im Oberhaus die Regierung auf, alle ihr vorliegenden Informationen über die Verhandlungen, die der Kriegserklärung vorausgingen, preiszugeben. Wir hoffen, daß die zugesagten Dokumente nach ihrer Veröffentlichung etwas Licht in eine so interessante und geheimnisvolle Angelegenheit wie den wahren Kriegsgrund bringen werden. Die einzig verlässliche Stellungnahme kann jedoch die der französischen Regierung selbst sein, und in der Hoffnung, daß diese bald erfolgt, akzeptieren wir das Schweigen unserer eigenen Regierung.

The Times – Dienstag, 19.Juli 1870 – Nr.26.806 - S.9

Herr Thiers über den Krieg mit Preußen

[Adolphe Thiers * 14.04.1797 – + 03.09.1877, frz. Ministerpräsident von 1836 – 1840, politisch aktiv seit 1830, 1871 erster Staatspräsident der 3.Republik; Gegner Deutschlands und Aktivist zum „französischen linken Rheinufer"]

Fieber macht einen Patienten oft taub, doch wenn das Fieber des Krieges eine Nation ergreift, wird sie augenblicklich taub für die Stimme der Vernunft. Argumente und Einwände, Appelle an die Vernunft und an die Menschlichkeit verhallen ungehört. Es erscheint Außenstehenden fast unglaublich, daß der Protest von Herrn Thiers vor dem Corps Législatif keinerlei Wirkung bei den Abgeordneten zeigte, und selbst jetzt können wir kaum glauben, daß die im ganzen Reich verbreitete Nachricht seiner Rede Zweifel an der Weisheit und Gerechtigkeit des von der kaiserlichen Regierung eingeschlagenen Kurses weckte. Sicherlich gibt es hier und da in Frankreich viele, die angesichts des Getöses um sie herum zeitweise verstummen, die Politik des Hofes ablehnen und sich beim Gedanken an das Schauspiel, das ihre Nation der Welt bietet, zutiefst beschämt fühlen.

Unsere Geschichte war in Epochen ähnlicher Aufregung nur allzu fruchtbar, und doch gab es stets einige wenige, die vom Wahnsinn der Stunde verschont blieben. So muss es auch jetzt sein. Die Worte des erfahrenen Parlamentariers mögen ihm wirkungslos erscheinen, doch sie müssen bei vielen seiner Landsleute zum Nachdenken anregen, und sie werden in späteren Jahren in Erinnerung bleiben und zitiert werden.

Herr Thiers bezeichnete den Kriegsbeschluß aufgrund der in seiner Begründung angeführten Formfehler als „unwürdig". Wer verurteilt die Haltung des Kaiserreichs so unmissverständlich?

Herr Thiers ist kein Eiferer für den Frieden. Er ist kein Freund der preußischen Macht. Er gehört zu denen, die den Einfluss Frankreichs am eifersüchtigsten verteidigen. Mit unerschütterlicher Konsequenz protestierte er gegen die Politik, ob aktiv oder passiv, die die Entstehung eines mächtigen Staates nach dem anderen an der französischen Grenze ermöglichte. Herr Thiers ist Erbe und Hüter der Politik Ludwigs XIV.; er ist es, mehr als jeder andere der heute lebenden Franzosen, der seinen Landsleuten die Idee der Stellung Frankreichs in Westeuropa vor Augen geführt hat, an die der Herzog von Gramont letzte Woche appellierte.

Was auch immer Heinrich IV. und Richelieu, Ludwig XIV. und so wie es Napoleon I. auch getan haben mag, so ist es doch M. Thiers, der in der heutigen Generation in Politik und Literatur am deutlichsten darauf bestanden hat, daß Frankreich stets einen überragenden Einfluss in der Christenheit ausüben müsse. **Frankreich, so Thiers, nehme seine wahre Rolle nur dann ein, wenn es der Schiedsrichter des Westens sei, umgeben von kleineren Mächten, die unter dem Schutz einer Größe lebten, die sie nicht in Frage stellen dürften.**

Daher griff Herr Thiers die Italienpolitik des Kaisers und die daraus resultierende Machtzunahme eines geeinten Italiens im Süden so scharf an. Ebenso heftig protestierte er gegen die Politik, die den Sieg Sadowas und den Zusammenschluss der norddeutschen Staaten um Preußen ermöglicht hatte. Offenbar war niemand von Natur aus eher geneigt, einen Krieg mit Preußen zu befürworten als **Herr Thiers. Das bekannte er gleich zu Beginn seiner Rede im Corps Législatif am Freitag. „Ich war tiefer bestürzt als jeder andere über die Ereignisse von 1866", sagte er. „Mehr als jeder andere wünsche ich mir Wiedergutmachung."**

Und mit seinem Verweis auf den Feldzug in Böhmen argumentierte er, warum ihm die ihm aufgrund seiner Intoleranz verweigerte Aufmerksamkeit zuteil werden sollte. Er hatte die Stellvertreter gewarnt, bevor ein Schuß vor vier Jahren abgefeuert wurde, aber der KAISER weigerte sich, das Wort zu erteilen, und die Stellvertreter hörten nicht zu.

1870 versuchte er erneut, eine Warnung auszusprechen, doch der Kaiser hatte nun das Wort erteilt, und die treuen Abgeordneten wollten wieder nicht auf ihn hören. Wegen seiner Konsequenz verspottet und wegen seines unerwünschten Patriotismus beleidigt, hielt Herr Thiers an seiner Meinung fest: „Ich bin entschlossen, euer Gemurre zu ertragen und ihm zu trotzen."

Und obwohl er nicht alles sagen konnte, was er sagen wollte, gelang es ihm doch, nicht nur sein eigenes Urteil über das Vorgehen der Regierung festzuhalten, sondern der ganzen Welt auch das beste Material zur Meinungsbildung über die Krise zu liefern, indem er Herrn Ollivier die Art der ministeriellen Erklärung und Verteidigung entlockte.

„Der Anlaß ist schlecht gewählt." Dies ist das Urteil von Herrn Thiers. Er erkennt voll und ganz die Notwendigkeit an, Preußen im Auge zu behalten, seine Ansprüche einzudämmen und seinem Aufstieg entgegenzuwirken; er würde einen triftigen Streitpunkt mit Genugtuung annehmen. Er sieht jedoch voraus, daß Europa erklären wird, daß die jetzige Regierung, nachdem ihr die Mittel gewährt worden waren, wegen einer bloßen Formfrage ein Blutbad verursacht hat.

Die Genugtuung, die Frankreich zu Recht fordern durfte, war erreicht. Die Nominierung Hohenzollerns war zurückgezogen worden, und Herr Thiers brandmarkte die verbliebene Behauptung als leichtfertig und schändlich. Der Versuch Herrn Oliviers, die Anschuldigung zu widerlegen, war unter allen Umständen schwierig, muß ihm aber besonders schwergefallen sein, nachdem er erst eine Woche zuvor, mit Bekanntgabe des Rücktritts von Prinz Leopold, erklärt hatte, alles sei erledigt, da Frankreich die angestrebte Genugtuung erhalten habe.

Man kann wohl kaum bezweifeln, ob je zuvor eine so unbedeutende und inhaltsleere Rede von einer Person in einer vergleichbar verantwortungsvollen Position gehalten wurde. **Sie entbehrte sogar der rhetorischen Brillanz, die Herr Olivier sonst an den Tag legt. Die einzige nennenswerte Aussage darin war die Weigerung des Königs von Preußen, den französischen Botschafter zu empfangen; und es wird kein Hinweis auf die Umstände gegeben, die zu dieser Weigerung geführt haben.**

Das Merkwürdigste an Herrn Olliviers Verteidigung waren die ständigen Verweise auf Zeitungsausschnitte und Gerüchte, die einer genauen Zitierung nicht standhielten. Als er schließlich nachgab und ein Telegramm übermittelte, das er für vernichtend hielt, brach die kleine Minderheit der Opposition sofort in Empörung über dessen Unzulänglichkeit aus, und die überwältigende Mehrheit seiner Anhänger verstummte für einen Moment.

„Dem kann man keinen Krieg erklären“, sagte Herr De Choiseuil; „Es sind doch nur leere Worte“, fügte Herr Garnier Pages hinzu; und wenn man bedenkt, daß das Telegramm selbst, das am vergangenen Mittwoch von Herrn Benedetti kam, den Rückzug von Prinz Leopold meldet und weiter ausführt: „Der König ermächtigt mich, der kaiserlichen Regierung mitzuteilen, daß er die Resolution billigt“, so lässt sich die Richtigkeit der Schlußfolgerungen von Herrn Choiseuil und Pages kaum bestreiten.

Fast die letzten Worte von Herrn Thiers waren: „Die ganze Welt soll urteilen.“ **Seine Meinung ist eindeutig. Frankreich steht kurz vor einem Krieg, der allzu wahrscheinlich von furchtbarem Gemetzel geprägt sein wird, verursacht durch ein Versagen der französischen Regierung. Der Anlaß für die Proteste Frankreichs war beseitigt, und falls es Schwierigkeiten gab, den Rückzug von Prinz Leopolds Namen als ausreichend zu akzeptieren, so lagen diese in der übertriebenen Rhetorik Frankreichs bei dessen anfänglichem Widerstand gegen seine Wahl.** Jeder wird Herrn Thiers zustimmen, daß es absurd war anzunehmen, der Name des Prinzen von Hohenzollern würde jemals wieder mit dem spanischen Thron in Verbindung gebracht werden, und es war daher unnötig und unklug, vom König von Preußen eine Zusage für die Zukunft zu fordern.

L'Union – Nr. 200 – Dienstag, 19. Juli 1870 – S. 1

Frankreich. – Bulletin.

Paris, 18. Juli. Wir müssen die Haltung der europäischen Mächte überdenken, denn diese Haltung ändert sich täglich. Was gestern noch Neutralität war, ist heute als ernstes Symptom „aufmerksamer Beobachtung“ geworden.

Zunächst ist es Russland, dann England, die diese politische Entwicklung vorantreiben, deren Charakter bereits jetzt Anlass zu Befürchtungen geben könnte.

Seit acht Tagen beobachten wir nun schon das Handeln des St. Petersburger Kabinetts. Wir haben gesehen, wie es als Erster die Idee eines Kongresses vorbrachte, eine Idee, die keinen Erfolg hatte; dann zieht sich Russland in eine kalte Zurückhaltung zurück und versucht nicht einmal mehr, den Konflikt abzuwehren, der heute, da der Krieg erklärt wurde, droht, und es verspürt ein sichtbares Gefühl der Zufriedenheit. Es hofft, daß der Konflikt größere Ausmaße annimmt und es wird ihn sogar noch verschärfen, um daraus bessere Vorteile zu ziehen.

Sobald Europa aus der Zurückhaltung herausgetreten sein würde, die es sich angesichts des französisch-preußischen Kampfes aufgezwungen zu haben scheint, würde Russland nicht länger zögern, Preußen eine Hand zu reichen, während es mit der anderen den Osten aufrütteln und sein Projekt in die Tat umsetzen würde, das es so lange hegte: die Ausweitung der Moskauer Herrschaft bis an die Ufer des Bosporus.

Dies ist der Plan, der schon vor langer Zeit ausgearbeitet und vor kurzem auf den Ems-Konferenzen diskutiert wurde. Dort hätten sich, wenn man den in Pest verbreiteten Gerüchten Glauben schenken darf, der russische Kaiser und der König von Preußen auf eine mögliche Besetzung Rumäniens durch russische Truppen geeinigt, unter dem Vorwand, die Ordnung aufrechtzuerhalten und eine Revolution zu verhindern, die Prinz Karl jederzeit bedrohen könnte. Als sehr bedeutsam wird auch die Anwesenheit des Fürsten

Gortschakoff in Berlin angesehen, in dem Moment, als sich die jüngsten Ereignisse entschieden, nämlich genau an dem Tag, als Herr von Bismarck aus Varzin eintraf.

In St. Petersburg werden schwerwiegende Ereignisse erwartet; man vermutet, der erste Kanonenschuss am Rhein könnte das Signal für eine russische Aktion im Osten sein.

Wir glauben nicht an eine solche unmittelbar bevorstehende Intervention Russlands, sind jedoch weiterhin davon überzeugt, daß es sich dabei um einen Teil der Pläne von Fürst Gortschakoff handelt, heimlich bei europäischen Komplikationen mitzuhelfen, die eine Invasion Moskaus begünstigen könnten.

Wir sagten, daß England immer mehr Aufmerksamkeit den Dingen schenkt, die sich entwickeln.

Wenn man der **„Morning Post“** Glauben schenken darf, die behauptet, gut informiert zu sein, **beabsichtigt England, sich nicht in den Kampf einzumischen, aber es möchte aufmerksam bleiben und nicht zögern, die Wahrung der Rechte neutraler Staaten einzufordern, falls diese von der einen oder anderen der kriegführenden Mächte bedroht werden.**

Die Anspielung ist offensichtlich: **es ist Belgien, über das die „Morning Post“ spricht, es ist Belgien, dem England seine Aufmerksamkeit schenken wird, allerdings mit der Waffe in der Hand und bereit**, wie Russland, einzugreifen, wenn sich die Situation verschlechtern sollte.

Wir sollten nicht danach fragen, was unter den gegenwärtigen Umständen ein europäischer Krieg sein könnte. Gott bewahre! Wir sehen genau, welche Feinde sich sofort gegen uns erheben würden, aber wir wissen nicht, wer uns im Kampf wirksam unterstützen würde.

Aus München erfahren wir, daß es in der Stadt Demonstrationen für den Krieg gegeben hat. Die Menge versammelte sich vor der königlichen Residenz, um dem Prinzen zu gratulieren, und vor den Büros von „Vaterland“, dem Organ der katholischen Partei, um dessen Redakteuren zu drohen.

Erinnern wir uns mit dem „Constituionnel“ daran, daß bei den letzten Wahlen in Bayern die patriotische und katholische Partei, deren Vertreterin das „Vaterland“ ist, die Mehrheit hatte. Es ist also nicht die Mehrheit der bayerischen Nation, die den Krieg gegen die Franzosen bejubelt, sondern die Minderheit, die laute und tyrannische Minderheit, die bei den Wahlen geschlagen wurde und die versucht, die Kontrolle über die Macht zu behalten, indem sie der preußischen Herrschaft entgegentritt.

.....

Eine Depesche aus Bayonne verkündet, daß der Präfekt strengste Anweisungen erhalten habe, die Grenze zu überwachen und die Anführer der Karlisten und andere Anhänger von Don Carlos zu verhaften. Möchte die französische Regierung also der Kandidatur des legitimen Vertreters des Rechts in Spanien das selbe Veto auferlegen, das sie der **aus den spanisch-preußischen Intrigen** hervorgegangenen Kandidatur auferlegte?

Der Redaktionssekretär: A. Rouyé.

Französisch

L'Union – Nr. 200 – Dienstag, 19. Juli 1870 – S. 1

Bulletin.

Paris, 18. Juillet. Il faut revenir sur l'attitude des puissances européennes, parce que cette attitude se modifie chaque jour. Ce qui était hier de la neutralité devient aujourd'hui, symptome grave, de «l'observation at-tentive.»

C'est d'abord la Russie, et après elle l'Angleterre, qui accomplissent cette évolution politique, dont le caractère pourrait déjà donner quelque crainte.

Il y a huit jours déjà que nous observons les allures du cabinet de Saint-Pétersbourg. Nous l'avons vu, émettant d'abord l'idée d'un congrès, idée qui n'eut aucun succès; puis, se retranchant ensuite dans une froide réserve et ne cherchant même plus à écarter le conflit qui menaçait aujourd'hui que la guerre est déclarée, la Russie éprouve un sentiment visible de satisfaction; elle espère que le Contiit va prendre de plus amples proportions, elle aidera même à son aggravation pour mieux en profiter.

Aussitôt, en effet, que l'Europe serait sortie de la réserve qu'elle semble s'être imposée en face de la lutte franco-prussienne, la Russie n'hésiterait plus à donner une main à la Prusse, tandis que de l'autre elle soulèverait l'Orient et mettrait à exécution le projet qu'elle nourrit depuis si longtemps: l'extension de la domination moscovite jusqu'aux rives du Bosphore. Tel est le plan préparé de longue main et discuté naguère encore dans les conférences d'Ems. Là, s'il faut en croire des bruits fort accrédités à Pesth, l'empereur de Russie et le roi de Prusse se seraient entendus pour une occupation éventuelle de la Roumanie par les troupes russes, sous le prétexte de maintenir l'ordre et de prévenir une révolution dont peutêtre, à tout instant, menacé le prince Charles. On fait remarquer aussi comme très significative la présence à Berlin du prince Gortschakoff, au moment qui a décidé des derniers événements, c'est-à-dire le jour même où M. de Bismark arrivait de Varzin.

A St-Pétersbourg on s'attend à de graves événements; on dit que le premier coup de canon tiré sur le Rhin pourrait étre le signal d'une action de la Russie en Orient.

Nous ne croyons pas à une intervention aussi imminente de la Russie, mais nous restons persuadés qu'il entre dans les projets du prince Gortschakoff d'aider sous main à des complications européennes qui pourraient favoriser l'envahissement moscovite.

Nous avons dit que l'Angleterre prêtait également une attention de plus en plus sérieuse aux événements qui se préparent.

L'Angleterre entend, s'il faut en croire le Morning Post, qui se dit bien informé, éviter d'intervenir dans la lutte, mais elle veut rester attentive et ne pas hésiter à revendiquer le maintien des droits des Etats neutres, dans le cas où ils seraient menacés par l'une ou l'autre des puissances belligérantes.

L'allusion est évidente: c'est de la Belgique qu'entend parler le Morning Post, c'est sur la Belgique que l'Angleterre va axerson «attention», mais l'arme au braset prète, comme la Russie, à intervenir, si la situation venait à s'aggraver.

Ne recherchons point ce que pourrait ètre, dans les circonstances actuelles, une guerre européenne. Dieu nous en garde! Nous voyons bien quels ennemis se lèveraient à la fois contre nous, mais nous ne savons point qui viendrait efficacement nous soutenir dans la lutte.

Des dépêches de Munich nous apprennent qu'on a fait dans cette ville des démonstrations en faveur de la guerre. La foule s'est portée devant la résidence royale pour féliciter le prince, et devant les bureaux du Vaterland, organe du parti catholique, pour en menacer les rédacteurs.

Rappelons, avec le Constitutionnel, que les dernières élections en Bavière ont donné la majorité au parti patriote ét catholique, dont le Vaterland est l'interprète. Ce n'est donc point la majorité de la nation bavaroise qui acclame la guerre contre les Français, c'est la minorité, la minorité bruyante et tyrannique, battue dans les élections, et qui cherche à rester maitresse du pouvoir, en allant au devant de la domination prussienne. .....

Une dépêche de Bayonne annonce que le préfet a reçu les ordres les plus sévères pour faire surveiller la frontière et interner les chefs carlistes ou autres partisans de don Carlos. Le gouvernement français voudrait-il donc imposer à la candidature du représentant légitime du droit en Espagne, le même veto qu'il a mis à la candidature née des intrigues hispano-prussiennes?

Le secrétaire de la rédaction: A. Rouyé.

Le Temps – Nr. 3429 – Dienstag, 19. Juli 1870 – S. 4

Frankreich. – Von Creuznach zurück nach Frankreich

Forbach, 17. Juli. Gestern Morgen erfuhren wir in Creuznach von der Kriegserklärung und die ganze französische Kolonie machte sich sofort auf den Weg zurück nach Frankreich. Am Bahnhof herrschte ein fürchterliches Gedränge, alle Fahrgäste wollten sofort los. Nach langem Warten konnten wir endlich, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, einsteigen. Auf einer eingleisigen Strecke zwangen uns entgegenkommende Züge häufig anzuhalten und an fast jedem Bahnhof zu halten, um sie passieren zu lassen.

Alle diese Züge transportierten offensichtlicher in Hektik und in größter Unordnung aufgestapelte Kriegsgegenstände oder -instrumente: Uniformen, Heizer, Salze, Geschirre, Fässer, Pfähle zum Befestigen von Zelten, Artillerieausrüstung: alles war wahllos und kreuz und quer durcheinander geworfen worden, ohne daß man auch nur die Vorsichtsmaßnahme ergriffen hätte, alles mit einer Plane abzudecken. Wir sahen im strömenden Regen die Schuhe und Sättel der preußischen Armee, die vom Wasser durchnässt waren. Einige Minuten später trockneten es starke Sonnenstrahlen.

Mit jedem Zug fuhren auch die Männer der Landwehr ab.

Preußen hatte erst am Vorabend von der Kriegserklärung erfahren und seine Reserven waren bereits auf dem Weg, um die aktive Armee in den Garnisonen zu ersetzen. Alle diese Menschen waren offensichtlich auf dem Weg Richtung Rhein, Richtung Mainz oder Koblenz.

Stündlich fuhren Züge Richtung Rhein, immer mit Menschen und Kriegsgerät voll. An jeder Station warteten Hunderte junger Menschen, angeführt von Frauen und Mädchen, oft in Tränen aufgelöst, darauf, daß sie an der Reihe waren, aufzubrechen. Riesige Massen von Nationalgardisten müssen sich gestern tagsüber und auch in dieser Nacht, als die Züge noch fuhren, am Rhein angesammelt haben. Viele gingen ohne Begeisterung, schweren Herzens und eher aus Pflichtgefühl als aus Begeisterung. Andere hingegen sangen voller Energie Nationallieder.

Bis nach Saarbrücken, also bis zur französischen Grenze, bot sich überall das gleiche Schauspiel; das Bild eines Landes in Waffen, eines Massenaufstands der Bevölkerung. Keine Arbeit auf den Feldern oder in Fabriken. Alle, die gehen müssen, sind bereits bereit. Andere schauen zu, und Frauen drängen sich an den Stationen, um sich von ihren Ehemännern, ihren Liebhabern und ihren Brüdern zu verabschieden.

Die Zahl der Landwehrsoldaten, denen wir auf dieser kurzen, vierstündigen Reise begegneten, kann nicht auf weniger als fünf- oder sechstausend Mann geschätzt werden. In Neunkirchen, wo die beiden Straßen aus Mainz und Mannheim zusammentreffen, war der Strom der Ankömmlinge sogar noch größer, da die Menschen aus mehreren Richtungen gleichzeitig kamen. Ganz in der Nähe der französischen Grenze gelegen, wäre es ein sehr wichtiger Punkt gewesen, den wir hätten besetzen können. Zwei französische Regimenter dorthin und nach Saarbrücken verlegt, wo sich heute Morgen um fünf Uhr kein einziger Soldat der aktiven Armee befand, hätten innerhalb eines Tages zehntausend Mann der Landwehr daran gehindert, den Rhein zu erreichen, indem sie die Verbindungen abgeschnitten hätten. In Saarbrücken wimmelte es am Bahnhof von Menschen, Frauen und jungen Leuten. Vor unseren Augen spielen sich einige traurige Szenen ab. Frauen

versuchen, die Männer zurückzuhalten, und Polizisten stoßen sie mit Stöcken in die Waggons.

Wir sind ungefähr um sieben Uhr abends in Saarbrücken. Unmöglich weiterzukommen. Die Preußen haben die Gleise an der Grenze aufgerissen. Wir berühren Frankreich, wir konnten es fast sehen, und wir können nicht dorthin gelangen! In unserem Umfeld sind viele Französinnen bestürzt über den Gedanken, die Nacht in Feindesland verbringen zu müssen, inmitten einer sehr aufgebrachten, sehr preußischen und Frankreich gegenüber sehr feindselig eingestellten Bevölkerung. Wir suchen Autos. Niemand kann oder will uns zur Grenze bringen. Ich höre, daß für einen einfachen Wagen sechshundert Franc verlangt werden.

Die Regierung hätte, so scheint es mir, ihren Staatsangehörigen das Rückkehrrecht zusichern und den Preußen gleichzeitig Gegenseitigkeit zusichern können. In deutschen Gewässern befinden sich Tausende Franzosen, die von der Kriegserklärung überrascht wurden und denen nicht einmal zwölf Stunden Zeit für die Rückkehr gegeben wurden. Hätte man Reisenden aus beiden Ländern nicht 24 Stunden Freizügigkeit gewähren können?

Mit der Dämmerung heute morgen aufgestanden, haben wir endlich ein Auto gefunden, und nun sind wir in Frankreich, in Forbach. Der Unterschied ist erschütternd. In der Stadt herrscht völlige Ruhe. Es fühlt sich an, als wären es tausend Meilen von Saarbrücken entfernt, wo in diesem Moment zweitausend Landwehrmänner ihre Reise antreten. Es ist Sonntag. Junge Leute laufen herum, Frauen lachen und nähen wie immer an den Türen.

Hier kommen sie, unsere fröhlichen und unerschrockenen Soldaten. Sie besetzen bereits Saint-Avold, wenige Meilen von der Grenze entfernt. Der Anblick ihrer Uniformen erfreut unser Herz. Ihre Fröhlichkeit und Begeisterung erfüllen uns mit Hoffnung.

A. MÉZIERES.

Französisch

Le Temps – Nr. 3429 – Dienstag, 19. Juli 1870 – S. 4

[Frankreich. – Von Creuznach zurück nach Frankreich]

Forbach, 17 juillet. Hier matin, nous apprenions à Creuznach la déclaration de guerre, et aussitôt toute la colonie française se mettait en route pour retourner en France. A la gare, encombrement effroyable tous les voya-geurs voulaient partir à la fois. Après une longue attente, on put enfin s'embarquer, non sans peine. Les trains venant en sens inverse, sur un chemin qui n'a qu'une seule voie, nous forçaient fréquemment à nous arrêter, à stationner presque dans chaque gare pour les laisser passer.

Tous ces trains portaient des effets ou des instruments de guerre, entassés avec une précipitation évidente, dans le plus grand désordre, uniformes, soutiers, selles, harnais, tonneaux, piquets pour attacher les tentes, engins d'artillerie: on avait tout jeté pêle-mêle, au hasard, sans prendre même la précaution de les couvrir d'une bache. Nous avons vu, sous une pluie battante, les souliers et les selles de l'armée prussienne trempés d'eau. Quelques minutes après, un lourd soleil d'orage commençait déja à la sécher.

Par chaque train, partaient aussi les hommes de la Landwehr.

La Prusse ne savait la déclaration de guerre que depuis la veille au soir, et déjà ses réserves étaient en route pour prendre, dans les garnisons, la place de l'armée active. Tout ce monde se dirigeait évidemment vers le Rhin, vers Mayence ou vers Coblentz.

D'heure en heure, les trains se succédaient dans la direction du Rhin, toujours plus remplis d'hommes et d'effets militaires. A chaque gare, des centaines de jeunes gens, conduits par des femmes et des jeunes filles, souvent en larmes, attendaient leur tour de départ. Des masses énormes de gardes nationaux ont dû s'accumuler ainsi sur le Rhin, hier pendant la journée, cette nuit encore, où les trains n'ont cessé de marcher. Beaucoup partaient sans enthousiasme, le cœur serré, par devoir plutôt qu'avec élan. D'autres, au contraire, chantaient énergiquement des airs nationaux.

Jusqu'à Saarbrück, c'est-à-dire jus-qu' à la frontière de France, partout même spectacle; l'image d'un pays en armes, d'une levée en masse de la population. Aucun travail dans les champs, ni dans les manufactures. Tous ceux qui doivent partir sont déjà prêts. Les autres regardent, et les femmes encombrent les gares pour dire adieu à leurs maris, à leurs amants, à leurs frères.

On ne peut évaluer à moins de cing ou six mille hommes le nombre de soldats de la Landwehr que nous avons rencontrés dans ce petit trajet de quatre heures. A Neunkirchen, où s'embranchent les deux chemins de Mayence et de Mannhein, le flot des arrivants était plus considérable encore, parce qu'on venait de plusieurs côtés à la fois. Tout près de la frontière française, c'eût été pour nous un point bien important à occuper. Deux régiments français jetés là, et à Saarbrück, où il n'y avait pas ce matin, à cinq heures, un seul soldat de l'armée active, eussent empêché, en un jour, dix mille hommes de la Landwehr d'arriver au Rhin, en coupant les communications. A Saarbrück, la gare fourmille de monde, de femmes et de jeunes gens. Quelques scènes tristes se passent sous nos yeux. Des femmes veulent retenir les hommes, et des officiers poussent ceux-ci à coups de canne dans les wagons.

Nous sommes à Saarbrück, vers sept heures du soir. Impossible d'aller plus loin. Les Prussiens ont arraché les rails à la frontière. Nous touchons la France, nous pourrions presque la voir, et nous ne pouvons y arriver! Autour de nous beaucoup de Françaises se désolent à la pensée de passer la nuit en pays ennemi, au milieu d'une population fort émue, très prussienne, très hostile à la France. Nous cherchons des voitures. Personne ne peut, ou ne veut nous conduire à la frontière. J'entends demander six cents francs pour une simple charrette.

Le gouvernement aurait pu, ce me semble, stipuler pour ses nationaux le droit au retour, en assurant aux Prussiens la réciprocité. Il y a aux eaux d'Allemagne des milliers de Français que la déclaration de guerre a surpris, et qui n'ont pas même obtenu douze heures de temps pour revenir. N'aurait-on pas pu accorder aux voyageurs des deux pays vingt-quatre heures de libre circulation.

Ce matin, levés avec le jour, nous avons enfin trouvé une voiture, et nous voici en France, à Forbach Le contraste est complet. Le calme le plus grand règne dans la ville. On se croirait à mille lieues de Saarbrück, ou deux mille hommes de la Landwehr s'embarquent en ce moment. C'est dimanche. Les jeunes gens se promènent, les femmes rient, et cousent sur les portes, comme d'habitude.

Les voilà qui arrivent, nos joyeux et intrépides soldats. Ils occupent déjà Saint-Avold, à quelques lieues de la frontière. La vue de leurs uniformes nous réjouit le cœur. Leur gaieté et leur enthousiasme nous remplissent d'espérance. **A. MÉZIÈRES.**

Wiener Abendpost – Nr. 162 – Dienstag, 19. Juli 1870 – S. 15

Telegraphische Depeschen – Frankreich.

Paris, 18. Juli. Gestern Abends fand hier eine Kundgebung von 500 Hannoveranern statt, welche eine französische Fahne trugen.

Paris, 18. Juli. Nachts. Der **„Constitutionnel“** bestätigt, daß der französische Botschaftssecretär Wimpffen gestern mit der Kriegserklärung nach Berlin abgereist ist.

Wiener Zeitung– Nr. 162 – Dienstag, 19. Juli 1870 – S. 3

Verordnung zur Einberufung des Reichstags und Absage der Feier des 3. August- Einweihung des Reiterstandbildes Frd. Wilhelm III

Berlin, 17. Juli. Der**„Staatsanzeiger“** bringt folgende k. Verordnung betreffend die Einberufung des Reichstages des norddeutschen Bundes:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ec., verordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung des norddeutschen Bundes, im Namen des Bundes, was folgt: Der Reichstag des norddeutschen Bundes wird berufen, am 19. Juli d. J. in Berlin zusammenzutreten, und beauftragen Wir den Bundeskanzler mit den zu diesem Zwecke nöthigen Vorbereitungen.

Unkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Bundesinsiegel. Gegeben Berlin, den 15. Juli 1870. (L.S.) Wilhelm.

Graf v. Bisrnarck-Schönhausen

Ferner folgende zwei Verordnungen des Ministers des Innern Grafen Eulenburg:

I. Die Feier der Enthüllung des im Lustgarten zu Berlin errichteten Reiterstandbildes Sr. Majestät des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm III, wird nicht, wie dies in Aussicht genommen war, am 3. August d. J. stattfinden. Auf Allerhöchsten Befehl mache ich dies namentlich auch zur Kenntnißnahme derjenigen bekannt, welche bereits Einladungen zu der Feier erhalten haben

II. Die verehrlichen Redactionen der in Preußen erscheinenden Zeitungen fordere ich ergebenst auf, von heute an über militärische Anordnungen und Truppenbewegungen keine, auch nicht die unbedeutendst scheinende Notiz mehr zu bringen.

Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes – Dienstag, 19. Juli 1870 – S. 15

Durch die Allerhöchste Präsidial-Verordnung vom 15. Juli 1870 zu einer außerordentlichen Session einberufen.

Berlin, gedruckt bei Julius Sittenfeld 1870

Thronrede des Königs

Eröffnungs-Sitzung im Weißen Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin am Dienstag den 19, Juli 1870

.....

Se. Majestät geruhten demnächst, aus der Hand des Bundeskanzlers, Grafen von Bismarck-Schönhausen, der, sich verneigend, vor den Thron getreten war, die Thronrede entgegenzunehmen und, das Haupt mit dem Helme bedeckt, dieselbe wie folgt zu verlesen:

Geehrte Herren vom Reichstage des Norddeutschen Bundes!

Als Ich Sie bei Ihrem letzten Zusammentreten an dieser Stelle im Namen der verbündeten Regierungen willkommen hieß, durfte Ich es mit freudigem Danke bezeugen, daß Meinem aufrichtigen Streben, den Wünschen der Völker und den Bedürfnissen der Civilisation durch Verhütung jeder Störung des Friedens zu entsprechen, der Erfolg unter Gottes Beistand nicht gefehlt habe.

Wenn nichts desto weniger Kriegsdrohung und Kriegsgefahr den verbündeten Regierungen die Pflicht auferlegt haben, Sie zu einer außerordentlichen Session zu berufen, so wird in Ihnen wie in uns die Ueberzeugung lebendig sein, daß der Norddeutsche Bund die

deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens auszubilden bemüht war und daß, wenn Wir gegenwärtig diese Volkskraft zum Schutze unserer Unabhängigkeit ausrufen, Wir nur dem Gebote der Ehre und der Pflicht gehorchen.

Die spanische Thron-Candidatur eines deutschen Prinzen, deren Aufstellung und Beseitigung die Verbündeten Regierungen gleich fern standen und die für den Norddeutschen Bund nur insofern von Interesse war, als die Regierung jener uns befreundeten Nation daran die Hoffnung zu knüpfen schien, einem vielgeprüften Lande die Bürgschaften einer geordneten und friedliebenden Regierung zu gewinnen, hat dem Gouvernement des Kaisers der Franzosen den Vorwand geboten, in einer dem diplomatischen Verkehre seit langer Zeit unbekannten Weise den Kriegsfall zu stellen und denselben, auch nach Beseitigung des Vorwandes, mit jener Geringschätzung des Anrechtes der Völker auf die Segnungen des Friedens festzuhalten, von welcher die Geschichte früherer Beherrscher Frankreichs analoge Beispiele bietet.

Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heut, **wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen**, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet; **heut, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat.**

Es ist keine Ueberhebung, welche Mir diese Worte in den Mund legt. Die verbündeten Regierungen, wie Ich Selbst, Wir handeln in dem vollen Bewußtsein, daß Sieg und Niederlage in der Hand des Lenkers der Schlachten ruhen. Wir haben mit klarem Blicke die Verantwortlichkeit ermessen, welche vor den Gerichten Gottes und der Menschen den trifft, der zwei große und friedliebende Völker im Herzen Europas zu verheeren den Kriegen treibt. Das deutsche, wie das französische Volk, Beide die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, sind zu einem heilsameren Wettkampfe berufen, als zu dem blutigen der Waffen.

Doch die Machthaber Frankreichs haben es verstanden, das wohlberechtigte aber reizbare Selbstgefühl unseres großen Nachbarvolkes durch berechnete Mißleitung für persönliche Interessen und Leidenschaften auszubeuten.

Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, Alles, was Ehre und Würde gestatten, gethan zu haben, um Europa die Segnungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor Aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden Wir uns, gestützt auf den einmüthigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Aufrufe zur Vertheidigung seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit. Wir werden nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen und in diesem Kampf, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unsern Vätern war.

Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes – Dienstag, 19. Juli 1870

Berlin, gedruckt bei Julius Sittenfeld 1870

Durch die Allerhöchste Präsidial-Verordnung vom 15. Juli 1870 zu einer außerordentlichen Session einberufen.

1. Sitzung am Dienstag den 19. Juli 1870.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 15 Minuten von dem Präsidenten Dr. Simson eröffnet.

[die Anwesenheit wird durch Namensaufruf überprüft; unter den nicht anwesenden befinden sich die Abgeordneten Bebel und Liebknecht; Anwesende: 230 Mitglieder des Reichstages, zur Beschlußfähigkeit gehören 149 Mitglieder]]

* * * *

Allgemeine Fragen der Organisation und Ankündigung einer Adresse an den König im Namen des Reichstages beschließen die erste Sitzung um 2 Uhr 45 Minuten.

Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes – Mittwoch, 20. Juli 1870

2. Sitzung am Mittwoch, den 20. Juli 1870.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 15 Minuten von dem Präsidenten Dr. Simson eröffnet.

.....

„Für die heutige Sitzung ist krankheitshalber... entschuldigt .... Der Abgeordnete Freiherr von Rothschild hat angezeigt, daß sein Bruder und einziger Handlungsgesellschafter aus Gesundheitsrücksichten noch in der Schweiz weile, er allein die Unterschrift der Firma seiner sämtlichen Bankhäuser führe und darum in keiner Weise abkömmlich sei."

Die Tagesordnung:

Berathung und Beschlußnahme über den Antrag in Nr.9 der Drucksachen auf Erlaß einer Adresse an Se. Majestät den König von Preußen.

.....

Nr.9 Antrag. Der Reichstag wolle beschließen: den umstehenden Entwurf einer Adresse an Se. Majestät den König von Preußen anzunehmen. Berlin, den 19. Juli 1870. Miguel.
[die Namen Bebel und Liebknecht fehlen u.a. auf der Unterstützungsliste]

Der Antrag geht dahin:

Den Entwurf einer Adresse an Se. Majestät den König von Preußen anzunehmen, den ich jetzt verlesen will. (Alle Anwesenden erheben sich.)

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster, Allergnädigster König und Herr!

Die erhabenen Worte, welche Ew. Majestät im Namen der verbündeten Regierungen an uns gerichtet haben, finden im deutschen Volke einen mächtigen Wiederhall.

Ein Gedanke, ein Wille bewegt in diesem ernsten Augenblicke die deutschen Herzen.

Mit freudigem Stolze erfüllt die Nation der sittliche Ernst und die hohe Würde, mit welcher Ew. Majestät die unerhörte Zumuthung des Feindes zurückgewiesen, der uns zu demüthigen gedachte, jetzt aber unter schlecht ersonnenen Vorwänden das Vaterland mit Krieg überzieht.

Das deutsche Volk hat keinen andern Wunsch, als in Frieden und Freundschaft zu leben mit allen Nationen, welche seine Ehre und Unabhängigkeit achten.

Wie in der ruhmreichen Zeit der Befreiungskriege zwingt uns heute wieder ein Napoleon in den heiligen Kampf für unser Recht und unsere Freiheit.

Wie damals, so werden heute alle auf die Schlechtigkeit und die Untreue der Menschen gestellten Berechnungen an der sittlichen Kraft und dem entschlossenen Willen des deutschen Volkes zu Schanden.

Der durch Mißgunst und Ehrsucht irre geleitete Theil des französischen Volkes wird zu spät die böse Saat erkennen, welche für alle Völker aus dem blutigen Kampfe emporwächst.

Dem besonnenen Theile dieses Volkes ist es nicht gelungen, das gegen die Wohlfahrt Frankreichs und das brüderliche Zusammenleben der Völker gerichtete Verbrechen zu verhüten.

Das Deutsche Volk weiß, daß ihm ein schwerer und gewaltiger Kampf bevorsteht.

Wir vertrauen auf die Tapferkeit und die Vaterlandsliebe unserer bewaffneten Brüder, auf den unerschütterlichen Entschluß eines einigen Volkes, alle Güter dieser Erde daran zu setzen, und nicht zu dulden, daß der fremde Eroberer dem Deutschen Mann den Nacken beugt.

Wir vertrauen der erfahrenen Führung des greisen Heldenkönigs, des Deutschen Feldherrn, dem die Vorsehung beschieden hat, den großen Kampf, den der Jüngling vor mehr als einem halben Jahrhundert kämpfte, am Abend seines Lebens zum entscheidenden Ende zu führen.

Wir vertrauen auf Gott, dessen Gericht den blutigen Frevel straft.

Von den Ufern des Meeres bis zum Fuße der Alpen hat das Volk sich auf den Ruf seiner einmüthig zusammenstehenden Fürsten erhoben.

Kein Opfer ist ihm zu schwer.

Die öffentliche Stimme der civilisirten Welt erkennt die Gerechtigkeit unserer Sache.

Befreundete Nationen sehen in unserem Siege die Befreiung von dem auch auf ihnen lastenden Drucke bonapartischer Herrschsucht, und die Sühne des auch an ihnen verübten Unrechts.

Das Deutsche Volk aber wird endlich auf der behaupteten Wahlstatt den von allen Völkern geachteten Boden friedlicher und freier Einigung finden.

Euer Majestät und die verbündeten Deutschen Regierungen sehen uns, wie unsere Brüder im Süden, bereit.

Es gilt unsere Ehre und unsere Freiheit.

Es gilt die Ruhe Europas und die Wohlfahrt der Völker.

.....

Diejenigen Herren, die die eben verlesene Adresse an Se. Majestät den König von Preußen im Namen des Reichstages richten wollen, bitte ich sich zu erheben. (Geschieht.)

Meine Herren, das ist das ganze Haus — ohne jede Ausnahme.

Nachdem die Sitzung bereits geschlossen wurde, erscheint der Bundeskanzler Graf von Bismarck. Die Sitzung wird wieder eröffnet.

Bundeskanzler Graf von Bismarck: Meine Herren, ich bitte um Verzeihung, daß ich im Drange der Geschäfte zu spät gekommen bin. Ich hatte mir vorgenommen, dem Reichstage die Sammlung der Aktenstücke heut vorzulegen, welche sich über die Entwicklung des vorliegenden Kriegsfalles in den Händen der Regierung befinden; sie sind mir noch nicht zur Hand, ich erwarte sie jedoch im Augenblick.

Ich habe einstweilen nur zu erklären, daß sich wohl selten ein so wichtiges europäisches Ereigniß vollzogen und zwischen den verschiedenen Höfen vorbereitet hat, wo die Zahl der Aktenstücke, in denen der Geschichtsforscher dereinst die Ursache suchen wird, so karg bemessen wäre wie hier. (Hört! Hört!)

Wir haben nämlich von der kaiserlich französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mittheilung erhalten: es ist Dies die gestrige Kriegserklärung. (Hört! Hört!)

Es ist dies die erste und einzige amtliche Eröffnung, welche seit der Anfrage des französischen Geschäftsträgers — ich glaube am 5. oder 4. — was wir von der Sache wüßten und unsrer Antwort, daß wir nichts davon wüßten, überhaupt unseres Wissens von Seiten der französischen Regierung ausgegangen, jedenfalls an uns mitgetheilt ist. Alle Besprechungen, die der Graf Benedetti, mag er seine Eigenschaft als französischer Botschafter dabei geltend gemacht haben oder nicht, die er an einem Badeorte unter vier Augen mit Sr. Majestät, meinem Allergnädigsten Herrn gehabt hat, sind, wie jedem Kenner internationaler Verhandlungen ohne Versicherung geläufig sein wird, Gespräche persönlicher und privater Natur, die für internationale Verhältnisse keine amtliche Bedeutung haben. (Sehr richtig!)

Auch alle persönlichen Erklärungen, die man von Sr. Majestät dem Könige dort im Wege anscheinend wohlwollender Privatkonversation zu erlangen versucht hat und vielleicht, wenn Se. Majestät nicht die eigene Festigkeit des Charakters auch auf die Haltung im Privatleben übertrügen, hätten erreicht werden können, würden doch niemals staatliche Akte gewesen sein, sondern persönliche Aeußerungen, so lange sie der Monarch nicht in dieser Seiner staatsrechtlichen Eigenschaft anderweitig bekräftigt und dadurch Seinen Willen bekundet hätte, sie zu Staatsakten zu machen.

Nachdem ich dies über die französische Kriegserklärung vorausgeschickt habe, erlaube ich mir einen kleinen Blick auf die anderen Aktenstücke zu werfen, die hauptsächlich in Mittheilungen des auswärtigen Amtes des Bundes bestehen, die ergangen sind, nachdem die Sache schon nicht mehr gut zu machen war, um den andern Regierungen darzulegen, wie die Dinge sich entwickelt hatten. In der Ordnung, wie sie hier aufgeführt sind, werden sie nicht ganz bleiben können, und ich bitte den Herrn Präsidenten, zu gestatten, daß ich wegen, der Redaktion der Drucksachen mich nachher mit den Herren vom Bureau benehmen darf.

Es enthalten diese Mittheilungen das bekannte Zeitungs-Telegramm, welches dem französischen Ministerium als schließlich einzige Ursache des Krieges übrig geblieben ist und auch nur dadurch zu dem Zwecke benutzt werden konnte, daß man es als eine Note bezeichnet hat, (Hört! Hört!) **die von Seiten der königlichen Regierung an andere Regierungen erlassen ist. Ich will mich auf die Definition von Noten nicht einlassen, aber die Mittheilung eines Zeitungstelegramms, die dazu bestimmt war, unsere Vertreter bei den deutschen und den anderen Regierungen, die wir uns befreundet hielten, darüber zu orientiren, wie die Entwickelung der Sache augenblicklich liegt und wie unsere Stimmung eine festere sei, als auf anderer Seite vielleicht geglaubt wurde, nachdem wir an den Grenzen, die uns die nationale Ehre zieht, angekommen zu sein glaubten — eine solche Zeitungsmittheilung hat das französische Ministerium öffentlich als Note qualificirt. Die Herren haben sich wohl gehütet, dem Drängen der wenigen besonnenen Oppositionsmitglieder in Paris nachzugeben und dieses Aktenstück vorzulegen;** (Hört! Hört!) denn das ganze Gebäude, die ganze Unterlage der Kriegserklärung wäre in nichts verflogen, sobald die Volksvertretung dieses angebliche Aktenstück gekannt hätte und namentlich seine Form — es war kein Aktenstück, es war ein benachrichtigendes Telegramm.

Nr. 2 und 3 sind zwei bereits durch die Zeitungen bekannte authentische Darstellungen der im Grunde nicht staatlichen, aber doch für die Genesis der Situation im hohen Grade Wichtigen Vorgänge in Ems, die den Herren bereits aus den Zeitungen bekannt sind, denen aber doch ein größeres Ansehen dadurch verliehen wird, daß sie, wie sie es ihrem Ursprunge nach verdienen, unter die amtlichen Aktenstücke aufgenommen werden.

Dann **viertens ein Bericht** des Freiherrn von Werther aus Paris vom 12. Juli. Dies ist ein Aktenstück, welches zwischen preußischen Behörden, aber immer noch kein solches, das zwischen Frankreich und Preußen gewechselt. Dieser Bericht des norddeutschen Botschafters erzählte und theilte mit, den Inhalt einer Unterredung, welche er mit dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und gleichzeitig mit dem Justizminister Herrn Ollivier gehabt hatte. Der Bericht gab uns Nachricht von den bekannten unannehmbaren Forderungen eines Entschuldigungsbriefes, den Se. Majestät zu schreiben habe, und gab dessen Inhalt an (Hört! Hört! Heiterkeit.).

Ich habe dem Botschafter darüber keine weitere amtliche Antwort ertheilt, als diejenige, ich wäre überzeugt, daß er die mündlichen Eröffnungen des französischen Ministers mißverstanden hätte; Eröffnungen dieser Art schienen mir absolut unmöglich, (Sehr gut!) und jedenfalls weigerte ich mich, in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Minister diesen Bericht Se. Majestät zur amtlichen Verhandlung vorzulegen. (Bravo! Sehr gut!)

Wenn die französische Regierung uns Mittheilungen der Art zu machen habe, so möge sie sie selbst redigiren und uns durch den Botschafter Frankreichs hier in Berlin überreichen. (Sehr gut.)

Fünftens ein Cirkular vom 18. Juli zur Mittheilung der vorstehenden vier Schriftstücke an die deutschen und andere Regierungen. **Sechstens** — und das ist nur das einzige Aktenstück von der Art, wie ihrer bei Entwickelung ähnlicher Krisen sehr viele zur öffentlichen Kenntniß zu kommen pflegen — **der Vermittelungsversuch einer befreundeten Regierung, der königlich großbritannischen**, nämlich ein Schreiben des englischen Botschafters Lord Augustus Loftus vom 17. Juli in englischer Sprache, und **siebentes Uebersetzung des Vorstehenden.**

Achtens Erwiderung des Bundeskanzlers darauf.

Da dieses Aktenstück dem Hohen Hause noch nicht bekannt ist, so will ich mir erlauben, es vorzulesen, und die Herren werden auch daraus sich überzeugen, daß das auswärtige Amt des Norddeutschen Bundes die Richtungslinie der Mäßigung und friedfertigen Ruhe auch in diesem letzten Moment nicht aufgegeben hat. (Die englischen Agenten schreiben uns englisch und wir antworten ihnen deutsch.)

Berlin, den 18. Juli 1870.

Ew. Excellenz gefälliges Schreiben vom 17. d. M., worin der Gedanke, daß Preußen und Frankreich die guten Dienste einer befreundeten Macht zur Erhaltung des Friedens nachsuchen möge und zugleich die Bereitwilligkeit des königlich großbritannischen Gouvernements zu den etwa gewünschten vermittelnden Schritten ausgesprochen wird, habe ich mich beeilt zur Kenntniß Sr. Majestät des Königs zu bringen. Se. Majestät hat mir befohlen, Ew. Excellenz zu erklären, wie dankbar Er das freundschaftliche und humane Bestreben anerkenne, von zwei Nationen die Kalamität eines, für die Wohlfahrt von ganz Europa verderblichen Krieges abzuwenden, und wie Seine, Niemandem besser, als dem Gouvernement Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien bekannte aufrichtige Friedensliebe Ihn immer geneigt mache, Sich keiner Verhandlung zu entziehen, welche auf einer, für die Ehre und das Nationalbewußtsein Deutschlands annehmbaren Basis den Frieden zu sichern den Zweck hätte. Die Möglichkeit zur Anknüpfung solcher Verhandlung würde aber nur durch vorgängige Feststellung der Bereitwilligkeit Frankreichs gewonnen werden können.

(Es ist uns äußerlich bekannt, daß Frankreich den gleichen Schritt ablehnend beantwortet hat; von Seiten der königlich großbritannischen Regierung ist uns darüber Mittheilung gemacht.)

Frankreich hat die Initiative zum Kriege ergriffen und an derselben festgehalten, nachdem die erste Komplikation auch nach Englands Meinung materiell beseitigt war. Eine von unserer Seite jetzt zu ergreifende Initiative zu Verhandlungen würde von dem nationalen Gefühle der Deutschen, nachdem daßelbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgeregt worden, mißverstanden werden. (Bravo! Sehr richtig!)

Unsere Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts und Ehrgefühl der Nation, (Bravo!) während die französische Regierung bewiesen hat, daß sie dieser Stütze im eigenen Lande nicht in gleichem Maße bedarf. (Sehr gut!)

Indem ich mich hiermit der Befehle Sr. Majestät entledige und Ew. Excellenz bitte, die Auffassung Allerhöchstdesselben zur Kenntniß der Regierung Ihrer Majestät der Königin zu bringen, benutze ich diese Gelegenheit, um Ew. Excellenz die Versicherung meiner aus gezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. von Bismark. **Sr. Excellenz Lord Augustus Loftus ec. ec.**

Dann kommt der französische Text der Kriegserklärung, die ja im Druck schon bekannt ist in deutscher Uebersetzung, aber hier im französischen Original in den Akten des Reichstags abgedruckt werden wird, und das Circular an die Gesandten des Norddeutschen Bundes zur Mittheilung an die Gesandten über die Ursachen, wie der Krieg entstanden sei, und über unser Verhalten dazu. Es besteht dieses Circular aus einem neueren, in der That das Hauptstück jetzt bildenden und einem etwa zwei Tage älteren, was bei der schnellen Entwicklung

aber bereits veraltet war und mir noch nachträglich und historisch mitgetheilt wurde, weil es auf der Grundlage beruhte, daß die Kriegs-Erklärung noch nicht uns behändigt worden war. Der Herr Präsident wird mir vielleicht gestatten, gleich nach der Sitzung die nöthigen Besprechungen über diese Redaktion und Sonderung, der, wie ich mich entschuldigen muß, noch etwas ungeordneten Sachen zu halten; die Herren werden es natürlich finden, daß in diesen Zeiten die Arbeiten Tag und Nacht so gehen, daß die Beamten kaum im Stande sind, denselben ohne Erschöpfung zu folgen. (Lebhaftes Bravo!)

Präsident: Ich stelle mich zur Verfügung des Herrn Bundeskanzlers in dem angedeuteten Sinne und verstehe ihn dahin, daß wenn die von ihm beabsichtigte Anordnung der Schriftstücke erfolgt sein wird, ich dieselben zum Druck befördere. (Zustimmung des Bundeskanzlers.)

Meine Herren. Es bleibt bei unserer Abrede in Betreff der nächsten Sitzung um 2 Uhr. Wenn jetzt nicht noch etwas mitzutheilen ist, so schließe ich die Sitzung. (Schluß der Sitzung 10 Uhr 40 Minuten.)

Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes – Donnerstag, 21. Juli 1870

4. Sitzung am Donnerstag, den 21. Juli 1870.

Der Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten. .....

Im Laufe des gestrigen Abends habe ich ein Telegramm aus St. Louis in den Vereinigten Staaten erhalten, datirt vom 19, Juli, vom vorgestrigen Tage. Ich bitte um die Erlaubniß, es in einer deutschen Uebersetzung mittheilen zu dürfen:

An Simson, Präsidenten des Norddeutschen Parlaments, Berlin.

Die Deutschen von St. Louis haben einstimmig die folgende Adresse und Resolution an das deutsche Volk angenommen:

Der verzweifelte Spieler auf dem französischen Thron hat unter verächtlichen Vorwänden einen Unterdrückungs- und Eroberungskrieg gegen Deutschland begonnen. Die Zeiten von Mailhac und dem ersten Napoleon drohen noch einmal. Euer Kampf ist ein Kampf für die Unabhängigkeit aller Nationen und für Euer eigenes nationales Leben. Eure Niederlage würde das deutsche Vaterland zerreißen und zu einem abhängigen Anhängsel von Frankreich machen; Euer Sieg sichert Deutschlands Einheit und zugleich seine Freiheit, — Euer Triumph würde selbst Frankreich die Freiheit bringen. Mit Stolz und Freude hören wir, daß das deutsche Volk in Nord und Süd für sein Land zu den Waffen eilt, wie Ein Mann. Im festen Vertrauen aus Euern Patriotismus, Eure Stärke und Eure Ausdauer, sehen wir für die Sache unseres Geburtslandes freudigen Siegesnachrichten entgegen. Wir haben beschlossen, daß die Deutschen in den Vereinigten Staaten, um ihre Sympathie durch die That zu beweisen, sofort eine Millon Dollars zur Unterstützung invalider Soldaten (Lebhaftes Bravo)

und der Waisenkinder von gefallenen Soldaten aufbringen. (Erneuertes Bravo)

Theilen Sie dies Seiner Majestät dem König Wilhelm mit und sorgen Sie dafür, daß es durch ganz Deutschland öffentlich bekannt werde.

Die Unterschriften lauten:

A. Hammer, Präsident der Versammlung. Friedrich Heyer. Adolf Meyer. Karl Denzer. Robert Barth, Vicepräsident. St. Louis, 19. Juli.

Die von den Herren Absendern dieses Telegramms geforderte Mittheilung an Seine Majestät den König ist bewerkstelligt worden. Ihrem weiteren Wunsche, daß ihre Mittheilung durch ganz Deutschland öffentlich bekannt werde, gedenke ich dadurch gerecht zu werden, daß ich einen Abdruck des Telegramms in englischer Sprache und in der eben verlesenen Uebersetzung drucken lasse und den Herren Berichterstattern der Zeitungen für ihre Blätter zur Verfügung stelle. Von dem Hause aber erbitte ich mir die Erlaubniß, in seinem Namen und auf den Grund seines Beschlusses den Absendern des Telegramms telegraphisch antworten zu dürfen. (Zustimmung und Bravo.)

.....

Wir treten in die Tagesordnung ein, deren erste Nummer

die dritte Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militair - und Marineverwaltung, auf Grund der in zweiter Berathung unverändert angenommenen Vorlage in Nr.5 der Drucksachen ist.

Der Abgeordnete Bebel hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Bebel: Meine Herren! Da, wie ich vernommen habe, es der allgemeine Wunsch des Hauses ist, daß über den vorliegenden Punkt der Tagesordnung keine allgemeine Debatte eröffnet wird, so erkläre ich im Namen des Abgeordneten Liebknecht und meiner Person, daß auch wir unsererseits, obgleich wir über diese Vorlage keineswegs gleicher Meinung sind, eine Debatte nicht provociren wollen, und erkläre ferner, daß wir uns in der vorliegenden Frage der Abstimmung enthalten und die Motive, die uns hierzu bestimmen, in den Akten des Hauses niederlegen werden.

Präsident: Ich kann die beiden Herren an der Abfassung und Einrichtung eines solchen Schriftstückes nicht verhindern.

Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes – Donnerstag, 21. Juli 1870

6. Sitzung am Donnerstag, den 21. Juli 1870.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Dr. Simson eröffnet. ....

Bundeskanzler Graf von Bismarck-Schönhausen: Die verbündeten Regierungen glauben dem Wunsche und den Ansichten des Reichstages entgegenzukommen, wenn sie in dieser drängenden Zeit, wo ein jeder von uns, sei es durch Amts oder eigene Geschäfte, sobald als möglich in andere Kreise gerufen wird, von den herkömmlichen Formen abweichen und den Schluß bereits heute in diesem Lokale bewirken. Ich habe in diesem Sinne die Ehre, dem Hause eine Allerhöchste Präsidial-Botschaft vorzutragen: (Das Haus erhebt sich.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ec.,
thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir den
Kanzler des Norddeutschen Bundes, Grafen von Bismarck-
Schönhausen, ermächtigt haben, gemäß Artikel 12
der Verfassungsurkunde des Norddeutschen Bundes die
gegenwärtige Session des Reichstages des Norddeutschen
Bundes in Unserem und der verbündeten Regierungen
Namen am 21. dieses Monats zu schließen.

Gegeben Berlin, den 21. Juli 1870.

Wilhelm,
von Bismarck.

Ich erlaube mir, die Allerhöchste Botschaft dem Herrn Präsidenten zu überreichen.

Nach den Worten, welche Se. Majestät der König zu zwei wiederholten Malen an den Reichstag gerichtet hat, würde es mir nicht geziemen, denselben irgend Etwas hinzuzufügen, wenn Se. Majestät der König mir nicht ausdrücklich befohlen hätte, dem Reichstag Seinen warmen und herzlichen Dank für die Schnelligkeit und Einmüthigkeit auszusprechen, mit welchen derselbe seinerseits den Bedürfnissen des Vaterlandes zu Hilfe gekommen ist.

Indem ich mich dieses Allerhöchsten Befehls entledige, erkläre ich hiermit im Namen der verbündeten Regierungen auf Allerhöchsten Präsidialbefehl die Sitzungen des Reichstages für geschlossen.

Präsident: Die Arbeit der Volksvertretung ist soweit für diesesmal vollbracht. Nun wird das Werk der Waffen seinen Lauf nehmen! Möge der Segen des Allmächtigen Gottes auf unserm Volke ruhen auch in diesem heiligen Kriege!

Der oberste Bundesfeldherr der deutschen Heere,
König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch — und abermals hoch — und immerdar hoch!!!

(Das Haus erhebt sich und stimmt dreimal begeistert in den Ruf des Präsidenten ein.)

Die heutige Sitzung ist geschlossen. (Schluß der Sitzung 2 ½ Uhr.)

Anlagen

Zehn Aktenstücke in Betreff des deutsch-französischen Streites.

Berlin, den 19. Juli 1870.

Dem Präsidium des Reichstages des Norddeutschen Bundes beehre ich mich, einen beglaubigten Auszug aus dem Protokoll der 26. Sitzung der diesjährigen Session des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes mit dem ganz ergebensten Ersuchen zu übersenden, denselben zur Kenntniß des Reichstages bringen zu wollen. Der Kanzler des Norddeutschen Bundes,

v. Bismarck.

I. Protokoll der sechsundzwanzigsten Sitzung des Bundesrates am 16. Juli 1870,

Protokoll des Bundesrats zur politischen Lage vom 16.Juli 1870

Der Vorsitzende erklärte:

Die Ereignisse, durch welche Europa im Laufe der letzten vierzehn Tage aus dem Zustande einer seit Jahren nicht erlebten Ruhe zum Ausbruch eines großen Krieges geführt ist, haben sich so sehr vor Aller Augen vollzogen, daß eine Darstellung der Genesis der augenblicklichen Lage kaum etwas Anderes sein kann, als eine Zusammenstellung bekannter Thatsachen.

Man weiß aus den Mittheilungen, welche der Herr Präsident des Spanischen Ministerraths am 11. v. Mts. in der Sitzung der konstituirenden Cortes machte, aus der, durch die Presse veröffentlichten Cirkular-Depesche des Spanischen Herrn Ministers des Auswärtigen vom 7. d. Mts. und aus einer Erklärung, welche Herr Salazar y Mazarredo am 8. d. Mts. in Madrid drucken ließ, daß die Spanische Regierung seit Monaten mit Sr. Durchl. dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern über die Annahme der Spanischen Krone unterhandeln ließ, daß diese dem Herrn Salazar übertragenen Unterhandlungen, ohne Betheiligung oder Dazwischenkunft irgend einer andern Regierung unmittelbar mit dem Prinzen und dessen erlauchtem Vater geführt wurden, und daß Se. Durchlaucht sich endlich entschloß, die Thron-Kandidatur anzunehmen. Seine Majestät der König von Preußen, welchem hiervon Anzeige gemacht wurde, hat nicht geglaubt, dem, von einem großjährigen Fürsten nach reiflicher Ueberlegung und im Einverständniß mit dessen Herrn Vater gefaßten Entschlusse entgegentreten zu sollen.

Dem Auswärtigen Amte des Norddeutschen Bundes, wie der Regierung Seiner Majestät des Königs von Preußen waren diese Vorgänge vollständig fremd geblieben. Sie erfuhren erst durch das am 3. d. Mts. Abends aus Paris abgegangene Havas'sche Telegramm, daß das Spanische Ministerium beschlossen habe, dem Prinzen die Krone anzubieten. Am 4. d. Mts. erschien der Kaiserlich Französische Herr Geschäftsträger auf dem Auswärtigen Amte. Im Auftrage seiner Regierung gab er der peinlichen Empfindung Ausdruck, welche die von dem Marschall Prim bestätigte Nachricht von der Annahme der Kandidatur durch den Prinzen in Paris hervorgebracht habe und fragte er, ob Preußen bei der Sache betheiligt sei. Der Herr Staats-Sekretär erwiderte ihm, daß die Angelegenheit für die Preußische Regierung nicht existire und letztere nicht in der Lage sei, über etwaige Verhandlungen des Spanischen Minister-Präsidenten mit dem Prinzen Auskunft zu geben.

An demselben Tage hatte der Herr Botschafter des Bundes zu Paris mit dem Herrn Duc de Gramont eine Unterhaltung über den nämlichen Gegenstand, welcher auch der Herr Minister Ollivier beiwohnte. Der Kaiserlich Französische Herr Minister sprach ebenfalls den peinlichen Eindruck aus, welchen die Nachricht gemacht habe. Man wisse nicht, ob Preußen in die Verhandlung eingeweiht sei, die öffentliche Meinung werde es glauben und in dem Geheimniß, welches die Verhandlung umgeben habe, ein unfreundliches Verfahren nicht bloß Spaniens, sondern besonders Preußens erblicken. Das Ereigniß, wenn es sich wirklich vollziehe, werde geeignet sein, die Fortdauer des Friedens zu kompromittiren. Man appellire daher an die Weisheit Sr. Majestät des Königs, welche einer solchen Kombination nicht zustimmen werde. Der Herr Minister hielt es für ein glückliches Zusammentreffen, daß der Herr Botschafter, welcher schon acht Tage vorher die Erlaubniß nachgesucht und erhalten hatte, Sr. Majestät dem Könige von Preußen in Ems aufzuwarten, den folgenden Tag für seine Abreise bestimmt habe, also im Stande sei, die Eindrücke, welche in Paris herrschten, aus frischer Anschauung vortragen zu können, und ersuchte ihn, ihm etwaige Mittheilungen auf telegraphischem Wege zugehen zu lassen. Der Herr Botschafter konnte auf diese Eröffnung nur erwidern, daß ihm von der Angelegenheit gar nichts bekannt sei, zugleich übernahm er es, die ihm gemachten Mittheilungen zur Kenntniß

Sr. Majestät des Königs zu bringen. Er trat am 5. die Reise nach Ems an, welche er unter den obwaltenden Umständen unterlassen haben würde, wenn er nicht geglaubt hätte, dem ihm kundgegebenen Wunsche nach rascher Ertheilung von Information und rascher Zurückgabe von Aufklärungen entsprechen zu sollen.

Am Tage seiner Abreise brachte Herr Cochery im Corps legislativ eine Interpellation über die Spanische Frage ein. Schon am folgenden Tage, bevor es möglich war, daß der Herr Botschafter irgend eine Nachricht aus Ems hätte nach Paris gelangen lassen können, beantwortete der Herr Duc de Gramont diese Interpellation. Seine Antwort, obgleich sie davon ausging, daß die Einzelheiten der Verhandlung noch nicht bekannt seien, gipfelte in dem Satze, daß die Französische Regierung nicht glaube, durch die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes verpflichtet zu sein, zu dulden, daß „eine fremde Macht", indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze, zum Nachtheile Frankreichs das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte in Europa stören und das Interesse und die Ehre Frankreichs gefährden dürfe.

Nach einer solchen Erklärung war der Herr Botschafter nicht mehr in der Lage, Aufklärungen nach Paris gelangen zu lassen. Sein dasiger Vertreter wurde am 9. d. Mts. von der Sachlage in Kenntniß gesetzt, wie sie schon am 4. dem Herrn Geschäftsträger Frankreichs hier bezeichnet war. Die Angelegenheit, wurde ihm gesagt, geht nicht Preußen und Deutschland, sondern nur Spanien und dessen Thron-Kandidaten etwas an. Die Verhandlungen mit dem letzteren hat der Marschall Prim ohne Betheiligung Preußens direkt führen lassen. Seine Majestät der König von Preußen haben aus Achtung für den Willen Spaniens und des Prinzen eine Einwirkung auf diese Verhandlungen weder üben wollen, noch geübt, und daher die Kandidatur weder befördert, noch vorbereitet.

Inzwischen hatte die Kaiserlich Französische Regierung ihren auf Urlaub in Wildbad weilenden Botschafter bei Seiner Majestät und dem Bunde beauftragt, sich nach Ems zu begeben. Herr Graf Benedetti wurde am 9. Juli von Seiner Majestät wohlwollend empfangen, obschon der Aufenthalt des Königs im Bade und die Abwesenheit aller Minister geschäftliche Anforderungen an Seine Majestät auszuschließen schienen. Die Mittheilungen des Botschafters stimmten mit den Eröffnungen überein, welche der Herr Duc de Gramont dem Herrn Freiherrn von Werther gemacht hatte; er appellirte an die Weisheit Seiner Majestät, um durch ein an den Prinzen zu richtendes Verbot das Wort zu sprechen, welches Europa die Ruhe wiedergebe. Es wurde ihm erwidert, daß die Unruhe, von welcher Europa erfüllt sei, nicht von einer Handlung Preußens, sondern von den Erklärungen der Kaiserlichen Regierung im Corps legislativ herrühre. Die Stellung, welche Seine Majestät der König, als Familienhaupt, zu der Frage eingenommen, wurde als eine außerhalb der Staatsgeschäfte liegende bezeichnet, und eine jede Einwirkung auf den Fürsten und den Prinzen von Hohenzollern, als ein Eingriff in deren berechtigte freie Selbstbestimmung, abgelehnt.

So war es dann auch ein Akt freier Selbstbestimmung, daß der Erbprinz am 12. d. M. im Gefühle der Verantwortlichkeit, welche er, der eingetretenen Sachlage gegenüber, durch die Aufrechthaltung seiner Kandidatur übernommen haben würde, dieser Kandidatur entsagte und der Spanischen Nation die Freiheit ihrer Initiative zurückgab. Die Preußische Regierung erhielt die erste Nachricht von diesem Schritte aus Paris. Der dasige Spanische Gesandte überbrachte nämlich das Telegramm des Fürsten dem Herrn Duc de Gramont in dem Augenblick, als letzterer den Herrn Freiherrn von Werther empfing.

Der Botschafter hatte am 11. d. M. Ems verlassen und war am 12. wieder in Paris eingetroffen. In einer Unterredung, welche er an dem selben Tage mit dem Herrn Duc de Gramont hatte, erklärte letzterer die eingegangene Entsagung als Nebensache, da Frankreich die Thronbesteigung des Prinzen doch niemals zugelassen haben würde. In den Vordergrund stellte er die Verletzung, welche Frankreich dadurch zugefügt sei, daß Seine Majestät der König von Preußen dem Prinzen die Annahme der Kandidatur erlaubt habe, ohne Sich vorher mit Frankreich zu benehmen. Er bezeichnete als ein befriedigendes Mittel zur Ausgleichung dieser Verletzung ein Schreiben Seiner Majestät des Königs an Seine Majestät den Kaiser der Franzosen, in welchem ausgesprochen werde, daß Seine Majestät der König, bei Ertheilung jener Erlaubniß, nicht habe glauben können, dadurch den Interessen und der Würde Frankreichs zu nahe zu treten und sich der Entsagung des Prinzen an schließe.

Am Tage darauf stellte Herr Graf Benedetti, als er Seiner Majestät dem Könige in Ems begegnete, an Allerhöchstdieselben das Ansinnen, daß Sie die Verzichtleistung des Prinzen approbiren und die Versicherung ertheilen sollten, daß auch in Zukunft diese Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden würde. Herr Graf Benedetti ist hierauf von Seiner Majestät nicht weiter empfangen worden. Dem Botschafter des Norddeutschen Bundes gegenüber hat der Duc de Gramont vorstehenden Forderungen noch die eines entschuldigenden Schreibens Sr. Majestät des Königs an den Kaiser Napoleon hinzugefügt.

Es ist der vorstehenden Schilderung der Thatsachen nur eine Bemerkung hinzuzufügen. Als Se. Majestät der König von Preußen von den zwischen der Spanischen Regierung und dem Prinzen geführten Verhandlungen außeramtlich Kenntniß erhielten, geschah dies unter der ausdrücklichen Bedingung der

Geheimhaltung. In Betreff eines fremden Geheimnisses, welches weder Preußen noch den Bund berührte, konnten Se. Majestät keinen Anstand nehmen, die Geheimhaltung zuzusagen. Allerhöchstdieselben haben daher Ihre Regierung von der Angelegenheit, welche für Sie nur eine Familiensache war, nicht in Kenntniß gesetzt, und hatten das Benehmen mit anderen Regierungen, soweit solches erforderlich sein konnte , von der Spanischen Regierung oder deren Thron-Kandidaten erwartet und denselben überlassen. Das Verhältniß, in welchem die Spanische Regierung zu der benachbarten Französischen steht und die persönlichen Beziehungen, welche zwischen dem Fürstlich Hohenzollernschen Hause und Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen seit langer Zeit obwalten, eröffneten einem unmittelbaren Benehmen der wirklich Betheiligten mit Frankreich den einfachsten Weg.

Die Hohen verbündeten Regierungen werden ermessen, wie wenig unter diesen Umständen das Bundes-Präsidium daraus gefaßt sein konnte, zu erfahren, daß die Französische Regierung, deren Interesse an der Spanischen Frage ihm auf die Verhütung einer republikanischen oder Orleanistischen Entwicklung sich zu begrenzen schien, in der Annahme der Thron-Kandidatur durch den Prinzen von Hohenzollern eine ihr zugefügte Kränkung erblicke. Wäre es dem Französischen Kabinet lediglich darum zu thun gewesen, zum Zwecke der Beseitigung dieser Kandidatur die guten Dienste Preußens in Anspruch zu nehmen, so hätte sich demselben hier für in einem vertraulichen Benehmen mit der Preußischen Regierung der einfachste und geeignetste Weg dargeboten. Der Inhalt der vom Herrn Duc de Gramont im Corps legislativ gehaltenen Rede schnitt dagegen jede Möglichkeit solcher vertraulichen Erörterung ab. **Die Aufnahme, welche diese Rede in der genannten Versammlung fand, die von der Französischen Regierung seitdem eingenommene Haltung, die von ihr gestellten unannehmbaren Zumuthungen konnten dem Bundes-Präsidium keinen Zweifel mehr darüber lassen, daß die Französische Regierung es von vornherein darauf abgesehen hatte, entweder seine Demüthigung oder den Krieg herbeizuführen. Der ersteren Alternative sich zu fügen, war unmöglich**. Die Leiden, welche mit dem Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich im Centrum der Europäischen Civilisation unausbleiblich verbunden sind, machen den gegen Deutschland geübten Zwang zum Kriege zu einer schweren Versündigung an den Interessen der Menschheit. Die öffentliche Meinung Deutschlands hat dies empfunden. Die Erregung des Deutschen National-Gefühls giebt davon Zeugniß**. Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg oder die der Französischen Regierung obliegende Bürgschaft gegen Wiederkehr ähnlicher Bedrohungen des Friedens und der Wohlfahrt Europas.**

Der Freiherr von Friesen erklärte: Im Namen der Königlich Sächsischen Regierung, welche, wie ich annehmen darf, hierin mit allen übrigen Hohen Bundes-Regierungen im vollen Einklänge sich befindet, spreche ich das Einverständniß mit allen bisherigen Schritten des Bundes-Präsidiums und mit der von Preußen kundgegebenen Auffassung der Sachlage aus. **Frankreich will den Krieg. Möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden.**

Die Bevollmächtigten der übrigen Hohen Bundes-Regierungen traten sämmtlich der Erklärung Königreich Sachsens bei. ec. ec.

v. Bismarck. Camphausen. Delbrück. Pape. Guenther. v. Philipsborn. Hasselbach. Weishaupt. Stephan. Schmalz Hofmann. v. Oertzen. v. Harbou. v. Rössing, v. Liebe, v. Krosigk, v. Gerstenberg Zech. v. Seebach, v. Bertrab. v. Wolffersdorf. v. Flottwell. Höcker. Krüger. Gildemeister. Kirchenpauer. Eck.

Für die Richtigkeit des vorstehenden Auszuges.
Meißner, Geheimer Kanzlei-Inspektor.

II Bericht über die Begegnung König Wilhelms mit dem französischen Botschafter Graf v. Benedetti

Der Graf Benedetti beantragte am 9. d. M. in Ems eine Audienz beim Könige, die ihm sofort bewilligt ward. In der selben verlangte er, der König solle dem Erbprinzen von Hohenzollern den Befehl ertheilen, seine Annahme der Spanischen Krone zurückzunehmen. Der König entgegnete, daß, da er in der ganzen Angelegenheit nur als Familienhaupt und niemals als König von Preußen begrüßt worden sei, und daher keinen Befehl zur Annahme der Thron-Kandidatur ertheilt habe, er ebenso wenig einen Befehl zur Zurücknahme ertheilen könne. Am 11ten erbat und erhielt der Französische Botschafter eine zweite Audienz, in welcher er eine Pression auf den König auszuüben versuchte, damit derselbe in den Prinzen dringe, der Krone zu entsagen. Der König erwiderte, der Prinz sei voll kommen frei in seinen Entschlüssen; übrigens wisse er selbst nicht einmal, wo der Prinz, der eine Alpenreise machen wolle, sich in diesem Augenblicke befinde. Auf der Brunnen-Promenade am 13ten des Morgens gab der König dem Botschafter ein selbst so eben zugestelltes Extrablatt der „Kölner Zeitung“ mit einem Privat-Telegramm aus Sigmaringen über den Verzicht des Prinzen, mit der Bemerkung, daß er selbst, der König, noch kein Schreiben aus Sigmaringen erhalten habe, ein solches aber

wohl heut erwarten könne. Graf Benedetti erwähnte, daß er schon gestern Abend die Nachricht vom Verzicht, aus Paris erhalten habe, und als der König hiermit die Sache als erledigt ansah, verlangte der Botschafter nunmehr ganz unerwartet vom Könige, er solle die bestimmte Versicherung aussprechen, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben werde, wenn die Kron-Kandidatur etwa wieder aufleben solle. Der König lehnte eine solche Zumuthung bestimmt ab und blieb bei diesem Ausspruch, als Graf Benedetti wiederholt und immer dringender auf seinen Antrag zurückkam. Dem ungeachtet verlangte Graf Benedetti nach einigen Stunden eine dritte Audienz. Auf Befragen, welcher Gegenstand zu besprechen sei, ließ er erwidern, daß er den am Morgen besprochenen zu wiederholen verlange. **Der König wies aus diesem Grunde eine neue Audienz zurück, da er keine andere Antwort als die gegebene habe; übrigens auch von nun an alle Verhandlungen durch die Ministerien zu gehen hätten.** Den Wunsch des Grafen Benedetti, sich beim Könige bei seiner Abreise zu verabschieden, gewährte derselbe, indem er ihn bei einer Fahrt nach Koblenz auf dem Bahnhofe am 14ten im Vorübergehen begrüßte. **Hiernach hat also der Botschafter 3 Audienzen beim Könige gehabt, die stets den Charakter von Privatgesprächen trugen, da Graf Benedetti niemals als Beauftragter oder Unterhändler sich gerirte.**

III. Aussage des Flügeladjutanten A. Radziwill über die Begegnungen mit dem Grafen Benedetti

Seine Majestät der König, in Folge einer Unterredung mit dem Grafen Benedetti am 13. Juli früh auf der Brunnen-Promenade, hatte die Gnade, mich gegen 2 Uhr Nachmittag mit folgendem Auftrag zu dem Grafen zu schicken:

Seine Majestät hätte vor einer Stunde, durch schriftliche Mittheilung des Fürsten zu Hohenzollern aus Sigmaringen, die vollkommene Bestätigung dessen erhalten, was ihm der Graf des Morgens in Betreff der Verzichtleistung des Prinzen Leopold auf die Spanische Thron-Kandidatur, als direkt aus Paris erfahren, mitgetheilt hätte. Seine Majestät sähe hiermit diese Angelegenheit, als abgemacht an. Graf Benedetti, nachdem ich ihm diesen Auftrag ausgerichtet, äußerte, er hätte seit seiner Unterredung mit dem Könige eine neue Depesche des Herrn von Gramont erhalten, in der er beauftragt würde, sich eine Audienz von Seiner Majestät zu erbitten, und nochmals Seiner Majestät den Wunsch des Französischen Gouvernements nahe zu legen:

1) die Verzichtleistung des Prinzen zu Hohenzollern zu approbiren, und

2) die Versicherung zu ertheilen, daß auch in Zukunft diese Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden würde.

Hierauf ließ Seine Majestät dem Grafen durch mich erwiedern, daß Seine Majestät die Verzichtleistung des Prinzen Leopold in demselben Sinne und in demselben Umfange approbirten, in dem Seine Majestät dies vorher mit der Annahme dieser Kandidatur gethan hätten. Die schriftliche Mittheilung der Verzichtleistung hätte Seine Majestät von dem Fürsten Anton zu Hohenzollern erhalten, Höchstwelcher hierzu vom Prinzen Leopold autorisirt worden sei. In Betreff des zweiten Punktes, der Versicherung für die Zukunft, könne sich Seine Majestät nur auf das berufen, was Allerhöchst derselbe dem Grafen des Morgens selbst erwiedert hätten.

Graf Benedetti nahm diese Rückäußerung Seiner Majestät dankbar entgegen und äußerte, er würde dieselbe, wie er hierzu autorisirt sei, seinem Gouvernement zurückmelden.

In Betreff des zweiten Punktes müsse er aber, weil er durch die letzte Depesche des Herrn von Gramont die ausdrückliche Anweisung hierzu hätte, seine Bitte um eine nochmalige Unterredung mit Seiner Majestät aufrecht erhalten, und wäre es auch nur, um dieselben Worte Seiner Majestät wieder zu vernehmen, um so mehr, als sich in dieser letzten Depesche neue Argumente vorfänden, die er Seiner Majestät unterbreiten möchte.

Hierauf ließ Seine Majestät dem Grafen Benedetti durch mich zum dritten Male nach Tisch, etwa um ½ 6 Uhr erwiedern. Seine Majestät müsse es entschieden ablehnen, in Betreff dieses letzten Punktes (bindende Versicherungen für die Zukunft), sich in weitere Diskussionen einzulassen. Was er heute Morgen gesagt, wäre Allerhöchst sein letztes Wort in dieser Sache, und er könne sich lediglich darauf berufen.

Auf die Versicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächsten Tag bestimmt nicht zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung Seiner Majestät des Königs beruhigen zu wollen.

Ems, den 13. Juli 1870. gez. A. Radziwill, Oberst-Lieutenant und Flügel-Adjutant
Seiner Majestät des Königs.

IV. Aussage des deutschen Botschafters in Paris, Graf Werther vom 12.07.1870

Paris, den 12. Juli 1870.

Allerdurchlauchtigster ec.

Heute Vormittag um 10 Uhr eingetroffen, in Gesellschaft eines Französischen Couriers des Grafen Benedetti, des Attache Baron Bourqueney, hat der Herzog von Gramont sehr bald seinen Cabinetschef Grafen Faverney zu mir geschickt, um mich fragen zu lassen, ob ich im Stande wäre, dem Minister heute meinen Besuch zu machen. Ich habe mich gleich dazu bereit erklärt und wurde vom Herzog von Gramont in der gewohnten freundlichen Weise, wie es zwischen alten Bekannten üblich, empfangen. Ehe ich über unsere Unterredung berichte, möchte ich bemerken, daß dieselbe durch Anmeldung des Spanischen Botschafters, der eine offizielle Mittheilung zu machen habe, unterbrochen wurde. Diese Mittheilung bestand in einem Telegramm des Prinzen Anton von Hohenzollern (Vater), worin derselbe anzeigte, daß sein Sohn, der Erbprinz, bei der Verwicklung, die seine Thronkandidatur hervorrufe, dem Spanischen Thron entsage und an den Marschall Prim diese Nachricht direkt habe gelangen lassen.

Unsere vom Herzog von Gramont eingeleitete Unterredung rollte hauptsächlich auf dem vom Grafen Benedetti angeregten Gegenstand, daß Ew. Königliche Majestät durch die für die Hohenzollernsche Thronkandidatur gegebene Autorisation, ohne Sich vorher darüber in irgend einer Weise mit der Kaiserlich Französischen Regierung ins Benehmen zu setzen, Sich nicht bewußt wären, dadurch Frankreich verletzt zu haben.

Er fragte mich, ob sich dieses wirklich so verhalte. — Ich entwickelte ihm darauf, daß Eure Königliche Majestät diese Autorisation formell nicht hätten versagen können, nachdem der Prinz von Hohenzollern zur Annahme der ihm angebotenen Krone einen Beruf gefühlt habe, und haben Allerhöchstdieselben, bei den verwandtschaftlichen Verhältnissen des Prinzen zum Kaiser gar nicht glauben können, daß diese Thronkandidatur in Frankreich übel aufgenommen werden würde.

Der Herzog von Gramont citirte darauf die Beispiele des Herzogs von Nemours für den Belgischen Thron und des Prinzen Alfred für den Griechischen Thron als Fälle, wo eine solche Autorisation versagt worden wäre. Ich bestritt die Analogie mit dem gegenwärtigen Fall.

Der Herzog von Gramont führte alsdann an, es liege doch nahe, daß Frankreich als der nächste Nachbar Spaniens über die Thronbesetzung letzteren Landes ein reges Interesse haben müsse. Das Geheimniß, welches über die Hohenzollernschen Verhandlungen bewahrt, hätte hier nur sehr verletzen können, und dies um so mehr, als der Kaiserliche Hof in allen politischen Fragen stets die größten Rücksichten für unsere Regierung bewiesen habe. Dies Verfahren habe in ganz Frankreich tief verletzt und finde den Ausdruck in der Stimmung der Kammer, die zur Erschwerung der Frage leider gegenwärtig vereinigt wäre.

Der Herzog von Gramont fügte hinzu, er sehe die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern auf den Spanischen Thron als Nebensache an, denn die Französische Regierung hätte doch niemals seine Thronbesteigung zugelassen, aber er fürchte, daß aus unserem Verfahren eine bleibende Verstimmung zwischen unseren beiden Ländern fortdauern würde. Der Keim dazu müsse vertilgt werden, und er ginge dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß wir in unserem Verfahren gegen Frankreich kein freundliches Procede beobachtet, wie dies auch seines Wissens von allen Großmächten anerkannt würde. Er möchte, aufrichtig gesagt, keinen Krieg, sondern freundliche und gute Beziehungen mit Preußen, und von mir wisse er, daß ich nach demselben Ziele trachte; wir müßten daher zusammen überlegen, ob es ein Mittel gebe, hierin eine befriedigende Einwirkung auszuüben, und **stelle meiner Erwägung anheim, ob dazu nicht ein Brief des Königs an den Kaiser der richtige Ausweg wäre. Er appellire dabei an das ritterliche Herz Euerer Königlichen Majestät, welches dabei gewiß die richtige Eingebung verleihen würde.**

Es könnte darin nur gesagt werden, daß Euere Königliche Majestät, indem Allerhöchst Sie dem Prinzen Leopold von Hohenzollern zur Annahme der Krone Spaniens ermächtigt hätten, nicht hätten glauben können, weder den Interessen noch der Würde der Französischen Nation zu nahe zu treten; der König schlösse sich der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern an, und zwar mit dem Wunsch und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespaltes zwischen unseren beiden Regierungen nunmehr verschwunden sein würde. Solche und ähnliche Worte, die im Allgemeinen durch Publicität zur Beschwichtigung der allgemeinen Volksstimmung beitragen könnten, dürfte dieser Brief enthalten; doch möchte er bevorworten, daß von den verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kaiser nicht die Rede sei. Dieses Argument verletzte hier eigenthümlicher Weise.

Ich habe dem Herzog von Gramont bemerkt, daß ein solcher Schritt ungemein durch seine am 6. dieses Monats in der Deputirten-Kammer gegebene Erklärung erschwert würde; es kämen da Andeutungen

vor, die Euere Königliche Majestät hätten tief beleidigen müssen. Er wollte das bestreiten, hob hervor, daß Preußen gar nicht darin genannt, und seine Rede zur Beruhigung der aufgeregten Kammer damals dringend nothwendig gewesen wäre. Unterdessen kam der Justiz-Minister Herr Ollivier zu unserer Unterredung, über die ihn der Herzog von Gramont in Kenntniß setzte. Herr Ollivier hob dringend die heilsame und im Interesse des Friedens nothwendige Wirkung hervor, und bat mich inständigst, den Gedanken eines solchen Briefes Ew. Königlichen Majestät gegenüber auszusprechen. Beide sagten, daß, wenn ich es nicht glaubte übernehmen zu können, so würden sie sich genöthigt sehen, mit der Anregung dieser Frage den Grafen Benedetti zu beauftragen. Indem die beiden Minister hervorhoben, daß sie einen solchen Ausgleich zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther für ihre ministerielle Stellung bedurften, fügten sie hinzu, daß ein solcher Brief sie berechtigen würde, bei nicht ausbleibenden Angriffen gegen Eure Königliche Majestät als Vertheidiger aufzutreten. Beide bemerkten mir schließlich, sie könnten mir nicht verhehlen, daß unser Verfahren in der Hohenzollern-Spanischen Angelegenheit viel mehr die Französische Nation aufgeregt als den Kaiser beschäftigt habe.

In unserem Gespräch ließ der Herzog von Gramont die Bemerkung fallen wie er glaube, daß der Prinz von Hohenzollern auf Eurer Königlichen Majestät Veranlassung entsagt habe; doch bestritt ich das und bezeichnete die Renunciation als nur gewiß auf eigener Initiative des Hohenzollernschen Prinzen beruhend.

Bei dem eiligen Drängen der beiden Minister wünschten sie, daß ich die Sache telegraphisch anregen sollte; doch dazu fand ich keine Veranlassung.

In tiefster Ehrfurcht Ec. (gez.) Werther.

V. Telegramm.

Berlin, den 15. Juli 1870.

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der Französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den Französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe.

VI. Bismarcks Zusammenfassung des Verhaltens Frankreichs an die Botschafter

Berlin, den 18. Juli 1870.

Das Auftreten der Französischen Minister in den Sitzungen des Senats und des gesetzgebenden Körpers am 15. d. M., und die dort mit dem feierlichen Charakter amtlicher Erklärungen vorgebrachten Entstellungen der Wahrheit haben den letzten Schleier von den Absichten hinweggenommen, welche schon keinem Unbefangenen mehr zweifelhaft sein konnten, seit das erstaunte Europa zwei Tage zuvor aus dem Munde des Französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vernommen hatte, daß Frankreich mit dem freiwilligen Verzicht des Erbprinzen nicht befriedigt sei und noch mit Preußen Verhandlungen zu führen habe. Während die übrigen Europäischen Mächte mit Erwägungen beschäftigt waren, wie sie dieser neuen und unerwarteten Phase begegnen und vielleicht auf diese angeblichen Verhandlungen, deren Natur und Gegenstand Niemand ahnen konnte, einen versöhnenden und vermittelnden Einfluß üben sollten, hat die Französische Regierung es für gut befunden, durch eine öffentliche und feierliche Erklärung, welche den Drohungen vom 6. d. Mts. unter Entstellung bekannter Thatsachen neue Beleidigungen hinzufügte, die Verhältnisse auf eine Spitze zu treiben, wo jeder Ausgleich unmöglich werden und, indem den befreundeten Mächten jede Handhabe der Einwirkung entzogen würde, der Bruch unvermeidlich werden sollte.

Schon seit einer Woche konnte es für uns keinem Zweifel mehr unterworfen sein, daß der Kaiser Napoleon rücksichtslos entschlossen sei, uns in eine Lage zu bringen, in der uns nur die Wahl zwischen dem Kriege oder einer Demüthigung bliebe, welche das Ehrgefühl keiner Nation ertragen kann. Hätten wir noch Zweifel hegen können, so hätte uns der Bericht des Königlichen Botschafters über seine erste Unterredung mit dem Herzog von Gramont und Herrn Ollivier nach seiner Rückkehr aus Ems, in welcher ersterer den Verzicht

des Erbprinzen als Nebensache bezeichnete, und beide Minister die Zumuthung aussprachen, Seine Majestät der König solle einen entschuldigenden Brief an den Kaiser Napoleon schreiben, dessen Publikation die aufgeregten Gemüther in Frankreich beschwichtigen könne. Abschrift dieses Berichts füge ich bei; er bedarf keines Kommentars. Der Hohn der Französischen Regierungs-Presse anticipirte den erstrebten Triumph; die Regierung aber scheint gefürchtet zu haben, daß ihr der Krieg dennoch entgehen könnte, und beeilte sich, durch ihre amtlichen Erklärungen vom 15. d. Mts. die Sache auf ein Feld zu verlegen, auf dem es keine Vermittelung mehr giebt, und uns und aller Welt zu beweisen, daß keine Nachgiebigkeit, welche innerhalb der Grenzen nationalen Ehrgefühls bliebe, ausreichend sein würde, um den Frieden zu erhalten.

Da aber Niemand in Zweifel darüber war und sein konnte, daß wir aufrichtig den Frieden wollten und wenig Tage zuvor keinen Krieg möglich hielten; da jeder Vorwand zum Kriege fehlte, und auch der letzte, künstlich und gewaltsam geschaffene Vorwand, wie er ohne unser Zuthun erfunden, so auch von selbst wieder verschwunden war; da es somit gar keinen Grund zum Kriege gab, blieb den Französischen Ministern, um sich vor dem eigenen, in der Mehrheit friedlich gesinnten und der Ruhe bedürftigen Volke scheinbar zu rechtfertigen, nur übrig, durch Entstellung und Erfindung von Thatsachen, deren Unwahrheit ihnen aktenmäßig bekannt war, den beiden repräsentativen Körperschaften, und durch sie dem Volke einzureden, es sei von Preußen beleidigt worden, um dadurch die Leidenschaften zu einem Ausbruch aufzustacheln, von dem sie sich selbst als fort gerissen darstellen konnten.

Es ist ein trauriges Geschäft, die Reihe dieser Unwahrheiten aufzudecken; glücklicherweise haben die Französischen Minister diese Aufgabe abgekürzt, indem sie durch die Weigerung, die von einem Theil der Versammlung geforderte Vorlage der Note oder Depesche zu gewähren, die Welt darauf vorbereitet haben, zu erfahren, daß dieselbe gar nicht existire.

Dies ist in der That der Fall. Es existirt keine Note oder Depesche, durch welche die preußische Regierung den Kabinetten Europas eine Weigerung, den Französischen Botschafter zu empfangen, angezeigt hätte. **Es existirt nichts als das aller Welt bekannte Zeitungs-Telegramm, welches den Deutschen Regierungen und einigen unserer Vertreter bei außerdeutschen Regierungen, nach dem Wortlaute der Zeitungen, mitgetheilt worden ist, um sie über die Natur der Französischen Forderungen und die Unmöglichkeit ihrer Annahme zu informiren, und welches überdies nichts Verletzendes für Frankreich enthält.**

Der Text desselben erfolgt hierbei. Weitere Mittheilungen haben wir über den Incidenzfall an keine Regierung gerichtet.

Was aber die Thatsache der Weigerung, den Französischen Botschafter zu empfangen, betrifft, so bin ich, um diese Behauptung in ihr rechtes Licht zu stellen, von Seiner Majestät dem Könige ermächtigt worden, Euerer ... mit dem Ersuchen der Mittheilung an die Regierung, bei der Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, die beiden anliegenden Aktenstücke zu übersenden, von denen das erste eine auf Befehl und unter unmittelbarer Approbation Seiner Majestät des Königs redigirte buchstäblich getreue Darstellung der Vorgänge in Ems, das zweite den amtlichen Bericht des Flügel-Adjutanten Seiner Majestät vom Dienst über die Ausführung des ihm gewordenen Auftrages enthält.

Es wäre unnöthig, darauf hinzuweisen, daß die Festigkeit der Zurückweisung Französischer Anmaßung in der Sache zu gleich in der Form mit aller rücksichtsvollen Freundlichkeit umgeben gewesen ist, welche eben so sehr den persönlichen Gewohnheiten Seiner Majestät des Königs, wie den Grundsätzen internationaler Höflichkeit gegen die Vertreter fremder Souveraine und Nationen entspricht. In Bezug endlich auf die Abreise unseres Botschafters bemerke ich nur, wie es dem Französischen Kabinett amtlich bekannt war, daß diese keine Abberufung, sondern ein von dem Botschafter aus persönlichen Rücksichten erbetener Urlaub war, bei welchem der Letztere die Geschäfte dem ersten Botschaftsrath, der ihn schon öfter vertreten, übergab und dies wie üblich anzeigte. Auch die Angabe ist unwahr, daß Seine Majestät der König mir, dem unterzeichneten Bundeskanzler, von der Kandidatur des Prinzen Leopold Mittheilung gemacht habe. Ich habe gelegentlich durch eine bei den Verhandlungen betheiligte Privatperson vertraulich Kenntniß von dem Spanischen Anerbieten erhalten. **Wenn hiernach alle von den Französischen Ministern angeführten Gründe für die Unvermeidlichkeit des Krieges in Nichts zerfallen und absolut aus der Luft gegriffen erscheinen, so bleibt uns leider nur die traurige Nothwendigkeit, die wahren Motive in den schlechtesten und seit einem halben Jahrhundert von den Völkern und Regierungen der civilisirten Welt gebrandmarkten Traditionen Ludwig's XIV. und des ersten Kaiserreichs zu suchen, welche eine Partei in Frankreich noch immer auf ihre Fahne schreibt und denen Napoleon III., wie wir glaubten, glücklich widerstanden hatte.**

Als bewegende Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung können wir leider nur die schlechtesten Instinkte des Hasses und der Eifersucht auf die Selbstständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands erkennen, neben dem Bestreben, die Freiheit im eigenen Lande durch Verwickelung desselben in auswärtige Kriege niederzuhalten.

Schmerzlich ist es, zu denken, daß durch einen so riesenhaften Kampf, wie ihn die nationale Erbitterung und die Größe und Macht der beiden Länder in Aussicht stellt, die friedliche Entwicklung der Civilisation und des nationalen Wohlstandes, die in steigender Blüthe begriffen war, auf viele Jahre gehemmt und zurückgedrängt wird. **Aber wir müssen vor Gott und Menschen die Verantwortung dafür denen überlassen, welche durch ihr frevelhaftes Beginnen uns zwingen, um der nationalen Ehre und der Freiheit Deutschlands willen, den Kampf aufzunehmen; und bei einer so gerechten Sache dürfen wir vertrauensvoll auf den Beistand Gottes hoffen; wie wir schon jetzt des Beistandes der gesammten Deutschen Nation durch die sich immer steigernden Zeichen der freudigen Opferwilligkeit sicher sind, und auch die Zuversicht hegen dürfen, daß Frankreich für einen so muthwillig und so rechtlos heraufbeschworenen Krieg keinen Bundesgenoffen finden werde.**

v. Bismarck.

VII b. Übersetzung des Briefes der englischen Regierung an Bismarck, mit einem Verhandlungsangebot

Berlin, den 17. Juli 1870.

Uebersetzung

Monsieur le Chancelier!

Nach den Nachrichten, welche der Regierung Ihrer Majestät zugekommen sind, muß sie fürchten, daß ein Bruch der freundlichen Beziehungen zwischen dem Norddeutschen Bunde und Frankreich bevorstehe und daß Krieg erfolgen werde.

Die Regierung Ihrer Majestät würde dieses große Unglück für zwei befreundete Mächte sowohl wie für ganz Europa tief bedauern. Im Interesse derselben und in dem der Menschlichkeit, bin ich von Ihrer Majestät Gouvernement beauftragt, an die Regierung Seiner Majestät einen dringenden Anruf zu richten, begründet auf dem 23. Protokoll des Pariser Vertrages von 1856, wodurch die Europäischen Mächte übereingekommen sind, irgend zwischen ihnen entstehende Differenzen den guten Diensten einer befreundeten Macht vorzulegen, ehe sie zu den Waffen schritten.

In Uebereinstimmung mit dieser weisen und humanen Verabredung, bin ich von dem Gouvernement Ihrer Majestät beauftragt, der Regierung des Königs von Preußen den Gedanken vorzutragen, — wie es in gleicher Weise der Regierung des Kaisers der Franzosen geschehen ist, — daß, ehe sie zum Aeußersten schreiten, sie die guten Dienste einer oder mehrerer befreundeter Mächte anrufen möchten, zu dem Zweck, wo möglich das Unheil des Krieges noch abzuwenden.

Ich bin ferner beauftragt zu erklären, daß Ihrer Majestät Regierung bereit ist, irgend welche vermittelnde Schritte zu thun, um welche sie ersucht werden möchte.

Indem ich Ew. Excellenz von Seiten der Regierung Ihrer Majestät die dringende Hoffnung ausspreche, daß der Vorschlag, welchen ich jetzt Ew. Excellenz zu unterbreiten die Ehre habe, bei der Regierung Seiner Majestät des Königs von Preußen eine günstige Aufnahme finden möge, benutze ich diese Gelegenheit ec. ec.

(gez.) Augustus Loftus.

Seiner Excellenz dem Kanzler des Norddeutschen Bundes

VIII. Bismarcks Antwort an die englische Regierung

Berlin, den 18. Juli 1870.

Ew. ec. gefälliges Schreiben vom 17. d. M., worin der Gedanke, daß Preußen und Frankreich die guten Dienste einer befreundeten Macht zur Erhaltung des Friedens nachsuchen möge, und zugleich die Bereitwilligkeit des Königl. Großbritannischen Gouvernements zu den etwa gewünschten vermittelnden Schritten ausgesprochen wird, habe ich mich beeilt, zur Kenntniß Sr. Majestät des Königs zu bringen. Se. Majestät hat mir befohlen, Ew. ec. zu erklären, wie dankbar Er das freundschaftliche und humane Bestreben anerkenne, von zwei Nationen die Kalamität eines für die Wohlfahrt von ganz Europa verderblichen Krieges abzuwenden, und wie Seine, Niemandem besser als dem Gouvernement Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien bekannte aufrichtige Friedensliebe, Ihn immer geneigt mache, Sich keiner Verhandlung zu entziehen, welche auf einer für die Ehre und das National-Bewußtsein Deutschlands annehmbare Basis den Frieden zu sichern den Zweck hätte. Die Möglichkeit zur Anknüpfung solcher Verhandlung würde aber nur

durch vorgängige Feststellung der Bereitwilligkeit Frankreichs gewonnen werden können. Frankreich hat die Initiative zum Kriege ergriffen und an derselben festgehalten, nachdem die erste Komplikation auch nach Englands Meinung materiell beseitigt war. Eine von unserer Seite jetzt zu ergreifende Initiative zu Verhandlungen würde von dem nationalen Gefühle der Deutschen, nachdem daßelbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgeregt worden, mißverstanden werden. Unsere Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts- und Ehrgefühl der Nation; während die Französische Regierung bewiesen hat, daß sie dieser Stütze im eigenen Lande nicht in gleichem Maße bedarf.

Indem ich mich hiermit der Befehle Sr. Majestät des Königs entledige und Ew. ec. bitte, die Auffassung Allerhöchstdesselben zur Kenntniß der Regierung Ihrer Majestät der Königin zu bringen, benutze ich diese Gelegenheit, um Ew. ec. die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. v. Bismarck.

Seiner Excellenz

Lord Augustus Loftus ec. ec. ec.

IX. Französische Kriegserklärung an Deutschland

Le Soussigné, chargé d'affaires de France, en exécution des ordres qu'il a reçus de son Gouvernement, a l'honneur de porter à la connaissance de Son Excellence Monsieur le Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le Roi de Prusse la communication suivante:

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur des Français, ne pouvant regarder que comme une entreprise dirigée contre la sécurité territoriale de la France le projet d'élever un Prince prussien au trône d'Espagne, s'est trouvé dans la nécissité de demander à Sa Majesté le Roi de Prusse l'assurance qu'une telle combinaison ne pourrait se réaliser avec son assentiment.

Sa Majesté le Roi de Prusse s'étant refusé à donner cette assurance et ayant témoigné au contraire, à l'Ambassadeur de Sa Majesté l'Empereur des Français qu'il entendait se réserver, pour cette eventualité comme pour toute autre, la faculté de consulter les circonstances, le Gouvernement impérial a dû voir dans la déclaration du Roi une arrière-pensée menaçante pour la France comme pour l'équilibre général des forces en Europe. Cette déclaration à été aggravée encore par la notification faite aux cabinets du refus de recevoir l'Ambassadeur de l'Empereur et d'entrer dans aucune explication nouvelle avec lui.

En conséquence, le gouvernement de Sa Majesté Impériale a jugé qu'il-avait l'obligation de pourvoir immédiatement à la défense de son honneur et de ses intérêts compromis et, résolu à prendre, à cet effet, toutes les mesures commandées par la situation qui lui est faite, il se considère, dès à présent, comme étant en état de guerre avec la Prusse.

Le Soussigné a l'honneur d'offrir à Son Excellence etc. etc. les assurances de sa respectueuse considération.

(signé) Le Sourd.

Berlin, le 19 Juillet 1870.

Übersetzung der französischen Kriegserklärung:

Der Unterzeichnete, Geschäftsträger Frankreichs, hat in Ausführung der ihm von seiner Regierung erteilten Aufträge die Ehre, Seiner Exzellenz, dem Außenminister Seiner Majestät des Königs von Preußen, folgende Mitteilung zur Kenntnis zu bringen:

Da die Regierung Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen das Vorhaben, einen preußischen Prinzen auf den spanischen Thron zu erheben, nicht anders als ein gegen die territoriale Sicherheit Frankreichs gerichtetes Unterfangen betrachten kann, sah sie sich gezwungen, Seine Majestät dem König von Preußen die Versicherung abzuverlangen, daß eine solche Verbindung ohne seine Zustimmung nicht verwirklicht werden könne.

Da Seine Majestät der König von Preußen sich weigerte, diese Zusicherung zu geben, und im Gegenteil gegenüber dem Botschafter Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen bezeugte, daß er sich für diesen wie für jeden anderen Fall die Befugnis vorbehalten wolle, die Umstände zu prüfen, mußte die kaiserliche Regierung in der Erklärung des Königs einen für Frankreich wie auch für das allgemeine Kräfteverhältnis in Europa

bedrohlichen Hintergedanken gesehen haben. Erschwerend kam hinzu, daß den Kabinetten mitgeteilt wurde, man wolle den Botschafter des Kaisers nicht empfangen und keine neuen Erklärungen mit ihm abgeben.

Die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät ist daher der Auffassung, daß sie verpflichtet ist, unverzüglich für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer kompromittierten Interessen zu sorgen. Sie ist entschlossen, zu diesem Zweck alle Maßnahmen zu ergreifen, die die Lage, in der sie sich befindet, erfordert, und betrachtet sich von nun an als im Kriegszustand mit Preußen befindlich.

Der Unterzeichnete hat die Ehre, Seiner Exzellenz usw. anzubieten. usw. die Versicherung seiner respektvollen Rücksichtnahme.

(unterzeichnet) Le Sourd.

Berlin, 19. Juli 1870.

X. Bismarcks Kommentar zur französischen Kriegserklärung an die Botschafter

Berlin, den 19. Juli 1870.

Die Kaiserlich Französische Regierung hat durch ihren Geschäftsträger das in Abschrift anliegende Aktenstück — ihre Kriegserklärung enthaltend — übergeben lassen. Es ist das die erste und einzige amtliche Mittheilung, welche wir in der ganzen, die Welt seit 14 Tagen beschäftigenden Angelegenheit, von der Kaiserlich Französischen Regierung erhalten haben.

Als Motive für den Krieg, mit dem sie uns überzieht, giebt sie darin an:

> die Ablehnung Seiner Majestät des Königs, die Versicherung zu geben, daß die Erhebung eines Preußischen Prinzen auf den Spanischen Thron nicht mit seiner Zustimmung verwirklicht werden könne, und die angeblich den Kabinetten gemachte Notifikation von der Weigerung, den Französischen Botschafter zu empfangen und mit ihm weiter zu verhandeln.

Wir haben darauf kurz Folgendes zu erwiedern:

> Seine Majestät der König, in voller Achtung vor der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Spanischen Nation und vor der Freiheit der Entschlüsse der Prinzen des Fürstlich Hohenzollernschen Hauses, hat niemals daran gedacht, den Erbprinzen auf den Spanischen Thron erheben zu wollen. Die an Seine Majestät gestellten Forderungen von Zusagen für die Zukunft waren unberechtigt und anmaßend. Ihm einen Hintergedanken oder eine feindliche Absicht gegen Frankreich dabei zuzuschreiben, ist eine willkürliche Erfindung.
>
> Die angebliche Notifikation an die Kabinette hat niemals stattgefunden, eben so wenig wie eine Weigerung, mit dem Botschafter des Kaisers der Franzosen zu verhandeln. Im Gegentheil hat der Botschafter amtliche Verhandlungen mit der Königlichen Regierung niemals versucht, sondern nur mit Seiner Majestät dem König persönlich und privatim im Bade Ems die Fragen besprochen.
>
> Die Deutsche Nation, innerhalb und außerhalb des Norddeutschen Bundes, hat erkannt, daß die Forderungen der Französischen Regierung auf eine Demüthigung gerichtet waren, welche die Nation nicht erträgt, und daß der Krieg, welcher niemals in den Absichten Preußens liegen konnte, uns von Frankreich aufgezwungen wird.
>
> Die gesammte civilisirte Welt wird erkennen, daß die Gründe, welche Frankreich anführt, nicht existiren, sondern erfundene Vorwände sind. Der Norddeutsche Bund und die mit ihm verbündeten Regierungen von Süddeutschland protestiren gegen den nicht provozirten Ueberfall des Deutschen Bundes und werden denselben mit allen Mitteln, die ihnen Gott verliehen hat, abwehren.

Ew. ..... werden ersucht, von dieser Depesche und ihren Anlagen der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, Abschrift zu übergeben.

v. Bismarck.

Frankreich und das geeinigte Deutschland.

König Wilhelm ruft zum ersten Male als Oberfeldherr des geeinigten Deutschlands die gesamte Wehrkraft des Volkes auf: es gilt, die höchsten Güter unseres Vaterlandes, die Ehre und Unabhängigkeit der deutschen Nation im heiligen Kampf zu wahren.

Es war unseres Königs sehnlichster Wunsch, im Frieden die Bande der Einigkeit zu befestigen, welche die letzten Jahre um ganz Deutschland geschlungen haben, im Frieden die Wohlfahrt und das Gedeihen des deutschen Volkes zu fördern. **Die Keime deutscher Größe und Kraft waren hoffnungsvoll gelegt, und es bedurfte nur einer ruhigen stetigen Entwicklung, um das neue Deutschland in der freien Einigung seiner Fürsten und Stämme immer mehr zu einem mächtigen nationalen Gemeinwesen erwachsen zu lassen.**

Diese Entwicklung aber rief vom ersten Augenblicke die Eifersucht Frankreichs hervor, welches seit Jahrhunderten in der Schwäche und Zersplitterung Deutschlands eine der hauptsächlichen Stützen seiner Macht und seines politischen Uebergewichts gesucht und leider gefunden hatte.

Frankreich war dem jüngsten deutschen Kampfe in der sicheren Erwartung gefolgt, durch Preußens, wie es wähnte, unvermeidliche Niederlage schließlich der Schiedsrichter und Herr in Deutschland zu werden.

Daß es anders gekommen ist, daß aus jenen Ereignissen ein verjüngtes Deutschland erstanden ist, das hat uns Frankreichs Regierung und Volk seitdem nicht verziehen. Für seine getäuschten Hoffnungen hätte es sich schon früher schadlos zu halten gesucht, wenn es zu seiner eigenen militärischen Kraft gegenüber der erprobten Kriegstüchtigkeit unserer Armee bisher schon hätte Vertrauen haben können.

Die Regierung unseres Königs hat jenem unruhigen Streben gegenüber ihre Friedensliebe und Mäßigung wiederholt durch die That bewiesen. Sie glaubte, um des Weltfriedens und der Wohlfahrt der Völker willen so handeln zu müssen, sie hegte überdies die Hoffnung, daß die eifersüchtige Erregtheit Frankreichs einer verständigeren Auffassung weichen würde, zumal der Kaiser Napoleon eine friedliche Gesinnung zur Schau trug.

Aber diese Friedensliebe war nur Schein, nur darauf berechnet, Deutschland in Zuversicht einzuwiegen, damit Frankreich Zeit behielte, seine Kriegsrüstung nach allen Seiten zu beendigen.

Unter nichtigem Vorwande hat Frankreich uns jetzt mit einer dreisten Herausforderung überrascht.

Den willkürlich herausgegriffenen Anlaß mußte die in Spanien beabsichtigte Wahl eines Prinzen vom fürstlichen Hause Hohenzollern darbieten.

Der Fürst aus dem Hause Bonaparte, dessen Wahl durch das französische Volk die Mächte respektiert hatten, obwohl jenes Haus früher durch feierlichen Beschluß Europas vom Throne ausgeschlossen war, – ein Napoleonide wagte es, der freien spanischen Nation Vorschriften über die Wahl ihres Königs machen zu wollen.

Nachdem durch den freiwilligen Verzicht des Prinzen von Hohenzollern der vorgebliche Grund der französischen Erregung beseitigt war, trat das gleißnerische Spiel in voller Rücksichtslosigkeit hervor. Die Regierung des Kaisers Napoleons stellte geradezu ehrverletzende Forderungen an unsern König, und zwar in einer Form, welche dem völkerrechtlichen Brauch, wie aller Gesittung widersprach. Im Bewußtsein dessen, was er sich und dem deutschen Volke schuldig ist, hat der König diese Forderungen gebührend zurückgewiesen.

Es war offenbar geworden, daß Frankreich in übermüthigem Trotz auf seine Rüstungen nur noch die Erniedrigung Preußens und Deutschlands im Auge hatte und in jedem Schritte der Mäßigung nur ein Zeichen der Schwäche und eine Ermuthigung zu neuen dreisteren Ansprüchen fand.

Die Kunde von Frankreichs erneutem Uebermuth hat dem deutschen Volke ins Bewußtsein gerufen, um was es sich bei dem beginnenden Kampfe für das ganze weite Vaterland handelt. Dem frechen Angriffe ist schon jetzt ein Aufschwung des Volksgeistes zu danken, wie er sich in solcher Einigkeit und Freudigkeit noch zu keiner Zeit bekundet hatte.

Frankreich glaubte, Deutschland uneinig zu finden und den inneren Zwiespalt schüren und für sich ausbeuten zu können: aber es findet ein einig Volk von Brüdern, das für das Vaterland sein Alles einzusetzen bereit ist.

Frankreich wähnte uns, weil ungerüstet, darum auch wehrlos zu überfallen. Es soll, so Gott will, erfahren, daß unser vaterländisches Heer, während es auf die Schonung der Volkskraft im Frieden berechnet ist, doch ein treffliches Rüstzeug zu rascher und erfolgreicher Kriegführung ist.

Auf denn, deutsches Volk, zu dem großen Entscheidungskampfe.

Das Bewußtsein unseres guten Rechts und unserer angetasteten Ehre, sowie das feste Gottvertrauen, das dem deutsche Gemüth innewohnt, werden uns in dem schweren Kampfe stützen und erheben, und uns unter Gottes Beistand zum Siege führen, durch welchen der Uebermuth des alten Feindes gezüchtigt, Deutschlands Einigkeit und neue Größe besiegelt und ein dauerhafter Friede gesichert werden wird.

Gott segne das deutsche Vaterland!

Provincial-Correspondenz – Nr. 29 – Mittwoch, 20. Juli 1870 – S. 3

Der König rief und Alle, Alle kamen.

Dieses herrliche Gedenkwort aus der Zeit der Befreiungskriege findet eine neue wahrhaft erhebende Bestätigung in den Erfahrungen der letzten Tage.

Ja, weit über die Bedeutung der damaligen Erhebung hinaus, findet jetzt des Königs Ruf Wiederhall und willige Heeresfolge im ganzen deutschen Vaterlande.

Die Einmüthigkeit der Begeisterung, wie sie jetzt von Memel bis zum Bodensee, von Schleswig-Holstein bis nach Schwaben hin zu wahrhaft überwältigender Geltung gelangt, ist in Deutschland noch niemals vorhanden gewesen und übertrifft bei Weitem alle Hoffnungen und Erwartungen, welche auch die Zuversichtlichsten auf die neuen Zustände in Deutschland zu gründen gewagt hatten.

Alle Berechnungen, die man in Frankreich auf das Mißvergnügen in einzelnen unserer neuen Provinzen, auf die Spaltung und Zersplitterung in Deutschland begründet hatte, sind vom ersten Augenblicke schmählich zu Schanden geworden.

Was keine innere patriotische Einwirkung vermocht hätte, das hat der Uebermuth des alten Erbfeindes der deutschen Nation zu Wege gebracht: aller Zwiespalt, aller Parteiunterschied, alles Grollen ist verwischt und vergessen, indem Alles nur der Pflicht gegen das Vaterland gedenkt. Die alten und die neuen Provinzen der preußischen Monarchie, alle Theile des Norddeutschen Bundes und nicht minder alle süddeutschen Staaten, gleichviel ob sie bisher dem Norddeutschen Bunde und seiner Entwicklung näher oder ferner standen, – alle Gauen des großen Vaterlandes schmelzen zusammen in dem einen Gedanken und Streben, die Unbill, die dem deutschen Namen angethan und angedroht ist, kräftig und erfolgreich abzuwehren.

Provincial-Correspondenz – Nr. 29 – Mittwoch, 20. Juli 1870 – S. 4

Der 19. Juli.

Der 19. Juli ist vom König ausersehen worden, um vor der Volksvertretung des Norddeutschen Bundes, um vor ganz Deutschland auszusprechen, weshalb wir zu dem jetzt entbrennenden heiligen Kampfe genöthigt sind.

Ein bedeutungsvollerer Tag konnte zu der ernsten und erhebenden Feier nicht gewählt werden, als der sechzigjährige Todestag der Königin Luise*.

Die Erinnerung an alle Schmach, die uns Frankreich unter dem ersten Napoleon angethan hat, erwacht im Herzen unseres Volkes bei dem Gedanken an die erhabene Fürstin, die gebrochenen Herzens über die damalige Erniedrigung des Vaterlandes starb, aber als guter Engel Preußens die kommende Wiedererhebung mit vorbereiten half und am Tage der Befreiung in aller Herzen lebte.

Jedermann weiß, von welchem tiefen Hasse Napoleon gegen die patriotische Fürstin erfüllt war und wie er in niedriger Gesinnung Nichts unterließ, was sie zu kränken geeignet war. Eine der theuersten Ueberlieferungen aus der Geschichte jener Tage aber ist die Klarheit, Festigkeit und Zuversicht, mit welcher die Königin mitten in dem Zerfall und Untergang der Monarchie den baldigen Sturz Napoleons und die Erhebung Preußens voraussah.

In jenen Briefen an ihren Vater, von denen gesagt worden ist, „sie seien wie mit einer Feder aus dem Fittiche des guten Engels Preußens geschrieben“, sagt die Königin:

> „Ich glaube nicht, daß der Kaiser Napoleon Bonaparte fest und sicher auf seinem jetzt freilich glänzenden Throne ist. Fest und ruhig ist nur allein Wahrheit und Gerechtigkeit; er aber ist politisch, das heißt klug; er richtet sich nicht nach ewigen Gesetzen, sondern nach Umständen,

wie sie eben sind. Dabei befleckt er seine Regierung mit vielen Ungerechtigkeiten. Er meint es nicht redlich mit der guten Sache und mit den Menschen: er und sein ungemessener Ehrgeiz meint nur sich selbst und sein persönliches Interesse. Er ist von seinem Glück geblendet und er meint Alles zu vermögen. Dabei ist er ohne alle Mäßigung, und wer nicht Maaß halten kann, verliert das Gleichgewicht und fällt. Ich glaube fest an Gott, also auch an eine sittliche Weltordnung!"

Unserem jetzigen Könige, wie seinem älteren Bruder, hatte die Königin Luise in den Tagen der Schmach und des Verraths vor Allem ihre Pflicht für das Vaterland ins Bewußtsein gerufen.

„Wenn Eure Mutter und Königin nicht mehr ist, dann weinet meinem Andenken Thränen, wie ich sie jetzt dem Umsturze meines Vaterlandes weine! Aber begnügt Euch nicht damit allein, – handelt, entwickelt Eure Kräfte, – vielleicht läßt Preußens Schutzgeist sich auf Euch nieder."

Und – Preußens Schutzgeist hat unser König auch für die jetzige Erhebung anrufen wollen. Noch vor Kurzem hatte er gedacht, den hundertjährigen Geburtstag König Friedrich Wilhelms III. ** *[**03.08.1770 – 07.06.1840**]* mit seinem Volke festlich zu begehen; Gott hat es anders gefügt und so ist denn der sechzigjährige Gedenktag des Märtyrertodes der Königin Luise der Tag der Weihe für den neuen Entscheidungskampf geworden.

**Luise Herzogin zu Mecklenburg-Strelitz,*10.03.1776 +19.07.1810, mit Friedrich Wilhelm III von Preußen verheiratet, Mutter von Wilhelm I; im deutschen Stammbaum aus dieser Linie beheimatet: König Harald V. von Norwegen, Margarethe II. von Dänemark, König Carl XVI. Gustav von Schweden; König Felipe VI. von Spanien; König Karl III. von England*

** *Der Hundertste Geburtstag König Friedrich Wilhelm III. sollte am 3. August 1870 mit einem großen Fest in Berlin gefeiert werden. Dazu wurden im Voraus bereits Einladungen verschickt; im Hinblick auf den bevorstehenden Krieg mit Frankreich wurde das Fest abgesagt.*

Provincial-Correspondenz – Nr. 29 – Mittwoch, 20. Juli 1870 – S. 4

Die Rüstungen.

Die Rüstungen gehen in Preußen und in ganz Deutschland mit eben so großer Ruhe und Zuversicht, wie mit lebendigem Eifer vorwärts und werden in Kurzem so weit gefördert sein, daß die deutschen Armeen zur Abwehr und zum Angriff getrost hinausziehen können.

Die Rüstungen in Frankreich, welche von langer Zeit her vorbereitet waren, scheinen freilich im Augenblicke weiter vorgeschritten zu sein, als die unsrigen; aber dieser Vorsprung wird, Dank der trefflichen Organisation unseres Heerwesens, hoffentlich in kürzester Zeit ausgeglichen sein.

Es ist wohl möglich, daß die Franzosen ihren augenblicklichen Vortheil zu vorläufigen wohlfeilen Erfolgen auszubeuten versuchen; aber auf den Gesamtverlauf des bevorstehenden Krieges wird dies schwerlich von Einfluß sein.

Auch in dieser Beziehung darf das deutsche Volk der Voraussicht und der sorglichen Führung Seitens des Oberfeldherrn und seiner erprobten Räthe vollkommen vertrauen.

Wir wollen uns rein halten von Ueberhebung und Uebermuth - aber zum Kleinmuth haben wir keinen Grund. Die Demuth wollen wir uns mit unserm König bewahren, auch wenn der Herr der Heerscharen uns Sieg und Erfolg giebt.

Teltower Kreisblatt – Nr. 29 – Mittwoch, 20. Juli 1870 – S. 2

Oeffentliches – Der Ernst der Lage.

Ueber den gegenwärtigen Ernst der Lage macht sich wohl Niemand mehr ein Hehl, nachdem bereits Seitens Frankreichs die Kriegserklärung erfolgt und unsere ganze Armee mobil gemacht wird. Daß Frankreich nur einen Grund gesucht, um mit Preußen anzubinden, bezweifelt Niemand, und sollten sich dann doch noch bei Einzelnen andere Gedanken aufgedrängt haben, sie werden jetzt, nachdem der Prinz Leopold von Hohenzollern die Candidatur des spanischen Thrones niedergelegt hat, und der Streitpunkt dadurch also eigentlich erledigt ist, gewiß zu der Ansicht gelangt sein, daß die spanische Thronangelegenheit nur ein Vorwand Seitens Frankreichs war, um seinen schon lange gegen Preußen gehegten Groll zu kühlen.

Wenn die französische Regierung hierbei indeß auf die Uneinigkeit in Deutschland gerechnet hat, so wird sie ihren Fehler, den sie begangen gewiß schon einsehen, denn ..... [es] herrscht unter allen Bundesländern, sowohl Nord- als Süddeutschlands zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes die größte Einigkeit....

L'Union – Nr. 201 – Mittwoch, 20. Juli 1870 – S. 1

Konflikt Franco-Prussien - Dänemark

Kopenhagen, 17. Juli, morgens. Es heißt, der Erlaß zur Mobilisierung der dänischen Armee sei fertig und werde bald veröffentlicht.

Wir haben hier gerade eine telegrafische Mitteilung erhalten, in der uns mitgeteilt wird, daß Prinz Napoleon seine Reise in den Norden abbricht, sich auf dem Weg nach Frankreich befindet und nur in einem französischen Hafen landen wird.

Der Prinz wird in drei oder vier Tagen in Paris sein.

TÉLÉGRAPHIE PRIVÉE (Agence Havas-Bullier)

England.

London, 19. Juli. Man liest in der **„Times"**:

„Wir erfahren, daß in Erwartung einer Katastrophe, die so groß ist wie die eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland, daß die Regierung Ihrer Majestät es für angebracht hielt, die Kriegsparteien an die Verpflichtungen aus dem Vertrag von 1856 zu erinnern und ihre Vermittlung anzubieten. Frankreich soll diese Vermittlung abgelehnt haben."

London, 19. Juli. Der Bericht über ein dreistündiges Gespräch, das Lord Granville mit Kaiser Napoleon geführt haben soll, ist nicht korrekt. Der Chef des Außenministeriums hat England nicht verlassen.

Belgien.

Brüssel, 19. Juli. Es steht fest, daß die englische Regierung Frankreich und Preußen vor einigen Tagen einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet hat, der sich auf die Bestimmungen des Vertrags von 1856 stützte.

Frankreich akzeptierte diesen Vermittlungsvorschlag nicht, da er nicht in die in den Bestimmungen von 1856 vorgesehenen Fälle fiel.

Brüssel, 19. Juli. Eine Anordnung des Herrn von Bismarck vom 16. Juli schreibt die Beseitigung aller schwimmenden Leuchttürme und die Löschung aller Lichter an den Küsten Norddeutschlands vor.

Brüssel, 19. Juli. Berichten zufolge hat die französische Regierung den Regierungen Süddeutschlands eine formelle Aufforderung gesandt, innerhalb von 24 Stunden zu erklären, ob sie neutral bleiben wollen.

.....

Berichten aus München zufolge hat die Regierung den Export und Transit sämtlicher Kriegswaffen und -munition verboten.

Französisch

L'Union – Nr. 201 – Mittwoch, 20. Juli 1870 – S. 1

Conflit Franco-Prussien – Danemark.

Copenhague, 17 juillet, matin. On dit que le décret de mobilisation de l'armée danoise est prêt et ne tardera pas d'être publié.

On vient de recevoir ici un avis télégraphique annonçant que le prince Napoléon, abandonnant son voyage dans le Nord, est en route pour la France et ne prendra terre que dans un port français.

Le prince sera à Paris dans trois ou quatre jours.

TÉLÉGRAPHIE PRIVÉE (Agence Havas-Bullier)

Angleterre.

Londres, 19 juillet. On lit dans le Times:

Nous apprenons qu'en prévision d'une calamité aussi grande que celle d'une guerre entre la France et l'Allemagne, le gouvernement de Sa Majesté a jugé opportun de rappeler aux belligérants les obligations résultant du traité de 1856 et d'offrir sa médiation, La France aurait décliné cette médiation.

Londres, 19 juillet. La nouvelle d'une conversation de 3 heures que lord Granville aurait eue avec l'Empereur Napoléon est inexacte. Le chef du Foreign-Office n'a pas quitté l'Angleterre.

Belgique.

Bruxelles, 19 juillet. Il se confirme que le gouvernement anglais a fait, il y a quelques jours, une proposition de médiation à la France et à la Prusse, en basant sa proposition sur les stipulations du traité de 1856.

La France n'a pas admis cette proposition de médiation, parce qu'elle ne rentre pas dans les cas prévus par les stipulations de 1856.

Bruxelles, 19 juillet. Un ordre de M. de Bismark, en date du 16 juillet, prescrit la suppression de tous les phares flottants et l'extinction de tous les feux sur les côtes de l'Allemagne du Nord.

Bruxelles, 19 juillet. On assure que le gouvernement français a adressé aux gouvernements de l'Allemagne du Sud une mise en demeure de déclarer dans les 24 heures s'ils veulent demeurer neutres.

..... On mande de Munich que le gouvernement a interdit l'exportation et le transit de toutes armes et munitions de guerre.

L'Union – Nr. 201 – Mittwoch, 20. Juli 1870 – S. 1

Kommentar zur „Public"

Könnte sich hinter der Begeisterung des Senats, der kriegerischen Haltung der Rechten und all diesem Lärm, der als Patriotismus ausgegeben werden soll, in Wirklichkeit nicht bloß eine erbärmliche Intrige der Minister verbergen? Während unsere Soldaten zur Grenze marschieren und Frankreich sich auf heroische Anstrengungen und blutige Triumphe vorbereitet, um die Fehler der imperialen Politik zu bereinigen, bereiten sich die ehemaligen Komplizen Preußens, die Männer, die Sadowa zujubelten, auf Rache vor?

Die Sprache der **„Public"** möchte uns das glauben machen.

Französisch

L'Union – Nr. 201 – Mittwoch, 20. Juli 1870 – S. 1

Kommentar zur „Public"

L'enthousiasme du Sénat, l'attitude belliqueuse de la droite, tout ce bruit qui vise à passer pour du patriotisme ne cacheraitil, en réalité, qu'une Pune misérable misérable intrigue intrigue ministérielle? Alors que nos soldats marchent à la frontière, que la France se prépare à d'héroïques efforts et de sanglants triomphes pour solder les fautes de la politique impériale, les anciens complices de la Prusse, les hommes qui ont acclamé Sadowa se prépareraient-ils à prendre une revanche? Le langage du Public nous le ferait croire.

Le Temps – Nr. 3430 – Mittwoch, 20. Juli 1870 – S. 1

TÄGLICHES BULLETIN

PARIS, 19. JULI. Gestern erwartete die gesetzgebende Körperschaft die Mitteilung der Kriegserklärung an Preußen: Diese Vorhersage bewahrheitete sich nicht. Es besteht jedoch kein Zweifel mehr daran, daß dieses wichtige Dokument nach Berlin gesandt wurde. Die inoffiziellen Zeitungen geben die Meldung als sicher an und stimmen darin überein, daß sie vorgestern Abend erfolgte.

Aus London wird weiter berichtet, daß Herr Gladstone gestern im Unterhaus erklärte, die Nachricht von der Erledigung dieser letzten Formalität durch die französische Regierung sei ihm gerade von Lord Lyons übermittelt worden. Gleichzeitig kündigte der britische Kabinettschef das bevorstehende Erscheinen einer Neutralitätserklärung an. Dennoch halten sich weiterhin vage Gerüchte über Verhandlungen im Zusammenhang mit der tatsächlichen oder angeblichen Ankunft von Lord Granville und sogar von Prinz Gortschakoff in Paris.

Die Nachricht von der Einhaltung des Neutralität erreicht uns heute aus einem Land, dessen Gefühle in dem bevorstehenden Kampf jedoch niemand bezweifelt – wir sprechen von Dänemark. Dies wird in einer Meldung aus Kopenhagen bestätigt. Die dänische Regierung hat sich gerade für absolute Enthaltung entschieden: Dies ist eine anfängliche Haltung, die offensichtlich durch spätere Ereignisse geändert werden könnte. Stockholm bestätigt die bereits gegebene Nachricht über die Neutralität des Vereinigten Königreichs von Schweden und Norwegen.

Aus den uns von der **„Correspondance du Nord-Est"** aus Berlin übermittelten Informationen werden wir später ersehen, daß die preußische Militärwelt glaubt, große und sogar sehr unmittelbare Hoffnungen auf die Unterstützung Russlands gründen zu können. Es gibt jedoch allen Grund zu der Annahme, daß die russische Regierung es sich zweimal überlegen wird, bevor sie aus der Rolle des bloßen Zuschauers heraustritt. Aus Wien erfahren wir heute nichts Wesentliches. Aus Florenz wird bekannt gegeben, daß die italienische Regierung gerade den Rückruf zweier Waffengattungen beantragt hat. Zu den Dispositionen der Parteien in diesem Land und zu denen der Regierung finden wir einige erste Hinweise im Brief unseres Florentiner Korrespondenten. ....

Französisch

Le Temps – Nr. 3430 – Mittwoch, 20. Juli 1870 – S. 1

BULLETIN DU JOUR

PARIS, 19 JUILLET. On s'attendait hier, au Corps législatif, à recevoir communication de la déclaration de guerre à la Prusse: cette prévision ne s'est pas réalisée. Cependant il n'est plus douteux que ce document suprême n'ait été expédié à Berlin. Les journaux officieux donnent l'envoi comme certain, et s'accordent à constater qu'il a eu lieu avant-hier soir; on mande, en outre, de Londres, que M. Gladstone a déclaré hier à la Chambre des communes que la nouvelle de l'accomplissement de cettte dernière formalité par le gouvernement français, venait de lui être transmise par Lord Lyons. Le chef du cabinet anglais a en même temps annoncé la prochaine apparition d'une proclamation de neutralité. Cependant, il continue à courir de vagues bruits de négociations basées sur l'arrivée réélle ou prétendue de lord Granville, et même du prince de Gortschakoff à Paris.

C'est aussi la nouvelle d'une adhésion au principe de la neutralité qui nous arrive aujourd'hui d'un pays dont les sentiments dans la lutte qui va s'engager ne sont cependant douteux pour personne nous voulons parler du Danemarck. Une dépêche de Copenhagne assure que le gouvernement danois vient de prendre une détermination dans le sens de l'abstention absolue: c'est une attitude de début qui évidemment risque fort d'être modifiée par la suite des événements. On confirme de Stockolm la nouvelle, déjà donnée, de la neutralité du royaume-uni de Suède et de Norwége.

On verra plus loin, par les informations que nous transmet de Berlin la Correspondance du Nord-Est, que le monde militaire prussien croit pouvoir fonder de grandes et même très prochaines espérances sur le concours de la Russie. Il y a cependant tout lieu de croire que le gouvernement russe y regardera à deux fois avant de sortir du rôle de simple spectateur. Nous n'apprenons aujourd'hui rien de saillant de Vienne. De Florence, on annonce que le gouvernement italien vient de demander le rappel de deux classes de toutes armes. Sur les dispositions des partis dans ce pays et sur celles du gouvernement, on trouvera quelques premières indications dans la lettre de notre correspondant florentin. .....

Donnerstag, 21. Juli 1870

Wiener Zeitung – Nr. 164 – Donnerstag, 21. Juli 1870 – S. 1

Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland übergeben.

Berlin, 19. Juli. Die Zeit der Ueberreichung der Kriegserklärung Frankreichs an Preußen fixirt die**„Neue preuß. Ztg.“** auf den 19. Mittags, das **„Dresdner Journal“** auf den 19. Mittags 2 Uhr.

Wiener Zeitung – Nr. 164 – Donnerstag, 21. Juli 1870 – S. 1

Baden, 16. Juli.

Die in deutschen Bädern weilenden russischen Generale sind schon seit dem 14. d. M. heimberufen worden. Die badischen Staatscassen sind meistens nach Ulm gebracht worden. Die Straßburg-Kehler Eisenbahnbrücke ist seit dem 16. d. M. auf beiden Ufern abgedreht.

Wiener Zeitung – Nr. 164 – Donnerstag, 21. Juli 1870 – S. 1

Frankreich – Paris, 17. Juli. – Der Senat bei Napoleon III.

Paris, 17. Juli. Das **„Journal officiel“** bringt heute folgenden amtlichen Bericht:

Palais von St. Cloudi 16. Juli 1870. Nach der heutigen Sitzung hat sich der Senat aus freien Stücken nach St. Cloud begeben, wo er vom Kaiser und der Kaiserin, denen der kaiserliche Prinz zur Seite stand, empfangen wurde. **Der Senatspräsident hat an Se. Majestät folgende Ansprache gerichtet**:

> Sire! Der Senat dankt dem Kaiser für die Erlaubniß, den Ausdruck der patriotischen Gesinnung, mit welcher er die ihm in der gestrigen Sitzung gemachten Mittheilungen aufgenommen, an die Stufen des Thrones bringen zu dürfen. **Eine monarchische Combination, welche dem Glänze und der Sicherheit Frankreichs schädlich ist, war vom Könige von Preußen insgeheim begünstigt worden. Allerdings hat auf unseren Einspruch Prinz Leopold seine Annahmeerklärung zurückgenommen; Spanien, diese Nation, die uns kennt und das Freundschaftsgefühl, das wir für sie hegen, erwiedert, hat auf die für uns beleidigende Thronbewerbung Verzicht geleistet.**
>
> Allerdings, die unmittelbare Gefahr war beseitigt, aber war nicht unser wohlberechtigter Anspruch noch vollständig vorhanden? **Lag es nicht am Tage, daß eine fremde Macht zu Gunsten ihres Einflusses und ihrer Herrschaft, zum Schaden unserer Ehre und unserer Interessen wieder einmal das Gleichgewicht Europa's hatte stören wollen?**
>
> Hatten wir nicht das Recht, von dieser Macht Bürgschaften zu fordern, daß derartige Versuche nicht wieder holt werden können?
>
> Diese Bürgschaften sind verweigert worden. Die Würde Frankreichs ist mißachtet. Eu. Majestät zieht das Schwert. Das Vaterland ist mit Ihnen, bebend vor Unwillen und Stolz. Die Uebergriffe eines durch einen Tag großen Glückes überreizten Ehrgeizes mußten früher oder später erfolgen.
>
> **Hastiger Ungeduld widerstehend, beseelt von jener stillen Beharrlichkeit, in welcher die wahre Kraft liegt, hat der Kaiser zu warten gewußt; aber seit vier Jahren hat er die Ausrüstung unserer Soldaten zur höchsten Vollkommenheit gebracht und die Organisation unserer Militärkraft zu ihrer ganzen Macht erhoben.** Dank Ihrer Fürsorge steht Frankreich fertig da, Sire, und durch seine Begeisterung beweist es, daß es, wie Sie, entschlossen war, kein vermessenes Unternehmen zu dulden.
>
> Möge unserer erhabenen Herrscherin wieder die kaiserliche Macht übertragen werden. Die großen Staatskörper werden sie mit ehrfurchtsvoller Zuneigung, mit unbeschränkter Ergebenheit umgeben. Die Nation kennt die Erhabenheit ihres Herzens und die Festigkeit ihrer Seele, sie hat Vertrauen in ihre Weisheit und in ihre Thatkraft. Wenn die Stunde der Gefahr gekommen, ist die Stunde des Sieges nahe. Bald wird das dankbare Vaterland seinen Kindern die Ehre des Triumphes zu erkennen, **bald, wenn Deutschland befreit ist von der Herrschaft, die es unterdrückt, wenn der Friede Europa zurückgegeben ist durch den Ruhm unserer Waffen**, wird Eu. Majestät, welche vor zwei Monaten für sich und für Ihre Dynastie durch den Nationalwillen eine neue Macht erhielt, sich vom neuem dem großen Werke der Verbesserungen und Reformen widmen können, die Frankreich weiß es und der Genius des Kaisers sichert es ihm zu keine andere Verzögerung erleiden wird als die Zeit, welche Sie gebrauchen, um zu siegen.

Der Kaiser hat darauf geantwortet:

> Meine Herren Senatoren! Ich bin glücklich gewesen, zu vernehmen, mit wie lebhafter Begeisterung der Senat die Erklärung aufgenommen hat, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten vor ihm abzugeben beauftragt war. In allen Zeitlagen, wo es sich um die großen Interessen und die Ehre Frankreichs handelt, bin ich gewiß, im Senate thatkräftigen Beistand zu finden. Wir beginnen einen ernsthaften Kampf, Frankreich bedarf der Mitwirkung aller seiner Kinder. Ich bin sehr erfreut, daß der erste patriotische Ruf vom Senate ausgegangen ist; er wird im Lande starken Wiederhall finden.

*

Die französische Ostbahnverwaltung macht durch Maueranschläge bekannt, daß der regelmäßige Personentransport auf jenen Schienenwegen von heute Morgens 9 Uhr ab unterbrochen und die Reisenden sich näherer Auskunft wegen an die Bahnbureaux zu wenden haben.

(Wir entnehmen diesen Bericht, da französische Blätter seit drei Tagen fehlen, der**„Köln. Ztg.“)** Ueber die französischen Kriegsvorbereitungen werden der **„Frankf.Ztg.“** einige interessante Einzelheiten geschrieben:

„Im Lager von Chalons sind nunmehr bereits alle Anstalten getroffen, um bei dem ersten Befehl zum Aufbruch die Truppen in Bewegung nach der Ostgrenze zu setzen; nicht mehr als fünf Stunden sind hiezu erforderlich. Die Stärke des Armeecorps beträgt dort 32.000 Soldaten, ist also von mancher Seite stark übertrieben worden. (Es stehen gegenwärtig folgende Truppentheile im Lager von Chalons: 12 Linieninfanterieregimenter (Nr. 2, 8, 23, 24, 32, 40, 5S, 63, 66, 67, 76 und 77), 3 Jägerbataillons (Nr. 3, 10 und 12), 2 Jägerregimenter zu Pferd (Nr. 4 und 5), 4 Cavalerieregimenter (das 1. und 4. Kürassierregiment, das 7. und 12. Dragonerregiment). Hiezu kommen noch die entsprechenden Artillerie- und Genieabtheilungen.) Der Lagercommandant, General Frossard (bekanntlich derselbe, der sich bei der Belagerung von Sebastopol sehr ausgezeichnet und u.A. die Angriffsarbeiten gegen die Malakoff Bastion als Geniechef des zweiten Armeecorps - Bosquet - geleitet hat) wird wahrscheinlich den Posten des französischen Kriegsministers übernehmen, wo gegen Marschall Leboef mit dem Kaiser in den Krieg zieht. Ebenso soll Marschall Bazame (bekannt durch seine Thätigkeit in Mexico) in seiner Eigenschaft als **Obercommandant der kaiserlichen Garde durch den General Deligny ersetzt werden, um das Commando einer Armee im Rhein-Feldzug übernehmen zu können.** Endlich soll Marschall Baraguay d'Hilliers von Tours nach Paris berufen sein, um den Marschall Eanrobert zu ersetzen, welch letzterer gleichfalls ein höheres Commando erhalten soll. Die Divisionsgenerale Rocheboukt und Coffinieres, ersterer von der Artillerie, letzterer vom Geniecorps, sind schon seit einer Woche nach Metz commandirt worden, um die Armirung des Platzes und des verschanzten Lagers zu vollenden; für Metz ist in den letzten Jahren außerordentlich viel geschehen, um dem Platze die größtmögliche Wichtigkeit und Stärke zu geben.

Die mobile Nationalgarde ist bereits einberufen; sie wird unmittelbar nach der Räumung des Lagers von Chalons seitens der Linientruppen dorthin gesandt werden, um ihre Organisation und Ausbildung zu vollenden.

Die an der südlichen Grenze Frankreichs zerstreuten Truppen haben Befehl erhalten, sich in Bordeaux, Toulouse und Agen zu concentriren, um sich im Bedarfsfalle in Extrazügen sofort an die Nordgrenze zu begeben.

Zu Meudon werden eiligst die letzten Lectionen mit der Kugelspritze (lècole de la mitrailleuse) ertheilt; von allen Artillerieregimentern sind dorthin je 2 bis 4 Lieutenants commandirt worden.

Auf den Pariser Bahnhöfen herrschte in den letzten Tagen eine immense Thätigkeit; auf dem Bahnhofe de la Villette wurden die bedeutendsten Verladungen vorgenommen, mit dem Nordbahnhof wurden besonders Munitionsvorräthe expedirt (ein einziger Zug beförderte 16 Wägen); auf dem Westbahnhof wurden namentlich Pferde eingeladen. Der Straßburger Zug beförderte Soldatenzüge. Auf dem Straßburger Bahnhof wurden ferner Kanonenschaluppen verladen, welche zur Einschiffung auf dem Rhein bestimmt sind; jede Schaluppe, nur mit je einer Kanone armirt, wird von einem Fregattencapitän commandirt und hat außerdem einen Officier und 15 Mann zur Bemannung. Kurz, überall herrscht eine fieberhafte Thätigkeit, eine Aufregung, wie sie weder 1859, noch 1854 in gleichem Grade vorhanden war. Möge sich Deutschland in jeder Hinsicht gewappnet finden lassen, um den Angriffen Frankreichs entsprechend begegnen zu können!"

Aus Straßburg wird demselben Blatt einiges nähere über das seit gestern dort herrschende kriegerische Leben geschrieben.

„Große Abtheilungen Pferde trafen für die Artillerie vom Land ein. Wägen mit Schanzkörben wurden durch die Straßen gefahren. Reserven kamen truppweise in die Stadt. Lange Züge Lazarethwägen rollten durch die Gassen. Das Schloß wird, wie es heißt, zum Empfang des Kaisers hergerichtet. Nach einer anderen Version geht derselbe nach Nancy.

Zwischen hier und Kehl ist auf beiden Brücken der Verkehr gehemmt. Die Badener lassen seit 2 Uhr niemanden hinüber. Auch die Fahrten über Weißenburg sind eingestellt. Um nach Deutschland zurückzukehren, bleibt nur die Route über Basel. Alle Correspondenz mit Deutschland per Post ist unter sagt. Wegen der Truppenbewegungen im Innern nimmt die Post auch keine Pakete zur Beförderung mehr an. Das Ausbleiben großer Warensendungen, die aus Deutschland unterwegs und größtentheils im voraus bezahlt waren, trifft die Handelswelt sehr hart.

Gestern Abends und diese Nacht sind hier 30.000 Mann aus dem Innern Frankreichs eingetroffen. Nancy ist zum Hauptquartier erklärt. Von dort werden zunächst die Operationen geleitet werden. Der Hauptstoß der französischen Armee, darauf deutet Alles hin, erfolgt gegen die Pfalz und das angrenzende preußische Gebiet. Von Straßburg aus wird nur eine Flankenbewegung gemacht werden. Man erwartet französischerseits, daß ihnen hier beim Rhein-Uebergang keine Schwierigkeiten bereitet werden würden. Eine Proclamation an das deutsche Volk ist zu Paris in 100.000 Exemplaren gedruckt, um beim Ueberschreiten der Grenze vertheilt zu werden.

Sämmtliche deutschen Arbeiter sind ausgewiesen."

Wiener Abendpost– Nr. 164 – Donnerstag, 21. Juli 1870 – S. 9

Tagesbericht. – Militärische Bewegungen in Frankreich und Deutschland.

Die deutsche Presse entspricht mit musterhafter Gewissenhaftigkeit der Aufforderung, sich aller Angaben über Truppenbewegungen und militärische Vorkehrungen zu enthalten. Sie beschränkt sich im Wesentlichen auf ausführliche Schilderungen des patriotischen Enthusiasmus, der Opferwilligkeit, des nationalen Gesammtbewußtseins, welche die Bewegung in Preußen und Deutschland charakterisiren. Es ist daher um so weniger möglich, sich ein klares Bild der militärischen Situation zu entwerfen, als die französische Presse sich gleiche Reserve auferlegt. Auch diese betont in erster Linie die patriotische und nationale Haltung der Bevölkerung Frankreichs. Preußischerseits wird übrigens andauernd versichert, daß die französischen Rüstungen und Kriegsvorbereitungen keineswegs so weit gediehen seien, als ursprünglich vielfach angenommen wurde.

Im Allgemeinen begegnet man der Voraussetzung, daß der erste Hauptschlag der französischen Armee in der Richtung auf Mainz, der alten Heerstraße der napoleonischen Feldzüge, geführt werden würde.

Der Mitwirkung einer französischen Rhein-Flottille von gepanzerten Booten, welche angeblich über Holland in Stücken nach Straßburg geführt und dort zusammengesetzt worden sein sollen, wird dabei eine hervorragende Bedeutung zugeschrieben. Welche Macht eine geschickt geführte Marine bei der artigen Gelegenheiten in die Waagschale wirft, hat der americanische Krieg allerdings vielfach, namentlich bei der berühmten Einnahme von New-Orleans durch Admiral Farragut dargethan.

Wiener Abendpost– Nr. 164 – Donnerstag, 21. Juli 1870 – S. 10

Behandlung französischer Handelsschiffe in deutschen Häfen.

Berlin, 20. Juli. Der **„Staats-Anzeiger“** enthält folgende Verordnung betreffend die Aufbringung und Wegnahme französischer Handelsschiffe:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ec., verordnen im Namen des norddeutschen Bundes, was folgt:

Französische Handelsschiffe sollen der Aufbringung und Wegnahme durch die Fahrzeuge der Bundeskriegsmarine nicht unterliegen. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf diejenigen Schiffe, welche der Aufbringung und Wegnahme auch dann unterliegen würden, wenn sie neutrale Schiffe wären.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Bundes-Insiegel.

Gegeben Berlin, den 18. Juli 1870. (L.S.) Wilhelm.

Gr. v. Bismarck-Schönhausen.

Ferner enthält der **„Staats-Anzeiger“** folgende Bekanntmachung:

Auf Grund eines Beschlusses des Bundesrathes des norddeutschen Bundes fordere ich alle in dem französischen Heere dienenden Nord-Deutschen hiemit auf, ungesäumt zurückzukehren.

Alle, welche dieser Aufforderung keine Folge leisten, werden auf die Strafen verwiesen, mit denen die Gesetze denjenigen bedrohen, welcher die Waffen gegen das Vaterland trägt.

Berlin, den 19. Juli 1870. Der Kanzler des norddeutschen Bundes: Gr. v. Bismarck-Schönhausen.

Wiener Abendpost– Nr. 164 – Donnerstag, 21. Juli 1870 – S. 12

Telegraphische Depesche – Wider preußische Blätter.

Paris, 21. Juli. Das **„Journal officiel“** widerlegt die preußischen Blätter, welche Ollivier anklagen, die Kammern bezüglich der Geschehnisse getäuscht zu haben, die zum Kriege führten. Es schließt, indem es sagt: **Das sind die Argumente, mit welchen man Deutschland, für welches wir nur Sympathie haben**, in den preußischen Streit hineinzuziehen und für uns die Meinung Europa's ungünstig zu gestalten rechnet. Wir hoffen, Deutschland werde sich nicht hinreißen lassen und Europa werde erkennen, daß wir nicht aufgehört haben, gemäßigt zu sein, und **daß wir den Krieg nur aus unausweichlicher Nothwendigkeit der Sicherheit und Ehre wegen unternehmen**."

Volks-Zeitung – Nr. 168 – Donnerstag, 21. Juli 1870 – S. 2

König von Hannover in Paris.

Paris, 18. Juli. Aus Paris berichtet die Agentur Havas: Man spricht von der demnächstigen Ankunft des Königs von Hannover* in Paris, welcher sich hier an die Spitze einer hannoverschen Legion stellen will, um mit seinen hiesigen Anhängern die preußische Provinz Hannover wieder zu erobern.

Der Pariser **„Moniteur universel“** berichtet von einer Kundgebung, die am 17. Juli Abends unter dem Rufe: „Nach Berlin! Es lebe Hannover! Es lebe Frankreich!“ nahezu tausend in Paris ansässige Hannoveraner ins Werk gerichtet hätten: Ein Franzose, der das Herz am rechten Fleck hat, kann nach solchem Gesindel nur sagen, daß es Vaterlandsverräther, die verdient haben, daß man sie öffentlich brandmarke.

* *Georg V. König von Hannover *27.05.1819 Berlin - +12.06.1878 Paris; Nachfahre König Georg III von England, Mitglied der britischen Königsfamilie, zweiter in der britischen Thronfolge bis 1840. Folgt am 18.11.1851 seinem Vater auf den Thron in Hannover, trotz seiner Blindheit; 2. Duke auf Cumberland and Taviotdale und Earl of Armagh, und war damit Mitglied im britischen Oberhaus. – Am 20.09.1866 wird das Königreich Hannover von Preußen annektiert, da Georg V. sich weigerte, mit Preußen zu gehen. Aus Paris hetzt der Hannoveraner gegen Preußen und arbeitet mit den Franzosen zusammen.*

Volks-Zeitung – Nr. 168 – Donnerstag, 21. Juli 1870 – S. 2

Abreise des französischen Botschafters.

Berlin, 20. Juli. Ein eigner Zug französischer Unverschämtheit wird uns erzählt. Nachdem der französische Botschafter gestern die Kriegserklärung übergeben, stellte er nichts destoweniger das Ansinnen an den Grafen Bismarck, zu gestatten, daß der französische Militärbevollmächtigte Oberst Stoffel noch in Berlin verweilen möchte. Graf Bismarck soll darauf erwider haben, er habe zwar immer den Oberst Stoffel gern in seinem Salon gesehen, er werde ihn aber, falls er nach Sonnuntergang noch in Berlin sei, als Kriegsgefangenen behandeln lassen.

Aufforderung Frankreichs an die süddeutschen Staaten.

Berlin, 20. Juli. Die offizielle **„Darmstädter Zeitung“** druckt das Pariser Telegramm der **„Augsburger Allgemeinen Zeitung“** ab, welches die Sommation (Aufforderung) Frankreichs an die Süddeutschen Staaten enthält und für den Fall der Neutralität die vollste Berücksichtigung verspricht, andernfalls aber die rücksichtsloseste Behandlung androhte, und zugleich die bevorstehende Proklamation an die deutsche Nation ankündigt, in welcher ausgesprochen sei,

daß Frankreich keinen Zoll breit deutscher Erde nehmen wolle.

Dem gegenüber erklärt die **„Darmstädter Zeitung“:**

Nur ein Gimpel kann dieser letzten Versicherung Glauben schenken.

Die Androhung rücksichtslosester Behandlung kann Süddeutschland nicht schrecken. Wir stehen alle für Einen und Einer für Alle. Droht Frankreich den Prinzipien des Völkerrechts ins Gesicht zu schlagen, so kann das uns nur aufs Neue in der Ueberzeugung bestärken, wie nothwendig es ist, den Welchen niederzuwerfen.

Montag, 25. Juli 1870

The Times – Montag, 25.Juli 1870 – Nr.26.811 - S.9

VORGESCHLAGENER VERTRAG ZWISCHEN FRANKREICH UND PREUSSEN.

[Bismarck zugeschriebene Aktion den Vertragsentwurf Benedettis nach England gelangen zu lassen]

Uns wurde Folgendes vorgelegt:

„VERTRAGSENTWURF.

Seine Majestät der König von Preußen und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, die es für nützlich halten, die sie verbindenden Freundschaftsbande zu stärken und die glücklicherweise bestehenden gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu festigen, und ferner überzeugt, daß es zur Erreichung dieses Ziels, das auch der Sicherung des allgemeinen Friedens dient, wichtig ist, daß sie eine Einigung über Fragen ihrer künftigen Beziehungen erzielen, haben beschlossen, einen Vertrag zu diesem Zweck abzuschließen und haben dementsprechend die folgenden Personen zu ihren Bevollmächtigten ernannt:“

"S. M., etc. "S. M., etc

„Diejenigen, die ihre vollen, als gültig und ordnungsgemäß befundenen Vollmachten ausgetauscht haben, haben den folgenden Artikeln zugestimmt:

„Art. I. Seine Majestät der Kaiser der Franzosen erkennt die von Preußen infolge des letzten Krieges gegen Österreich und seine Verbündeten erworbenen Gebiete an.

„Art. II. **Seine Majestät der König von Preußen verpflichtet sich, den Erwerb Luxemburgs durch Frankreich zu erleichtern; zu diesem Zweck wird er mit Seiner Majestät dem König der Niederlande Verhandlungen aufnehmen,** um ihn zu bewegen, seine Souveränitätsrechte über dieses Herzogtum an den Kaiser der Franzosen abzutreten, gegen eine angemessene Entschädigung. Der Kaiser der Franzosen seinerseits verpflichtet sich, die mit diesem Vorgang verbundenen finanziellen Belastungen zu tragen.“

„Artikel III. – Seine Majestät der Kaiser der Franzosen darf einem Bundesverband des Nordbundes mit den südlichen Staaten Deutschlands, mit Ausnahme Österreichs, nicht entgegentreten. Dieser Bund kann auf einem gemeinsamen Parlament beruhen, wobei die Souveränität der genannten Staaten in angemessenem Umfang gewahrt bleibt.

„Artikel IV. **Sollte Seine Majestät der Kaiser der Franzosen aufgrund der Umstände gezwungen sein, seine Truppen nach Belgien zu führen oder es zu erobern, so wird Seine Majestät der König von Preußen Frankreich Waffenhilfe leisten und es mit all seinen Land- und Seestreitkräften gegen jede Macht unterstützen, die ihm in diesem Fall den Krieg erklärt.**

„Art. V. Um die vollständige Durchführung der vorstehenden Bestimmungen zu gewährleisten, schließen Seine Majestät der König von Preußen und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen hiermit ein Offensiv- und Defensivbündnis, dessen Aufrechterhaltung sie feierlich geloben. Ihre Majestäten verpflichten sich ferner ausdrücklich, dieses Bündnis in allen Fällen zu beachten, in denen ihre jeweiligen Staaten, deren Integrität sie gegenseitig garantieren, durch Aggression bedroht sein könnten, und sehen sich in solchen Fällen verpflichtet, unverzüglich die militärischen Vorkehrungen zu treffen und diese unter keinem Vorwand abzulehnen, die ihr gemeinsames Interesse gemäß den oben genannten Klauseln und Bestimmungen erfordert.“

The Times – Montag, 25.Juli 1870 – Nr.26.811 - S.9

FRANKREICH - Die Proklamation des Kaisers an das französische Volk

PARIS, 23. JULI Die Proklamation des Kaisers an das französische Volk, die heute Morgen im ***„Journal Officiel“*** erschien, konnte keine neue Sicht bringen. Es ist genau die Art von Abhandlung, die man unter den gegenwärtigen Umständen von ihm erwarten konnte, und doch ist es schwierig, sie ohne tiefe Erregung zu lesen, und ich glaube, sie wird viele von uns, die bis jetzt die Bedeutung des Kampfes, in den Frankreich eintritt, kaum begriffen haben, zur Besinnung bringen.

Die Feindseligkeit gegen Preußen hatte sich so lange in Worten entladen, daß es für Franzosen aller Klassen zu einer so ständigen Gewohnheit geworden war, von einem zukünftigen „Tag der Abrechnung" mit unserem aufstrebenden Rivalen als Notwendigkeit zu sprechen, die Provokation unserer Regierung war letztendlich so übereilt und der Impuls, sie zu bejubeln, für die Mehrheit so unwiderstehlich, daß selbst nach der offiziellen Kriegserklärung die verheerende Bedeutung der Tatsache den meisten kaum bewußt wurde. Nie zuvor wurden die Schicksale einer Nation so leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Als Monsieur de Gramont den Vertretern des französischen Volkes in jener denkwürdigen Sitzung des 15. mitteilte, daß Frankreich in den Krieg ziehen würde, hätte man aufgrund seines Tonfalls und seiner Haltung meinen können, er bitte das Parlament um einige tausend Pfund für ein Kunstprojekt oder den Bau eines neuen Boulevards. Mit einer Hand in der Tasche und ohne jede Regung, die seine schönen Gesichtszüge verzerrte, verkündete dieser fügsame Diener des Kaiserreichs den Bruch des europäischen Friedens.

Kaum begriffen wurde die Tragweite dieser waghalsigen Tat, die vom Parlament und der Presse bejubelt wurde. Sie bot Erleichterung für ein starkes Nationalgefühl, und an etwas anderes dachte man zunächst kaum. **Die meisten Franzosen hatten in ihren Gedanken die letzten vier Jahre gegen Preußen gekämpft und ihr die Lektion erteilt, die ihre Anmaßung verdiente; die Vorstellung, die Sehnsucht, war so stark gewesen, und die Realität war einige Tage lang so ungreifbare gewesen, daß der Übergang von der einen zur anderen kaum wahrgenommen wurde.** Darüber hinaus, so unglaublich es englischen Lesern auch erscheinen mag, wurde ein Kampf mit Preußen um die militärische Vorherrschaft zwar nicht nur akzeptiert, sondern sogar gewünscht, ein Krieg mit dem vereinten Deutschland – ein Kampf der Nationen – wurde von der überwiegenden Mehrheit der Franzosen jedoch nie in Erwägung gezogen.

Es herrschte nahezu die allgemeine Auffassung – die offenbar sogar die Regierung teilte –, **daß wir in Süddeutschland und in den von Preußen so gewaltsam annektierten Provinzen Verbündete finden würden**. Ein Hinweis auf diese Überzeugung findet sich in jenem Absatz der kaiserlichen Proklamation, der den Wunsch Frankreichs zum Ausdruck bringt, die Unabhängigkeit der deutschen Völker zu achten und zu fördern. Napoleon muss inzwischen wissen, daß dies leere Worte sind, doch in dieser Hinsicht, wie auch in einer anderen, auf die ich gleich eingehen werde, ist seine Proklamation ein bemerkenswertes Zeugnis nationaler Gefühle und nationaler Illusionen.

Es ist, wie bereits erwähnt, beinahe unglaublich, daß in einem so wichtigen Thema wie der öffentlichen Stimmung in Deutschland, über die es unerlässlich war, genau informiert zu sein, eine derart allgemeine Unwissenheit herrschte. **Zwar warnte hin und wieder eine Zeitung mit deutschen Verbindungen, sei es wissenschaftlicher oder religiöser Natur – wie beispielsweise die „*Temps*" – die Öffentlichkeit davor, sich in der Not auf deutsche Streitigkeiten als Quelle französischer Bündnisse zu verlassen. Doch die so gewonnenen Informationen waren völlig machtlos, die angenehme Illusion zu zerstören, daß eine Invasionsarmee als Befreier gefeiert werden würde.**

Vergeblich wurde argumentiert, daß nur einige wenige Ultramontanen in Süddeutschland, die Preußen, insbesondere als protestantische Macht, haßten, oder einige unzufriedene hannoversche Offiziere die einzigen relevanten Kräfte seien. **Frankreich bestand darauf, die süddeutschen Staaten von Preußen zu trennen oder, als letzten Ausweg, das deutsche Volk von seinen Regierungen zu entmachten. Bis vor wenigen Tagen wurden hier Spekulationen und Berechnungen über das wahrscheinliche Verhalten Bayerns, Sachsens und Württembergs angestellt, und nun, da Frankfurt, die widerwilligste und am meisten misshandelte aller Eroberungen Bismarcks, Preußen als Verteidiger des Vaterlandes anerkennt, klammern sich die Franzosen noch immer an die Hoffnung, daß die ersten Erfolge Frankreichs ein Signal für die unterdrückten Nationalitäten Deutschlands sein werden, die Unabhängigkeit zu fordern.**

Eine der wertvollsten Traditionen des revolutionären Frankreichs stellt seine Armeen als zivilisierend und befreiend dar und seine Soldaten als bewaffnete Missionare der Freiheit, die mit Kanonen die „Menschenrechte" im verblendeten und feudal geprägten Europa verkündeten. Es ist eine Tradition, die auf historischer Wahrheit beruht, und an der eine Nation mit Fug und Recht festhält. Wer daran zweifelt, daß sie selbst heute noch Bestand hat, wo die Trikolore doch für den Cäsarismus steht, der lese die Proklamation des Kaisers.

Was auch immer seine Schwächen als Herrscher sein mögen, er versteht Frankreich durch und durch und spricht die Sprache, die ihr gefällt. „Die glorreiche Fahne, die wir erneut vor unseren Herausforderern entrollen, ist dieselbe, die die zivilisierenden Ideen unserer großen Revolution durch ganz Europa trug." Selbst das Kaiserreich Frankreich vertraut, entgegen dem ersten Anschein, auf eine gewisse ihm innewohnende revolutionäre Kraft, die seine Fahne, selbst als Eroberungsfahne, nicht völlig unannehmbar erscheinen lässt. Eine gefährliche Illusion, fürchte ich.

Wir sind – ich glaube, das ist allgemein anerkannt – ein geselliges und angenehmes Volk, und wir

möchten besonders gern geliebt werden. Daran ist nichts auszusetzen, und wenn es eine Eigenart ist, so ist es doch eine liebenswerte. Leider neigen wir dazu, den Wunsch mit der Tat zu verwechseln und uns einzubilden, daß wir selbst unter den unangenehmsten Umständen nicht völlig unerwünscht sind. Der französische Soldat ist ein fröhlicher und kluger Kerl, und die deutschen Mädchen, wenn nicht die deutschen Männer, müssen dies bei näherer Bekanntschaft wohl zugeben.

Alfred de Musset brachte diesen Gedanken in seinen bekannten Zeilen über den Rhein treffend zum Ausdruck. Ich meine damit, daß unser Volk noch nicht begriffen hat, daß wir in ein Land einmarschieren, in dem wir mit Abscheu empfangen werden und das geschlossen gegen uns stehen wird. Wenn die Wahrheit erkannt wird und sich ihr allmählich in der Öffentlichkeit bemerkbar macht, wird der Krieg ein weitaus schrecklicheres Ausmaß annehmen und überproportional unpopulär werden. Schon jetzt hat der Ausspruch des Kaisers: „Il ne nous reste plus qu' à confier nos destinées au sort des armes" ***[„Uns bleibt nichts anderes übrig, als unser Schicksal dem Lauf der Waffen anzuvertrauen.]*** viele Menschen nachdenklich gemacht. Sind die Schicksale Frankreichs tatsächlich von einer Schlacht abhängig? Und wenn ja, wäre es dann nicht besser gewesen, **die „Lösung" der preußischen Frage** gar nicht erst zu versuchen?

Man beginnt zu spät zu begreifen, daß, wenn Deutschland geeint ist – und unsere Aggression, wie nun selbst dem Unbedarftesten klar ist, hat diese Einheit gefestigt –, kein Sieg über die, wie wir sie gern bezeichnen, preußische Armee das Ziel Frankreichs erreichen und die Errungenschaften von 1866 zunichtemachen kann. Nicht einmal „ein zweites Jena, nicht einmal ein Frieden von Berlin", um einen dem Kaiser zugeschriebenen Ausspruch aufzugreifen, könnte jenen ohnmächtigen, **schwerfälligen Deutschen Bund wiederherstellen, der die Vorherrschaft Frankreichs sicherte**. Wir mögen den preußischen Adler verwunden und sogar schwächen, aber keine menschliche Machtkappe zwingt ihn jetzt noch zurück in sein Ei.

Doch selbst wenn die Friedenspartei zahlreich geworden ist – und sie ist auch jetzt alles andere als verachtenswert –, darf man nicht erwarten, daß sie sich mutig zu Wort meldet. Gerade jene Liebe zur Anteilnahme und Geselligkeit, die ich als nationale Charakterzüge erwähnt habe, erzeugt im Franzosen eine instinktive Abneigung dagegen, einer Minderheit anzugehören. Er misstraut sich selbst, wenn er nicht mit der Mehrheit schwimmt. **„Da der Krieg beschlossen ist, wäre es unpatriotisch, etwas dagegen zu sagen",** lautet nun die übliche Bemerkung all unserer Friedensliebenden.

Es ist dieses Gefühl, das all unsere nationalen Bewegungen so gewaltig macht. Es gibt keine einzelnen Widerstandskräfte. Das macht den Ansturm unserer Armeen so ungestüm und unaufhaltsam, aber auch unsere Panik so ansteckend. Schon zu Cäsars Zeiten war dies ein Kennzeichen der Gallier. Bei allen wichtigen Ereignissen schwankt die ganze Nation in einer unkontrollierbaren Masse hin und her.

Die Realität des Krieges hat uns eingeholt. Die Jugend, die Unbekümmertheit, die Lebensfreude mancher Häuser ist verflogen; Regimenter sind an die Grenze gezogen, und die Freude, Soldaten betrunken zu machen, beginnt den gastfreundlichen Bürgern zu vergehen; selbst Straßenmusiker sind fast müde vom Singen der Marseillaise, jetzt, wo sie nicht mehr verboten ist.

Stille und Spannung breiten sich über Paris aus, und jedes Ohr ist gespannt darauf gerichtet, den ersten fernen Kanonendonner zu vernehmen. Unsere Machthaber haben, wie ich meine, etwas unklugerweise beschlossen, die öffentliche Neugier auf eine harte Probe zu stellen. Noch vor der Auflösung des Parlaments wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Regierung ermächtigt, jederzeit und nach eigenem Ermessen per Ministerialerlaß die Veröffentlichung von Informationen über Truppenbewegungen oder militärische Operationen zu See oder zu Lande in jeglicher Form zu verbieten. Die Formulierung ist vage und kann leicht so ausgelegt werden, daß sie alle Nachrichten vom Kriegsschauplatz umfaßt.

Die Strafe ist empfindlich: Zunächst droht eine Geldstrafe von 5.000 bis 10.000 Francs, und bei Wiederholung des Verstoßes kann die schuldige Zeitung für sechs Monate suspendiert werden. Da keine bestimmte Veröffentlichungsform vorgeschrieben ist, könnte mit etwas gutem Willen sogar ein privates Gespräch an einem öffentlichen Ort unter das Gesetz fallen. Die Regierung kann nach Belieben Anklage erheben oder nicht und ihre Opfer faktisch selbst bestimmen. Sie kann entweder die Zeitungen auswählen, die als Informationskanäle dienen sollen, oder, wenn sie unparteiisch ist, alle außer dem ***„Journal Officiel"*** zum Schweigen bringen.

Es war vergebens, daß sowohl Jules Ferry als auch Gambetta sich vehement gegen die Maßnahme aussprachen. Vergebens argumentierten sie, sie impliziere ein beleidigendes Mißtrauen, und selbst wenn Zeitungskorrespondenten böswillig gesinnt wären, könnten sie die geplanten Truppenbewegungen nicht offenlegen, während vergangene Ereignisse, verlorene wie gewonnene Schlachten, legitime Diskussionsgegenstände seien. Die Kammer wurde vergeblich daran erinnert, daß während des Italienfeldzugs Korrespondenz aller Art veröffentlicht worden war, ohne daß dies Schaden angerichtet hatte. Mit 207 zu 19 Stimmen entschied das Parlament, daß die Regierung künftig nach Belieben über die Weitergabe oder

Zurückhaltung von Nachrichten entscheiden solle. Bemerkenswert ist, daß selbst Herr Ferry – und darin stimmten ihm fast alle Zeitungen zu – nicht die uneingeschränkte Pressefreiheit befürwortete, die in England als öffentliches Recht gilt. Er räumte ein, daß Herr Ollivier Recht hatte, als er erklärte, daß im Hauptquartier keine Reporter geduldet würden. Er forderte lediglich, daß die Zeitungen die ihnen zugetragenen Gerüchte berichten und frei diskutieren dürften.

Wie zu erwarten war, erschien der Ministererlaß heute Morgen im Amtsblatt, und fortan veröffentlichen alle Zeitungen Kriegsnachrichten auf eigenes Risiko. Das Land könnte jeden Tag in völliger Unwissenheit zurückgelassen werden, und es ist unmöglich vorherzusagen, welche Paniken diese Unwissenheit auslösen würde. Die Regierung hat zwar versprochen, einen offiziellen Bericht über den Kriegsverlauf zu veröffentlichen, doch mit der offiziellen Wahrheit allein wird das Land nicht zufrieden sein. Diese Maßnahme hat große und allgemeine Unzufriedenheit hervorgerufen. Es ist schwer zu erkennen, was die Regierung damit bezwecken wollte.

Herr Ollivier soll im Parlamentsausschuß, der das Gesetz änderte (in seiner ersten Fassung war es noch strenger), gesagt haben: „Sie können die Änderungen vornehmen, die Sie wollen, aber Sie werden uns nicht davon abhalten können, jede Zeitung zu stoppen, die uns im Wege steht und die wir loswerden wollen." Dies erscheint kaum glaubwürdig. Vielleicht ging es darum, die Verbreitung von Falschnachrichten zu verhindern, doch gegen Falschnachrichten gibt es keinen Schutz. Hat nicht Herr Rouher selbst dem Senat neulich mitgeteilt, die Preußen hätten die Grenze bei Sierck überschritten, und hat sich das nicht als falsch erwiesen?

Die Bulletins des großen Napoleon sind in diesem Land noch immer in lebhafter Erinnerung. Das 29. Bulletin der *Grande Armés*, das kurz den verheerenden Rückzug Rußlands verkündete, schloß mit der Mitteilung: „Seine Majestät erfreute sich nie besserer Gesundheit."

Das heutige Frankreich begegnet solchen Mitteilungen nicht mit Selbstzufriedenheit, und wenn es nicht alles weiß, geht es sofort vom Schlimmsten aus. Ist das nicht eine gefährliche Art von Vorsicht?

Berlinische Nachrichten - Extra Blatt N.3 – Montag, 25. Juli 1870 – S. 2

Ein Gramont'sches Machwerk. - Die neueste amtliche Zeitung veröffentlicht folgende Circulardepesche an die Vertreter Frankreichs im Auslande:

Paris, 21. Juli 1870. Mein Herr! Sie kennen schon die Verkettung der Thatsachen, die uns zu einem Bruch mit Preußen geführt haben. Die Mittheilung, welche die Regierung des Kaisers am 15. d. M. von der Tribüne der großen Staatskörperschaften gemacht hat und deren Text ich Ihnen zugesandt habe, hat Frankreich und Europa die raschen Wandlungen einer Unterhandlung auseinandergesetzt, in welcher in dem Maße, als wir unsere Bemühungen verdoppelten, den Frieden zu erhalten, sich die geheimen Pläne eines Gegners enthüllten, der entschlossen ist, ihn unmöglich zu machen. Sei es, daß das Berliner Cabinet den Krieg für die Durchführung der Pläne, die es von lange her gegen die Selbstständigkeit der deutschen Staaten vorbereitete, für nöthig erachtete, sei es, daß es nicht zufrieden, im Mittelpunkte Europas eine allen seinen Nachbarn furchtbar gewordene militärische Macht errichtet zu haben, die so erworbene Macht benutzen wollte, um das internationale Gleichgewicht definitiv zu verrücken (déplacer) die vorbedachte Absicht, uns die für unsere Sicherheit, sowie für unsere Ehre unerläßlichen Garantieen zu verweigern, zeigt sich in seinem ganzen Benehmen auf das Augenscheinlichste (avec la derniere évidence).

Folgendes war ohne Zweifel der gegen uns combinirte Plan: Ein durch uneingestandene Vermittler insgeheim vorbereitetes Einverständniß sollte, wenn die Sache nicht vor der Zeit an's Licht gekommen wäre, die Dinge bis zu dem Punkte führen, wo die Candidatur eines preußischen Prinzen plötzlich den versammelten Cortes offenbart worden wäre. Eine durch Ueberraschung gewonnene Abstimmung, ehe das spanische Volk die Zeit zum Nachdenken gehabt hätte, sollte so hatte man gehofft den Prinzen Leopold von Hohenzollern zum Erben des Scepters Karl V. proclamiren. Auf diese Weise würde sich Europa einer vollendeten Thatsache gegenüber gefunden haben, und auf unsere Willfährigkeit für das große Prinzip der Volkssouveränität speculirend, rechnete man darauf, daß Frankreich, trotz einer vorübergehenden Verstimmung, gegenüber dem scheinbar ausgedrückten Willen einer Nation, für welche man alle unsere Sympathien kannte, stehen bleiben würde.

Sobald sie von der Gefahr unterrichtet wurde, hat die Regierung nicht gezaudert, sie den Vertretern des Landes wie allen europäischen Cabinetten anzuzeigen; gegen dieses Manöver wurde das Urtheil der öffentlichen Meinung sein rechtmäßigster Bundesgenosse. Die unparteiischen Geister haben sich nirgends über die wahre Lage der Dinge getäuscht; sie haben rasch begriffen, daß, wenn wir peinlich davon berührt waren,

Spanien in dem ausschließlichen Interesse einer ehrgeizigen Dynastie eine Rolle vorgezeichnet zu sehen, die sich für die Loyalität dieses ritterlichen Volkes so wenig geziemt, den Instinkten und den Ueberlieferungen der Freundschaft so wenig entsprach, die es mit uns verbinden, wir nicht den Gedanken haben konnten, unsere beständige Achtung für die Unabhängigkeit seiner nationalen Entschließungen zu verleugnen.

Man hat gefühlt, daß die wenig skrupulöse Politik der preußischen Regierung hier allein im Spiele war. Diese Regierung ist es in der That, die sich durch das gemeine Recht nicht für gebunden glaubend und die Regeln verachtend, denen die größten Mächte die Weisheit gehabt haben, sich zu unterwerfen, es versucht hat, dem getäuschten Europa eine so gefährliche Ausdehnung ihres Einflusses aufzuerlegen. Frankreich hat die Sache des Gleichgewichts in die Hände genommen, d. h. die Sache aller Völker, die durch unverhältnißmäßige Vergrößerung eines königlichen Hauses bedroht sind.

Indem es so handelt, stellte es sich an, wie man glauben machen wollte, in Widerspruch mit seinen eigenen Maximen? Sicherlich nicht. Jede Nation, wir sprechen es gerne aus, ist Herrin ihrer Geschicke. Dieses von Frankreich laut bestätigte Prinzip ist eins der Grundgesetze der modernen Politik geworden. Aber das Recht jedes Volkes, wie jedes Individuums, ist durch das Recht Anderer beschränkt und es ist einer Nation untersagt, unter dem Vorwande, seine eigene Souveränetät auszuüben, die Existenz, oder die Sicherheit eines benachbarten Volkes zu bedrohen. In diesem Sinne sagte einer unserer großen Redner, Hr. v. Lamartine, im Jahre 1847, daß, sobald es sich um die Wahl eines Souveräns handle, eine Regierung niemals das Recht habe, Anspruche zu erheben, aber stets das Recht habe, Einspruch zu thun. Diese Doctrin ist von allen Cabinetten unter Umständen ausgesprochen, die denjenigen analog sind, in welche uns die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern versetz hat, namentlich im Jahre 1831 in der belgischen, im Jahre 1830 und 1862 in der griechischen Frage.

In der belgischen Angelegenheit ließ sich die Stimme Europas selbst vernehmen; die fünf Großmächte fällten die Entscheidung. Die drei Höfe, welche die Sache des griechischen Volks in die Hand nahmen, waren, indem sie sich von einem Gedanken allgemeinen Interesses leiten ließen, unter sich einverstanden, den Thron Griechenlands nicht für einen Prinzen ihrer Familie anzunehmen.

Die Cabinette von Paris, London, Wien, Berlin und Petersburg, die in der Londoner Conferenz vertreten waren, eigneten sich dieses Beispiel an; sie machten daraus eine allgemeine Verhaltungsregel bei Verhandlungen, bei denen der Weltfriede engagirt war und huldigten so feierlich diesem großen Gesetze des Gleichgewichts der Kräfte, welches die Grundlage des europäischen politischen Systems ist.

Vergebens bestand der belgische Nationalcongreß trotz dieses Beschlusses darauf, den Herzog von Nemours zu wählen. Frankreich unterwarf sich der Verpflichtung, welches es übernommen hatte und wies die von den belgischen Abgeordneten nach Paris gebrachte Krone zurück. Aber Frankreich legte seinerseits dieselbe Nöthigung auf, der es sich unterzogen hatte, dadurch, daß es die Candidatur des Herzogs von Leuchtenberg, die man derjenigen des französischen Prinzen entgegengesetzt hatte, mit Ausschließung belegte.

In Griechenland bekämpfte die Regierung des Kaisers bei der letzten Thronvacanz zugleich die Candidatur des Prinzen Alfred von England und diejenige eines anderen Herzogs von Leuchtenberg.

England, das Gewicht unserer Vorstellungen anerkennend, erklärte in Athen, daß die Königin ihrem Sohne es verbiete, die Krone Griechenlands anzunehmen. Rußland gab eine ähnliche Erklärung in Bezug auf den Herzog von Leuchtenberg ab, obwohl dieser Prinz nach seiner Abstammung nicht durchaus als ein Mitglied der kaiserlichen Familie angesehen werden durfte.

Endlich hat der Kaiser Napoleon freiwillig dieselben Grundsätze in einer im Moniteur vom 1. September 1860 veröffentlichten Note maßgebend erklärt, um die Candidatur des Prinzen Murat für den Thron von Neapel abzuweisen.

Preußen, dem wir nicht verfehlt haben, diese Präcedenzien ins Gedächtnis zurückzurufen, schien einen Augenblick unseren Vorstellungen nachgeben zu wollen. Der Prinz Leopold trat von seiner Candidatur zurück; man durfte sich schmeicheln, daß der Friede nicht werde gestört werden. Aber diese Hoffnung machten bald neuen Beunruhigungen, dann der Gewißheit Platz, daß Preußen ohne ernstlich seine Ansprüche zurückzuziehen, nur Zeit zu gewinnen suchte. Die Anfangs ausweichende, dann entschiedene und hochmüthige Sprache des Familienhauptes der Hohenzollern, seine Weigerung, auch künftig den ausgesprochenen Verzicht aufrecht zu erhalten, die Behandlung, die unserm Botschafter widerfuhr, welchem eine mündliche Ansage jede weitere Mittheilung über den Gegenstand seines versöhnlichen Auftrages untersagte, endlich die Oeffentlichkeit, welche man diesem ungewöhnlichen Vorgehen durch die preußischen Zeitungen und durch die Mittheilung an die Cabinette gab, alle diese auf einander folgenden Symptome von Angriffsplänen mußten auch in den voreingenommensten Gemüthern jeden Zweifel beseitigen. Ist noch irgend eine Täuschung

gestartet, wenn ein Souverän, der über eine Million Soldaten verfügt, die Hand auf seinem Degenknopf, erklärt, daß er sich vorbehalte, seine Entschließung nur aus sich und nach den Umständen zu fassen? Wir waren auf den äußersten Punkt gelangt, wo eine Nation, welche fühlt, was sie sich schuldig ist, nicht mehr über die Anforderungen ihrer Ehre verhandelt.

Wenn diese letzten Zwischenfälle dieses peinlichen Streites aber auch nicht hinreichendes Licht über die durch das Berliner Cabinet genährten Pläne verbreiteten, so drückt ein Umstand, der zur Zeit noch weniger bekannt ist, doch der Haltung desselben den entscheidenden Stempel auf.

Der Gedanke, einen Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron zu erheben, war nicht neu. Schon im März 1869 war er uns durch unsern Gesandten zu Berlin angedeutet worden und war derselbe alsbald aufgefordert worden, dem Grafen Bismarck bemerklich zu machen, wie die kaiserliche Regierung eine solche Eventualität auffassen werde. Graf Benedetti hat in mehreren Unterredungen, welche er über diesen Gegenstand sowohl mit dem Kanzler des norddeutschen Bundes als mit dem mit der Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten betrauten Unterstaatssecretär gehabt hatte, es nicht unbekannt gelassen, daß wir es nicht würden zulassen können, daß ein preußischer Prinz dazu gelangte, jenseits der Pyrenäen zu regieren.

Der Graf Bismarck seinerseits hatte erklärt, daß wir uns nicht mit einer Combination zu beschäftigen brauchten, welche er selbst für unausführbar erachtete, und in Abwesenheit des Bundeskanzlers zu einer Zeit, als Herr Benedetti geglaubt hatte sich ungläubig und dringlich zeigen zu sollen, hatte Herr v. Thile sein Ehrenwort dafür eingelegt, daß der Prinz von Hohenzollern im Ernst Candidat für die spanische Krone weder wäre noch werden könnte.

Wenn man die Wahrhaftigkeit so ausdrücklicher amtlicher Versicherungen in Zweifel ziehen müßte, so würde der diplomatische Verkehr aufhören, ein Pfand des europäischen Friedens zu sein; er würde nur eine Falle oder eine Gefahr sein. Sobald unser Botschafter diese Erklärungen unter allem Vorbehalt uns übermittelte, hatte die Regierung des Kaisers es also für angezeigt erachtet, sie günstig aufzunehmen. Sie hat es sich versagt, deren guten Glauben bis zu dem Augenblick in Zweifel zu ziehen, wo plötzlich sich die Combination enthüllt hat, welche das augenscheinliche Gegentheil derselben ist. Unvermuthet von ihrem uns gegebenen Worte zurücktretend, ohne auch nur den Versuch zu machen, durch irgend welchen Schritt sich uns gegenüber von seiner Verpflichtung zu entbinden, hat Preußen uns eine wahre Täuschung bereitet. Aufgeklärt über den Werth, welchen die förmlichsten Versicherungen preußischer Staatsmänner haben, hatten wir seitdem die gebieterische Pflicht, für die Zukunft unsere Ehrlichkeit gegen neue Mißachtung durch ausdrückliche Garantieen sicher zu stellen. Wir mußten also, wie wir gethan haben, darauf bestehen, die Gewähr zu erhalten, daß ein Verzicht, welcher nur mit feinen Unterscheidungen gegeben war, diesmal ein definitiver und ernstlich gemeinter sei.

Es ist klar, daß der Berliner Hof vor der Geschichte die Verantwortlichkeit für den Krieg trägt, welchen er die Mittel in der Hand hatte zu vermeiden und welchen er gewollt hat. Und unter welchen Umständen hat er den Kampf gesucht? Nachdem Frankreich seit 4 Jahren ihm die Beweise einer unveränderten Mäßigung gegeben hat, indem es sich mit einer vielleicht übertriebenen Aengstlichkeit enthalten hat, die unter der Vermittelung des Kaisers abgeschlossenen Verträge anzurufen, deren absichtliches Außerachtlassen aus allen Acten einer Regierung hervorgeht, welche schon in dem Augenblicke darauf gesonnen hat, sich von denselben zu befreien, wo sie dieselben unterzeichnete.

Europa ist Zeuge unserer Haltung gewesen und hat sie mit der Preußens während dieses ganzen Zeitraums vergleichen können. Es mag heute über die Gerechtigkeit unserer Sache sich aussprechen. Welches auch das Schicksal der Schlachten sein mag, wir erwarten ohne Unruhe das Urtheil unserer Zeitgenossen wie das der Zukunft.

Genehmigen u. f. w. Gramont.

*

Das ganze Actenstück übertrifft an geschraubten Wendungen noch, was man sonst in dieser Gattung in Paris zu leisten gewohnt ist. Den neuen Enthüllungen ist bekanntlich von Seite des Grafen Bismarck und des Herrn v. Thile bereits eine entschiedene Widerlegung entgegengesetzt worden.

Dienstag, 26. Juli 1870

Provincial Correspondenz – Nr.30 – Dienstag, 26. Juli 1870 – S.4

Ueber die französische Armee.

Ueber die französische Armee ist so eben eine kleine Schrift erschienen, welche über die gesammte Einrichtung derselben mit Bezug auf den bevorstehenden Krieg in gedrängter Kürze zuverlässige Auskunft giebt. Ueber Wehrpflicht und Ergänzung (die Armee unter der Fahne, die Reserve, die mobile Nationalgarde und das Offiziercorps), über die Zusammensetzung der Armee, dann über die einzelnen Waffengattungen nach Uniformirung, Bewaffnung, Eintheilung, die Gefechtweise u. s. w., endlich über die Formation der Armee auf Kriegsfuß wird in kurzen klaren Sätzen das Wissenswertheste mitgetheilt.

Indem wir Alle, welche den bevorstehenden Kriegsoperationen aufmerksam zu folgen gedenken, auf das Schriftchen hinweisen, theilen wir hier zunächst nur die Zusammenstellung der Stärke der französischen Armee im Vergleich mit den deutschen Streitkräften mit:

	Frankreich	Norddeutscher Bund	Süd-Deutschland
Aktive Armee auf Kriegsfuß	460,000	560,000	106,000
Ersatztruppen (Reserve)	83,000	200,000	32,000
Besatzungstruppen (Mobilgarde)	150,000	200,000	36,000
	693,000	**960,000**	**174,000**
	693,000	**1,134,000 Mann**	

Es wäre ein Irrthum, zu glauben, daß die Wehrkraft Deutschlands mit diesen Ziffern erschöpft sei. Die Zahl völlig ausgebildeter und noch nicht mit in Rechnung gestellter dienstpflichtiger Mannschaften beträgt in Norddeutschland allein noch etwa 100,000 Mann.

Die französische Ziffer dagegen enthält bereits 150,000 Mann nicht ausgebildeter und dennoch aufgestellter Mobilgarden.

Ueber die Mitrailleusen (oder Kugelspritzen) sagt unsere Schrift Folgendes:

Die Franzosen haben immer dahin gestrebt, bei Beginn eines Krieges mit irgend etwas Neuem die Welt und den Gegner zu überraschen. Dies Mal sind es die Mitrailleusen, welche uns Verwirrung und Niederlage, ihnen aber den Sieg bringen sollen. Noch niemals hatten die Franzosen Glück mit der Einführung neuer Waffen. Die gezogenen Geschütze in Italien 1859, anfangs gefürchtet und bewundert, schossen über das Ziel hinweg, weil die eigenen Leute sie nicht kannten, der Artillerist noch kein Vertrauen zu ihnen haben konnte

Erst jetzt während der Mobilmachung schickt Frankreich von jedem Artillerie-Regimente einige Offiziere nach Meudon, damit wenigstens sie noch die Mitrailleuse kennen lernen. Den Mannschaften ist sie zum größten Theil unbekannt. Diese thörichte Geheimnißkrämerei wird und muß sich bestrafen durch Mangel an Vertrauen zur eigenen Waffe – Schossen die Franzosen 1859 über ihr Ziel hinweg, so werden sie 1870 am Ziel vorbei schießen, wenn sie uns mit ihrer Waffe zu überraschen gedenken. Wir haben dieselbe erprobt und ihren geringen wahren Werth sorgfältig ergründet. Wenn wir es für nöthig gehalten hätten, zur Hebung des moralischen Elementes in unsere Armee irgend etwas thun zu müssen, so würden auch wir vielleicht diese Waffe eingeführt haben. Dem aber war nicht so. …..

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.172 – Dienstag, 26. Juli 1870 – S.11

Ueber die französische Armee

Ueber die französische Armee äußert sich im **„Rheinischen Courir“** ein früherer Offizier der französischen Fremdenlegion in Algier und andern folgendermaßen:

Die französische Armee, obgleich keineswegs zu unterschätzen, ist dennoch mit Unrecht der Popanz Europa's. **Mit dem Jahre 1830 beginnt die Reihe von Scharmützeln und Guerillakriegen in Algerien, die, was man auch an der Seine behaupten möge, noch nicht zum Abschluß gekommen sind und sobald auch nicht kommen werden.** Dieses Blatt der französischen Kriegsgeschichte hat einmal den Vortheil gehabt, die Armee

gradatim *[schrittweise]* zu einer kriegsgewohnten zu machen, ferner sind durch sie jene Elite-Truppenkörper entstanden, die theils mit Recht, theils mit Unrecht heute als die unüberwindlichen Helden der französischen Armee, als der Schrecken jeder anderen betrachtet werden: die Zuaven, die Fremdenlegion, die Turcos, die Chasseurs d'Afrique, die Spahis und endlich die sogenannten „Zephirs“, oder offiziell die leichten Infanteriebataillone der afrikanischen Armee, welche aus den kriegsrechtlich bestraften Soldaten der ganzen Armee sich rekrutiren, nach dem dieselben die ihnen zuerkannten Strafen verbüßt haben. Die sämmtlichen genannten Truppentheile bilden mit der Kaisergarde (garde impériale), die zumeist in Paris und Umgegend garnisonirt, den eigentlichen Kern der Armee. Ihre Kavallerie, nämlich die der Garde, die vier Regimenter der Chasseurs d'Afrique und die drei Regimenter der Saphis (eingeborene afrikanische leichte Kavallerie im orientalischen Costum und rothem Burnus), ist gut, die afrikanische mit arabischen Pferden der gewöhnlichen Rasse beritten, die übrigens durch Transplantation und den Verlust ihres gewohnten Futters, das in Europa für sie nicht zu beschaffen ist, bedeutend an ihrer in Algerien zähen Ausdauer, Kraft und Schnelligkeit verlieren.

Die in Frankreich selbst stehende Linien-Kavallerie ist der preußischen in keiner Hinsicht gewachsen; sie ist fast ausschließlich mit den schweren normanischen Pferden remontirt und steht meiner festen Ueberzeugung nach hinter jeder andern mir bekannten europäischen Reiterei zurück. Die Infanterie der Linie, weit mehr als die Kavallerie, ist geübt und stark im Entbehren und im Ertragen von Mühseligkeit und Strapazen jeglicher Art. Sie hat namentlich eine allen französischen Soldaten eigene Manier des Angriffs, die einem Tornado gleich, Alles vor sich niedermetzeln zu wollen scheint; und wenn ein französisches Regiment unter dem tausendstimmigen „Vive l'Empereur!“ zur Attake vorgeht, sieht es so aus, als sei die letzte Stunde der Gegner gekommen! allein es ist nicht so.

Trifft die französische Infanterie bei ihrem ersten heftigen und enthusiastischen Anprall auf eine fest und kaltblütig geschlossen sie erwartende Colonne, wird in Folge dessen ihr erster Angriff abgeschlagen, so ist in hundert Fällen neunzig Mal ein sofortiges Verlöschen des durch Offiziere und Unteroffiziere künstlich geschaffenen Strohfeuer Enthusiasmus die Folge und die Leute wiederholen den Angriff schon mit sehr merklich fallendem Muth. Ueberhaupt ist schneller und unzweifelhafter Erfolg eine Lebensfrage für den französischen Soldaten nicht allein, sondern für das ganze Volk. Wirklicher Muth, d. h. Consequenz im Muthe, werden und müssen von vornherein unseren bewährten und weit zäheren Truppen ein bedeutendes Uebergewicht verleihen. Ferner sind wirklich gute, ruhige, kaltblütige und geübte Schützen in der Masse der französischen Linien Infanterie eine Seltenheit; der französische Infanterist schießt meistens so sorglos, mit zu sehr erregtem Blute, ohne die mindeste Berechnung und deshalb immer zu hoch.

Wirklich ebenbürtige, um nicht zu sagen „gefährliche“ Gegner in der französischen Armee, sind unsern Truppen nur die Zuaven; doch sie bestehen eben nur aus vier Regimentern. Die Fremdenlegion anlangend, so besteht sie zu zwei Dritteln aus Deutschen und aus Belgiern und ist mindestens ebenso tüchtig als die Zuaven; man kann jedoch vertragsmäßig die in derselben dienenden Deutschen nicht zwingen, an dem bevorstehenden Kriege theilzunehmen; es sollte aber ein jeder deutsche Legionär, der von unseren Truppen als Kriegsgefangener eingebracht wird, ohne jeglichen Prozeß am nächsten Baume aufgeknüpft werden. Die Turcos, meist aus Kabylen recrutirt schlagen sich gut und mit zäher Ausdauer, sind aber schlechte Schützen und deshalb besteht auch ihre Force im Bajonnettangriff. Sie und die Zuaven tragen eine im Schnitt ganz gleiche, nur in den Farben verschiedene orientalische Uniform, die bei den Zuaven aus rothen Beutelhosen und dunkelblaue Jacke, mit rothem Fez und blauer Hängequaste und grünem Turban, bei den Turcos aus ganz hellblauem Kostüm mit gelber Passepoilirung, rothem Fez mit gelber Hängequaste und weißem Turban besteht; beide Corps führen geschweifte Haubajonnets in eiserner Scheide, gleich den Fußjägern (chasseurs de Vincennes) die dunkelgrüne Röcke mit gelbem Verstoß und Blaugrane Pantalons tragen und sich im Schießen nicht im entferntesten mit unsern Jägern messen können.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.172 – Dienstag, 26. Juli 1870 – S.7

Ueber die Stimmung der Polen in Westpreußen.

Ueber die Stimmung der Polen in Westpreußen wird der **„Th. Z.“** geschrieben: Der in seinen Besitzverhältnissen noch nicht erschütterte polnische Adel, die große Masse des Landvolkes und überhaupt alle vernünftigeren und besonneneren Polen sehen der zu entfesselnden Kriegs-Furie mit demselben Schrecken entgegen, mit dem sie alle civilisirten Völker erfüllt, und hoffen für ihr Vaterland keine Wiederherstellung von dem beginnenden Kriege zwischen Frankreich und Deutschland. **Besonders gilt das von der Masse der polnischen Landbevölkerung in Westpreußen und der Provinz Posen, die der preußischen Regierung treu ergeben ist und mit derselben patriotischen Opferwilligkeit, wie der Bauernstand in allen übrigen**

preußischen Provinzen, die schweren Lasten trägt, die der für die Unabhängigkeit und Sicherheit des Vaterlandes geführte Krieg ihr auferlegt. Wenn daher die Organe des polnischen Chauvinismus im Angesichte des beginnenden Krieges die Erwartung aussprechen, daß die Polen im preußischen Antheil nicht unterlassen werden, zur Unterstützung der am Rhein operirenden französischen Armee einen Aufstand zu organiseren, so werden sie sich in dieser hochverrätherischen Erwartung bitter getäuscht sehen, und sollten französische Emissaire den Versuch machen, die polnische Bevölkerung zu Gunsten Frankreichs aufzuwiegeln, so können sie sicher darauf rechnen, daß sie mit blutigen Köpfen werden heimgeleuchtet oder an die preußischen Behörden ausgeliefert werden.

Breslauer Zeitung – Nr. 343 – Mittwoch, 27. Juli 1870 – S.2

Am hellen Rhein, am deutschen Rhein!

Am hellen Rhein, am deutschen Rhein,
Da schwillt's wie Wetternacht,
Verhalt'ner Fäulniß Irrlichtschein
Belebt die finst're Macht.
Und fahler Neid und frecher Groll
Sie senden gift'gen Hauch;
Frisch auf denn nun, das Maß ist voll,
Nun gilt es deutschen Brauch!
Wir schleudern in den Drachensitz
Den sieggewohnten deutschen Blitz!

Am hellen Rhein, am deutschen Rhein,
Wie wird er zünden licht,
Wenn er wie Meteorenschein
Aus deutschen Schwertern bricht.
In ringender Gewitterpracht
Zerreißt er Nacht und Noth,
Der Himmel, der dahinter lacht,
Ist deutsch! Das hilft uns Gott!
Ein Himmel dann, ein fester Hort,
Ein heilig Land von Süd zum Nord!

Vom hellen Rhein, vom deutschen Rhein,
Laßt schleudern uns den Blitz,
Laßt Weib und Kind daheim allein,
Wir schirmen ihren Sitz!
Die deutsche Frau, sie zittert nicht,
Sie reicht Dir treu die Hand,
Und opfert bis das Herz ihr bricht
Für's heil'ge Vaterland!
So hoch kein Preis, so groß kein Gut,
Als deutsche Treue, deutsches Blut!

Vom hellen Rhein, vom deutschen Rhein,
Kehrst siegend Du zurück:
Dann nimm Dein Weib, die Kinder Dein
Und all Dein lebend Glück,
Zeig' ihnen, wie so groß das Land,
Und wie sein Himmel blaut,
Und Alles, was von Heldenhand
Für ewig festgebaut,
Und wie zerschellt das letzte Joch,
Und rufe: **Deutschland ewig hoch**!

Hugo Söderström.

Breslauer Zeitung – Nr.343 – Mittwoch, 27. Juli 1870 – S.4

Frankreich. - Begrüßung des Kaisers durch die Deputirten.

Paris, 23. Juli. Gestern Morgen kam der Kaiser nach den Tuilerien und empfing um 2 Uhr die Deputirten, die ihm bekanntlich die Versicherung ihrer Ergebenheit überbringen wollen. Die Rede, welche der Präsident Schneider dabei an den Kaiser hielt, lautet, wie folgt:

> Sire! Der gesetzgebende Körper hat seine Arbeit beendet. Er hat einstimmig alle Subsidien bewilligt und alle Gesetze genehmigt, welche die Vertheidigung des Landes forderte, und hat so einen glänzenden Beweis seines Patriotismus gegeben. Wenn es wahr ist, daß der eigentliche Urheber des Krieges nicht der ist, der ihn erklärt, sondern derjenige, der ihn nothwendig gemacht hat, so wird es nur Eine Stimme unter den Völkern beider Welten sein, welche die Verantwortlichkeit dafür auf Preußen fallen läßt, das, durch ungehoffte Erfolge berauscht und kühn gemacht durch unsere Geduld und unseren Wunsch, Europa die Wohlthaten des Friedens zu erhalten, gegen unsere Sicherheit conspiriren und unserer Ehre einen Stoß versetzen zu können geglaubt hat. In diesem Falle weiß Frankreich seine Pflicht zu erfüllen.
>
> Sire! Die heißesten Wünsche werden Ihnen zur Armee folgen, deren Oberbefehl Sie übernehmen, begleitet von Ihrem Sohne, welcher über die Pflichten seines Alters hinaus an Ihrer Seite lernen wird, wie man seinem Lande dient. Hinter Ihnen, hinter Ihrer Armee, welche die Fahne Frankreichs zu tragen gewohnt und stets zum Ersatze bereit ist, steht aufrecht die ganze Nation. Uebergeben Sie unbesorgt die Regentschaft unserer erhabenen Herrscherin. Zu dem Ansehen, das ihr die bereits von ihr entwickelten großen Eigenschaften sichern, wird die Kaiserin die Stärke hinzufügen, welche heute die von Ew. Majestät so glorreich eingeführten liberalen Staatseinrichtungen verleihen. Sire! Das Herz der Nation ist mit Ihnen und mit unserer tapferen Armee.

Die **Antwort des Kaisers** auf die Anrede des Präsidenten Schneider lautet, wie folgt:

> Meine Herren! Ich empfinde eine hohe Befriedigung am Vorabende meines Abganges zur Armee, Ihnen für die patriotische Unterstützung, welche Sie meiner Regierung gewährt haben, zu danken. Ein Krieg ist legitim, wenn er mit der Zustimmung des Landes und der Billigung seiner Vertreter geführt wird. Sie haben Recht, an die Worte Montesquieu's zu erinnern, **„Der wahre Urheber des Krieges ist nicht der, welcher ihn erklärt, sondern der, welcher ihn nothwendig macht."** Wir haben Alles, was von uns abhing, gethan, um ihn zu vermeiden, und ich kann sagen, daß es das ganze Volk ist, welches unter seinem unwiderstehlichen Drange unsere Beschlüsse dictirt hat. Ich vertraue Ihnen bei meiner Abreise die Kaiserin an, welche Sie berufen wird, wenn es die Umstände erheischen sollten. Sie wird mit Muth die Pflicht erfüllen, welche ihre Stellung ihr auferlegt. Ich nehme meinen Sohn mit mir. Er wird inmitten der Armee lernen, seinem Lande zu dienen. Entschlossen, mit Thatkraft die große, mir anvertraute Mission zu erfüllen, habe ich den Glauben an den Erfolg unserer Waffen, denn ich weiß, daß Frankreich hinter mir steht, und daß Gott Frankreich beschützt.

Wie die officiösen Blätter versichern, wurden die Worte des Kaisers von den Deputirten „mit größter Begeisterung" aufgenommen. Die Rufe: Es lebe der Kaiser, der kaiserliche Prinz! Es lebe die Kaiserin! erfüllten den Saal. Beim Weggehen sagte dann der Kaiser: „Ich möchte einem Jeden von Ihnen, meine Herren, die Hand geben; aber das wirkliche Band, welches uns aneinander knüpft, ist die uns beseelende Liebe zum Lande."

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.173 – Mittwoch, 27. Juli 1870 – S.6

Ein Franzose, der Deutschland gut kennt.

Ein Franzose, der Deutschland gut kennt, schreibt dem **„Temps"** aus Berlin:

„Man giebt sich in Frankreich der Hoffnung hin, es werden sich die deutschen Südstaaten im Kriegsfalle neutral verhalten, man erzählt sich, daß in diesen Staaten eine ganz gewaltige Opposition da sei u. s. f. In gewöhnlichen Zeiten wäre eine solche Menschen- und Sachunkenntniß einfach bedauernswerth, selbst lächerlich von Seiten der Presse; in Zeiten der Gefahr aber ist sie strafbar und könnte für Frankreich verhängnißvoll werden. Man zieht in den Krieg, auf Verbündete zählend, die sich nirgends finden; man entwirft seine Pläne in Voraussetzung unmöglicher Ereignisse; blindlings bringt man das ganze Land an den Rand des Abgrunds. Frankreichs Verbündete in Deutschland! Ja, Ihr werdet deren einige auf Eurem Wege finden, und ich will Euch dieselben nennen, aber die Liste wird nicht lang werden. Den ehemaligen König von Hannover mit einem Dutzend Getreuer, den abgedankten Kurfürsten von Hessen mit seinen gewesenen Ministern werdet Ihr haben; in Hannover findet Ihr einige unglückliche Legionäre von 1866 und im Süden einige Verbissene und Ultramontane (und auch diese heute nicht mehr). Wenn Eure Generale Musterung halten über diese Verbündeten, werden sie einen Haufen Obersten ohne Regimenter an sich vorbeiziehen sehen.

Die Regimenter werdet Ihr unter Preußens Fahnen, nirgends anderswo finden, und was die Aufstände

betrifft, von denen man bei Euch träumt, so werden sie gegen Euch gerichtet sein, nicht gegen Herrn v. Bismarck. Diese Lage, Franzosen, ist bedenklich für uns; nicht zu meinem und nicht zu Eurem Vergnügen rufe ich Euch dies alles ins Gedächtniß, aber wenn man eine Sache ernstlich angreifen will, ist die erste Bedingung, daß man dieselbe klar vor Augen habe. Alles, was Eure amtlichen Blätter Euch über Deutschland erzählen, ist falsch, grundfalsch. Frankreich bereitet sich die furchtbarsten Enttäuschungen. An dem Tage, wo die französische Armee die Grenze überschritten haben wird, wird sie in Deutschland nur Feinde finden; das ist die nackte Wahrheit!

Angenommen, preußische Armeen drängen in Frankreich ein, würdet Ihr Euch nicht wie ein Mann erheben? Gut, das Gleiche, was Frankreich thun würde, das thut Deutschland im Fall einer französischen Invasion. Es giebt dann keine Badener, keine Bayern, keine Sachsen mehr, wie es in Frankreich keine Bretagner, keine Auvergnaten, keine Lothringer gäbe. Aber von dem Allem wollen Eure Zeitungen nichts wissen, ungeachtet alles dessen, was seit 1866 schon über Deutschland gesagt und geschrieben worden ist. Sie stellen sich, als ob sie nicht verständen, daß, wenn es auch im Süden und Norden preußenfeindliche Parteien giebt, diese doch durch ein Band verbunden sind und sich auf demselben Boden bewegen, daß, wenn sie sich streiten, sie dies nur innerhalb der vier Wände ihres gemeinschaftlichen Hauses thun; wenn aber dieses gemeinsame Haus von außen angegriffen wird, werden sich Alle an die Fenster stürzen und auf die Ruhestörer feuern. Gott gebe, daß dieser Tag nicht komme und die schrecklichen Folgen eines so mörderischen Kriegs beiden Völkern erspart bleiben!“

Der eine Theil dieses prophetischen Zeugnisses erfüllt sich bei uns in diesen Tagen.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.173 – Mittwoch, 27. Juli 1870 – S.3

Wenn sonst ein Krieg entbrannte.

Berlin, 27. Juli. Wenn sonst ein Krieg entbrannte, so gingen lange Verhandlungen über streitige Objekte voraus, lange Noten wurden gewechselt und die Diplomaten, ein Geschlecht, dessen einzige Arbeit in Friedenszeiten das Studium, das Leben heiter zu genießen, ist, mußten im Schweiße ihres Angesichts ihr Brod essen.

Heute ist Alles umgekehrt und Louis Napoleon kündigt den Krieg an und **Bismarck erklärt im norddeutschen Reichstage: „Wir haben von der Kaiserlich französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mittheilung erhalten und das ist die Kriegserklärung.“**

Die staunende Welt begriff den Vorgang kaum, und suchte vergebens nach Gründen, weshalb man vom Brauche der Väter abgewichen. Wenn die Weltgeschichte, die doch das Weltgericht ist, ihr Urtheil sprechen wird, auf welche Dokumente soll sie sich dann stützen, wenn keine diplomatischen Aktenstücke existiren? Wer soll da noch Lust behalten Geschichte zu schreiben, wenn die Diplomaten Alles mündlich verhandeln? Und nach dem, was heute die Zeitungen berichten, müssen wir wirklich annehmen, daß dies Verfahren Mode geworden. Denn kaum ist die Kriegserklärung erlassen, so fangen die Staatsmänner an Enthüllungen aus ihren Pourparlers zu machen.

Der Duc de Gramont nimmt die Tète. Am 22. Juli giebt er seinen Agenten im Auslande ein Bild von den Verhandlungen des französischen Botschafter Benedetti mit dem Grafen Bismarck und Herrn v. Thile. Am 23. versendet das Wolffsche Telegraphenbureau eine Depesche in die Provinzen, die das Thema variirt: Ist aber Alles nicht wahr! Und die **„Norddeutsche Allgemeine“ nennt am 24. die Depesche des Herzogs von Gramont einen krampfhaften Versuch der französischen Regierung, als Grundlage der Situation, welche sie herbeigeführt hat, die Hohenzollernsche Throncandidatur festzuhalten und die bei vielen andern Gelegenheiten eingestandenen Motive ihres Handelns, das Gelüst auf das linke Rheinufer und Belgien, zu verdecken.“**

Am 25. veröffentlicht die **„Times“** den Inhalt eines Offensiv- und Defensiv-Traktats, den Frankreich nach den Informationen der „Times“ während der Luxemburger Angelegenheit Preußen angetragen habe und kürzlich abermals als Friedenspreis habe antragen lassen. In diesem Traktate erklärt sich Frankreich mit dem Beitritt Süddeutschlands zum norddeutschen Bunde einverstanden, wogegen Preußen ihm die Erwerbung Luxemburgs gestatte und eventuell ihm zur Eroberung Belgiens gegen jedwede Macht beistehe. Wie die **„Times“** hinzufügt, hat Preußen beide Male ein solches Allianz Anerbieten einfach abgelehnt.

Wo hat, fragt man sich verwundert, die **„Times“** ihre Information her? Die **„Correspondenz Stern“,** die öfters offiziöse Mittheilungen empfängt, bestätigt die Enthüllungen der „Times“ und damit ist genug gesagt. **Herr v. Gramont hat per „Times“ Bismarcks Antwort erhalten**. Die preußische Regierung hat mit dieser

Enthüllung hinter dem Berge gehalten, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Das Feuer nationaler Begeisterung wird damit nicht wenig angefacht werden, und wenn die „Corr. Stern“ hinzusetzt: „Man ist gespannt, welches Verhalten das auswärtige Amt und das englische Parlament nunmehr einschlagen wird“; so will Graf Bismarck das englische Cabinet, welches sich für die Integrität Belgiens schon engagirt hat, in den Conflikt mit Frankreich hineinziehen. Möglich, daß eine Privat-Depesche der „Börsen-Zeitung“, wonach die Königin Victoria nach dem ersten kriegerischen Zusammentreffen einen Congreß vorzuschlagen beabsichtigen soll, schon den Entschluß des englischen Cabinets andeutet.

Mag dem sein, wie ihm wolle, das deutsche Volk hat alle diplomatischen Intriguen satt, und wird es Graf Bismarck nie vergessen können, daß er drei Jahre darüber hat hingehen lassen, bevor er die unverschämte Zumuthung des Corsen an den Tag gebracht. Als am **1. April 1867** Herr v. Bennigsen ihn über die Luxemburger Frage interpellirte, da war der Augenblick gekommen, der Nation die Wahrheit zu sagen, und sich nicht zu rühmen, daß die preußische Regierung die Empfindlichkeit der französischen Nation schonen wolle, soweit es mit der eigenen Ehre verträglich ist. Wäre Herr v. Bismarck damals mit der Wahrheit hervorgetreten, die Nation hätte mit derselben Begeisterung wie heute ihre schwer angegriffene Ehre zu vertheidigen verstanden. Aber dem Grafen Bismarck, dem berühmten Sieger in jedem diplomatischen Wettrennen, fehlt das Verständniß für die Sympathien des Volkes. Heute ist die Verwickelung mit Frankreich so weit, daß die Diplomatie den Knoten nicht mehr lösen, daß nur das deutsche Volk ihn zerhauen kann. Und es wird seine Schuldigkeit thun.

Dafür aber hofft es auch mit Zuversicht, daß, wenn die Zeit gekommen ist, der König Wilhelm in seiner mit Begeisterung aufgenommenen Ansprache an die Nation gedenkt, daß wenn die Zeit gekommen ist, in der der blutigen Saat eine von Gott gesegnete Ernte deutscher Freiheit entsprießt, endlich alle diplomatischen Künste, die stets zu unheilvollen Verwickelungen führen, bei Seite geworfen werden und auch die auswärtige Politik nach dem Willen der Volksvertretung geleitet werde.

Volks-Zeitung – Nr.174 – Mittwoch. 27. Juli 1870 – S.1

Das Kaiserreich spielt in jeder Beziehung ein Vabanque.

Aus Paris schreibt man der **„Neuen fr. Presse“:**

„Das Kaiserreich spielt in jeder Beziehung ein Vabanque, bei dem es seine Existenz gegen die Existenz Frankreichs und das Glück Europas auf das Spiel setzt. Ein grausigeres Wagniß hat die Neuzeit kaum noch erlebt und erlitten. Nach Außen entfesselt und stachelt man alle Elemente des Hasses, alle Leidenschaften der Gloire und des nationalen Ehrgefühles, **man benützt alle Schlagworte der Demokratie und der Revolution, die Marseillaise und die nagenden Erinnerungen der Invasion von 1814 und 1815, um Hunderttausende in einen erbarmungslosen Eroberungs- und Verheerungskrieg gegen Deutschland zu hetzen.** Nach Innen hält man jede freiheitliche Regung, jede selbstständige Aeußerung, jede noch so berechtigte Opposition mit verstärktem Drucke nieder. Der Prozeß von Blois wird mit verdoppeltem Atmosphärendruck betrieben, die Journale werden dem straffesten Regimente unterzogen, alle liberalen Reformen, die zum Theile schon bewilligt, zum Theile angebahnt waren, werden sistirt; man verbietet jetzt schon unter den schwersten Strafen die Veröffentlichung jeder nichtoffiziellen Nachricht von dem Kriegsschauplatze auch dann, wenn die Dinge bereits so weit gediehen sind, daß der Feind aus keiner Indiskretion der französischen Presse mehr Vortheil ziehen kann; man entfernt die fähigsten Generale, wie Trochu, aus der aktiven Schlachtlinie, weil sie keine Imperialisten, sondern nur gute Franzosen sind, und was die schlimmste und schmachvollste Beleidigung ist, welche der mißtrauische Cäsarismus gerade in diesem Augenblicke der Nation ins Gesicht schleudern kann: man weigert sich, die seßhafte Nationalgarde im Innern massenhaft zu organisiren und zu bewaffnen, während man die Armee und die Mobilgarde an die Grenze fortreißt. Hinter dem Aufgebote der nationalen Entrüstung und der nationalen Wehrkraft zieht eben grinsend der Absolutismus und das dynastische Interesse als die treibende Initiative einher. In den denkenden Kreisen der Pariser Bevölkerung fängt der erste Rausch der Unwiderstehlichkeit einigermaßen zu verfliegen an, seitdem die moralische Macht Europas und die materielle Macht des ganzen Deutschland immer entschiedener Front gegen Frankreich macht.“

Englische Presse

Die wohlwollende Theilnahme, deren sich Deutschland in jüngster Zeit wenigstens bei dem größeren Theile der englischen Presse zu erfreuen gehabt hat, dauert namentlich bei der **„Daily News“** fort. Dieselbe schreibt nämlich mit vollkommnen richtigem Verständniß, was Deutschland in seinem Inneren bewegt:

„**Die Idee deutscher Einheit, eines einzigen und ungetheilten Vaterlandes des ganzen deutschen Volkes, kann nicht ohne Niederlage der französischen Idee vor sich gehen, wonach Frankreich, die erste Nation des Festlandes, der Leiter der Civilisation, der Schiedsrichter Europas zu bleiben begehrt. Ein einiges und ungetheiltes Deutschland wäre so groß wie Frankreich. Das politische Centrum dürfte zwischen Paris und Berlin oscilliren, wenn Berlin die Hauptstadt eines einigen Deutschlands werden sollte.**

Und doch hat auf solche Ziele eigentlich jede Bewegung französischer Politik hingearbeitet. Der französische Kaiser selber half mit an solcher Entwickelung, als er Oesterreich bei Solferino demüthigte, und er ging plötzlich auf seiner Bahn rückwärts, als er bemerkte, wohin er gehe. Oesterreich half mit an solcher Entwickelung, als es dem unwiderstehlichen Impulse des deutschen Volkes nachgab und mit Preußen zog, um das deutsche Holstein und das halbdeutsche Schleswig dänischer Herrschaft zu entreißen.

Im Jahre 1866 bemerkte Graf Bismarck, die deutsche Idee sei für die Verwirklichung reif, und Preußen wurde deren Champion bei Sadowa, und wäre es nicht um französischer Eifersucht willen gewesen, hätte man den Sieg verfolgen können und Deutschland wäre heute eins. Moralisch aber hat man den Sieg verfolgt, und daher das Schauspiel, das diese Woche geboten.

Das deutsche Volk ist eins und Preußen ist sein Führer.

Mit der Kriegserklärung hat Frankreich der deutschen Idee den Krieg erklärt, und Deutschland steht auf wie ein Mann, um das deutsche Vaterland zu vertheidigen. Sehr wahrscheinlich hegt man kaum noch die Hoffnung in Paris, Deutschland zu theilen und stückweise zu schlagen.

Donnerstag, 28. Juli 1870

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.174 – Donnerstag, 28. Juli 1870 – S.2

Der Allianzvertrags-Entwurf Frankreichs mit Preußen,

[vom französischen Botschafter Benedetti]

Berlin, 28. Juli. Die **„Spenersche Zeitung“** ist in die Lage versetzt worden, folgende wichtige Mittheilung zu machen:

,,Die französische Regierung hat im Laufe der letzten Jahre der preußischen wiederholt die Offensiv- und Defensiv-Allianz Frankreichs zu dem Zwecke angetragen, die Eroberung Belgiens durch Frankreich einerseits und die Einverleibung der Staaten Süddeutschlands in den Nordbund andererseits zu sichern. Der Entwurf eines dieser von der französischen Regierung vorgeschlagenen Vertragsprojekte, geschrieben von der Hand des Grafen Benedetti, findet sich niedergelegt im Departement der auswärtigen Angelegenheiten des Bundes.

Es scheint, daß die wiederholte Weigerung der Bundesregierung, sich auf Transactionen von dieser Natur einzulassen, die Regierung des Kaisers Napoleon zu dem Entschlusse bestimmt habe, vermittelst eines gegen Deutschland geführten Krieges die Gegenstände seines Begehrens (convoitise) zu erobern, welche die Loyalität der Bundesregierung ihm mit ihrer Hilfe gewinnen zu lassen verweigerte.

Schon vor dem Kriege von 1866 hatte Frankreich Preußen sein Bündniß mit dem Versprechen angeboten, daß seine Kriegserklärung gegen Oesterreich in einem festbestimmten Zeitraume derjenigen Preußens folgen und daß eine französische Armee von 300,000 Mann Oesterreich angreifen solle, wenn Preußen einwilligen wolle in gewisse, Frankreich auf dem linken Rheinufer zu machende Abtretungen.

Das Berliner Cabinet hat sich darauf beschränkt, seine Mitwirkung zu den ehrgeizigen Absichten der französischen Regierung zu versagen, ohne der öffentlichen Meinung Europas die Umtriebe zu denunciren, zu deren Mitschuldigen man sich dasselbe zu machen bemühte. Aber die Zeit scheint gekommen zu sein, um einer Politik die Maske abzureißen, welche sich selbst richtet.

[es folgt der Text des Allianzvertrags-Entwurfes, s..* The Times – Montag, 25.Juli 1870 – Nr.26.811 - S.9*]

Unsere Voraussetzung ist also nicht vollständig zutreffend gewesen; nicht Alles ist mündlich verhandelt, Herr v. Bismarck war seit Jahren schon im Besitze eines Aktenstücks, welches Louis Napoleon als den Landfriedenbrecher in Europa gebrandmarkt hätte. Wenn auch nicht im ersten Augenblicke die europäischen Regierungen sich gegen ihn gewaffnet, so wäre doch durch alle Völker ein Sturm des Unwillens gebraust, dessen Pression die Regierungen nicht hätten widerstehen können. Die Publikation der **„Spenersche Ztg.“** kann unsern Widerwillen gegen die Geheimnißkrämerei nicht abschwächen.

Breslauer Zeitung – Nr.345/ 346 – Donnerstag, 28. Juli 1870 – S.1

Der Allianzvertrags-Entwurf Frankreichs mit Preußen,

der der Hauptsache nach bereits in Nr. 344 der **„Bresl. Ztg.“** mitgetheilt worden ist, wird heute auch seinem Wortlaute nach von der **„Spenersche Ztg.“** veröffentlicht. Wir lassen ihn morgen folgen. Die „Spenersche. Ztg." begleitet die Veröffentlichung mit folgenden Worten:

„Die französische Regierung hat im Laufe der letzten Jahre der preußischen wiederholt die Offensive und Defensivallianz Frankreichs zu dem Zwecke angetragen, die Eroberung Belgiens durch Frankreich einerseits und die Einverleibung der Staaten Süddeutschlands in den Nordbund andererseits zu sichern.

Der Entwurf eines dieser von der französischen Regierung vorgeschlagenen Vertragsprojecte, geschrieben von der Hand des Grafen Benedetti, findet sich niedergelegt im Departement der auswärtigen Angelegenheiten des Bundes. Es scheint, daß die wiederholte Weigerung der Bundesregierung, sich auf Transactionen von dieser Natur einzulassen, die Regierung des Kaisers Napoleon zu dem Entschlusse bestimmt habe, vermittelst eines gegen Deutschland geführten Krieges die Gegenstände seines Begehrens (convoitise) zu erobern, welche die Loyalität der Bundesregierung ihm mit ihrer Hilfe gewinnen zu lassen verweigerte.

Schon vor dem Kriege von 1866 hatte Frankreich Preußen sein Bündniß mit dem Versprechen angeboten, daß seine Kriegserklärung gegen Oesterreich in einem festbestimmten Zeitraume derjenigen Preußens folgen und daß eine französische Armee von 300,000 Mann Oesterreich angreifen solle, wenn Preußen einwilligen wolle in gewisse, Frankreich auf dem linken Rheinufer zu machende Abtretungen. Das

Berliner Cabinet hat sich darauf beschränkt, seine Mitwirkung zu den ehrgeizigen Absichten der französischen Regierung zu versagen, ohne der öffentlichen Meinung Europas die Umtriebe zu denunciren, zu deren Mitschuldigen man sich dasselbe zu machen bemühte. Aber die Zeit scheint gekommen zu sein, um einer Politik die Maske abzureißen, welche sich selbst richtet."

Breslauer Zeitung – Nr.347 – Freitag, 29. Juli 1870 – S.3

Der Text des …. veröffentlichten Allianz-Vertrages lautet wie folgt:

Se. Majestät der König von Preußen und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen, es für nützlich haltend, die Freundschaftsbande, welche sie verbinden, enger zu knüpfen und die glücklicherweise zwischen den beiden Ländern bestehenden Beziehungen guter Nachbarschaft zu befestigen, andererseits überzeugt, daß, um dieses, überdies die Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu sichern geeignete Resultat zu erreichen, es ihnen obliegt, sich über Fragen zu verständigen, welche ihre zukünftigen Beziehungen angehen, haben sich entschlossen, zu diesem Zwecke einen Vertrag abzuschließen und in Folge dessen zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Se. Majestät u. s. w., Se. Majestät u. s. w, welche, nachdem sie ihre in guter und gebührender Form befundenen Vollmachten ausgetauscht, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. I. Se. Majestät der Kaiser der Franzosen läßt zu und erkennt an die Erwerbungen, welche Preußen in Folge des legten Krieges, den es gegen Oesterreich und seine Verbündeten führte, gemacht hat, eben so wie die für Aufrichtung des Bundes in Norddeutschland getroffenen oder noch zu treffenden Einrichtungen, indem er sich zu gleicher Zeit verpflichtet, der Erhaltung dieses Werkes seine Unterstützung zu leiden.

Art. II. Se. Majestät der König von Preußen verspricht, Frankreich die Erwerbung Luxemburgs zu erleichtern; zu diesem Zweck wird die genannte Majestät in Verhandlungen mit Sr. Majestät dem Könige der Niederlande eintreten, um denselben zu bestimmen, dem Kaiser der Franzosen seine Souveränetätsrechte über dieses Herzogthum abzutreten gegen eine Entschädigung, die für hinreichend erachtet werden wird, oder auf andere Weise. Um diese Transaction zu erleichtern, verpflichtet sich der Kaiser der Franzosen seinerseits beiläufig, die pecuniären Lasten auf sich zu nehmen, die sie mit sich bringen könnte.

Art. III. Se. Majestät der Kaiser der Franzosen wird sich einer föderalen Vereinigung des Nordbundes mit den Staaten Süddeutschlands, Oesterreich ausgenommen, nicht widersetzen, welche Vereinigung auf ein gemeinsames Parlament basirt sein kann, wobei aber in billigem Maße die Souveränetät besagter Staaten geachtet bleibt.

Art. IV. Seinerseits wird Se. Majestät der König von Preußen in dem Falle, daß Se. Majestät der Kaiser der Franzosen durch die Umstände bewogen werden sollte, seine Truppen in Belgien einrücken zu lassen oder es zu erobern, Frankreich die Beihilfe seiner Waffen gewähren und ihm mit allen seinen Land- und See-Streitkräften gegen und wider jede Macht beistehen, welche in diesem Fall ihm den Krieg erklären sollte.

Art. V. Um die vollständige Ausführung der vorstehenden Bestimmungen zu sichern, schließen Se. Majestät der König von Preußen und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen durch gegenwärtigen Vertrag eine Offensiv- und Defensiv-Allianz, welche sie sich feierlich aufrecht zu erhalten verpflichten;

- Ihre Majestäten machen sich überdies und ausdrücklich anheischig, dieselbe in allen Fällen zu beobachten, wo ihre respectiven Staaten, deren Integrität sie sich gegenseitig verbürgen, von einem Angriff bedroht werden sollten, indem sie sich für gebunden halten, in einem derartigen Falle ohne Zögern und ohne sich unter irgendwelchem Vorwand zu weigern, die militärischen Vorkehrungen zu treffen, welche durch ihr gemeinschaftliches Interesse in Einklang mit den oben angegebenen Clauseln und Voraussetzungen geboten sind.

Die Neuen Wogen der Zeit – Nr.88 – Donnerstag, 28. Juli 1870 – S.4

Zum Kriege mit Frankreich.

Frankreich scheint offenbar bemüht zu sein, sich für den gegenwärtigen Krieg Verbündete zu suchen, und es gewinnt wenigstens die Möglichkeit Raum, daß ihm dies mit Dänemark gelinge. **Die dänische Regierung hat zwar die Zusage ertheilt, daß sie neutral bleiben wolle, es dürfte unserer Meinung nach aber nicht viel darauf zu geben sein.** Thatsache ist, daß der dänische Janhagel neuerdings wieder viel Lust bezeugt, sich aufs Neue deutsche Prügel zu holen. Man wüthet und insultirt in Kopenhagen gegen Deutsche, speziell gegen Preußen in der gröblichsten Weise, und wenn die Regierung auch vielleicht einsichtiger ist, als die dänischen Pöbel-Politiker, so fragt sich doch noch, ob sie auch die Energie besitzt, auf der einen Seite den Verlockungen Frankreichs zu widerstehen und auf der anderen Seite die kopflose Strömung im eigenen Lande zu bemeistern.

Unglaubwürdiger schon erscheint die Nachricht, daß Napoleon auch von Italien eine Bündnißzusage erhalten habe. Wollte Italien an dem Kampfe Theil nehmen, so hätte es längst ganz anders rüsten müssen,

denn man kann dem italienischen Heere ebenso wenig nachsagen, daß es besonders schnell auf dem Platze sei, noch daß es als Feldarmee eine große Bedeutung hätte. Zudem würde die Regierung, welche den Siegen Preußens den Besitz der Provinz Venetien verdankt, durch ein Bündniß mit Frankreich sich jetzt jeden Funken von Sympathie im eigenen Lande verscheuchen und ihre eigene Existenz, deren Bedrohung durch revolutionaire Elemente sie nur mühsam im Schach zu halten mag, gradezu aufs Spiel stellen.

Für uns würde ein Bündniß zwischen Frankreich und Dänemark insofern etwas fatal sein, als dadurch die Truppenmacht in Schleswig-Holstein wesentlich verstärkt, wahrscheinlich ein ganzes Armee Corps dort aufgestellt werden müßte und der Angriff zur See vielleicht noch etwas nachdrücklicher geführt werden könnte; ein Bündniß zwischen Italien und Frankreich würde dagegen für Deutschland keine große Bedeutung haben. **Die Italiener in Schach zu halten, dazu gehört wahrlich nicht viel,** und ehe sie überhaupt auf dem Kampfplatz erscheinen, können die deutschen Heere längst in Paris sein.

Characteristisch sind übrigens die französischen Allianzverhandlungen schon um deshalb, weil sie beweisen, daß in Frankreich das Vertrauern zu der eigenen Kraft stark im Abnehmen begriffen ist. Wäre Frankreich so siegesgewiß, als man es dort ausposaunt, so brauchte man nicht mit der Diogeneslaterne nach fremder Unterstützung zu suchen. Die französischen Schreier, welche das linke Rheinufer (mindestens) mit einem Handstreich erobern wollten, werden denn auch schon ziemlich kleinlaut. Sie sehen ein, daß sich das Blatt bereits gewendet hat, daß die schnelle Heeres-Aufstellung in Deutschland für sie schon viel gefährlicher geworden ist, als ihre eigene für Deutschland. Deshalb ergreifen sie nunmehr Maßregeln für die Vertheidigung, statt für den Angriff; ja sie lassen bereits ihre Hauptstadt befestigen und armiren, was ebenfalls nicht grade darauf hindeutet, daß die Siegesgewißheit noch eine so absolute ist, wie man der Welt weißmachen wollte. Sollten endlich die Enthüllungen der **„Times“,** …., sich bestätigen, so kann Frankreich auch gegen England auf der Hut sein, denn das englische Cabinet läßt unzweifelhaft erkennen, daß es den von ihm übernommenen Schutz Belgiens sehr ernst auffaßt.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.174 – Donnerstag, 28. Juli 1870 – S.4

Frankreich. - Pressestimme

Nachdem die Franzosen durch ihre Regierung in einen Krieg wider Willen verwickelt sind, möchte sie einen, wenn auch nicht gerechten, so doch wenigstens vortheilbringenden Zweck für die Opfer finden, denen sich zu entziehen sie nicht die Kraft haben. Es ist, als ob sie Scham empfinden für dynastische Launen Blut zu vergießen. Aus diesem Gefühl allein können wir uns nachstehenden Artikel des **„Siècle“** über das vom Minister des Aeußern an die diplomatischen Agenten gerichtete Rundschreiben erklären. Das Blatt schreibt:

„Herr de Gramont stellt die Beweggründe zu dem gegenwärtigen Kriege dar. Wir bedauern konstatiren zu müssen, daß man sich begnügt, als legitime Ursachen des Krieges die Zwischenfälle anzuführen, welche sich auf die Bewerbung des Prinzen von Hohenzollern um den spanischen Thron beziehen. Die Auseinandersetzungen, welche er über den Gegenstand darbringt, lassen wir ungewürdigt. Eine Würdigung derselben wäre – vollkommen unnütz. Es ist in diesem Augenblicke in der That die fast ebenso bald als sie bekannt geworden zurückgezogene Thronkandidatur kein so wichtiges Ding. Wende man nicht ein, der diplomatische Brauch heische, daß man in ähnlichen Fällen die wahren Kriegsmotive nicht berücksichtigen, um nur den Vorwand davon vorzubringen. Ist das diplomatischer Brauch, so ist das ein ganz abscheulicher Brauch.

Was uns anbetrifft, so gestehen wir offen, daß wir nicht ohne ein Gefühl von Beschämung den Minister des Auswärtigen sehen, wie er, um den Krieg zu rechtfertigen, keine andere deutlich angegebene Beschwerde findet, als die einer zu Wasser gewordenen Thronkandidatur. Aus dem Rundschreiben läßt sich allerdings hie und da etwas nicht Ausgedrücktes herauslesen; allein es ist so bemäntelt, daß man es nicht in Anschlag bringen kann. Was wäre dann der Zweck des Kampfes? Was wäre der Preis für die Blutopfer, die wir darbringen sollen? Einen preußischen Prinzen abzuhalten, in Spanien zu regieren? Aber es ist ja nicht mehr die Rede davon, wenn überhaupt – was wir des Entschiedensten bestreiten – diese Candidatur jemals wirkliche Erfolgchancen gehabt hat. Welches Ergebniß verfolgen wir denn? Wir wissen nicht, was die Regierung dazu meint, allein wir können sagen, welches die Meinung einer großen Anzahl Patrioten. Erscheint der Gedanke nicht allgemein zulässig, so wird man uns widersprechen**.**

Nun wohl, viele Patrioten denken, der Krieg müsse, da er einmal eine nicht mehr zu ändernde Thatsache geworden, wenn er nicht eine fruchtlose Thorheit (une stérile folie) sein solle, Frankreich wieder zu der Sicherheit seiner Ostgrenzen verhelfen, die es seit 1815 nicht mehr besitze. Wir haben uns nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu mischen, aber es ist unsere Pflicht, uns gegen die uns bedrohende Gefahr zu sichern, wenn vor einem centralisirten und militarisierten deutschen Kaiserreiche die Thore

unseres Landes offen bleiben. Die Zurückgabe von Landau und Saar-Louis, dieser alten französischen Städte, nebst den angrenzenden Cantonen und füglich die Ausfüllung der Lücke im Elsaß und der Lücke in Lothringen ist das Mindeste, was wir, da das Schwert einmal gezogen ist, zu fordern verpflichtet sind, ehe wir es wieder in die Scheide stecken. Diese dem Flächen Inhalt nach wenig beträchtlichen, aber für unsere Sicherheit wesentlichen Distrikte waren uns 1814 belassen worden, und hat man uns – das wolle man wohl beachten! – erst nach Waterloo geraubt.

Was den Rest der deutschen Provinzen am linken Rheinufer anbetrifft, so wollen die intelligenten Patrioten in Frankreich die Annexion derselben keineswegs. Es wäre das ein Frankreich angehängtes anderes Venetien. **Allein das National-Interesse erfordert zum Mindesten ihre Neutralisirung, die, gleich der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, unter die Garantie der europäischen Mächte zu stellen**. Deutschland würde dadurch an Sicherheit Nichts einbüßen, da der Rhein seine Barriere bildet, und wir würden dabei jene Reciprocität in der Defensive gewinnen, die wir wohl zu fordern berechtigt sind – **(So?)** – und die wir ohne Krieg anno 1866 erhalten hätten **(!!)**, wenn unsere Regierenden ihrer Aufgabe gewachsen gewesen wären. Wir wissen, wie gesagt, nicht, was die Kaiserliche Regierung will; ist aber der Krieg für sie kein bloßes Dynastisches Unternehmen, so ist es ihre Pflicht, sich darüber zu erklären und in ihren offiziellen Erklärungen sich nicht länger bei jener kindischen spanischen Chikane aufzuhalten, um die sich das Volk, dessen bestes Blut geopfert werden soll, nie bekümmert."

Volks-Zeitung – Nr.175 – Donnerstag, 28. Juli 1870 – S.2

Die Oberherrschaft des französischen Kaiserreichs in Europa begründen

Berlin, 27. Juli 1870. Durch die neueste von London aus provozirte Enthüllung, die in dem obenstehend mitgetheilten Wortlaut des von Frankreich der preußischen Regierung angebotenen Allianztraktates vor uns liegt, sind der Welt die Augen endlich geöffnet über die eigentlichen Triebfedern des von Frankreich unter den lügenhaftesten Vorwänden in unerhört frivoler Weise heraufbeschworenen Krieges. **Aller Welt ist dadurch klar gelegt, daß der Kaiser der Franzosen es wieder ist, der wie ehemals der Gründer der Dynastie Bonaparte das angeblich von Preußen bedrohte europäische Gleichgewicht verändern wollte, um die Oberherrschaft des französischen Kaiserreichs in Europa zu begründen.** Wir rechnen es auch durchaus nicht dem Grafen Bismarck zum besonderen Verdienst an, daß er, wie ebenfalls mitgetheilt wird, die auf Luxemburg und Belgien gerichteten Eroberungspläne des Franzosenkaisers einfach zurückgewiesen hat, denn es würde von Seiten eines deutschen und preußischen Staatsmannes die kurzsichtigste Politik gewesen sein, wenn er darauf eingegangen und sich nicht nur die Verachtung des ganzen deutschen Volkes, sondern auch den berechtigten Haß und die Feindschaft der englischen Regierung zugezogen hätte.

Der Grundsatz des österreichischen Ministers Schwarzenberg: „Man muß Preußen erst erniedrigen und dann vernichten" („Il faut avilir la Prusse et puis démolir") würde von Frankreich, das nach Erreichung seiner Wünsche leicht Vorwände gefunden hätte, das moralisch geschwächte Preußen dennoch mit Krieg zu überziehen, mit Erfolg angewandt worden sein. Durch die Enthüllung der französischen Eroberungspläne sind nun aber die vorläufig unbetheiligten Mächte, die mit größerer oder geringerer Aufrichtigkeit zur Beobachtung einer neutralen Haltung in dem bevorstehenden Kriege sich entschlossen haben, gewarnt, und **insbesondere England wird nicht nur seiner Neutralitätsproklamation eine strengere und für Deutschland günstigere Auslegung geben müssen als bisher, sondern auch ein wachsames Auge darauf haben müssen, daß die Neutralität Belgiens, Luxemburgs und der Schweiz von Frankreich in keiner Weise verletzt wird.** Wir sind überzeugt, daß die unmittelbare Folge der neuesten Enthüllungen Interpellationen im englischen Parlamente sein werden zum Zwecke, die in englischen Fabriken und auf englischen Schiffen unter dem Schutze der englischen Neutralität besorgte Waffenfabrikation und Kohlenzufuhr für Frankreich als der Ehre Englands im hohen Grade zuwiderlaufend, in schärfster Weise zu rügen.

Breslauer Zeitung – Nr.347 – Freitag, 29. Juli 1870 – S.7

Großbritannien. **London, 23. Juli**.

Ueber den gegenwärtigen Wendepunkt in den Geschicken Deutschlands bringt die heutige **„Saturday-Review“** folgenden sehr bemerkenswerthen Artikel:

Der König von Preußen steht an der Spitze der Heere des vereinten Deutschlands. Daß Deutschland einig und daß der König ohne das aller geringste Sträuben, ohne alle Eifersucht im Stande ist, die sämmtlichen Truppen aller deutschen Staaten ins Feld zu führen, ist ein wahrhaft wunderbares Ereigniß. Für den Augenblick wenigstens sind die Deutschen Ein Volk, und nichts dem ähnliches, oder auch nur annähernd ähnliches ist jemals im modernen Europa gesehen worden. Das deutsche Volk hat sich von Oesterreich, es hat sich von seinen Fürsten losgemacht, es ist einig und hat einen Führer. Dies hat es vor Allem sich selbst zu verdanken. Das Volk war es, das den Freiheitskrieg begann, das sich an der Einheitsidee festklammert inmitten der Eifersucht der Höfe und der Intriguen der Minister. Das Volk selbst hat sich zu dem gemacht, was es ist durch das Unterrichts- und Wehrsystem Norddeutschlands.

Graf Bismark hat gethan so viel als ein Mann irgend thun konnte, um eine Nation zu gründen, aber Nationen lassen sich nicht von einem Mann ins Leben rufen. **Das Geheimniß der neuen Stärke Deutschlands liegt in dem Bewußtsein des Werthes und der Kraft, welches die Deutschen ergriffen hat**. Sie fühlen, daß sie und ihr Land ein Recht haben zu sein. Die Intriguen von Ministern oder die Erfolge von Generalen vermögen nicht einen Geist zu erwecken, wie der, der jetzt aus dem gesammten deutschen Volk athmet. Es war das Volk von Baiern und das Volk von Würtemberg, die in einem Augenblick beschlossen, daß Süddeutschland mit Norddeutschland zur Vertheidigung des Vaterlandes zusammenwirken müsse. Die Landleute des Rheinlandes wissen, daß ihnen unmittelbar Verderben droht und doch rufen sie ihn herbei, um selbst um diesen Preis ihre Heimath dem gemeinsamen Vaterlande zu erhalten. Ein größerer Sieg des Gedankens ist im neueren Europa nie gesehen worden. Es mag Frankreich gelingen, Deutschland auseinander zu zerren, Provinzen von Deutschland abzureißen, die durchaus deutsch sein wollen. Aber für den Augenblick wenigstens besteht Deutschland als ein großes festes einmüthiges Ganzes. Und Frankreich ist eines der Hauptwerkzeuge gewesen, um die Einigung Deutschlands zu Stande zu bringen. **Der Napoleon I. hat die Deutschen belehrt, welch furchtbares Elend ihrer harrt, wenn sie uneinig sind. Napoleon III. hat sie belehrt, daß die Gefahr, welcher sich Deutschland durch Mangel an Einheit aussetzt, eine immerwährende ist**. **Frankreich steht auf dem Punkt, wenn es kann, die Deutschen zu erdrücken oder zu vernichten, und unter der Drohung Frankreichs werden sie ganz und gar einig. Sogar in den Provinzen, die bis vor Kurzem Preußen als einen übermüthigen Eroberer haßten, herrscht jetzt nur ein Gefühl: das Verlangen, Frankreich zu zeigen, daß Deutschland entschlossen ist zu sein.**

Wenn jemals Vaterlandsliebe in edler und mächtiger Weise ans Licht getreten, so gilt das im gegenwärtigen Augenblick von Deutschland und man kann gewiß sagen, daß es ein furchtbarer Verlust für die Menschheit und für Europa sein würde, wenn eine Vaterlandsliebe von so hoher Art ohne Ergebniß bliebe, wenn es der rohen Gewalt und dem Mitrailleur gelingen sollte, sie niederzuwerfen.

Auch die Franzosen sind intensiv patriotisch und es ist gar keine Frage, daß sie auf irgend eine sonderbare Weise zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß das Recht auf ihrer Seite sei, und daß es ihnen zustehe zu sagen, der deutsche Patriotismus sei für sie eine Beleidigung, eine Beschimpfung, welche sie nicht dulden könnten. Sollen wir aber zwischen den Streitenden ein Urtheil abgeben, so bemerken wir, **daß die Deutschen gar nichts dagegen haben, daß der französische Patriotismus sich frei äußere, so lange er nur seine Nachbarn in Frieden läßt**. Andererseits ist deutscher Patriotismus etwas so Neues, und es ist so wohlthuend, daß ein neues großes patriotisches Volk ins Dasein gerufen worden ist. Kein Mensch hatte ein größeres Interesse, als der Kaiser Napoleon, sich zu vergewissern, ob dieser Patriotismus wirklich vorhanden war, oder nicht, und offenbar hat er sich verrechnet. Er hatte keine Vorstellung, daß Süddeutschland, welches den ersten Anprall des Krieges auszuhalten hat, ohne Weiteres seine Einheit mit Preußen und dem Norden verkünden würde. Er dachte, er könne seinen Streit mit Preußen auf dieses allein beschränken und Preußen sei durch die Abneigung seiner unfreiwilligen Unterthanen unterwühlt. **Daß eine Woche nach der Kriegserklärung die Könige von Baiern und Würtemberg den Dank ihrer Unterthanen empfangen würden, dafür, daß sie gegen die Franzosen kämpfen dürfen, muß ihm so unwahrscheinlich als irgend möglich vorgekommen sein.** Wenn der Geschichte als Führer zu trauen war, so hätte man sicher erwarten sollen, daß die Süddeutschen zuerst zaudern, dann hin und her ziehen und dann sich mit Frankreich vereinigen würden. Vor Kurzem ist eine

an den französischen Vertreter in Würtemberg gerichtete Reihe von Fragen veröffentlicht worden, aus denen hervorgeht, daß die französische Regierung sich auf die Zwistigkeiten in den süddeutschen Staaten verließ, und auf die Hilfe einer französischen Partei in diesen Staaten rechnete. Es scheint, daß selbst in Berlin die außerordentliche Bereitwilligkeit der Südstaaten, gemeinschaftliche Sache mit dem Norden zu machen, eben so große Ueberraschung als Freude verursacht hat.

Wenn ehemals ein deutscher Fürst zu dem Entschluß gekommen war, einem andern zu helfen, so lag ihm immer daran, seinen Beistand so unwirksam als möglich zu machen und eifersüchtig ein besonderes Commando zu fordern. Jetzt aber gehorchen die Südstaaten ohne Einwendung dem Befehl, ihre Truppen zur Verfügung des Kronprinzen von Preußen zu stellen. Ihre Soldaten sind in allem Wesentlichen ein Theil des preußischen Heeres und sie sind stolz darauf, es zu sein. Sie fühlen ein Vertrauen unter der Führung des Siegers von Sadowa, wie sie es nicht empfänden, wenn sie von einheimischen Generälen und Prinzen befehligt würden.

Man kann zwar den Ausgang dieses Krieges nicht voraussagen, das aber ist sicher, daß alle Verhältnisse des Kampfes auf Seite Deutschlands sich seit der Zeit Napoleons I. geändert haben. Damals besaß Frankreich Belgien und Holland. Jetzt ist Deutschland auf seiner langen Rheingrenze von der Mosel bis zur Waal durch Nationen gedeckt, die entschlossen sind, ihre Neutralität aufrecht zu erhalten. Das linke Rheinufer war damals in Frankreichs Hand gefallen; gegenwärtig sind die überrheinischen Theile Deutschlands nicht nur Preußens Eigenthum, sie sind auch offenbar preußisch gesinnt, sie sind ferner durch starke Festungen beschützt. Auch zu Napoleons I. Zeiten gab es in Deutschland viele nicht unberühmte Festungen; er machte sie aber immer nutzlos, indem er dafür sorgte, daß sie ihm verrathen wurden. Jetzt ist das Alles gänzlich verändert. Deutschland hatte die Demüthigung, die es damals ertragen mußte, gründlich verdient, aber selbst zu jener Zeit bedurfte es des militärischen Genius Napoleons, um die Deutschen zu schlagen. Seine Feldherren erlitten oft Niederlagen, die, wären die Deutschen nur einigermaßen anständig geführt worden, den Eindringlingen hätten verderblich werden müssen.

Es ist nicht immer erfreulich, die Anzeichen des Wachsthums einer Nation mit anzusehen. Es hat seit 55 Jahren auch in Deutschland nicht an mancher Ueberspannung gefehlt. Aber trotz alledem, trog Frankreich, trotz seiner Fürsten, trotz seinen eigenen Fehlern ist Deutschland seit einem halben Jahrhundert bald langsam, bald schneller emporgekommen, bis es endlich ein Volk geworden ist und Frankreich in Waffen unter Bedingungen gegenübertritt, die den französischen Kaiser und alle seine Unterthanen, welche etwas mehr thun als schreien und Preußen lästern, fühlen lassen, daß, was Frankreich auch thun mag, um es zu verhindern, Deutschland dennoch Deutschland bleiben wird.

Breslauer Zeitung – Nr.347 – Freitag, 29. Juli 1870 – S.7

Die Rede des Kaisers und das neueste Circular Gramonts

wird verschiedenartig beurtheilt. Die **„Times“** spottet über die Logik des kaiserlichen Arguments: „Ein Krieg ist Recht, sobald er mit Zustimmung des Landes und seiner Vertreter geführt wird“ – und giebt dem hohen Redner zu erwägen, daß in solchem Falle jener Krieg, der dem Kaiserreich der hundert Tage ein Ende gemacht, die in jenem Argument aufgestellten Bedingungen erfüllte, denn damals habe alle Welt zu jenem Kriege Ja gesagt.

Was den von Herrn Schneider citirten Ausspruch Montesquieu's betreffe, wonach nicht der, welcher Krieg erklärt, sondern der, welcher ihn hervorgerufen, als Kriegsurheber anzusehen sei, so wäre es, meint die „Times“, am besten, abzuwarten, ob das „Urtheil beider Hemisphären“ eben so klar und entschieden über die Persönlichkeit des diesmaligen Urhebers denke, als Herr Schneider zu denken im Stande gewesen. Eines gereiche dem Beobachter zur Genugthuung, nämlich der Umstand, daß der Herzog von Gramont gewisse frühere Beschuldigungen ganz aufgesteckt habe, darunter die von der dem französischen Gesandten widerfahrenen Insultirung, und die Behauptung, daß die preußische Regierung diese Insultirung mit Schadenfreude allen Höfen Europa's insinuirt habe. Bismarck und Thile wegen unter früherem Datum gethaner Aeußerungen herhalten, obwohl die Candidatur selber zu den abgethanen Dingen gehöre. So beredt der Herzog auch zu Werke gehe, auf eine, sich Jedermann aufdrängende Frage bleibe er die Antwort schuldig, nämlich, weshalb die Ursache des gegenwärtigen Streites nicht zu jener Rubrik gehöre, für welche das Protokoll von 1856 im Hinblick auf neutrale Vermittlung so löbliche Vorsorge getroffen habe. Habe man besorgt, daß das Schiedsrichter-Urtheil gegen die kaiserlichen und ministeriellen Grundsätze hätte ausfallen können?

*

Die **„Daily News“** bemerkt ebenfalls, daß man, wie Gramonts Circular ergebe, französischerseits den mit so vieler Heftigkeit als Kriegsgrund betonten Vorwand, daß der französische Gesandte vom König von Preußen insultirt sei, fallen gelassen habe. Das Zurückkommen auf die Hohenzollern-Candidatur und namentlich auf so frühe Stadien als 1869 sei überflüssig, denn Europa habe längst aufgehört, irgend eine Verbindung zwischen dem Krieg und jener Candidatur zu entdecken. Gramonts Rühmen, daß Frankreich sich seit vier Jahren gerüstet habe, sei allein schon eine Widerlegung aller früheren Friedensversicherungen. In einem wichtigen Punkt habe sich Frankreich bereits verrechnet, in der Haltung der Süddeutschen Staaten, bei denen die Rückerinnerung an die durch Napoleon I. in Deutschland verübten Greuel stärker sei, als das Gefühl der Stammesunterschiede.

Volks-Zeitung – Nr.176 – Freitag, 29. Juli 1870 – S.1

Zur neuesten Enthüllung.

Der neueste **Staatsanzeiger** enthält Folgendes: Nachdem die Minister Ihrer Majestät der Königin von England, bei Gelegenheit der Interpellationen über den Abdruck des Benedetti'schen Vertrags-Entwurfs in der **„Times“** erklärt haben, daß sie darauf rechneten, die betheiligten Regierungen würden sich zur Sache äußern; so ist der Herr Bundeskanzler dieser Erwartung dadurch nachgekommen, daß er vorläufig und vorbehaltlich ausführlicher aktenmäßiger Darlegung in einer schriftlichen Mittheilung den nachstehenden telegraphischen Erlaß an den norddeutschen Botschafter in London, Grafen Bernstorff, gerichtet hat:

„Ew. Excellenz wollen an Lord Granville, vorbehaltlich schriftlicher Darlegung, Folgendes mittheilen. **Das Aktenstück, welches die „Times“ veröffentlicht hat, enthält einen der verschiedenen Vorschläge, welche uns seit Beginn des dänischen Streites bis vor Kurzem durch amtliche und außeramtliche französische Agenten gemacht worden sind, um zwischen Preußen und Frankreich ein Bündniß zum Zweck beiderseitiger Vergrößerung herbeizuführen.**

Ich werde Ew. ec. noch den Text eines anderen vom Frühjahr 1866 schicken, ebenfalls das Anerbieten einer Offensiv- und Defensiv-Allianz enthaltend, vermöge welcher Frankreich 300,000 Mann gegen Oesterreich und sechs bis acht Millionen Vergrößerung für Preußen versprach, gegen Abtretung eines Landstriches zwischen Rhein und Mosel.

Die Unmöglichkeit für mich, auf dergleichen einzugehen, war gewiß Jedermann, nur nicht der französischen Diplomatie klar. Nachdem wir im Juni 1866 diese und andere Vorschläge abgelehnt, begann damals die französische Regierung, auf unsere Niederlage und deren Ausbeutung zu rechnen und dieselbe diplomatisch vorzubereiten. Nach Eintritt der patriotischen Beklemmungen des Ministers Nouher hat Frankreich nicht aufgehört, uns durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen. Im Interesse des Friedens bewahrte ich das Geheimniß über diese Zumuthungen und behandelte sie dilatorisch (hinzögernd).

Nach Störung der bescheidenen luxemburgischen Bestrebungen Frankreichs durch bekannte öffentliche Vorgänge, wiederholten sich die erweiterten Vorschläge, welche Belgien und Süddeutschland umfaßten. In diese Zeit 1867 fällt die Mittheilung des Benedettischen Manuskripts. Daß der französische Botschafter ohne Genehmigung seines Souveräns eigenhändig diesen Entwurf formulirt und mit mir darüber wiederholt verhandelt habe, ist unwahrscheinlich. Die verschiedenen Phasen französischer Verstimmung und Kriegslust, welche wir von 1866 bis zur belgischen Eisenbahnfrage durchgemacht haben, coincidirien (fielen zusammen) mit der Neigung oder Abneigung, welche die französischen Agenten bei mir für diese Verhandlung zu finden glaubten.

Die schließliche Ueberzeugung, daß mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen sei, wird den Entschluß gereift haben, eine solche gegen uns zu erkämpfen. Ich habe sogar Grund zu glauben, daß, wenn diese Veröffentlichung unterblieben wäre, nach Vollendung der französischen und unserer Rüstungen uns von Frankreich das Anerbieten gemacht sein würde, an der Spitze beider gerüsteter Heere dem unbewaffneten Europa gegenüber gemeinsam das Benedettische Programm durchzuführen, d. h. auf Kosten Belgiens Frieden zu schließen. Der in unserer Hand befindliche Entwurf, welchen Lord A. Loftus gesehen hat, ist von Anfang bis zu Ende einschließlich der Korrekturen, von der dem englischen Botschafter bekannten Hand des Grafen Benedetti geschrieben.

Wenn das kaiserlich französische Cabinet Bestrebungen, für welche es seit 1864, zwischen Versprechungen und Forderungen wechselnd, ohne Unterbrechung bemüht gewesen ist, uns zu gewinnen, heute ableugnet, so ist das Angesichts der politischen Situation erklärlich.“

Die Neuen Wogen der Zeit – Nr.89 – Samstag, 30. Juli 1870 – S.4

Zum Kriege mit Frankreich.

Aus Cöln wird gemeldet, daß England wiederholt geduldet hat, daß seine Neutralität verletzt wurde. Es hat unbeanstandet Pferdelieferungen für die französische Regierung und Lieferungen von Büchsen und Patronen durch Birminghamer Handelshäuser zugelassen, auch hört man noch nichts, daß von Seiten des englischen Cabinets irgend welche Schritte geschehen seien, um die Kohlenversorgung der Flotte durch Schiffe aus Newcastle zu inhibiren. Faßt England (vielleicht aus reiner Krämer-Politik) seine eigene Neutralität so auf, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn eines Tages die Franzosen es auch mit der belgischen Neutralität nicht so genau nehmen, wie sie es ihrerseits bereits mit Luxemburg bewiesen haben, in das wiederholt zügellose Banden wilder Soldateska, die Marseillaise singend, eindrangen.

*

Graf Bismark hat wieder einen jener kühnen diplomatischen Schachzüge gethan, in denen er bekanntlich Meister ist. Die rechtzeitige Veröffentlichung der französischen Allianz-Verhandlungen, d. h. die Diebes-Anerbietungen an Preußen, ist sein eigenstes Werk. Er hat diese Schriftstücke Jahre lang vor den Augen der Welt sorgsam gehütet, um im entscheidenden Moment damit dem großen Intriganten in Paris die Maske vom Gesicht zu reißen und seine Diebes-Gelüste der Welt klar und unwiderleglich zu beweisen. Daß damit auch zugleich dem raschen Anschluß der Südstaaten an Preußen ein kräftiger Sporn versetzt ist, braucht wohl nicht erst angeführt zu werden.

Berlin, 28. Juli. Der **„Staats-Anzeiger“** veröffentlicht den telegraphischen Erlaß des Grafen Bismark an den Botschafter des norddeutschen Bundes in London, Grafen v. Bernstorff, worin Graf Bismark demselben außer den bereits bekannten Enthüllungen mittheilt, daß nach 1866 Frankreich nicht aufgehört hat, Preußen durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen. Graf Bismarck habe im Interesse des Friedens diese Zumuthung geheim gehalten und dilatorisch behandelt. Der Erlaß schließt:

> **„Die schließliche Ueberzeugung, daß mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen sei, dürfte den Entschluß gereift haben, solche gegen uns zu erkämpfen. Ich habe Grund sogar, zu glauben, daß, wenn diese Veröffentlichung unterblieben wäre, nach Vollendung der französischen und unserer Rüstungen Frankreich uns angeboten hätte, an der Spitze unserer bewaffneten Heere dem unbewaffneten Europa gegenüber gemeinsam das Benedettische Programm durchzuführen, das heißt auf Kosten Belgiens den Frieden zu schließen.“**

Dem englischen Botschafter am Berliner Hofe Lord Loftus wurde schon am Sonntag von Graf Bismarck die Mittheilung gemacht, daß ihm der von der bekannten Handschrift Benedettis geschriebene und jetzt publicirte Vertrags-Entwurf jederzeit zur Einsicht geboten stehe.

Die **„Kreuz-Zeitung“** fragt, **anknüpfend an die Veröffentlichung des französischen Allianz-Anerbietens, ob das neutrale England auch jetzt noch fortfahren wird, seine Waffen-Fabriken zu französischen Gewehrlieferungen herzugeben und seine Schiffe zu französischen Transport-Fahrzeugen chartern zu lassen.**

Wir hoffen, daß England jetzt die Augen aufmacht und die französische Brille abwirft, welche englische Kohlen als nicht Kriegskontrebande erscheinen lassen will. Deutschland erwartet, daß England seine Schuldigkeit thue. Ohne die Newcastler Kohlen sei die französische Flotte in der Ostsee unhaltbar.

Die halbamtliche **„Nordd. Allg. Ztg.“** droht Frankreich noch mit ferneren Enthüllungen über seine Räuber-Politik. **Die preußische Regierung habe auch noch andere Actenstücke zur Verfügung, so z.B. über Verhandlungen, welche der Prinz Napoleon bei seinem Besuche in Berlin angeknüpft habe und deren Gegenstand hauptsächlich die französische Schweiz und gewisse Gebietstheile Ober-Italiens bildeten.**

Vom Kriegsschauplatz.

Ueber Amsterdam trifft die Nachricht ein, daß der Kaiser Napoleon sich am 28. Juli zur Armee begeben hat.

Paris. 28. Juli. (Auf indirektem Wege.) Das offizielle Blatt veröffentlicht die Proklamation des Kaisers an die Rheinarmee, d. d. Metz, 28. Juli. Dieselbe lautet:

„Gleiches wird heute der Fall sein. Der Krieg wird lange und mühevoll sein, aber Nichts übertrifft die zähe Kraft der Soldaten, welche in Afrika, der Krim, in Italien und Mexiko kämpften, welchen Weg immer wir außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes einschlagen, wir finden stets die ruhmreichen Spuren unserer Väter. Wir werden uns ihrer würdig zeigen. Ganz Frankreich begleitet Euch auf Euren Wegen mit seinen glühendsten Wünschen; das Weltall hat seine Augen auf Euch gerichtet. Von unserem Erfolge hängt das Schicksal der Freiheit und der Zivilisation [!!] ab; thue Jeder seine Pflicht; der Gott der Schlachten wird mit uns sein.“

Volks-Zeitung – Nr.178 – Sonntag, 31. Juli 1870 – S.1

Das von der Hand des Grafen Benedetti herrührende Vertrags-Dokument

Berlin, den 30. Juli 1870. Das **Pariser amtliche Blatt** veröffentlicht über das von der Hand des Grafen Benedetti herrührende Vertrags-Dokument, bezüglich einer Eroberung Belgiens, wie telegraphisch gemeldet wird, ein Schreiben Benedettis vom 29. Juli, in welchem behauptet wird, „Graf Bismarck habe verschiedene Male sich erboten, Frankreich bei der Annexion Belgiens behilflich zu sein als Kompensation gegen eine Vergrößerung Preußens. Der in der **„Times“** veröffentlichte Vertragsentwurf sei von Benedetti nach dem Diktat des Grafen Bismarck geschrieben. Der Kaiser habe diese Propositionen stets zurückgewiesen. Seit dem Prager Frieden habe kein neues Pourparler (Besprechung) über diesen Gegenstand stattgefunden.“ –

Hierauf antwortet die offiziöse **„Norddeutsche Allgemeine Ztg.“:** Groß, aber nicht glücklich im Lügen so ungefähr wird wohl alle Welt diesen Versuch der französischen Regierung beurtheilen, den Eindruck des fatalen Vertragsdokuments von der Hand des Grafen Benedetti zu verwischen. Graf Bismarck – so will die französische Regierung, daß man glaube – hat den Vertrag diktirt und der Botschafter Sr. Majestät von Frankreich hat dem Bundeskanzler gegenüber die Rolle eines Schreibers gespielt.

Die ungeheure Lächerlichkeit dieser Aufstellung spricht für sich selbst und seit 1865 fordert der preußische Minister Frankreich dazu auf, Vergrößerungen in den französisch sprechenden Ländern, der Schweiz und Belgien zu suchen?

Die Rollen haben sich also völlig vertauscht. Nicht die französische Regierung, nein, ein preußischer Minister fordert zu einer Verstärkung Frankreichs auf? Die Welt steht in der Vorstellung der französischen Staatsmänner, wie es scheint, bereits auf dem Kopfe. Und nun noch Eins: Der famose Vertragsentwurf stipulirt für Frankreich die denkbar stärksten Vergrößerungen.

Preußen soll sich engagiren, dem ganzen Europa gegenüber Frankreichs Eroberungen zu vertheidigen – und dieses Preußen selbst was erhält es als Gegenleistung? Die Erlaubniß Frankreichs, daß die süddeutschen Staaten, welche militärisch bereits eins mit uns sind, dem norddeutschen Bunde beitreten. Warum haben wir diese Staaten nach dem Kriege von 1866 denn nicht genöthigt, dem Bunde beizutreten? Weil wir wußten, daß ein großer Theil der Bevölkerung diesem Beitritt abhold ist. So hat auch der Graf Bismarck des Oefteren erklärt, daß dieser Eintritt nur auf selbstständigen Antrag der Südstaaten erfolgen könne. Ein erzwungener Beitritt war für die deutsche Machtstellung überflüssig, wegen der Schutz- und Trutz-Bündnisse. Und nun soll plötzlich der Graf Bismarck all seinen Grundsätzen untreu werden, durch eine Verschwörung mit Frankreich die Schutz- und Trutzbündnisse zerreißen, Preußen durch den Beistand, den es Frankreich zu leisten verspricht, aller Welt diskreditiren, um an den Süddeutschen, nach solchen Vorgängen mit vollem Recht, feindliche Bundesgenossen zu haben. In der That – die Initiative für einen derartigen leoninischen Vertrag Preußen zuschreiben, wo alle realen Vortheile auf Frankreichs Seite sind, während wir alle Lasten zu tragen hätten, nein, so uneigennützig und bornirt ist doch die preußische Diplomatie nicht. Und seit wann lassen die Botschafter großer Staaten sich als Kopisten mißbrauchen für schriftliche Zumuthungen, welche die Regierung des von dem Botschafter vertretenen Landes verwirft?

Aus London, 29. Juli, wird telegraphirt: Ober-Haus. Malmesbury erbittet weitere Aufschlüsse über den Belgien betreffenden Traktatsentwurf. **Granville verliest das gestrige Telegramm des Grafen Bismarck, welches die französischen Anschläge gegen Belgien, Luxemburg und die Schweiz enthüllt**. Dasselbe sei bereits in Berlin veröffentlicht. Weiter theilt Granville eine ihm von dem französischen Botschafter Marquis Lavalette im Namen des Herzogs von Gramont gegebene Darstellung mit, welche die Behauptung aufstellt, daß Graf Bismarck Frankreich zu Vergrößerungen aufgefordert habe. „Derselbe drängte seit 1865 Frankreich zu Vergrößerungen in den französisch sprechenden Ländern (Schweiz, Belgien). Frankreich lehnte alle diese und spätere Zumuthungen ab. Hr. v. Benedetti schrieb den Vertragsentwurf, während Graf Bismarck diktirte. Letzterer wollte Frankreich in Verschwörungen gegen Belgien verwickeln.“

Die **„Kreuzzeitung“** enthält folgende boshafte Bemerkung: Der britische Botschafter Lord Loftus [*] ist, anscheinend, um peinlichen Erörterungen in Betreff der von England in so seltsamer Weise geübten Neutralität aus dem Wege zu gehen, nach Potsdam übergesiedelt.“

**[Lord Augustus Loftus, *04.10.1817-+07.03.1904; englischer Diplomat von 1858 – 1862 in Wien, Berlin, München, in Preußen und Norddeutschem Bund von 1866 – 1871.]*

„In Frankreich hinein!“

Ein Lied für heute, von E. M. Arndt gedichtet,
„als Thiers die Wälschen aufgerührt hatte, Herbstmond 1841.“

Und brauset der Sturmwind des Krieges heran,
Und wollen die Wälschen ihn haben,
So sammle, mein Deutschland, Dich stark wie Ein Mann,

Und bringe die blutigen Gaben,
Und bringe das Schrecken und trage das Grauen
Von all' Deinen Bergen, aus all' Deinen Gauen,
Und klinge die Loosung: Zum Rhein! über'n Rhein!

All-Deutschland in Frankreich hinein!
Sie wollen's: So reiße denn, deutsche Geduld.
Reiß durch von dem Belt bis zum Rheine!
Wir fordern die lange gestundete Schuld –
Auf! Wälsche, und rühret die Beine!
Wir wollen im Spiele der Schwerter und Lanzen
Den wilden und blutigen Tanz mit euch tanzen,
Wir klingen die Loosung: Zum Rhein, über'n Rhein!

All-Deutschland in Frankreich hinein!
Mein einiges Deutschland, mein kühnes, heran!
Wir wollen ein Liedlein Euch singen
Von dem, was die schleichende List Euch gewann,
Von Straßburg und Metz und Lothringen:
Zurück sollt ihr zahlen, heraus sollt ihr geben!
So stehe der Kampf uns auf Tod und auf Leben!
So klinge die Loosung: Zum Rhein! über'n Rhein!

All-Deutschland in Frankreich hinein!
Mein einiges Deutschland, mein freies, heran!
Sie wollen, sie sollen es haben.
Auf! sammle und rüste dich stark wie Ein Mann,
Und bringe die blutigen Gaben!
Du, das sie nun nimmer mit Listen zersplittern,
Erbrause wie Windsbraut aus schwarzen Gewittern!
So klinge die Loosung: Zum Rhein! über'n Rhein!

All-Deutschland in Frankreich hinein!

Ernst Moritz Arndt *26.12.1769 - +29.01.1860, Schriftsteller, Historiker -Volks-Zeitung – Nr.177 –30. Juli 1870

Anhang

1870 – Die französische Sicht zum Krieg Frankreich-Deutschland

Zum Abschluß die Sicht des Beginns des Krieges Frankreich-Deutschland aus französischer Sicht. Sie wird auf der Seite **https://www.laguerrede1870enimages.fr/page1.html** veröffentlicht. Diese französische Seite paßt hervorragend zu den vorhergehenden Texten und bietet die Argumentation Frankreichs, daß die **„Emser Depesche“** bösartig von Bismarck „verfälscht“ worden sei und ihr Botschafter Graf Benedetti von Wilhelm I. – nach seiner anmaßenden Forderung – nicht mehr empfangen wurde. Zum besseren Verständnis für diejenigen, die der französischen Sprache mächtig sind, der Text auch auf Französisch:

Die Ursachen des Konflikts

Im Jahr 1870 beabsichtigte Bismarck, Minister seines Königs Wilhelm I., alle deutschen Staaten Preußen zu unterwerfen. Um diese Vereinigung zu erreichen, versuchte er, den Patriotismus der Süddeutschen zu wecken und sie zu ermutigen, sich mit denen des Nordens in einer gemeinsamen Sache zu vereinen. Im selben Jahr dankte in Spanien die im Exil lebende Königin Isabella II. nach einer von General Joan Prim 1868 provozierten Revolution ab. Der vakante spanische Thron wurde von der spanischen Provisorischen Regierung unter General Prim dem Cousin zweiten Grades des Königs von Preußen, Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, angeboten. Leopold zögerte, nahm das Angebot jedoch auf Drängen Bismarcks und mit Zustimmung Wilhelms I. an. Dieselbe Familie hätte dann über Spanien und Preußen regiert. Frankreich fühlte sich bald durch eine Art Neukonstituierung des Kaiserreichs Karls V. bedroht und war von außerordentlicher Erregung ergriffen.

Die Bemühungen mehrerer Länder führten zunächst dazu, dass Leopold von Hohenzollern auf den spanischen Thron verzichtete. Kaiser Napoleon III. jedoch, von Extremisten gedrängt und überzeugt, dass ein Erfolg das geschwächte französische Kaiserreich stärken würde, ließ sich dazu bewegen, den König von Preußen um das Versprechen zu bitten, dass eine erneute Kandidatur eines seiner Verwandten für den spanischen Thron fortan verboten würde. Wilhelm I., der sich zu den Bädern in Ems aufhielt, lehnte diese Bitte ab und teilte seine Ablehnung depeschiert an Bismarck mit. Dieser verfälschte die Emser Depesche, die er soeben von seinem Herrscher erhalten hatte, indem er ihr eine beleidigende Bedeutung für Frankreich gab, und gab bekannt, dass Wilhelm I. sich geweigert hatte, den französischen Botschafter, Graf Benedetti, ein zweites Mal zu empfangen.

Man nimmt an, dass der König von Preußen den Botschafter, also Frankreich selbst, beleidigt hat. Bismarck hatte erwartet, „den gallischen Stier durch das Schwenken dieser roten Fahne in Rage zu bringen“, und dies war ein voller Erfolg. Frankreich fühlte sich gedemütigt und erklärte Preußen am 19. Juli 1870 den Krieg. Ganz Deutschland schloss sich daraufhin zusammen, um das angegriffene Preußen zu verteidigen. Bismarcks Plan war ein voller Erfolg. Für Frankreich begannen die Feindseligkeiten unter schlechten Bedingungen. Seine Armee zählte höchstens 300.000 Mann, Berufssoldaten, gute Kämpfer, wurde aber von schlecht ausgebildeten Offizieren und schlechten Generälen ziemlich schlecht kommandiert. Die Desorganisation der französischen Truppen wurde legendär. Die Mobilisierung verursachte völliges Chaos.

Nichts war vorbereitet, es fehlte an allem. Die französischen Offiziere besaßen nicht einmal eine Karte ihres Landes und waren daher überzeugt, dass sich alles auf Feindesgebiet abspielen würde. Kriegsminister Marschall Lebœuf ließ diesen unglücklichen Satz fallen, der bis heute als Synonym für einen großen „Fehler“ gilt: „Es fehlt kein einziger Gamaschenknopf!“ Die gegnerische Armee, bestehend aus Preußen und Norddeutschland, verfügte über 500.000 sofort verfügbare Soldaten, ohne eine Reserve von mindestens 150.000 Mann mit einzurechnen, während Frankreich höchstens 80.000 Reservisten hatte. Die Deutschen, die durch die Wehrpflicht rekrutiert wurden, beherrschten ihre moderne Artillerie (französische Kanonen waren noch Vorderlader) und waren durch gute Offiziere gut ausgebildet und vorbereitet. Der einzige Makel dieser Armee war, dass das deutsche Dreyse-Gewehr weniger effizient war als das berühmte französische Chassepot.

Verlauf der Militäreinsätze

Eine kurze chronologische Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse und Fakten des Krieges in diesem „schrecklichen Jahr“, in den Worten von V. Hugo.

- 5. Juli 1870 – Der französische Außenminister, Herzog von Grammont, hält auf der Tribüne des gesetzgebenden Organs eine aggressive Rede.

- 7. Juli 1870 – Frankreich fordert Preußen auf, die Kandidatur von Prinz Leopold von Hohenzollern zurückzuziehen.

- 13. Juli 1870 – Von Bismarck abgeänderte Ems-Depesche, um die französische Regierung zu provozieren.

- 15. Juli 1870 – Wilhelm I. ordnet die Mobilmachung an. Die französische Legislative beschließt über die Kriegskredite.

- 17. Juli 1870 – Italien gibt bekannt, dass es Frankreich nur unterstützen wird, wenn Österreich dasselbe tut und nur, wenn die französischen Truppen, die Rom seit 1847 zum Schutz der Besitztümer des Papstes besetzt halten, die Stadt räumen.

- 19. Juli 1870 – Frankreich erklärt Preußen den Krieg.

- 20. Juli 1870 – Österreich und Italien erklären ihre Neutralität. Marschall Le Bœuf wird zum Generalmajor der Rheinarmee ernannt.

Das Ganze auf Französisch

Les causes du conflit

En 1870 Bismarck ministre de son roi Guillaume 1er a pour objectif de soumettre à la Prusse tous les états allemands. Pour réaliser cette unification il cherche à éveiller le patriotisme des Allemands du sud et à les pousser à s'unir avec ceux du nord dans une grande cause commune. Cette même année, en Espagne, après une révolution provoquée par le général Joan Prim en 1868, la reine Isabelle II, exilée en France, abdique. Le trône d'Espagne ainsi vacant est proposé par le Gouvernement provisoire espagnol du général Prim au petit-cousin du roi de Prusse Léopold de Hohenzollern-Sigmaringen. Léopold hésite mais, sur les instances de Bismarck et l'accord de Guillaume 1er, il accepte. Une même famille aurait alors régné sur l'Espagne et sur la Prusse, la France se sentant bientôt menacée d'une sorte de reconstitution de l'Empire de Charles-Quint est soulevée par une extraordinaire émotion.

Dans un premier temps les démarches de plusieurs pays amènent Léopold de Hohenzollern à renoncer au trône d'Espagne mais l'empereur Napoléon III poussé par des extrémistes et pensant qu'un succès fortifierait l'Empire français affaibli, se laisse entraîner à demander au roi de Prusse de promettre qu'une nouvelle candidature au trône d'Espagne par un de ses parents soit désormais interdite. Guillaume 1er qui est "aux bains" à Ems refuse d'accéder à cette demande et annonce par dépêche son refus à Bismarck. Celui-ci, falsifiant la dépêche d'Ems qu'il vient de recevoir de son souverain en lui donnant un sens outrageant pour la France, fait savoir que Guillaume 1er a refusé de recevoir une deuxième fois l'ambassadeur de France, le comte Benedetti.

On croit que le roi de Prusse a offensé l'ambassadeur, c'est-à-dire la France elle-même, l'effet escompté par Bismarck de rendre "furieux le taureau gaulois en agitant ce drapeau rouge", réussit parfaitement. La France se sentant humiliée déclare la guerre à la Prusse le 19 juillet 1870; toute l'Allemagne s'unit alors pour défendre la Prusse attaquée, le plan de Bismarck est une totale réussite. Pour la France le début des hostilités se déroule dans de mauvaises conditions, son armée compte au plus 300.000 hommes, soldats de métier, bons combattants, mais plutôt mal commandés par des officiers peu instruits et de mauvais généraux. L'inorganisation des troupes françaises est devenue légendaire, la mobilisation provoque un désordre total, rien n'est prêt, tout manque, les officiers français n'ont même pas une carte de leur pays tant on est persuadé que tout se passera en territoire ennemi. Le maréchal Lebœuf, ministre de la guerre, aura cette phrase malheureuse qui restera synonyme de "bourde" énorme, "Il ne manque pas un bouton de guêtre !" L'armée adverse possède avec la Prusse et l'Allemagne du nord 500.000 combattants immédiatement disponibles, sans compter une réserve d'au moins 150.000 hommes, alors que la France n'a, au maximum, que 80.000 réservistes. Les Allemands recrutés par un service militaire obligatoire maîtrisent leur moderne artillerie (les canons français se chargent encore par la bouche) et sont biens entraînés et préparés par de bons officiers. Seul défaut dans cette armée, le fusil allemand Dreyse reste moins performant que le célèbre Chassepot français.

Déroulement des opérations militaires

Un rapide résumé chronologique des principaux événements et faits de guerre de cette "année terrible", selon le mot de V. Hugo.

- 5 juillet 1870-Le ministre français des affaires étrangères, le duc de Grammont, prononce un discours agressif à la tribune du Corps législatif.

- 7 juillet 1870-Demande de la France à la Prusse du retrait de la candidature du prince Léopold de Hohenzollern.

- 13 juillet 1870 -Dépêche d'Ems modifiée par Bismarck de façon à provoquer le Gouvernement de la France.

- 15 juillet 1870-Guillaume 1er décrète la mobilisation. Les crédits de guerre sont votés par le corps législatif français.

- 17 juillet 1870 -L'Italie fait savoir qu'elle ne soutiendra la France que si l'Autriche fait de même et seulement si les troupes françaises, qui occupent Rome depuis 1847 pour protéger les possessions du Pape, évacuent la ville.

- 19 juillet 1870-La France déclare la guerre à la Prusse.

- 20 juillet 1870 -L'Autriche et l'Italie se prononcent pour la neutralité. Le maréchal Le Bœuf est nommé major général de l'armée du Rhin.